

Schriften des Historischen Kollegs

Herausgegeben
von der
Stiftung Historisches Kolleg

Kolloquien
43

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg
Neue Wege der Forschung

Stalinism before the Second World War
New Avenues of Research

Herausgegeben von
Manfred Hildermeier
unter Mitarbeit von
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 1998

Schriften des Historischen Kollegs
im Auftrag der
Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
herausgegeben von
Lothar Gall
in Verbindung mit

Manfred Erhardt, Arnold Esch, Etienne François, Klaus Hildebrand, Hilmar Kopper,
Jochen Martin, Heinrich Nöth, Winfried Schulze, Michael Stolleis und Rüdiger Wolfrum

Geschäftsführung: Georg Kalmer
Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Organisationsausschuß:
Georg Kalmer, Herbert Kießling, Elisabeth Müller-Luckner,
Heinz-Rudi Spiegel

Die Stiftung Historisches Kolleg hat sich für den Bereich der historisch orientierten Wissenschaften die Förderung von Gelehrten, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben, zur Aufgabe gesetzt. Sie vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Manfred Hildermeier (Göttingen) war – zusammen mit Professor Dr. Werner Eck (Köln), Priv. Doz. Dr. Wolfram Pyta (Köln) und Professor Dr. Knut Schulz (Berlin) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 1995/1996. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Manfred Hildermeier aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg/Stalinism before the Second World War“ vom 5. bis 8. Juni 1996 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Die Stiftung Historisches Kolleg wird vom Stiftungsfonds Deutsche Bank zur Förderung der Wissenschaft in Forschung und Lehre und vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft getragen.

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg : neue Wege der
Forschung = Stalinism before the Second World War / hrsg. von
Manfred Hildermeier unter Mitarb. von Elisabeth Müller-Luckner. –
München : Oldenbourg, 1998
(Schriften des Historischen Kollegs : Kolloquien ; 43)
ISBN 3-486-56350-5

© 1998 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München.

ISBN 3-486-56350-5

Inhalt

Zur Einführung/Preface <i>Manfred Hildermeier</i>	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer	
<i>Robert C. Tucker</i> Stalinism and Stalin. Sources and Outcomes	1
<i>Manfred Hildermeier</i> Revision der Revision? Herrschaft, Anpassung und Glaube im Stalinismus	17
<i>Sheila Fitzpatrick</i> Intelligentsia and Power. Client-Patron Relations in Stalin's Russia	35
<i>Dietrich Beyrau</i> Geiseln und Gefangene eines visionären Projekts: Die russischen Bildungsschichten im Sowjetstaat	55
<i>Hiroaki Kuromiya</i> Workers under Stalin: The Case of the Donbas	79
<i>Dietmar Neutatz</i> Arbeiterschaft und Stalinismus am Beispiel der Moskauer Metro	99
<i>Stephan Merl</i> Bilanz der Unterwerfung – die soziale und ökonomische Reorganisation des Dorfes	119
<i>Gábor T. Rittersporn</i> Das kollektivierte Dorf in der bäuerlichen Gegenkultur	147
<i>J. Arch Getty</i> Afraid of Their Shadows: The Bolshevik Recourse to Terror, 1932–1938 ..	169
<i>Stefan Plaggenborg</i> Gewalt im Stalinismus. Skizzen zu einer Tätergeschichte	193

<i>Gregory L. Freeze</i>	
The Stalinist Assault on the Parish, 1929–1941	209
<i>Michail Vital'evič Škarovskij</i>	
Die russische Kirche unter Stalin in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts	233
<i>Karl Schlögel</i>	
Der „Zentrale Gor'kij-Kultur- und Erholungspark“ (CPKiO) in Moskau. Zur Frage des öffentlichen Raums im Stalinismus	255
<i>Jochen Hellbeck</i>	
Self-Realization in the Stalinist System: Two Soviet Diaries of the 1930s ..	275
<i>Jurij Šapoval</i>	
Der russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins	291
<i>Jörg Baberowski</i>	
Stalinismus an der Peripherie: Das Beispiel Azerbajdžan 1920–1941	307
Register	337

Zur Einführung

Der Stalinismus gehört zu den schwierigsten Interpretationsproblemen der sowjetischen Geschichte. Man hat über ihn gestritten, seit man das Phänomen wahrgenommen hat. Anfangs stand dabei die Person des Diktators im Vordergrund, mit dem sich alle Übel zu verbinden schienen. Später kamen spezifische Merkmale der Ordnung hinzu, der er seinen Stempel aufdrückte. Die *stalinščina* wurde zum *stalinizm*, der Personalbegriff zum Systembegriff. Immer deutlicher erhielten Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Geistesleben eine Kontur, die sie von der vorangehenden und der folgenden Epoche trennte. Dabei blieb unbestritten, daß Person und Regime aufs engste miteinander verbunden waren. Dies dürfte aber – von evidenten Fakten abgesehen – schon der einzige Tatbestand gewesen sein, den die Kontroversen der vergangenen Jahrzehnte aussparten. Inhaltliche Bestimmungen und Beschreibungen wurden dagegen mit erheblicher Zwangsläufigkeit zu Bestandteilen von Deutungsvorschlägen, über die es unterschiedliche Meinungen gab.

Die verbreitetsten Interpretationsmuster sind bekannt und brauchen hier nicht wiederholt zu werden¹. Sie lassen sich hinsichtlich ihrer Dominanz zwar bestimmten Jahrzehnten zuordnen, bestanden aber schon deshalb fort, weil sich jedes nachfolgende ‚Paradigma‘ mit ihnen auseinanderzusetzen hatte (und hat). So hat die sozialgeschichtliche Sehweise die ältere, stärker politik- und herrschaftsorientierte vor allem in den siebziger Jahren fraglos verdrängt. Aber der Rückblick lehrt, daß sie – wie es nicht anders sein kann – nicht das letzte Wort war, sondern sozusagen nur kompensatorisch und vorübergehend Aspekte der historischen Wirklichkeit aufgedeckt hat, die in der vorherigen Perspektive nur am Rande bemerkt worden waren. Vor allem der Untergang der Sowjetunion zum Jahresende 1991 hat dazu beigetragen, ältere Fragestellungen nach dem Charakter sowjetischer Herrschaft wieder an die Oberfläche zu bringen und die Dimension der Macht gegenüber Eigenarten der Sozialordnung abermals stärker zur Geltung zu bringen. Doch ist dies nur ein Impuls unter anderen gewesen. In dieselbe Richtung drängte ein methodologischer, innerdisziplinärer Antrieb, der bei unterschiedlichen Motiven und Lösungswegen auf ein wachsendes Unbehagen an der Art und Weise sozialhistorischer Betrachtung der siebziger Jahre – vielleicht nicht einmal an der Sozialgeschichte selbst – hinauslief.

Schon dies war Grund genug, den Stalinismus erneut zum Gegenstand eines Kolloquiums zu machen. Hinzu kamen weitere Motive. Zum einen stellte sich bei

¹ Vgl. S. Fitzpatrick, New Perspectives on Stalinism, in: Russian Review 45 (1986) 357–373, 409–413 sowie meinen Beitrag unten S. 17 ff.

der Arbeit an einem größeren Manuskript zur Geschichte der Sowjetunion, das ich im Münchener Jahr fast zu Ende bringen konnte, abermals die entscheidende Bedeutung dieser Transformation der ersten Gestalt des Sowjetsystems heraus. Wer nach der Entstehung der sozialistischen Ordnung sucht, so wie sie bis zur *perestrojka* bestand, der muß zur ‚Stalinschen Revolution‘ und der institutionellen Verfestigung ihrer wichtigsten Ergebnisse im folgenden Jahrzehnt zurückgehen. Hier liegt auch die wichtigste Ursache für die Wahl der Vorkriegsperiode. So sehr das Argument zu überzeugen vermag, daß der Stalinismus nicht nur im Weltkrieg fort dauerte, sondern danach einen zweiten ‚Höhepunkt‘ erlebte, der beim Versuch seiner deutenden Beschreibung nicht ausgeklammert bleiben darf – so sehr gilt nach wie vor die Überlegung, daß die charakteristischen Merkmale des Systems, das den Namen Stalins trägt, in den Vorkriegsjahren entstanden. Zum anderen zeigte schon ein flüchtiger Blick auf die Forschungen der jüngeren Vergangenheit, daß sich die Diskussion weitestgehend auf die dreißiger Jahre konzentrierte. Was immer umstritten war oder neu entdeckt und gesehen wurde, bezog sich auf diese Phase. Wie bei einem Lebewesen stellte sich heraus, daß sich seine prägenden Eigenschaften und identitätsstiftenden Merkmale in jungen Jahren formten. Diese Orientierung teilt der vorliegende Sammelband mit einem einflußreichen Vorgänger, auf den er sich in aller Bescheidenheit beziehen möchte. So wie der von R. C. Tucker herausgegebene Sammelband zum Stalinismus² den Diskussionsstand der frühen siebziger Jahre spiegelte, so hoffen die folgenden Beiträge, die Themenfelder und methodischen Zugänge der neunziger Jahre wiederzugeben. Dies gilt trotz der bedauerlichen Tatsache, daß R. Stites und S. Kotkin ihre anfängliche Zusage infolge anderer Verpflichtungen nicht einhalten konnten. Ihre grundlegenden Vorschläge zu neuen Perspektiven auf den Stalinismus schlugen sich aber – explizit oder ‚unsichtbar‘ – in vielen anderen Referaten nieder.

Es kann nicht Aufgabe eines Herausgebers sein, die Beiträge des Sammelbandes zu kommentieren. Andererseits hat der Leser ein Anrecht darauf zu erfahren, worin der ‚Inspirator‘ eines Unternehmens dessen Ertrag sieht. Dieser besteht, kurz gesagt, in einer Bestandsaufnahme aus der Feder berufener Experten sowie – im Regelfall damit verbunden – der Vorstellung neuer Arbeitsfelder und methodischer Überlegungen. Ich tue dem Nestor der Konferenzteilnehmer hoffentlich nicht Unrecht, wenn ich seinen Beitrag zusammen mit meinem dem ersten Ziel zurechne, das am Anfang einer jeden Veranstaltung dieser Art stehen muß. S. Fitzpatrick und D. Beyrau widmen sich unter neuen Fragestellungen der Rolle der Intelligenz: Nicht mehr deren strategische Funktion als tragende Säule und Profiteur des neuen Regimes steht im Vordergrund, sondern die Art ihrer Einbindung. Dabei zeigen sich zum einen Spielräume in Gestalt der Nutzung gleichsam vordemokratischer, aus monokratischen Herrschaftssystemen bekannter klientelistischer Beziehungen zu den Spitzen der entstehenden *nomenklatura*, zum anderen enge Grenzen eines Vorhabens, dem nicht wenige *intelligently* anfangs grundsätzlich zugetan waren. H. Kuromiya und D. Neutatz legen Ergebnisse bzw. Zwi-

² Vgl. R. C. Tucker (Hrsg.), *Stalinism. Essays in Historical Interpretation* (New York 1977).

schenresultate monographischer Untersuchungen zur Arbeiterschaft vor. Dabei beschreiten sie insofern neue Wege, als sie eine exemplarische *histoire totale* anstreben: über die proletarischen Schichten des Donbas mit all ihren Besonderheiten (als Teil einer auch zeitlich umfassenden Gesamtstudie) und über *das* stalinistische Prestigeprojekt, das aufgrund seiner herausragenden Bedeutung einerseits nicht repräsentativ war, andererseits aber die charakteristischen Mechanismen der stalinistischen Herrschafts- und Sozialorganisation *in nuce* aufwies.

S. Merl und G. Rittersporn beschreiben die Nachgeschichte der Zwangskollektivierung. Beide kommen dabei (mindestens) in einem Ergebnis zusammen: Stalin erreichte mit seinem Krieg gegen das Dorf weder seine ökonomischen noch seine politisch-sozialen Ziele. Wirtschaftlich und institutionell schlug die Gewaltanwendung fehl, weil die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft nicht wuchs, sondern abnahm. Politisch-sozial produzierte das Regime eine „Gegenkultur“, die zwar nicht offen opponierte, aber viele Wege passiver Resistenz fand. J. A. Getty und S. Plaggenborg befassen sich mit einem prominenten und charakteristischen Merkmal des Stalinismus, das in keiner definitorischen Beschreibung fehlen darf. Terror und Gewalt werden dabei hinsichtlich ihres Stellenwerts unterschiedlich gesehen: fundamental und zentral gesteuert bei dem einen, herrschaftsspezifisch (damit temporär) und aus der Situation der dreißiger Jahre erwachsend, bei dem anderen. Dennoch richten beide ihren Blick auf einen gemeinsamen Punkt: die Verankerung der Gewalt in der Gesellschaft und weniger in der Machtelite an der Spitze von Partei und Staat. Der Terror wird als Phänomen der politischen Kultur oder der Struktur von Herrschaft und Gesellschaft gesehen, nicht als Aspekt und Definitionsmerkmal des Totalitarismus. G. Freeze und M. Škarovskij schenken einem völlig vernachlässigten Opfer der stalinistischen Repression neue Aufmerksamkeit. Was der Kirche und den Gläubigen geschah, wird (wenn ich recht sehe) erstmals seit den fünfziger Jahren auf völlig neuer, archivalischer Quellengrundlage dargestellt. Dabei wird deutlich, daß der Stalinismus auch in dieser Hinsicht sozusagen einen ‚qualitativen Sprung‘ brachte. Zugleich tritt aber – ungeachtet der Plaggenborgschen These von der Kontinuität der Legitimierung von Gewalt – deutlicher als in anderen Bereichen zutage, daß die Wurzeln seiner Politik schon vorher gelegt wurden. Gerade in dieser Hinsicht setzte Stalin fort, was 1918 begonnen und 1921 nur vorübergehend unterbrochen worden war.

K. Schlögel und J. Hellbeck gehen völlig neue Wege, die man mit dem Konzept der Erfahrungs- und Kulturgeschichte, wenn auch unscharf, miteinander verklammern mag. Die nähere Untersuchung der Selbstdarstellung und -inszenierung gehört zu den großen Desideraten der Stalinismusforschung. Das gilt nicht nur für den ‚Personenkult‘, den Chruščev zu einer der Kardinalsünden seines Vorgängers erklärte. In gleichem Maße bleiben die Wirkungs- und Ursachenzusammenhänge für die sonstige, über geistig-mentale Mechanismen vermittelte Integrationsfähigkeit des Regimes unbekannt. Beide Autoren nähern sich diesem Problem von verschiedenen Seiten: von ‚außen‘ über die Gestaltung des ‚öffentlichen Raums‘ als Niederschlag des sozialistischen Selbstverständnisses und kommandierter Pädagogik zugleich sowie ‚von innen‘ als interpretierender Nachvollzug

der Verarbeitung der Außenwelt durch das Individuum. Ju. Šapoval und J. Babrowski (der nicht anwesend sein konnte, aber einen Beitrag einreichte) schließlich befassen sich mit einem Thema, das gleichfalls neue Aktualität erhalten hat. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion unter dem Druck nicht zuletzt nationaler Bewegungen richten sich die Fragen verständlicherweise darauf, wie die ‚Minderheiten‘ (die in ihren Republiken und Regionen zumeist die große Mehrheit bildeten) zuvor behandelt wurden. Dabei treten ein Ausmaß an zentraler, großenteils repressiver Kontrolle, aber auch eine Adaptionfähigkeit peripherer Regionen zutage, die bislang unbekannt waren. Freilich, all dies sind nur Hinweise und subjektive Eindrücke, die vor allem die Sicht des Veranstalters wiedergeben. Der Leser darf sich davon nicht beirren lassen. Selbstverständlich haben die Beiträge jedem anderes zu sagen.

Bleibt mir für die Großzügigkeit des Historischen Kollegs zu danken. Seine finanzielle Unterstützung hat die Einladung so vieler ausländischer Kollegen ermöglicht. Das Kuratorium hat sich ohne eine einzige Nachfrage damit einverstanden erklärt, daß dieser Band zweisprachig erscheinen kann und sich an die deutsche wie die anglophone Fachöffentlichkeit zugleich wendet. Seine Mitarbeiterin, Frau Dr. Elisabeth Müller-Luckner, hat – unterstützt durch ein tatkräftiges Sekretariat – für die reibungslose Organisation gesorgt. Es hat in Gestalt der prachtvollen Bibliothek der Kaulbach-Villa (samt dem Park in den Pausen zweier angenehmer Frühsommertage Anfang Juni 1996) eine Umgebung bereitgestellt, die ihresgleichen sucht. Nicht zuletzt kann dieser Band in der Reihe des Historischen Kollegs erscheinen. Mehr kann man von einer Einrichtung zur Förderung der Wissenschaft nicht erwarten.

Göttingen, im Dezember 1997

Manfred Hildermeier

Preface

The interpretation of Stalinism is one of the most difficult problems in Soviet history, and a focus of controversy ever since the phenomenon was first recognized. Initially, the persona of the dictator himself – who loomed as the fountainhead of all evil – stood at the center of attention. Later, interest shifted to the specific features of the system that bore the imprint of Stalin himself. Thus, the *Stalinsščina* became *Stalinism*, as conceptualization shifted from the persona to the system. Politics, society, economy, and culture acquired a contour sharply different from what came before and what came after. At the same time, it remained unquestioned that the persona and the régime formed were inextricably fused together. This may be the only factual givens (with a few obvious exceptions) that the controversies of recent decades have not contested. At the same time, substantive accounts and judgments inevitably became integral components of the interpretations that were advanced and that in turn elicited different opinions.

The most widespread interpretations are well known and do not need to be repeated here¹. The time of their dominance can be ascribed to specific decades; however, they actually continue to exist insofar as each successive paradigm had to (and still must) confront the earlier interpretations. Thus, in the 1970s, the social historical approach unquestionably gained ascendancy over the earlier interpretation, which had focused mainly on politics and power. But hindsight shows that this social history – as could only be the case – does not offer the last word, but only exposed some complementary, transitional aspects of historical reality that the earlier interpretation had largely marginalized. Above all, the collapse of the Soviet Union in 1991 brought the older questions about the character of Soviet rule to the fore once again, with greater weight now being assigned to the power dimension than to the peculiar features of the social order. This, however, has only been one of many factors. Another factor has been a methodological impulse, which, from different motives and approaches, represented a growing concern about the form and methods of social history as practiced in the 1970s (though perhaps not social history itself).

Although these considerations alone provided sufficient grounds for making Stalinism the subject of a colloquium, there were some additional reasons. For one thing, as I prepared a manuscript on the history of the Soviet Union, the decisive importance of the Stalinist transformation of the initial structure of the Soviet system became increasingly clear. Anyone who wishes to explore the emergence

¹ Cf. S. Fitzpatrick, *New Perspectives on Stalinism*, in: *Russian Review* 45 (1986) 357–373, 409–413, and below, pp. 17ff.

of the socialist order (at least, as it existed before the onset of *perestroika*) must go back to the "Stalin Revolution" of the 1930s and the institutional consolidation of its most important results in the following decade. That is why the conference focused on the period before World War II. To be sure, it can be argued that Stalinism did not merely continue during the war, but underwent a second apogee, a phase that ought not to be excluded from consideration. Nevertheless, it is still true that the characteristic features of the system bearing Stalin's name had already taken shape in the prewar years.

A further reason for focusing on the 1930s is afforded by a quick glance at recent research: this scholarship has concentrated primarily on the Thirties. What has been constantly debated, or subjected to new discoveries, or seen in a new light – pertain precisely to this period. This collection of essays thus shares a common orientation with an influential predecessor – a volume with which, in all modesty, it should like to be compared: *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*², edited by Robert C. Tucker, which reflected the state of scholarship in the mid-1970s. The contributions here seek to present the fields of inquiry, methodological approaches, and relevant debates of the 1990s. That is true notwithstanding the regrettable fact that R. Stites and S. Kotkin, because of other obligations, were not able to fulfill their original intention to participate. Their fundamental suggestions for new perspectives on Stalinism are reflected, explicitly or implicitly, in many of the other contributions offered here.

It is not the task of the editor to comment on the contributions to a collection of essays. At the same time, the reader has a legitimate claim to know what the organizer of this undertaking regards as its main results. In brief, this book aspires to offer a stocktaking by experts as well as a presentation of new fields of inquiry and methodological considerations. Hopefully, I do no injustice to Robert Tucker, the Nestor of conference participants, by treating this as the purpose of his own contribution (along with my own) – which perforce must come at the beginning of every meeting like this one. S. Fitzpatrick and D. Beyrau, in addressing the role of the *intelligentsia*, pose a new set of questions. Namely, the focus is not on its strategic function as the pillar and profiteer of the new régime, but rather the way in which it became integrated into this new order. Here one can invoke the use of clientele relationships to the heads of the emerging elites (*nomenklatura*) – a phenomenon found in essentially pre-democratic, monocratic authority systems; one also finds the narrow limits for something that was, initially, very appealing to many *intelligentsy*. H. Kuromiya and D. Neutatz present the results, or interim findings, from their research on the workers. They open up new lines of inquiry by seeking to offer an example of *histoire totale* – for the proletarian strata of the Donbas, with all their peculiar features (as part of a broader, chronological comprehensive study) and for a Stalinist high-prestige project (which was not representative, given its prominent significance, but revealed the characteristic mechan-

² Cf. R. C. Tucker (Ed.), *Stalinism. Essays in Historical Interpretation* (New York 1977).

isms of the Stalinist authority and social organization). S. Merl and G. Rittersporn discuss the later history of forced collectivization. Both come to, at least, one common conclusion: with this war on the village, Stalin achieved neither his economic nor his political and social objectives. Economically and institutionally, the application of force proved counter-productive: the performance of agriculture did not increase, but actually declined. In political and social terms, the régime produced a counter-culture, which, to be sure, did not pose open opposition, but found many avenues for passive resistance.

J. A. Getty and S. Plaggenborg address a prominent and characteristic feature of Stalinism – something that cannot be ignored in any definitive description. Terror and force are, with respect to their importance, seen differently: some see these as fundamental and controlled by the center, while others regard them as ruler-specific (hence temporary) and rooted in the situation of the 1930s. However, both attend to a common point: power was anchored in society and less in the power élite at the head of the party and state. The terror is seen as a phenomenon of the political culture or the structure of power and society, not as aspects and definitive characteristics of totalitarianism. G. Freeze and M. Skarovskij devote new attention to a fully ignored victim of the Stalinist repression. What happened to the Church and believers is, if I am correct, discussed here for the first time since the 1950s and on the basis of a completely new, archival source base. From these accounts, it is clear that Stalinism brought a qualitative leap in this respect as well. Quite apart from Plaggenborg's thesis about continuities in legitimation through force, it is evident here (more than in other spheres) that the roots of Stalin's policies were already laid earlier. Precisely in this respect Stalin continued what had been begun in 1918 and only temporarily suspended in 1921.

K. Schlögel and J. Hellbeck embark on entirely new lines of inquiry – which can be merged together, perhaps not too precisely, as the concept of experience and cultural history. Self-representation and staging belong to the most urgent tasks in the research on Stalinism. This is true not only for the cult of the personality that N. S. Chruščev regarded as one of the cardinal sins of his predecessor. In the same sense, little is known about the cause-and-effect relations for the other modes of integration that functioned through intellectual and cultural mechanisms. Both authors approach this problem from different perspectives: from without (the form of public space as the expression of a socialist self-conception and command pedagogy) and from within (as an interpretive construction of the external world by the individual). Ju. Šapoval and J. Baberowski (who did not attend the conference, but did submit his contribution) address a subject that has come to hold current significance. After the collapse of the Soviet Union, not least because of the pressure of national movements, the question has naturally arisen how the minorities (which, at least, in their own republics and regions, formed a numerical majority) had been treated earlier. What emerges is the scale of a centralized, largely repressive control, but also the capacity of peripheral regions to adapt – something that had not been previously appreciated. To be sure, the foregoing represents only suggestions and subjective impressions that mainly reflect the perspective of

the conference organizer. The reader should not be misled by these comments; each of the contributions speaks for itself.

It remains for the editor to express his thanks to the Historische Kolleg, for only its generous financial support made it possible to invite so many of our colleagues from abroad. The trustees of the Kolleg have also given their consent for this volume to appear in two languages, being directed simultaneously at both the German- and English-speaking scholarly audiences. Dr. Elisabeth Müller-Luckner of the Historische Kolleg, with the assistance of institute's office, arranged for the smooth organization of the conference. The conference took place at the beautiful library of the Kaulbach-Villa, along with its park, during two splendid days in early June, 1996 – an environment that hardly can find a parallel. Finally, this volume appears in the series of the Historische Kolleg. One cannot ask for anything more from an institution that is devoted to the sponsorship of scholarship.

Göttingen, December 1997

Manfred Hildermeier

Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Dietrich Beyrau, Tübingen
Prof. Sheila Fitzpatrick, Chicago, Ill./USA
Prof. G. L. Freeze, Waltham, Mass./USA
Prof. J. Arch Getty, Riverside, Cal./USA
Jochen Hellbeck, New York, N.Y./USA
Prof. Dr. Manfred Hildermeier, Göttingen
(Stipendiat des Historischen Kollegs 1995/96)
Prof. Dr. Edgar Hösch, München
Hiroaki Kuromiya, Bloomington, Ind./USA
Prof. Dr. Stephan Merl, Bielefeld
Dr. Dietmar Neutatz, Düsseldorf
Prof. Dr. Stefan Plaggenborg, Jena
Dr. Gábor T. Rittersporn, Paris/Frankreich
Dr. Jurij Šapoval, Kiev/Ukraine
Prof. Dr. Karl Schlögel, Frankfurt a.d. Oder
Dr. M.V. Škarovskij, St. Petersburg, Rußland
Prof. Robert C. Tucker, Princeton, N.J./USA

Robert C. Tucker

Stalinism and Stalin

Sources and Outcomes

I.

A search for the meaning of Stalinism has been under way ever since Trotsky put the term into currency in his writings of the 1930s in exile. A small mountain of scholarly and other literature has arisen by now, and still the search continues. A valuable recent survey devotes chapters to seven different schools of thought on what Stalinism meant. Its author, for his own part, sensibly observes that "Interpreting Stalinism ... implies an effort to interpret the entire Soviet experience within the framework of both Russian history and world events in our century."¹

To explain what Stalinism meant in its time, and how Stalin himself as a historical actor figured in it, we can begin by asking: what was the relationship between the initial decade of Russia's post-1917 history, during which Bolshevism in its Leninist variant prevailed, and the subsequent quarter-century, 1928 to 1953, dominated by Stalin? In other words, the relation between Leninism and Stalinism as stages in the Soviet era. Here we are confronted with a clash between two antithetical positions: that which stresses basic continuity and that which sees basic discontinuity.

Proponents of the former range from Stalin himself and his followers, for whom the second stage was the further development and fruition on the first, to extreme anti-Communists like Solzhenitsyn, who sees Stalin as the Lenin follower he always claimed to be and finds such evil continuity between the two that he denies there ever was such a thing as Stalinism. Proponents of the contrary position are, again, a heterogeneous lot, ranging from Trotsky, who in 1937 found Bolshevism and Stalinism divided by "a whole river of blood", to post-Stalin Soviet would-be reformers and Western analysts of systemic changes in the Stalinist 1930s².

¹ *Giuseppe Boffa*, *The Stalin Phenomenon* (Ithaca, London 1992) 8.

² Trotsky's statement appears in: *Biulleten' Opozitsii*, ed. by *L. Trotsky* 4 vol. (New York 1973) vol. III: nos. 58-59, p 11. For a valuable survey of writings of the continuity school and

The question still remains an open one, on which a position needs to be taken as the Soviet period of Russian history fades into the past. In what follows I will argue in favor of a third position, one which finds both continuity and discontinuity in the transition from Leninism to Stalinism. A key to this continuity and discontinuity, it will be argued, lies in the differing relationships of the Leninist and Stalinist regimes and their two leaders to the legacy of Tsarist Russian statehood.

II.

Tsarist Russian statehood arose in the fifteenth and sixteenth centuries as the Muscovite grand principality took the lead in throwing off the two-century-old Mongol-Tatar yoke and gathering the other East Russian principalities under its rule by war and other means. The Tsardom thus became from the outset an imperial form of statehood, and it remained that in succeeding centuries as it expanded outward in all directions to become the gigantic Russian Empire of 1900.

The Muscovite state's overriding concern for external defense and expansion dictated a policy of direct exploitation of its human resources for amassing military power. Society was subjugated to the state, which replaced the earlier boyar aristocracy with a controlled nobility of "serving men" whose landed estates were allotted on condition of military service to the state. Serfdom was imposed on the peasantry in the late sixteenth and early seventeenth centuries in that connection. Meanwhile, under Muscovite Grand Prince Ivan III and his grandson Ivan IV (known as Ivan the Terrible), who was crowned Tsar in 1547, the monarchy became an autocratic one in the fullest sense. So dependent was the Tsardom on the person of the reigning Tsar-autocrat that the demise of a ruling dynasty, such as occurred in 1598 when Ivan IV's surviving son Fyodor died childless, was soon followed by the collapse of Tsarist statehood amid disorders, peasant risings, and intervention by Poles and Swedes in the ensuing Time of Troubles, which ended only after the new Romanov dynasty was installed in 1613.

Tsarist Russia underwent some Europeanizing in the early eighteenth century under Tsar (and now Emperor) Peter the Great, whose incessant wars filled all but one of his 36 years in power. His state-imposed changes have gone down in Russian historiography as a "revolution from above". Industry grew several times over, and on the basis of serf labor, in Peter's quest for war-making potential on behalf of imperial expansion. A modern naval fleet was built. Moscow's old authority structure was supplanted by a new hierarchical one in the new capital on the Neva, and Peter's Table of Ranks created an aristocracy of rank (*chin*) under which bureaucratic distinction rather than birth became, in principle, the high-road of entry into the nobility. The patriarchy was abolished, and the Russian

critique of that school, see *Stephen F. Cohen*, *Bolshevism and Stalinism*, in: *Stalinism: Essays in Historical Interpretation*, ed. by *Robert C. Tucker* (New York 1977) 3-29.

Orthodox Church placed under the supervision of a bureaucratic agency called the Holy Synod, headed by a lay chief procurator. Peter's state introduced an internal passport regime, used informers for police surveillance of society, and regulated even hairstyles and form of dress. This all represented the "apotheosis of statism" during which a revolutionarily swift drive for progress through coercion led to "consolidation and solidification of structures of bondage"³.

In the nineteenth century the statist system of Tsarism prevailed during the long conservative reign (1825–1855) of Tsar Nicholas I. soon after which a provincial nobleman recorded the observation: "The entire life of the people is under governmental tutelage. No question, however trifling, can be dealt with by the people themselves ... they dare not/without official sanction/to repair a miserable bridge or to hire an elementary-school teacher ... The whole of our administration is a vast system of malfeasance raised to the dignity of state government."⁴ The emancipation of society began under Nicholas' son and successor Alexander II whose "great reforms" of the 1860s and 1870s liberated the peasant population from serfdom (albeit with inadequate provision of land), founded a modern court system, and laid the foundations of local self-government with the creation of the *zemstvos*⁵.

However, the Tsar-Reformer was unwilling to consider any limitation on his absolute autocratic power, and his reforms did not alter the governmental order of bureaucratic centralism inherited from Nicholaevan era. In the words of a well informed English observer of it, the Tsarist system survived into the twentieth century as "a magnificent specimen of paternal, would-be beneficent despotism, working through a complicated system of highly centralized bureaucracy". The Council of State and Committee of Ministers were "simply incarnations of the Autocratic Power". The ten ministries were central agencies from which the Imperial will radiated all over the Empire. Over each province was placed a Governor, who was the local representative of the Ministry of the Interior. Each of the other ministries was represented locally by a bureau staffed with rank-holding officials (*chinovniki*) plus the requisite number of assistants, secretaries, and scribes⁶. Not until after the Revolution of 1905 did Tsar Nicholas II, although remaining an autocratic monarch, allow the beginnings of constitutional governance with the legalizing of political parties and the creation of an elective parliament.

Under the terrible strains of the third year of the World War, the outbreak of riots and street disorders in hungry Petrograd in February 1917 and the refusal of soldiers to put them down led Nicholas to abdicate in favor of his brother Michael

³ *Evgenii V. Anisimov*, *The Reforms of Peter the Great: Progress Through Coercion in Russia*, trans. by *John T. Alexander* (Armonk, New York, London 1993) 33, 220, 296. This book appeared in Leningrad in 1989 as *Vremia petrovskikh reform*.

⁴ Quoted by *Michael T. Florinsky*, *Russia: A History and an Interpretation*, vol. II (New York 1955) 896.

⁵ *W. Bruce Lincoln*, *The Great Reforms: Autocracy, Bureaucracy, and the Politics of Change in Imperial Russia* (Dekalb, Illinois 1990).

⁶ *Sir Donald Mackenzie Wallace*, *Russia*. Revised and enlarged edition (London 1912) 374 ff.

Romanov. The liberal statesman and historian Pavel Miliukov appealed to Michael to accede to the throne, saying: "If you decline, Your Highness, there will be ruin. Because Russia will lose its axis. The monarch is the axis, the sole axis of the country. Around what will the Russian masses rally? If you refuse there will be anarchy, chaos, bloodshed..."⁷ Michael did refuse, the Romanov dynasty ended, and very quickly the edifice of centralized Tsarist statehood crumbled and collapsed.

As Miliukov foresaw, chaos and anarchy followed in the midst of revolutionary upheaval as peasants took over landed estates and soldiers left the army to join them. The Provisional Government passed laws and decrees but did not actually govern Russia during its eight months in office. The Russian Empire totally disintegrated as peripheral territories inhabited by national minorities – Poland, Finland, the Baltic nations, Ukraine, Georgia, Armenia, Azerbaijan and others – broke away and declared their independence. The dissolution of statehood went on also in the Great Russian heartland as, here and there, regions were declared by their spontaneously arising soviets to be states in their own right. Not surprisingly, historically minded Russians who lived through the turbulent years between 1917 and 1922 saw them as a new Russian Time of Troubles comparable to the one Russia experienced during the previous breakdown of Tsarist statehood at the outset of the seventeenth century.

III.

The Russian Revolution, comprising both the February and October phases, made a clean sweep of much that was archaic in Imperial Russia down to 1917. It destroyed the Tsarist autocracy and its supporting institutions. It disestablished Russian Orthodoxy, secularized and liberalized the institution of marriage, abolished the police-administered system of internal passports, and eliminated the Pale of Settlement for Russia's Jews. It supplanted Tsarism's outright colonial rule and Russification policies in outlying regions inhabited by national minorities with at least the forms of governmental, linguistic and cultural autonomy. It sought wide popular participation in public affairs through party-directed mass organizations, and opened up opportunities for education and careers to people of heretofore lowly station. It publicized the Tsarist government's wartime secret treaties and renounced their arrangements for further territorial aggrandizement.

In all these and other ways the Revolution gave rise to a distinctively new Soviet Russian civilization with a quality of its own unlike that of Tsarism. At the same time, as revolutions generally do, it set the stage for a post-revolutionary reversion to a Russian past that still lived on after 1917 in the political culture of many Russians high and low, their habitual ways of thought and conduct. And owing to the

⁷ William Henry Chamberlin, *The Russian Revolution*, vol. I (New York 1935) 95.

harsh circumstances of its origin during the new Russian Time of Troubles between 1917 and 1922, Soviet Russia swiftly reconstituted what was, as just noted, emblematic of Tsarism: a strong, centralized, authoritarian form of statehood with government by bureaucracy.

The commonly repeated statement that the Bolsheviks "came to power" in their October Revolution of 1917 is inaccurate. True, they overthrew the Provisional Government on a wave of insurrection and proclaimed the founding of a Republic of Soviets in which their Lenin-led Council of People's Commissars would be the executive arm of the All-Russian Congress of Soviets. But the Bolshevik party's actual coming to power was a grueling four-year process of state-building in the Civil War that took several million lives in the fighting and from epidemics of infectious diseases, cold and hunger, and that sent nearly two million people into emigration.

During those grim years the Bolsheviks resorted to Red terror not only against their adversaries, who engaged in White terror, but also against hungry peasants who resisted their forcible grain requisitions. They outlawed all other parties, brought the press under governmental control, and reestablished a system of preliminary censorship. Save for Finland, Poland and the Baltic states, they brought back most of Imperial Russia under their rule in a lengthy process that found one of its leaders in the Georgian-born Commissar of Nationalities Djughashvili-Stalin, whose proudly Russocentric outlook led him into serious conflict with Lenin over the new state's configuration: the Stalin-favored Russian Soviet Federated Socialist Republic or the Union of Soviet Socialist Republics that Lenin preferred⁸. They nationalized factories, railroads, banks and even very small enterprises, placing them all under a Supreme Economic Council each of whose forty or more departments administered a single industry⁹. Bureaucratic rule burgeoned, with tens of thousands of old-regime *chinovniki* among its functionaries, leading an eminent emigré thinker to comment in retrospect: "Communism in Russia has taken the form of an extreme *étatisme* which holds in an iron grip the life of a huge country, and that unfortunately is in entire accord with the ancient tradition of Russian statecraft."¹⁰

In the course of the Civil War the Communist Party became the core of statehood itself in a bureaucratic party-state system that belied the Soviet state's claim to constitute a "dictatorship of the proletariat" and, as such, "worker-peasant" power. According to an inside source writing in late 1918, the local party committees were coming to regard themselves as political authority, issuing orders and decrees binding on local soviets and determining the compositions of their executive committees¹¹. Although the higher party leadership remained in some mean-

⁸ Robert C. Tucker, *Stalin as Revolutionary: A Study in History and Personality, 1879-1929* (New York 1973) 250-267.

⁹ Chamberlin, *op. cit.*, vol. I, 97.

¹⁰ Nicholas Berdyaev, *The Origin of Russian Communism* (Ann Arbor 1960) 143. This book was originally published in Europe in 1937.

¹¹ E. G. Gimpel'son, *Vliianie grazhdanskoi voyny na formirovanie sovetsskoi politicheskoi*

ingful sense a political party, the party organs, from the Central Committee offices in Moscow to the provincial, town and district party committees scattered across the Russian land, became *de facto* state bodies dictating their will to the soviets and other mass organizations, and the party's large membership became a corps of dependable loyalists in the hierarchical party-state system. Not for nothing did Stalin, in a draft pamphlet of that time, characterize the party as "a kind of *Order of Swordbearers* inside the Soviet state, directing the latter's organs and inspiring their activities"¹².

Already at that time some perceptive Russian emigrés saw that imperial Russian statehood was reviving in Soviet guise. V. V. Shul'gin, a prominent Russian monarchist who paid a visit in 1920, wrote on his return to Sofia that the Bolsheviks were "(1) restoring Russia's military might; (2) restoring the Russian great power's borders up to their natural limits; and (3) preparing the way for the coming of the all-Russian autocrat"¹³. And in a book published in Prague in 1921, *Smena vekh* (*Change of Landmarks*), a group of White Russian emigrés saw and welcomed the restorationist tendency. They found that Bolshevism in power was turning out to be a "centripetal state force" cementing anarchic, dispersed Russia back together again after its new Time of Troubles. Nikolai Ustrialov and his fellow authors of this book, who became known as "national-Bolsheviks", called on Russian patriots to support Bolshevism's effort to reunite the minority-inhabited borderlands with the center and prophesized that the new regime's intelligentsia would become imbued with the "mystique of the state"¹⁴.

IV.

It had not at all been the intention of Lenin to preside over a reconstitution of imperial Russian statehood. He shared in his Marxist way, the "estrangement from the state and hostility to it" which Pyotr Struve, writing in the early twentieth century, described as the spiritual hallmark of the Russian intelligentsia¹⁵. He was animated by a consummating hatred for *gosudarstvo*, for Tsarism and the bureaucratic rule it connoted. How, then, could he have failed to foresee the potentially restorationist consequences of a dictatorship under his party's auspices? The answer may lie in his fervent faith in the Marxist revolutionary idea, which made

sistemy, in: *Istoriia SSSR* 5 (1989) 3. See also Daniel T. Orlovsky, State Building in the Civil War Era, in: D. Koenker, W. G. Rosenberg, Ronald Grigor Suny (eds.), *Party, State and Society in the Russian Civil war: Explorations in Social History* (Bloomington and Indianapolis 1989) 190-234 on the process of *ogosudarstvenenie* (etatization) which went on at that time.

¹² Stalin, *Sochineniia*, vol. 5, 71. Written in July 1921, this characterization of the party first appeared in print in 1947 in Stalin's collected words.

¹³ Oni, 1920 (Moscow 1989) 517. This book first appeared in Sofia in 1921.

¹⁴ *Smena vekh* (Prague 1922) passim, and N. Ustrialov, *Natsional-Bolshevism*, in his *Pod znakom revoliutsii* (Harbin/China 1927).

¹⁵ Vekhi. *Sbornik stat'ei o Russkoi intelligentsii* (1910) 160.

out the modern industrial working class to be a collective force for future freedom in a radically new, non-statist form of society: "socialism" or "communism". In his 1917 prospectus for coming to power, *The State and Revolution*, we see a Lenin engaged in learned disputation over the sacred Marxist texts regarding the state and oblivious of the distinctive role of statehood in Russia's history and of the political culture of Russian Tsarism.

By 1922 the developing revival of that statehood and its political culture was both evident and deeply troubling to him. Having read *Smena vekh*, he declared in an address to the Eleventh Party Congress that the things Ustrialov was talking about were "possible", for "History knows all sorts of metamorphoses". There was a danger of the new culture for which communism stood succumbing to the "alien culture" it had sought to stamp out¹⁶. Later in that year, Lenin ruefully faced the fact that the Soviet state apparatus was "one that we took over from tsarism and slightly anointed with Soviet oil" and worried that non-Russians in the borderland republics would be at the mercy of "that true-Russian man, the Great-Russian chauvinist, in substance a true brute and scoundrel, such as the typical Russian bureaucrat is"¹⁷. And he began to take steps to remove from power the high-placed Bolshevik in whom he saw this danger most clearly personified: Stalin.

Finally, he set about rethinking the socialist idea. He did so in the context of the New Economic Policy inaugurated in 1921, under which the state denationalized small and some medium-sized enterprises, money took on value again, and 25 million peasant farmsteads were permitted to flourish and restored food production in a few years to 1913 levels. Addressing the question of what socialism – for which Marx had left no blueprint – might mean, Lenin went back in thought to those whom he called the "old cooperators", such as Robert Owen, and found that the supreme task was to proceed in a gradualist, reformist way, under NEP, toward socialism as a "system of civilized cooperators".

This, Lenin reasoned, would require a generation-long, party-guided cultural revolution aimed at transforming the customary way of life of the masses of people by educative means. Consequently revolution in the sense of rapid forcible change was over. In his words, "... there has been a radical modification in our outlook on socialism. The radical modification is this: formerly we placed, and had to place, the main emphasis on the political struggle, on revolution, on winning political power, etc. Now the emphasis is changing and shifting to peaceful, organizational, 'cultural' work."¹⁸

Such was Lenin's political testament to the party whose charismatic leader he had become. But Soviet Russia's history was not fated to go in the reformist direction he prescribed. Instead, it would replicate in its own fashion the developmen-

¹⁶ Communism and the New Economic Policy, in: Robert C. Tucker (ed.), *The Lenin Anthology* (New York 1975) 526.

¹⁷ The Question of Nationalities or 'Autonomisation', in: *ibid.* 720.

¹⁸ On Cooperation, in: *ibid.* 707–712, *passim*.

tal course that the Tsarist state had followed in its effort to amass military power for external defense and expansion. And this it would do under the leadership of a new Bolshevik leader for whom Soviet power came to appear the rightful heir successor of Tsardom.

V.

Whereas the Ustrialov volume's positive appraisal of Bolshevism as a Russian state-resurrecting force found an apprehensive reader in Lenin, it found an appreciative one in Stalin. In part, perhaps, because of his Georgian origin and upbringing, he did not partake of the anti-state outlook characteristic of the radical Russian intelligentsia, including most Bolshevik revolutionaries. In the terminology of Russia's 1990s, he was *gosudarstvennik* (statist) and *velikoderzhavnik* (great power proponent), and a central feature of Stalinism, both as a set of policies and a doctrinal outlook, was the further promotion of the statist tendencies that had emerged in the Civil War years.

Already in the early 1920s Stalin was conscious of himself as a *gosudarstvennik*. He showed this by repudiating the Marxist idea that statehood as such would die away under future socialism/communism. On his personal copy of a 1923 edition of Lenin's *The State and Revolution*, he inscribed the words: "The theory of its becoming unnecessary (*izzhivaniia*) is a worthless theory."¹⁹ Without at the time giving public voice to his statist orientation, Stalin proceeded in the party battles of the post-Lenin 1920s to associate himself with a subtly "national-Bolshevik" position in the Ustrialov volume's sense. As a man whose Georgian nationality was ineradicably audible in his Russian speech, he deliberately created an image of himself as a Russian national leader. He appealed to latent Russian national sentiment in his manner of arguing the case for "socialism in one country", thereby subtly differentiating himself from his leftist-internationalist rival leaders, Trotsky, Zinoviev and Kamenev, who were of Jewish origin. This redounded to his benefit in the contest for the Lenin succession.

The state restorationist process that unfolded in Lenin's time in power did not include restoration of so crucial an attribute of Tsarist statehood as autocracy. In Lenin the Soviet state had, however, an acknowledged supreme leader (*vozhd'*) who dominated the regime's policy-making in both internal and foreign affairs and, on contentious issues, normally won support by his remarkable powers of persuasion. In the absence of a designated successor, collective leadership prevailed for some time at the level of the party Central Committee's policy-making Politburo. One among its several members – Stalin – took this to be temporary and foresaw the need for one-man rule. At a dinner with colleagues in 1926 to cel-

¹⁹ Nikolai Simonov, *Razmyshleniia o pometkakh Stalina na poliakh marksistskoi literatury*, in: *Kommunist* 18 (1990) 72.

celebrate the replacement of Zinoviev as head of the Leningrad party organization by Stalin's supporter Sergei Kirov, conversation turned to the question of how to govern the party without Lenin. As the story was told by Pyotr Chagin, a Leningrad leader and friend of Kirov's who was present at the dinner, there was general agreement that the leadership should be collective. Stalin, however, dissented. Having listened to the discussion in silence, he stood up and walked around the table saying: "Don't forget we are living in Russia, the land of the tsars. The Russian people like to have one man standing at the head of the state. Of course, this man should carry out the will of the collective."²⁰

Although his interlocutors did not realize this at the time, Stalin was already setting out to become the "all-Russian autocrat" whose coming had been foretold by the monarchist Shul'gin. Here he took advantage of the fact that Lenin had unwittingly acted as the founder of a new ruling dynasty, this one a dynasty of ideological character. Lenin did this by producing a plethora of doctrinal and other writings that eventually became known as "Marxism-Leninism" and took on the character of a dogmatic new state religion in succession to the old regime's Russian Orthodoxy. Stalin, the one-time theological seminarian, advanced his own cause in the post-Lenin contest for the succession by publishing a set of lectures under the title *Problems of Leninism* and presenting himself as the most authoritative voice of Lenin's teachings. When, at length, he had won the battle for the succession and was publicly celebrated on his fiftieth birthday in 1929 as the party's new supreme leader, the Leninist dynasty was constituted as one in which each new ruler, holding the office of Central Committee general secretary, would be the party's best Leninist, or "Lenin today".

Stalin's *étatisme* was in conflict with his claim to be a true Leninist. In his statist version of Marxism-Leninism as it evolved in the 1930s, the Marxist and Leninist idea of the incipient dying out of statehood under socialism became anathema, and the USSR was pronounced a socialist state. And whereas Lenin repudiated everything in Russia's pre-1917 past except the anti-tsarist revolutionary movement, Stalinism (a term Stalin never countenanced because it would contradict his claim to represent Leninism in all he did) found positive as well as negative features in Tsarist Russia and on this account taught Soviet citizens to see Soviet history as the continuation of old Russia's on a higher plane. Most positive in the pre-1917 past was the revolutionary role that the state had played under a few strong tsars in mobilizing Russia's resources for defense and for expanding her frontiers through diplomacy and war.

Such was Stalinism as it took shape in Stalin's mind in the early post-Lenin years, during which (as the preserved portion of his personal library shows) he was an avid reader of books about Russia's history. In accordance with it, he came to see a war-oriented form of industrialization as the essence of the "building of socialism" that it was Soviet Russia's great mission to pioneer. So he set about re-

²⁰ Roy A. Medvedev, *Let History Judge: The Origins and Consequences of Stalinism* (New York 1968) 325.

plicating a pattern of statecraft that he knew by then was characteristic at times of Tsardom: revolution from above. Here he found a role model in a Tsar-autocrat whom he saw as likewise a would-be Tsar-revolutionary, Peter the Great. In a key speech of 1928, as the Five-Year Plan of industrialization and collectivization was beginning, he referred to Peter's attempt, confronted as Russia was by the more developed countries of the West, to break out of the confines of backwardness by "feverishly building plants and factories to supply the army and strengthen the country's defense"²¹. Whereas Peter's attempt had failed, his – he implied – would succeed.

Again in 1931, addressing a congress of Soviet managers, Stalin took the standpoint of historic Russian statehood in a way that no other Lenin-era Bolshevik leader would have done. Saying that Russia lagged behind the advanced countries of the West by fifty to one hundred years, he proclaimed the imperative need to overcome that lag within ten years in order to avoid another of the beatings that old Russia allegedly had suffered at the hands of foreigners, among them Mongolian khans, Swedish feudals, Polish-Lithuanian gentry and Anglo-French capitalists²². In short, the supreme goal of his policy was to prepare Russia for oncoming war. When Stalin gave that speech, rural Russia was writhing in the agony of his terroristic collectivization and urban Russia was in the bitter throes of the drive to overfulfill the war- and heavy-industry oriented Five-Year Plan.

The relative freedom accorded society under NEP was terminated as Stalin's regime moved to bring all of society under state control and regimentation. It reenacted the binding of all strata in servitude to the state authority. "Collectivizing" of the peasantry meant in reality the reimposition of serfdom within the framework of the *kolkhoz* that was officially described as a cooperative organization. Like peasants before their emancipation in 1861, Soviet *kolkhozniki* soon became bound without passports to their villages and obliged to perform *barshchina* (now called *trudodni*) as their serf forefathers had done; and by the close of the 1930s Soviet industrial workers were just as securely bound to their workplaces as the reenserved peasants were to their *kolkhozy*. And off to the east, in the concentration-camp world that became known as the GULAG, Tsarist *katorga* (penal labor) reappeared during the Stalinist 1930s on a colossal scale and in a uniquely barbaric form that understandably made it appear to be something unprecedented in Russian history.

And what did these developments have to do with socialism? Stalin presented his revolution from above to the party and public – and very likely to himself – as a revolution of socialism's construction. For him the amassing of Soviet Russian power in preparation for war, and the state's expansion into lands across the borders as an outcome of approaching war, was what the building of socialism had come to mean. He never forsook socialism and Marxism-Leninism in his peculiar understanding of them: Socialism was the totally state-regimented society being

²¹ *Stalin*, *Sochineniia*, vol. 11, 248.

²² *Ibid.* vol. 13, 38.

forged in his revolution from above; Marxism-Leninism was the doctrine that sanctified this system as socialist.

For many in his generation of Bolsheviks who played their parts in the events under discussion, this was not really what socialism was supposed to mean. Whether or not they understood and accepted the late Lenin's idea that revolution as such was over and that the building of socialism meant a long-range peaceful process of bringing people into cooperatives, the system emerging in the early 1930s, and the terribly brutal methods used to establish it, made a mockery of the official idea that Soviet power was worker-peasant power. During the Seventeenth Party Congress in early 1934, a group of prominent party figures, mainly from outside Moscow, conferred privately on a plan to transfer Stalin from his post as Central Committee general secretary, as Lenin had proposed, and replace him with the popular Leningrad party chief, Kirov. The move came to nothing, due in Part to Kirov's refusal to go along, but Stalin learned about it and also about the shocking fact that a large number of votes had been cast against him in the congress's concluding secret ballot for a new Central Committee²³.

His lethal response was to initiate the Great Terror with the prearranged assassination of Kirov at his Leningrad post in December 1934. The terror process, which unfolded in stages from early 1935 to the end of 1938 and beyond, eliminated all but a few of the cohort of Lenin-era Bolsheviks and very many of their juniors. Their places were taken by a technically trained younger generation of promotees who, unlike very many of their liquidated elders, were capable of seeing things in the "state way" and assimilating fully the ideal, new and yet very old in Russia, of the "state-oriented man" (*gosudarstvennyi chelovek*). They could accept the equation of a socialist Soviet Russia with an industrially developed and militarily strong one, and be proud of their country's reemergence as a great power. Many became members of the new/old official Russia that found its incarnation in the hierarchy of officialdom organized according to its *nomenklatura* table of ranks.

What happened to the party-state as a consequence of the Great Terror? It has been noted above that under Lenin the Communist Party took on state functions and became the central mechanism of state rule while preserving attributes of a political party at the level of its higher leadership. During Stalin's purges of the 1930s it altogether ceased to exist as a political party. The party-state was transformed into a Stalin-state, administered by a privileged stratum of bureaucratic serving-men who lived well and wore medals but who were instrumentalities rather than holders or shares of power. The former ruling party became the first in importance of the mass organizations in the Stalin system. Only the local party bosses retained a measure of actual authority. They became little dictators, ruling their regions at the pleasure of the Kremlin. The Politburo lived on as a state council issuing direct orders to governmental bodies, and the party Central Committee

²³ F. D. Volkov, *Vzlet i padenie Stalina* (Moscow 1992) 87.

became simply the transmission belt of a restored absolute autocracy, an administrative-bureaucratic mechanism totally submissive to Stalin's will.

Observing the events of the 1930s from a distance, the noted emigré thinker G. P. Fedotov caught their essential meaning. In an article entitled "Stalinokratiia" ("Stalinocracy") published at the end of 1936 in the Paris emigré journal *Sovremennye zametki*, Fedotov wrote that Russia was no longer ruled by a political party but by Stalin in person. The Kirov murder had touched off a continuing process of "anti-Communist terror" and a new "serving class" of officials, engineers, intellectuals and the like was replacing erstwhile Communist believers in the basically monarchist regime of a Red Tsar. Serfdom was restored in the countryside. Socialism now meant the expansion of the state economy through industrializing. All this was in many ways a return to Russia's eighteenth century: "The same massive weight of the state pyramid, the same building of culture on the bones of the people. The state as organizer of culture. Enthusiasm and flattery surrounding the throne. But also technical and scientific endeavor on a grand scale in a semi-primitive country: geographical expeditions, an Academy of Sciences." If the emigrés failed to realize what was happening, Fedotov said, this was because "The ongoing liquidation of communism in Russia is wrapped in a protective covering of lies. The Marxist symbolism of the revolution has not yet been eliminated and this makes it hard to see the facts clearly"²⁴.

True, Stalinism never acknowledged – save indirectly in the grandiose official cult of the new Tsar-autocrat – that the one-time party-state had been transformed into a Stalin-state. The Stalin-state in this way propagated a myth of the fundamental continuity of the Soviet period from Lenin to Stalin and treated his revolution from above as Leninism in action. No doubt it did so because the legitimacy and hence stability of the prevailing system turned on the claim that under Stalin's rule the new, advanced socialist order foretold by Marx, Engels and Lenin had been built in Russia. If all that Stalin had done in power was not Leninism in action, then he could hardly be the Lenin of his day and the Leninist dynasty would not be long for this world – as turned out, some decades later, to be the case.

VI.

In international as well as internal affairs there was both continuity and discontinuity in the transition from Leninism to Stalinism, and here again Stalin's statist orientation played a crucial part.

Whereas the Moscow Tsardom developed very largely in isolation from Europe, Imperial Russia became a European great power from the time of Peter. In the nineteenth century it became one of the five European powers on which the

²⁴ Sud'ba i grekhi Rossii: izbrannye stat'i po filosofii russkoi istorii i kul'tury, 2 vol. (St. Petersburg 1992) vol. II: 86, 91, 93–96.

balance-of-power system rested. In this perspective, the outstanding significance of the October Revolution is that Russia as a consequence retired into the isolation from Europe of the state of Muscovy and reverted to an anti-European posture. Some perceived this at a very early stage. A group of Russian emigrés who called themselves "Eurasians" published a volume in Sofia in 1921, *Outlet to the East*, which described revolutionary Russia as "a former European province" now in revolt against Europe. Lenin, as a Marxist with a high regard for some aspects of European civilization, could not have agreed that this accurately expressed the historical meaning of Russia's revolution. But a dim cognizance of it was reflected in his thinking. In the immediate post-October period he and other leading Bolsheviks clung to the idea that October was the first great event in a world revolutionary process whose epicenter lay in Western Europe. They looked especially to revolution in Germany (for Lenin "a land of advanced, cultured, capitalist development") as the salvation of the revolution in backward Red Russia.

But when revolution failed to materialize in Germany and elsewhere in Europe, and as Soviet power consolidated itself in Russia, a far-reaching reorientation began in Moscow. As usual, Lenin led the way. In one of his final writings, he found the world split into "two camps", one consisting of the countries of "the counter-revolutionary imperialist West" and the other consisting of the orientally backward countries of "the revolutionary and nationalist East", of which revolutionary Russia was one. And he voiced the hope that the conflicts and antagonisms, including possible war, between the two camps would give Soviet Russia a respite during which she could concentrate on the tasks of long-range peaceful development toward socialism²⁵.

Unlike Lenin, Stalin showed a national-Bolshevik tendency in the way he envisaged the divided world. Instead of simply linking Russia with the other "orientally backward" but awakening non-European countries, as Lenin did, he saw a socialist Soviet Russia *heading* the anti-European camp. Having already in 1917 propounded the idea that "Russia may be the country that points the way to socialism", in 1921 he found the world split into "two opposing camps, the camp of imperialism headed by the Entente and the camp of socialism headed by Soviet Russia..."²⁶. And the countries of the Russia-headed world camp would be neighboring ones. In Stalin's formulation, Soviet Russia, so far a "socialist island", would be better off if it had "as neighbors one large industrially developed or several Soviet states"²⁷. In this way the "capitalist encirclement" would be replaced by a "socialist encirclement"²⁸.

Stalin thus reconceived the international communist revolution as a process radiating outward from Soviet Russia into countries that could, by their geographical proximity, become parts of a "socialist encirclement". Accordingly, Sta-

²⁵ Better Fewer, But Better. The Lenin Anthology, 744.

²⁶ Sochineniia, vol. 5, 88.

²⁷ Ibid. 109.

²⁸ Ibid. vol. 8, 263.

linism in foreign policy signified a renewed form of imperial Russian expansionism, now under socialist ideological banners. This being so, Stalin found it natural to take, if not a positive, then a less-than-negative view of Tsarist Russia's foreign policy. He showed this in a letter of 1934 to his Politburo colleagues opposing a plan then afoot to reprint Friedrich Engels's essay of 1890, "The Foreign Policy of Russian Tsarism", in the party journal *Bolshevik's* forthcoming special issue on the twentieth anniversary of the outbreak of the World War.

Engels had portrayed Russian foreign policy since Catherine II's time as the pursuit by a talented but unscrupulous "Jesuit order" of foreign-born diplomats of "its own single, never-changing, never lost-sight-of objective: the domination of the world by Russia". Stalin's letter (first published in 1941) took Engels to task for explaining Russia's policy of aggrandizement more by the presence of the "Jesuit order" than by the need for outlet to seas and seaports, for enlarged foreign trade and strategic positions²⁹. Implicit in his critique of Engels on this point was a defense of Tsarist Russia's foreign policy insofar as it pursued the aims mentioned. Lenin, whose outlook on international affairs and Tsarism's foreign policy was in keeping with Engels', would have been outraged by Stalin's letter.

Envisaging the further progress of international revolution in terms of Russia's aggrandizement around its periphery, Stalin saw diplomacy as a key means of bringing this about. Here again he kept faith with Lenin at the same time as he departed from him. For Lenin diplomacy was a defensive weapon to keep capitalist states divided and hence unable to unite in crushing revolutionary Russia. For Stalin a divisive diplomacy became at once a defensive *and* offensive weapon, with the mission of expediting Soviet Russia's territorial expansion. His diplomacy in the 1930s, following the rise of Hitler and his Nazi Party to power in Germany, showed this duality. An accord with Germany was an aim because it would offer an opportunity to effect a westward advance of Soviet power while turning Germany against the western democracies in what Stalin assumed would be a protracted war that would weaken both sides while neutral Russia increased her strength and awaited an advantageous moment for intervention. Meanwhile, his collective-security diplomacy aimed to promote the formation of a strong anti-German grouping based on France and Britain³⁰.

Having pursued the divisive diplomacy and observed the emergence of two potentially warring coalitions in Europe, Stalin in his report to the Eighteenth Party Congress in March 1939 professed a desire for peace and businesslike relations with "all" interested states, thereby raising the possibility of a negotiated neutrality that would ensure Hitler against the two-front war that he had to fear. Hitler's positive response came in his initiative of August 1939 which produced the Berlin-Moscow Treaty of Non-Aggression with its secret protocols, followed in Septem-

²⁹ I. Stalin, O stat'e Engel'sa 'Vneshniaia politika russkogo tsarizma', in: *Bolshevik* 9 (May 1941) 1-5.

³⁰ Robert C. Tucker, *Stalin in Power: The Revolution From Above, 1928-1941* (New York 1990) 47, 345.

ber by the German-Soviet Boundary and Friendship Treaty. For Stalin these agreements were far more than a means of keeping Russia uninvolved in the war that Hitler promptly began with the invasion of Poland in September. Providing as they did for the partition of Poland between Germany and Russia and for inclusion of Finland, the Baltic countries and Bessarabia in Russia's sphere of influence, they opened the way to the takeover of East European territories destined to be parts of Stalin's anticipated "socialist encirclement". For him they were a culminating event in his imperial diplomacy.

The stunning Nazi victory in the West in the spring of 1940 upset Stalin's calculation on a protracted war between the two coalitions. In the dangerous aftermath, he tried hard to continue the informal alliance with Germany into which he had brought his country in 1939. Hitler, for his part, was resolved to make war on Russia and by July 1940 the German general staff was busy preparing concrete operational plans for an offensive that would start in May 1941. In order to lull Russian fears on that score, Hitler allowed his foreign minister, Ribbentrop, to send Stalin a letter in October proposing that he send his foreign minister, Molotov, to Berlin for discussions that might lead to Russia's inclusion in the Tripartite Pact into which Germany, Italy and Japan had entered in September. Stalin responded positively, and Molotov arrived in Berlin on 12 November for two days of talks that began with a meeting with Hitler on the day of his arrival.

Molotov conducted the talks with the Nazi leaders on the basis of a hand-written set of notes that the partial opening of once top-secret Russian archives has brought to light and that bears out what has been said above about the meaning of Stalinism in foreign policy. The notes entitled "Some Directives for the Berlin Journey", were dictated to Molotov by Stalin on 9 November and consist of fourteen points covering nine pages of notebook paper. Point one instructed Molotov to "find out the real intentions" of Germany and her two formal alliance partners in building the "New Europe" mentioned in the Tripartite Pact, and to sound out the Germans on the Soviet Union's place in their plans in this regard. Then the directives told Molotov to outline to his interlocutors Russia's "sphere of interests" in Europe and feel out the German program in that regard. They put primary emphasis on Bulgaria's inclusion (with entry of Soviet troops) in the Soviet sphere of interests, mentioned "serious interests in Turkey", declared that "The question of Iran cannot be decided without USSR's participation", and mentioned other desiderata³¹.

No doubt Stalin's positive response to the German initiative and his directives for Molotov were motivated in part by an urge to head off a possible German assault by convincing Hitler anew that he could treat Stalin's Russia as an unofficial or even official alliance partner. However, they also show that he saw – or very much wanted to see – in Hitler a German *gosudarstvennik* and *velikoderzhavnik* with whom he could continue to do mutually advantageous business in the sphere

³¹ Lev Bezymenskii, *Kak Stalin khotel podelit' mir s Gitlerom*, in: *Nezavisimaiia gazeta*, 8 May 1996.

of imperial diplomacy. Such a view is borne out by his daughter's recollection of him repeating in the postwar years: "Ekh, together with the Germans we would have been invincible."³²

³² *Svetlana Alliluyeva, Only One Year* (New York 1969) 392.

Manfred Hildermeier

Revision der Revision?

Herrschaft, Anpassung und Glaube im Stalinismus

Wie es einem Ereignis von säkularem Charakter gebührt, hat das unverhoffte Ende der Sowjetunion die Gesamtgeschichte dieses ersten ‚sozialistischen Staates‘ der Erde in neues Licht getaucht. Was abgeschlossen ist, erscheint nicht nur dem Historiker anders. Scheinbar Stabiles entpuppte sich als fragil. Zwischen Anfang und Ende stellte sich eine neuartige Beziehung her, und die hauptsächlichen Entwicklungsphasen sind zumindest neu zu überdenken, wenn nicht neu zu interpretieren. Nachdem sich der erste Kampfesnebel¹ gelegt hat und die Sicht wieder frei zu werden beginnt, treten auch die Gefahren und die Konzentrationenpunkte der Debatte deutlicher zutage. Sicher ist es auf Dauer weder fruchtbar noch glaubwürdig, das ‚Fähnlein der Aufrechten‘ zu hissen und exklusiv zu reklamieren, daß man es schon immer gewußt habe. Siegerposen dieser Art neigen nicht nur zu ausgeprägter Parteilichkeit, sondern auch – wie vielleicht jede engagierte Sicht – zu einer Begrenzung der wahrgenommenen Aspekte des plötzlich Abgeschlossenen auf das ‚Passende‘. Andererseits vermag eine Haltung ebenso wenig zu überzeugen, die sich weigert, tiefgreifende Auswirkungen des Zusammenbruchs auch auf das rückblickende Verständnis der sowjetischen Entwicklung anzuerkennen. Bei allen Vorbehalten gegen einseitige Deutung steht die ‚Standortbindung‘ – um die Terminologie eines vielzitierten Bandes zu verwenden² – eines jeden geisteswissenschaftlichen Betrachters außer Frage und mit ihr der fundamentale Zusammenhang zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Nach dem Zusammenbruch nicht nur eines Staates, sondern eines ganzen Systems, eines solchen

¹ Vgl. u. a. *Martin Malia*, To the Stalin Mausoleum, in: *Daedalus* 119 (1990) 295–344, wiederabgedruckt in: *Alexander Dallin, Gail W. Lapidus* (Hrsg.), *The Soviet System. From Crisis to Collapse* (Boulder/Co. u. a. 1991) 649–672; *ders.*, *Vollstreckter Wahn. Rußland 1917–1991* (Stuttgart 1994) sowie vor allem den Sammelband: *The Strange Death of Soviet Communism. An Autopsy*, in: *The National Interest. Special Issue*; Übersicht: *Dominic C. B. Lieven*, Western Scholarship on the Rise and Fall of the Soviet Regime: The View from 1993, in: *Journal of Contemporary History* 29 (1994) 195–227; *Dietrich Geyer*, Osteuropäische Geschichte und das Ende der kommunistischen Zeit (Vortrag vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften 28. Oktober 1995, Heidelberg 1996).

² Vgl. u. a. *Reinhard Koselleck, Wolfgang J. Mommsen, J. Rüsen* (Hrsg.), *Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft* (München 1977).

zumal, das den Anspruch erhob, die Vollendung aller bisherigen Weltgeschichte zu verkörpern, gehört die *gesamte* Geschichte des *Untergegangenen* und nicht nur *Vergangenen* einschließlich der allerersten Anfänge auf den Prüfstand. Quer zu diesen beiden, in der bisherigen Debatte deutlich hervorgetretenen Gefahren steht gleichsam eine dritte, allgemeine: die Versuchung, allzu vieles in kausaler Form auf die Meßlatte des unrühmlichen Endes zu beziehen. Demgegenüber sollte auch in Anbetracht des Endes einer wertbeladenen Ordnung, an der sich die Geister (unter Einbeziehung der Bewegung, aus der sie hervorgegangen ist) fast ein Jahrhundert lang schieden, die Binsenweisheit nicht vergessen werden, daß *post hoc* nicht *propter hoc* sein darf. Keine Entwicklung war ohne Alternative, nichts zwangsläufig. In diesem Sinne verdient jede Phase, *auch* aus sich selbst heraus verstanden zu werden; und so gesehen trifft sogar die gelegentlich zu hörende Meinung zu, Gorbatschow habe den Untergang des ihm anvertrauten Staates, wenn auch ungewollt, herbeigeführt.

Obwohl die gesamte 74-jährige Geschichte der Sowjetunion neu bedacht werden muß, hat sich die Debatte aus einleuchtenden Gründen zunächst auf die wichtigsten Weichenstellungen und diejenigen Phasen konzentriert, in denen Ähnlichkeiten zu synchronen Entwicklungen in anderen Ländern zutage traten. Ins Auge fallen – neben der *perestrojka* als Anfang vom Ende – vor allem drei: (1) Oktoberumsturz und Bürgerkrieg, (2) der Vorkriegsstalinismus einschließlich des Übergangs zur Planwirtschaft und der Zwangskollektivierung und (3) die Chruschtschow-Ära, die inzwischen als erste Entstalinisierung, aber auch als Beginn der endlosen Versuche erscheint, das Unheilbare zu heilen. Vor allem den erstgenannten Diskussionsfeldern kommt dabei zustatten, daß nun alle Archive – wenngleich manche in der Praxis nur prinzipiell – geöffnet sind und besonders über die dreißiger Jahre beinahe täglich neue Quellen veröffentlicht werden. Andererseits sind Sensationen, von neuen Zahlen über die Terroropfer am ehesten abgesehen, bislang ausgeblieben. Auch im sechsten Jahr der neuen russischen Zeitrechnung bleibt festzustellen, daß die westliche Interpretation der Sowjetgeschichte bis etwa 1964 zwar in einigen Details (z. B. hinsichtlich des bäuerlichen Widerstandes gegen die Zwangskollektivierung) korrigiert wurde, sich aber im großen und ganzen als bemerkenswert zutreffend erwiesen hat.

Wenn sie dennoch in Fluß geraten ist, dann geschah dies zum einen aufgrund des plötzlichen Perspektivenwechsels, zum anderen – und nicht minder wichtig – infolge einer methodischen Neuorientierung im Fach. Die Aufwertung von Bewußtsein und Wahrnehmung, die in der 'allgemeinen Geschichte' schon vor einem guten Jahrzehnt begann, erreichte mit der üblichen Verzögerung auch unsere Disziplin. Dieser Wandel wurzelte ebenfalls *nicht* primär in neuen sachlichen Einsichten, ging aber mit der Heranziehung anderer Quellen und/oder der Neuinterpretation bekannter einher. So ergibt sich ein Endeffekt, der gleichsam als Summe aus mehreren unterschiedlichen Entwicklungen zu verstehen ist: des weltanschaulich-politischen Streits um die Haltung zur Sowjetunion, der so alt ist wie diese selbst; der epistemologisch-interpretatorischen Folgen eines säkularen Ereignisses der jüngsten Vergangenheit und der methodisch-erkenntnistheoreti-

schen Fortentwicklung der Geschichtswissenschaft. Alle diese Faktoren kamen und kommen gleich einem Brennpunkt in konzeptionellen Überlegungen zum Vorkriegsstalinismus zusammen. Insofern spricht vieles dafür, die neu entbrannte Diskussion über dieses Problemfeld als exemplarisch für die Bewegung zu betrachten, die das Studium der russisch-sowjetischen Geschichte in besonderem Maße erfaßt hat.

Zu den Eigenarten geisteswissenschaftlich-geschichtlicher Erkenntnis gehört es dabei auch, daß jede Neuinterpretation und neue methodische Verfahrensweise – die häufig und idealiter miteinander verbunden sind – der Auseinandersetzung mit den einflußreichsten Deutungsmustern der jüngeren Vergangenheit bedarf. Altes wird nicht abgelegt, weil es selten in allen Aspekten überholt ist. Häufig greifen neue ‚Paradigmen‘ auf Teile zurückliegender Vorschläge zurück. Bisherige Modelle bilden oft ein Reservoir von Denkfiguren, aus denen neue Überlegungen, sicher unter Hinzufügung eigener Ansätze, ein neues Gesamtbild erstellen. Insofern entspringt der Rekurs keinem Mangel an ‚positiver‘ eigener Denkkraft, sondern der inneren Logik der Sache selbst. Er beschreibt – jedenfalls im gelungenen Fall – eine *Spiral*bewegung, keinen Kreis. Wenn man daran festhalten will, daß auch geistes- bzw. kulturwissenschaftliche Theorien nicht nur im Sinne ‚neutraler Bewegung‘, sondern im Sinne von Verbesserung fortschreiten, wird der Erkenntnisgewinn im Vergleich zu den vorangegangenen Deutungen zum entscheidenden Bewertungsmaßstab. Sicher mag man darüber streiten, was als Erkenntnisgewinn zu betrachten ist. Dennoch kann und darf nicht jede neue Überlegung den gleichen Anspruch erheben, nach diesem Maßstab für wertvoll gehalten zu werden.

Es hat mithin gute Gründe, daß noch jeder ‚Paradigmenwechsel‘ in der Interpretation des Stalinismus mit dem Rekurs auf die *Totalitarismustheorie* begann. Deren Einfluß korrespondiert im gegebenen Fall mit ihrer zeitlichen ‚Ursprünglichkeit‘. Neue Überlegungen kamen und kommen nicht nur wegen ihres Einflusses so häufig auf sie zurück, sondern auch, weil sie am Anfang des Nachdenkens über den Stalinismus stand. Dabei ist gleich zu Beginn festzuhalten, daß die Beobachter zuerst darum bemüht waren, sich einen Reim auf die neue Qualität des *fascistischen* und des *nationalsozialistischen* Staates zu machen, deren Entstehung und Gegenwart sie beobachteten³. Davon bereits geprägt und gleichsam auf der Folie solcher Überlegungen wandten sie und ihre Nachfolger sich dem Stalinismus zu. Sie fanden dort Ähnliches, aber auch viel anderes. Im Streben nach Vergleichbarkeit drängten sie die Unterschiede in den Hintergrund und betonten die Ähnlichkeiten. Das Verfahren war im Zeithorizont und nach Maßgabe von Alternativen (im wesentlichen von ‚Bonapartismustheorien‘ trotzistischer Provenienz)⁴ legitim, enthielt aber bereits den Keim von Widerspruch. Denn die totali-

³ Vgl. jüngst: *Abbott Gleason*, *Totalitarianism. The Inner History of the Cold War* (New York 1995); *Hans Maier*, „Totalitarismus“ und „politische Religionen“. Konzepte des Diktaturvergleichs, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 43 (1995) 385–405.

⁴ Vgl. u.a. *Leo Trotzki* [L. D. Trockij], *Stalin. Eine Biographie*, Bd. 1–2 (Hamburg 1971); *ders.*, *Die verratene Revolution* (Zürich, Antwerpen, Prag 1936).

taristische Deutung paßte von Anfang an schlechter auf den Stalinismus (der fast immer das Vorkriegsjahrzehnt meint) als auf den Nationalsozialismus. Selbst eines der wesentlichen Kennzeichen aus dem bekannten Merkmalskatalog ihrer engagiertesten sozialwissenschaftlichen Verfechter mußte sozusagen mit Blick auf den Stalinismus hinzugefügt werden: Von verstaatlichter Wirtschaft konnte im Nationalsozialismus trotz Vierjahresplan im Ernst nicht die Rede sein⁵. Und von Anfang an, wenn man die wissenschaftliche Formulierung der Totalitarismustheorie (trotz Vorläufern in den dreißiger Jahren) auf die Nachkriegszeit datiert, mochte auch die Langlebigkeit des Stalinismus irritieren. Sicher lag der erklärende Hinweis auf den teuer bezahlten Sieg gegen das Dritte Reich nahe, zu dem die Hybris des deutschen Führers nicht wenig beitrug. Aber er reichte doch nicht aus, um den evidenten Tatbestand befriedigend zu erklären. Im Rahmen der gewählten Deutung leistete dies die These von der „permanenten Säuberung“. Sie schien die Stabilität der Herrschaft durch die Unmöglichkeit von Widerstand plausibel zu begründen⁶. Dennoch stand der Einwand stets im Raum, kein Staat könne seinen Bestand auch nur mittelfristig allein durch die Erzeugung ubiquitärer Angst sichern. Hätte sich der Stalinismus als genau so kurzlebig erwiesen wie der Nationalsozialismus, wären totalitaristische Deutung und Erfahrungsbestand sicher eher zur Deckung gekommen. So aber blieben von Anfang an große Risse, die Fragen aufwarfen und Einwände nachgerade provozierten. Das war gerade dort der Fall, wo herausragende Sachkenner wie M. Fainsod ‚schwierige‘ Befunde nicht an den Rand drängten, sondern zu integrieren suchten⁷.

Die andere Ursprungsorientierung des Totalitarismusmodells hilft ferner, eine weitere Eigenart seines Nachlebens zu verstehen: die höchst einseitige Rezeption bei ihren Kritikern vor allem in den Vereinigten Staaten. Eine ganze Schule sog. Revisionisten, die hierzulande ebenso wie in Frankreich oder Großbritannien als solche nicht existiert (sondern höchstens in Gestalt einiger individueller Anhänger), hat genau gesehen nur *einen* Denkstrang zur Kenntnis genommen. Dies ist nicht eigentlich ihr Fehler, weil er fraglos dominant war und insbesondere die Deutung des Stalinismus geprägt hat. Aber man sollte schärfer sehen, daß eine Einseitigkeit die andere hervorrief und beide zusammen zu einer gewissen Vereinfachung führten. Der häufig anzutreffende Hinweis, daß man ‚den Totalitarismus‘ natürlich nicht in seiner ganzen Differenziertheit erfasse, behebt das Versäumnis nur teilweise. Er vermag den Einwand nicht wirklich auszuräumen, daß die Kritik

⁵ Vgl. diese Merkmalsliste bei *Carl Joachim Friedrich, Zbigniew Brzezinski*, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy* (Cambridge/Mass. 1965), hier nach: *Eckhard Jesse* (Hrsg.), *Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung* (Bonn 1996) 225–236. Nützliche Sammelbände: *Bruno Seidel, Siegfried Jenkner* (Hrsg.), *Wege der Totalitarismusforschung* (Darmstadt 1968); *Konrad Löw*, *Totalitarismus* (Berlin 1988); beste Übersicht immer noch: *Walter Schlangen*, *Die Totalitarismustheorie. Entwicklung und Probleme* (Stuttgart 1976).

⁶ Vgl. *Zbigniew K. Brzezinski*, *The Permanent Purge. Politics in Soviet Totalitarianism* (Cambridge 1956).

⁷ Klassische Studie, der alle Kritiker bescheinigten, der perspektivischen Verengung des eigenen Ansatzes entgangen zu sein: *Merle Fainsod*, *Wie Rußland regiert wird* (Köln 1965).

nur die Hälfte ihres Zieles traf. Die andere Hälfte blieb gleichsam bestehen, wenn auch lange Zeit unbeachtet. Es war nur eine Frage der Zeit, wann die Interpretation wieder auf sie zurückgreifen würde. Aufgeschoben war um so weniger aufgehoben, als es gute Gründe für die Meinung gab und gibt, die Mängelrüge habe die Kernabsicht des Totalitarismuskonzepts verfehlt: das *qualitativ Neue* an den Regimen zu bezeichnen, um deren Verständnis es sich bemühte. Die Wesenszüge aber, die alle bekannten Erfahrungen mit hypertropher Herrschaft, Diktatur, Tyrannis und anderen Formen persönlicher, zumeist usurpierter und oft willkürlicher Herrschaft hinter sich ließen, bestanden vor allem in drei Beobachtungen: dem unerhörten *Ausmaß an Gewalt* nicht nur gegenüber Individuen, sondern ganzen Großgruppen ohne Ansehen einer persönlichen Schuld allein aufgrund zugeschriebener pauschaler Merkmale; der Rechtfertigung solcher Gewalt durch eine Ideologie, die außerhalb jeden Zweifels stand und für alles zuständig war; und einer Form der Durchsetzung eines solchen absoluten, weltanschaulich getragenen Willens, die sicher nicht alle und erst nicht alle gleich traf, aber jeden treffen konnte und diese Möglichkeit durch systematische Intervention in das Privatleben – bis in seine Denkweise hinein – deutlich machte. Wie immer man die neuen Regime bezeichnet oder deutet, ob als ‚moderne Diktaturen‘ oder als verstaatlichte Bewegungen, ob man ihre Aktivitäten als Produkt eines alleinigen obersten Willens betrachtet oder als nicht gesteuertes Ergebnis der Konkurrenz von Machtcliquen mit dysfunktionaler, letztlich selbstzerstörerischen Konkurrenz: Die neue *Qualität*, die der Begriff des Totalen zunächst meinte, steht außer Frage⁸.

So gesehen war es auf der einen Seite nicht nur verständlich, sondern auch zwangsläufig, daß eine neue Generation von Historikern seit Beginn der sechziger Jahre die Angemessenheit der alten Deutung in Zweifel zog⁹. Sie tat dies im Zeichen eines neuen Arbeitsfeldes und ihm entsprechender methodisch-theoretischer Überlegungen, der *Sozialgeschichte*. Was sie dabei entdeckte, war kaum zu bestreiten und hat sich seit einem guten Jahrzehnt als allgemein akzeptierter Befund etabliert: daß das vorherrschende Verständnis des Stalinismus allzu einseitig vom Aspekt der Herrschaftsausübung geprägt war. Sicher sind Industrialisierung und die neue Gesellschaft, darunter nicht zuletzt das kollektivierte Dorf, nie übersehen worden. Kritische Rückblicke haben dies nicht immer hinreichend gewürdigt

⁸ Beste Übersicht nach wie vor: *Ian Kershaw*, Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick (Reinbek b. Hamburg 1988) 43 ff.; Kontrapunkte u. a.: *Hans Mommsen*, Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft. Ausgewählte Aufsätze (Reinbek b. Hamburg 1991) 67 ff.; *Klaus Hildebrand*, Das Dritte Reich (München 1995) 135 ff.

⁹ Vgl. zusammenfassend: *Sheila Fitzpatrick*, New Perspectives on Stalinism, in: *Russian Review* 45 (1986) 357–373, 409–413 sowie die anschließenden Diskussionen in: ebd. 374–409 und ebd. 46 (1987) 375–431; repräsentative Formulierungen u. a.: *dies.*, Education and Social Mobility in the Soviet Union 1921–1934 (Cambridge 1979); *dies.* (Hrsg.), Cultural Revolution in Russia 1928–1931 (Bloomington 1978); *dies.*, The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia (Ithaca 1992); *Moshe Lewin*, The Social Background of Stalinism, in: *Robert C. Tucker* (Hrsg.), Stalinism: Essays in Historical Interpretation (New York 1977) 111–136; *Stephen F. Cohen*, Bolshevism and Stalinism, in: ebd. 3–29.

und die ältere wirtschafts- und sozialhistorische Forschung¹⁰ allzu sehr an den Rand gedrängt. Dennoch traf die Feststellung einen richtigen Kern, daß derartige Untersuchungen trotz ihrer teilweise erheblichen Ausstrahlung der Gesamtinterpretation der Sowjetordnung vor dem Zweiten Weltkrieg letztlich äußerlich geblieben sind. Selbst die bekannte, in verschiedener Variation vorgetragene These, Stalin sei eine Art von neuem Peter dem Großen gewesen, der das rückständige Land mit Knute und Peitsche ins 20. Jahrhundert geprügelt habe, dachte das ganze System nur ‚vom Kopf‘ her. Gleiches galt vom Terror, der – allerdings mit guten Gründen – als innerster Kern des Stalinismus im engeren, von der Ordnung vor und nach ihm unterschiedenen Sinne betrachtet wurde. Und auch das Wenige, was von der übrigen Gesellschaft bekannt war, wurde ganz überwiegend als Resultat *politischer* Macht interpretiert: Die Partei und der von ihr übernommene Staat formten die Arbeiter, die in Scharen aus den Dörfern zu den Baustellen im ganzen Lande strömten, ebenso wie die neue, unter das Joch oktrozierter Kolchosen gezwungene Dorfgemeinschaft. Freilich beruhten solche Überlegungen überwiegend auf Deduktionen: Wo eine politische Organisation mit Hilfe der von ihr instrumentalisierten ‚legitimen Zwangsgewalt‘ in der Lage war, den ganzen ‚Kontinent‘ (L. Kopelev) des alten, bäuerlichen Rußland zu unterwerfen und aller gewerblich-industriellen Produktion eine neue Funktionsweise aufzuzwingen, schienen die Gewichte im Verhältnis zwischen obrigkeitlicher, im gegebenen Fall parteilich usurpierter Anordnungsmacht und der ihr unterworfenen Bevölkerung eindeutig verteilt zu sein. Dies schloß nicht nur eine implizit unterstellte Wehrlosigkeit der Betroffenen ein, sondern dadurch zugleich eine gewisse Mediatisierung. Es war zwar alles andere als belanglos, zu welcher Schicht und Funktionsgruppe der einzelne gehörte, gegenüber der unfäßbaren, wenn auch wahrlich nicht anonymen politischen Macht aber stellte sich eine ähnliche Gleichheit her wie gegenüber Krankheit und Tod.

Nüchtern und aus der Distanz eines guten Jahrzehnts betrachtet, tat die Kritik an diesem Verständnis des Vorkriegsstalinismus nichts anderes, als auf die Unterbelichtung der Seite der Machtunterworfenen hinzuweisen und daraus Folgerungen für eine veränderte Sicht abzuleiten. In diesem Sinn stand tatsächlich, auch wenn das Begriffspaar zwangsläufig vereinfacht, das Verhältnis zwischen Staat samt Partei und ‚Gesellschaft‘ als Sammelbezeichnung für die geschichtete Bevöl-

¹⁰ Erwähnt seien nur die bekanntesten Arbeiten von *Alec Nove*, *An Economic History of the USSR 1917–1991* (Harmondsworth 1992); *ders.*, *Studies in Economics and Russia* (New York 1990); *ders.*, *Was Stalin really necessary?* (London 1964) und *Robert William Davies*, *Edward Hallett Carr*, *Foundations of a Planned Economy 1926–1929*, Bd. 1–2 (London 1969–1971); *ders.*, *The Industrialization of Soviet Russia*. Bd. 1: *The Socialist Offensive. The Collectivisation of Soviet Agriculture, 1929–1930*; Bd. 2: *The Soviet Collective Farm, 1929–1930*; Bd. 3: *The Soviet Economy in Turmoil, 1929–1930*; Bd. 4: *Crisis and Progress in the Soviet Economy, 1931–1933* (London, Cambridge/Mass., Basingstoke 1980, 1989, 1996); *ders.* (Hrsg.), *From Tsarism to the New Economic Policy. Continuity and Change in the Economy of the USSR* (Ithaca 1991); *ders.*, *Mark Harrison*, *Stephen G. Wheatcroft* (Hrsg.), *The Economic Transformation of the Soviet Union, 1913–1945* (Cambridge 1994). Nove beschwert sich darüber in seiner Replik auf Fitzpatrick zu Recht (vgl. *Russian Review* 46 (1987) 412).

kerung zur Debatte. Gegen die Herrschaftslastigkeit der überkommenen Deutung wurden Befunde der sozialhistorischen Forschung vorgebracht. Dies ist nach Maßgabe des wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritts, wenn er sich denn von weltanschaulicher Voreingenommenheit unterscheiden soll, nicht nur normal, sondern nachgerade zwingend. Forschungsergebnisse sind dazu da, daß sie gedeutet und daraufhin befragt werden, ob und in welcher Weise sie tradierte Konzepte verändern oder nicht. Dabei zeigte sich zum einen, daß das Regime deutlich mehr Rückhalt bei strategisch wichtigen Gruppen der städtischen Bevölkerung besaß als bekannt. Zum anderen stellte sich heraus, daß es gute Gründe für Teile der Bevölkerung gab, sich mit der neuartigen Diktatur einzulassen¹¹. Offener blieb die Frage nach den Ursachen des Terrors. Immerhin aber förderten neue Untersuchungen so viel Informationen über unbekannte oder kaum wahrgenommene Aspekte willkürlicher Gewaltanwendung zutage, die nicht mit der überkommenen Vorstellung nahezu vollständiger Lenkung durch Stalins „*master mind*“, seine Umgebung und das NKVD harmonisierten, daß auch sie zu Zweifeln an älteren Vorstellungen Anlaß gaben¹². Einschlägige sozialgeschichtliche Untersuchungen waren nicht sehr zahlreich (was allerdings im Vergleich etwa zum Nationalsozialismus für die gesamte Literatur gilt); aber sie schärften das Bewußtsein für den Tatbestand, daß der Stalinismus der Bevölkerung nicht nur aufgezwungen wurde, sondern daß er auch Unterstützung fand. Die Mittäter waren keine *quantité négligeable*, sondern, ohne eine Mehrheit zu sein, nennenswerte und vor allem einflußreiche Gruppen. Insofern rechtfertigten sie auch eine ‚Revision‘ überkommener Vorstellungen über den Stalinismus mit dem besonderen Anliegen, ‚die Gesellschaft‘ gegenüber ‚dem Staat‘ einschließlich einer Mitschuld stärker ins Spiel zu bringen.

Nun wäre diese Einsicht im Grundsatz ohne weiteres mit einer ‚herrschaftslastigen‘ Deutung des Stalinismus vereinbar gewesen. Man muß ihre oder die ihr zugeschriebenen, häufig unausgesprochenen Implikationen mitbedenken, um den Streit und erst recht sein Ausmaß verstehen zu können, der sich an ihr entzündete.

¹¹ Vgl. neben den in Anm. 9 genannten Arbeiten von S. Fitzpatrick u.a.: *Hiroaki Kuromiya*, *Stalin's Industrial Revolution: Politics and Workers, 1928–1932* (Cambridge 1988); *Lynn Viola*, *The Best Sons of the Fatherland. Workers in the Vanguard of Soviet Collectivization* (Oxford 1986).

¹² Vgl. *J. Arch Getty*, *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938*; *ders.*, *Roberta Thompson Manning* (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives* (New York 1993); *dies.*, *The Great Purges in a Rural District: Belyj Raion Revisited*, in: *Russian History* 16 (1989) 409–434; *Gábor T. Rittersporn*, *The Omnipresent Conspiracy. On Soviet Imagery of Politics and Social Relations*, in: *J. Arch Getty, Roberta T. Manning* (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives* (Cambridge 1993) 99–115; *ders.*, *Stalinist Simplifications and Soviet Complications: Social Tensions and Political Conflicts in the USSR, 1933–1953* (New York 1991, frz. Or.: *Simplifications staliniennes et complications soviétiques. Tensions sociales et conflits politiques en U.R.S.S., 1933–1953* (Paris 1988); jetzt auch: *Robert W. Thurston*, *Life and Terror in Stalin's Russia, 1934–1941* (New Haven 1996); gründlicher Literaturbericht: *Jörg Baberowski*, *Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941: ein Literaturbericht*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995) 97–129.

Es hat den Anschein, als wäre eine Art von unterstelltem und gemeintem Dominoeffekt im Spiele gewesen. Wenn ein Stein fiel, so schien der nächste bedroht. Mit einer Verminderung des Gewichts der Herrschaft, so scheinen manche befürchtet und andere beabsichtigt zu haben, würde auch die Rolle der Ideologie bescheidenen zu veranschlagen sein. Stalin und seine Genossen setzten ohne Rücksicht auf Land und Leute unter systematischer Inkaufnahme ungeheurer Opfer durch, was ihnen ihr unbeirrbarer Glaube diktierte. Geriet die Vorstellung ins Wanken, daß es einer unkontrollierten Exekutive möglich war, der Bevölkerung ihre Wünsche nach exklusiver Maßgabe eigener Ziele aufzuzwingen, mußte über die Funktion der Weltanschauung, insbesondere die Art und Weise ihrer handlungsanleitenden Wirksamkeit, neu nachgedacht werden. Zumindest schien jede einfache Vorstellung jener Art korrekturbedürftig, daß entweder ein einsamer Diktator seine fixe Utopie vom Sozialismus gegen die Betroffenen zu verwirklichen suchte oder er dies mit Unterstützung einer kleinen Clique Gleichgesinnter tat. Die Wirklichkeit war anders und schwieriger, weil es nicht nur einzelne, sondern ganze Schichten gab, die seine oder ihre Ziele teilten und diese Zustimmung reibungslos mit eigenen, nicht zuletzt materiellen Interessen zu verbinden wußten.

Damit aber berührte und berührt die ‚revisionistische‘ Deutung allgemeine weltanschauliche Grundpositionen. Wie bei vielen analogen Debatten ging und geht es um die Rolle von Ideen und Persönlichkeiten in ihrem Verhältnis zu Interessen und ‚Strukturen‘. Wer den Stalinismus letztlich als Werk irregeleiteter Welt-erlösungsfanatiker und ihrer Ideokratie sah, konnte diese Prämissen nur schwer mit einer Denkweise verbinden, die ‚autonome‘ gesellschaftliche Interessen und Überzeugungen zumindest als ernstzunehmenden Widerpart betrachtete. Diese allgemeine und elementare Dimension der Auseinandersetzung hilft auch zu erklären, warum genau besehen, was allen Beteiligten sicher bewußt war, bei weitem nicht allein vom Stalinismus die Rede war. Es ging in gleichem Maße um ‚revisionistische‘ Überlegungen zum Verständnis der Revolution von 1917, des Bürgerkrieges und der NEP¹³. In allen Fällen verliefen und verlaufen die Frontlinien ähnlich: Die usurpierte, demokratisch nicht legitimierte und mit Gewalt gegen eine Mehrheit aufrechterhaltene Herrschaft weniger im Namen utopischer Ziele steht gegen eine Schweise, die – etwa im Sommer 1917, in bestimmten Phasen des Bürgerkrieges und der ‚zweiten Revolution‘ nach 1928 oder durch Mittäterschaft danach – von der Unterstützung der machthabenden Partei oder ihrer Führung

¹³ Vgl. u. a. *Ronald G. Suny*, Toward a Social History of the October Revolution, in: *American Historical Review* 88 (1983) 31–52; *Edith R. Frankel*, *Jonathan Frankel*, *Baruch Knei-Paz* (Hrsg.), *Revolution in Russia: Reassessments of 1917* (Cambridge u. a. 1987); *Diane P. Koenker*, *William G. Rosenberg*, *Ronald G. Suny* (Hrsg.), *Party, State and Society in the Russian Civil War. Explorations in Social History* (Bloomington 1989); *Sheila Fitzpatrick*, *Alexander Rabinowitch*, *Richard Stites* (Hrsg.), *Russia in the Era of NEP* (Bloomington 1991); *Vladimir N. Brovkin*, *Behind the Front Lines of the Civil War. Political Parties and Social Movements in Russia, 1918–1922* (Princeton 1994); *Richard Pipes*, *Die Russische Revolution*. Bd. 1: Der Zerfall des Zarenreiches; Bd. 2: Die Macht der Bolschewiki; Bd. 3: Rußland unter dem neuen Regime (Berlin 1992–93) sowie die einschlägigen Bemerkungen von *W. J. Chase* in: *Revolutionary Russia* 46 (1987) 382.

durch mehr oder weniger breite Schichten der Bevölkerung ausgeht. Kaum der Erwähnung bedarf, daß solche jeweiligen Präferenzen mit politischen Orientierungen einhergingen, die im Regelfall ebenfalls sehr unterschiedlich waren. Es gehört sich in wissenschaftlichen Debatten, daß dies nicht ausgesprochen wird, weil es nichts zur Sache tut. Zugleich steckt ein Moment der Spiegelfechtereier in diesem Usus. Zumal die historische Deutung ist fast immer mit politisch-weltanschaulichen Positionen verbunden. Was nicht nur jedermann bekannt ist, sondern in Gestalt der – allerdings neutralen – ‚Lebenswelt‘ sogar epistemologische Dignität besitzt, sollte aber ruhig ausgesprochen werden. Der ‚Revisionismus‘ bezog sein Gewicht (und seine Bezeichnung) als Korrektur eines verkürzten ‚Totalitarismus‘ vor allem daraus, daß die Haltung zur überkommenen Lehrmeinung eine weltanschauliche Konnotation besaß.

Bei alledem ist offengeblieben, in welchem Maße der Stellenwert des Faktors Herrschaft durch die sozialgeschichtlichen Befunde eigentlich in Mitleidenschaft gezogen wurde. Soweit ersichtlich, hat sich kein ‚Revisionist‘ zu der Behauptung verstiegen, Stalinismus sei ohne willkürliche Ausübung von Macht (durchaus im ‚anomischen‘ Sinne eines Gegensatzes zu regulärer und legitimer Herrschaft) und deren letztlich Konzentration in der Person des Diktators angemessen beschreibbar. Am weitesten wagten sich in dieser Hinsicht noch A. Getty und G. Rittersporn vor, die den Terror weitgehend von zentraler Lenkung zu trennen suchten und seine Ursachen in Rivalitäten zwischen lokalen Machtzentren bzw. mehr oder weniger anonymen sozialen Spannungen allgemein sahen. Stalin und seine Getreuen kommen in ihren ersten und besonders häufig attackierten Darstellungen kaum vor, Unfähigkeit und Schlendrian der Apparate vor Ort bzw. Eigendynamik gesellschaftlicher Säuberungskampagnen dagegen häufig¹⁴. Allerdings sollte man bei beiden Arbeiten bedenken, daß sie gleichsam das Eis brachen und ihre Abweichung von der vorherrschenden Meinung nicht nur besonders deutlich machen wollten, sondern auch mußten. Ob ihre Zuspitzungen das nie erreichte, aber unentbehrliche Ideal der Objektivität verletzten, wird sich erst aus größerer zeitlicher Distanz beurteilen lassen. Inzwischen ist der Diktator auch wieder sichtbarer in das Umfeld des Terrors zurückgekehrt. Insofern ist der Einwand gegenstandslos geworden, es werde versucht, den Stalinismus in seinem unbestrittenen Kern ohne Stalin zu denken. Übrig geblieben ist zum einen eine sichtbare Unentschiedenheit im Politbüro darüber, was mit Bucharin und anderen 1936/37 geschehen sollte¹⁵. Übrig geblieben ist aber auch, was sich eigentlich von selbst verstehen sollte: daß Stalin und seine höchsten Getreuen zwar selbstverständlich die Schauprozesse genau dirigierten und sicher auch die Verhaftungen und Erschießungen halbwegs prominenter Personen in ihrem Gesichtskreis überwachten, aber natürlich nicht im einzelnen bestimmen konnten, was auf den unter-

¹⁴ Vgl. Getty, *Origins*, 196, 198 f. u. pass.; Rittersporn, *Simplifications stalinienne*, 139 ff., bes. 200 f.; nun auch: Thurston, *Life*, 227 f. u. ö.

¹⁵ Vgl. J. Arch Getty, Roberta Manning, Introduction, in: Getty, Manning, 15; J. Arch Getty, *The Politics of Repression*, in: ebd. 56.

ren Ebenen und in der Provinz geschah. So wie es eine Trivialität sein sollte, was die Sowjetologie in den sechziger Jahren im ‚entwickelten Sozialismus‘ der frühen Brežnev-Jahre entdeckte: daß es rivalisierende Gruppen, Agenten und Interessen gab, die an den Schaltstellen der Macht um den entscheidenden Einfluß rangen¹⁶, so versteht sich die Unterscheidung zwischen zentraler, im Extremfall personaler Monokratie und Omnipotenz ebenfalls von selbst. Kein Herrscher konnte (nicht nur) im riesigen russisch-sowjetischen Reich je alles überschauen und kontrollieren. Und allem Anschein nach gab es auch zu keiner Zeit einen administrativen Apparat, der ihm dies abgenommen hätte. *Undergovernment* und nicht Bürokratisierung in einem halbwegs vernünftigen Sinn zeichnete den frühen sowjetischen Staat ebenso aus wie den russischen¹⁷. Wenn das so war, und alles spricht dafür, besteht zwischen zentraler Lenkung des Terrors und lokalem Selbstlauf kein prinzipieller Widerspruch. Beide können im Gegenteil als komplementär betrachtet werden, wenn man unbeschränkte Machtausübung nicht als faktisch allgegenwärtige Mißversteht.

Die meisten anderen sozialgeschichtlichen Untersuchungen der neuen Art haben solche Unklarheiten gar nicht erst aufkommen lassen. Wenn gezeigt wurde, daß vor allem die neue ‚Sowjetintelligenz‘ die stalinistische Politik unterstützte, weil sie ihr ihren Aufstieg verdankte, konnten nur Übelwollende von einer Abwertung der Rolle Stalins reden. Auch hier wirft die retrospektive Sicht eher die Frage auf, warum diese These überhaupt Befremden hervorrief: Was hätte der allgemeinen Erfahrung (die als ein Aspekt ‚anthropologischer Konstanten‘ nicht nur in diesem Fall als Maßstab dienen muß) eher entsprochen als der Befund, daß der durchschnittliche Nutznießer von fraglos ungeheuer gewachsenen, in diesem Ausmaß nur nach Sozialrevolutionen denkbaren Qualifikations- und Aufstiegschancen dem Regime, das ihm dies ermöglichte, dankbar war? Dies gilt auch, wenn man mit einer vielzitierten Formulierung M. Webers den Ideen eine mittelfristige Priorität einräumt und anerkennt, daß sie die ‚Bahnen‘ bestimmen, in denen Interessen als unmittelbar handlungsanleitende Motivationen sich fortbewegen¹⁸. Denn für die Schichten, die in diesem Sinne zu den Profiteuren des neuen Regimes zählten, gab es angesichts der großen sozialen und politischen Probleme in fast allen europäischen Staaten der Zwischenkriegszeit zu jener Zeit (was vierzig Jahre später grundlegend anders war) in der Tat auch keine ideelle Alternative.

¹⁶ Vgl. Robert V. Daniels, *The End of the Communist Revolution* (New York 1993); im Rückblick ähnlich: Frederic J. Fleron, Erik P. Hoffmann (Hrsg.), *Post-Communist Studies and Political Science: Methodology and Empirical Theory in Sovietology* (Boulder 1993) 3 ff.

¹⁷ Vgl. S. Frederick Starr, *Decentralization and Self Government in Russia 1830–1870* (Princeton/N.J. 1972) 3 ff.; Graeme Gill, *The Origins of the Stalinist Political System* (Cambridge 1990) 324 u.ö. Monographische Studien zur stalinistischen Bürokratie fehlen so gut wie ganz; erste Frucht eines – nun, da die Archive im Prinzip geöffnet sind – hoffentlich bald blühenden Arbeitsfeldes: Edward A. Rees, *Stalinism and Soviet Rail Transport, 1928–1941* (New York 1995).

¹⁸ Vgl. Max Weber, *Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen. Konfuzianismus und Taoismus*, in: Max-Weber-Studienausgabe, Bd. I, 19 (Tübingen 1989) 11.

So vermag der Deutungsvorschlag einzuleuchten, es habe zwischen einigen Schlüsselgruppen der stalinistischen Gesellschaft und der diktatorischen Obrigkeit eine Art Stillhalteabkommen gegeben¹⁹. Sie stützten das Regime oder verhielten sich zumindest neutral und sorgten dadurch für jenen Minimalkonsens in der funktional relevanten Elite, ohne die kein Regime überleben kann. Diese Feststellung schließt keinerlei Aussage über das quantitative Gewicht der ‚Hilfstruppen‘ ein. Schon angesichts der Bevölkerungsverteilung zwischen Stadt und Land wird man davon ausgehen können, daß die Trägerschicht des Regimes schmal war. Aber es ist gerade in Rußland das Schicksal der Dorfbewohner gewesen, daß andernorts über sie bestimmt wurde. In jedem Falle hat die Anerkennung einer Verankerung des Regimes in Teilen der Bevölkerung über die Partei hinaus nichts, aber auch gar nichts mit seiner ‚totalitären‘ Qualität im ursprünglichen und wesentlichen Sinn des Wortes zu tun. Man braucht nur einen vergleichenden Blick auf die Deutung des Nationalsozialismus zu werfen, um dies zu erkennen: Daß die ‚braune Revolution‘ 1933 von breiten Schichten der Bevölkerung, wenn nicht der Mehrheit, getragen wurde, stand gerade den zeitgenössischen Beobachtern in aller nur denkbaren Klarheit vor Augen. An ihrer Charakterisierung des Herrschaftssystems hat dies nichts geändert.

Es hat somit den Anschein, als verfehle die – weitgehend angelsächsisch geführte – Diskussion den Kern der Sache. Was Sozialhistoriker als Ergebnis ihrer seinerzeit neuen Forschungen in interpretatorische Überlegungen einzubringen versuchten, traf sicher die dominante us-amerikanische Stalinismus-Deutung der fünfziger und sechziger Jahre und die politikwissenschaftliche Variante der Totalitarismustheorie, aber weder deren tieferes Explanandum noch das Grundanliegen ihrer sozialphilosophischen Formulierung. Ihre Korrekturen haben das Bild des stalinistischen Regimes differenziert, aber anders, als viele meinten, die sich angegriffen fühlten oder angegriffen wurden, kein neues an seine Stelle gesetzt. Die grundlegenden Merkmale des Systems sind unberührt geblieben. Niemand bestreitet, daß es keinen Stalinismus ohne Stalin gab und die letzte Entscheidung bei ihm lag. Niemand stellt in Abrede, daß sich Stalin als Führer einer revolutionären Partei und Vollstrecker einer Ideologie verstand, aus der er einen großen Teil zumindest der innenpolitischen Mittel und die hauptsächlichen Ziele, von der Durchsetzung des ‚Klassenstandpunkts‘ bis zum ‚Aufbau des Sozialismus‘, ableitete. Niemand leugnet, daß sich Stalin und seine engere Umgebung willkürlicher und pauschaler Gewalt bedienten, um ihre Politik durchzusetzen und die von ihnen definierten Ziele wenigstens annähernd zu erreichen. Niemand verniedlicht, daß die Opfer dieses Regimes nach Millionen zählten²⁰ und die materiellen Ko-

¹⁹ Vgl. *Fitzpatrick*, *New Perspectives*, 367 in Anlehnung an: *Vera S. Dunham*, In Stalin's Time: Middleclass values in Soviet fiction (Cambridge 1976) 3ff.

²⁰ Deshalb sollte man auch sehr viel deutlicher, als dies in der offenbar endlosen, für Nicht-Spezialisten kaum mehr nachvollziehbaren und zunehmend fruchtlosen Debatte der Fall ist, zwischen der wissenschaftlich sicher gebotenen möglichst genauen Ermittlung der Opfer des stalinistischen Terrors und der Bewertung des Regimes unterscheiden. Vgl. aus der jüngsten Literatur: *J. Arch Getty*, *Gábor T. Rittersporn*, *Viktor N. Zemskov*, Victims of the Soviet

sten hoch waren. Und auch die früher gelegentlich aufgestellte Behauptung (die aber nicht als Rechtfertigung der Opfer gemeint war), die brachiale Industrialisierung habe wenigstens gesamtwirtschaftlichen Ertrag gebracht, ist längst fallengelassen worden. Von Tod und Leid nicht zu reden, zeitigte die enorme Anstrengung auch ökonomisch keinen Erfolg, der nach bisherigen ‚kontrafaktischen‘ Erkenntnissen das Resultat eines gewaltfreien Weges übertroffen hätte²¹.

Auf der Strecke blieb im wesentlichen eines: die Analogie zwischen Stalinismus und Nationalsozialismus. Der sozialgeschichtliche Ansatz brachte es mit sich, daß nach gesellschafts- und landesspezifischen Bedingungsfaktoren des neuen Herrschaftssystems gefragt wurde, nicht nach Vergleichbarem. Was zutage kam, die Unterstützung durch ‚neue Arbeiter‘ und die ‚Sowjetintelligenz‘, schien auf den ersten Blick nicht geeignet, nennenswerte Gemeinsamkeiten zu belegen. Auch der Befund administrativer Rivalitäten wurde nicht als vergleichbares Moment verstanden, obwohl die formale Nähe zu Hypothesen über die Polykratie im Führerstaat auf der Hand lag. Zu unterschiedlich war das Niveau der Entwicklungen und Zustände, die miteinander zu korrelieren gewesen wären. Auch diese Beschränkung muß als durchaus verständliche Reaktion auf die ausgeprägte Neigung der fünfziger und sechziger Jahre verstanden werden, eben dies zu tun. Was vergleichbar schien, erwies sich bei näherem Hinsehen als höchst formal. Auch wenn die Operation des Vergleichs nicht mit Gleichsetzung zu verwechseln ist, bedarf es gehaltvoller Vergleichseinheiten. In der alten Art der Aufzählung dessen, was beiden Systemen gemeinsam war, ließ und läßt sie sich nicht durchführen. Es verdient Beachtung, daß der lebhafte Streit um die ‚Revision‘ hergebrachter Vorstellung an diesem Mangel am wenigsten Anstoß nahm. Offenbar hatte sich die Disziplin schon länger von der Möglichkeit eines sinnvollen Vergleichs verabschiedet. Was auf der „check-Liste“²² totalitärer Systeme stand, war nicht in beiden Fällen dasselbe. Der gemeinsame Stiel macht aus Äpfeln und Pflaumen noch keine gleiche Frucht.

Fast könnte man sagen, daß Elemente der Totalitarismustheorie nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch deshalb wieder in die Diskussion geraten sind, weil sie von der ‚Revision‘ der angelsächsischen sozialhistorischen Forschung kaum berührt wurden. Viele Aspekte der heterogenen einschlägigen Überlegungen bestanden fort. Die neue Sicht korrigierte verkürzte Vorstellungen von der stalinistischen Diktatur (und oberflächliche Analogien mit dem Nationalsozialismus), nicht eigentlich Konzepte zur Erklärung der spezifischen Qualität

Penal System in the Pre-War Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence, in: *American Historical Review* 98 (1993) 1017–1049; *Stephan Merl*, Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995) 277–305; *Davies, Harrison, Wheatcroft*, 67 ff.; *Steven Rosefielde*, Stalinism in Post-Communist Perspective: New Evidence on Killings, Forced Labour and Economic Growth in the 1930s, in: *Europe-Asia Studies* 48 (1996) 959–987.

²¹ Vgl. *Holland Hunter, Janusz M. Szyrmer*, Faulty Foundations: Soviet Economic Policies, 1928–1940 (Princeton 1992); vorsichtiger: *Davies*, in: *Davies, Harrison, Wheatcroft*, 20 ff.

²² *Maier*, Totalitarismus, 404.

des Herrschaftssystems als Ganzem. Was in den Vordergrund gerückt und überprüft wurde, korrespondierte naturgemäß mit den eigenen bevorzugten Arbeitsfeldern und Untersuchungsgegenständen. Insofern bedurfte es erst anderer Fragen und Leitideen, bevor sie gleichsam entstaubt und wieder ins Rampenlicht gerückt wurden. Man wird nicht fehlgehen, diesen ‚Paradigmenwechsel‘ in der (Wieder)Entdeckung der Dimension des *Bewußtseins* zu erkennen. Die neue Aufmerksamkeit gilt weniger der realen Welt als deren Wahrnehmung und Verarbeitung. Dabei geraten nicht so sehr einzelne in den Blick, sondern Kollektive verschiedener Art, von räumlich bis zu sozial integrierten. Was sie verbindet und zum eigentlichen Forschungsgegenstand wird, sind die Gemeinsamkeiten der Erfahrung, Weltansicht und Empfindungen. Das tägliche Leben und seine Bewältigung avancieren ebenso zu Objekten besonderer Beachtung, wie prägende Eindrücke als Bausteine gruppenspezifischer „Mentalitäten“. Häufig geht dieses neue Interesse mit dem impliziten oder ausdrücklichen Vorwurf an die Sozialhistoriker einher, gleichsam dem falschen Schein der Gegenständlichkeit und numerischen Faßbarkeit aufgesessen und ihn mit der Wirklichkeit verwechselt zu haben. Die eigentliche Realität wird in der Synthese aus Ereignis und Zuständen auf der einen Seite und ihrer Rezeption durch die Handelnden und Betroffenen gesehen. Die Außenwelt verlagert sich, abhängig gewiß von ihrem genauen Inhalt, ins Subjekt. Die ‚Revision‘ im Zeichen der Sozialgeschichte sieht sich mit ihrer eigenen ‚Revision‘ im Zeichen der Kultur- und Mentalitätsgeschichte konfrontiert²³.

Der Gedanke liegt nahe, in dieser neuen Aufmerksamkeit für das Denken der Menschen samt ihrer Empfindungen und Erinnerungen einen Weg zu sehen, der wesentliche Ergebnisse (wenn auch sicher nicht alle) sozialhistorischer Forschung mit Kernanliegen aus dem Umkreis der ursprünglichen Totalitarismusüberlegungen verbinden könnte. Die Wiederentdeckung von Bewußtsein und Erfahrung sollte deshalb trotz einer verständlichen Selbststilisierung zu originär Neuem *nicht* als Gegensatz zur Sozialgeschichte der letzten Jahrzehnte gesehen werden. Unter manchen, nicht den unwesentlichsten Aspekten können sie einander ergänzen. Der vorliegende Ertrag der neuen Forschungsrichtung ist bislang, weil sie sich noch kaum entfalten konnte, bezüglich des letzten Vorkriegsjahrzehnts gering. Die breite Diskussion, die eine Pionierarbeit hervorgerufen hat²⁴, verweist aber nicht nur auf deren Qualität, sondern auch auf ein verbreitetes Bedürfnis

²³ R. Stites gebührt in der historischen Sowjetforschung wohl der Lorbeer, diesen Stein ins Rollen gebracht zu haben, auch wenn er ‚nur‘ einen zunehmend überschenen Bereich der historischen Wirklichkeit wieder ins Bewußtsein heben, diesen aber noch nicht gleichsam zur ‚Linse‘ erklären wollte, durch die auch andere, wenn nicht alle Sektoren der Realität zu betrachten seien. Vgl. Richard Stites, *Revolutionary Dreams. Utopian Vision and Experimental Life in the Russian Revolution* (New York 1989), aber auch schon den Sammelband: Abbott Gleason, Peter Kenez, Richard Stites (Hrsg.), *Bolshevik Culture. Experiment and Order in the Russian Revolution* (1985).

²⁴ Vgl. Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilisation* (Berkeley 1995); dazu u. a.: Igal Halfin, Jochen Hellbeck, *Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's „Magnetic Mountain“ and the State of Soviet Historical Studies*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996) 456–463.

nach neuen ‚Paradigmen‘. Das rechte Buch kam zur rechten Zeit. Es wäre verfrüht, das Ende der Sozialgeschichte vorauszusagen; aber es hat den Anschein, als hätte sie in der alten Form den Zenit überschritten und könnte eine Veränderung gut vertragen, die von ihren Protagonisten mit guten Gründen als ‚Erweiterung‘ verstanden werden möchte²⁵.

Allerdings bleibt noch offen, welche Richtung die Renaissance der Geistesgeschichte in Gestalt der ‚dichten Beschreibung‘ kollektiver Mentalitäten und mikroweltlicher Erfahrungshorizonte einschlagen wird. Gegenwärtig zeichnen sich zwei Ausprägungen ab, die mindestens so unterschiedlich sind wie die von beiden Seiten abgelehnte ‚eindimensionale‘ Sozialgeschichte. Auf der einen Seite steht eine stark *alltagsgeschichtliche* Sicht, die sozusagen das gewöhnliche, wenn auch nicht normale Leben in der sowjetischen Führerdiktatur erkunden möchte. Sie fragt nach den „Werten“ und „Träumen“ sowohl der „einfachen Leute“ als auch der „Elite“ und möchte „auf der Ebene der Lebenswelt die verwickelten Begegnungen, Konflikte und Verhandlungen“ ausfindig machen, die sich als Realität niederschlugen. Sie bemüht sich um die Perspektive der ‚Betroffenen‘, um zu vermeiden, was sie den bisherigen Studien zum Vorwurf macht: ‚von außen‘ zu kommen und mit großen (und groben) Begriffen das Filigrangeflecht der ‚kleinen Welten‘ zu zertrümmern, statt es zu entschlüsseln. ‚Gelebter‘ Stalinismus steht im Mittelpunkt, nicht Stalinismus als System. Vorstellungen und Eindrücke gewinnen neues Gewicht. Das Bewußtsein bestimmt, zumindest in erheblichem Maße, wieder das Sein. Damit kehrt auch die Ideologie in den Kreis der bevorzugten Untersuchungsgegenstände zurück. Allerdings erfährt sie, im genauen Gegenteil zur totalitaristischen Sicht, eine deutliche (und beinahe methodische) Aufwertung. Sie tritt auch für das Individuum und nicht nur für das System bei gleichzeitiger Aufhebung des Gegensatzes zwischen beiden als *positive*, integrative Kraft in Erscheinung. Diese Version von Stalinismus als Erfahrungsgeschichte lenkt den Blick damit nicht nur vom ‚System‘ auf die sozialen Beziehungen, sondern offenbart auch eine ausgesprochen affirmative Tendenz: Sie nimmt für bare Münze und Realität, was viele glaubten²⁶.

Der zweiten Variante geht es eher um eine *bewußtseinsgeschichtliche* als um eine alltagsgeschichtliche Neudeutung. Sie setzt sich sozusagen zum Ziel, Stalinismus von *innen* zu beschreiben, weniger ihn von unten zu betrachten. Auch dies ist dank einschlägiger Materialfunde erst in jüngster Zeit möglich geworden. Wie sich nun wider allen Erwartens herausstellt, haben mehrere Dutzend Tagebücher die Wirren eines halben Jahrhunderts überstanden. Die Auswertung wird im einzelnen unterschiedliche Wege gehen; die zentrale Perspektive aber liegt auf der Hand: Sie muß der *subjektiven* Wahrnehmung und Verarbeitung gewiß sehr unterschiedlicher Erfahrungen gelten. Dies schließt die Ablehnung sowohl der vereinfachenden Annahme, daß die Beherrschten ‚dem Apparat‘ mehr oder weni-

²⁵ Vgl. Jürgen Kocka, Sozialgeschichte. Begriff – Entwicklung – Probleme (Göttingen 21986) 132 ff., hier (Zitat v. W. Conze) 134.

²⁶ Vgl. Kotkin, Magnetic mountain, 23.

ger wehrlos ausgeliefert waren, als auch der Unterstellung von ‚Handlungskalkülen‘ sozialhistorischer Art ein. Zugleich gilt die Kritik jenen Hypothesen, die die unzweifelhafte Stabilität stalinistischer Herrschaft nicht allein auf die Wirksamkeit von Gewalt und Terror zurückführten, sondern in gleichem Maße auf die Zustimmung neuer Eliten und anderer Profiteure. Dabei steht weniger die Akklamation selbst in Frage als deren Gründe: Während die sozialhistorische Deutung in der Tat dazu neigt, eine unmittelbare Korrelation zwischen materiellem Gewinn, geistiger Zustimmung und politischem Verhalten zu unterstellen, führt die bewußtseins- bzw. mentalitätsorientierte Deutung eine ganze Kette von Zwischengliedern ein²⁷. Die Wahrnehmung wird gleichsam zum Filter, der Impulse der Realität nach Maßgabe der je individuellen Lebensgeschichte sortiert und für die Umsetzung in Weltanschauung und politische Handlungen freigibt. Sie gewinnt dadurch sicher keine Autonomie, verwandelt sich aber in eine entscheidende Instanz, deren genauere Prüfung und Beschreibung erst Auskunft darüber geben kann, wie die umgebende Herrschaftsordnung empfunden wurde. Nun wird man rein logisch zwischen der individuellen resp. kollektiven Rezeption der politisch-sozialen ‚Außenwelt‘ und dieser selbst unterscheiden müssen, da die Herrschaftsordnung auch einen nichtsubjektiven – um den mißverständlichen Begriff des Objektiven zu vermeiden – Niederschlag fand. Auch wenn es gute Gründe für Vorbehalte gegen abstrakte und globale ‚Systembegriffe‘ gibt (die eine erfahrungsgeschichtliche Beschreibung des Stalinismus als ‚Zivilisation‘ im Wortsinne ‚dekonstruieren‘ möchte), wird man ohne sie nicht auskommen können, ohne sprach- und verständnislos zu werden. Gerade ein Regime von der Art des stalinistischen ging im individuellen ‚Erleben‘ nicht auf. Andererseits wird man seine spezifischen Merkmale ohne Rekurs auf ihr ‚Kondensat‘ sowohl im Denken und Handeln einzelner als auch in kollektiven Mentalitäten und Aktivitäten nicht ausreichend begreifen können. Die Konfrontation von ‚revisionistischer‘ Sozialgeschichte und ‚neorevisionistischer‘ Kulturgeschichte deckt das Entscheidende zu: daß Systeme nicht ohne lebensgeschichtliche Konkretisierung zu kennzeichnen sind, letztere aber ohne Systembegriffe schon rein logisch des entscheidenden Merkmals: der Situierung, ebenfalls entbehren würden.

So spricht manches dafür, daß der *linguistic turn*, wenn man ihn als bewußtseins- und perzeptionsgeschichtliche Erweiterung bisheriger Verfahrensweisen der historischen Forschung begreift, die Bemühungen um das Verständnis der stalinistischen Herrschafts- und Sozialordnung vor dem Zweiten Weltkrieg in mindestens zwei Hinsichten bereichern könnte. Zum einen verspricht er, die Kenntnis der *Wirkung* der Diktatur in all ihren Aspekten – von den ‚positiven‘ der Arbeitszuweisung und Versorgung mit Wohnraum und Essen (auf den Baustellen und in

²⁷ Vgl. Jochen Hellbeck, *Fashioning the Stalinist Soul: The Diary of Stepan Podlubnyi (1931–1939)*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996) 344–373; ders. (Hrsg.), *Tagebuch aus Moskau 1931–1939* (München 1996) 15 ff. Fast zeitgleich wurden Auszüge aus weiteren Tagebüchern, allerdings ohne theoretische Auswertung, veröffentlicht: Vgl. *Véronique Garros, Natalia Korenevskaya, Thomas Labusen* (Hrsg.), *Intimacy and Terror: Soviet Diaries of the 1930s* (New York 1995).

den Städten, auf welch kläglichem Niveau auch immer) bis zu den weit überwiegenden ‚negativen‘ der Kontrolle, des erzwungenen Konsumverzichts, der Arbeitspflicht, des (öffentlichen) Redeverbots, der Unterbindung der Meinungsfreiheit und der faktischen Aussetzung aller übrigen Menschen- und Bürgerrechte – auf die ihr unterworfenen Individuen und Kleingruppen deutlich zu verbessern. Dies ist im Kern nichts anderes als die Nachholung dessen, was spätestens seit der vielzitierten Studie von E. P. Thompson zur *moral economy*²⁸ selbstverständlich sein sollte: daß sich materielle Lebensumstände negativer oder positiver Art nie direkt, sondern stets vermittelt über Traditionen und sonstige kollektive Erfahrungsmuster in private und öffentliche Verhaltensweisen umsetzen. Selbstverständlich ist dies von den meisten sozialgeschichtlichen Studien der letzten Jahre bedacht worden. Untersuchungen dieser Art sind jedoch notgedrungen exemplarisch und partiell, so daß erst die Summe vieler ein Urteil über repräsentative Reaktionen erlaubt.

Zum anderen bilden bewußtseinsgeschichtliche Interessen eine Brücke zum originären Kernproblem der Bemühungen um das Verständnis ‚moderner Diktaturen‘: zur Frage nach Gründen für deren neuartige *Wirkungskraft*. Zumindest der eher kultur- und politikphilosophischen Variante, repräsentiert durch H. Arendt, ging es nicht in erster Linie um die Organisation und ‚Technik‘ der ‚totalitären‘ Herrschaftsordnungen. Im Zentrum der Aufmerksamkeit stand vielmehr die Beobachtung, daß die so bezeichneten Systeme in neuer Weise auf den Einzelnen und seine private Existenz durchgriffen. Verschiedene Überlegungen, die um die ‚Vermassung‘ des Menschen, die ‚Auslöschung der bürgerlichen Individualität‘ oder die ‚Verlassenheit‘ des Menschen kreisten, zielten im Kern auf diese Eigenart des Gegenprogramms zur ‚Zivilgesellschaft‘²⁹. Die neue Aufmerksamkeit für ‚Mentalitäten‘ könnte daran anknüpfen und bereichert durch Konzepte und Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte diesen tieferen Gehalt von ‚total‘ konkret zu beschreiben und zu verstehen suchen. Freilich scheint es angezeigt darauf hinzuweisen, daß die Kriterien und Begriffe dafür ‚von außen‘ kommen müssen und nicht aus der Beschreibung generiert werden können. Letzteres hat im gegebenen Fall alle Aussicht, in einer kontraproduktiven Tautologie zu enden. Ohne Maßstäbe aus dem ‚System‘ kann der ‚Brief an Marfa‘ in der Tat nur als Beleg für den aufrichtigen Glauben an die stalinistische Sache verstanden werden, kaum aber als Dokument dessen, was er nicht nur nach totalitaristischer Lesart primär war: der Verblendung durch die völlige Abschottung der Betroffenen von nicht systemkonformen Informationen und Gedanken³⁰.

Mit einem solchen Verständnis der Chancen einer kulturgeschichtlich erweiterten Sozialgeschichte läßt sich der hartnäckige Eindruck nahtlos verbinden, daß es

²⁸ E. P. Thompson, *The Moral Economy of the Crowd in the Eighteenth Century*, in: *Past and Present* 50 (1971) 76–136.

²⁹ Vgl. u. a. *Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* (München 1986) 499 ff.; *Theodor W. Adorno, Max Horkheimer, Dialektik der Aufklärung* (Frankfurt a. M. 1969, Or. Amsterdam 1947).

³⁰ Vgl. *Kotkin, Magnetic Mountain*, 218 f.

trotz aller unbestrittenen und fundamentalen Unterschiede zwischen den beiden exemplarischen ‚totalitären‘ Regimen dieses Jahrhunderts auch Ähnlichkeiten, wenn schon nicht Gemeinsamkeiten gab. Angestoßen durch den Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa haben mehrere Konferenzen in den letzten Jahren versucht, ihnen auf den Grund zu gehen. Bei ausgeprägten Unterschieden der Bezugnahme auf totalitaristische Kategorien kamen sie in einem bemerkenswerten und interpretationswürdigen Befund zusammen: daß solche Ähnlichkeiten am ehesten im Bereich der *Denkformen und mentalen Prägung der politisch entscheidenden Eliten* samt der daraus resultierenden organisatorischen Überlegungen und Maßnahmen zu suchen sind³¹. Stalin und seine Helfer gingen im Rahmen ihrer Überzeugungen ebenso bedenkenlos über Leichen wie Hitler und seine Gefolgsleute. Den Führungskreisen beider Regime war eine ausgeprägte Neigung eigen, in megalomanischen Dimensionen zu planen und den nach Maßgabe ideologischer Prämissen für nötig befundenen Zielen ohne jegliche Bedenken Leben, Wohlbefinden und Wünsche ungezählter Menschen zu opfern. Alle individuellen Rechte und Werte, grundlegende Errungenschaften christlichen, naturrechtlichen und aufgeklärten (aber auch frühromantischen) Denkens galten nichts gegenüber kollektiven Ansprüchen, die als unausweichliche Gebote übergeordneter Gesetzmäßigkeiten gedeutet wurden und als deren Sachwalter sich die Regime und ihre Exekutoren fühlten. Zugleich lag in der Berufung auf dieses notwendige Weltgeschehen eine Rechtfertigung selbst für die schlimmsten Untaten, die es ihnen erlaubte, guten Gewissens alle ethisch-moralischen, letztlich (trotz partieller ‚Kollektivierung‘) an Individuen gebundenen Maßstäbe beiseite zu schieben. Dennoch wird man sich davor hüten müssen, Rasse gleich Klasse zu setzen. Bei aller ‚Naturalisierung‘ blieb der kategoriale Status der sozialen Zugehörigkeit ebenso anders, unscharf und schwankend wie die Politik, die daraus abgeleitet wurde. Hinzu kommt, daß Denk- und Verhaltensmuster nicht von *einem*, sondern von einer Vielzahl von Faktoren geprägt werden. Was allgemein und abstrakt ‚funktional äquivalent‘ erscheint, kann sich in verschiedenen Phasen bei unterschiedlichen Adressaten sehr anders auswirken. Auch dies läßt sich annähernd zureichend nur unter Berücksichtigung der Wahrnehmung sowie durch eine Verbindung von exemplarischer Betrachtung am Beispiel von Individuen und Kollektiven und ‚makrohistorischer‘-systematischer Analyse in Erfahrung bringen. So gesehen, könnte die Revision der Revision tatsächlich in eine Spiralbewegung fortschreitender Erkenntniskraft statt in die Statik ihrer gegenseitigen Aufhebung münden.

³¹ Vgl. auch *Hans-Henning Schröder*, Der „Stalinismus“ – ein totalitäres System? Zur Erklärungskraft eines politischen Begriffes, in: *Osteuropa* 46 (1996) 162 unter Anspielung auf dieselbe Konferenzserie.

Sheila Fitzpatrick

Intelligentsia and Power

Client-Patron Relations in Stalin's Russia¹

In 1930 in the little Sukhumi rest-house for bigwigs where we ended up through an oversight of Lakoba's, Ezhov's wife was talking to me: "Pilniak goes (*khodit*) to us," she said. "And whom do you go to?" I indignantly reported that conversation to O. M., but he quietened me down: "Everyone 'goes'. Obviously it can't be otherwise. And we 'go'. To Nikolai Ivanovich [Bukharin]." ²

Patronage relations were ubiquitous in the Soviet elite. The phenomenon is perhaps most familiar in the political sphere, where local and central leaders cultivated and promoted their own client networks (the often-criticized "family circles" [*semeistva*])³. But it was not only rising politicians who needed patrons. Lacking an adequate legal system, Russians relied on patronage alliances to protect "personal security, goods, career and status, freedom of expression and other material interests"⁴. These words, written by David Ransel about Russian elites in the time of Catherine the Great, apply equally well to Stalinist society. Like *blat* connections, patronage relations were part of the well-placed Soviet citizen's survival kit. And no sector of the elite was more intensive in its pursuit of patrons, or more successful in finding them in the heights of the party leadership, than the Soviet "creative intelligentsia", whose clientelist practices are the subject of this paper.

To say that patronage relations were ubiquitous in the elites of Stalin's Russia is not to say that everybody had them. Not everyone is equally adept at the human skills involved in patronage and *blat* relations. Some members of the intelligentsia were virtual non-participants for lack of opportunity or aptitude; others avoided

¹ Thanks to Alena Ledeneva, T. H. Rigby, Yuri Slezkine, and Lewis Siegelbaum, as well as participants in discussion at the Munich conference, for helping to clarify my thoughts on this topic. I am also indebted to Jonathan Bone for his services as my research assistant.

² *Nadezhda Mandel'shtam*, *Vospominaniia* (New York 1970) 119–120.

³ T. H. Rigby was the pioneer in studies of political patronage in the Soviet Union: much of his work on the subject is collected in his: *Political Elites in the USSR. Central Leaders and Local Cadres from Lenin to Gorbachev* (Aldershot 1990). On political patronage in the Stalin period, see Graeme Gill, *The Origins of the Stalinist Political System* (Cambridge 1990) esp. 129f., 315f., 324f.

⁴ David L. Ransel, *The Politics of Catherinian Russia. The Panin Party* (New Haven 1975) 1.

clientelist relations with highly-placed Communists on principle. But nobody within the elites – and perhaps outside them, but that question remains to be investigated by scholars – could live in a patronage-free environment, anymore than he or she could live in a social environment that was free of *blat*. These two phenomena are intimately connected. Both involve the doing of favors based on some degree of personal relationship, for which there is no direct payment; the difference is that patronage connections exist between persons of unequal social status, whereas *blat* relations are non-hierarchical⁵.

Like *blat*, patronage was and remains a semi-taboo subject with slightly shady overtones of corruption for Russians (at least when they are talking about themselves). Among intelligentsia memoirists, only the most sociologically-inclined (like Nadezhda Mandelstam) or the most flagrant practitioners of clientelism (like Natalia Sats, former director of the Moscow Children's Theater) openly discuss their own relations with patrons from the political elites⁶. Most memoirists remain reticent, though they may note occasions where some important personage showed his nobility of character or devotion to the arts by intervening on their behalf. The same reticence is to be found in the language which Russians use to talk about patronage. While terms describing a patron's protection exist (*pokrovitel'stvo*, *protektsiia*, *ruka*), they tend to be pejorative and would rarely be used about one's own patronage relations. Most non-pejorative ways of referring to a patron are euphemistic and tend to present the patron-client relationship in terms of friendship. Verbs like "help" (*pomogat'*), "support" (*podderzhivat'*), and "come to the aid of" (*vyrychat'*) are often used to describe patronage transactions. Written appeals to patrons request their "advice" (*sovet*) and "help" (*pomoshch'*)⁷. In Boris Pasternak's novel, *Doctor Zhivago*, the mysterious Evgraf with his unspecified government connections, acts as Zhivago's benefactor, and Pasternak further dignifies the relationship by making all of Evgraf's acts of patronage totally unsolicited⁸.

There is an extensive comparative literature on clientelist/patronage relations in which these are defined as reciprocal, personal (conventionally involving affective ties), continuing (not one-shot), and taking place between unequal partners⁹. The

⁵ On *blat*, see Alena V. Ledeneva, *Formal Institutions and Informal Networks in Russia: A Study of Blat* (Ph.D. diss. Cambridge University 1996).

⁶ See Nadezhda Mandelstam, *Hope against Hope* (London 1970) and *idem*, *Hope Abandoned* (London 1974), both trans. by Max Hayward (Russian titles: 'Vospominaniia' and 'Vtoraia kniga'), and Nataliia Sats, *Zhizn' - iavlenie polosatoe* (Moscow 1991), esp. 377–392, 443 f. and 467, 479 f.

⁷ Thanks to Yuri Slezkine and Alena Ledeneva for their advice on the language of patronage.

⁸ See Boris Pasternak, *Doctor Zhivago*, trans. by Max Hayward and Manya Harari (New York 1981).

⁹ Anthony Hall, *Patron-Client Relations: Concepts and Terms*, in: *Friends, Followers and Factions. A Reader in Political Clientelism*, ed. by Steffen W. Schmidt, Laura Guasti, Carl H. Landé, James C. Scott (Berkeley 1977) 510; Ernest Gellner, *Patrons and Clients*, in: Ernest Gellner, John Waterbury (eds.), *Patrons and Clients in Mediterranean Societies* (London 1977) 4. On asymmetry, durability, and reciprocity see John Waterbury, *An Attempt to put*

advantage to the client is that he obtains goods, jobs, promotion, protection, and so forth from the more powerful and worldly-connected patron. The advantage to the patron, as it is described in the literature, is that the patron has the loyalty and services of the client for a range of purposes ranging from work, protection of reputation, and provision of intelligence to support in elections. The client is the patron's "man". Many writers on clientelism see it as closely connected with insecurity and vulnerability: "One may posit that resort to patronage mechanisms will be the more pronounced where the weak are disproportionately weak, the strong disproportionately strong, and formal, alternative mechanisms for protecting citizens – laws, court systems, police, procedural rules of the game, etc. – remain embryonic, manipulable or perhaps imbued with little or no legitimacy."¹⁰ It has also been suggested that, in situations of scarcity of goods and services, patronage may provide the necessary discriminatory selection basis¹¹.

Much of this general theory of patronage fits the Soviet case very well, in particular the insecurity/vulnerability and preferential distribution arguments. Undoubtedly patronage and *blat* were Soviet mechanisms for distributing scarce goods in the absence of a market. There was not enough housing, health care, etc. to go round; there was no market to set priorities via pricing; bureaucratic rules of allocation were clumsy and unsatisfactory; law functioned poorly, especially as a protection for the individual against arbitrary state action. In the real world, personalistic processes like patronage and *blat* were what often determined who got what.

Less clearly applicable to the Soviet case is the notion of reciprocity in patron-client relations. In the sphere of political clientelism, one can see possible forms of reciprocity in the form of loyalty, discretion and mutual protection within the family circle: since *semeistva* got local political leaders into big trouble during the Purges, their ubiquity presumably tells us that a local mutual-protection ring was an almost essential *modus operandi* in Stalinist politics, despite the dangers¹². But in the multifarious patron-client relationships that linked the creative intelligentsia and the regime, it is hard to see what reciprocal benefits the clients could offer their patrons. Of what use would the loyalty of (say) Mandelstam have been to Bukharin, or of Vavilov to Molotov? And what "services" could these intelligentsia clients provide for their patrons?

On closer examination, this may not constitute a deviation of Soviet patronage from the general rule so much as point up a weakness in the articulation of the the-

Patrons and Clients in their Place, in: *Gellner, Waterbury* (eds.), *Patrons*, 329–332. On the personalistic aspect, see *James Scott*, *Patronage or Exploitation?*, in: *ibid.* 22.

¹⁰ *Waterbury*, loc. cit., 336.

¹¹ *Ibid.* 339.

¹² See *Gill*, 129f., on the ways in which "local control by a personalized network" could protect subnational leaders from both grass-roots criticism from below and interference and investigation from above. The best concrete description of such a ring, based on regional party and NKVD archive material from Ekaterinburg (Sverdlovsk) is in *James Harris*, *The Great Urals: Regional Interests and the Evolution of the Soviet System, 1917–1937* (Ph.D. diss. University of Chicago 1996) ch. 6.

ory. There must, in fact, be many contexts in which patrons are unlikely to obtain tangible material benefits from his clients. As one writer notes, "a patron controlling bureaucratic favours may be victimised by his own power, unable to extract from his clients anything commensurate with the services he has rendered"¹³. (I will consider the intangible benefits to the patron later in this paper.)

Patronage is still an underdeveloped topic in modern Russian/Soviet historiography. Daniel Orlovsky has provided a valuable introductory overview of pre-Soviet patronage focussed on the late Imperial period¹⁴, and Daniel Aleksandrov and other young Russian historians of science have begun to investigate patronage in the sciences as part of their study of the everyday practices (*byt*) of Russian and Soviet science¹⁵. The present essay is, as far as I know, the first attempt at an overview of client-patron relationships between members of the Soviet intelligentsia and members of the Soviet political elite. For reasons of space, the equally important topic of clientelist relations *within* the intelligentsia is not discussed in this article.

Who were the patrons ?

Officials were the people with access to resources in Soviet society; consequently, officials were the major source of patronage. Any office-holder could function as a patron who did favors for clients, and it is hard to believe that there was any official who never did this. As for patronage of the intelligentsia, some political leaders were more involved, some less, but it is probably safe to assume that all members of the Politburo and obkom secretaries acted at least occasionally as patrons of members of the intelligentsia. This was not necessarily because of love of the arts and scholarship but a matter of *noblesse oblige* – the position and status required it.

From the existing memoir literature, it would be easy to get the impression that patronage of the intelligentsia – indeed, patronage in general – was the prerogative of a few particularly generous or culturally-inclined party leaders: for example, Sergei Kirov, the Leningrad obkom leader; "Sergo" Ordzhonikidze, People's Commissar of Heavy Industry; Mikhail Kalinin, longtime President of TsIK; and Nadezhda Krupskaya, Lenin's widow, who was deputy Commissar of Enlightenment¹⁶. This is not the case, however. It must be remembered that in the Khrush-

¹³ Waterbury, 331.

¹⁴ Daniel T. Orlovsky, Political Clientelism in Russia: the Historical Perspective, in: T. H. Rigby, Bohdan Harasymiw (eds.), *Leadership Selection and Patron-Client Relations in the USSR and Yugoslavia* (London 1983) 175–199.

¹⁵ D. A. Aleksandrov, Istoricheskaya antropologiya nauki v Rossii, in: *Voprosy istorii estestvoznaniia i tekhniki* 4 (1994). This article appeared in English translation in: *Russian Studies in History* (Fall 1995) 62–91.

¹⁶ For a bibliographical survey of this literature, which incidentally provides a useful guide to the range of "acceptable" subjects of memoirs, see the section on: *Deiateli Kommunisti-*

chev and Brezhnev periods, when most of these memoirs of "unforgettable meetings" with "friends of science" and "friends of the arts" in the party leadership appeared, large numbers of former leaders – from Oppositionists of the 1920s like Trotsky and Kamenev to the "anti-party group" of the 1950s, including Molotov and Malenkov – were non-persons whose names could not be mentioned in print.

It may be that "good" Communists like Kirov and Ordzhonikidze – along with Bukharin, whose patronage is attested by dissident and "samizdat" sources – really were particularly generous as patrons of the intelligentsia. But "bad" Communists liked State Prosecutor Andrei Vyshinskii or Nikolai Ezhov, Genrikh Iagoda and Iakov Agranov of the NKVD were also active patrons¹⁷. With the opening of the Soviet archives, we find that even Viacheslav Molotov, head of the Soviet government throughout the 1930s, who gets few if any mentions as a patron in the memoir literatures (or, for that matter, in his own quasi-memoir volume¹⁸), was much sought after and responsive as a cultural patron. (The next section of this paper is largely based on the Molotov's Sovnarkom archive.)

Stalin, of course, was in a category of his own. While his eminence tended to disqualify him from engaging in ordinary patron-client relations in the 1930s and '40s, he may be regarded as the universal and archetypal patron, as in this fantasy of the writer Mikhail Bulgakov (whom Stalin did in fact help):

Motorcycle... brrm!!! In the Kremlin already! Misha goes into the hall, and there sit Stalin, Molotov, Voroshilov, Kaganovich, Mikoian and Iagoda.

Misha stands in the door, making a low bow.

STALIN: What's the matter? Why are you barefoot?

BULGAKOV (with a sad shrug): Well... I don't have any boots...

STALIN: What is this? My writer going without boots? What an outrage! Iagoda, take off your boots, give them to him...¹⁹

High officials in the cultural bureaucracies played a special role as patrons of the intelligentsia. Anatolii Lunacharsky, as head of the Commissariat of Enlightenment (Narkompros), was notoriously generous in this regard, though the generosity of his response reduced the value of his interventions on behalf of clients²⁰. As the writer Kornei Chukovskii recalled, as early as 1918 dozens of clients gathered every day outside Lunacharsky's apartment in Petrograd, "thirsting for his advice and help":

cheskoi partii i sovetskogo gosudarstva, in: *Sovetskoe obshchestvo v vospominaniakh i dnevnikhakh*, ed. by V. Z. Drobizhev, vol. 1 (Moscow 1987) 26–101.

¹⁷ See *Arkady Vaksberg*, *The Prosecutor and the Prey. Vyshinsky and the 1930s Moscow Show Trials*, trans. *Jan Butler* (London 1990) 3–7, 275 ff.; *Iurii Elagin*, *Ukroshchenie iskusstv* (New York 1952) 48, 52; *idem*, *Temnyi genii* (Vsevolod Meierkhol'd) (New York 1955) 291.

¹⁸ *Sto sorok besed s Molotvym. Iz dnevnika E. Chueva* (Moscow 1991).

¹⁹ *Vitalii Shentalinskii*, *Raby svobody. V literaturnykh arkhivakh KGB* ([Moscow] 1995) 120.

²⁰ See *Sheila Fitzpatrick*, *The Commissariat of Enlightenment* (London 1970) 131 f. Examples of Lunacharsky's activity as a patron may be found in: RTsKhIDNI, f. 142, d. 647 (Pis'ma akademikov, deiatelei nauki i kul'tury o pomoshchi... 1928–33).

Pedagogues, workers, inventors, librarians, circus clowns, futurists, artists of all schools and genres (from *peredvizhniki* to Cubists), philosophers, ballerinas, hypnotists, singers, Proletkult poets and simply poets, artists of the former Imperial stage – all of them went to Anatolii Vasil'evich in a very long queue up the dilapidated staircase to the crowded room which finally came to be called the “reception room” (*priemnaia*)²¹.

In the realm of cultural patronage, nobody was more important than Maxim Gorky. His position was anomalous, since he was neither a cultural bureaucrat nor a party leader. He established the role first during the Civil War by virtue of his longtime close acquaintanceship with Lenin and other Bolshevik leaders. Then, after his return to the Soviet Union at the end of the 1920s, Gorky was essentially given the job of patron extraordinaire by Stalin; indeed, this was probably one of the main incentives for him to return. Chukovskii's tribute to his “unforgettable role” as a patron of children's literature (“How stubbornly he helped us children's writers struggle with Leftist pedologists, how many times he saved our books from the then Narkompros, RAPP [the Russian Association of Proletarian Writers], and so forth”) is one of hundreds²². There are more than 13,000 letters to Gorky from Soviet writers in the Gorky archive²³, a sizeable proportion of which approach him as an actual or potential patron²⁴, and his activities in this sphere in the first half of the 1930s were legendary.

Finally, institutional sources of patronage outside the cultural bureaucracy should not be forgotten. Katerina Clark notes that in the early years of NEP, when Narkompros's budget was drastically reduced, the Komsomol assumed new importance as a source of patronage for Petrograd intellectuals²⁵. The GPU/NKVD and its leaders also provided important patronage for some cultural and educational activities (Matvei Pogrebinskii's and Anton Makarenko's communes for delinquents; the writers' expedition to the White-Sea canal that resulted in the Belomor volume²⁶, etc). For the artists of AKhRR (the Association of Artists of Revolutionary Russia, established in the mid 1920s), trade unions and the Red Army were the main sources of patronage²⁷. It should be noted that artists had access to private patronage in a fully traditional sense: the commissioning of portraits of patrons in the political world. The Army leader Klim Voroshilov was one of those whose portraits were painted by a client²⁸. Opponents of the AKhRR

²¹ *Kornei Chukovskii*, *Sovremenniki*. *Portrety i etyudy* (Moscow 1963) 401f.

²² *Chukovskii*, *Sovremenniki*, 360.

²³ *Novyi mir* 3,6 (1968).

²⁴ On Gorky's position after his return to the USSR and his patronage activities, see *Shentalinskii*, *Raby svobody*, 302–377 *passim*, and *Valentina Khodasevich*, *Takim ia znala Gor'kogo*, in: *Novyi Mir* 3 (1968) 11–66.

²⁵ *Katerina Clark*, *Petersburg, Crucible of Cultural Revolution* (Cambridge 1995) 145.

²⁶ *Belomorsko-Baltiyskii kanal imeni Stalina* (Moscow 1934).

²⁷ *Elizabeth Valkenier*, *Russian Realist Art. The State and Society: The Peredvizhniki and their Tradition* (Ann Arbor 1977) 151. For another example of military patronage, see the discussion of LOKAF in: *Evgenii Dobrenko*, *Metafora vlasti. Literatura stalinskoi epokhi v istoricheskom osveshchenii* (Munich 1993) 138–151.

²⁸ *Sto sorok besed s Molotovym*. *Iz dnevnika F. Chueva* (Moscow 1991) 315.

group claimed that AKhRR owed its success to a "policy of worming a privileged position by doing portraits of the establishment figures, who in turn passed on lucrative commissions to the Association on behalf of the organizations they headed"²⁹.

What could patrons do for their clients?

There were three main categories of request from clients: 1) goods and services, 2) protection, and 3) intervention in professional disputes.

The first category is the one where we see patronage acting as a non-market mechanism for the distribution of scarce goods, above all housing. Molotov's Sovnarkom archive of the 1930s is full of requests from members of the intelligentsia, writing to him as a patron (addressed by name and patronymic) and putting their requests on a personalistic basis, for help in obtaining a larger apartment³⁰. The letter of Nikolai Sidorenko, a member of Writers' Union, was a typical if florid example. Sidorenko described pathetically how he lived with wife and stepson of 15 in 1 attic room, damp, low and dark, 13 square meters, off Arbat. As a result of "everyday-life and moral torments of my family", his wife was suffering from severe nervous breakdown; the boy was growing up "abnormal, without his own corner"; his wife's father, a 72-year-old invalid, had to beg corners in strange apartments³¹. Writers, musicians, scientists, and artists were among those who approached Molotov, often successfully, for help in obtaining housing³².

The second category – even more common, at least in the Great Purge years – consists of requests for protection. In the Soviet case this could mean intervention to stop the writer being harassed by colleagues or particular state institutions; help in reestablishing reputation after falling into political disgrace; help in getting an arrested relative released or their case reviewed, etc. Take a characteristic selection of items from Molotov's mailbag in the second half of the 1930s: Professor A. L. Chizhevskii appealed for protection from harassment by the Communist biologist B. M. Zavadovskii³³; Academician Derzhavin asked for help in resisting "persecution" at the hands of Academician Deborin³⁴; I. I. Mints asked him to

²⁹ *Valkenier*, 156.

³⁰ See Gosudarstvennyi arkhiv Rossiiskoi Federatsii (GARF), f. 5446, op. 82, d. 72, l. 114 for a letter of early 1938 from the housing officer noting that as soon as the NKVD releases the apartments and rooms it had sealed up after arresting their occupants, he will get back to Molotov with a response to the clients' cases Molotov had raised.

³¹ Molotov sends this on to Bulganin with a request for action. GARF, f. 5446, op. 82, d. 72, l. 115.

³² See, for example, GARF, f. 5446, op. 82, d. 77, ll. 9–10; d. 72, l. 34; d. 51 [no page] (case of Academician V.I. Vernadskii); d. 51, l. 286 (thanks from the Kukryniksy, cartoonists).

³³ GARF, f. 5446, op. 82, d. 51, l. 144.

³⁴ Tsentral'nyi gosudarstvennyi arkhiv istoriko-politicheskoi dokumentatsii Sankt-Peterburga (TsGAIPD), f. 24, op. 2v, d. 2220, ll. 103–105.

squash a libellous rumor that Mints was a friend of the disgraced "Trotskyite", Leopold Averbakh (former leader of RAPP)³⁵; the poet A. Zharov complained about the "death sentence" pronounced on his recent book in a Pravda review³⁶.

There is no reason to think Molotov was unusual in the scope of his patronage activities (after all, as noted above, he is not celebrated as a patron in the annals of the literary intelligentsia). Similar "client" cases can be found in Orzhonikidze's archives. In 1931, for example, the former Menshevik economist, O. A. Ermanskii, wrote to Ordzhonikidze asking for his help in dissipating the "social isolation into which I have fallen"³⁷. There are many letters to party leaders in the archives from aggrieved actors, singers and other performers complaining about being denied good roles³⁸. Agranov of the NKVD, a patron of the Vakhtangov Theater, was the person the actress Tsetsiliia Mansurova regularly applied to when her husband, a member of the aristocratic Sheremet'ev family, was disenfranchised or arrested because of his social origins³⁹. When the composer Dmitrii Shostakovich fell into disgrace over his opera *Lady Macbeth of the Mtsensk District* in 1936, he turned naturally to his friend and patron, Marshal Tukhachevsky⁴⁰.

The third type of help for which clients appealed to patrons was intervention in professional disputes. Lysenko's feud with the geneticists, for example, was the subject of many appeals from both sides⁴¹. Physics, too, was a subject of appeals and counter-appeals. For example, the militants at *Pod znamenem marksizma*, M. B. Mitin, A. A. Maksimov and P. F. Iudin, sought Molotov's support for their controversial attack on "idealism" in physics⁴², while Petr Kapitsa wrote in defence of the militants' targets to Stalin, Molotov and Mezhlauk, characterizing PZM's intervention in physics as "scientifically illiterate" and deploring the assumption that "if you are not a materialist in physics, ... you are an enemy of the people"⁴³.

Artists were perhaps even more prone to appeal to patrons to resolve professional disputes than scientists. At the beginning of 1937, Konstantin Iuon, Aleksandr Gerasimov (head of the Moscow Union of Artists), Sergei Gerasimov and Igor Grabar' asked Molotov to receive a delegation to adjudicate their quarrels with Kerzhentsev's Arts Committee, claiming that "extra and decisive interfer-

³⁵ GARF, f. 5446, op. 82, d. 53, l. 130.

³⁶ GARF, f. 5446, op. 82, d. 70, l. 165.

³⁷ Rossiiskii tsentr khraneniia i dokumentatsii noveishei istorii (RTsKhIDNI), f. 85, op. 28, d. 77. Ermanskii's work on the scientific organization of labor was savagely attacked in 1930, and he was expelled from the Communist Academy along with other Mensheviks.

³⁸ See, for example, the letter to Zhdanov in: TsGAIPD f. 24, op. 2v, d. 2679, ll. 28–30.

³⁹ Elagin, 52–53.

⁴⁰ Testimony. The Memoirs of Dmitrii Shostakovich, ed. by Solomon Volkov, trans. by Antonina W. Bouis (New York 1980) 98f.

⁴¹ See, for example, the anti-Lysenko letter from two young biologists sent to Molotov via his wife in 1939. GARF, f. 5446, op. 82, d. 112, ll. 281–292.

⁴² GARF, f. 5446, op. 82, d. 65, l. 207. The attack was launched in: PZM, nos. 7 and 11 f. (1937).

⁴³ P. L. Kapitsa, *Pis'ma o nauke 1930–1980* (Moscow 1989) 151.

ence of authoritative instances is necessary so as not to allow that union [of artists] to collapse completely"⁴⁴.

How to acquire a Patron

The patron-client relationship requires the existence of some sort of personal connection. That connection may be social or familial, or have occurred through a chance meeting in a work context, in a train, at a resort etc., or through an introduction. Boris Pilniak was taken along to meet an early patron, Trotsky, by A. K. Voronsky (editor of *Krasnaia nov'*) in the early 1920s⁴⁵. How he met a later patron, Ezhov, is unknown, but most likely it was through Babel, who was a friend and former lover of Ezhov's wife. Leopold Averbakh knew Iagoda because his sister married him; one of the sources of his (and Iagoda's) contact with Maksim Gorky was that his uncle, Zinovii Peshkov, was Gorky's adopted son. Meyerhold expanded his network of party and security-police patrons through the salon run by his second wife, Zinaida Raikh⁴⁶. Painters could acquire patrons by painting them: q.v. requests to pose from painters Mark Shafran (to Andrei Zhdanov) and B. V. Ioganson (to Ivan Gronskii)⁴⁷.

But these are only the beginnings of chains by which a potential client could establish contact with a patron. There were political leaders who were known to specialize in certain types of clients on the basis of ethnicity, profession, avocation etc: Mikoian for Armenians⁴⁸, Ordzhonikidze for Georgians⁴⁹, Vyshinskii for lawyers and diplomats⁵⁰, Voroshilov (an amateur singer) for opera singers... And there were also introductions from lower-level patrons: for example, when Pilniak was in trouble in the mid '20s after the publication of his scandalous novella, *Povest' nepogashennoi luny*, he approached a middle-level patron, Ivan Skvortsov-Stepanov, then editor of *Izvestiia*, who arranged a meeting with Rykov (who "advised me to write letters of contrition, which I did")⁵¹. And people with contacts

⁴⁴ GARF, f. 5446, op. 82, d. 53, l. 82. The meeting was duly held on 11 February 1937, Kerzhentsev also being present: GARF, f. 5446, op. 82, d. 53, l. 102.

⁴⁵ From Pilniak's statement under interrogation by the NKVD, 11 December 1937, cited *Shentalinskii*, 196.

⁴⁶ *Iu. Elagin*, *Temnyi genii* (Vsevolod Meierkhol'd) (New York 1955) 291.

⁴⁷ TsGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2219, l. 1; *Ivan Gronskii*, *Iz proshlogo... Vospominaniia* (Moscow 1991) 142.

⁴⁸ After the arrest of her stepfather, the Armenian Gevork Alikhanov, Elena Bonner's mother appealed to Mikoian for help, even though they had not been particularly close friends judging by Bonner's recollections; moreover, Mikoian responded with an offer to adopt Elena and her younger brother. *Elena Bonner*, *Mothers and Daughters*, trans. by Antonina W. Bouis (New York 1993) 123 f.

⁴⁹ RTsKhIDNI, f. 85 (Ordzhonikidze fond) contains many such letters.

⁵⁰ Arkady Vaksberg, trans. by Jan Butler, *The Prosecutor and the Prey*. Vyshinsky and the 1930s' Moscow Show Trials (London 1990) 3 f., 275.

⁵¹ *Shentalinskii*, 197.

might pass on a letter *kuda sleduet*, as Babel did when he handed Ezhov's wife a letter from Eduard Bagritskii's widow asking for the release from prison of her sister's husband⁵². Finally, major cultural institutions like the Bol'shoi or Vakhtangov theaters would have their own sets of patronage connections that could be activated on behalf of a member in need⁵³.

Brokers

There were certain leading members of the cultural and scholarly professions – P. L. Kapitsa and S. I. Vavilov were examples in the natural sciences – who acted as representatives of a whole group of clients in dealing with highly-placed patrons. They assumed this broker function because of their professional stature and their established connections with various government leaders: chairmen of the Academy of Sciences, secretaries of professional unions, directors of scientific institutes etc had it ex officio. Sometimes brokering was a matter of representing the professional interests of a group, as when Aleksandr Fadeev, secretary of the Writers' Union, wrote to Molotov in January 1940 to express the distress of the literary community that none of the the newly-established 100,000-ruble Stalin prizes had been earmarked for literature⁵⁴. Sometimes it meant interceding on behalf of subordinates, e.g. when Graftio, head of Svir'stoi, wrote to Leningrad leader M. S. Chudov in 1935 on behalf of Svir'stoi engineers threatened with deportation⁵⁵.

Many "broker" interventions had to do with arrests within the professional community that the broker represented. Kapitsa, for example, appealed to Valerii Mezhlauk (deputy chairman of Sovnarkom) and Stalin about the arrest of V. A. Fock in 1937 and to Molotov and Stalin about Landau's arrest (in 1938) and continuing imprisonment (in 1939)⁵⁶. S. I. Vavilov wrote to Beria in 1944 attempting to gain release of N. A. Kozyrev, a young astronomer from Pulkovo⁵⁷. Gorky, of course, was famous for such interventions on behalf of Petrograd intellectuals during the Civil War, and continued the practice – though increasingly sparingly – in the 1930s. Meyerhold frequently appealed to his patrons Avel' Enukidze and Genrikh Iagoda on behalf of arrested friends and acquaintances in the theater world – it was said of him that "he practically never refused anyone..."⁵⁸. If this is not hyperbole, however, it suggests that Meyerhold lacked the quality of sober

⁵² From Babel's confession, in: *Shentalinskii*, 50.

⁵³ See *Iurii Elagin's* examples in his *Ukroshchenie iskusstv* (New York 1952) including his own case.

⁵⁴ GARF, f. 5446, op. 81a, d. 337, ll. 76–78.

⁵⁵ TSGAIPD, f. 24 op. 2v, d. 1515, ll. 64–65.

⁵⁶ *Ibid.* 184f.

⁵⁷ *Paul Josephson*, *Physics and Politics in Revolutionary Russia* (Berkeley, Los Angeles 1991)

316. From Academy of Sciences archive.

⁵⁸ *Elagin*, *Temnyi genii*, 294f.

calculation of the odds that characterized the best brokers (there was no point in a broker using up credit with a patron on a hopeless case).

How to write to a patron

While other forms of initial approach to a patron existed (e.g. via a word to the patron about the client's needs from a family member or assistant), writing a letter was the standard way of communicating a clientelist request. The composition of such letters was a serious matter: Kapitsa "worked on letters to 'up there' no less seriously and responsibly than on an article or a paper" and often wrote four or five drafts before he was satisfied. Kapitsa, who was often writing as a broker for the physics community rather than for himself, wrote dignified, substantive letters with a minimum of flattery and little intrusion of the personal; some of his letters were so like articles that they contained separate headed sections and even on one occasion an epigraph⁵⁹. Like most clients, Kapitsa used a formal salutation with name and patronymic ("Much respected [*mnogouvažhaemyi*] Valerii Ivanovich") for lower-level patrons like Valerii Mezhlauk, Karl Bauman, or Nikolai Gorbunov, ending his letter "Yours, P. Kapitsa." In writing to top leaders in the 1930s, however, he used the less common style of addressing his letters to "Comrade Stalin" and "Comrade Molotov" without further salutation, ending his letters simply with a signature⁶⁰.

Nataliia Sats approached the task of writing equally seriously. In 1941, visiting Moscow seeking intervention on her behalf in troubles in her theater work in Kazakhstan, she sat up all night in the bathroom of a friend's apartment in Moscow, writing on the window-ledge, composing a letter to Aleksandr Shcherbakov, secretary of the Central Committee and a major force in cultural affairs. The letter went through 15 to 20 versions. It was important to be brief, in Sats' view; on the other hand, it was also necessary to strike a personal note. In the letter to Shcherbakov, whom Sats did not know well, this meant slipping in a reminder of past contacts, however tenuous ("He probably knows me from past work. Once Aleksei Maksimovich Gor'kii mentioned me in a letter to him").

Once the letter was finished, both Kapitsa and Sats agreed, it must be hand-delivered. Kapitsa would send his wife, personal assistant or secretary to deliver his letter to the Central Committee and obtain a receipt⁶¹. Sats delivered her own

⁵⁹ P. L. Kapitsa, *Pis'ma o nauke 1930–1980* (Moscow 1989), intro by former secretary P. E. Rubinin, 11 f.

⁶⁰ Kapitsa, *Pis'ma*, passim. In 1943, Kapitsa switched to "Much respected Viacheslav Mikhailovich" for Molotov and retained this style thereafter, using it also in his letters to Khrushchev, Mikoian, and Malenkov in the 1950s. Stalin remained "comrade Stalin" to the end, though from 1945 Kapitsa ended his letters to him with "Yours," or "Respectfully yours".

⁶¹ Kapitsa, *Pis'ma*, 11 f.

letter by hand to Shcherbakov's assistant, asking him to give Shcherbakov the letter personally at once⁶².

Although the approach to a patron was normally by letter, the reply, if there was one, usually came by telephone⁶³. Two days after the delivery of her letter, Nataliia Sats received a telephone call from Shcherbakov's assistant giving her the good news that Shcherbakov supported her in the quarrels in the Kazakhstan theater world about which she had complained⁶⁴. For a client to make his pitch to a patron over the telephone was apparently very rare, probably because this approach seemed insufficiently deferential. (There were exceptions, however. In 1937, the much-rewarded writer Aleksei Tolstoi had the nerve to telephone Molotov's secretary and request – though it came across almost as a demand – an 11-room dacha in a particular location that he preferred to that of the dacha he had been offered⁶⁵.)

The human factor: Affective Ties between Patrons and Clients

In 1930, Mikhail Bulgakov received a telephone call from Stalin responding to his complaints about persecution and censorship and promising to remedy the situation. News of this call spread rapidly through the intelligentsia on the grapevine. As an anonymous police agent reported, the story had had an enormous impact on intellectuals' views of Stalin. "It's as if a dam had broken, and everyone around saw the true face of comrade Stalin." They speak of his simplicity and accessibility. They say that Stalin is not to blame for the bad things that happen; "he lays down the right line, but around him are scoundrels. These scoundrels persecuted Bulgakov, one of the most talented Soviet writers. Various literary rascals were making a career out of persecution of Bulgakov, and now Stalin has given them a slap in the face." Intellectuals were talking of Stalin "warmly and with love"⁶⁶.

The conventions of Soviet client-patron relations demanded that they be represented as based on friendship or at least mutual regard, or sometimes even in familial terms (the patron as father who "pitieth his children"). These conventions are most evident in the hagiographic memoir literature on great men – from political leaders like Ordzhonikidze to cultural figures like Maxim Gorky – in which the client-memoirist dwells affectionately on the deeply human traits (generosity,

⁶² *Sats*, 446.

⁶³ *K. Rossiyanov*, Stalin as Lysenko's Editor. Reshaping Political Discourse in Soviet Science, in: *Russian History* 21, 1 (1994) 49–63.

⁶⁴ *Sats*, 446.

⁶⁵ GARF, f. 5446, op. 82, d. 56, l. 154. (Molotov approved this request, though he cut the dacha size down to 10 rooms.)

⁶⁶ *Vitalii Shentalinskii*, *Ruby svobody. V literaturnykh arkhivakh KGB* ([Moscow] 1995) 124 f.

compassion, understanding, paternal solicitude) of the patron as well as emphasizing his high culture. Kalinin "looked up at me with sparkling eyes and smil[ed] his kind old-man's smile, as if his entire face had lit up in an instant"⁶⁷. "Valerian Vladimirovich [Kuibyshev] was a many-sided man, a great connoisseur of art and literature, enchanting, uncommonly simple and modest in approach... He liked nature and flowers very much. When we went out on the sea, he, with youthful animation, called us up on deck to enjoy the spectacle of the beautiful sunset. 'How sad that all this is so fleeting', he said, when the multihued sky dulled and grey twilight descended..."⁶⁸.

Although these memoirs were written for public consumption and, to a large extent, according to formula, we can find similar statements of affection for patrons in diaries⁶⁹. This does not fully answer the question of how "sincere" such protestations were. But our interest is less in whether the emotions expressed were genuine than in the fact that their expression was conventionally required in a patronage situation. Even the irreverent Nadezhda Mandelstam writes of her husband's patron, Bukharin, with affection; while the cynical Shostakovich called Tukhachevsky his "friend" and "one of the most most interesting people I knew", while acknowledging that, unlike other admirers of the Marshal, "I behaved very independently. I was cocky, [but] Tukhachevsky liked that"⁷⁰.

Many client-memoirists describe their patrons as people whose happiness in life came from helping others (or specific categories of others, like young people or artists). As applied to Soviet party leaders, this may seem a bizarre characterization. Yet it must have had resonance, for it is common also in the thousands of letters of appeal that humble Soviet citizens – non-elite members without direct, personal access to a patron – wrote to political leaders in the 1930s⁷¹.

One can imagine that subjectively the belief of a Stalinist obkom secretary or Politburo member that he was basically a good man doing something useful for humanity must have rested to a significant extent on his patronage activities, demonstrating his capacity for loyalty (to members of his official "family"), generosity and civilized values (with respect to elite clients), and compassion (towards clients in distress and popular supplicants).

If this is correct, we would expect the affective ties to go two ways. Evidence on patrons' attitudes to their clients is harder to come by than its obverse, but is not totally lacking: Molotov noted a "mutual liking" (*vzaimnaia byla takaia sviaz'*)

⁶⁷ Mikhail Sholokhov, *Velikii drug literatury*, in: M. I. Kalinin ob iskusstve i literature: Stat'i, rechi, besedy (Moscow 1957) 234–237.

⁶⁸ Galina Serebriakova, V. V. Kuibyshev, in: O Valeriane Kuibysheve: Vospominaniia, ocherki, stat'i (Moscow 1983) 219–221.

⁶⁹ E.g. Galina Shtange on Lazar Kaganovich (patron of her women's group) in: *Intimacy and Terror. Soviet Diaries of the 1930s*, ed. by Veronique Garros, Natalia Korenevskaya, Thomas Lahusen (New York 1995) 184.

⁷⁰ Shostakovich, *Testimony*, 96.

⁷¹ On this, see Sheila Fitzpatrick, *Supplicants and Citizens. Public Letter-Writing in Soviet Russia in the 1930s*, in: *Slavic Review* 55, 1 (1996) 78–105.

between Voroshilov and his client, the painter Aleksandr Gerasimov⁷². Khrushchev, whose connections with the intelligentsia in the 1930s seem to have been less abundant than those of many other leaders, emphasizes his personal regard in the few instances he recalls in his memoirs: e.g. with regard to the engineer-inventor Paton⁷³.

If a particular patron-client relationship was too distant for the notion of friendship to be appropriate, it was at least necessary to impart some touch of the personal. This is evident, albeit in stylized form, in the possibly anecdotal description that Vyshinsky's biographer provides of Vyshinsky's relationship with his client Aleksandr Vertinskii, a famous popular singer. After Vyshinskii had made possible Vertinskii's return from emigration in China, he supposedly attended one of Vertinskii's concerts, sitting "modestly in a side box hidden from inquisitive eyes behind velvet drapes. However, his presence was no secret to the artist on the stage. He knew perfectly well whom Destiny had appointed as his patron. When he started singing, as a token of respect he turned very slightly towards the box. Only very slightly but it was still noticeable. And he also bowed separately and with particular dignity towards the box."⁷⁴

For Nataliia Sats, exiled to the provinces in the 1940s, it was a matter of the highest importance to establish new clientelist ties in the towns to which she had been exiled. As her description makes clear, this meant trying by every means possible to arrange a meeting with a potential patron, and then – most important – somehow establishing personal rapport, however tenuous, in the course of the meeting. In Alma-Ata, for example, when Sats finally got to see Zhumbai Shaiakhmetov, second secretary of the Kazakhstan party, the success of the meeting – that is, the establishment of a personal connection – was demonstrated when Shaiakhmetov (who also knew how to play this game) playfully dispatched a messenger to Sats bearing the box of matches from his desk which, at their meeting, had momentarily distracted her attention. Later, when enemies in the Saratov theater were threatening to have her transferred further into the boondocks, she appealed "personally, tears running down my face", to the patron who had got her the job, G. A. Borkov, 1st secretary of the regional party organization⁷⁵.

Hierarchies of Patronage

In his memoirs, Iurii Elagin tells the story of the epic "battle of patrons" between two well-connected theatrical figures, L. P. Ruslanov, administrator of the Vakhtangov theater, and A. D. Popov, director of Moscow Red Army. Ruslanov and Popov lived in the same apartment house, and the trouble arose when Rusla-

⁷² *Sto sorok besed*, 315.

⁷³ Khrushchev *Remembers*, trans. by *Strobe Talbott* (Boston 1970) 116–119.

⁷⁴ *Vaksberg*, 237.

⁷⁵ *Sats*, 443–4, 479.

nov hung flowerpots from his balcony which Popov regarded as a potential danger to passers-by. Using his contacts, Ruslanov got an order from the head of the raion militia to remove the flowerpots; Popov trumped this by getting permission to keep his flowerpots from the head of the militia of the city of Moscow. Ruslanov then went to the chief director of militia of the whole Soviet Union for a removal order, to which Popov responded with a letter from Voroshilov instructing that he should not be further harrassed about his flowerpots. But Ruslanov was the winner when he went to Kalinin, president of the USSR, and obtained an order that the flowerpots should be removed⁷⁶.

Apocryphal or not, this story is a nice illustration of the hierarchies of patronage that could be invoked by persistent and well-connected clients. The Vakhtangov theater, according to Elagin, had its set of middle-level patrons in the pre-1937 period – Maxim Gorky, Avel' Enukidze, Daniil Sulimov (chairman of Sovnarkom RSFSR) and Iakov Agranov (deputy head of OGPU) – “who were always ready to do everything possible for our theater.” But there were also even more highly-placed persons, notably Voroshilov and Molotov (both Politburo members, Molotov chair of Sovnarkom) who could also be called on in extreme cases⁷⁷.

These middle-level patrons were themselves clients whose efficacy as patrons often depended on access to patrons at the very top. Thus Gorky, for example, was effective as a patron only so long as Stalin, Molotov, Iagoda etc were prepared to honor his requests for his clients.

Naturally in the politically perilous circumstances of the Soviet Union in the 1930s, a patron's status was not necessarily stable⁷⁸: he might rise and fall in the hierarchy of patronage; indeed he might even fall from the status of patron completely and become a client-suppliant. Bukharin provides a good illustration of this process. As the sharp-eyed Nadezhda Mandelstam noted, “Up until 1928 he would cry ‘Idiots!’ and seize the telephone, but from 1930 he would frown and say: ‘I have to think whom to ask (*komu obratit'sia*) ... (sic)”⁷⁹. Molotov was one patron whom Bukharin successfully approached on Mandelstam's behalf in the early 1930s⁸⁰; and, although Bukharin did not know Gorky particularly well⁸¹, he

⁷⁶ Elagin, *Ukroshchenie*, 66–69.

⁷⁷ Elagin, *Ukroshchenie*, 48.

⁷⁸ Note that patronage relations were not without risk to the client: the patron might be disgraced. In 1939, the young writer A. O. Avdeenko was blamed for his connections with unmasked “enemies of the people”, the industrialist Gvkhariia and Urals party leader Kabakov (*D. L. Babichenko*, *Pisateli i tsenzory. Sovetskaia literatura 1940-kh godov pod politicheskim kontrolem TsK* [Moscow 1994] 26 f.). Pilniak was another whose connections with Opposition figures was held against him. It has been suggested that the fall of theater director Vsevolod Meyerhold at the end of the 1930s was associated with his clientelist ties to Trotsky and Zinoviev in the early 1920s (*Testimony*, 80) or to Rykov and other “Rightists” at the end of the decade (*Elagin*, *Temnyi genii*, 319), but Meyerhold had so many political patrons at various times that this is hard to judge (it is equally plausible to link his fate with that of his NKVD patrons of the 1930s).

⁷⁹ *Mandel'shtam*, *Vospominaniia*, 124.

⁸⁰ *Ibid.*

⁸¹ *Gronskii*, 125.

recognized his power as a patron in the early '30s and "kept wanting to go to 'Maksimych' in his search for 'transmission channels'"⁸². Ordzhonikidze and Voroshilov were figures to whom he turned on his own behalf in the last years⁸³.

Perils and Pleasures of Patronage

As already noted, there were no obvious tangible benefits to the Soviet patron in having clients. Soviet officials' tenure was not dependent on popularity or winning elections. Clients might praise their patrons' generosity – but too fulsome expressions of enthusiasm for a local leader could provoke the accusation that he was developing a local "cult of personality". Indeed, in the suspicion-laden world of Stalinist politics, there were definite risks associated with being too active or committed a patron. The pejorative words *khvosty* and *semeistva* were frequently invoked when local leaders were unmasked as "enemies of the people" during the Great Purges. An example of the possible pitfalls of patronage comes from the memoirs of Ivan Gronsii, *Izvestiia* editor, who was a patron of old-school realist artists in the 1930s. The day after a group of his "clients" escorted him home as a gesture of appreciation after his pro-realism intervention at an artists' meeting, Gronsii received a telephone call from Stalin with the abrupt and threatening query: "What kind of demonstration was that yesterday (*Chto vchera byla za demonstratsiia*)?"⁸⁴

That patronage of the intelligentsia could be a negative in Stalin's eyes is confirmed by Molotov's reported comments on Voroshilov, who "loved to play a bit at being, so to speak, a patron of the arts (*metzenat*), a protector (*pokrovitel'*) of artists and so on". Stalin saw this as a weakness, "because artists, they're irresponsible people (*rotozei*). They are harmless in themselves, but around them swarm all kinds of dubious riffraff (*shantrapa polosataia*). They exploit that connection – with Voroshilov's subordinates, with his family..."⁸⁵.

The archetypal example of a good Bolshevik ruined by his taste for patronage was Avel' Enukidze, secretary of TsIK, whose dramatic fall from grace in 1935 was one of the harbingers of the Great Purges. Enukidze was well known both as a patron of the arts with a taste for ballerinas and as one of the party leaders who was most likely to be sympathetic to the plight of "former people", members of the old nobility and privileged classes who were liable to disenfranchisement and other forms of discrimination in the Soviet period⁸⁶. The accusations made at the

⁸² Mandel'shtam, *Vospominaniia*, 124.

⁸³ See Anna Larina, *This I Cannot Forget*, trans. by Gary Kern (New York 1993) 310, 328.

⁸⁴ Gronsii, 143. Note, however, that despite this threatening preamble, Stalin was sympathetic to the artists when Gronsii described their situation and actively took up their cause, according to Gronsii's account.

⁸⁵ *Sto sorok besed*, 315.

⁸⁶ The TsIK archive contains many instances: see, for example, GARF, f. 3316, op. 2, d. 918, ll. 1–13 (1930 memo from Enukidze to Stalin on abuses of disenfranchisement) and *ibid.*,

June 1935 plenum focussed particularly on the latter: in Ezhov's words, "Enukidze created a situation in which any Whiteguard could and did get in to work in the Kremlin, often using the direct support and high protection (*pokrovitel'stvom*) of Enukidze." People got a job in the TsIK apparat through friends and family connections, and Enukidze himself "was linked through personal, friendly relations" with many TsIK employees. "Even when their alien social backgrounds and "anti-soviet attitudes" were reported to Enukidze by the NKVD, he continued to shield them and refused to fire them. He used government money from TsIK's "secret fund" to support various unfortunates, including 600 rubles to "Stepanova, one of the wives of the writer [Nikolai] Erdman, exiled for a lampoon against Soviet power". All this made Enukidze "the most typical example of a the degenerating and complacent Communist who not only fails to see the class enemy, but actually forms an alliance (*smykat'sia*) with him", in Ezhov's words⁸⁷. It also led inexorably to corruption, sexual as well as financial⁸⁸.

Defending himself at the closed session of the Central Committee, Enukidze regretted having involuntarily aided the class enemy in some instances, but still managed to convey that his patronage was needed and justifiable in human terms. "There were really a lot of people to whom I gave that help that is now characterized as my high protection in regard to certain persons. Unfortunately, circumstances were such that people appealed to me for everything: if they needed an apartment, material help, things (*veshchi*), or to be sent somewhere to a rest home. Through me both our people (*nashi*) and people alien to us (*chuzhie*) received aid, I distributed that aid to everyone."⁸⁹

What Enukidze personally got out of his patronage activities (before he lost his life for them) is not known. In general, however, what patrons got out of patronage were intangibles: prestige and status associated with the ability to act as a patron; a sense of *noblesse oblige* or a desire to play the great man as it was traditionally played; a desire to see themselves as good, generous people; a desire to receive flattery and gratitude from clients. "Tukhachevsky liked being a patron of the arts", wrote his client and friend Shostakovich. "He liked finding 'young talents' and helping them. Perhaps because the marshal himself had been a military *Wun-*

d. 1227, l. 101 (conflict between Enukidze and the Moscow OGPU in 1033 over denial of passports to "former people").

⁸⁷ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 542, ll. 79-86 (stenogram with speakers' corrections of proceedings at the plenum). Thanks to Arch Getty for generously making this material available to me.

⁸⁸ Bribes and presents of a thousand rubles or more (evidently accepted by Enukidze's subordinates, not Enukidze himself) were mentioned in Ezhov's indictment. Sex is not explicitly mentioned in the surviving text of Ezhov's indictment, but it must have been there originally since Enukidze in response denied that he had "had affairs (*sozhitel'stvoval*) with any of those who were arrested" (ibid. l. 128). For gossip about the sexual aspect of the Enukidze scandal, see "Dnevnik M. A. Svanidze", in *Iosif Stalin v ob"iatiiakh sem'i. Iz lichnogo arkhiva* (Moscow 1993), 182.

⁸⁹ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 542, 139.

derkind, or perhaps because he liked demonstrating his enormous power."⁹⁰ Patronage is a traditional prerogative of power and also a visible mark of it. Writing of her refusal on principle to establish patronage connections, an informant in Ledeneva's *blat* study notes that "the nomenclatura people I met did not pay me any respect for that [refusal]. They respected those who made them feel powerful and helpful"⁹¹. They would have thought better of her, she felt, if she had approached them as a humble client asking for favors.

There were added benefits in the case of patronage of the arts, viz access to the world of celebrity and glamour – famous singers and film actors, writers and scientists of international renown – to which members of Stalin's Politburo were drawn just as contemporary American politicians are often drawn to Hollywood and sports stars. Like rulers in many societies, Stalinist politicians obviously felt that contact with the arts and scientists adorned them. To some degree, patronage was an indicator of *kul'turnost'* for Soviet leaders. In the Gronsksii story cited above, Gronsksii portrayed himself as embarrassed but also flattered by the fulsomely-expressed admiration of the artists, "famous old masters of painting" as he puts it⁹².

There was even some allure in the risk inherent in acting as patron to someone of high reputation in the cultural world who was under a cloud. This is most often seen in the case of middle-level patrons like journal editors, who would take the risk of publishing a controversial poem or story because of the kudos to be gained within the intelligentsia through such boldness. But the same dynamic may have operated at a higher level, e.g. in Vyshinskii's patronage of the former-emigre singer Vertinskii, whose semi-disgrace was underlined by the ban on publicizing the concerts which he was occasionally allowed to give after his return⁹³.



Patronage networks are important to the functioning of many societies; patronage of the arts exists in some form in virtually all. But how much patronage matters in the day to day life of clients and patrons depends on the seriousness and frequency of the clients' need for protection. Stalin's Russia was a dangerous place to live in. Insecurity and the ever-present danger of a major personal calamity were a fact of life in the elites as much as (perhaps more than) lower social strata. It was not uncommon, even in the privileged intelligentsia, for a person suddenly to find himself in truly desperate straits as a result of the loss of an apartment or ration privileges or an accident at work that was construed as "wrecking". Arrest or the public besmirching of reputation that might lead to loss of employment and arrest

⁹⁰ Testimony, 98.

⁹¹ Ledeneva, 105f.

⁹² Gronsksii, 142f.

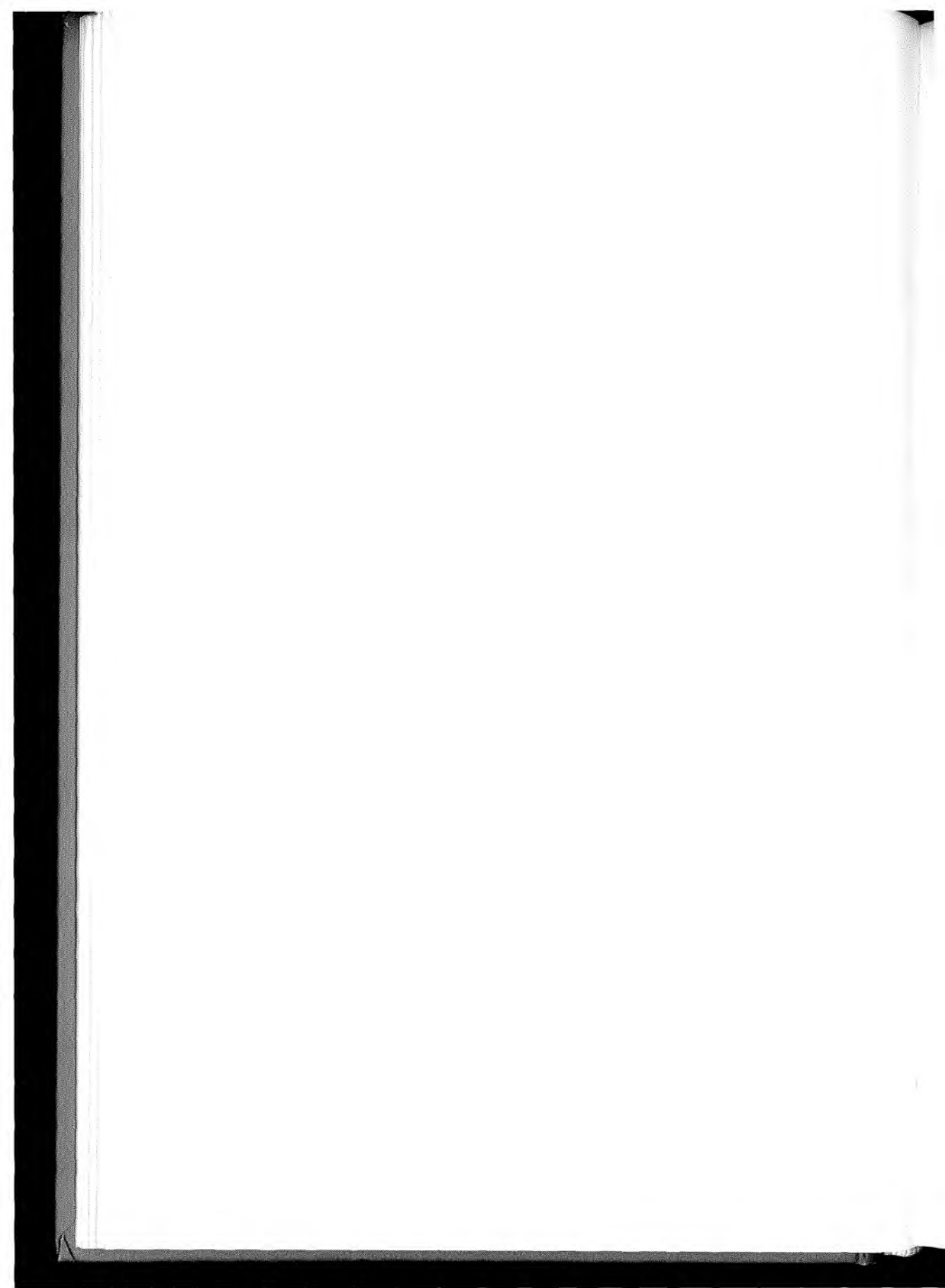
⁹³ Vaksberg, Prosecutor, 237.

were also common occurrences. Having a patron to "go to" could make the difference between surviving or failing to survive.

This was one of the features of Soviet patronage that distinguished it from patronage in late Imperial Russia or most other modern societies. Another distinguishing feature was that goods and services were in chronically short supply in the Stalin period, and the party-state had monopoly control over their distribution. If one had the misfortune to be without an decent apartment in Moscow, how else could one obtain it without recourse to a patron? If one's child suddenly fell critically ill, how else could one get access to the right doctor and the right hospital to treat her? If one lost one's job or was arbitrarily denied access to the "closed" foodstore, how to remedy the situation except by appeal to a patron? The malfunctioning of the Soviet legal system was another of the features of Stalinist society that made patronage practices – as well as their humbler counterpart, petitioning – essential.

One of the fascinating aspects of patronage in Stalinist society is its strange relationship to official ideology. On the one hand, the patron-client relationship exemplified the personalistic interests of officialdom that were routinely deplored and sometimes harshly punished as corruption. On the other hand, this same relationship exemplified the human and familial motif that was at the heart of Stalinist discourse about rulers and people⁹⁴. In the familial metaphor, the whole Soviet Union was a family (*sem'ia*) with Stalin as the father; and it is only a short semantic step from *sem'ia* to *semeistvo* (the pejorative applied to political patronage relations). If Stalin was "father" and "benefactor" of his people, was he not by the same token the universal "patron" of Soviet citizens, bound by ties of mutual affection to his "clients"? Were not all the *vozhdi*, local and regional, construed as benevolent patrons of the citizenry, ready to respond to need and rescue from distress? It may be argued that patron-client relations in the everyday world were exactly what gave that rhetoric a grounding in reality for Soviet citizens, making patronage practices a kind of intuitive proof of the ideological premise that the Soviet regime was the people's benefactor.

⁹⁴ My thinking here is indebted to discussion with Yuri Slezkine as well as see *Katerina Clark's* treatment of: The "Great Family" myth in *The Soviet Novel. History as Ritual* (Chicago 1985) 114–117.



Dietrich Beyrau

Geiseln und Gefangene eines visionären Projekts: Die russischen Bildungsschichten im Sowjetstaat

Der folgende Beitrag widmet sich dem Teilaspekt eines Prozesses von Machtakkumulation, der in den Terror unter Stalin einmünden sollte. Das spezielle Beobachtungsobjekt sind unterschiedliche Gruppen der in sich heterogenen Intelligenzschicht. Leitende Gesichtspunkte sind Fragen nach der Stellung und Rolle der verschiedenen Gruppen bei der Etablierung des Stalinsystems. Das nachrevolutionäre Regime bezeichnete sich als „Diktatur des Proletariats (und der armen Bauernschaft)“, geführt von einer intellektuellen Avantgarde, die eine klare Vision von der Zukunft zu haben glaubte. Hieraus lassen sich – trotz aller Improvisationen und trotz allem Chaos – bestimmte Tendenzen im Umgang mit intellektuellen Berufsgruppen im Besonderen und mit der Bevölkerung im Allgemeinen ableiten. Wie es häufig geschieht, waren die Resultate bolschewistischer Ambitionen andere, als die Enthusiasten des Sozialismus angestrebt haben mögen. Im historischen Rückblick auf das Projekt des Sozialismus erweisen sich Aktivisten, freiwillige und unfreiwillige Mitspieler und Opfer teils als Gefangene, teils als Geiseln einer Vision, der Elemente einer Säkularreligion kaum abzusprechen sind.

Der Beitrag skizziert den Weg von der prometheischen Revolte eines Teils der Intelligenz zur verängstigten Dienstbarkeit, deren Lohn auf der einen Seite Stalinpreise, auf der anderen Seite die Verstoßung in den Gulag sein konnte¹.

¹ Die maßgeblichen Darstellungen zur russisch-sowjetischen Intelligenz beziehen sich zumeist auf Berufsgruppen, Institutionen oder auf „Kulturpolitik“ im weiteren Sinne: Kulturpolitik der Sowjetunion, hrsg. von Oskar Anweiler, Karl-Heinz Ruffmann (Stuttgart 1973); Kendall E. Bailes, *Technology and Society Under Lenin and Stalin* (Princeton 1978); Alexander Vucinich, *Empire of Knowledge. The Academy of Sciences of the USSR (1917–1970)* (Berkeley 1980); *Science and Soviet Social Order*, hrsg. v. Loren Graham (Cambridge 1990); Dietrich Beyrau, *Intelligenz und Dissens. Die russischen Bildungsschichten in der Sowjetunion 1917 bis 1985* (Göttingen 1993); im folgenden zitiert: Beyrau, *Intelligenz*.

I. Machthaber und Schiffbrüchige: Die russische Intelligenz nach der Revolution

Der Dichter Aleksandr Blok unternahm 1918 einen der unzähligen Versuche zu definieren, was Intelligenz sei, indem er sie der Bourgeoisie gegenüberstellte: „Der Bourgeois hat festen Boden unter den Füßen wie das Schwein den Dung: Familie, Kapital, eine Dienstposition, Orden, einen Rang, Gott in der Ikone, den Zaren auf dem Throne. Nimm ihm das weg, und alles fliegt durcheinander. Beim Intelligenzler [...] gibt es einen solchen Boden nicht. Seine Werte sind immateriell. Seinen Zaren kann man ihm nur zusammen mit dem Kopf wegnehmen. Können, Wissen, Methoden, Fertigkeiten, Talente – ein nomadisches und beflügeltes Vermögen. Wir sind unbehaust, ohne Familie, ohne Rang, armselig – was haben wir zu verlieren?“² Was Blok hier – mit sich kokettierend – zu beschreiben versuchte, hat Pierre Bourdieu unter dem Begriff des nicht nur der Intelligenz vorbehaltenen „symbolischen Kapitals“ analysiert³, also nicht-materiellen „Besitzständen“ und Kapazitäten, die zu Einfluß und Autorität verhelfen. Sie ermöglichen, Verhaltensweisen und Deutungsmuster von gesellschaftlicher Realität zu prägen, soziale Strukturen, Macht, Reichtum, Prestige zu legitimieren – oder ihnen gesellschaftliches Ansehen zu entziehen.

Bloks Versuch, die Eigenart des im Russischen immer mit einer gewissen Emphase verwendeten Intelligenzbegriffs zu fassen, zeigte ein Selbstverständnis, das noch ganz in der Tradition der 1860er Jahre befangen war. Denn vor 1914 hatte sich die Intelligenz bereits in viele Berufsgruppen mit manchmal durchaus bürgerlichen Ambitionen ausdifferenziert. Diese Schichten erlebten die Ereignisse seit 1917 als Katastrophe, sie empfanden sich als Schiffbrüchige in einem Ozean der Barbarei⁴. Die bis dahin unbehauste, armselige revolutionäre Intelligenz hingegen kehrte aus dem Exil, der Verbannung zurück oder tauchte aus dem Untergrund auf, um zu Amts- und Machträgern aufzusteigen und eine Diktatur *sui generis* zu errichten. Getragen von einer Volksrevolution, die sie weder „gemacht“ hatten, noch steuern konnten, waren sie als intellektuelle Revolutionäre getrieben von Visionen und Utopien, die nichts weniger als eine ganz neue Gesellschaft im Visier hatten. Dabei ging es nicht nur um die Neuverteilung der materiellen Ressourcen, sondern auch um die Durchsetzung einer neuen Weltsicht, die auf Dauer die Arbeitsfelder, das Selbstverständnis und die Position aller gesellschaftlichen Schichten grundsätzlich verändern sollte. Dies betraf auch die professionelle Intelligenz, also die Angehörigen der im ausgehenden Zarenreich mehr oder minder etablierten intellektuellen Berufsgruppen. Sie hoben sich durch Bildung, Lebensstil und Ansprüche sehr vom „Volk“ (Arbeiter, Bauern, Händlern und Angestellten der

² Aleksandr Blok, *Rossija i intelligencija* (1907–1918) (Petrograd 1918) 68.

³ Pierre Bourdieu, *Sozialer Sinn* (Frankfurt 1987). Dazu Lutz Raphael, Anmerkungen zu zentralen Kategorien P. Bourdieus, in: *Prokla* 68 (1987) 152–171.

⁴ *Time of Troubles. The Diary of Ju. V. Got'e*, hrsg. v. Terence Emmons (Princeton/N.J. 1988) 386.

unteren Kategorien) ab ebenso wie sie als Gruppen in einem spannungsreichen Verhältnis zu den alten Autoritäten (Beamtenmobilität, Adel und Autokratie) gestanden hatten. Vor 1914 hatte sich aus ihrem Umfeld die liberal-demokratische Opposition rekrutiert. In maßgeblicher Weise waren sie an der Revolution von 1905 beteiligt gewesen, hatten den Übergang zum Rechtsstaat betrieben. Sie waren die Gewinner des expandierenden tertiären Sektors gewesen und konstituierten jenes schmale Segment von bürgerlicher Kultur und Gesellschaft, die in Revolution und Bürgerkrieg untergingen⁵.

Die Revolution, der Sieg der Bolschewiki in Verbindung mit dem zivilisatorischen Zusammenbruch seit dem Weltkrieg kamen einer Niederlage gleich, hatte doch insbesondere die „Volksrevolution“ die Ambitionen der professionellen Intelligenz desavouiert.

Lenin und ein großer Teil der Bolschewiki vermochten in der professionellen Intelligenz daher nichts als „Lakaien des Kapitals“ zu sehen. Aber angesichts der Abhängigkeit von den „Monopolisten des Wissens“ (A. V. Lunačarskij) dominierte eine pragmatische Haltung. Nach petrinischen Maßstäben lief sie auf eine Ausnutzung der Experten hinaus, verbunden allerdings mit der Forderung nach Kontrolle seitens der Partei und politischer Enthaltsamkeit der Fachleute selbst. Nicht zufällig setzte sich jetzt der Begriff des „bürgerlichen Spezialisten“ durch: Während sich die zu Machthabern und Bürokraten klassischen russischen Typs mutierenden Revolutionäre die allgemeine Kompetenz in politischen, gesellschaftlichen und weltanschaulichen Fragen vorbehielten – einst das klassische Feld der Intelligenz –, hatten die bürgerlichen Spezialisten ihr Expertenwissen dem neuen Regime zur Verfügung zu stellen, aber zu allgemeinen Fragen zu schweigen.

Angesichts der bolschewistischen Wissenschafts- und Technikeuphorie gelang es verhältnismäßig schnell, Brücken zu schlagen vor allem zu Naturwissenschaftlern und den Angehörigen der technischen Intelligenz. Von mehr als symbolischer Bedeutung war hier die Vereinbarung mit der – im übrigen antibolschewistischen – Akademie der Wissenschaften. Ganz im Geiste des „Materialismus“ des 19. Jahrhunderts wurden trotz des allgemeinen Ruins in erstaunlichem Maße naturwissenschaftliche und technische Wissenschaften gefördert. Ihre Nützlichkeit wurde mit viel Pomp in der Verkündung des Staatsplans zur Elektrifizierung Rußlands (GOELRO) im Jahre 1920 verkündet. Dieser Plan mag mehr Propaganda als Realität gewesen sein, und er mag mehr der „Durchfütterung“ halb verhungelter Techniker und Wissenschaftler als dem Durchbruch technischen Fortschritts gedient haben; aber er verdeutlichte die grandiosen Perspektiven, welche der anbrechende Sozialismus dem technischen und wissenschaftlichen Fortschritt zu bieten glaubte.

⁵ Karl Schlögel, *Jenseits des Großen Oktober. Das Laboratorium der Moderne. Petersburg 1909–1921* (Berlin 1988); *Between Tsar and People. Educated Society and the Quest for Public Identity in Late Imperial Russia*, hrsg. v. Edith W. Clowes u. a. (Princeton/N. 1991).

In idealtypischer Form wurde das Verhältnis zwischen Spezialisten und Partei in der Armee und in den Betrieben gestaltet. Den teils freiwillig, teils gezwungen der Roten Arbeiter- und Bauern-Armee beitretenen Offizieren wurden politische Kommissare zur Seite gestellt. In ähnlicher Weise kontrollierten „rote“ Direktoren, oft Aufsteiger aus der Arbeiterschaft, die in den Unternehmen tätigen Ingenieure – dies auch zum Schutz vor der Wut der Arbeiter. Diese Rollenteilung ließ sich nicht überall durchsetzen. Im Erziehungswesen und in der höheren Ausbildung mußten andere Mittel angewandt werden: Die Lehrer wurden in kommunistisch geführten Gewerkschaften organisiert; die Universitäten verloren ihre soeben erst errungene Autonomie; ideologisch nicht genehme Geistes- und Sozialwissenschaftler verwies man des Landes. Gegenüber den in Rußland seit dem 19. Jahrhundert so angesehenen Literaten wurde eine Politik der „Umerziehung“ praktiziert.

Nach dem Stellenwert der einzelnen Berufsgruppen gestalteten sich Überlebensstrategien und die Versuche, individuelle und professionelle Interessen zu behaupten oder durchzusetzen. Am besten dürfte es den Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern aber auch der Ärzteschaft ergangen sein. Diese Berufsgruppen überstanden die Turbulenzen von Revolution und Bürgerkrieg vergleichsweise unbeschadet. Ihre Nützlichkeit für den Wiederaufbau war unmittelbar einsichtig und ihre politischen Einstellungen sekundär. Die Angriffe verschiedener linksbolschewistischer und anarchistischer Kreise auf die bürgerlichen Spezialisten blieben ephemer. Die politische Führung konnte sich bei der Zähmung des egalitären Furors aus der Arbeiterschaft und der „Halb-Intelligenz“ in den Augen vieler Spezialisten offenbar das Verdienst zuschreiben, eine Bartholomäusnacht verhindert zu haben. Zudem gab es Anweisungen, Spezialisten nicht wegen politischer Überzeugungen und ihrer Vergangenheit zu erschießen oder als Geiseln zu nehmen⁶.

Die Funktionalisierung dieser Berufsgruppen und ihre – relative – Privilegierung verwandelten sie nicht in seelenlose Automaten, wie sich Lenin öffentlich vorhalten lassen mußte⁷. Für die Mehrheit dürfte gelten, was der Chemiker und spätere Emigrant Vladimir Ipat'ev zur eigenen Rechtfertigung seiner herausragenden Tätigkeit unter den Bolschewiki schrieb: Man habe vor 1914 der Autokratie gedient, ohne Anhänger der Monarchie zu sein. So konnte man auch unter den Bolschewiki arbeiten, ohne Kommunist zu sein⁸. Auch für den Geologen und Biochemiker Vladimir Vernadskij, ehemaliges Mitglied der Konstitutionellen Demokraten und kurzfristig stellvertretender Minister in der Provisorischen Regierung, standen Möglichkeiten und Chancen professioneller Entfaltung in Sowjetrußland (oder im Westen) im Vordergrund der Überlegungen, ob er im Ausland

⁶ Iz istorii VČK (Moskau 1958) 235, 246 f. M. S. Melgunow, Der Rote Terror in Rußland 1918–1923 (Berlin 1924) 304.

⁷ Vladimir I. Lenin, Otvet na otkrytoe pis'mo specialista (1919), in: Vladimir I. Lenin, Polnoe sobranie sočinenij (weiter als: PSS), Bd. 38 (Moskau 1964) 219.

⁸ V. N. Ipatieff, The Life of a Chemist. Memoirs (Stanford 1946); im folgenden zitiert: Ipatieff, Life.

bleibe. Er sah destruktive Tendenzen am Werk, die er in der religiösen Inbrunst der Bolschewiki und ihrer anti-elitären Politik ortete. Er respektierte aber ihre Anstrengungen auf den Feldern von Wissenschaft und Technik. Die Wissenschaft müsse sich ohnehin gegen die Zumutungen sowohl der Demokratie als auch der Diktatur schützen⁹.

Es war sehr schnell deutlich geworden, daß die Bolschewiki weder der Akademie der Wissenschaften noch wissenschaftlichen Verbänden eine formal und rechtlich abgesicherte Autonomie garantieren wollten, wie sie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Deutschland oder die Royal Society in England trotz staatlicher Finanzierung genossen. Faktisch aber bestimmten auch in Sowjetrußland die Naturwissenschaftler in der Akademie wie in den anderen wissenschaftlichen Einrichtungen, welche dem Obersten Volkswirtschaftsrat (VSNCh) oder den Volkskommissariaten unterstanden, die Forschungspolitik weitgehend autonom.

Der oft mit schlechtem Gewissen und unter vielen Vorbehalten tätigen wissenschaftlichen und technischen Intelligenz lieferte insbesondere der in Prag 1921 publizierte und auch in Sowjetrußland verbreitete Sammelband „Smena Vech“ (Versetzen der Grenzpfähle) Argumentations- und Legitimationshilfe. Seine vergleichsweise große Resonanz erklärt sich aus der Deutung der Revolution und ihrer Folgen als bedauerlicher Konvulsion, in der Anerkennung der Bolschewiki als Erben russischer Staatlichkeit und russischen Universalismus, aber auch als Bezwingen des im Volk angelegten Anarchismus. Bezogen auf die Intelligenz war hier entscheidend der Appell, auf politischen Ehrgeiz und Maximalismus zu verzichten und sich wieder stärker auf die Funktion als Kulturträger in einem barbarisierten Land zu besinnen. Der Vergleich mit China nach der mongolischen Eroberung und die Rolle der Mandarine als Bezwingen mongolischer Barbarei war offenbar eine gängige Metapher, um das eigene Verhalten unter den Bolschewiki zu beschreiben und zu rechtfertigen¹⁰. Obwohl unter dem Dach der Smena-Vech-Bewegung sehr unterschiedliche intellektuelle Strömungen Platz fanden, hat die bolschewistische Führung die Verbreitung dieser „Übergangsideologie“ toleriert, solange diese Wasser auf ihre Mühlen leitete, wie Stalin formulierte¹¹.

Wie unter den Wissenschaftlern war auch unter den Literaten und Künstlern die Zahl von Anhängern der Bolschewiki verhältnismäßig gering. Hierher gehörten in erster Linie die in sich heterogene Bewegung des „Proletkultes“, die Futuristen und wenige bürgerliche Autoren wie der Symbolist Valerij Brjusov, dem es vor allem die Teilhabe an der Machtausübung angetan hatte.

Der Zusammenbruch des Publikationsmarktes infolge von Revolution und Bürgerkrieg und seine sukzessive Verstaatlichung schufen die geeigneten Voraussetzungen für das sich ausweitende Netz der Zensurinstanzen. Der im Mai 1919 gegründete Staatsverlag (Gosizdat) kontrollierte schon bald zwei Drittel aller

⁹ Vladimir Vernadskij, *Žizneopisanie*. Izbrannye trudy. Vospominanija sovremennikov. Suždenija potomkov (Moskau 1993) 277; im folgenden zitiert: *Vernadskij, Žizneopisanie*.

¹⁰ Vernadskij, *Žizneopisanie*, 290 f.; Leo Trotzki, *Literatur und Revolution* (Wien 1924) 25; im folgenden zitiert: *Trotzki, Literatur*.

¹¹ Michail Agurskij, *Ideologija nacionalbol'sevizma* (Paris 1980) 212.

Druckerzeugnisse in der RSFSR. Der Gosizdat vergab die Konzessionen für private Verlage, organisierte die Papierzuteilung und Preisfestsetzung, monopolisierte die Herausgabe von Lehrbüchern und Musikkultur und verwaltete die – zuvor verstaatlichten – Autorenrechte russischer Klassiker. Dem Staatsverlag zugeordnet war eine Politische Abteilung (Politotdel), die bis 1930 die Vorzensur ausübte. Besonders rigide wurde sie gegenüber privaten oder Genossenschaftsverlagen zur Geltung gebracht. Der Staatsverlag fungierte mithin als Monopolist und als politische Instanz, die ihre ökonomischen Vorrechte und ihre politische Macht gegenüber den Konkurrenten recht rigoros durchsetzte. Seit 1927/28 wurde diese Macht dazu genutzt, die konkurrierenden Verlage ökonomisch zu ruinieren¹².

Im Juni 1922 wurde das Hauptkomitee für Fragen der Literatur und des Verlagswesens (Glavlit) gegründet. Es stand unter der Leitung (bis 1931) P. I. Lebedev-Poljanskij, eines langjährigen Parteiaktivisten, der später zum Mitglied der Akademie (akademik) aufsteigen sollte und auch weiterhin maßgeblich den Literaturbetrieb beeinflusste. Das Glavlit koexistierte zunächst mit der Politischen Abteilung beim Staatsverlag, dem Glavlitprosvet, einer Instanz, zuständig für die Kontrolle der öffentlichen Bibliotheken, die mehrere Säuberungswellen über sich ergehen lassen mußten¹³. Das Schrifttum der Komintern, der Partei sowie der Akademie und des Militärs unterlag zunächst eigenen Zensurinstanzen.

Schon relativ früh gingen diese von der reinen Verbotszensur, wie sie im ausgehenden Zarenreich im wesentlichen nur für die Presse bestanden hatte, zur Gebotszensur über. Sie sollte „pädagogisch“ sein, wozu die Abstimmung bei der Ernennung von Redaktionen und Lektoraten mit dem Glavlit (seit 1924) erheblich beitrug. Das Netz der Vorzensur verlagerte sich mithin in die Redaktionen und Lektorate, eine Praxis, die bis zum Ende der Sowjetunion beibehalten und perfektioniert werden sollte. Die verstreuten Angaben für die zwanziger Jahre lassen erkennen, daß etwa 1 bis 10% der Manuskripte in der Vorzensur hängen blieben. Bereits 1924 klagten Autoren über die krankhaft mißtrauischen und oft inkompetenten Kontrolleure. Ihre Zensur sei „schlimmer als eine Damaszenerklinge“ mit der Folge auch „grausamer Selbstzensur der Schriftsteller“¹⁴. Die pädagogische Einwirkung beinhaltete den Auftrag an Lektoren und Redakteure, in der Belletristik der sog. Mitläufer der „objektiven“ Sicht der Partei zum Durchbruch zu verhelfen¹⁵. Bereits Mitte der zwanziger Jahre existierte ein so dichtes Netz der Vor- und Nachzensur – letztere bewerkstelligt durch Kampagnen und in Einzelfällen auch durch polizeilichen Zugriff auf Autoren und ihre Manuskripte –, daß selbst vergleichsweise liberal eingestellte Kulturpolitiker wie A. V. Lunačarskij, Kommissar für Bildung, gegenüber der Macht der Zensurapparate in Bedrängnis gerie-

¹² Arlen V. Bljum, *Za kulisami „ministerstva pravdy“*. Tajnaja istorija sovetskoj cenzury 1917–1929 (Sankt Petersburg 1994) 58, 140, 199; im folgenden zitiert: Bljum, *Za kulisami*.

¹³ Boris Korsch, *The Permanent Purge of Soviet Libraries* (The Hebrew University of Jerusalem. The Soviet and East European Research Centre. Research Paper 50, Jerusalem 1983); Džimbinov, *Epitafija specchranu?*, in: *Novyj Mir* 5 (1990) 243–252.

¹⁴ *Pisateli ob iskusstve i o sebe*. Sbornik statej (Moskau 1924) 53.

¹⁵ Vjačeslav P. Polonskij, *Na vzgljad redaktora*, in: *Novyj Mir* 7 (1986) 199–217.

ten. Die berühmte ZK-Resolution vom 18. Juni 1925 bestätigte – gegen den Ansturm kommunistischer Kritiker – zwar noch einmal die Politik der vermeintlich kooperativen Umerziehung gegenüber den Mitläufern, aber sie beharrte auf dem inzwischen realisierten kommunistischen Monopol der Kritik und Kontrolle des Literaturbetriebes. Was dies für nicht konforme Literaten bedeutete, notierte der verzweifelte Kornej Čukovskij im Dezember 1925: „Als Kritiker bin ich gezwungen zu schweigen, denn die Kritik ist jetzt in den Händen der RAPP; man beurteilt nicht nach Talent, sondern nach dem Parteibillett. Man hat aus mir einen Kinderautor gemacht. Aber die schändlichen Affären um meine Kinderliteratur [...] zwangen mich, diese Arena zu verlassen. Ich fand einen letzten Winkel: den Scherzroman in der Zeitung unter Pseudonym. Wer zwingt mich, nicht mehr als Kritiker, nicht mehr als Poet zu schreiben und unter die Romanautoren zu gehen? Ich, Kornej Čukovskij, bin kein Romanautor, ich bin ein ehemaliger Kritiker, ein ehemaliger Mensch“¹⁶.

In der Not K. Čukovskijs zeigte sich, daß schon längst ein Zensurprinzip galt, wie es von Lebedev-Poljanskij und seinen Apparaten propagiert wurde. Umerziehung bedeutete nun, „daß selbst die lächeln, die man prügelt“¹⁷. Wie dies zu erreichen war, wurde exemplarisch an Boris Pilnjak vorgeführt. Man veranlaßte ihn zur „Autopolemik“ und zur freiwilligen Umarbeitung selbst der Auslandsausgaben seiner Werke. Schließlich sehnte er sich nach amtlicher Anleitung. Freilich gelang es nicht, alle Mitläufer umzuerziehen, und manche wehrten sich.

II. Die Umschmiede-Werkstätten

Mit der Kommunistischen Akademie (1918–1936), dem Institut der Roten Professur (1921–1938) und anderen Ausbildungsstätten unter Regie der Partei wurden Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen geschaffen, die eine „rote“ Intelligenz heranzüchten sollten. Am Beispiel des Instituts der Roten Professur lassen sich die widersprüchlichen Folgen der ambitionierten Politik der zwanziger Jahre verhältnismäßig detailliert rekonstruieren. Die Kombination parteipolitisch ausgerichteter Rekrutierung der Studentenschaft wie des Lehrkörpers mit der Anwendung basisdemokratischer Spielregeln im Lehr- und Forschungsbetrieb – studentische Mitbestimmung in der Lehre, eigene, oft ganz beachtliche Forschungen, Leistungs- und Gesinnungskontrolle unter den Studenten und Dozenten – bildeten das Einfallstor für später ritualisierte Formen der Kritik und Selbstkritik, der Gesinnungsschnüffelei und Denunziation bis hin zu „akademischen“ und politischen Säuberungen. Nachdem sich die erste Generation der Studenten anfällig gezeigt hatte für trotzkistische Neigungen, legte die Parteiführung Wert auf eine verstärkte Rekrutierung aus der Arbeiter- und Bauernschaft. Hiermit sollte leichter formbares „Material“ gewonnen werden. Der Einsatz der Studentenschaft für

¹⁶ Kornej Čukovskij, *Iz dnevnika (1924–1925)*, in: *Zvezda* 11 (1990) 130–150, 148.

¹⁷ *Bljum*, *Za kulisami*, 232; Vortrag L.-P. vom 1931 „Über die Leitung der Belletristik“.

politische Kampagnen aller Art kombinierte zudem Lernen und eine – wie auch immer geartete – Praxis. Das Bildungsziel im engeren Sinne wurde dabei oft verfehlt. Dafür übernahmen die Studenten bereits früh alle Regeln parteipolitischer Auseinandersetzungen, wie sie von der Führung der Partei öffentlich vorgeführt wurden. Kurz: Die kommunistischen Bildungseinrichtungen wurden zur Spielwiese politischer Kampffrituale und ideologischer Selbstindoktrination. Hier lernte der Nachwuchs jene Verhaltenskodizes, die notwendig waren, um sich durchzusetzen und aufzusteigen. Diese Spielregeln wurden seit Mitte der zwanziger Jahre über die Arbeiter- und Bauernfakultäten auf die übrigen Hochschulen und über die kommunistischen Parteizellen auf die anderen Forschungseinrichtungen übertragen.

Bald sahen sich auch die „Lehrer“ vom Nachwuchs heftiger Kritik ausgesetzt. Sie orientierte sich an Maßstäben immer enger verstandener marxistischer Doktrinen. Die Katechisierung des Marxismus-Leninismus, wie sie schon in den zwanziger Jahren beobachtet werden kann, hatte sicher mit dem vergleichsweise niedrigen Bildungsniveau des Nachwuchses zu tun, aber auch mit einer hemmungslosen Machtgier. Im Zuge der vielen Auseinandersetzungen ging es weniger um einen akademischen Meinungsstreit in Fragen der Geschichte, der Ökonomie oder Philosophie, als vielmehr darum, die Meinungsführerschaft durch Sanktionen der Parteiführung, durch Eroberung von Redaktionen, Lektoraten, von Lehrstühlen und Positionen in der Parteiverwaltung abzusichern. Die sich bekämpfenden Meinungsgruppen appellierten hierbei zunehmend an die Parteiführung, die nolens volens in solche Streitigkeiten einbezogen wurde. Sie war aber auch daran interessiert, studentische Gruppen für ihre Ziele zu munitionieren und zu mobilisieren. Die Vorgänge im Umfeld der kommunistischen Historiker zeigen diese Prozeduren recht deutlich. Schließlich sahen sich auch die „Päpste“ amtlicher Bildungs- und Wissenschaftspolitik wie A. V. Lunačarskij, M. N. Pokrovskij oder Emel'jan Jaroslavskij in diese Auseinandersetzungen und Machtkämpfe verwickelt¹⁸.

Eine ähnliche Entwicklung ist im Literaturbetrieb zu beobachten. Kommunistische Literaten und Kritiker eroberten die Redaktionen, Lektorate und fungierten nicht zuletzt als amtliche Zensoren. Die erste Generation der Kulturfunktionäre wie A. K. Voronskij oder V. P. Polonskij, welche in ihren Zeitschriften eine Politik wohlwollend und noch kooperativ gemeinter Umerziehung der Mitläufer betrieben, sahen sich aus kommunistischen Kreisen zunehmend heftiger Kritik ausgesetzt, die immer politisch argumentierte. „Im Willen zum Sieg“ forderte sie im angeblichen Interesse der Leser eine „Klassenliteratur des Tages“, deren „ent-

¹⁸ Lutz-Dieter Behrendt, Das Institut der Roten Professur (IRP) in Moskau (1921–1938) als Kaderschmiede der Parteiintelligenz (Mskrpt. 1996); Michael S. Fox, Political Culture, Purges and Proletarianization of the Institute of Red Professors 1921–1929, in: *The Russian Review* 52 (1993) 1, 20–42; L. A. Kozlova, Institut Krasnoj Professury (1921–1938 gody): Istoriografičeskij očerk, in: *Sočologičeskij Žurnal* 1 (1994) 96–112; John Barber, The Establishment of Intellectual Orthodoxy in the USSR, 1928–1934, in: *Past & Present* 38 (1979) 141–164.

schlossene Standardisierung“ und nicht zuletzt eine „entschiedene Einschränkung der Publikation von Werken problematischer Orientierung“¹⁹.

Der „rote“ Nachwuchs praktizierte und radikalisierte ein Vorverständnis, das zumindest in der Rhetorik der Generation der revolutionären Intelligenz vorgegeben war: Das Wort als Waffe, deren Besitz nicht „Hinz und Kunz“ überlassen werden dürfe; die Belletristik der Mitläufer als „Gift“ für den Massenleser (Lunačarskij); sie dürfe bestenfalls als „Dung für die neue Kultur“ (Trockij)²⁰ toleriert werden; die Rede von der bürgerlichen Wissenschaft – all diese Konzepte wurden im Meinungsstreit des Nachwuchses um Geltung und Einfluß weiter versimpelt. Es ging nun darum, einen Kanon „richtiger“ Meinungen und Methoden zu etablieren und administrativ durchzusetzen.

Stellvertretend für alle Geistes- und Sozialwissenschaften – und in gewisser Weise auch für die Literatur – erwies sich Stalins „Antwort“ an die Zeitschrift „Proletarskaja Revoljucija“ insofern als maßgeblich, als sie Standards setzte für das Verständnis einer parteilichen Wissenschaft: Sie hatte keinen „faulen Liberalismus“ in den Geschichtsschreibung zuzulassen; ihre Fehler seien Einfallstore des Trozismus und der Bourgeoisie. Aufgabe der Historiker sei es, „Fälschern ... systematisch die Maske vom Gesicht herunterzureißen“²¹. Stalins Intervention löste eine Orgie der Selbstgeißelung unter den kommunistischen Historikern aus. Die von Stalin sanktionierte Katechisierung insbesondere der Parteigeschichte traf auch andere Felder der Geistes-, Sozial- und Lebenswissenschaften. In diesem Sinne sollte die nachwachsende Partei-Intelligenz, mehr parteilich als intelligent, die öffentliche Rede mit ihrer ungehemmten Militanz bestimmen.

Seit Beginn des ersten Fünfjahresplans erlebten diese Kampagnen einen Kulminationspunkt in den Angriffen auf bürgerliche Spezialisten. Der ihn begleitende „Kulturfeldzug“ (kul'tpochod) trug – wie der Fünfjahrplan selbst – Züge eines Aufbruches nach Utopia: Ausbildung, Wissenschaft, Kultur und Produktion sollten durch eine Reorganisation aller Tätigkeitsfelder unmittelbar miteinander verknüpft werden. Kunst hatte die Produzenten zu mobilisieren. Künstler und Literaten würden kollektiv produzieren. Die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen würden Teil des Produktionsprozesses werden und sich selbst nach Maßgaben kollektiver Produktion organisieren. Durch forcierte Rekrutierung aus der Arbeiter- und Bauernschaft und durch „Brigadethoden“ wurde der proletarische Nachwuchs im Schnellverfahren an Bildung und Wissenschaft herangeführt. Erziehung der jeweils Anderen und eigene Umerziehung nach „proletarischen“ Maßstäben bildeten gewissermaßen ein dialektisches Szenarium von „Umschmiedung“. Bürgerliche Wissenschaft und Kunst erschienen dabei als überflüssig und waren für den berühmten Kehrriethaufen der Geschichte bestimmt.

¹⁹ Zitate nach Dokumente zur sowjetischen Literaturpolitik 1917–1932, hrsg. von Karl Eimermacher (Stuttgart 1972) 171, 176; im folgenden zitiert: Eimermacher, Dokumente.

²⁰ Zitate nach Eimermacher, Dokumente, 104, 105. Trotzki, Literatur, 33, 40.

²¹ Josif V. Stalin, O nekotorych voprosach istorii bol'shevizma. Pis'mo v redakciju „Proletarskaja Revoljucija“, in: Josif V. Stalin, Sočinenija, Bd.13 (Moskau 1952) 82–102, 98, 101.

Verlaufsformen und Intensität der Eroberung der Kommandohöhen in Wissenschaft und Kultur gestalteten sich auf den einzelnen Feldern recht unterschiedlich. Im Literaturbetrieb dominierte seit Ende der zwanziger Jahre die (V)RAPP, die Assoziation der Proletarischen Schriftsteller. Der Nachwuchs hatte die Zensurinstanzen, die Redaktionen und Lektorate erobert und die Generation der älteren revolutionären Intelligenz weitgehend verdrängt. Die Mitläufer hatten sich angepaßt – oder schwiegen. Öffentliche Gegenwehr war kaum noch möglich. Im besten Fall blieb der Appell an Stalin und die OGPU. Erst als auch der von Stalin so heftig umworbene Maksim Gor'kij zur Zielscheibe von Angriffen wurde, vollzog sich eine Wende. Die bisherigen literarischen Verbände wurden aufgelöst und die Gründung eines allgemeinen sowjetischen Schriftsteller-Verbandes angekündigt (1932), dem auch die „umerzogenen“ Mitläufer angehören sollten.

Anders sah der Verlauf der Abrechnung mit den bürgerlichen Historikern aus. Hier war es ein schon seit langem schwelender Streit zwischen Historikern der Akademie und M. N. Pokrovskij, der von den Parteiinstanzen genutzt wurde, um die bürgerlichen Historiker an der Akademie und in anderen Einrichtungen auszuschalten. Die OGPU erfand eine Verschwörung gegen die Sowjetherrschaft. Fachliche und politische Polemik und der administrative Zugriff durch die OGPU bildeten ein undurchsichtiges Gewebe, in dem sich mehr als hundert z.T. recht prominente Historiker – u. a. E. V. Tarle, Ju. V. Got'e, S. V. Bachrušin und als Haupt der Verschwörung S. F. Platonov – verfangen.

Die Verfolgung der Historiker und anderer Sozial- und Geisteswissenschaftler war Teil einer Kampagne zur Sowjetisierung der Akademie der Wissenschaften. Der Angriff auf dieses Residuum bürgerlicher Wissenschaft wurde von mehreren Seiten aus geführt: durch Verhaftungen und durch Entlassungen besonders in den geisteswissenschaftlichen Abteilungen und in der Verwaltung der Akademie. Damit wurden die verbleibenden Naturwissenschaftler unter Druck gesetzt, einer Reform zuzustimmen. Denn es war bekannt, daß in Parteikreisen auch die Auflösung der Akademie erwogen wurde. Seit Gründung der VARNITSO im Jahre 1927, der Assoziation der technischen und wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Unterstützung des sozialistischen Aufbaus²², begann die Partei Naturwissenschaftler, Techniker und Ingenieure in der Akademie wie in ihrem Umfeld zu organisieren. Im Notfall stand mithin eine Mobilisierungsreserve zur Verfügung, welche die bisherigen Aufgaben der Akademie hätte übernehmen können. Daher stimmte die Mehrheit nach heftigen Diskussionen einer Umstrukturierung der Institution zu. Einfluß auf das Personal suchte die Partei dadurch zu gewinnen, daß sie die Anzahl der Akademiemitglieder auf über achtzig Personen verdoppelte. Trotz formeller Beibehaltung des Kooptationsrechtes der Akademie inszenierte die Parteiführung im Spätsommer 1928 eine sorgfältig und aufwendig geplante Kampagne, welche Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen dazu veranlassen sollte, die richtigen Kandidaten für die Wahl zu Akademie-Mitgliedern

²² Vsesojuznaja asociiacija rabotnikov nauki i tehniki dlja sodejstvija socialističeskomu stroitel'stvu.

zu benennen. Auf diese Weise wurde „gesellschaftlicher Druck“ simuliert. Die Parteiführung ließ Listen aufstellen, die genau bezeichneten, welche Kandidaten als Sympathisanten befürwortet, welche als Feinde bekämpft und welche als Neutrale nicht weiter zu beachten seien. Zwischen Intention und Durchführung taten sich freilich Widersprüche auf, da die lokalen Parteiinstanzen mit dieser Kampagne offensichtlich überfordert waren. Daher mag der Akademie ein gewisser Spielraum geblieben sein; denn den verbliebenen Mitgliedern kam es vor allem auf die Erhaltung des Kooptationsrechtes der Akademie an²³.

Die Kampagnen und die mit ihnen verbundenen Maßnahmen der Strafverfolgung verbanden unterschiedliche Ziele. Zum einen ging es offensichtlich darum, Sündenböcke für alle Ungereimtheiten der forcierten Industrialisierung zu finden. Hierzu mußten die Šachty-Ingenieure herhalten, die sich seit Mai 1928 auf der Anklagebank wiederfanden. Zum anderen standen bürgerliche Experten in den Wirtschaftsverwaltungen am Pranger, die sich in unterschiedlicher Weise für eine ausgewogenere Entwicklungspolitik eingesetzt hatten, sich in jedem Fall aber gegen unrealistische Planziele, gegen die Zwangskollektivierung und gegen eine reine Verteilungswirtschaft ausgesprochen hatten²⁴. Hierüber war schon seit Mitte der zwanziger Jahre in den Verwaltungen und Fachzeitschriften diskutiert worden. Seit Beginn der Schädlingskampagne sahen sich die Kritiker der amtlichen Politik als Saboteure und Spione angeklagt. In den Schauprozessen gegen die sog. Industriepartei (1930) und gegen das ebenso fiktive Bundesbüro der Menschewiki (1931) oder in einem Geheimprozeß gegen die Werktätige Bauernpartei (1932) sahen sich die Kritiker den absurdesten Vorwürfen ausgesetzt. Allem Anschein nach glaubten Stalin und seine Gefährten an diese in den Kabinetten der OGPU konstruierten Verschwörungen und nutzten sie gleichzeitig, um die Rechte in der Partei zu diskreditieren²⁵. Die Schädlings- und Spionagehysterie in der politischen Führung wie in aktivistischen Teilen der Bevölkerung ist erklärungsbedürftig. Sie scheint ein Produkt der nun schon über ein Jahrzehnt währenden Militanz der Kommunisten gewesen zu sein. Diese vermochten nur noch in Freund-Feind-Kategorien zu denken, sahen sich von einer Welt der Feinde umgeben, zunächst offener und dann „maskierter“.

Obwohl mit Stalins Rede vom 23. Juni 1931 offiziell das Ende der Jagd auf die bürgerlichen Spezialisten proklamiert wurde²⁶, bedeutete dies keinesfalls das Ende der Gruppenverfolgung unter der professionellen Intelligenz. Ein prominentes Beispiel ist die sog. Slavisten-Affäre. Hier ging es um die angebliche Ver-

²³ F. F. Perčenok, Akademija nauk na „velikom perelome“, in: Zven'ja. Istoričeskij al'manach, Bd. 1 (Moskau 1991) 163–235. Partijnoe rukovodstvo AN, M. P. Malyševa, V. S. Poznanskij, in: Vestnik RAN 64 (1994) 11, 1033–1043.

²⁴ Naum Jasny, Soviet Economists of the Twenties: Names to be Remembered (Cambridge 1972); A. P. Efimkin, Dvaždy reabilitirovannye: N. D. Kondrat'ev. L. N. Jurovskij (Moskau 1991).

²⁵ Pis'ma V. I. Stalina V. M. Molotovu 1925–1936 gg. Sbornik dokumentov, hrsg. von L. Koševa (Moskau 1995) 211 ff.

²⁶ Josif V. Stalin, Neue Verhältnisse – neue Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus (Rede vom 23. Juni 1931), in: Josif V. Stalin, Fragen des Leninismus (Berlin 1951) 416, 418.

schwörung einer „Russischen Nationalpartei“ in den Jahren 1933/34. In sie hineingezogen wurden prominente Sprachwissenschaftler wie V. V. Peretc, V. V. Vinogradov und Wissenschaftler anderer Disziplinen. In den Aussagen der Häftlinge figurierten im übrigen V. I. Vernadskij, N. S. Kurnakov und der ukrainische Historiker M. S. Hruševs'kyj als Führer der Partei, sie wurden aber deswegen nicht festgesetzt²⁷. Trotz weiterer Verhaftungen standen die bürgerlichen Spezialisten als „Schädlinge“ aber nicht mehr kollektiv im Mittelpunkt öffentlicher Kampagnen.

Wie die inzwischen vereinzelt bekannt gewordenen Protokolle von Verhören und Aussagen in den Gefängnissen erkennen lassen, sahen sich die Häftlinge absurden Vorwürfen und Unterstellungen sowie Erpressungen aller Art ausgeliefert, zugleich aber auch zur Kooperation mit der OGPU veranlaßt, um die erwünschten Resultate zu produzieren. Hier wurden in eigenartiger Weise Rituale der Selbstprüfung, der Beichte, der Selbstbeschuldigung und der Reue auf Seiten der Angeklagten erlernt. Auf der anderen Seite übernahmen die Verhörbeamten die Rolle von Beichtvätern. Sie initiierten und steuerten die Komposition der Aussagen, Bekenntnisse und Beschuldigungen. Seit Mitte der dreißiger Jahre kam als Zwangsmittel noch die Folter hinzu²⁸. Die traumatisierenden Folgen dieser Prozeduren für die überlebenden Opfer, für ihr soziales Verhalten nach der Entlassung könnten wohl nur nach Kriterien analysiert werden, die sich aus dem Verhältnis zwischen Geisel und Geiselnnehmer ergeben. Die von sowjetischen Historikern gern zitierten Danksagungen ehemaliger „Schädlinge“ für das Vertrauen, das ihnen die Partei schenke, oder für ihre geglückte „Umerziehung“²⁹ müssen aus den Bedingungen eines solchen Verhältnisses verstanden werden.

III. Gefangene der Ideokratie

Rigoreuse Kontrolle der Medien und institutionelle Konsolidierung befriedeten die Situation an der „Kulturfront“. Exemplarisch hierfür war die Gründung des Schriftsteller-Verbandes (1932). Damit wurde einerseits der revolutionäre Furor gebrochen, andererseits sollte das Potential der Mitläufer durch die Festlegung auf den Sozialistischen Realismus im Sinne der Partei gelenkt werden. Vor der Eröffnung des ersten Kongresses der Schriftsteller (1934), der als Triumph sozialisti-

²⁷ F. D. Asnin, V. M. Alpatov, „Rossijskaja nacional'naja partija“ – zlovesčaja vydumka sovjetskich čekistov, in: Vestnik RAN 64 (1994) 10, 920–930.

²⁸ Vgl. die manchmal recht unkritische Dokumentation dieser Verhör- und Aussageprotokolle: Vitali Chentalinski, La parole ressuscitée. Dans les archives littéraires du K.G.B. (Paris 1993). Akademičeskoe delo 1929–1931 gg., hrsg. von V. P. Leonov, Bd. 1: Delo po obvineniju akademika S. F. Platonov (Sankt Petersburg 1993); B. V. Anan'ič, V. M. Panejach, Prinuditel'noe „soavtorstvo“, in: In memoriam. Istoričeskij sbornik pamjati F. F. Perčenko (Moskau, Sankt Petersburg 1995) 87–111.

²⁹ Vgl. V. A. Ul'janovskaja, Formirovanie naučnoj intelligencii v SSSR 1917–1937 gg. (Moskau 1966) 130 ff.

scher Kulturpolitik zelebriert werden sollte, wurde den sowjetischen Teilnehmern eingeschärft, politische Polemik zu unterlassen. Der einstige Führer der (V)RAPP, L. L. Averbach, der sich unter den Mitläufern besonders unbeliebt gemacht hatte, war vom Zentralkomitee der Partei „zur praktischen Arbeit“ in den Ural abkommandiert worden. Außerdem hatten die sowjetischen Teilnehmer ihre Redebeiträge dem Organisationskomitee und A. M. Gor'kij vierzehn Tage vor Eröffnung des Kongresses zur Kontrolle vorzulegen³⁰.

Eine umstandslose Steuerung literarischer Produktion war aber auch mit Einrichtung des Schriftsteller-Verbandes nicht gewährleistet. Die Ungereimtheiten stalinscher Kulturpolitik lassen sich an diesem Verband relativ plastisch beschreiben: Seine realen und formalen Kompetenzen und die seiner Leitungsorgane blieben mehr als unklar. Gegenüber den für Kultur zuständigen Abteilungen der ZK-Sekretariate fungierten sie trotz personeller Überschneidungen bestenfalls als „Transmissionsriemen“. Das Personal der Leitungsgremien war vielfach anderweitig beschäftigt, inaktiv, inkompetent und fiel z.T. dem Terror zum Opfer. Die Doktrin des Sozialistischen Realismus war in sich interpretierbar und erfuhr zudem durch ständig wechselnde Kampagnen immer neue Auslegungen. Kritik und Selbstkritik, Vor- und Nachzensur und nicht zuletzt der Terror schüchterten ein. 1937 sah sich eines der Mitglieder der Verbandsleitung veranlaßt, die Leningrader Autoren zu beruhigen. Es sei nicht wahr, so hieß es offenherzig, daß die ständige Beschäftigung mit der Wachsamkeit den Verband in einen „gegen die sowjetischen Schriftsteller“ verwandelt habe. Der Aufruf zu Wachsamkeit sei nicht immer gleichbedeutend mit Verhaftung, denn die Mehrheit der schreibenden Zunft sei sozialistisch orientiert. Den noch nicht gefestigten Autoren versprach er „Hilfe“ durch die Genossen der Partei³¹.

Angesichts dieser Aussichten flohen viele Autoren in Harmlosigkeiten, schwiegen – wie der „Meister des Schweigens“ Isaak Babel' – oder suchten Sicherheit in Auftragsarbeiten. Die Situation dürfte sich in dieser Zeit für alle Textproduzenten nicht wesentlich von der der Literaten unterschieden haben. Auf der öffentlichen Bühne orientierte man sich an Dogmen – Sozialistischer Realismus, Historischer und Dialektischer Materialismus, an Marrs Sprachtheorien, am Darwinismus, Micurinismus etc. Aber die Deutung dieser Doktrinen unterlag erratischen Kampagnen.

Das System der Gebotszensur, der kampagnenartige und immer bedrohliche Zuschnitt von Kritik und Selbstkritik, die politischen Schauprozesse und der Terror legten eine Textproduktion im „sozialen Auftrag“ nahe, ein Verständnis, das in unterschiedlicher Weise in den einzelnen Sparten realisiert wurde. Dort wo eine technische Ausstattung und staatliche Finanzierung – wie im Theater-, Film- oder Architekturwesen – im Spiel waren, ließ sich dieses Konzept eher durchsetzen als bei individueller Produktion, wie bei Schriftstellern oder Malern. Aber selbst für

³⁰ Stenogramma obščemoskovskogo sobranija pisatelej v. 4. Aug. 1934. Rede P. Judins. CGALI f. 631 op. 1 ed.chr. 46, Bl. 1 ff., Zitat Bl. 16.

³¹ Redemanuskript V. P. Stavskijs 1937 CGALI f. 1712 op. 1 ed.chr. 70.

die im sozialen Auftrag tätigen Künstler blieb die Situation insofern prekär, als nicht ausgemacht war, worin der soziale Auftrag bestehen könnte. Die dreißiger Jahre mit ihren Kampagnen gegen „Formalismus“ und die Zdanov-Ära (seit 1946) bildeten die Höhepunkte einer unkoordinierten „Gleichschaltung“, welche die Produzenten einschüchterte und die besten Künstler und Literaten in Inaktivität verfallen ließ³². Dazwischen lag der Zweite Weltkrieg. An die Stelle des Kampfes gegen imaginäre trat der Einsatz gegen reale Feinde, die deutschen Angreifer. Der soziale Auftrag erhielt einen faßbaren Sinn.

Für Naturwissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure gestaltete sich die Situation weniger eindeutig als für Textproduzenten. Mit der Sowjetisierung war die Akademie von einer einst vorrangig geistes- zu einer natur- und technikwissenschaftlichen Einrichtung geworden. Jetzt herrschten hier allerdings vielfach beklagte Planprozeduren, die mehr simuliert als real sein mochten, aber zu einer Aufblähung des Verwaltungsapparats beitrugen. Langfristig bedeutsam war eine verstärkte Hinwendung zu angewandter und Auftragsforschung. Bereits 1932 erhielt die Akademie knapp die Hälfte ihrer Mittel über Aufträge von dritter Seite³³. Die verstärkte Einbindung in den Prozeß von Technik- und Rüstungsforschung mag zur Disziplinierung des „roten“ Nachwuchses und zur Entpolitisierung der wissenschaftlichen Arbeit beigetragen haben.

Zum Prestige der Naturwissenschaftler, mehr noch der Ingenieure und Konstrukteure wird der in den dreißiger Jahren zelebrierte Technikmythos zweifellos beigetragen haben, wie er in der Heroisierung der Flieger oder der Expeditionen in die Arktis zelebriert wurde. Technik und Flugwesen, später auch die Rüstung galten als Ausweis des Triumphes über die Natur, über den Klassenfeind wie überhaupt über die feindliche Außenwelt. Sie wurden zu Symbolen eines „alles Materielle überwindenden Spiritualismus“ und Teil der „panheroischen (sowjetischen) Familiengemeinschaft“³⁴. Glaubt man den Memoiren und (nachträglichen) Zeugnissen von Ingenieuren und Konstrukteuren, profitierten sie besonders von diesem Mythos. Er soll sich sogar noch auf Labors und Konstruktionsbüros in den Lagern übertragen haben³⁵. Zum Leidwesen vieler Naturwissenschaftler bedeutete diese Technik euphorie zugleich eine bevorzugte Förderung angewandter auf Kosten von Grundlagenforschung. Kurzfristig kam diese Politik besonders der

³² *The Culture of the Stalin Period*, hrsg. von *Hans Günther* (London 1990). Kultur im Stalinismus, hrsg. von *Gabriele Gorzka* (Bremen 1994); im folgenden zitiert: Kultur im Stalinismus; *Literaturnyj front. Istorija političeskoj cenzury 1932–1946 gg.*, hrsg. von *D. L. Babičenko* (Moskva 1994).

³³ *Sovetskaja kul'tura v rekonstruktivnyj period 1928–1941*, hrsg. von *M. P. Kim* (Moskau 1988) 281; im folgenden zitiert: *Sovetskaja kul'tura*.

³⁴ *Hans Günther*, *Der sozialistische Übermensch. M. Gor'kij und der sowjetische Heldenmythos* (Stuttgart, Weimar 1993) 161, 165; im folgenden zitiert: *Günther*, *Übermensch*.

³⁵ *A. Saragin*, (pseud. f. G. A. Ozerov), *Tupolevskaja šaraga* (Frankfurt a.M. 1971); *Alexander Jakowlew*, *Ziel des Lebens. (Aufzeichnungen eines Konstrukteurs)* (Moskau 1982); im folgenden zitiert: *Jakowlew*, *Ziel des Lebens*; *Vospominanija ob Igore Vasil'eviče Kurčatove*, hrsg. von *A. P. Aleksandrov* (Moskau 1988); *A. P. Romanov*, *V. S. Gubarev*, *Konstruktory* (Moskau 1989).

Rüstung zugute, eine Tendenz, die sich zumindest im Nachhinein mit den Erfolgen im Zweiten Weltkrieg (und später im Kalten Krieg) rechtfertigen ließ.

Auch wenn eine ideologische Diktatur über Naturwissenschaft und Technik im Sinne der Kulturrevolutionäre nicht realisiert worden ist, so blieb das System der Ideokratie auch auf diesen Feldern nicht ganz folgenlos. Ihre Auswirkungen waren hier freilich andere als bei den Textproduzenten. Es ging in erster Linie um ein äußerliches Wohlverhalten, um glühende Bekenntnisse für den Aufbau des Sozialismus. Ein öffentliches Lob für Friedrich Engels längst veraltete Schrift „Dialektik der Natur“ kostete wenig, solange die Demarkationslinie zwischen der eigentlichen Forschung und der weltanschaulichen Deutung ihrer Resultate nicht überschritten wurde³⁶. Zur Zeit der Kampagne gegen den mechanizistischen Materialismus und den menschewisierenden Idealismus (1931) hörte V. I. Vernadskij einen Vortrag des Biologen N. I. Vavilov. Der Vortrag erschien ihm interessant. Es schmerzte ihn lediglich, daß Vavilov so tat, als ob seine Forschungsergebnisse den dialektischen Materialismus bestätigten. „Dies steht offensichtlich in keinerlei Verbindung zu seiner Arbeit. Es entsteht ein tragikomischer Eindruck: ein Mensch erzielte Erfolge, und dann verdirbt er sie, um sich der Mode anzupassen.“³⁷ Naturwissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure erlernten sehr schnell die notwendige Rhetorik, und sie simulierten Einverständnis. Verwischte sich aber die Grenze zwischen realer Forschung und öffentlicher Rhetorik, wie im Fall der Genetik nach dem Krieg, wurde es für die Beteiligten lebensbedrohlich. Die Ideologisierung der öffentlichen Debatten konnte sich als großes Hindernis erweisen, wenn Naturwissenschaftler von ihren Forschungsinteressen her zu grundsätzlichen philosophischen Problemen vorstießen. Dann fühlten sie sich in Zeiten der Inquisition versetzt³⁸.

Im Alltag der Naturwissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure mochte es gefährlicher werden, wenn Fehler gemacht, Planvorgaben nicht eingehalten wurden oder Konflikte innerhalb von Instituten und zwischen Kollegen ausbrachen. Sie konnten leicht eine politische Färbung annehmen. Mißachtung der Wachsamkeit (*bditel'nost'*) und Sabotage-Vorwürfe dürften in diesen Gruppen eine größere Rolle gespielt haben als ideologische Anschuldigungen. Tendenz und Ausmaß der Verfolgungen sind hier noch undeutlicher als unter Literaten, Geistes- und Lebenswissenschaftlern³⁹.

Ein Teil der verhafteten Naturwissenschaftler, Ingenieure und Konstrukteure sollte sich in den sog. *šaraški*, den Labors und Konstruktionsbüros in den Lagern,

³⁶ Alexei B. Kojevnikov, *O Tempora, o mores. Sergei Vavilov in the Mirror of Stalinist Culture* (Max-Planck-Institut für Physik. MPI-Ph/93-46, München 1993) 26 ff.

³⁷ Vernadskij, *Žizneopisanie*, 229

³⁸ Vernadskij, *Žizneopisanie*, 232.

³⁹ Vgl. allgemein zu den „repressierten“ Lebens- und Sozialwissenschaften *Repressirovannaja nauka*, Bd. 1–2, hrsg. von M. G. Jaroševskij (Leningrad, Sankt Petersburg 1991–94); bzgl. einer Berufsgruppe *Repressirovannye geologi* (*Biografičeskie materialy*), hrsg. von F. F. Perčenok (Sankt Petersburg 1992); *Ipatieff*, *Life*, 470, 489 ff; B. F. Konovalov, *Tajna sovetskogo raketnogo oružija* (Moskau 1992) 47 ff.

wiederfinden⁴⁰. Materiell – im Vergleich zu den übrigen Häftlingen – relativ gut gestellt, sollte es ihnen in mancher Hinsicht ähnlich ergehen wie Textproduzenten: Sie waren auf die Funktion als Geistesarbeiter reduziert und besaßen keine Verfügungsgewalt über die Resultate ihrer Arbeit. In gewisser Weise waren sie „enteignet“ wie die Bauern oder eben die Textproduzenten. Ihre Arbeitsergebnisse konnten unterdrückt oder weggenommen, aber auch – besonders nach dem Krieg – fürstlich entlohnt werden. Manche der ehemaligen Insassen stiegen zu Stalinpreisträgern auf. Die Labors und Konstruktionsbüros in den Lagern nahmen den Wissenschaftlern und Ingenieuren ihre Freiheit, reduzierten sie auf ihre intellektuelle Funktion. Die „Umerziehung“ spielte seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre kaum noch eine Rolle. Es war nur noch der Zwang in seiner reinen Form geblieben.

Die Veralltäglichung drohenden oder praktizierten Terrors hat das Leben der Gebildeten mindestens so sehr geprägt wie das anderer „Werkstätiger“. Die bisher bekannten Statistiken über die Sträflinge der Lager weisen eine leicht überdurchschnittliche „Repräsentanz“ von Angehörigen der Intelligenzberufe auf⁴¹. Auch wenn bisher keine Berechnungen zum Umfang der verschiedenen Arten von Repressionen gegen Angehörige der Intelligenz vorliegen, so lassen fragmentarische Kenntnisse für einzelne Eliten doch erkennen, daß sie allen Beteiligten bewußt oder unbewußt vor Augen standen. Der Physiker P. L. Kapica, der sich 1937 für seinen verhafteten Kollegen V. A. Fock einsetzte, schrieb in diesem Zusammenhang, daß an der Leningrader Universität so viele Mathematiker und Physiker verhaftet worden seien, daß ein Unterricht nicht mehr stattfinden könne⁴². Auch den in der Umgebung Stalins tätigen Fachleuten war die Möglichkeit von Verhaftung ständig präsent⁴³.

IV. Überleben im totalitären Chaos

Der Terror der dreißiger Jahre und die gleichzeitige Expansion parteistaatlicher Verwaltung haben maßgeblich zur Proletarisierung der Funktionseliten in Partei, Staat und Wirtschaft beigetragen. Auch im höheren Bildungswesen und in den Forschungsstätten nahmen seither alte und junge Kommunisten oder Aufsteiger aus bildungsfernen Schichten die maßgeblichen politisch-administrativen Leitungspositionen ein. Aber trotz aller Einschüchterung waren hier Fachleute als Lehr- und Forschungspersonal ein unentbehrlicher Faktor geblieben, die – nach sowjetischem Sprachgebrauch – bürgerlicher Herkunft waren und ihre Ausbil-

⁴⁰ Lucienne Felix, *La science au Goulag* (Paris 1981).

⁴¹ J. Arch Getty, Gabor T. Rittersporn, V. N. Zemskov, *Victims of the Soviet Penal System in the Pre-War Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence*, in: *American Historical Review* 98 (1993) 1017–1049.

⁴² P. L. Kapica, *Pis'ma o nauke* (Moskau 1989) 125; im folgenden zitiert: *Kapica, Pis'ma*.

⁴³ Jakowlew, *Ziel des Lebens*, 103 ff., 158, 373 ff.

dung vor 1917 erhalten hatten. Dies galt, obwohl sich die Anzahl der Wissenschaftler von 1918 bis Ende der zwanziger Jahre auf fast 21 000 Personen verdoppelt hatte. Bis 1940 erhöhte sich diese Zahl auf fast 100 000 Personen (einschließlich der Aspiranten). Das wissenschaftlich-technische Personal in der Akademie selbst war von 212 (1918) auf 4700 (1941) angestiegen⁴⁴.

Stand bisher die Politik gegenüber den verschiedenen Intelligenzgruppen im Vordergrund, sollen im folgenden die Bandbreite von individuellen Überlebens- und Anpassungsstrategien skizziert werden. Dies kann nur exemplarisch an prominenten Figuren ausgeführt werden. Dabei entwickelte jede einzelne Person sehr unterschiedliche Vorgehensweisen, um sich materiell, psychisch und moralisch zu behaupten. Die wissenschaftliche Elite unter Stalin, gemessen an den Stalinpreisträgern bis Ende der vierziger Jahre, setzte sich zum überwiegenden Teil aus „bürgerlichen“ Spezialisten zusammen. T. D. Lysenko figurierte hier eher als „proletarisches“ Aushängeschild⁴⁵. Die literarische Elite bildete, sieht man auf ihren politischen und kulturellen Werdegang seit der Revolution, ein außerordentlich heterogenes Ensemble. Auffällig ist, daß vor und nach dem Zweiten Weltkrieg sowohl Repräsentanten der kommunistischen Intelligenz (Aufsteiger und Altbolschewiki) als auch ehemalige „bürgerliche“ Mitläufer präsent waren⁴⁶. Unter den Literaten sei auf so heterogene Persönlichkeiten wie D. A. Furmanov, Autor des „Čapajev“, auf A. A. Fadeev, beide militante Kommunisten und in den Kulturapparaten aktiv, verwiesen. Fadeev hatte sich 1937 des Trotzismusverdacht zu erwehren, unterzeichnete viele Ausschlüsse aus der Partei und aus dem Schriftsteller-Verband und war auf diese Weise in den Terror gegen Berufsgenossen verwickelt. Er war wie viele andere Altkommunisten zu einem Soldaten an der Literaturfront ohne eigene kreative Impulse geworden⁴⁷. Zur literarischen Elite, gemessen an amtlichen Ehren und Auflagen, gehörten auch „umgeschmiedete“ Mitläufer wie A. N. Tolstoj, der den linken und „proletarischen“ Literaten noch nach ihrer Inhaftierung und Ermordung postum das Etikett „faschistische Agenten“ (1942) anheftete⁴⁸. Der Terror gegen die kommunistischen Funktionseleiten seit Mitte der dreißiger Jahre ist von Mitläufern und Parteilosen offenbar nicht selten mit Schadenfreude registriert worden: Die eigentliche kreative Arbeit werde ohnehin von den Parteilosen geleistet, die kommunistische Intelligenz sei moralisch, ideell und nach ihren Talenten unter dem Durchschnitt, notierte V. I. Vernadskij 1937 in seinem Tagebuch. In die Schadenfreude konnte sich mitunter auch ein latenter Anti-

⁴⁴ V. S. Sobolev, Učet kadrov issledovatel'skich učreždenij i vuzov (1918–1934), in: Vestnik AN SSSR 59 (1989) 11, 87–91; Sovetskaja kul'tura, 279.

⁴⁵ A. N. Nesmejanov, S. V. Kaftanov, Stalinskije laureaty – novatory nauki i tehniki, in: Josefu Vissarianoviču Stalinu, hrsg. von Akademija Nauk SSSR (Moskau 1949) 319–355.

⁴⁶ Dietrich Beyrau, Der organisierte Autor. Institutionen, Kontrolle, Fürsorge, in: Kultur im Stalinismus, 77–88; im folgenden zitiert: Beyrau, Organisierter Autor; Beyrau, Intelligenz, 307.

⁴⁷ Beyrau, Intelligenz, 90ff. Vgl. auch als Beispiel für die Verwandlung vom aktivistischen Kommunisten zum Parteisoldaten die Tagebücher von A. G. Solov'ev, Tetradi krasnogo professora (1912–1941 gg.), in: Neizvestnaja Rossija. XX vek, Lief. 4 (Moskau 1993) 140–228.

⁴⁸ Aleksej Tolstoj, Sobranie sočinenij, Bd. 10 (Moskau 1961) 545; Rede v. 18. Nov. 1942.

semitismus mischen, schien es doch auch dem „triumphierenden Judentum“ an den Kragen zu gehen⁴⁹. Die im Zusammenhang mit den Schauprozessen gegen die kommunistischen Eliten öffentlich propagierten Verschwörungstheorien vermischten sich offensichtlich mit einem subkutanen Antisemitismus, wie er unter bürgerlichen Spezialisten seit der Revolution immer wieder zu finden ist⁵⁰.

Auf die ambivalente Rolle Maksim Gor'kij sei hier nur in Stichworten hingewiesen: In den Jahren 1917 und 1918 war er ein heftiger Kritiker der Bolschewiki; er erlag aber schließlich doch der Faszination des geradezu prometheischen Projekts der Bolschewiki. Lenin – und wohl auch Stalin – wurden für ihn zu Symbolfiguren eines heroischen Menschentyps, „der aus seiner Brust das brennende Herz herausriß, um mit seinem Feuer den Menschen den Weg aus dem schädlichen Chaos der Gegenwart, aus dem faulen, blutigen Sumpf [...] zu erleuchten“⁵¹. 1929 gab er sich für einen Besuch der Sträflingsinseln Solovki her. Zu Beginn der dreißiger Jahre, als ca. 100 000 Kulaken, Kriminelle und „Schädlinge“ fast ohne technische Hilfe unter mörderischen Bedingungen den Weißmeer-Kanal zu bauen hatten, ließen sich Gor'kij und die Elite der „multinationalen Sowjetkultur“ zu einer Exkursion auf dieses Bauprojekt einladen, um die Erfolge der „Umschmiedung“ zu bewundern. 1934 erschien hierüber ein Sammelband mit erbaulichen Berichten und Erzählungen, der die Schönheit kollektiven Enthusiasmus und Arbeitsheldentums sowie die Erfolge der OGPU bei der Umerziehung sozial naher und fremder Elemente feierte. Gor'kij war sein prominentester Herausgeber⁵². Er wirkte bei der Etablierung des Schriftsteller-Verbandes an maßgeblicher Stelle mit und ließ sich als Vater des Sozialistischen Realismus feiern. Allerdings scheute er sich bald darauf nicht, die bürokratische Gängelung der Autoren durch ihren Verband (und durch die von der Partei bestellten Aufpasser) heftig zu kritisieren. Schon 1920 hatte er gestanden: „Ich weiß, daß man mich nicht lieben sollte, nicht lieben kann, und ich habe mich damit abgefunden. Das ist meine Rolle. Tatsächlich bin ich oft unaufrichtig. Früher habe ich mich nie verstellt, aber bei unseren jetzigen Machthabern muß man sich verstellen, muß man lügen und heucheln.“⁵³.

Welcher schizophrenen Situation die Schriftsteller-Elite ausgesetzt war, ließe sich auch an M.A. Šolochov demonstrieren. Mit seinem Roman „Neuland unter dem Pflug“ (1932) pries er die Kollektivierung. Gleichzeitig aber schrieb er Briefe an Stalin, in denen er – ohne das Prinzip der Kollektivierung und Requisitionen infrage zu stellen – ein ungeschminktes Bild insbesondere von den brutalen Requisitionen der lokalen Parteinstanzen in seiner Heimat zeichnete. Das Getreide

⁴⁹ *Vernadskij, Žizneopisanie*, 234; *Beyrau*, Organisierter Autor, 75.

⁵⁰ *Matthias Vetter*, Antisemiten und Bolschewiki. Zum Verhältnis von Sowjetsystem und Judenfeindschaft 1917–1939 (Berlin 1995) 291 ff.

⁵¹ Zit. nach *Günther*, Übermensch, 138.

⁵² *Joachim Klein*, Belomorkanal. Literatur und Propaganda in der Stalinzeit, in: *Zeitschrift für Slavische Philologie* 55 (1995) 5–6, 53–98.

⁵³ *Korney Čukovskij*, Dnevnik (1918–1923), in: *Novyj Mir* (1990) 8, 124–173, 128.

werde um jeden Preis nach dem Motto beschlagnahmt: „Wir quetschen so lange, bis das Blut spritzt!“⁵⁴

Zur dekorativen Fassade des Stalinregimes gehörten nicht nur Mitläufer wie A. N. Tolstoj sondern auch talentierte Historiker wie P. U. Vipper und Stalin-Preisträger wie E. V. Tarle, R. B. Grekov, M. N. Gernet oder P. S. Ljaščenko. Alle hatten sie ihre Ausbildung vor 1914 abgeschlossen und gehörten eher dem Kreis sog. bürgerlicher Spezialisten an; sie hatten – mit Ausnahme Vippers – in unterschiedlicher Weise unter dem Kulturfeldzug um 1930 gelitten. Der Althistoriker Vipper, anfang der zwanziger Jahre nach Lettland emigriert, 1939 „heimgeholt“, hatte 1922 eine Biographie des Zaren Ivan IV. verfaßt. In diesem grausamen Zaren hatte er offenbar schon in den Wirren des Bürgerkrieges ein Muster dafür gesehen, wie in Rußland Ordnung wiederhergestellt werden könnte. Die Neuauflagen dieser – etwas umgeschriebenen und marxistisch angereicherten – Biographie nach 1945 wurde von den Zeitgenossen als historische Apotheose Stalins gelesen⁵⁵. Weniger erfolgreiche Historiker wie B. A. Romanov, der zeitlebens für seine bürgerliche Herkunft büßen mußte, litt unter der „Gewalt der Grekov-Schule“, welche die Standards für die Deutung der „feudalen“ Rus’ gesetzt hatte. Deshalb flüchtete er sich in die Geschichte des Imperialismus⁵⁶.

E. V. Tarle, ebenfalls bürgerlicher Herkunft, wie Grekov und viele andere Historiker ein Opfer Pokrovskijs und der kommunistischen Berufsgenossen, zudem in der Phantasie der OGPU designierter Außenminister des verschwörerischen „Kampfbundes zur Wiedererrichtung eines freien Rußlands“, stieg in die Rolle eines Hofhistoriographen und eines „Treitschke des Stalinismus“ auf⁵⁷. Angesichts der vorausgegangenen Auseinandersetzungen verwundert es, daß sich Tarle noch in seiner Verbannung in Alma Ata um Hilfe an Pokrovskij gewandt hatte. Dabei stellte sich heraus, daß Pokrovskij Tarles Aussagen in den Verhören „im Original gelesen“ hatte: Wäre er französischer Staatsbürger gewesen, so warf ihm Pokrovskij vor, hätte man ihn wegen seiner Verbrechen auf die Teufelsinseln gebracht. „... es bleibt nur die Frage Ihrer Nutzung als wissenschaftlicher Mitarbeiter unabhängig von Ihrer politischen Vergangenheit. Da auch die Häftlinge in Solovki mit wissenschaftlicher Forschung befaßt sind und ihre Untersuchungen gedruckt werden, sehe ich keinen Grund, warum dies unmöglich wäre für einen in Alma Ata Internierten ...“. Wegen Krankheit oder aus anderen Gründen wollte oder konnte Pokrovskij nicht helfen und überließ seinen Briefwechsel mit Tarle und anderen Hilfe suchenden Historikern der OGPU⁵⁸.

⁵⁴ Solochov i Stalin. Perepiska načala 30-ch godov, in: Voprosy Istorii (1994) 3, 3–25, 11.

⁵⁵ Hugh Graham, A Russian Historian in Three Worlds, in: Canadian Slavonic Papers 28 (1986) 1, 22–35.

⁵⁶ V. M. Panejach, Boris Aleksandrovič Romanov. Pis'ma druž'jam i kollegam, in: Otečestvennaja Istorija (1993) 3, 125–154, 142.

⁵⁷ Edgar Hösch, Evgenij Viktorovič Tarle (1875–1955) und seine Stellung in der sowjetischen Geschichtswissenschaft (Wiesbaden 1964) 113 ff.

⁵⁸ „Mne že oni soveršenno ne nužny“ (Sem' pisem iz ličnogo archiva akademika M. N. Pokrovskogo), in: Vestnik RAN 62 (1992) 6, 103–114, 109.

Vermutlich durch Hilfe aus Frankreich und mit Unterstützung aus Kreisen im Umfeld Stalins gelang es Tarle, 1932 seine Arbeit in Leningrad und Moskau wieder aufzunehmen. 1938 wurde er in die Akademie aufgenommen, die ihn zusammen mit S. F. Platonov, N. P. Lichačev und M. K. Ljubavskij 1932 – gegen den Widerspruch des Präsidenten A. P. Karpinskij – ausgeschlossen hatte. Der „böse Affe“⁵⁹, der ihn dem Gefängnis, den Verhören, den Selbstbeschuldigungen und schließlich der Verbannung ausgeliefert hatte, meinte es aber mit dem literarisch begabten Historiker gut. Die 1936 erschienene Napoleon-Biographie machte auf Stalin jedenfalls einen so großen Eindruck, daß er 1937 Tarle vor lebensbedrohlichen Angriffen in Schutz nahm. Sie hatten den Historiker nicht nur – irrtümlicherweise – mit der Prompartija-Affäre, sondern – schlimmer – mit Bucharin und Radek in Verbindung bringen wollen. Stalin hielt dem Beschuldigten zugute, daß er zwar nicht Marxist, aber auch kein „Fälscher“ und einer der besten bürgerlichen Historiker sei. Er gestattete daher eine öffentliche „Antikritik“, in der sich Tarle gegen die Vorwürfe verteidigen durfte.

Seit dem Krieg stellte er seine Feder patriotischer Erbauung zur Verfügung, was seinen wissenschaftlichen Arbeiten nicht unbedingt zugute kam. Es war erstaunlicherweise noch während des Krieges, als A. M. Pankratova, Zögling des Instituts der Roten Professur, 1944 einen Versuch unternahm, einige von ihr als unerschütterlich gedachte leninistische Normen gegen die bereits unverhohlene Verherrlichung der imperialen Tradition Rußlands durch Historiker wie Tarle zu verteidigen. Ihr Appell an die Partei endete in einem Fiasko: Obwohl in der deswegen einberufenen „Beratung“ unter Kontrolle des ZK die unterschiedlichsten Meinungen nationalistisch-imperialer und leninistischer Provenienz aufeinanderprallten, erließ das ZK eine Resolution, die sich in diplomatischer Ausgewogenheit bemühte, sowohl die bürgerlichen Historiker als auch ihre Kritiker zu rüffeln. Nationalistisch-imperiale und klassenkämpferische Positionen sollten offenbar in der Balance gehalten werden. Das ZK wollte sich nicht von Eiferern wie der Pankratova belehren lassen und zugleich eine Linie direktiv festlegen, die dem neuen Großmacht-Status der siegreichen Sowjetunion die notwendige historische Legitimation verschaffte. Ähnlich wie der Sozialistische Realismus ließ die Resolution viele Deutungen zu und bestätigte den Orientierungsnotstand, den sie angeblich beseitigen wollte⁶⁰.

Für Naturwissenschaftler und Ingenieure hatten „Umerziehung“ und Mitarbeit in den expandierenden Forschungseinrichtungen eine andere Bedeutung als für Textproduzenten. Bei denjenigen, die sich seit Ende der zwanziger Jahre der Kommunistischen Partei anschlossen oder als sympathisierende Parteilose fungierten, dürften berufsstrategische Überlegungen, die Sicherung von Arbeits- und Forschungsmöglichkeiten, im Vordergrund gestanden haben. Politisches Wohl-

⁵⁹ B. S. Kaganovič, Evgenij Viktorovič Tarle: *Peterburgskaja škola istorikov* (Sankt Petersburg 1995) 43.

⁶⁰ Pis'ma Anny Michajlovny Pankratovoj, in: *Voprosy Istorii* (1988) 11, 54–79; *Novye dokumenty o soveščanii istorikov v CK VKP(b)* (1944 g.), in: *Voprosy Istorii* (1991) 1, 188–205.

verhalten und rhetorische Pflichtübungen haben den Kern von Forschung und Entwicklung zunächst selten wirklich tangiert. Wissenschaftsgläubigkeit und Techniqueuphorie der Bolschewiki schufen zudem viele Anknüpfungspunkte. Die Forderung nach Praxisnähe beantworteten Naturwissenschaftler in der Regel bereitwillig mit einer verstärkten Hinwendung zu angewandter Forschung. Hier sahen manche von ihnen zudem eine Möglichkeit, sich Einfluß in der politischen Klasse zu verschaffen und sich zugleich gegen deren politische Zumutungen abzuschildern⁶¹. Entscheidend war hierbei, einen Protektor zu finden, um politische und bürokratische Hindernisse aus dem Weg zu räumen, Publikationen⁶² und vor allem die Finanzierung der eigenen Vorhaben zu sichern⁶³. In ideologisch turbulenten Zeiten kostete dies notfalls ein öffentliches Bekenntnis gegen den „mechanizistischen Materialismus und den menschewisierenden Idealismus“⁶⁴. Dieser Weg konnte seine eigenen Probleme insofern aufwerfen, als sich Wissenschaftler damit dem Dschungel der Bürokratie und ihren politischen Intrigen aussetzten. Die von Nikolaj I. Vavilov betonte Nützlichkeit seiner biologischen und genetischen Forschungen setzte seine Schule einem Erwartungsdruck aus, dem sie in so kurzer Zeit nicht entsprechen konnten. Dies bildete offenbar eines der Einfalls-tore für den Erfolg der ideologisch richtigen Agrobiologie Lysenkos⁶⁵. Auch P. L. Kapica mag seine Geräte zur Verflüssigung von Sauerstoff zu dem Zweck entwickelt haben, um sich unentbehrlich zu machen. Er setzte sich damit allerdings bürokratischen und politischen Machtspielen aus, denen er letztlich nicht gewachsen war⁶⁶.

Vermeintlich ideologische Nähe und Nützlichkeit veranlaßten bereits Lenin, Ivan P. Pavlov trotz seiner geradezu aggressiven anti-bolschewistischen Äußerungen zu „nostrifizieren“. Pavlov hat sich dem Charme wohlwollender Protektion und des Prestiges auf Dauer nicht entziehen können, zumal er damit die Dominanz seiner Schule in der Physiologie sichern konnte⁶⁷.

Im Unterschied zu den Biologen und angrenzenden „Lebenswissenschaften“ ist es in den Naturwissenschaften zu keinem anhaltenden ideologischen Einbruch

⁶¹ Vernadskij, *Žizneopisanie*, 277; M. Šominskij, Akademik A. F. Ioffe (Jerusalem 1986) 63 ff.

⁶² Selbst Vernadskij mußte diesen Weg wählen; vgl. Vernadskij, *Žizneopisanie*, 271.

⁶³ Mark B. Adams, Science, Ideology, and Structure: The Koltsov-Institute, in: *The Social Context of Soviet Science*, hrsg. von L. L. Lubrano, S. G. Solomon (Boulder/Co 1980) 173–220.

⁶⁴ Vernadskij, *Žizneopisanie*, 229. Vernadskij hielt seine Kollegen N. K. Kol'cov, B. M. Zavadovskij und I. Levin für zu klug, um diese berühmte Schrift von 1931, die eher ein Fall für die Psychiatrie sei, ernst zu nehmen. Insgesamt zum Zusammenhang dieser Diskussionen vgl. zusammenfassend Loren Graham, *The Soviet Academy of Sciences and the Communist Party, 1927–1932* (Princeton/N.J. 1967) 252 ff.; E. I. Kolčinskij, Nesostojaščijsja „sojuz“ filosofii i biologii (20–30-e gg.), in: *Repressirovannaja nauka*, hrsg. von M. G. Jaroševskij (Leningrad 1991) 34–71.

⁶⁵ Mark Popovskij, *Delo akademika Vavilova* (Ann Arbor 1983); V. N. Sojfer, *Vlast' i nauka. Istorija razgroma genetiki v SSSR* (New York 1989, Nachdruck Moskau 1993).

⁶⁶ Kapica, *Pis'ma*, 221 ff.

⁶⁷ Daniel P. Todes, Pavlov and the Bolsheviks, in: *History and Philosophy of the Life Sciences* 18 (1995) 2, 31–70.

gekommen. Dies mag am Gegenstand der Forschung selbst gelegen haben, aber auch daran, daß sich hier keine inneren Fronten gebildet hatten, die es ermöglichen, politisch einzugreifen. Mit Entwicklung der Atom- und Raketentechnik gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden sie ohnehin unentbehrlich, damit auch privilegiert und in vieler Hinsicht freigehalten von ideologischen Zumutungen. Die Mehrheit der Naturwissenschaftler, die in dieser oder jener Weise in die Rüstungsforschung und -entwicklung einbezogen waren, gehörte zudem bereits einer Generation an, die in der Sowjetzeit aufgewachsen war. Sie fühlten sich daher als Soldaten an der Wissenschaftsfront des Kalten Krieges. Eine Minderheit hat sich allerdings nur zögernd in die militärische Forschung einspannen lassen⁶⁸. Eine auch sonst vom Standard des üblichen Verhaltens abweichende Position vertrat hier allerdings P. L. Kapica. Er verweigerte seine Mitarbeit am Atom-Projekt, weil er nicht unter der Fuchtel Berijas arbeiten wollte. Dahinter stand ein Selbstverständnis, das sich nicht mit einer dienenden Funktion der Wissenschaften abfinden wollte. Mit dem überzogenen Wissenschaftsanspruch des Marxismus-Leninismus spielend, forderte er für sie eine herausgehobene Position, die er später mit derjenigen des britischen Oberhauses vergleichen sollte. Für seine Ungebürlichkeit wurde er aller Ämter enthoben und unter Hausarrest gestellt⁶⁹.

V. Geiseln, Gefangene und ihre Maskeraden

Intelligenz als Geisel oder Gefangener der Macht? Eine solche Aussage kann zu Mißverständnissen führen, wenn damit suggeriert werden soll, eine gesellschaftliche Gruppe ausschließlich als Opfer zu sehen. Dieser bequemen Tendenz erliegt häufig die postsowjetische Historiographie⁷⁰. Die obigen Ausführungen versuchen dagegen zu zeigen, daß die verschiedenen Gruppen der Intelligenz in je spezifischer Weise in das Funktionieren des Regimes involviert waren. Der ehemals revolutionären Intelligenz fiel eine entscheidende Rolle zu; sie verließ der Revolution und ihrer Institutionalisierung eine Programmatik, die in wesentlichen Elementen auch realisiert werden sollte: eine sukzessiv etablierte Diktatur und eine Lösung sozio-ökonomischer Probleme im Sinne eines gedachten Sozialismus. Die nachwachsende „rote“ Intelligenz radikalisierte in vieler Hinsicht die in der ersten Generation der Bolschewiki zu beobachtenden säkularreligiösen Elemente. Um-erziehung und „Umschmiedung“, Bekenntniszwang, Rituale von Kritik und Selbstkritik, die Standardisierung öffentlicher Rhetorik bildeten Elemente dieser Säkularreligion, welche für eine sprachmächtige Gruppe wie die Intelligenz von besonderer Bedeutung war. Dabei wurde sie, wie es Czeslaw Milosz in anderen

⁶⁸ Andrei Sacharow, *Mein Leben* (München 1991) 149 ff.

⁶⁹ Kapica, *Pis'ma*, 86 ff., 213; Zhores A. Medvedev, *Soviet Science* (Oxford 1979) 108.

⁷⁰ Vgl. als typisches Beispiel V. A. Kumanev (Hg.), *Tragičeskie sud'by: repressirovannye učenyje Akademii Nauk SSSR. Sbornik statej* (Moskau 1995) oder E. S. Levina, Vavilov, Lysenko, Timofeev-Rešovskij: *Biologija v SSSR: Istorija i istoriografija* (Moskau 1995).

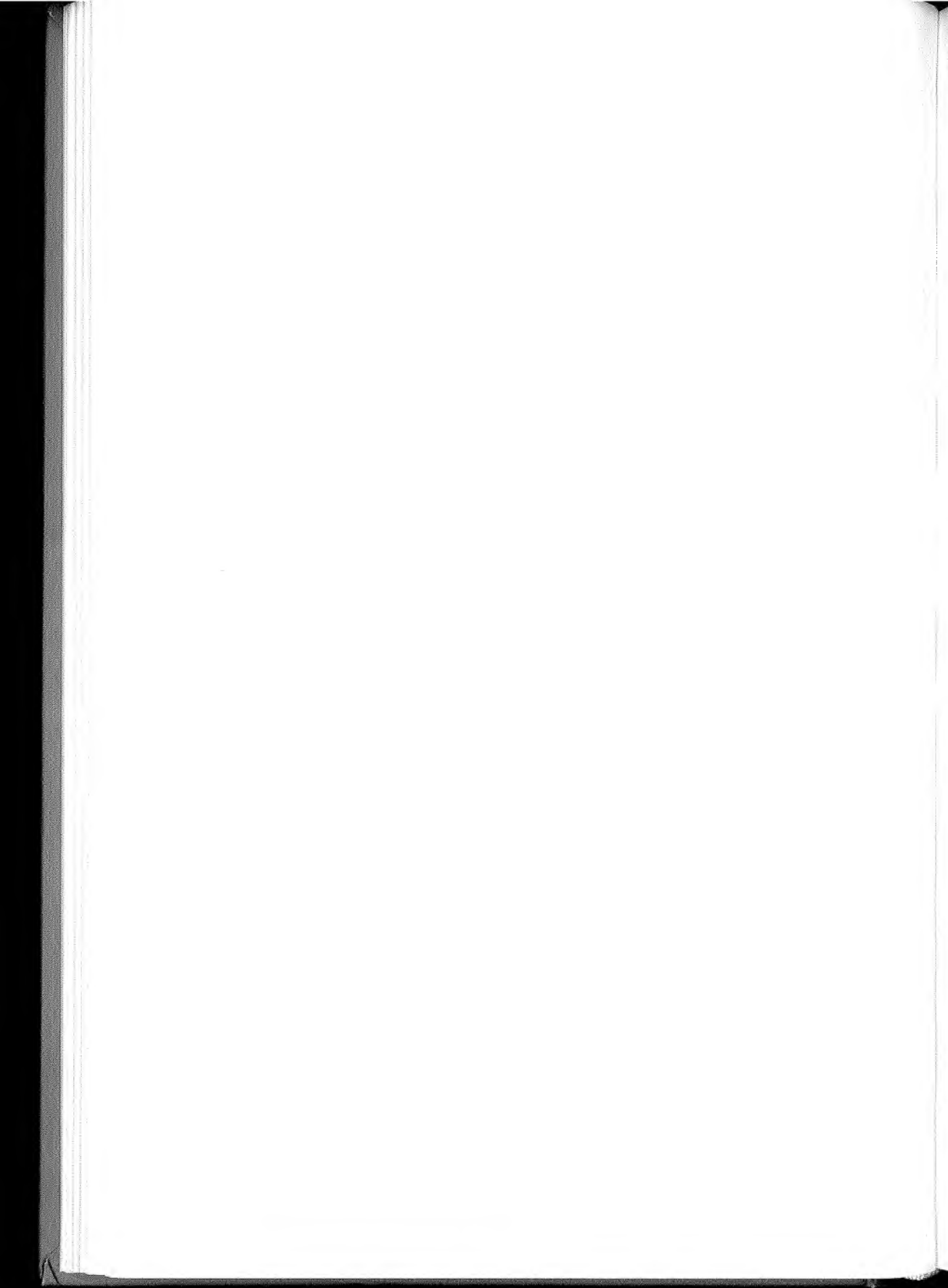
Zusammenhängen formuliert hat, zur Geisel des Terrors, den ihr eigenes Denken über sie ausübte⁷¹. Dies galt in erster Linie für die erste Generation der Bolschewiki und den „roten“ Nachwuchs, ließ aber die anderen Gruppen nicht unberührt. Dabei ist nicht zu bezweifeln, daß die Militanz der Bolschewiki und ihrer Nachfolger in besonderer Weise an der Etablierung jener stalinistischen Machtstrukturen beteiligt war, denen sie entweder zum Opfer fielen oder denen sie als Parteisoldat zu Dienste waren.

Auf die sog. bürgerlichen Spezialisten, fast als Klassenfeinde stigmatisiert, konnten das nachrevolutionäre und das stalinsche Regime nicht verzichten. In gewisser Weise parasitierten die Bolschewiki und ihre Nachfolger von den Kenntnissen und Fähigkeiten dieser ehemaligen „Lakaien des Kapitals“, so die bittere Bilanz des emigrierten Soziologen P. A. Sorokin im Jahre 1950⁷². Der Preis fürs Überleben war auf Seiten der professionellen Intelligenz die politische Unterwerfung, die in der Stalinzeit nicht nur bei dieser Gruppe zu einer ständigen Maskierung⁷³ zwang. Die Situation des drohenden oder realisierten Terrors führte zu für Geiseln typischen Verhaltensweisen: zum Versuch wenigstens teilweiser Identifizierung mit dem Geiselnnehmer – spätestens während des Zweiten Weltkrieges, manchmal aber auch in der Zeit des „Großen Terrors“. Dabei ist heute oft nicht mehr auseinanderzuhalten, welche Brückenschläge zum Regime „echt“ oder welche simuliert waren, zumal Stalin offenbar eine Schwäche für traditionelle Werte und technische Leistungen zeigte. Der Preis für dieses Zwangsverhältnis war hoch: Zerstörerische „Verschwendung“ von fachlichem Wissen durch moralischen Druck und physischen Terror, Demoralisierung auch der professionellen Intelligenz auf der einen, auf der anderen Seite der Verzicht des Regimes auf ein „Kapital“, das keine Gesellschaft auf Dauer entbehren kann: die moralisch-kritische Kompetenz der Intelligenz.

⁷¹ Czesław Miłosz, *Verführtes Denken* (Frankfurt a.M. 1978) 216; im folgenden zitiert: *Miłosz, Verführtes Denken*.

⁷² Pitirim A. Sorokin, *Leaves from a Russian Diary – and Thirty Years After* (Boston 1950) 317 ff.

⁷³ *Miłosz, Verführtes Denken*, 66.



Hiroaki Kuromiya

Workers under Stalin: The Case of the Donbas

Introduction

The Soviet government claimed a special relationship to the working population in the country. Few Western historians have subscribed unconditionally to this self-serving claim of the Soviet government that it represented the interests of the workers (or the proletariat). Yet much of our scholarly discourse has been influenced by this claim to a special relationship. Some have flatly rejected the claim and, following Leon Trotsky, contended the opposite: "revolution betrayed". Others have struggled to understand whether there was any element of truth to the claim if only in a limited sense: if the claim is patently false, was the government a mere totalitarian or personal dictatorship, a revival of autocracy which, according to its apologists, stood above all class interests? Yet how can historians know what was in workers' minds under a regime where free expression was not tolerated?

Historians of the Soviet Union have had to shift the terms of discourse, in part under the influence of scholars working on other societies and in part owing to the deadlock to which the controversy led. Such subjects as political, social, and ethnic identities, cosmologies, and everyday life (*byt*) provide a new perspective into the study of Soviet history. The recent opening of many previously closed archives in the former Soviet Union has made it possible for historians to explore subjects long deemed almost impossible or very difficult to study.

Regional studies are one such example. The Soviet Union was a big country. Like any big country, the Soviet Union was a diverse society. How diverse it was has been a bone of contention. Those historians who tend to emphasize the supreme control at the center see little need to heed regional matters, whereas those who see limits to central control tend to recognize a surprising degree of regional diversity. Until recently, Western historians have been severely restricted by difficulties of access to historical sources. Only a few years ago it was still nearly impossible to access regional newspapers, let alone archives, in the Soviet Union. The situation, as we all know, has changed dramatically in recent years.

This essay is derived from a larger monograph on the history of the Donbas¹, a border region between Russia and Ukraine (see the attached map). In this steel

¹ Tentatively entitled *Freedom and Terror in the Donbas, 1880s-1990s*.

and coal region (the Soviet Ruhr), many competing forces vied historically for the allegiance of the working people which comprised the vast majority of its population. During the 1917 Revolutions and the civil war that followed, Donbas workers assumed bafflingly contradictory stances to Soviet power². In subsequent years, the Donbas remained a trouble spot for the new government; Leon Trotsky once observed, "one cannot go to the Donbas without a [political] gas mask"³. At the same time, on two important occasions, Donbas workers served the Stalinist cause very well: the 1928 Shakhty affair that marked Stalin's "revolution from above" and the Stakhanovite movement that led to the brutal Great Terror in industry. The Donbas makes for an interesting case study of the complex web of worker identities and worker-state relations under Stalin.

This study is necessarily incomplete without a detailed comparison with the many other regions that made up the Soviet Union. Nor does improved access to archives answer all questions historians ask. Nevertheless, the case of the Donbas demonstrates that while its workers had no alternative but to live with the regime on its own terms, this border area continued to provide space for a limited degree of freedom throughout the Stalin years. The Donbas may not have been an exception in this regard, given that cities and construction sites, for example, also offered the protection of anonymity. Yet Moscow remained particularly suspicious of the Donbas because the Donbas symbolized freedom.

History and Geography

History and geography played an important role in shaping the political outlook of the Donbas. Part of this Ukrainian-Russian borderland belonged to an area once called New Russia, so named because the area was a relatively new acquisition of the Russian Empire. Much of the Ukrainian part of the Donbas came under Moscow's rule only in the eighteenth century. This vast southern steppe land attracted so many fugitives from the Schism and economic exploitation that Muscovy was forced to enact enservment in the mid-seventeenth century⁴. Even thereafter, however, the steppe continued to provide refuge to whoever sought

² *Hiroaki Kuromiya*, *Donbas Miners in War, Revolution, and Civil War*, in: *Lewis H. Siegelbaum, Ronald Grigor Suny*, *Making Workers Soviet. Power, Class, and Identity* (Cornell 1994). For a prerevolutionary political history of the Donbas, see *Charters Wynn*, *Workers, Strikes, and Pogroms. The Donbass-Dnepr Bend in Late Imperial Russia, 1870-1905* (1992) and the bulkier yet less satisfactory work by *Theodore H. Friedgut*, *Iuzovka and Revolution. Vol. I: Life and Work in Russia's Donbas, 1869-1924* (1989) and *Vol. II: Politics and Revolution in Russia's Donbass, 1869-1924* (1994). Surprisingly, Friedgut has misunderstood the geography of the Donbas and ignored ethnic factors in the history of the Donbas, contending that the Donbas "is geographically within the Ukraine, yet the Ukrainian population of the area plays only a marginal and largely reactive role in our history" (vol. I, p. 3).

³ Quoted in *XI z'izd Komunistychnoi partii (bil'shovykiv) Ukrainy*, 5-15 chervnia 1930r. *Sten. zvit* (Kharkiv 1930) 373.

⁴ See *Richard Hellie*, *Enservment and Military Change in Muscovy* (1971).

freedom from Muscovy. Of course this frontier land attracted fugitives not only from Muscovy but also from Poland-Lithuania-Ukraine, the Ottomans, and other Asiatic and North-Caucasian powers. It was here that these people mingled and fought. The area was thus often called the "wild field [*dyke pole, dikoe pole*]"⁵, a free steppe land.

The southern steppe was also "free" in an institutional sense. The Donbas was located between the two Cossack areas: the Don Cossack and the Zaporozhian Cossack Hosts⁶. People came to the area from everywhere to seek freedom from political, economic, and religious persecution and joined the free warriors-settlers. The Don Cossacks came to be integrated into the Imperial system, whereas the Zaporozhian Cossack Host was disbanded by Catherine the Great. Yet when the central authority weakened or disappeared, as was the case in the years of revolution and civil war, World War II, or the dissolution of the Soviet Union, the very spirit of the Cossacks reasserted itself. To follow A. Hirschman's theory, the south and the Donbas provided the alternative of "exit" (as opposed to protest or "voice" and conformity or "loyalty")⁷.

In recent years historians and geographers have come to examine the role various regions, frontiers, and borderlands played in the formation of national identities⁸. In the case of the Donbas, as in other borderlands, competing forces fought to influence the way in which the population defined itself. Identification with the "nation" (the Russian Empire) was just one such force.

Reflecting the history of the frontier, the Donbas was a multi-ethnic region⁹. Consequently, ethnic forces played a major role. The countryside was overwhelmingly Ukrainian in general, but there were many German, Greek, Polish, Belorussian, Bulgarian, Serbian, and other ethnic villages. The cities (in fact there

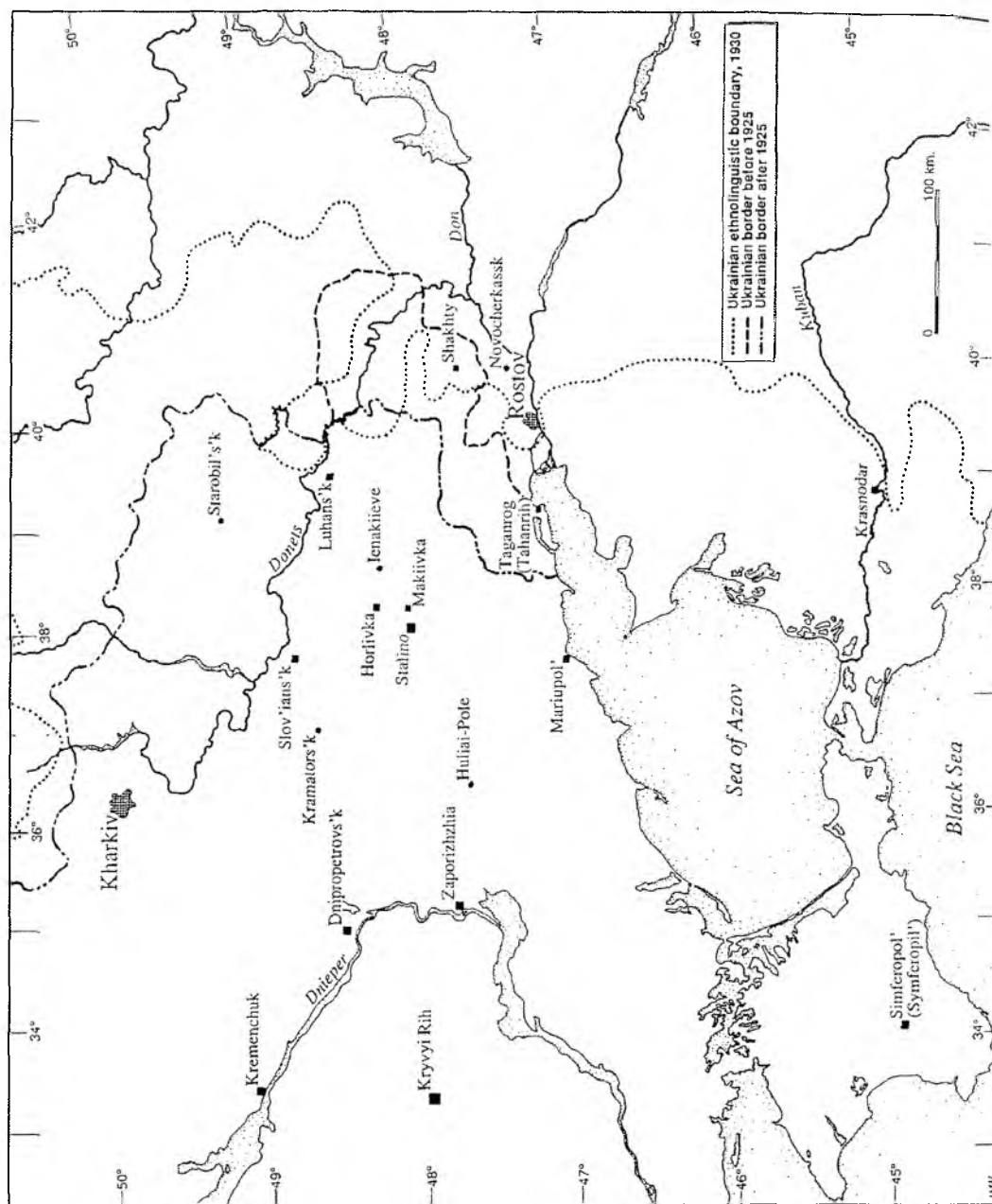
⁵ See, for example, *Petro Lavriv*, *Dyke pole* (Donbas 1992) nos. 9–12.

⁶ V. A. *Pirko*, *Kozatstvo na Donechchyni*, in: *Ridnyi kraj. Istoryko-kraieznavechy al'manakh*, vol. 1 (Donets'k 1995).

⁷ A. *Hirschman*, *Exit, Voice and Loyalty* (1970). According to a Kuban Cossack ataman, "the genius of the Russian people" had always been attracted to the south; the reform of Peter the Great, who marched to the north, was a mistake; and the Cossacks embodied the Russian attraction to the south"; A. G. *Shkuro*, *Zapiski belogopartizana* (Moscow 1991) 149. Curiously, Hitler is said to have seen the same attraction in a different way: "Has anyone, I wonder, taken the trouble to think why these Russians wish to emigrate? Primarily, of course, it is the attraction of the south... The Russians have not that love of homeland which is characteristic of the German peasant; even in the time of the Tsars, millions used to emigrate, and the hope of being able to avoid taxes was not the least of their motives..."; Hitler's *Table Talk 1941–1944. His Private Conversations*, tr. by *Norman Cameron*, R. H. *Stevens*, introduced and with a new Preface by *J. R. Trevor-Roper* (London 1973) 599.

⁸ See, for example, *Peter Sablins*, *Boundaries. The Making of France and Spain in the Pyrenees* (1991); *Linda Colley*, *The Significance of the Frontier in British History* (Austin/TX 1996); *David Hooson* (ed.), *Geography and National Identity* (Oxford 1994), and *Mark Bassin*, *Inventing Siberia: Visions of the Russian East in the Early Nineteenth Century*, in: *American Historical Review*, vol. 96, no.3 (1991).

⁹ The Ukrainian poet Volodymyr Sosiura, born in Debal'tseve in the Donbas, could count at least six ethnic groups in his ancestry: Serbian, Hungarian, Jewish, Ukrainian, French, and Karachai. Volodymyr Sosiura, "Tretia rota", *Kyiv*, no. 1 (1988) 63.



were few cities in the Donbas but many large and small "settlements") tended to be Russian and Jewish. Ethnic identification was a powerful alternative to the imperial one, and so were the visions of a Donbas of multi-ethnic coexistence and the Donbas as a melting pot¹⁰.

In reality, none of these forces were clearly articulated at the level of the ordinary people (*narod*). There were other forms of identification in the Donbas. The *artels*, or transplanted village communes, are a good example¹¹. In times of crisis, as was befitting a Cossack land, very strong regional or local and even village autonomy manifested itself. From an outsider's perspective, the political outlook of the Donbas population was anarchistic or "Pugachevian"¹².

To complicate the matter, the political behavior of the Donbas working population was often very contradictory. In 1905 the militancy of Donbas workers was underscored by their antisemitism, which culminated in brutal pogroms¹³. At the outbreak of war in 1914, the Donbas workers, like most European socialists, appeared to be stirred by genuine patriotism, but their mobilization entailed unruly riots and pogroms. In 1917 the Donbas workers, unlike their fellow workers in the capitals, were both patriotic and militant in their struggle for freedom, displaying very little inclination to organize themselves around political parties or even trade unions. They tended to be strongly anti-Bolshevik. In October they appeared to subscribe to the Bolshevik revolution, but almost immediately distanced themselves from the Bolshevik party. During the civil war when the Donbas, like Bulgakov's Kyiv, repeatedly changed hands among numerous forces, many of the workers supported the Bolsheviks as if the latter were the lesser evil. At the same time a substantial number of Donbas miners joined the Makhno anarchist movement. Once the civil war ended, the colliers went on to stage waves of strikes against the new government. The party hailed as true proletarians those workers who persevered in hungry Russian cities (the two capitals, for example), but it ferociously attacked, as politically unreliable, those Donbas workers who stayed in their work place during the civil war¹⁴. It was the unruly and unpredict-

¹⁰ For a very judicious discussion of these forces operating in "New Russia," see *Terry Martin*, *The Empire's New Frontiers: New Russia's Path from Frontier to Okraina 1774-1920*, in: *Russian History/Histoire Russe* 19, 1-4 (1992).

¹¹ See *Hiroaki Kuromiya*, *Workers' Artels and Soviet Production Relations*, in: *Sheila Fitzpatrick, Alexander Rabinowitch, Richard Stites* (eds.), *Russia in the Era of NEP. Explorations in Soviet Society and Culture* (1991).

¹² See *L. Shklovskii (Sergei)*, *Vospominaniia o 1905 gode*, in: *Proletarskaia revoliutsiia*, no. 1 (1926) 207 on Donbas colliers' militancy.

¹³ See *Wynn*, op. cit. For the 1905 pogroms in the Donbas, see also the excellent work by *Heinz-Dietrich Löwe*, *Antisemitismus und reaktionäre Utopie. Russischer Konservatismus im Kampf gegen den Wandel von Staat und Gesellschaft* (Hamburg 1978) 240 f. For pogroms in Iuzovka (later Stalino and Donetsk), see also *A. Linden* (ed.), *Die Judenpogrome in Rußland*, vol. 2 (Cologne, Leipzig 1910) 217; *A. Stepanov*, *Chernaia sotnia v Rossii (1905-1914 gg.)* (Moscow 1992) 77; and: *Khrushchev Remembers*, with an Introduction, Commentary and Notes by *Edward Crankshaw*, tr. and ed. by *Strobe Talbott* (Boston, Toronto 1970) 266 f.

¹⁴ See *Kuromiya*, *Donbas Miners in War, Revolution, and Civil War*.

able political behavior of the Donbas miners that prompted Trotsky to declare that "one cannot go to the Donbas without a gas mask".

Trotsky and Lenin (as well as the Mensheviks who, like everyone else, got burned politically in the Donbas) must certainly have wondered why these people did not adhere to the "historical necessity" of class formation. One could argue, as some recent works have done¹⁵, that even those working people in the capitals did not follow the precepts of the Bolshevik party. In other words, the Donbas may not have been an exception. All the same, the perception that political forces, such as non-Russian or regional identities which did not exist or were weak in the capitals, commanded strong influence in this frontier region made the Donbas particularly suspect. The Donbas was both physically and symbolically distant from the metropolis. Exactly the same problem plagued both Moscow and Kyiv during perestroika and subsequent to the collapse of the Soviet Union: the Donbas has been unpredictable and unmanageable politically¹⁶.

From a Marxist point of view, there were ample economic conditions for sharp class differentiation in the Donbas. If Russia in general had suffered from a weak middle class, the problem was even more acute in the Donbas where the population appeared to consist of only two classes: the toilers and the exploiters. The wild fields had the air of a free steppe, but were also the fields of wild exploitation. The writer Konstantin Paustovsky, who visited Yuzovka (Luzivka) at the turn of the century, later recalled his impression of this wild town:

It was hard to understand who had settled Yuzovka. The imperturbable hall porter in the hotel explained to me that it had been chiefly "illegals" – buyers of secondhand goods, small usurers, market traders, richer farmers, tavern keepers, all of them living off the surrounding workers' and miners' settlements.¹⁷

It was not that the middle class was non-existent in the Donbas, but that, as was often the case in other mining communities and company towns, even the small middle-class appeared to the workers as part of the capitalist, exploiting, forces. In the Donbas, unlike the capitals, the vast bulk of capital belonged to foreign concerns (French, Belgian, British, German), a factor which also contributed to the alienation between capital and labor. Social and economic differentiations were amplified, and symbolized, by the separation of the work place, underground versus surface. The well-educated mining engineers, whose work was critical to the safety of mining, rarely mixed in work or socially with the colliers¹⁸. After 1905,

¹⁵ *Alexander Rabinowitch*, *The Petrograd First City District Soviet During the Civil War*, in: *Diane P. Koenker, William G. Rosenberg, Ronald Grigor Suny* (eds.), *Party, State, and Society in the Russian Civil War* (1989), and *Vladimir Brovkin*, *Behind the Front Lines of the Civil War: Political Parties and Social Movements in Russia, 1918–1922* (1994).

¹⁶ In 1994 to 1995 I wrote a series of essays on the regionalism of the Donbas in contemporary Ukrainian politics. See, for example, *The Donbas in Ukrainian Politics* (The National Council for Soviet and East European Research, Washington D.C. 1995).

¹⁷ *Konstantin Paustovsky*, *The Story of a Life*, tr. from the Russian by *Joseph Barnes* (New York 1964) 430.

¹⁸ For an interesting account of prerevolutionary life in the Donbas, see *A. I. Fenin*, *Vos-*

in many other parts of the country both capital and labor came to accept the sick-funds law. Yet, in this industrial region with notably high accident and illness rates, the two parties failed to reach a compromise to accept the law.

The collapse of the old regime in 1917 was followed immediately by violent labor attacks against the bosses, particularly the engineers and technicians. Even after the Revolution, what came to be called *spetseedstvo* (specialist-baiting) remained extraordinarily strong in the Donbas, owing to profound social fissures.

After the Revolution

By 1922–23 when the last circles of Mensheviks and SRs were decimated by the Bolshevik government, virtually no political alternative was possible in the Donbas. Small “bandit” groups (little Makhnoes) continued to harass the new government until the mid-1920s, but the futility of their military operation was evident. To live with the Soviet government on its own terms was virtually the only option.

Yet this did not mean that sentiment was at odds with the government of proletarian dictatorship. Dissent was not as difficult in the 1920s as in the 1930s. Yet how can one know what latent sentiment obtained in society? Clearly the same question concerned the government deeply. Hence it developed an extensive surveillance network everywhere in the country¹⁹.

Secret police documents in Russian and Ukrainian archives clearly demonstrate the difficult political situation the government faced during the New Economic Period (NEP). The transition to NEP was not an easy path. The Donbas became a center for economic protest under the difficult economic (particularly financial) conditions of the early 1920s. The Workers’ Opposition group of the Communist Party exerted some influence in the Donbas, but the action of Donbas workers was spontaneous and unorganized. Often their strikes, particularly in 1923, were initiated by charismatic local elders. The so-called “Kapustin affair” that took place in Shakhty, just north of the Don Cossack capital Novocherkassk, in 1923, is a good example. Kapustin’s call for strikes and his arrest by the police led to street disturbances, followed by shootings by the police. The strikes were due as much to the callous administration of the new Communist managers as to economic difficulties. The unflattering conclusions a special party Central Committee commission drew from this incident prompted L. B. Kamenev, a Politbureau member, to declare: if the commission is right, then Soviet power is non-existent in Shakhty²⁰.

появления инженера. К истории общечественного и хозяйственного развития России (1883–1906 гг.) (Prague 1938).

¹⁹ V. S. Izmozik, *Glaza i ushi rezhima. Gosudarstvennyi politicheskii kontrol’ za naseleniem Sovetskoi Rossii v 1918–1928 godakh* (St. Petersburg 1995) is the best recent work on this subject.

²⁰ I have examined this affair in detail in Ch. 4 of “Freedom and Terror in the Donbas”.

Moscow suspected that in the Donbas there were still many forces competing surreptitiously with Soviet power. Local elders continued to command the respect of many workers. Moreover, in the spirit of NEP an unspecified number of former White Army officers and Cossacks returned with amnesty from abroad and elsewhere to the Don and the Donbas. Clearly among the strikers were these returnees²¹. As before the revolution, the Donbas continued to attract all sorts of fugitives hoping to find freedom in the steppe land with numerous underground hideouts. Archival documents show that throughout the 1920s the secret police engaged in constant hunts for "enemies" who disappeared into this seemingly bottomless underground world²².

Both the industrialization drive, which eliminated unemployment and created enormous job opportunities, and the collectivization and dekulakization campaign, which drove crowds of peasants out of the countryside, only made the Donbas even more attractive than before. The dekulakized, the clergy, the handicraftsmen, and the sundries of disenfranchised (the so-called *byvshie ludi*) flooded the Donbas. It became a favorite haven for Ukrainian peasants who previously tended to shun mining labor. Numerous testimonies state that they considered the Donbas safer than larger cities such as Kharkiv, Kyiv or Moscow, where the reach of the secret police appeared longer²³. These new workers were constantly on the move within the Donbas, in part searching for better living and working conditions and in part fleeing from surveillance. (This added to the traditionally high labor turnover in the Donbas.) Moreover, they were often protected by similarly disenfranchised comrades²⁴. The Donbas underworld thus continued to represent a free land to the persecuted. It is true that this freedom was often illusory, but the Donbas still retained the myth and mythic reality of freedom.

The policy of *korenizatsiia* (indigenization), the promotion of indigenous language, culture, and bureaucracy, also created new problems for the Soviet government. In the case of the Donbas, indigenization, by and large, meant Ukrainization, but it also included Germanization, Polonization, Hellenization, etc. In a sense, the indigenization policy did achieve its goal of placating and coopting nationalist sentiments. Yet its very success threatened to create new forces with which the Soviet power had to contend.

The Donbas, at least the Ukrainian part of the Donbas, was a touchstone of Ukrainization: its promoters believed that only when this easternmost Ukrainian region with its large, mainly Russophone working class was Ukrainized, could the

²¹ Gosudarstvennyi Arkhiv Rossiiskoi Federatsii (GARF), f. 374sch, op. 27sch, d. 1535, ll. 8–12, 19, and 22.

²² See, for example, Derzhavnyi Arkhiv Donets'koi oblasti (DADO), f. R-129, op. 1, spr. 7 passim and R-391, op. 1, spr. 77 passim.

²³ See, for example, 33-i: holod. Narodna knyha-memorial (Kyiv 1991), and James E. Mace, Leonid Heretz (eds.), *Oral History Project of the Commission on the Ukraine Famine*, 3 vols. (Washington D.C. 1990).

²⁴ Note, for example, Vladimir A. Bohdan, *Avoiding Extinction. Children of the Kulak* (New York 1992).

indigenization policy be called a success. Consequently considerable Ukrainization efforts were made in the Donbas. The industrialization, collectivization, and dekulakization drives contributed to the Ukrainization process by driving many Ukrainians out of the countryside to the Donbas and the cities, thus changing the ethnic composition of the industrial workers in favor of Ukrainians. In the Ukrainian Donbas, in 1926 51 percent of the workers were ethnic Russian and 40 percent Ukrainian, but by 1934 the respective figures were 41.5 and 52.6 percent²⁵. The proletarian Donbas, whatever may have been the case, appeared to Moscow to be inundated by "petty-bourgeois" forces which were also nationalist (at least potentially).

The Ukrainian writer Borys Antonenko-Davydovych, who visited the Donbas in 1929, sensed a new force there. He found the Donbas, with its wide open spaces punctuated by ubiquitous waste tips (*terakony*), very different from the Donbas of his imagination: there was none of the sentiment, none of the "historical romanticism", so intimately associated with the wild field. Yet it appeared to him that in this "hopelessly Russified" land a new history, some new peculiar romanticism, was unfolding: Ukrainization was progressing from below, from the mines and factories (even if posters for Ukrainization were often written in Russian or ungrammatical Ukrainian). Maybe, he felt, a new Ukraine was being born in the Donbas²⁶. It was on this new Ukraine that the party would turn in attacking *korenizatsiia* in 1933.

Many reports in archives indicate that the Donbas workers remained unruly in the eyes of the party. That nothing had changed after the revolution and that the Communists were merely new exploitative bosses was a recurring and persistent theme. Their lavish life style was one reason, and their arrogant attitude to workers and their needs another. In 1926, at Mine No. 8 Chulkivka, The Bude-nivka Coalfield, for example, when the party cell secretary Atanov got drunk with his chums from the administration, he brandished his revolver, threatening the workers surrounding him: "I'm the power. I do what I want." He had to be bound and carried to his flat, and his revolver taken from him by another party member²⁷.

Industrial actions became well-nigh impossible by the late 1920s, but careful observers could have easily noticed workers' frustration and anger. In the autumn of 1927, the North Mine of the Shcherbinivka Coalfield constructed a bath for its miners to commemorate the tenth anniversary of the October Revolution. A red canvas was hung across the mine yard: "A Present to the Workers for the Tenth Anniversary of the October Revolution." Colliers cut down the canvas, saying that at long last, ten years after the Revolution, they had acquired a bath. Yet in

²⁵ N. P. Troian, K voprosu o natsional'nom sostave rabochikh Donbassa 1927–1937 gg., in: *Rabochii klass – vedushchaia sila internatsional'nogo edinstva sovet'skogo naroda* (Moscow 1981) 60.

²⁶ Borys Antonenko-Davydovych, *Zemleiu Ukrain's'koiu* (Philadelphia 1955) 141, 146–150, and 152 (this is a reprint of a 1942 L'viv edition).

²⁷ DADO, f. R-129, op. 1, spr. 6, ark. 85.

April 1928 the bath was still unusable owing to faulty plumbing²⁸. In the spring of 1928 V. M. Molotov, along with local bosses, visited miners' living quarters in the Donbas. He met a miner's wife and told her that he, Secretary of the Central Committee, wished to know how she was living. She answered that she lived so-so, but that because the floor of her living place was cement, her first child had died and now her second child was ill. Molotov said that it was bad and was about to leave when the woman yelled after him: "Comrade Molotov, we need to lay a floor." Molotov agreed that the floor needed to be laid and left. However, instead of offering any practical support, Molotov merely scolded the local bosses, who told Molotov that such floor problems were legion and that little money was available to repair the workers' living quarters²⁹. As before the revolution, poor living conditions resulted in the spread of typhoid fever and dysentery. In 1930 as much as 60 percent of Ukraine's anti-epidemic funds was used in the Donbas³⁰.

British miners who visited the Donbas in 1929, impressed by the sharp contrast between grandiose theatres and monuments and humble working-class houses, asked the following question:

The local Soviet official was asked why they spent a huge sum of money in building the theatres while allowing the workers to live in overcrowded hovels, and his reply was: 'If we make the workers too comfortable they will refuse to fight, or to take any active part in politics.'

So the British miners responded that

the rising generation will say: 'Where are the houses you promised us? Where the prosperity, wages, pleasures, comforts?' Then there will be another revolution ...³¹.

As a growing number of Ukrainian peasants entered the Donbas mines, they were treated by officials with contempt. Some were sometimes forced to cut their long hair³². An American journalist who visited the Donbas in 1930 reported the following:

'This is the best mine we have', said the engineer. 'It is the most highly mechanized. With 250 workers we produce 120,000 tons a year. They only work a six-hour shift.'

A young engineer, manager of the mine, burst into the room and with a curse exclaimed: 'They've skipped.'

'Who've skipped?'

'Those blasted fellows from the farms. Came up last week, worked five days, and now the half of them have left.'

²⁸ Tsentral'nyi Derzhavnyi Arkhiv vyshchykh orhaniv derzhavnoi vlady i orhaniv derzhavnoho upravlinnia Ukrainy (TsDAVO), f. 2602, op. 1, spr. 2320, ark. 27.

²⁹ TsDAVO, f. 2602, op. 1, spr. 2320, ark. 39.

³⁰ GARF, f. 7416, op. 1, d. 2, l. 148.

³¹ W. Haydon (ed.), *Russia as Seen by Two Tilmanstone Miners. A Record of a Tour to the Donetz Basin in Aug.-Sept. 1929* (Dover 1929) 18, and: *Our Journey through Russia. A First-Hand Account by two British Working-Men of a Journey through Russia* (London 1929) 27.

³² GARF, f. 7416, op. 1, d. 50, l. 84.

'Why?' came in a chorus from the chief and the others in the room.

'Lily livered – still wet behind the ears', yelled the mine manager, slamming the door³³.

There were many signs that indeed little had changed since before the revolutions.

Such was also the case for industrial safety. If in 1906–1913 2.6 deaths for every 1,000 miners were recorded in the Donbas, the corresponding figures were 2.9, 2.84, and 2.84 for 1929, 1934, and 1935 respectively³⁴. Workers' lives were cheap under the conditions of Stalinist industrialization, and workers had little possibility of expressing themselves on this matter. Still every so often emotions exploded. In 1930 at Mine Ivan near Stalino, for example, a funeral took place for a miner killed in an accident. There a man with the Red Banner Order gave a speech: "In the USSR as in the west people are being mutilated in the mines. Down with the USSR."³⁵

Another recurring and persistent theme was widespread specialist-baiting. When the government needed the service of specialists, workers' anti-specialist sentiments presented a difficult problem. After the civil war when the former Paramonov Coalfield in Nesvetai decided to hire back the former manager P. E. Kalnin as chief engineer, the engineer I. I. Nekrasov as his assistant, and another engineer V. M. Kuvaldin as mechanic, colliers openly demanded that the party secretary K. M. Gorlov: "Throw him [Kalnin] out on his ear, Kostia. However much you may feed a wolf, he still looks to the wood!" Kalnin appeared to these workers to be Paramonov's managers, a lord, as before³⁶. (Kalnin, Nekrasov, and Kuvaldin were all indicted at the Shakhty trial in 1928.) In other mines, specialists lived in a house with three to eight rooms, baths, electricity, and running water, had a barn to keep livestock, and were served by a servant and a driver at the expense of the administration. None of these conveniences were available to workers. So they were said to negotiate with engineers with a pick. Jewish engineers were treated by workers particularly harshly³⁷.

The Donbas authorities, particularly the secret police, were ambivalent about the employment of those engineers and technicians who, to begin with, appeared to them to be politically suspect. The famous 1928 Shakhty affair was but one of several "economic counterrevolution" trials that took place in the Donbas in the 1920s. In 1924, for example, a number of Kadiivka (Kadiievka) mining engineers were tried in Kharkiv (then capital of Ukraine) on charges of economic espionage and counterrevolution: they were said to have provided vital data on the mines to their former owners in Poland in exchange for money and to have wilfully mis-

³³ H. R. Knickerbocker, *The Soviet Five-Year Plan and Its Effect on World Trade* (London 1931) 167f.

³⁴ GARF, f. 5459, op. 10, d. 11, l. 110

³⁵ GARF, f. 5451, op. 14, d. 259, ll. 24 and 133

³⁶ L. V. Karasev, *Shakhterskaia letopis'. Iz istorii shakhty im. Lenina* (Rostov 1960) 47 and 49.

³⁷ *Khoziaistvo Donbassa*, no. 29 (15 May 1923) 18, *Otchet IV-go gub'sezda gornorabochikh Donbassa* (Bakmut 1924) 9f., and many reports in the archives, e. g. DADO, f. 1p, op. 1, spr. 1871, ark. 2–3, f. R-2607, op. 1, spr. 1326, ark. 29.

managed the mines. The chief defendant (Guliakov) was sentenced to death, but the sentence was later commuted to ten years of imprisonment. Others were given various lengths of prison terms³⁸. Clearly, the engineers and technicians were harassed by the authorities. In 1926, no less than 50 percent of the Donbas technical staff were on trial, mainly for industrial accidents³⁹.

It was no accident that, the Shakhty affair, the first major show-trial under Stalin, took place in the Donbas: counting on workers' resentment against the privileged proved politically effective. This did not mean that the workers were firmly behind the party and Stalin. The Donbas was as much a trouble spot as it had ever been⁴⁰. Yet a close reading of archival documents does not reveal a major political crisis before 1932.

Famine and Terror

The 1932–33 famine, which affected Ukraine and other parts of the country, was perhaps Moscow's greatest political crisis since the civil war and the 1921–22 famine. Millions of people starved to death. The Donbas and other industrial centers were shielded from the direct impact of the food crisis, but the famished countryside, including the Donbas villages, looked to the Donbas for food. Olsiy Keis has described the following scene in Ienakiievo (Enakievo):

We saw the corpse of a young woman propped up against a plank fence. As we approached we saw there was a child on her breast who sucked the breast without realizing there was no milk left. A sanitary truck, whose job it was to collect the dead bodies from the streets, pulled up as we watched. Two men jumped out of the truck, grabbed the body by the leg and dragged it up on top of the pile of bodies in the truck. Then they took the living child and threw it up with the dead bodies. My brother and I wept in pity for the child, but we realized that there was little that we or anyone else could do to help it, for we were all hungry.⁴¹

Here and there workers were swollen from hunger, and their children were ill with malnutrition⁴². In Stalino and other parts of the Donbas, it was said that people found human nails and fingers in meat pies (*pyrohy*) sold in markets⁴³. According to one testimony, one day when she, a girl of eighteen, "went to that coal mining town", "there were people who were running after other people. Swollen,

³⁸ Kochegarka, 16, 17, 18, 19, 22, and 23 July 1924. I have succeeded in finding few archival documents on this trial.

³⁹ GARF, f. 5459, op. 7, d. 2, ll. 139 and 150.

⁴⁰ See *Hiroaki Kuromiya*, *The Commander and the Rank and File: Managing the Soviet Coalmining Industry, 1928–1933*, in: *William G. Rosenberg, Lewis H. Siegelbaum* (eds.), *Social Dimensions of Soviet Industrialization* (1993).

⁴¹ Second Interim Report of Meetings and Hearings of and before the Commission on the Ukraine Famine held in 1987 (Washington D.C. 1988) 20f. For similar scenes in Makiivka and Kadiivka, see *Mace, Heretz*, op. cit., vol. 2, p. 875, vol. 3, p. 1455.

⁴² See, for example, DADO, f. R-835, op. 1sch, spr. 84, ark. 18, op. 1, spr. 51, ark. 73.

⁴³ *Mace, Heretz*, op. cit., vol. 3, p. 1438

hard-looking people. I didn't know what they were doing, then. Later on it was said that if they caught me they could kill and eat me."⁴⁴

The situation in the Donbas during the famine crisis was explosive. Alexei Gorchakov has recounted an illuminating episode that took place in the Donbas in the summer of 1932. He accompanied his father who was "sent there by his trade union to give a series of lectures":

The poverty and conditions under which the miners lived made a deep impression on me. Houses were leaning over, almost in a state of collapse. The faces of the miners, blackened by coal dust, were thin and emaciated. Near many a mine was a shining, new building – the miners' 'Palace of Culture'.

They were real palaces: parquet floors, tremendous meeting halls, and everywhere portraits of the leaders. But the miners sat in their tiny hovels, too tired and hungry to visit the palace.

'They build us palaces, but we don't even have a decent bathhouse, can't even wash the coal dust out of our skin', they said.

I have seldom since met such anger. I remember my father's very first lecture. Almost in chorus the miners began yelling:

'Why tell us about Shakespeare? Is that all we need, fat...'

The lecture was interrupted. Later the director of the Palace of Culture, an old Communist and hero of the Civil War, told us:

'You didn't get off so badly, we've had much worse.'

I saw a different kind of life in the Donbas. Near one mine, apart from the regular miners' huts, there stood neat rows of white houses with tile roofs. Not far off, a herd of fat cows grazed in the pasture. These were the homes of German Communist miners who had come to work in the USSR.⁴⁵

A Donbas secret police document lists seven cases of industrial strikes in January and early February 1933⁴⁶.

The so-called Riutin affair of 1932, an anti-Stalin manifesto from within the party, was merely the most famous of many similar incidents. Deeply touched by the famine and workers' anger, some loyal Stalinists began to turn against Stalin, or at least to doubt Stalin's leadership. Again, police documents show that numerous Riutin-like groups were uncovered and liquidated by the Donbas secret police. They were accused of demanding the dissolution of collective farms and of declaring Stalin's responsibility for the famine⁴⁷.

Sentiment ran high. Archival documents suggest that at least from this time on the secret police engaged in intense enemy-hunting by a close surveillance of the population, not just the politically suspect but also party members. In July 1933, for example, the Donets'k *oblast'* GPU chief V. Ivanov compiled the political profiles of 175 politically suspect party members in summing up a months-long surveillance. E. M. Andreev was quoted as having said on the anniversary of Lenin's death: "It'd be better if Stalin died. No one would be sorry for him." And, on an-

⁴⁴ Mace, *Heretz*, op. cit., vol. 2, p. 787. See also *ibid.* 857.

⁴⁵ Louis Fischer (ed.), *Thirteen Who Fled*, tr. by Gloria and Victor Fischer (New York 1949) 60f.

⁴⁶ DADO, f. R-835, op. 1sch, spr. 79, ark. 18-21

⁴⁷ DADO, f. R-835, op. 1sch, spr. 53, 79, 105, 138, 139, f. 25p, op. 1, spr. 57, for example.

other occasion: "War's inevitable in the east. I'm confident that the workers will kill everyone off, including the GPU." A miner and party member named Nekhotiaev was said to have declared: "Stalin is the gendarme of the Communist Party." E. M. Bondarenko, a worker at Mine No. 9, apparently declared: "I don't want to be in the party. I'd rather kill two persons, sit for a couple of months, and remain a bandit, but not a party member. In the party there is no truth, but only deception." The list goes on in this fashion⁴⁸.

From the famine crisis onward, any hint of pro-Ukrainian sentiment became sufficient grounds for arrest. Donbas miners were arrested for reading Ukrainian nationalist literature (even the prerevolutionary poet P. Kulish) and for protesting use of the Russian language in meetings⁴⁹.

Archival documents also suggest that after the Kirov murder in December 1934, at least in Ukraine in general and in the Donbas in particular, terror by the secret police became the norm of the day. Numerous people, both party and non-party members, bosses, workers, and peasants, were affected by the terror. Many anti-Stalin, anti-Soviet remarks, songs, and jokes were attributed to these victims. A worker in Luhans'k named Nesmachnyi, for example, was arrested for telling his fellow workers: "Kirov was killed. It's a pity that Stalin wasn't [*Ubili Kirova, zhalko chto ne Stalina*]." Miners at the Horlivka mine were accused of singing "counterrevolutionary songs": "Kirov was killed and food rationing was abolished; if Stalin is killed, people will begin to live [*Kirova ubili – khlebnye knizhki otmenili, Stalina ub'iut – narody zazhivut*]." Similar songs and remarks were recorded in profusion⁵⁰.

Indeed, there was ample reason for people to be angry with their difficult lives. The Stakhanovite movement, which may have benefited the norm busters, made mining labor all the more dangerous for all miners. Everyday Moscow received painful reports of deaths and accidents from the Donbas and elsewhere. Sergo Ordzhonikidze, who had promoted the Stakhanovite movement from 1935, wrote a note, at once contrite and accusatory, two weeks before he killed himself. He reminded the mining managers that in the old days, under the Tsar, when a few workers were killed, it caused a sensation even in the "Black-Hundred" state duma; the managers ought to remember this because many of them were old revolutionaries. Yet in our day when twenty people are killed, they remove the bodies, bury them, and write that the workers' mood is uplifted. There is no spirit, their minds are blunt. Accidents occur. No one accounts for the death of the

⁴⁸ DADO, f. R-835, op. 1sch, spr. 79, ark. 201–26.

⁴⁹ DADO, f. 424p, op. 1a, spr. 183, ark. 23, 27, 37–38.

⁵⁰ See, for example, DADO, f. 326p, op. 1, spr. 304, passim. For almost identical songs, see *Merle Fainsod*, *Smolensk under Soviet Rule* (1958) 422, and *Sheila Fitzpatrick*, *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization* (1994) 291 f. The reaction of workers' children (who may not have been politically naive but were least likely to be targeted for political repression) caused particular concern among Donbas authorities: "He [Stalin] deserved it [Tak i emu nuzhno]", "Food rationing was abolished because they were scared after the Kirov murder; all the same, workers are eating rotten food", and so on; (DADO, f. 424p, op. 1a, spr. 183, ark. 5–8).

workers. Then more people die⁵¹. When a number of show trials against Donbas coalfields managers and engineers took place in 1937 and 1938, almost invariably angry workers were mobilized to testify against their bosses. To contend that all the "anti-Soviet" remarks were fabricated by the police is to risk underestimating human emotions.

Yet one cannot and should not take these police reports at face value. A perusal of randomly chosen files of repressed individuals in the Luhans'k and Donets'k Security Service (formerly KGB) archives shows that indeed the secret police agents and informers actively engaged in fabricating crimes such as "counterrevolutionary" utterances and songs. The police also used torture extensively to extract confessions of such crimes. Numerous innocent people were executed on trumped-up charges⁵².

This raises an important methodological question of how to study and analyze popular politics under Stalin. Like most foreign scholars, I have not been allowed to examine systematically the numerous reports on the political mood of the population (*politicheskie nastroyeniia naseleniia*) the secret police at all levels wrote on a weekly, fortnightly, or monthly basis. Those reports which are available are indeed very useful and informative. Yet some young Western historians seem to take these reports much too uncritically⁵³. As in other dictatorships such as Nazi Germany⁵⁴, the police had the imperative of finding enemies everywhere. When signals came from Moscow to intensify enemy hunting, the police and its agents looked for the slightest hint of political disloyalty and actively fabricated evidence. They knew well what their bosses wanted to hear. One might remember the complaint Molotov once made about the intelligence reports: everyday he used to spend half a day reading them, but he still could not trust them⁵⁵. Both Stalin and Molotov undoubtedly used the police reports selectively, i.e. using those which suited their political purpose. Historians need to exercise great caution in reading these documents.

By driving all criticism underground, Stalin deprived himself of the means by which to gauge popular or public opinion to any degree "objectively". This makes the historians' task unenviably difficult. The very absence of such means surely has much explanatory power, because it was this that created the conditions for unrestrained terror, akin to the trials of conscience in the medieval witch hunt⁵⁶.

⁵¹ Rossiiskii tsentr khraneniia i izucheniia dokumentov noveishei istorii (RTsKhIDNI), f. 85, op. 29, d. 156, ll. 10–12.

⁵² Based on a reading of personal files in Arkhiv Upravlinnia Sluzhby Bezpeky Ukrainy po Luhans'kii oblasti (AUSBULO) and Arkhiv Upravlinnia Sluzhby Bezpeky Ukrainy po Donets'kii oblasti (AUSBUDO).

⁵³ I have in mind some recent, unpublished works by American and British historians. Of course, the same applies to many historians in the former Soviet Union.

⁵⁴ Unlike historians of Nazi Germany, who have no or little restriction in access to existing archives, historians of the Stalin era still have no or little access to the whole of the secret police archives.

⁵⁵ Sto sorok besed s Molotovym. Iz dnevnika F. Chueva (Moscow 1991) 31 f.

⁵⁶ *Stephen Kotkin* has recently examined this analogy in his *Magnetic Mountain. Stalinism as*

Just as no democracy is completely democratic, so even Stalin's Union was not thoroughly "totalitarian". Some people got their bosses' orders and signals wrong and wrote the wrong kinds of reports. Some did not betray their conscience even under the threat of death⁵⁷. A careful reading of police reports does suggest that there were both widespread fear and discontent in the Donbas. Other sources also confirm some of these reports. After the Kirov murder, for example, five wagon-loads of Donbas miners were arrested and deported. Their crime was making remarks critical of Stalin and his government: "Stalin slaughters people without a knife" (clearly a reference to the famine), "Pity Kirov, maybe there are mistakes in our policy, so they've begun to kill our leaders" and the like⁵⁸.

Given the brutality with which Stalin promoted the industrialization and collectivization campaign, he had good reason to fear a single fatal bullet by one single angry citizen, be he Communist, non-Communist, worker, or kulak⁵⁹. The implications were that no one, including Communists and workers, was safe from terror. By the mid-1930s the workers no longer held a special status in Soviet political discourse. The discourse, which had been based on class, began to change at the end of the 1928-1931 Cultural Revolution⁶⁰ and certainly from the time of the 1932-33 famine crisis onward. Preferential treatment of people of proletarian and other humble origins came to an end. The class rhetoric never disappeared, but it retained hardly any substance. Correspondingly, it was at this time that the concept of "enemy" began to change from "class enemy" to class-neutral "enemy of the people"⁶¹. After 1931, at least in the Donbas, even when the press singled out mine managers and engineers for attack for their alleged disregard of workers' life, their social origins were rarely mentioned.

It is wrong to suggest that the workers did not suffer much from Stalin's terror. There are untold numbers of files on repressed workers, peasants, and other "ordinary" people in the former KGB archives in the Donbas. The bosses suffered disproportionately because of their visibility, but the bulk of the terror victims were these *narod*⁶².

a Civilization (1995). See also Gábor Tamás Rittersporn, *The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Politics and Social Relations in the 1930s*, in: Nick Lampert, Gábor Tamás Rittersporn (eds.), *Stalinism: Its Nature and Aftermath. Essays in Honour of Moshe Lewin* (Armonk/N.Y. 1992).

⁵⁷ Again, personal files in the former KGB files clearly demonstrate this.

⁵⁸ Testimony by I. I. Uksusov, *Posle molchaniiia*, in: *Sovetskii shakhter*, no. 11 (1989) 10. For repressed Donbas workers, see also Hryhorii Kostiuk, *Zustrichi i proshchannia*. Spohady. Knyha persha (Edmonton/Canada 1987) 538 f. and 546 f.

⁵⁹ That numbers of "enemies" did not matter much can be inferred from the following March 1937 remark by Stalin: "To win a battle in war, several corps of Red Army soldiers may be needed, but to ruin the victory at the front will suffice a few spies somewhere in the army headquarters or even in the division headquarters who can steal an operation plan and pass it to the enemy." I. V. Stalin, *Sochineniia*, v. 1 (14) (Stanford 1967) 219.

⁶⁰ Sheila Fitzpatrick (ed.), *Cultural Revolution in Russia, 1928-1931* (1978).

⁶¹ I have examined this, though inadequately, in "The Commander and the Rank and File".

⁶² See my: *Stalinist Terror in the Donbas: A Note*, in: *Slavic Review* 50, 1 (1991).

Conclusion

The Donbas and its workers had always been unmanageable; the mines provided an excellent haven for all sorts of fugitives. Moreover, the political history of the Donbas had never been very favorable to Moscow (or Kyiv). While serving Moscow's political cause in, for example, 1928 and 1935, and producing its share of Stalin supporters such as Aleksei Stakhanov, the Donbas remained an intractable spot because it remained a refuge for the politically disenfranchised, a symbolic frontier far from the political metropolis.

In fact, there is some indication that the Donbas was among the areas hardest hit by Stalin's terror. Already from 1933 onward, numerous foreigners (Poles, Germans, Austrians, Western Ukrainians) who sought refuge in the Donbas were arrested. So were many ethnic minorities in the Donbas (particularly Germans, Poles, and Greeks) suspected of foreign connections. From 1934 to 1936 at least nine German "counterrevolutionary" organizations ("Prolog", "Renegaty", "Filial", "Kol'tso" etc.) were liquidated by the Donbas NKVD⁶³. The post-Kirov hunt for "spies", "Trotskyites", "nationalists", and "fascists and terrorists" hit Ukraine particularly severely, and in 1935, by far the largest number of such "enemies" in Ukraine were arrested in the Donbas⁶⁴. Available data on 1937-38 are incomplete, but the following information is instructive. In the city of Donetsk, 70 people were shot on 5 September 1938, 332 on 5 October, 295 on 10 October, 336 on 14 October, 237 on 14 November, 134 on 17 November, 84 on 19 November ...⁶⁵.

The immediate pre-war years further complicated the life of Donbas workers: workers' lives deteriorated sharply. As one former Donetsk resident, a son of a miner, recalled, their settlements

teemed with all kinds of diseases. Sanitation facilities were nonexistent; there were no rest rooms. Food supplies were sporadic, and in winterterm vegetables and fruit became unobtainable. Scurvy, rickets, and other vitamin deficiency maladies killed children of all ages right and left. My younger sister, Natasha, caught bad case of impetigo and her little body was covered with boils and ointment for two weeks before this contagious disease somehow bypassed the rest of our family. A 50 percent survival rate was considered good for most families⁶⁶.

The draconian labor laws enacted to prepare for imminent war severely curtailed the flow of labor migrants to the Donbas. Instead, those from newly annexed Bessarabia, the Northern Bukovina, and Western Ukraine came to seek work in the Donbas. Thus the Donbas continued to attract marginal or marginalized people.

⁶³ Vechernyi Donetsk, 23 February 1990.

⁶⁴ RTsKhIDNI, f. 17, op. 120, d. 84, l. 1 and d. 181, l. 73.

⁶⁵ Donetskies vedomosti, no. 37 (September 1992) 6f.

⁶⁶ Bohdan, op. cit., 41f.

The war was a test for both the population and the party leaders. If indeed the Donbas coalfields were a nest of "enemies", Moscow had every reason to fear the Donbas. However, the response of the Donbas workers to the war was patriotic in general, with no wholesale defection to the enemy camp. The Stalinist apologists claim that Stalin's terror rid the country of real and potential traitors. Moreover, the retreating Soviet authorities executed numerous prisoners and politically suspect non-prisoners in the Donbas. Still, the vast majority of the Donbas population, including workers, refused (or at least were not eager) to leave their homes in the face of advancing enemy forces⁶⁷.

For this act in defiance of Moscow's edict, they paid dearly: the Germans massacred the Donbas residents en masse (Stalino, renamed Iuzivka under occupation, lost more than 20 percent of its remaining residents to the German operation, and the Jews were almost entirely annihilated), while actively rounding up slave labor to be sent to Germany⁶⁸. The Soviet secret police dispatched its own agents to the occupied Donbas to exterminate collaborators. Once the Donbas was liberated by the Red Army, the Soviet secret police terrorized the population. Most important collaborators fled abroad, but lesser figures tended to return home. Many were arrested and executed by Soviet authorities. Among them was I. I. Mel'nikov, a hewer at Mine No. 2-4 in Krasnodon who served in the German *Polizei*, fled with the Germans, was captured by the Red Army in Odessa, changed his identity, fought in the Red Army ranks, and was awarded the "Victory over Germany" medal⁶⁹.

At least in Luhans'k, according to a secret police investigation, the majority of the real traitors turned out to be those who at first glance had no reason to be disaffected from the soviet government⁷⁰. How applicable this conclusion is to the Donbas in general and other occupied areas of the Soviet Union is not known, but Stalinism does not appear to have rendered irrelevant Trotsky's remark on the Donbas workers: "One cannot go to the Donbas without a [political] gas mask."

The Donbas case may also answer some of the questions the "subjectivist" school has posed⁷¹. For one, as Manfred Hildermeier argues in his contribution to this volume, just as the "objective" world is not the whole world, so "the 'inner world' and 'self-consciousness' do not compose the whole world". Indeed, one

⁶⁷ Those survivors whom I have interviewed almost invariably contend that foreigners cannot understand the difficult circumstances under which they had to live, but they also indicate that initially they thought or hoped they would be able to live under the Germans.

⁶⁸ See, for example, *Donetskii vestnik* and *Nove zhyttia* for 1942. See also *Ulrich Herbert*, *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des "Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches* (Berlin, Bonn 1985) 158f.

⁶⁹ AUSBULO, No. 26518. His case was somewhat unusual, however: he was arrested in 1965 and executed the following year.

⁷⁰ *Derzhavnyi Arkhiv Luhans'koi Oblasti (DALO)*, f. P-1790, op 1, spr. 262a, ark. 9.

⁷¹ See, for example, Jochen Hellbeck's contribution to this volume and *idem.* (ed.), *Tagebuch aus Moskau 1931-1939* (Munich 1996). Note also *Kotkin*, op. cit., and *Igal Hal'fin*, *Jochen Hellbeck*, *Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's 'Magnetic Mountain' and the State of Soviet Historical Studies*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44, H. 3 (1996).

can safely assume that in a country like Stalin's Soviet Union, a complete break between an individual's thought and action was possible. This break explains why Stalin needed his own version of trials of conscience. For another, much of the argument of the "subjectivist" school seems to assume implicitly or explicitly the immutability of the regime in discussing an individual's action (or practice). The regime was not at all immutable in parts of the Soviet Union: the war with Germany did away with Stalin's power in occupied territory. The occupation brought entirely new factors into politics. Even at the height of the Great Terror, individuals no doubt imagined political alternatives. It was patently clear both to the ruler and the ruled that war brings such alternatives. This indeed became the case for large areas of the Soviet Union, including the Donbas.

Dietmar Neutatz

Arbeiterschaft und Stalinismus am Beispiel der Moskauer Metro

Eine zentrale Rolle für das Verständnis der stalinistischen Herrschaft spielt das Verhalten der Arbeiterschaft. Trotz einer drastischen Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen seit dem Anlaufen des ersten Fünfjahresplanes konnte das Regime offensichtlich auf die Unterstützung der Arbeiterschaft rechnen, die als autonomer Machtfaktor in Vertretung ihrer Gruppeninteressen nicht mehr in Erscheinung trat. Es kam zu keinen organisierten Formen massenhaften Widerstandes oder nachhaltiger Interessenvertretung gegenüber dem Regime.

Die sozialen Grundlagen des Stalinismus waren in den letzten Jahren Gegenstand intensiver Forschung. Dabei ging es vor allem um die Auswirkungen des Zustroms von hunderttausenden neuen Arbeitern bäuerlicher Herkunft in die Städte Anfang der dreißiger Jahre. Unter den Thesen, die in der neueren Literatur formuliert wurden, sollen hier als Leitfragestellungen zwei herausgegriffen werden: Es ist dies zum einen die These – ausgeführt von Hans-Henning Schröder und anderen –, daß die „neuen Arbeiter“ aufgrund ihrer fehlenden Erfahrung, mangelnden proletarischen Bewußtseins und Heterogenität nicht geschlossen als Arbeiterklasse auftreten konnten, somit eine leichter manipulierbare Masse darstellten und sich als soziale Basis für die stalinistische Gesellschaft eigneten¹. Die andere These, vertreten etwa durch Stephen Kotkin, David Hoffmann oder Kenneth Straus, operiert ebenfalls mit der Kategorie der „neuen Arbeiter“, sieht aber die Auswirkungen des Zustroms vom Land vor allem in einer „Verbäuerlichung“ der Städte. Die neuen Arbeiter übertrugen demzufolge bäuerliche Verhaltensweisen und dörfliche Beziehungsgeflechte in die Städte, wodurch es ihnen gelang, die Kontrolle durch Betriebsführung und Staatsapparat zu unterlaufen. Das Regime war gezwungen, sich dieser Realität durch Zugeständnisse anzupassen².

¹ Vgl. *Hans-Henning Schröder*, „Neue“ Arbeiter und „neue“ Bürokraten. Gesellschaftlicher Wandel als konstituierendes Element von „Stalinismus“ in den Jahren 1928–1934, in: Vierteljahreshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 73 (1986) 505 f.; *ders.*, Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des ‚Stalinismus‘ 1928–1934 (Berlin 1988) 280.

² Vgl. *David Lloyd Hoffmann*, Peasant Metropolis. Migration to Moscow and the Politics of Social Identity, 1929–1941 (Ithaca, New York 1994) 2 f., 86–89, 159–169, 177 ff.; *Stephen Kotkin*, Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization (Berkeley, Los Angeles, London 1995)

Im folgenden soll untersucht werden, inwieweit diese beiden Thesen für ein konkretes Fallbeispiel zutreffen bzw. wie sie sich in Einklang bringen lassen. Als Objekt der Analyse dient der Bau der Moskauer Untergrundbahn in den Jahren 1931 bis 1935. Das Unternehmen *Metrostroj* war eines der herausragenden Großprojekte der Stalinzeit, das zigtausende Arbeiter anzog. Am Höhepunkt der Arbeiten, im Mai 1934, waren rund 75 000 Menschen beim Metrobau beschäftigt. Angesichts der Sonderrolle, die *Metrostroj* als Prestigeobjekt höchster Priorität spielte, können sicherlich nicht alle Ergebnisse bedenkenlos auf die gesamte sowjetische Arbeiterschaft übertragen werden. Bestimmte Verhaltensmuster und Grundtendenzen der Entwicklung scheinen jedoch zeittypisch und von allgemeiner Natur zu sein, wie der Vergleich mit anderen Fallstudien zeigt³. Der vorliegende Aufsatz ist ein Zwischenbericht aus einem breiter angelegten Forschungsvorhaben über den Bau der Moskauer Untergrundbahn und beruht auf einer ersten stichprobenweisen Auswertung der Quellen. Die hier formulierten Thesen sind daher als vorläufige Ergebnisse zu betrachten.

Es sollen im folgenden drei Fragestellungen behandelt werden:

1. Die Anwerbung der Arbeitskräfte. Hier geht es vor allem um die Frage, in welchem Verhältnis organisierte Anwerbung und unkontrollierter Zustrom standen und inwieweit traditionelle Formen der Saisonwanderung eine Rolle spielten.

2. Die soziale Zusammensetzung der Metrobauer und Verhaltensweisen der „neuen Arbeiter“ bäuerlicher Herkunft. Inwieweit war der hohe Anteil neuer Arbeiter den Interessen des Regimes förderlich oder abträglich? Waren die neuen Arbeiter leichter zu manipulieren und zu formen, oder zeigten sie nicht vielmehr Verhaltensweisen der Obstruktion, Konservatismus, religiöse und traditionelle Bindungen? Wer waren die Stützen des Regimes unter der Arbeiterschaft, wie machten sie ihren Einfluß geltend?

3. In welchem Verhältnis stehen die Phänomene Enthusiasmus und Unfähigkeit zum Protest? Die Annäherung an diese komplexe Thematik erfolgt über die Frage nach den objektiven Arbeits- und Lebensbedingungen, den Möglichkeiten, Unzufriedenheit oder Protest auszudrücken oder gar Widerstand zu leisten.

1. Anwerbung der Arbeitskräfte

Durch die großen Bauvorhaben des ersten Fünfjahresplans entstand innerhalb weniger Jahre ein großer Arbeitskräftemangel. In seiner vielzitierten Sechspunkte-Rede vom 23.6.1931 schlug Stalin vor, zur Rekrutierung neuer Arbeiter für die Industrie auf dem Land eine organisierte Anwerbung (*orgnabor*) von Ar-

88 f.; Kenneth M. Straus, *The Transformation of the Soviet Working Class, 1929–1935. The Regime in Search of a New Social Stability* (Ph.D. Diss. Pennsylvania State University 1990 Ann Arbor, Michigan 1991) 106 f.

³ Vgl. die Ergebnisse von Kotkin für Magnitogorsk.

beitskräften durchzuführen⁴. Im Rahmen des *orgnabor* sollten die Betriebe mit Kolchosen Verträge über die Entsendung von Arbeitskräften abschließen. In der Folge erstellten die Betriebe genaue Pläne für die Anwerbung von Arbeitskräften, abgestimmt auf den Bedarf an einzelnen Qualifikationen und Regionen. Diese Pläne erwiesen sich jedoch als wenig effektiv. In der Praxis wurden jene Leute eingestellt, die auf eigene Faust in die Stadt fuhren und am Fabriktor erschienen⁵. Neuere Untersuchungen über Moskauer Fabriken und über Magnitogorsk deuten darauf hin, daß die traditionellen Formen der Saisonwanderung, wie *otchodničestvo* und *zemljačestvo*, weiterhin eine dominante Rolle spielten⁶.

Bei den Großbaustellen war die Saisonwanderung aus den Dörfern noch stärker ausgeprägt. Der Bau war traditionell eine Domäne der Bauern, weil er die Möglichkeit bot, in wenigen Monaten viel zu verdienen und dann wieder aufs Dorf zurückzukehren. Daher fanden sie sich mit den in der Regel schlechten Arbeitsbedingungen ab⁷.

1932/33 versuchte die Regierung, den unkontrollierten Zustrom in die Städte in den Griff zu bekommen. Das Paßgesetz vom 27. 12. 1932 sah nur für Städter die Ausstellung von Pässen und Wohnnerlaubnissen vor, Landbewohnern wurden sie vorenthalten. Damit wurde die spontane Migration illegal⁸. In dieselbe Richtung zielte die Verordnung vom 17. 3. 1933, die als einzig legale Grundlage für das Verlassen der Kolchose einen im Rahmen von *orgnabor* geschlossenen Vertrag anerkannte⁹. Eine Resolution der Moskauer Arbeitsbehörde vom 25. 2. 1933 nannte als Voraussetzung für die Einstellung eines Arbeiters die Vorlage eines Passes, einer Wohnnerlaubnis und der Personalkarte des letzten Arbeitsplatzes mit Angabe des Entlassungsgrundes¹⁰.

Die Praxis sah allerdings auch nach 1933 anders aus, wie das Beispiel *Metrostroj* zeigt. Der Arbeitskräftemangel machte sich von Beginn an auch hier empfindlich bemerkbar, zumal bei *Metrostroj* zusätzlich das Problem auftauchte, daß es kaum Arbeiter gab, die über die für den Bau einer Untergrundbahn erforderlichen Qualifikationen verfügten¹¹. Die ersten Anwerbungen verliefen unbefriedigend, da die Rayone die unqualifiziertesten Saisonarbeiter, die man am ehesten entbehren

⁴ Straus, Transformation, 63 f.

⁵ Straus, Transformation, 79 f., 203; Hoffmann, Peasant Metropolis, 46 f.

⁶ Vgl. Straus, Transformation, 188 f. (für die Moskauer Automobilfabrik AMO-ZIS und die Fabrik „Serp i molot“); Kotkin, Magnetic Mountain, 80, 82 f. – *Otchodničestvo* („Weggehen“) war die Saisonarbeit von Bauern, die zeitweilig ihr Dorf verließen, *zemljačestvo* („Landsmannschaft“) war die Saisonarbeit von ganzen Gruppen, die aus einem Dorf kamen.

⁷ Straus, Transformation, 196.

⁸ Ebd. 93.

⁹ A. M. Panfilova, Formirovanie rabočego klassa SSSR v gody pervoj pjatiletki (Moskva 1964) 118.

¹⁰ Ja. L. Kiselev, S. E. Malkin (Hrsg.), Sbornik važnejšich postanovlenij po trudu (Moskva 1938) 85.

¹¹ Protokoll Nr. 6 der Beratung bei der Leitung von *Metrostroj*, 27. 2. 1932. Central'nyj Municipal'nyj Archiv Moskvy (Moskauer Stadtarchiv, weiter: CMAM) f. 665, op. 1, d. 14, Bl. 20.

konnte, zu *Metrostroj* schickten. Einen Ausweg bot bezeichnenderweise der Rückgriff auf die traditionelle Form des *zemljačestvo*. Die erste *Metrostroj*brigade, die Brigade Kuznecov, entstand dadurch, daß ein Techniker aus Kaluga in seine Heimat fuhr und von dort eine Gruppe Tunnelarbeiter mitbrachte. Sie hatten bis dahin kleine Tunnel unter Eisenbahndämmen gegraben, eine typische Arbeit dörflicher Saisonarbeiter¹².

Organisierte Anwerbung wurde 1933 in der Ukraine, im Westgebiet, im zentralen Schwarzerdegebiet und vor allem in Baschkirien betrieben. *Metrostroj* schloß am 8. April 1933 mit einem Rayon in Baschkirien einen Vertrag über die Werbung von Arbeitskräften. Die Kolchosen mußten je 10 bis 15 Mann für *Metrostroj* abstellen. Zusätzlich meldete sich eine große Zahl von Freiwilligen, die zum Teil von weit her kamen. Der Rayon übernahm die Patenschaft über die Baustellen von *Metrostroj*, auf denen seine Leute arbeiteten. Man schickte Brigaden, um zu sehen, wie die Leute in Moskau wohnten und arbeiteten. Umgekehrt leistete Moskau dem Rayon Hilfe in Form von *Metrostroj*-Brigaden, die auf den Kolchosen halfen, sowie mit Literatur und Medikamenten. Mit Hilfe von *Metrostroj* wurde der Rayon mit Telefon ausgestattet¹³.

Insgesamt verliefen die Anwerbeaktionen jedoch unbefriedigend. Das System der Einstellung und Entlassung von Arbeitskräften bei *Metrostroj* wurde mehrmals reorganisiert¹⁴. Erst im Laufe des Jahres 1934 bekam man das Problem halbwegs in den Griff. Detaillierte Pläne, die vor Beginn der Hauptarbeiten 1932 erstellt wurden und den Arbeitskräftebedarf genau nach einer Vielzahl verschiedener Qualifikationen aufschlüsselten¹⁵, erwiesen sich bald als Makulatur. Die erforderlichen Facharbeiter konnten erst während des Baus durch begleitende Maßnahmen ausgebildet werden¹⁶.

Aufgrund des Wohnraummangels sollten bevorzugt Arbeiter eingestellt werden, die bereits in Moskau über einen Platz in einer Wohnung verfügten¹⁷. Dies war auch einer der Gründe, warum man 1933/34 über den Komsomol 13 000, die Partei 1500 und die Gewerkschaften rund 23 000 Arbeiter aus Moskauer Fabriken zu *Metrostroj* mobilisierte¹⁸.

Da sich die zentrale Personalabteilung von *Metrostroj* als überfordert erwies, gestattete man den einzelnen Baustellen, selbständig Arbeiter einzustellen und zu

¹² G. Medynskij, Pervyj den' metro [Manuskript]. Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation, weiter: GARF) f. 7952, op. 7, d. 416, Bl. 9–10.

¹³ V.E. Poletaev, Iz istorii stroitel'stva pervoj očeredi Moskovskogo metropolitena, in: Istoričeskie zapiski 42 (1953) 24 f.

¹⁴ Anweisung Nr. 253 des stellvertretenden Leiters von *Metrostroj*, Abakumov, 29.6.1933. CMAM f. 665, op. 1, d. 45, Bl. 84; Protokoll einer Beratung beim Moskauer Stadtparteikomitee [weiter: MGK VKP(b)], 25.–26.2.1934. Ebd. d. 124, Bl. 4–5.

¹⁵ Anweisung Nr. 64 des Leiters von *Metrostroj*, Rotert, 15.3.1932. Ebd. d. 9, Bl. 62.

¹⁶ Anweisung Nr. 143, Rotert, 17.7.1932. Ebd. d. 9, Bl. 164–166; Bericht einer Kommission des Moskauer Gebietspartei-Komitees [weiter: MK VKP(b)], 12.2.1933. Ebd. d. 13, Bl. 15.

¹⁷ Protokoll einer Beratung beim MK VKP(b), 25.–26.2.1934. Ebd. d. 124, Bl. 5.

¹⁸ Vgl. Poletaev, iz istorii, 24.

entlassen¹⁹. Das führte jedoch dazu, daß trotz wiederholter Weisungen der Betriebsleitung in den ersten Jahren praktisch jeder genommen wurde, der sich meldete, ohne Rücksicht auf fehlenden oder gefälschten Paß und Arbeitsdokumente. Die Personalkarteien der Baustellen waren lückenhaft und in chaotischem Zustand und entsprachen nicht der sich durch laufende Neueinstellungen, Abgänge und Versetzungen rasch verändernden Realität. 1934 wurden im Zuge einer durchgreifenden Reorganisation die Karteien durchgeforstet, alle Arbeiter auf ihre ordnungsgemäße Anmeldung überprüft und neu registriert. Arbeiter ohne Paß, ohne Aufenthaltserlaubnis und ohne Wohnung wurden entlassen²⁰.

Aus den Berichten und Statistiken, die in diesem Zusammenhang erstellt wurden, geht hervor, daß die Masse der Arbeiter in unorganisierter Form spontan eingestellt worden war, allein im Jahre 1934 37 200 von 58 928²¹. Der Schacht 7–8 hatte zum Beispiel 1934 2728 Arbeiter eingestellt, davon nur 45 über organisierte Anwerbung, 160 durch Mobilisierung aus Moskau, 405 durch Verlegung von anderen Metrobaustellen, aber 2178, die auf eigene Faust zum Schacht gekommen waren. In der Personalkartei waren außerdem noch 975 Arbeiter als anwesend verzeichnet, die inzwischen die Baustelle verlassen hatten²².

2. Die neuen Arbeiter und die Stützen des Regimes unter den Metrobauern

Ein großer Teil der Metrobauer war ländlicher Herkunft, unmittelbar aus dem Dorf auf die Baustelle gekommen, verfügte über keine Produktionserfahrung und schon gar nicht über ein ausgeprägtes Arbeiter-Klassenbewußtsein – mit einem Wort klassische „neue“ Arbeiter. Von der Partei wurde das schon früh als Problem begriffen. Immer wieder ist in den Quellen die Rede von der großen Zahl rückständiger Arbeiter bäuerlicher Herkunft, die dem Idealbild des bolschewistisch geformten Proletariers in keiner Weise entsprachen. Man sprach häufig von klassenfremden oder klassenfeindlichen Elementen, die sich eingeschlichen hätten und durch langsames Arbeiten, mangelndes Bewußtsein, häufiges Krankfeiern und ständiges Wechseln des Arbeitsplatzes die Planerfüllung gefährdeten²³.

So kam zum Beispiel das Parteibüro des Kontors für Caissonarbeiten (Tunnelbau unter einer Druckluftglocke) 1933 zu dem Schluß, daß die ihm unterstehenden Arbeiter überwiegend „Kulaken“ seien. Caissonarbeiten waren die Domäne

¹⁹ Anweisung Nr. 253, Abakumov, 29.6.1933. CMAM f. 665, op. 1, d. 45, Bl. 84.

²⁰ Bericht der Kaderabteilung des Schachtes 7–8 für das Jahr 1934. Ebd. d. 226, Bl. 1; desgl. für den Schacht 22–22 bis. Ebd. Bl. 53; desgl. für den Schacht 38–40. Ebd. Bl. 67.

²¹ Jahresberichte der Organisationen von Metrostroj über die Kaderarbeit 1934, Gesamtübersicht. Ebd. d. 225, Bl. 81.

²² Bericht der Kaderabteilung des Schachtes 7–8 für das Jahr 1934. Ebd. d. 226, Bl. 2.

²³ Stenogramm der 1. Parteikonferenz von Metrostroj, 9. 1. 1934. CMAM f. 665, op. 1, d. 133, Bl. 13, 120.

von Bauern, die als Saisonarbeiter durchs Land zogen und ihr Geld beim Bau von Brücken und Unterführungen verdienten. Diese bäuerlichen Caissonarbeiter, von denen ein Teil als geschlossene Gruppe aus einem Dorf gekommen waren – die oben erwähnte Brigade Kuznecov –, fielen in der Öffentlichkeit auf, weil sie oft betrunken randalierten und in den Geschäften regelmäßig Schlägereien vom Zaun brachen, wenn sie nicht außer der Reihe bedient wurden, wie es ihnen als Schwerarbeiter zustand. Folgt man der Beurteilung des Parteibüros, dann handelte es sich um „Hooligans“, die nur das Ziel hatten, möglichst viel zu verdienen und das Geld gleich zu vertrinken. „Gesellschaftliche Verpflichtungen“, Produktionsberatungen und dergleichen interessierten sie nicht. Der Brigadeführer Kuznecov wurde schließlich als Entkulakisierter entlarvt und entlassen²⁴.

Analog zu Beobachtungen, wie sie etwa für Magnitogorsk gemacht wurden²⁵, stößt man auch bei *Metrostroj* regelmäßig auf bäuerliche Verhaltensweisen und traditionelle Strukturen, die in der Stadt weiterlebten und mit städtischen Lebensformen vermischt wurden. Religiöse Traditionen (Ikonen, Anrufung von Heiligen) waren ebenfalls keine Seltenheit²⁶. Im Herbst begann regelmäßig der Abgang der Saisonarbeiter²⁷. Die Schächte rangen um jeden einzelnen Arbeiter, versuchten die Leute zu halten, indem sie ihnen Urlaub zum Einbringen der Ernte gaben²⁸.

Viele Brigaden waren auch in Wirklichkeit nichts anderes als *Arteli* (die überkommene Organisationsform russischer Arbeiter), die nur die Bezeichnung gewechselt hatten. Der *Starosta* (Leiter) des *Artel'* hieß nun Brigadier, führte aber seine Leute und verteilte den Lohn nach den alten Spielregeln. Die traditionelle Form der Arbeitsorganisation erschwerte die betriebliche Kontrolle und war daher der Partei ein Dorn im Auge. Mit der Zeit gliederte man solche Brigaden um, setzte neue Brigadiere ein, führte Einzel- oder Gruppenlohn ein, um die Brigade in kleinere Einheiten unter neuen Führern aufzuspalten und die Autorität des ehemaligen *Starosta* zu untergraben²⁹.

Ein verbreitetes Phänomen, das in zahlreichen Lebensläufen von Metrobauern sichtbar wird, war die Kettenwanderung. Wenn Verwandte oder Bekannte aus dem Dorf schon in Moskau lebten, waren sie den Nachziehenden bei der Arbeits- und Wohnungssuche behilflich. Die dörflichen Beziehungen halfen das Risiko abzusichern. Den Verwandten und Bekannten vertraute man mehr als unbekannten Werbern³⁰.

²⁴ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteifunktionär Udalych, Caissonkontor, 1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 243, Bl. 1–3.

²⁵ Vgl. *Kotkin*, *Magnetic Mountain*, 88f.

²⁶ Vgl. z.B. die Aussage von El'man auf einem Erinnerungsabend der Komsomolzen der Caissongruppe, 26.8.1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 242, Bl. 34.

²⁷ Stenogramm mit dem Leiter der 3. Baudistanz, Gurov, 1934. Ebd. d. 300, Bl. 195.

²⁸ Stenogramm des Gesprächs mit der Technikerin Kamneckaja, Schacht 10–11, 1934. Ebd. d. 303, Bl. 137.

²⁹ Ebd. Bl. 138–139.

³⁰ Vgl. *Hoffmann*, *Peasant Metropolis*, 60ff. Vgl. z.B. die Stenogramme von Gesprächen mit

Angesichts der vielen neuen Arbeiter und der äußerst schwachen Durchdringung der Belegschaft mit Parteikadern beschloß die Partei 1933, eine größere Zahl von Kommunisten und Komsomolzen aus Moskauer Betrieben zu *Metrostroj* zu „mobilisieren“. Im Laufe des Jahre 1933 kamen auf diese Weise in drei Wellen 13 000 Komsomolzen auf die Baustellen³¹. Gemeinsam mit den über die Parteikomitees der Moskauer Rayone mobilisierten 1000 Parteimitgliedern und 500 ausgewählten Parteilosern³² sollten sie einen harten Kern bilden und die Beeinflussung, Kontrolle und Erziehung der „rückständigen“ Arbeiter garantieren. In seiner Rede auf der Festsitzung anläßlich der ersten Komsomol-Mobilisierung nannte der damalige Moskauer Parteisekretär Chruščev als Aufgaben: neuen Schwung in den Bau zu bringen, sich die Technik anzueignen sowie einen Kampf zu führen für Arbeitsdisziplin und gegen Bummel, Ausbehaltsausfall, Kulaken, Trotzisten und „rechte Opportunisten“³³.

Trotz anfänglicher Friktionen³⁴ bei der Mobilisierung und beim Arbeitsantritt der Komsomolzen erwies sich das Konzept insgesamt als erfolgreich. Die Ankunft der Komsomolzen bewirkte eine deutliche Steigerung des Arbeitstempos und eine Straffung der Kontrolle über die übrigen Arbeiter. Die Komsomolzen machten sich mit jugendlichem Enthusiasmus an die Arbeit, wurden zwar anfangs von den anderen Arbeitern und vom technischen Personal der Schächte aufgrund ihrer mangelnden Erfahrung im Tunnelbau nicht für vollwertig angesehen, eigneten sich aber in überraschend kurzer Zeit die Technik des Metrobaus an und wurden innerhalb weniger Wochen zur Avantgarde der Baustellen³⁵.

Die Mobilisierten formierten sich teils in eigenen Komsomolbrigaden, teils wurden bestehende Brigaden mit Komsomolzen und Kommunisten durchgesetzt³⁶. Häufig übernahmen sie auch leitende Funktionen in der Partei-, Komsomol- und

der Stoßarbeiterin Sokolova, Schacht 16, GARF f. 7952, op. 7, d. 267, Bl. 1–2, mit der Aufzugswärterin Alaskina, Schacht 9. Ebd. Bl. 35–40.

³¹ Protokoll Nr. 17, Büro MGK VLKSM, 27.3.1933 (Beschluß zur Mobilisierung von 1000 Komsomolzen). Central'nyj Archiv Obščestvennych Dviženij Moskvy (Parteiarchiv der Stadt Moskau, weiter: CAODM) f. 635, op. 1, d. 52, Bl. 47–48; Beschluß zur Mobilisierung von 2000 Komsomolzen, Büro MGK VLKSM, 15.7.1933. Ebd. d. 53, Bl. 31; Beschluß über die Mobilisierung von 10 000 Komsomolzen anläßlich der Patenschaft des Komsomol über *Metrostroj*, 26.8.1933. Ebd. Bl. 55.

³² Protokoll Nr. 73, Sekretariat MGK VKP(b), 22.7.1933. CAODM f. 4, op. 3, d. 32, Bl. 87. *Rabočaja Moskva* Nr. 170 (23.7.1933).

³³ Stenogramm einer Festsitzung anläßlich der Mobilisierung der Komsomolzen, 14.5.1933. CAODM f. 635, op. 1, d. 66, Bl. 15–16.

³⁴ Stenogramm einer Versammlung von Komsomolzen, die zu *Metrostroj* mobilisiert wurden, 3.6.1933. CAODM f. 635, op. 4, d. 67, Bl. 1–45.

³⁵ Bericht über die Arbeit der Komsomolorganisation des Schachtes 18–18bis von *Metrostroj*. Zum Protokoll Nr. 162, Büro CK VLKSM, 11.12.1934. Centr Chranenija Dokumentov Molodenyh Organizacij (Komsomolarchiv, weiter: CChDMO) f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 178–180.

³⁶ Ebd. Bl. 180; Rechenschaftsbericht des Schachtes 18. Zum Protokoll Nr. 162, Büro CK VLKSM, 11.12.1934. Ebd. Bl. 207–208; Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolsekretär Melovanov, Schacht 22. GARF f. 7952, op. 7, d. 311, Bl. 67.

Gewerkschaftsarbeit, bauten zum Teil erst die entsprechenden Basisorganisationen auf, die bis dahin ein kümmerliches Dasein gefristet hatten, und organisierten den „sozialistischen Wettbewerb“ und die „Stoßarbeit“ (*udarničestvo*)³⁷. So wurden etwa die erwähnten Caissonbrigaden nach der Ankunft der Komsomolzen umgegliedert. Die Parteizelle schickte in jene Brigaden, in denen die „unerwünschten Elemente“ den Ton angaben, Komsomolzen und Kommunisten, die ziemlich schnell die Führung übernahmen, so daß die „Hooligans“ gebessert oder entlassen werden konnten³⁸.

Die Komsomolzen entwickelten ein stark ausgeprägtes, fast überhebliches Gruppenbewußtsein und traten mit dem Anspruch auf, als ideologisch gefestigte und klassenbewußte Kader-Proletarier der verlängerte Arm der Partei zu sein und die anderen Arbeiter zu erziehen. Anläßlich der Mobilisierung der ersten „Tausender“ im Frühjahr 1933 wurde eine Festsitzung mit Musik und pathetischen Ansprachen abgehalten, auf der die Komsomolzen eine feierliche Selbstverpflichtung verabschiedeten, in der es unter anderem hieß:

„Auf Beschluß des MK VKP(b) hat das MK VLKSM uns ‚1000‘ Komsomolzen-Stoßarbeiter Moskau auf einen überaus verantwortlichen Abschnitt des sozialistischen Aufbaus – den Bau der ersten Metro in der Union mobilisiert. [...]

Es wird gefordert, daß wir uns selbst technisch umrüsten, der ganzen Arbeitermasse von *Metrostroj* unsere Erfahrung in der Produktion, in der Stoßarbeit und im sozialistischen Wettbewerb übergeben, die Erfahrung in der produktionsorganisatorischen Arbeit, die Erfahrung im massenpolitischen Kampf, für die Erfüllung der von ZK und MK gestellten Aufgaben.

[...] All das können wir leisten, wenn wir auf bolschewistische Art für die Erfüllung der 6 Bedingungen Stalins kämpfen, wenn wir wie ein Kern der vordersten Komsomolzen Moskau unter der Führung der Parteiorganisation den Massen voranschreiten, sie auf der Basis unseres persönlichen Vorbilds zu konkreten Arbeitsabschnitten nachziehen. [...]

Wir geben das Versprechen, daß die Brigaden und Schächte, in denen wir arbeiten, von heute an keine Rückstände mehr haben dürfen. [...]

Auf der Basis des sozialistischen Wettbewerbs und der Stoßarbeit verpflichten wir uns, die Arbeitsdisziplin auf die nötige Höhe zu bringen und einen bolschewistischen Kampf gegen Bummel und Fluktuation der Arbeitskräfte zu organisieren. [...] Wir Schachtarbeiter müssen die Arbeit so organisieren, daß Bummel und Arbeitsplatzwechsler sofort entlassen und dem öffentlichen Boykott preisgegeben werden.“³⁹

Sieht man sich die Lebensläufe der Komsomolzen an, stellt man fest, daß dieses Selbstbild nicht ganz der Realität entsprach. Die Mehrheit der Komsomolzen hatte keineswegs einen proletarischen Hintergrund, sondern war selbst der Kategorie „neue Arbeiter“ zuzuordnen. Für 384 Komsomolzen eines Metroschachtes ist die soziale Herkunft aufgeschlüsselt: Nur 162 (42,2%) kamen aus Arbeiterfa-

³⁷ Vgl. z.B. den Bericht über den Zustand der Komsomolorganisation des Schachtes 21–21 bis. 9.12.1934. CChDMO f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 188–189; Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Marusin, 9.5.1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 241, Bl. 1–2.

³⁸ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteifunktionär Udalych, Caissonkontor. GARF f. 7952, op. 7, d. 243, Bl. 1–3.

³⁹ Verpflichtung der zu *Metrostroj* mobilisierten 1000 Komsomolzen, 14. 5. 1933. CAODM f. 635, op. 1, d. 66, Bl. 50–51.

milien, 181 (47,1%) hatten als Eltern Bauern, 33 (8,6%) Angestellte und 8 (2,1%) Angehörige übriger Berufe. Die Masse von ihnen (299) hatte erst in den Jahren 1930–1932 zu arbeiten begonnen und somit kaum Produktionserfahrung⁴⁰. Eine Stichprobe von 54 Komsomolzen, die als bewährte Stoßarbeiter und Brigadiere 1934/35 interviewt wurden und ihren Werdegang schilderten, zeigt ein ähnliches Bild: Nur 20 (37%) stammten aus Arbeiterfamilien, 25 (46%) aus Bauern- und Handwerkerfamilien, 8 (15%) hatten Angestellte, Lehrer, Ärzte oder sogar Geistliche als Väter. 29 (54%) waren im Dorf aufgewachsen. Die Masse (37) war zwischen 1911 und 1915 geboren, hatte ihren ersten Arbeitsplatz in der Stadt während des ersten Fünfjahresplans angetreten, die meisten (27) in den Jahren 1930 bis 1932. Als sie 1933 zur Metro kamen, waren sie zwischen 18 und 22 Jahren alt und hatten überwiegend erst ein bis zwei Jahre Fabrikserfahrung⁴¹. Auch unter den mobilisierten Kommunisten war ein ähnlich hoher Anteil von Leuten bäuerlicher Herkunft. Von 14 interviewten Zellensekretären und anderen Funktionären der Parteiorganisation von *Metrostroj* kamen sieben aus einer Bauernfamilie. Sie waren allerdings im Durchschnitt zehn Jahre älter als die Komsomolzen und hatten demzufolge eine längere Produktions- oder Funktionärerfahrung⁴².

Es wäre falsch, die Komsomolzen undifferenziert als Enthusiasten und Stützen des Regimes zu betrachten. Schon während der Mobilisierung zeigte sich, daß eine nicht unbedeutende Minderheit der von den Komsomolzellen zu *Metrostroj* abkommandierten Komsomolzen – nicht alle waren Freiwillige – keine Lust hatte, dorthin zu gehen und sich nach wenigen Tagen Arbeit bei den Schächten aus dem Staub machte, meist unter Zurücklassung des Komsomolbilletts⁴³. Der Komsomolsekretär von *Metrostroj*, Šaširin, meinte bei einer Anhörung im Dezember 1934, nachdem seine Vorredner allzu unkritisch von den Erfolgen der Komsomolzen geschwärmt hatten, man dürfe nicht so tun, als ob von Anfang an alles in Ordnung gewesen sei:

„Erinnert euch, welche Einstellungen es gab, als die Jugend zum Schacht kam: Viele wollten nicht in den Schacht gehen, glaubten, daß das eine schmutzige Arbeit sei, die sie nicht verrichten wollten. Wir hatten sehr viele Anträge von Komsomolzen auf Ablösung von *Metrostroj*, begründet mit verschiedensten Krankheiten, Familienumständen usw. Hier wurde, v.a. im Winter, eine große Arbeit geleistet, um diese Einstellungen zu bekämpfen. Jetzt sind sie erheblich seltener.“⁴⁴

Nicht selten mußte der Komsomolsekretär einer Fabrik auf Anordnung des Rayonskomitees selbst zu *Metrostroj* gehen, weil die Leute, die er mobilisiert

⁴⁰ Bericht über die Komsomolorganisation des Schachtes 18–18bis, 11.12.1934. CChDMO f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 178.

⁴¹ Berechnet nach den autobiographischen Angaben in den Stenogrammen der Gespräche mit Komsomolzen. GARF f. 7952, op. 7, d. 267, d. 301–310, d. 312, d. 315–323.

⁴² Ebd. d. 299, d. 303–308.

⁴³ Vgl. z. B. das Stenogramm des Gesprächs mit der Komsomolzin Odrova, 1. Baudistanz [Metrostroj war in Schächte (unterirdischer Tunnelvortrieb) und Distanzen (offene Baustelle) gegliedert]. GARF f. 7952, op. 7, d. 306, Bl. 15.

⁴⁴ Protokoll Nr. 162, Büro CK VLKSM, 11.12.1934. CChDMO f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 224.

hatte, wieder weggelaufen waren⁴⁵. Oft wurden die in Fabriken geschickten Werber gefragt, ob die Arbeit bei *Metrostroj* schwer sei und wie es um die Versorgung und das Essen stehe. In manchen Fabriken meldeten sich nur sehr wenige Freiwillige⁴⁶. Immer wieder wurden einzelne Komsomolzen aus der Organisation ausgeschlossen, weil man sie als untergetauchte Popen- oder Kulakensöhne oder als Faulenzer und Bummelanten enttarnte⁴⁷, manche auch wegen antisowjetischer Äußerungen in Form von Zweifeln am Erfolg des Metrobaus⁴⁸. Um noch einmal das Beispiel der Caissonarbeiter zu bemühen: Ein Teil der Komsomolzen, die den Caissonbrigaden zugeteilt wurden, paßte sich den dort eingerissenen Sitten an und fiel in der Öffentlichkeit durch Trunkenheit und Prügeleien negativ auf⁴⁹.

Insgesamt wurde die Leistung der Komsomol-Enthusiasten gehörig gelobt und in der Presse als vorbildlich hervorgestellt. Das anmaßende Auftreten und die Eigenwilligkeiten der Komsomolzen stießen jedoch auch in der Partei und bei der Komsomolführung auf Kritik. Der Parteisekretär von *Metrostroj* äußerte in einer Versammlung, die Komsomolzen sollten nicht glauben, daß nur sie gut arbeiteten, alle anderen schlecht. Sie würden viele Fragen oberflächlich angehen und die Augen vor ihren eigenen Mängeln verschließen⁵⁰. Der Komsomolsekretär von *Metrostroj* schlug in die gleiche Kerbe: Es gäbe auch unter den Komsomolzen genug negative Elemente. Die Komsomolbrigaden würden dazu neigen, immer die anderen zu kritisieren und Bedingungen zu stellen, was alles erforderlich sei und was man ihnen vorbereiten müsse, damit sie ordentlich arbeiten könnten. Sie sollten weniger kritisieren, sondern die Organisation der Arbeit selbst in die Hand nehmen⁵¹.

Der harte Kern der Komsomolzen und Kommunisten fühlte und gebärdete sich im engeren Umkreis als verlängerter Arm des Regimes. Angespornt durch einschlägige Appelle der Komsomol- und Parteiorganisation überwachten sie ihre Arbeitskollegen, meldeten Auffälligkeiten nach oben oder ergriffen selbst Maßnahmen zur „Bearbeitung“ und „Formung“ der neuen Arbeiter⁵². Die Komso-

⁴⁵ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Šatalov. GARF f. 7952, op. 7, d. 241, Bl. 6.

⁴⁶ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Šitov, Schacht 22. Ebd. d. 309, Bl. 154.

⁴⁷ Vgl. die Stenogramme von Gesprächen mit dem Komsomolzen Šatalov. Ebd. d. 241, Bl. 15; Komsomolsekretär Maksimov, Schacht 35. Ebd. d. 242, Bl. 53; Brigadier Egorov, Schacht 10–11. Ebd. d. 301, Bl. 3.

⁴⁸ Vgl. das Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolsekretär Bejlin. Ebd. d. 273, Bl. 63–64.

⁴⁹ Stenogramm des Erinnerungsabends der Komsomolzen der Caissongruppe, 26.8.1934. Ebd. d. 242, Bl. 11.

⁵⁰ Stenogramm der 1. Parteikonferenz von *Metrostroj*, 9. 1. 1934. CMAM f. 665, op. 1, d. 133, Bl. 83–84.

⁵¹ Ebd. Bl. 149–152.

⁵² Vgl. z.B. die Stenogramme der Gespräche mit dem Komsomolsekretär Kalugin. GARF f. 7952, op. 7, d. 241, Bl. 59; Parteisekretär Batrakov, Schacht 16–17. Ebd. d. 242, Bl. 149; Parteisekretär Gusev, Schacht 33–35. Ebd. d. 300, Bl. 215–216.

molzen organisierten in den Schächten eine Kontrolle über die Brigaden in Form einer täglichen Inspektion der geleisteten Arbeit⁵³. Um den Brigaden die Möglichkeit zu versperren, den Plan quantitativ auf Kosten der Qualität zu erfüllen, riefen die Komsomolzen auf Anregung der „Komsomol'skaja Pravda“ die Institution der sog. „öffentlichen Qualitätsinspektoren“ ins Leben⁵⁴. Das waren bewährte Stoßarbeiter, Komsomolzen und Parteimitglieder, die darüber wachten, daß ihre Kollegen ordentliche Arbeit leisteten und Qualitätsmängel publik machten. Allein im Schacht Nr. 18 gab es durch die Qualitätsinspektoren im Laufe des Jahres 1934 über 300 Beanstandungen, worauf 57 Arbeiter mit einem Verweis, 34 mit Lohninbehaltungen und vier mit Entlassung bestraft wurden⁵⁵.

Eine beliebte Erziehungsmethode zur Beeinflussung der Arbeiter wie auch der eigenen Leute war das öffentliche Bloßstellen von Drückebergern, Faulenzern, Alkoholikern, Bummelanten und Arbeitern, die aus anderen Gründen den Plan nicht erfüllten. Sie wurden vor versammelter Brigade angeprangert und zur Änderung ihres Verhaltens aufgefordert. Folgt man den Berichten der Komsomolzen, führte das oft zu einer Besserung⁵⁶. Die erfolgreiche Umerziehung und Wandlung „rückständiger Elemente“ zu „fortschrittlichen Arbeitern“ ist ein in den Komsomolquellen häufig anzutreffendes Stereotyp. Verbreitet finden sich Aussagen wie die einer zu *Metrostroj* mobilisierten Komsomolfunktionärin, die die Arbeit auf der Baustelle der Untergrundbahn als „Schule“ hochstilisierte:

„Das Rayonskomitee schickte uns ein Mädchen zur Umerziehung in die Brigade. Sie veränderte sich bei uns sehr. Wir gaben ihr eine Kojе im Wohnheim und hielten sie unter ständiger Beobachtung. Für mich ist die Metro eine große Schule des Lebens, sie hat mich gelehrt, an die einzelnen Menschen heranzugehen. *Metrostroj* hat mich sehr verändert, meine Freunde von früher erkennen mich nicht wieder.“⁵⁷

Nicht immer gelang es den Komsomolzen, die anderen Arbeiter in ihrem Sinne zu beeinflussen. Gegenüber Fabrikarbeitern, die in den Komsomolzen nicht ihresgleichen sahen, hatten sie manchmal einen schweren Stand, wie die eben zitierte Komsomolzin einräumen mußte:

„Die Mädchen unserer Brigade kamen fast alle aus Fabriken. Sie fluchten ordinär. Meine Freundin und ich bemühten uns, auf sie einzuwirken. Sie sagten: Man sieht euch gleich an, daß ihr aus einer Behörde kommt, nicht aus der Fabrik. Wartet nur ein bißchen, dann werdet ihr auch fluchen. Aber wir setzten uns durch, erwarben uns Autorität. Das Fluchen hörte auf. Aber die meisten der Mädchen waren Nörglerinnen, sie schimpften, man nötige

⁵³ Bericht über die Arbeit der Komsomolorganisation des Schachtes 18–18bis von *Metrostroj*, 7. 12. 1934. CChDMO f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 179.

⁵⁴ Bericht über die Arbeit des Komsomol im Schacht 21. Ebd. Bl. 199.

⁵⁵ Bericht über die Arbeit der Komsomolorganisation des Schachtes 18–18bis von *Metrostroj*, 7. 12. 1934. Ebd. Bl. 180.

⁵⁶ Vgl. die Stenogramme der Gespräche mit Gribanovskij, Schacht 18, 7. 8. 1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 241, Bl. 109; Komsomolsekretär Maksimov, Schacht 35, 26. 8. 1934. Ebd. d. 242, Bl. 56; Brigadier Lušnik, Schacht 12. Ebd. d. 304, Bl. 40.

⁵⁷ Stenogramm des Gesprächs mit der Komsomolzin Nikitina, 7. Baudistanz. Ebd. d. 317, Bl. 41–42.

sie zu schwerer Arbeit, in der Fabrik sei es leichter gewesen. Wir versuchten, gegen diese Einstellung anzukämpfen, aber es gelang nicht. Viele gingen weg, weil ihnen die Arbeit zu schwer war.“⁵⁸

Komsomolsekretäre zogen Nachforschungen über die soziale Herkunft von Arbeitern ein, um untergetauchte Kulaken zu enttarnen⁵⁹. Pflichtbewußte Komsomolzen und Kommunisten denunzierten ihre Arbeitskollegen, wobei nur zum Teil ein wirklicher Anlaß zum Eingreifen bestand, wenn etwa ein Arbeiter über längere Zeit den Plan nicht erfüllte⁶⁰. Oft spielte es jedoch gar keine Rolle, ob der Betreffende sich persönlich etwas hatte zu Schulden kommen lassen. Die Tatsache, daß er seine kulakische Herkunft verschwiegen hatte, reichte aus, ihn mit Schimpf und Schande von der Baustelle zu jagen. Wenn Komsomolzen oder Kommunisten in einem solchen Fall Mitleid äußerten oder den Beschuldigten verteidigten, mußten sie sich selbst wegen mangelnden Klassenbewußtseins und politischer Schwäche vor ihrem Zellensekretär verantworten⁶¹. Die Loyalität gegenüber der Partei hatte also im Idealfall absolute Priorität gegenüber normalen zwischenmenschlichen Beziehungen. Menschliches Mitgefühl oder Solidarität mit dem Arbeitskollegen hatten hier keinen Platz.

Die Erziehungsarbeit hatte allerdings nicht immer so rigorosen Charakter. Die Komsomolzen und Kommunisten richteten zum Beispiel in den Baracken sog. „rote Ecken“ ein, mit Zeitungen, politischer Literatur, Schachspielen, Musikinstrumenten, zeigten den Neulingen vom Land, wie man „kul’turno“ lebt, seinen Schlafplatz sauber hält und sich wäscht. Man organisierte „Vorträge von Kommunisten, wie sie sauber machen, wenn sie in der Früh aufstehen usw. Feierlich wird ein Orden für das schmutzigste Zimmer verliehen.“

Obwohl die meisten Komsomolzen von ihrem früheren Arbeitsplatz eine Wohnung hatten, wurden sie auf Baracken aufgeteilt, um ihren Einfluß ausüben zu können. Man erwartete von ihnen, mit Arbeitern, die negativ auffielen, Gespräche zu führen, kollektive Freizeitaktivitäten zu organisieren, um die Leute vom Trinken und Kartenspielen abzubringen und ihnen das ordinäre Fluchen abzugewöhnen⁶².

⁵⁸ Ebd. Bl. 29.

⁵⁹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolsekretär Maksimov, Schacht 35, 26. 8. 1934. Ebd. d. 242, Bl. 53.

⁶⁰ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Gusev, Schacht 33–35. Ebd. d. 300, Bl. 210.

⁶¹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolsekretär Maksimov, Schacht 35, 26. 8. 1934. Ebd. d. 242, Bl. 54.

⁶² Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteifunktionär Udalych, Caissonkontor. Ebd. d. 243, Bl. 10–11.

3. Enthusiasmus, Unfähigkeit zum Protest oder Anpassung?

Der Bau der Metro ist ein Beispiel für besonders harte Lebens- und Arbeitsbedingungen unter dem ständigen Druck, überspannte Planvorgaben fristgerecht zu erfüllen. Der Enthusiasmus eines Teils der Komsomolzen und auch anderer Arbeiter darf nicht auf die Gesamtheit der Metroarbeiter übertragen werden, doch zu Formen organisierten Arbeiterprotestes in größerem Stil kam es trotz der teilweise unmenschlichen Bedingungen nicht.

Bei der Erklärung fehlenden Arbeiterprotestes stehen einander verschiedene Interpretationen gegenüber: Der ausbleibende Widerstand kann mit der Repressivität des Sowjetstaates und der Unfähigkeit der zersplitterten neuen Arbeiterschaft zu organisiertem Protest erklärt werden⁶³ oder aber als Ausdruck echter Zufriedenheit und Identifikation der Arbeiter mit dem Regime und der Einsicht in die Notwendigkeit erhöhter Anstrengungen, um das Land aus der Rückständigkeit herauszuführen⁶⁴.

Ein drittes Interpretationsmuster sieht eine vordergründige Anpassung an erwünschtes Verhalten. Die Arbeiter spielten demnach die Rolle, die von ihnen erwartet wurde, gaben nach außen hin den eifrigen Planerfüller ab, fanden aber individuell Wege, „es sich zu richten“, indem sie langsam arbeiteten, um die Normen niedrig zu halten, krank feierten, blau machten oder häufig den Arbeitsplatz wechselten. Auch wenn sie das System auf diese Weise so weit es ging an ihre Bedürfnisse adaptierten, kam es durch dieses „Spiel der sozialen Identifikation“ mit der Zeit zu einer positiven Integration der Arbeiter⁶⁵.

Die objektiven Lebensbedingungen bei *Metrostroj* waren schlecht. Die Masse der Arbeiter hauste in eilig errichteten Barackensiedlungen am Stadtrand unter erbärmlichen sanitären Verhältnissen und weitgehend ohne die für ein geordnetes Leben erforderliche Infrastruktur. Parteistellen, Moskauer Stadtverwaltung, Arbeiter- und Bauerninspektion und Gewerkschaft führten regelmäßig Inspektionen der Baracken durch und ordneten Verbesserungen an, bekamen aber die Verhältnisse bis 1934 nicht in den Griff. *Metrostroj* und die Stadtverwaltung waren nicht in der Lage, der rasch steigenden Arbeiterzahl adäquaten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Baracken waren überbelegt, verschmutzt, zum Teil ungeheizt und ohne Wasser- und Kanalanschluß, es wimmelte von Ungeziefer, in vielen Baracken gab es keine Möglichkeit, nasse Kleidung zu trocknen, Bettwä-

⁶³ Vgl. Schröder, Industrialisierung, 280.

⁶⁴ Vgl. z. B. Patrick Flaherty, The Socio-economic Dynamics of Stalinism, in: Science and Society 52 (1988) 42.

⁶⁵ Vgl. Kotkin, Magnetic Mountain, 222 ff., 235 f.; das Rollenspiel und das Unterlaufen der Anforderungen anschaulich bei Hoffmann, Peasant Metropolis, 198–204, 213 f.; Die Verweigerungstechniken der Arbeiter schilderte schon Donald Filtzer, Soviet Workers and Stalinist Industrialization: The Formation of Modern Soviet Production Relations, 1928–1941 (London 1986) 174 f.

sche wurde teilweise fünf Monate lang nicht gewechselt⁶⁶. In einem Bericht der Arbeiter- und Bauerninspektion (RKI) hieß es im November 1933:

„In etlichen Baracken sind die Verputzarbeiten nicht abgeschlossen, die Fenster nicht verglast. In diesen Baracken leben mehr als 300 Arbeiter unter völlig unmöglichen Bedingungen. In den Baracken ist an den Wänden Schnee, es rinnt von der Decke. Die Arbeiter schlafen in Pelzen bei minus 5–10° Innentemperatur. [...] Der sanitäre Zustand in den Siedlungen ist nicht überall befriedigend. An der Potešnaja, Baracke 5, Zimmer 2, schlafen sie seit 15.11. ohne Bettwäsche, in der Baracke 3, Zimmer 2, seit 2 Wochen ohne Bettwäsche. In besonders antisaniertem Zustand befinden sich die Territorien der Siedlungen Los' und Lužneckij proezd. Rund um die Baracken ist Dreck, die Aborte sind überfüllt und verdreckt. Vielerorts sind die Zimmer überbelegt. In der Baracke 12 am Lužneckij proezd schlafen in 8 Bettstellen 19 Menschen, davon 10 Kinder. In der Baracke 2 an der Nesvižskaja wohnen in 11 Bettstellen 23 Menschen. In der Baracke 3 wohnen 9 Personen in ungeheizten kahlen Räumen, die nicht als Wohnräume vorgesehen sind.“⁶⁷

Ein weiterer Schwachpunkt, der laufend für Beschwerden und Beanstandungen sorgte, war die Verpflegung in den Kantinen. Die Qualität des Essens war schlecht, der Raum beengt und schmutzig, es gab zu wenig Geschirr und Besteck, so daß sich Schlangen bildeten und die Arbeiter zusätzlich zur zwanzigminütigen Mittagspause Arbeitszeit für die Einnahme der Mahlzeiten verloren. In manchen Kantinen gab es gar kein Besteck, und die Arbeiter mußten mit schmutzigen Fingern essen⁶⁸. Häufig beschwerten sich die Arbeiter über zu hohe Preise, schlechtes Essen, zu kleine Portionen und lange Wartezeiten⁶⁹. Die Zustände in den Kantinen von *Metrostroj* waren zeitweise dermaßen unerträglich, daß sie sogar in der Zeitung „Večernjaja Moskva“ angeprangert wurden⁷⁰.

Die schlechten Lebensbedingungen in Kombination mit dem hohen Leistungsdruck verursachten bei *Metrostroj* eine hohe Fluktuation an Arbeitskräften. Das war eine für die Zeit der forcierten Industrialisierung typische Erscheinung. Die jährliche Fluktuationsrate betrug 1934 in Moskauer Betrieben durchschnittlich 100 Prozent, im Bauwesen bis zu 300 Prozent, d.h. statistisch gesehen erneuerte sich die Belegschaft einer Baustelle im Laufe eines Jahres dreimal⁷¹. Der Wechsel des Arbeitsplatzes war eine Möglichkeit, bessere Arbeitsbedingungen und höhe-

⁶⁶ Die Schilderungen der Zustände in den Baracken sind zahlreich. Vgl. z.B. den Beschluß des Büros MGK VLKSM, 8.6.1933. CMAM f. 635, op. 1, d. 53, Bl. 4; Protokoll Nr. 37, Moskauer Gebietskontrollkommission der VKP(b), 20.11.1933. CGAMO f. 807, op. 1, d. 2400, Bl. 167.

⁶⁷ Bericht des Bevollmächtigten der Moskauer Stadt-Kontrollkommission / Arbeiter- und Bauerninspektion (MGKK RKI) für *Metrostroj*, Zolotov, an den Vorsitzenden der Gebiets-KK-RKI, Peters, und den Vorsitzenden des MGK RKI, Filatov, 21.11.1933. Central'nyj Gosudarstvennyj Archiv Moskovskoj Oblasti (Gebietsarchiv Moskau, weiter: CGAMO) f. 807, op. 1, d. 1638, Bl. 1–3.

⁶⁸ Protokoll Nr. 11, Präsidium des Moskauer Gebietskomitees der Gewerkschaft der Eisenbahn- und Straßenbauarbeiter, 16.3.1934. CGAMO f. 4237, op. 1, d. 11, Bl. 210.

⁶⁹ Bericht über die Anwerbung von Arbeitern aus Moskauer Betrieben für *Metrostroj*, Moskauer Verband der Gewerkschaften, o.D. [Februar 1933]. CMAM f. 718, op. 8, d. 36, Bl. 76–77.

⁷⁰ *Večernjaja Moskva*, 27.2.1934.

⁷¹ Hoffmann, Peasant Metropolis, 207.

ren Lohn zu suchen. Angesichts des chronischen Arbeitskräftemangels konnten die Leute fast immer damit rechnen, sofort einen neuen Arbeitsplatz zu finden⁷². Die Betriebsleitungen und Behörden erkannten durchaus den Kausalzusammenhang. Die Leitung von *Metrostroj* und die zuständigen Parteistellen wiesen wiederholt auf die Notwendigkeit hin, die Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbessern, um die Fluktuation einzudämmen⁷³. Weitere Maßnahmen waren Kampagnen zur Selbstverpflichtung bis zum Abschluß des Baus und Aufklärung der Arbeiter über die Bedeutung des Metrobaus, um eine Identifikation mit dem Planziel zu erreichen, sowie die Einführung des progressiven Stücklohns, der das materielle Interesse der Arbeiter ansprach⁷⁴.

Die Fluktuation der Arbeiter bei *Metrostroj* war deutlich geringer als die durchschnittliche Fluktuation in der Moskauer Bauwirtschaft. Die statistischen Daten sind allerdings lückenhaft und in sich nicht stimmig. Laut einer Gesamtübersicht für *Metrostroj* betrug die Fluktuation 1934 rund 60 Prozent jährlich, d.h. es wurden 58928 Arbeiter neu eingestellt und 34513 entlassen⁷⁵. Die Daten sind jedoch zweifelhaft, denn soweit Angaben einzelner Baustellen vorliegen, sind sie erheblich höher. Der Caissonkontor hatte zum Beispiel eine Fluktuationsrate von 90 Prozent, bei 2.385 neu eingestellten und 2100 entlassenen Arbeitern⁷⁶, die Zweite Baudistanz sogar eine von 140 Prozent, bei 1531 neu eingestellten und 2141 entlassenen Arbeitern⁷⁷.

Die Aufschlüsselung der Entlassungsgründe liefert Daten für eine Quantifizierung der These, daß ein großer Teil der Arbeiter Verhaltensweisen entwickelte, die ihre Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen und individuelle Formen von Widerstand zum Ausdruck brachten und mit denen sie sich Freiräume verschafften, um die hohen Leistungsanforderungen zu unterlaufen. Die Angaben der einzelnen Baustellen tendieren in eine gemeinsame Richtung: Bei der Zweiten Baudistanz wurden im Laufe des Jahres 1934 2141 Arbeiter entlassen, davon 658 oder 31,7 Prozent wegen Blaumachens, 49 (2,2 Prozent) wegen Arbeitsverweigerung, 97 (4,5 Prozent) wegen sonstiger Verletzungen der Arbeitsdisziplin, 4 (0,2 Prozent) wegen böswilliger Sabotage, 12 (0,6 Prozent) wegen Desorganisation der Produktion. 600 (28,0 Prozent) waren von sich aus weggelaufen⁷⁸. Ähnlich sind die Daten für den Schacht 7 bis 8⁷⁹:

⁷² Ebd. 208.

⁷³ Protokoll Nr. 8 einer Beratung bei der Leitung von *Metrostroj*, 9.2.1933. CMAM f. 665, op. 1, d. 50, Bl. 18.

⁷⁴ Protokoll Nr. 1 der Arbeiterversammlung der 3. Schicht des 3. Abschnitts von Schacht 20, 13.4.1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 327, Bl. 208.

⁷⁵ Jahresberichte der Organisationen von *Metrostroj* über die Kaderarbeit 1934. Gesamtübersicht. CMAM f. 665, op. 1, d. 225, Bl. 81.

⁷⁶ Jahresbericht des Caissonkontors über die Kaderarbeit 1934. Ebd. d. 225, Bl. 72.

⁷⁷ Jahresbericht der 2. Baudistanz über die Kaderarbeit 1934. Ebd. Bl. 22–23.

⁷⁸ Ebd.

⁷⁹ Bericht über die Arbeit der Kaderabteilung des Schachtes 7–8, für das Jahr 1934. Ebd. d. 226, Bl. 3.

Entlassungsgründe	Arbeiter	Prozent
Blaumachen	272	41,0
Verletzung der Arbeitsdisziplin	80	12,1
Arbeitsverweigerung	29	4,4
familiäre Gründe	79	11,9
Weggang aus Moskau	75	11,3
nicht in Moskau gemeldet	11	1,7
Studium	32	4,8
Krankheit	63	9,5
Sonstige	22	3,3

Das Problem der Bummelanten und Langsamarbeiter taucht in den Quellen häufig auf, oft im Zusammenhang mit Klagen über Alkoholismus und den Einfluß „kulakischer Elemente“⁸⁰. Auch unter den Komsomolzen gab es eine nicht unbeachtliche Zahl von Arbeitern, die Wege fanden, sich das Leben leichter zu machen⁸¹.

Neben den verdeckten Formen des Unterlaufens der Anforderungen gab es auch Fälle offener Verweigerung und sogar Sabotage. Manche Arbeiter weigerten sich kategorisch, Ausbildungen zu absolvieren oder bestimmte Arbeiten zu verrichten⁸². Andere, in den Quellen meist als „Klassenfeinde“ oder „Kulaken“ eingestuft, richteten vorsätzlich Schaden an, indem sie ihre Spezialkleidung oder Werkzeuge ruinierten⁸³, Eisenbolzen in eine Wasserpumpe oder einen Dynamo schütteten, Rohre verstopften⁸⁴ oder Kompressorschläuche anhackten⁸⁵. Im Juni 1933 kam es in einer der Kantinen von *Metrostroj* zu einer Massenvergiftung, weil jemand Schmutz, rostige Nägel, Sand und Abfall ins Essen gemischt hatte. Die Verantwortlichen, „eingeschlichene Klassenfeinde“, darunter der Leiter der Kantine, wurden dem Gericht übergeben⁸⁶. Ein Brigadier fälschte systematisch die Statistik der Normerfüllung und bedrohte eine Kommunistin, die im Begriff war, seine Manipulationen aufzudecken, mit dem Messer. Er wurde entlassen, aus der Gewerkschaft ausgeschlossen und den Justizbehörden übergeben. Im Zuge der weiteren Überprüfung entlarvte man ihn als „Kulakensohn“⁸⁷. Manche Arbeiter

⁸⁰ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Kopejkin, Caissongruppe. Ebd. d. 303, Bl. 22; desgl. mit dem Brigadier Egorycev, Schacht 23bis. Ebd. d. 301, Bl. 67.

⁸¹ Bericht über die Komsomolorganisation des Schachtes 18–18bis, 7.12.1934. CChDMO f. 1, op. 3, d. 129, Bl. 184; Stenogramm des Erinnerungsabends der Komsomolzen der Caissongruppe, 26.8.1934. GARF f. 7952, op. 7, d. 242, Bl. 19.

⁸² Stenogramm des Gesprächs mit dem Brigadier Kravčenko. Ebd. d. 241, Bl. 105.

⁸³ Stenogramm des Gesprächs mit dem Brigadier Krol', Schacht 22–22bis. Ebd. d. 302, Bl. 147.

⁸⁴ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteifunktionär Udalych, Caissonkontor. Ebd. d. 243, Bl. 10.

⁸⁵ Stenogramm des Gesprächs mit einem ungenannten Metroarbeiter. Ebd. d. 342, Bl. 133.

⁸⁶ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Gusev, Schacht 29. Ebd. d. 271, Bl. 22.

⁸⁷ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Abramov, Schacht 9–9 bis. Ebd. d. 299, Bl. 73.

weigerten sich, die Regierungsanleihe zu zeichnen⁸⁸. Ein Komsomolze erklärte, er fürchte um seine Autorität in der Brigade, wenn er die Anleihe zeichne⁸⁹.

Gelegentlich wurden Arbeiter wegen zersetzender Äußerungen belangt. So etwa ein mobilisierter Komsomolze, der wiederholt in Arbeitspausen Zweifel am Erfolg des Metrobaus äußerte. Alles würde nur veranstaltet, um das Ausland zu kopieren, eine Metro bringe man doch nicht zustande. Für alle hörbar meinte er in einer Komsomolversammlung, er und viele andere wollten weg von *Metrostroj*⁹⁰. Während der Mobilisierung der Komsomolzen wurden Gerüchte verbreitet, daß die Caissonarbeit Impotenz und andere schwere Gesundheitsschäden nach sich ziehe, was etliche Komsomolzen veranlaßte, die Baustelle schleunigst wieder zu verlassen⁹¹. Ein schließlich als Kulakensohn entlarvter Arbeiter fiel dadurch auf, daß er „die Brigade zersetzte, faulenzte, in Brigadeversammlungen Partei- und Regierungsbeschlüsse in unzulässiger Weise interpretierte“ und verunglimpfte⁹². Ein anderer äußerte Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Kollektivierung⁹³. Ein selbsternannter Poet wurde aus dem Komsomol ausgeschlossen und von der Baustelle gejagt, weil er konterrevolutionäre Witze erzählt hatte⁹⁴. Aus einem Schacht wird sogar berichtet, daß zwei Arbeiter Stalin und Kaganovič verfluchten⁹⁵.

Vereinzelte treten auch ganze Gruppen als Akteure auf. Im Schacht 16–17 rückte ein Brigadier mit seiner Brigade aus, um den Vorsitzenden des Gewerkschaftskomitees zu verprügeln, weil er für seine Entlassung gesorgt hatte⁹⁶. Auf einer anderen Baustelle erschienen zwölf Arbeiter aus Protest gegen die verzögerte Lohnzahlung geschlossen nicht zur Arbeit. Als sie daraufhin entlassen wurden, drohte ihr Anführer⁹⁷, viele andere Arbeiter würden ihnen nachfolgen und den Bau verlassen⁹⁸. Die schon mehrmals erwähnten Caissonarbeiter reagierten feindselig auf die Ankunft der Komsomolzen, sahen ihr Monopol bedroht, das es ihnen bis dahin erlaubt hatte, ungestraft blau zu machen, bei der Arbeit zu trinken und zu rauchen und Lohnerhöhungen zu fordern. Die Caissonarbeiter setzten die Komsomolzen in der Schleuse überhöhtem Druck aus, so daß diese Ohrensausen und Schmerzen bekamen und sich fürchteten. Sie rieten den neuen, gegen die Schmer-

⁸⁸ Stenogramm des Gesprächs mit der Betoniererin Fedorova. Ebd. d. 243, Bl. 102.

⁸⁹ Stenogramme von Gesprächen mit Metrobauern vom Neigungsschacht 1–2 und vom Verweisungskontor [keine Namen genannt]. Ebd. d. 344, Bl. 3.

⁹⁰ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolsekretär Bejlin. Ebd. d. 273, Bl. 63–64. Das Komsomolkomitee stellte fest, der Betreffende sei mittelbäuerlicher Herkunft, sein Vater hätte viel Vieh besessen, und schloß ihn wegen antisowjetischer Äußerungen aus dem Komsomol aus.

⁹¹ Stenogramm des Erinnerungsabends der Komsomolzen der Caissongruppe, 26.8.1934. Ebd. d. 242, Bl. 1, 24–25.

⁹² Stenogramm des Gesprächs mit einem Metrobauer. Ebd. d. 342, Bl. 134.

⁹³ Stenogramm des Gesprächs mit Arbeitern des Schachtes 9–9bis. Ebd. d. 343, Bl. 111.

⁹⁴ Stenogramm einer Arbeiterversammlung beim Schacht 15–17, 3.3.1935. Ebd. Bl. 195.

⁹⁵ Stenogramm einer Arbeiterversammlung beim Schacht 15–17, 3.3.1935. Ebd. Bl. 207.

⁹⁶ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Batrakov, Schacht 16–17. Ebd. d. 242, Bl. 150.

⁹⁷ Seine Familie war, wie sich herausstellte, 1929 deportiert worden.

⁹⁸ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Palkin. Ebd. d. 243, Bl. 122.

zen in der Schleuse Konfekt zu essen oder das Werkzeug zu küssen, was natürlich nichts half, und machten sich darüber lustig⁹⁹. In einer der Barackensiedlungen von *Metrostroj* bildete sich eine Jugendgruppe, die andere Arbeiter terrorisierte und zersetzend wirkte, indem sie den Politunterricht des Komsomol störte und Einfluß auf die Jugendlichen ausüben wollte. Das Komsomolkomitee zerschlug die Gruppe und stellte ihr eine intensivierte politische Erziehungsarbeit entgegen¹⁰⁰.

Trotz allem waren jedoch keine massenhaften Unzufriedenheitsäußerungen der Arbeiter zu beobachten. Streiks fanden nicht statt. Organisierten Formen des Protests beugte die systematische Durchsetzung der Brigaden mit Komsomolzen und Kommunisten vor. Selbst wenn potentielle Anführer von Protesthandlungen aufgetreten wären, hätten sie unter diesen Umständen keine Aussicht auf Erfolg gehabt. Die individuellen Formen der Anpassung und des stillschweigenden Unterlaufens der Arbeitsanforderungen kanalisieren das Protestpotential in eine für das Regime verhältnismäßig harmlose Richtung. Abgesehen davon blieb die besondere Stellung des Metrobaus auch nicht ohne Auswirkungen auf die gewöhnlichen Arbeiter. Ein Parteifunktionär meinte, in anderen Betrieben, zum Beispiel in Textilfabriken, würden verspätete Lohnzahlungen und Ähnliches von den Arbeitern nicht so ruhig hingenommen. Die Leute würden dort scharenweise das Gewerkschaftskomitee belagern¹⁰¹.

Beschwerden von Arbeitern gab es auch bei *Metrostroj*. Anlaufstellen für die Arbeiter waren die Gewerkschafts-, aber auch die Partei- und Komsomolkomitees. Ein Zellensekretär berichtete, daß sich regelmäßig auch parteilose Arbeiter bei ihm über Mißstände beschwerten¹⁰². Bei diesen institutionalisierten Unzufriedenheitsäußerungen hielt man sich aber streng an die informellen Spielregeln der Kritik und Selbstkritik. Es war kein Problem, in Produktionsberatungen oder Parteiversammlungen das Management, den Verwaltungsapparat, andere Kollegen, auch Funktionäre anzuprangern oder allgemein Mißstände zu kritisieren. Prinzipielle Fragen wie Planvorgaben und Löhne waren jedoch ebenso tabu wie die Parteiführung vom Parteikomitee von *Metrostroj* aufwärts¹⁰³.

Charakteristisch für den positiv eingestellten Teil der Metroarbeiter waren bemerkenswerte Formen eigeninitiativen Verhaltens, die sich am Erfolg des Bauvorhabens orientierten und oft im Widerspruch zu Vorschriften und Anordnungen standen. Es kam vor, daß Arbeiter sich weigerten, Arbeiten auszuführen, weil sie

⁹⁹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteifunktionär Kopejkin, Caissongruppe. Ebd. d. 303, Bl. 22–23.

¹⁰⁰ Stenogramm des Gesprächs mit einem Metroarbeiter. Ebd. d. 341, Bl. 133–134.

¹⁰¹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Leiter der Kaderabteilung von *Metrostroj*, Kuznecov, 20. 11. 1934. Ebd. d. 302, Bl. 58–59.

¹⁰² Stenogramm des Gesprächs mit dem Parteisekretär Michajlov, 3. Baudistanz. Ebd. d. 305, Bl. 102–103.

¹⁰³ Vgl. z. B. die Protokolle der Parteiversammlungen des Leitungsapparats von *Metrostroj*, Januar bis Dezember 1934. CAODM f. 455, op. 1, d. 10; vgl. das Stenogramm der 1. Parteikonferenz von *Metrostroj*, 9. 1. 1934. CMAM f. 665, op. 1, d. 138, Bl. 178; vgl. *Kotkin*, *Magnetic Mountain*, 222.

den technischen Erfordernissen widersprachen, mit dem Ingenieurpersonal stritten und dabei ihre Entlassung riskierten und sich mit Verweisen wegen Mißachtung der Einmannführung nicht einschüchtern ließen¹⁰⁴.

Bei der Fünften Baudistanz gab es eine Art von Verhalten, die als „Partisanentum“ bezeichnet wurde: Weil das Kontor der Baudistanz keine geeignete Räumlichkeit zugewiesen erhalten hatte, drangen die Arbeiter nachts in den nahegelegenen Frisiersalon beim Palast der Sowjets ein, warfen den Friseur hinaus und okkupierten den Salon für das Kontor¹⁰⁵.

Ein wichtige Rolle für die Motivierung der Arbeiter spielten jedoch auch gewöhnliche materielle Anreize. Bei vielen Komsomolzen erwachte der Enthusiasmus, als eigene Komsomolbaracken organisiert wurden, die vorbildlich ausgestattet waren, und wenn sie merkten, daß man bei *Metrostroj* gut verdienen konnte¹⁰⁶. Aus den Berichten der Metrobauer geht hervor, daß der Lohn ein entscheidender Faktor für den Zustrom oder den Abgang von bzw. zu bestimmten Brigaden war¹⁰⁷. Viele Metroarbeiter, vor allem Frauen, berichteten stolz, daß sie jetzt erheblich mehr verdienten als in der Fabrik¹⁰⁸.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß der Begriff „neue Arbeiter“ differenziert werden muß: Es gab eine breite Schicht von Arbeitern, darunter auch viele Mobilisierte, die nur widerwillig zu *Metrostroj* gingen und sich nur äußerlich den sozialistischen Arbeits- und Lebensformen anpaßten. Daneben gab es aber auch eine Gruppe überwiegend jugendlicher Enthusiasten, die zwar mehrheitlich ebenfalls einen dörflichen Hintergrund hatten, aber mit einer völlig anderen Einstellung an die Arbeit bei *Metrostroj* herangingen und versuchten, durch ihr Vorbild die anderen Arbeiter mitzurücken. Aus Interviews mit diesen jungen Arbeitern wird deutlich, daß für sie der Einsatz unter den Extrembedingungen von *Metrostroj* eine Bewährungsprobe war, ein Akt der Emanzipation und des Gleichziehens mit der Elterngeneration, ein Ersatz für die versäumte Teilnahme an Revolution und Bürgerkrieg. Beispielhaft für viele Altersgenossen drückte ein Komsomolze rückblickend seine Gefühle aus, die ihn bewegten, nach der Lektüre eines Erlebnisberichtes über den Bürgerkrieg sich zur Metro zu melden:

„Wo sollte ich kämpfen? Ich sagte mir – an die Front! An die Front des Aufbaus! In unserer sowjetischen Heimat sind die Feinde besiegt, aber nicht besiegt sind die Trägheit und Rückständigkeit des Landes.“¹⁰⁹

¹⁰⁴ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Katamadze, 1. Baudistanz. GARF, f. 7952, op. 7, d. 302, Bl. 6; vgl. *Poletaev*, *Iz istorii*, 36.

¹⁰⁵ Stenogramm des Gesprächs mit dem Abschnittsleiter Butmi, 5. Baudistanz, 26. 6. 1934. Ebd. d. 274, Bl. 21.

¹⁰⁶ Vgl. das Stenogramm des Erinnerungsabends der Komsomolzen der Caissongruppe, 26. 8. 1934. Ebd. d. 242, Bl. 62–63.

¹⁰⁷ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Limončik, Schacht 13–14. Ebd. d. 304, Bl. 9–10.

¹⁰⁸ Stenogramm des Gesprächs mit der Komsomolzin Zabrolina, Schacht 12. Ebd. d. 267, Bl. 28; desgl. mit dem Komsomolzen Zdorovichin, Schacht 12. Ebd. d. 301, Bl. 139.

¹⁰⁹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Katamadze, 1. Baudistanz. Ebd. d. 302, Bl. 2.

Seine baldige Beförderung zum Leiter einer Brigade kommentierte er mit den Worten: „Ich verschuf mir Autorität und fühlte mich als Held.“¹¹⁰

Metrostroj war für diese jungen Leute eine Front im Kampf gegen die Rückständigkeit des Landes, ein Kriegserlebnis, das Energien und Verhaltensweisen freisetzte, die unter normalen Bedingungen nicht wirksam geworden wären:

„Die Komsomolzen waren buchstäblich bereit, für den Beton zu sterben. Es gab Fälle, daß Leute zusammenbrachen, aber nicht aus dem Schacht gingen. Sie lagen dreißig Minuten und schafften sich wieder an die Loren. [...] Diesen Enthusiasmus, dieses Komsomolzenfeuer, solch eine Ergebenheit der Leute zur Arbeit, so etwas habe ich in meinem Leben noch nicht getroffen. Diese Ergebenheit war wirklich musterhaft. [Nach einer den anderen Arbeitern unglaublich scheinenden Übererfüllung der Norm] wurde eine spezielle Kommission gebildet, die die Sache überprüfte, und es kam heraus, daß der Komsomolzenenthusiasmus solche Dinge nicht nur innerhalb des Komsomol zustandebringt, sondern auch Parteilose mitreißen kann, die bereit sind, gemeinsam mit den Komsomolzen im Kampf zu sterben.“¹¹¹

In Gesprächen und Berichten äußerten viele Metrobauer übereinstimmend, daß sie die harten Arbeitsbedingungen nicht auf sich genommen hätten, wenn es sich um irgendeine beliebige Baustelle oder Fabrik gehandelt hätte. Insofern war der Arbeiterenthusiasmus der dreißiger Jahre gebunden an ein konkretes Objekt, sei es *Metrostroj*, sei es Magnitogorsk oder der Bau des Dnepr-Staudammes. Auf längere Frist stand diese Form der Motivation und Mobilisierung von Energien daher nicht zur Verfügung.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Stenogramm des Gesprächs mit dem Komsomolzen Kul'man, Schacht 22. Ebd. d. 311, Bl. 66.

Stephan Merl

Bilanz der Unterwerfung – die soziale und ökonomische Reorganisation des Dorfes

Auch zum Zeitpunkt des deutschen Angriffs 1941 muß die Sowjetunion trotz der unbestreitbaren Erfolge bei der Industrialisierung noch weitgehend als Agrarstaat angesehen werden. Die Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Lande, und mit einem Anteil von 54 Prozent arbeitete sogar der überwiegende Teil der Beschäftigten noch in der Landwirtschaft. Der Beitrag der Landwirtschaft zum Bruttosozialprodukt ist angesichts der extremen Preisverzerrung zwischen überhöht bewerteten Industriewaren und den mehr oder minder deutlich unter den Produktionskosten bewerteten Agrarprodukten nicht genau zu bestimmen, dürfte aber bis 1941 bei mindestens 20 bis 25 Prozent gelegen haben¹. Der Frage, wie die Bilanz der Unterwerfung des Dorfes und der Bauern ein Jahrzehnt nach der Zwangskollektivierung sich darstellt, kommt also große Bedeutung für die Interpretation des Gesamtsystems „Stalinismus“ zu. Bei dem Blick auf das Elend des Dorfes und die weitgehende Stagnation der Agrarproduktion ist man verleitet, diese Bilanz sehr negativ zu ziehen. Erst die Berücksichtigung systemspezifischer ideologisch-politischer Kriterien vermag das Gesamtbild zumindest aus staatlicher Sicht etwas aufzuhellen.

Für die hier im Vordergrund stehende Betrachtung der sozioökonomischen Strukturen erscheint ein Einschnitt zu Beginn des Zweiten Weltkrieges künstlich. So legitim es ist, danach zu fragen, wie erfolgreich die Überwindung der „hundertjährigen Rückständigkeit“ in einem Jahrzehnt, das der Sowjetunion nach Stalins Prognose 1931 dafür zur Verfügung stand², verlief, so deutlich muß doch darauf hingewiesen werden, daß für das stalinistische System das Jahr 1941 mit dem deutschen Angriff keine Zäsur darstellte. Eine grundlegende Änderung des Systems erfolgte trotz der partiellen Liberalisierung während der Kriegsjahre nicht. Nach der siegreichen Beendigung des Zweiten Weltkrieges wurde die Kollektivierung in den annektierten Gebieten wie die zum Teil erforderliche Rekollektivierung

¹ *Stephan Merl*, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Rußlands und der Sowjetunion 1914–1980, in: Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Band 6: Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hrsg. v. *Wolfram Fischer* (Stuttgart 1987) 651, 662, 680.

² Siehe *Robert W. Davies*, *Crisis and Progress in the Soviet Economy, 1931–1933* (London 1996) 15 f.

rung nach dem gleichen Muster wie die Zwangskollektivierung Anfang der 1930er Jahre durchgeführt, ein „Lerneffekt“ ist in keiner Weise zu erkennen. Sowohl hinsichtlich der Produktionsentwicklung als auch bezüglich des menschlichen Leids traten ähnlich verhängnisvolle Folgen auf. Erst Stalins Tod 1953 brachte eine deutliche Zäsur, die im Bereich der Agrarpolitik genauso wie hinsichtlich der Entwicklung des Lebensstandards besonders stark ausgeprägt ist³.

Das Kolchossystem, um das es im folgenden vor allem geht, ist eine spezifische Erscheinung des Stalinismus. Es wurde als Antwort auf die Hungersnot von 1932/33 konzipiert und endete mit der von Chrusčev initiierten zwangsweisen Vergrößerung der Siedlungskolchase durch Zusammenlegungen Anfang der 1950er Jahre⁴. Die Anfang der 1930er Jahre entstandenen Kolchase können nur bedingt als Agrargroßbetriebe angesehen werden und waren noch verhältnismäßig klein, so daß sich die Mitglieder in der Regel untereinander kannten. Staatsgüter spielten unter Stalin nur eine beschränkte Rolle und verfügten lediglich über etwa 10 Prozent der Saatfläche. Mitte der 1930er Jahre unterlagen einige von ihnen der Auflösung, und ihr Land wurde Kolchosen übergeben. Der Kolchos stellte eine Zwitterform dar. Nach der Sowjetpropaganda basierte er auf „Kollektiveigentum“. Doch diese angeblich dritte Eigentumsform zwischen Privat- und Staatseigentum war eine reine Fiktion, die vor allem dazu diente, die vollständige Entrechtung der Mitglieder zu kaschieren. Alle wichtigen Entscheidungen über die Leitung des Betriebs, die Produktionsausrichtung und die Verfügung über die Erzeugnisse wurden von staatlichen Stellen getroffen, bestenfalls durfte die Versammlung der Kolchosniki akklamieren. Auch die Eigentumsrechte am Boden lagen beim Staat. Somit diente das „Kollektiveigentum“ lediglich als Vorwand, den Kolchosniki keinen Arbeitslohn wie den Arbeitern und Angestellten zahlen zu müssen, sondern ihnen allein eine weitgehend fiktive „Gewinnbeteiligung“ auf Basis der erarbeiteten „Tagewerke“ zuzugestehen.

Die hier beabsichtigte Bilanzziehung kann bedingt auf Urteile zurückgreifen, wie sie unmittelbar nach Stalins Tod in der Sowjetunion gefällt wurden. Vor allem Chrusčev übte noch im Herbst 1953 offen Kritik an der bisherigen Agrarpolitik und legte schonungslos ihre verheerenden Folgen dar. Daraus wird ein weiteres Element des Stalinismus ersichtlich. Offenbar waren sich die Parteiführer neben Stalin sehr wohl bestimmter Schwächen des auf Terror und Konsumverzicht aufbauenden Systems bewußt. Doch selbst in Stalins unmittelbarer Umgebung war es offenbar nicht möglich, Kritik und Widerspruch zu äußern und in die Entscheidungsfällung zumindest des Politbüros einzubringen. Mit Stalins Tod und dem Ende des Kolchossystems änderten sich die Bedingungen in der Landwirtschaft

³ *Stephan Merl*, „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“? Über Anspruch und Realität von Lebensstandard und Wirtschaftssystem in Rußland und der Sowjetunion, in: *Wolfram Fischer* (Hrsg.), *Lebensstandard und Wirtschaftssysteme* (Frankfurt a. M. 1995) 259–306.

⁴ Dabei erfolgte nach 1953 häufig eine Umwandlung von Kolchosen in Sowchase, vgl. dazu *Karl-Eugen Wädek*, *Die sowjetischen Staatsgüter. Expansion und Wandlungen des Sowchoszektors im Verhältnis zum Kolchoszektor von Stalins Tod bis heute* (Wiesbaden 1969).

dann grundlegend. Die nun gebildeten Großkolchose vereinigten mehrere Siedlungspunkte, und die zuvor engen Kontakte der Kolchosniki untereinander gingen verloren. Alle im folgenden zu machenden Aussagen gelten deshalb nur bis 1953. Dem Verlust an Überschaubarkeit stand eine unter Chruščev einsetzende, vor allem aber dann unter Brežnev verwirklichte entscheidende Verbesserung der Einkommensverhältnisse und der sozialen Absicherung der Kolchosniki gegenüber, basierend auf einer entschiedenen Subsidierung der Landwirtschaft durch den Staat. Auch wenn danach die Agrarpolitik nicht gerade zur Erfolgsstory wurde, so waren die Gründe dafür doch nun entscheidend andere als unter Stalin⁵.

Ich möchte mich im weiteren vor allem mit den folgenden Fragen beschäftigen: (a) Gelang es nach der Kollektivierung, die Situation im Dorf zu stabilisieren und die auf großen Produktionseinheiten in der Landwirtschaft beruhende neue Betriebsstruktur fest zu verankern? (b) Worin ist die Bedeutung des Terrors in der Landwirtschaft zu erblicken, diente er zur Unterdrückung bäuerlichen Widerstands? (c) Gelang es, das angebliche Hauptziel der Kollektivierung, den Transfer von Arbeit und Kapital aus der Landwirtschaft zum Nutzen der Industrialisierung zu verbessern? Sicherte das Kolchossystem die Lebensmittelversorgung der Arbeiter und während des Zweiten Weltkriegs der Gesamtbevölkerung besser als zuvor die kleinbäuerliche Landwirtschaft? (d) Wie veränderten sich die Lebensverhältnisse und Mitwirkungsmöglichkeiten der bäuerlichen Bevölkerung? Gab es weiterhin so etwas wie eine soziale Differenzierung? (e) Trug die Kollektivierung dazu bei, die Rückständigkeit des russischen Agrarsektors zu vermindern und Modernisierungsprozesse anlaufen zu lassen? Können die neuentstandenen Agrargroßbetriebe als moderne Betriebsformen angesehen werden?

Bevor auf die gestellten Fragen eingegangen werden kann, müssen zunächst die Grundzüge des Kolchossystems dargestellt werden. Die Argumentation dieses Beitrags basiert stark auf meiner Habilitationsschrift. Belege für die vorgestellte Interpretation finden sich hier, so daß ich nur wenige Querverweise machen werde⁶.

1. Grundzüge des 1932/33 geschaffenen Kolchossystems

Die Zwangskollektivierung verschuldete eine Destabilisierung der Lage auf dem Lande und führte zur Vernichtung etwa der Hälfte des Nutztierbestandes. Durch den übermäßigen Abzug verblieb der Landwirtschaft zu wenig Getreide, um die

⁵ *Stephan Merl*, Ist das Experiment Kolchos gescheitert? Agrarpolitik und Agrarwissenschaften in der ehemaligen Sowjetunion, in: 175 Jahre Universität Hohenheim. Studium generale, WS 1993/94. Deutschland/Rußland, hrsg. v. *Jochen Gieraths* (Stuttgart, Hohenheim 1994) 100–109; *Zhores A. Medvedev*, Soviet Agriculture (New York 1987) 161 ff.

⁶ *Stephan Merl*, Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems, 1930–1941 (= Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 175, Berlin 1990).

eigene Reproduktion sicherzustellen, und selbst die Ernährung der Bauern wurde akut gefährdet. Die Hungersnot 1932/33 mit dem Massensterben von Bauern gerade in den traditionellen „Kornkammern“ des russischen Reiches markierte den Höhepunkt der Krise⁷. Erst zu diesem Zeitpunkt kam es zur Jahreswende 1932/33 zur Etablierung des Kolchossystems. Es hatte wenig gemein mit den Planungen und Zielvorstellungen der Partei zum Zeitpunkt der Einleitung der Zwangskollektivierung, so daß es vor allem als Antwort auf die schwerwiegende Krise gesehen werden muß, in welche die voluntaristische Politik die Landwirtschaft getrieben hatte. Es sollte dazu dienen, den inzwischen für dramatisch gehaltenen Produktionsrückgang zu beenden, der spätestens nach der Ernte 1933 auch die Versorgung der Städte akut gefährden mußte. Das Kolchossystem zielte dabei auf einen Kompromiß zwischen dem bäuerlichen Interesse am zumindest nackten Überleben in den Kolchosen und dem Interesse des Staates, einen möglichst großen Anteil an der Kolchosproduktion unter seine Kontrolle zu bringen. Es diente von seiner Konstruktion her deshalb nicht primär zur Erhöhung des Ressourcetransfers aus der Landwirtschaft. Der Kompromiß verschaffte den Kolchosniki ab 1933 endlich Überlebensmöglichkeiten und erlaubte dem Staat den nahezu unbegrenzten Zugriff auf die Kolchosproduktion.

Der entscheidende Punkt des Kompromisses bestand in dem Übergang von der 1930 erzwungenen Duldung zur Förderung der Agrarproduktion auf dem Hofland der Kolchosniki⁸. Damit wurde die zunächst beabsichtigte vollständige Liquidierung der privaten Nebenproduktion und des Privateigentums an Produktionsmitteln vorläufig ausgesetzt und neben der Kolchosproduktion, auf die der Staat den unmittelbaren Zugriff behielt, ein weiterer Produktionsbereich festgeschrieben, in dem die Kolchosniki privat bestimmte Agrarprodukte erzeugen durften, die primär für ihr eigenes Überleben, sekundär aber auch für die Erweiterung der staatlichen Lebensmittelressourcen und für die Vermarktung bestimmt waren. Es lag nahe, diejenigen Produktionsbereiche des Pflanzenanbaus, an denen der Staat ein vorrangiges Interesse hatte, und das waren vor allem die Erzeugung von Industriepflanzen und Getreide, vollständig auf den Kolchos zu konzentrieren, während die Hoflandproduktion die arbeitsintensiven Bereiche der Tierproduktion, aber auch den Anbau von Kartoffeln, Gemüse und Obst umfaßte. Die sich daraus ergebende Arbeitsteilung, wobei der Kolchos sich auf den Pflanzenbau konzentrierte, war sicherlich so nicht beabsichtigt, sie verfestigte sich aber infolge der vom Staat verfolgten Preispolitik. Daraus ergab sich auch, daß der Kolchos angesichts seiner – von Pferden abgesehen – eher unbedeutenden Tier-

⁷ Ders., War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?, in: Guido Hausmann, Andreas Kappeler (Hrsg.), Ukraine: Gegenwart und Geschichte eines neuen Staates (Baden-Baden 1993) 145–166.

⁸ Merl, Bauern, 257–288. Unter dem Hofland ist in Abgrenzung von dem Ackerland, das an den Kolchos übergeben werden mußte, das zum Wohnhaus gehörige kleine Bodenstück zu verstehen. Ab 1933 bezeichnete die Hoflandwirtschaft die kleine private landwirtschaftliche Nebenwirtschaft des Kolchosniks.

haltung im wesentlichen nur saisonal Beschäftigungsmöglichkeiten bot, während auf dem Hofland das gesamte Jahr über Arbeit anfiel. Mußte der Kolchos auf den Viehdung zur Hebung seiner Erträge verzichten, weil dieser ja praktisch nur im Bereich der Hoflandwirtschaft anfiel, war diese, was Futtermittel betraf, nicht unerheblich von den Vorleistungen des Kolchos abhängig.

Ein weiteres Element des Kolchossystems bestand darin, die bisher willkürliche Ablieferungsverpflichtung „aller Überschüsse“ bei Getreide, Kartoffeln und Tierprodukten durch feste tier- bzw. flächenbezogene Ablieferungsnormen zu ersetzen. Nur bei Industriepflanzen war auch weiterhin die gesamte Produktion an den Staat abzuführen. Um zu verhindern, daß Kolchosniki, die an der Kolchosarbeit teilgenommen hatten, dafür überhaupt keine Entschädigung erhielten, weil der Staat die gesamte Produktion abzog – wie bis 1932 durchaus nicht nur in Einzelfällen geschehen –, wurde nun außerdem vorgeschrieben, daß 10 bis 20 Prozent des gedroschenen Getreides als „Vorauszahlung“ sofort an die Kolchosniki nach der Zahl der von ihnen erarbeiteten „Tagewerke“ – dem im Kolchos benutzten Maß für die erbrachte Arbeitsleistung – zu verteilen waren. Dieses Getreide diente der Kolchosfamilie als Grundlage für das Brotbacken und zusammen mit dem vom Kolchos bezogenen Stroh als Futter für das private Nutzvieh. In der privaten Nebenwirtschaft mußten die Kolchosniki alle anderen von ihnen benötigten Lebensmittel erzeugen, ohne daß sie in ihrer Entscheidung zur Nutzung ihres Hoflandes dabei frei waren. So mußten sie nach Staatsplänen Kartoffeln anbauen und eine bestimmte Menge davon an den Staat abliefern. Jede Kolchosfamilie – egal ob sie Vieh hielt oder nicht – mußte außerdem Fleisch an den Staat abliefern, wurde so also geradezu zur Tierhaltung gezwungen. Wer eine Kuh hielt, mußte zudem eine bestimmte Menge Milch an den Staat abführen⁹.

Das Kolchossystem garantierte den Kolchosniki von nun an das Überleben, wenn sie an der Arbeit im Kolchos teilnahmen. Ihr Interesse an der Kolchosproduktion und an der privaten Nebenproduktion war aber sehr unterschiedlich ausgeprägt, und hierin lag zugleich eine wesentliche Ursache für die geringe ökonomische Leistungsfähigkeit des Kolchossystems. Die Arbeit im Kolchos erschien dem Kolchosnik zu Recht als eine Art Fronarbeit und der Kolchos somit als eine Neuauflage des alten Systems der Leibeigenschaft. Für seinen Arbeitseinsatz erhielt der Kolchosnik – von etwas Getreide abgesehen – praktisch keinen Lohn, sondern lediglich das Recht, über Hofland zu verfügen. Sein Interesse an der Entwicklung der Kolchosproduktion blieb deshalb gering, während der Anreiz groß war, die Hoflandproduktion im Rahmen der vom Staat vorgeschriebenen Obergrenzen zu steigern. Ohne eine Änderung der Regelungen zur Einkommensverteilung blockierte das Kolchossystem also die Entwicklung der Kolchosproduktion, während der Kolchosnik aus seinem eigenen Überlebensinteresse heraus versuchen mußte, die eigentlich zu beseitigende private Nebenproduktion auszuweiten. Während dieser Effekt Mitte der 1930er Jahre möglicherweise sogar erwünscht war – galt es doch, die hohen Verluste an Nutzvieh und damit den Ein-

⁹ *Merl*, Bauern, 129–140.

bruch in der Arbeiterversorgung mit Fleisch und Milch auszugleichen –, erschien das Ergebnis auf Dauer auch ideologisch untragbar, denn der „sozialistische“ Agrarbetrieb kontrollierte nur wenige Produktionszweige, und die Vergesellschaftung des Nutzviehs stockte.

2. Die Stabilität des Kolchossystems

Solange der Staat dem Kolchosnik keinen materiellen Anreiz für den Arbeitseinsatz im Kolchos bot, hing dessen Bestehen von der permanenten Ausübung von staatlichem Zwang ab. Unter Stalin war dieser Zwang ständig präsent und zielte vor allem darauf, alle alternativen Existenzformen außerhalb des Kolchos (bzw. der Staatsgüter) auf dem Lande zu vernichten. Gegenüber den zunächst noch zahlreich vorhandenen privaten Einzelbauern kamen dabei die Kampagnen zur „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ und dauerhaft die Steuer- und Abgabepolitik zum Einsatz¹⁰. Wer nicht aus Angst davor, zum Kulaken erklärt zu werden und damit der Expropriation und Deportation ausgesetzt zu sein, in den Kolchos eingetreten war, wurde durch die für Einzelbauern diskriminierend hoch festgesetzten Steuern und Abgaben zum Verkauf von Besitzwerten gezwungen. Jedes Jahr fiel der Steuerkampagne ein beträchtlicher Teil der Einzelbauern durch Zwangsversteigerung ihres Besitzes zum Opfer. Bis 1936 war dieser Liquidationsprozeß so weit gediehen, daß die außerhalb der Kolchase verbliebenen Haushalte über kaum mehr Boden und Vieh verfügten als die Kolchosniki mit ihrem Hofland. 1937 dekretierte die Sowjetmacht deshalb, diese praktisch zu „Altenteilern“ gewordenen ehemaligen Bauern künftig in Ruhe zu lassen, wenn sie nicht mehr voll arbeitsfähig waren¹¹. Ende der 1930er Jahre richtete sich dann der Terror zur Aufrechterhaltung der Kolchase sogar gegen einen Teil der Kolchosbevölkerung, der in den westlichen Landesteilen dezentralisiert in Weilern (*chutora*) lebte und sich damit der direkten Kontrolle entzog. Die Umsiedlung dieser Menschen in den jeweils zentralen Siedlungspunkt des Kolchos erfolgte zwischen 1939 und 1941 mit brutalem Zwang, der auch das Niederbrennen der Wohnhäuser Widerstrebender einschloß¹².

Wie sehr die Kolchosniki ihren erzwungenen Zusammenschluß in Kolchosen als vorübergehend betrachteten, wird aus den Ereignissen nach der guten Ernte von 1937 ersichtlich. Aus der vorrevolutionären Zeit waren die Bauern gewöhnt, in Notzeiten wie z.B. nach schlechten Ernten zusammenzurücken und zeitweilig gemeinsam zu wirtschaften. Sobald sich die Verhältnisse besserten, kehrte man dann zur individuellen Wirtschaftsweise zurück. Offenbar erblickten viele Kolchosniki im Kolchos eine ebenso zeitweilige Form zur Überwindung einer Not-situation. Nach der Ernte von 1937 – der einzigen Ernte nach Abschluß der Kol-

¹⁰ Merl, Bauern, 61–181.

¹¹ Merl, Bauern, 248f.

¹² Merl, Bauern, 191–197.

lektivierung, die durch außerordentlich günstige Witterungsverhältnisse recht hohe Hektarerträge brachte – erhielten die Kolchosniki in vielen Kolchosen erstmals mehr Getreide, als sie zur Deckung ihres unabdingbaren Nahrungs- und Futterbedarfs benötigten. Doch statt das Kolchossystem zu stärken, erschütterte die Rekordernte es. Mit den Überschüssen, über die sie nun verfügten, versuchten die Kolchosniki, wieder eine eigenständige Existenz zu gründen. Dazu schien ihnen vor allem der – den Kolchosniki streng untersagte – Erwerb eines Arbeitspferdes die Voraussetzung zu sein. Einzelne Bauern, die den Kolchosbeitritt beharrlich verweigert und deshalb praktisch ihr gesamtes Land eingebüßt hatten, besaßen noch ihr Pferd und hatten sich auf dem Lande zu privaten Unternehmern entwickelt, die kaum noch Landwirtschaft betrieben, wohl aber alle Arten von Dienstleistungen und Transportgewerben ausübten. Die staatliche Zwangswirtschaft hatte diesen Bedarf auf dem Lande weitgehend übersehen. Die privaten Pferdebesitzer trafen hier auf eine unbefriedigte Nachfrage nach Dienstleistungen, der sie mit ihrem Pferd nachkamen und dadurch ein gutes Auskommen erzielten. Selbst staatliche Betriebe waren gelegentlich auf ihre Dienste angewiesen. Die Kolchosniki erlebten das Fehlen eines eigenen Pferdes als fortwährende Erniedrigung. Immer wieder verweigerte ihnen die Kolchosleitung die Abstellung eines Pferdes zum Pflügen ihres Hoflandes oder zum Transport von Waren auf den Markt. Nach der Ernte von 1937 stellten deshalb offenbar viele Kolchosniki den Antrag, aus dem Kolchos auszutreten, um ein Pferd erwerben zu können und damit wieder selbständig zu wirtschaften. Da die Kolchosleitung in der Regel den Austritt ablehnte, blieb ihnen nichts anderes übrig, als durch gezieltes Fehlverhalten ihren Ausschluß zu provozieren.

Auch dieser Versuch, aus den Kolchosen auszubrechen, wurde von der Regierung schnell vereitelt. Im Frühjahr 1938 begann eine Kampagne gegen Kolchosvorsitzende wegen angeblich ungesetzlicher Ausschlüsse von Kolchosniki. Indem die Partei die Kolchosleiter beschuldigte, die „Kolchosdemokratie zu verletzen“ und gutwillige Kolchosniki aus dem Kolchos zu vertreiben, wurden die Fakten auf den Kopf gestellt. Mit der Einführung einer „Pferdesteuer“ im Herbst 1938 wurde dann auch das letzte Schlupfloch für eine Existenz außerhalb des Kolchos verschlossen. Alle Pferdebesitzer belegte der Staat nun mit einer derart hohen Steuer, daß sie in den Ruin getrieben wurden und ihr Pferd verkaufen mußten. Anfang 1939 waren alle diese privaten Unternehmer verschwunden¹³.

Wie wenig das Kolchossystem von den Kolchosniki als endgültige Ordnung akzeptiert wurde, zeigte sich erneut im Zweiten Weltkrieg. Die Kolchase erwiesen sich keineswegs als eine sichere Bastion des Kommunismus. Es ist bekannt, daß sich nach dem deutschen Angriff schnell Gerüchte unter den Kolchosniki verbreiteten, Stalin plane nach Beendigung des Krieges die Auflösung der Kolchase. Wir wissen zwar nicht, ob diese Gerüchte von der Regierung gezielt gestreut wurden, doch unterließ sie es offensichtlich, diese Gerüchte zu dementieren. Die Hoffnung auf eine Änderung des Kurses in der Agrarpolitik motivierte die Bauern sicherlich

¹³ Vgl. dazu *Merl*, Bauern, 156 ff., 250–255.

zu zusätzlichen Anstrengungen im „Großen Vaterländischen Krieg“. Es steht außer Zweifel, daß Stalin den Unmut der Bauern gegen ihre unterprivilegierte Situation während des Krieges fürchten mußte. Die zeitweilige Abschwächung der zentralen Kontrolle, die örtlich zur weitgehenden Auflösung der Kolchose führte, wurde bei Kriegsende sofort beendet und, wo erforderlich, eine „Rekollektivierung“ betrieben¹⁴.

Nicht nur die Einstellung der Bauern, auch ökonomische Gründe trugen dazu bei, daß der dauerhafte Bestand der Kolchose in Frage gestellt blieb. So wurde den Kolchosen der Besitz von mechanisierter Technik wie Traktoren und Mähdreschern vorenthalten. Zur Entscheidung, die moderne Technik in staatlichem Besitz zu lassen, trugen objektive Zwänge wie der Mangel an Agrartechnik überhaupt, vor allem aber das Mißtrauen des Staates auch den Kolchosen gegenüber, bei. Mehrere benachbarte Kolchose wurden jeweils von einer staatlichen Maschinen-Traktoren-Station (MTS) bedient, die bestimmte Arbeiten auf den Kolchosfeldern mit ihren Traktoren und Mähdreschern durchführte. Dazu gehörten das Pflügen, evtl. auch das Eggen und dann seit Mitte der 1930er Jahre zunehmend das Mähen des Getreides. Das Angewiesensein auf die Leistungen der MTS bedeutete, daß der Kolchos den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß auf seinen Feldern nicht vollständig unter Kontrolle hatte und auch nur bedingt Einfluß auf die Qualität der Feldarbeiten, die von häufig aus Nachbarkolchosen stammenden Traktoren und Mähdrescherfahrern durchgeführt wurden, nehmen konnte. Zudem mußte der Kolchos für die Leistungen der MTS in Naturalien zahlen, so daß ein zunehmend größerer Teil der Getreideernte neben den Pflichtablieferungen über die MTS-Zahlungen an den Staat fiel.

Wäre der Bestand der Kolchose ohne fortgesetzten staatlichen Zwang möglich gewesen? Wenn überhaupt, so sicherlich nur bei einer grundlegend anderen Politik, die den Kolchosniki durch einen festen Lohn einen materiellen Anreiz zur Arbeit im Kolchos und damit ein Auskommen allein durch die Beteiligung an der Kolchosarbeit garantiert hätte. Das aber wollte die Parteiführung offenbar nicht. Stalin plante nach dem Zweiten Weltkrieg sogar die Auflösung der Staatsgüter und ihre Umwandlung in Kolchose, weil die Betriebsform des Staatsguts dem Staat „zu teuer“ kam¹⁵. Tatsächlich verursachten die Staatsgüter hohe Verluste, da den hier beschäftigten Lohnarbeitern ein fester Monatslohn gezahlt wurde.

Eine Betriebsform, die nur durch ständige Zwangsanwendung aufrecht erhalten werden konnte, kann nicht als stabil angesehen werden. Im Bereich der Landwirtschaft hatte der Stalinismus mithin nichts Dauerhaftes erreicht. Jede Änderung der zentralen Politik mußte auch die Betriebsform Kolchos wieder zur Disposition stellen. Diese Option ergab sich nach Stalins Tod 1953. Mitte der 1950er Jahre war bei dem starken Impuls für die private Initiative und die Milderung der Steu-

¹⁴ Zur Einstellung der sowjetischen Bauern während des Krieges zu den Kolchosen vgl. insbesondere *Aleksander Dallin*, *Deutsche Herrschaft in Rußland 1941–1945* (Düsseldorf 1981) 332 ff.

¹⁵ *Wädekin*, *Staatsgüter*, 17 f.

erlast, die auf dem Hofland lastete, zeitweilig die Entwicklung wieder offen, und eine Weichenstellung zu einer Agrarstruktur, die zu Einzelbauern zurückkehrte, wäre denkbar gewesen.

3. Die Funktionen des Terrors

Warum stützte sich der Stalinismus in so starkem Maße auf Massenterror gegenüber der Bevölkerung? Tatsächlich läßt sich die Phase, in der Terror dauerhaft zum Einsatz kam, auf die Jahre 1927/1928 bis 1953 begrenzen. Die Verhaftungen von Handelsfunktionären im Frühjahr 1927 waren ein erster Vorläufer, gefolgt von den Massenverhaftungen zur Beeinflussung der Getreidebeschaffung ab Anfang 1928¹⁶. Unmittelbar nach Stalins Tod wurde der Massenterror eingestellt, und die sich Anfang der 1950er Jahre abzeichnende Verhaftungswelle gegen Juden kam nicht mehr zur Ausführung. Handelte es sich primär, wie es Getty¹⁷ aus den Parteidokumenten insbesondere zur großen Säuberung ableitet, darum, daß in allem und jedem eine Bedrohung gesehen wurde? Kann der Terror also aus einer wenn nicht real vorhandenen, so aber doch von den Parteiführern empfundenen Schwäche des Herrschaftssystems abgeleitet werden? Der Blick auf die Landwirtschaft, die ohne Zweifel im Zentrum mehrerer Terrorwellen stand, legt eine andere Antwort nahe. Von den Bauern ging in bestimmten Phasen nicht nur eine eingebilddete, sondern eine reale Gefahr für den Fortbestand der bolschewistischen Herrschaft aus. Insofern soll im folgenden gefragt werden, wann Terror gegen die landwirtschaftliche Bevölkerung zum Einsatz kam. Wenn gezeigt werden kann, daß in Phasen realer Bedrohung das Regime zu anderen Mitteln als dem Terror griff, liegt es nahe, daß er als Zeichen der Stärke und nicht etwa der Schwäche des Systems zu interpretieren ist.

Genauso wie bei den Getreidebeschaffungskampagnen seit Anfang 1928 setzte die Parteiführung auch bei der Einleitung der Zwangskollektivierung Ende 1929 zunächst auf die Anwendung von Terror. Die Bauern sollten so eingeschüchtert werden, daß sie „freiwillig“ für den Kolchosbeitritt stimmten. Die im Herbst 1929 einlaufenden Berichte signalisierten, daß die Bauern diesen Zwangsmaßnahmen nur wenig Widerstand entgegensetzten. Die Verzweiflungstaten wie Morde an Aktivisten und Brandstiftungen dienten dem Staat eher als Vorwand, gegen Widerstrebende noch härter vorzugehen und die Angst der übrigen Bauern vor Repressalien zu verstärken¹⁸. Doch als die ins Dorf entsandten Kollektivierungsbr-

¹⁶ *Stephan Merl*, Der Agrarmarkt und die Neue Ökonomische Politik. Die Anfänge staatlicher Lenkung der Landwirtschaft in der Sowjetunion 1925–1928 (= Studien zur modernen Geschichte 25, München, Wien 1981) 116–122, 328–356.

¹⁷ Vgl. in diesem Band, S. 169–191.

¹⁸ Vgl. *Stephan Merl*, Die Anfänge der Kollektivierung in der Sowjetunion. Der Übergang zur staatlichen Reglementierung der Produktions- und Marktbeziehungen im sowjetischen Dorf (1928–1930) (= Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes München, Reihe Geschichte 52, Wiesbaden 1985) 148–153.

gaden begannen, die gesamten bäuerlichen Produktionsmittel einschließlich der Kuh und des Kleinviehs zu kollektivieren, wurde die Situation für die Bolschewiki gefährlich. Nun begann der Frauenprotest, als *ba'bi bunty* (Weiberaufuhr) bezeichnet, der sich zuvor schon bei einzelnen Maßnahmen wie der Abnahme von Kirchenglocken gezeigt hatte, von lokalen Aktionen zu einem schnell ganze Regionen erfassenden Massenprotest umzuschlagen. Die Frauen protestierten gegen die Wegnahme der für das Überleben der Familie unentbehrlichen Kuh. Das Regime war den Frauen gegenüber machtlos. Sie galten der Sowjetmacht als unmündige, fremdgelenkte Wesen, gegen die es unzulässig war, die gegen Männer eingesetzten Terrormaßnahmen zur Anwendung zu bringen. Im Februar 1930 gerieten ganze Gebiete außer Kontrolle. Da das Regime bei den überwiegend aus Bauernsöhnen bestehenden regulären Einheiten der Armee eine Solidarisierung mit den protestierenden Bäuerinnen befürchtete, konnte zur Bekämpfung des Aufruhrs nur auf Spezialeinheiten zurückgegriffen werden. In dieser Situation einer echten Bedrohung entschied sich das Regime keineswegs für eine weitere Verschärfung des Terrors, wie dies kurz zuvor bei der Kollektivierung mit der Einleitung der „Liquidierung der Kulaken als Klasse“ praktiziert worden war, sondern lenkte ein. Mit Stalins Rede „Vor Erfolgen von Schwindel befallen“ wurde der Kollektivierungskampagne Einhalt geboten. Die „Übergriffe“ gegen die Bauern wurden scharf verurteilt. Es kam sogar zu einzelnen Musterprozessen gegen die von der Partei eingesetzten Aktivisten. Das erst jetzt veröffentlichte Musterstatut sah das Belassen von einer Kuh und etwas Kleinvieh bei den Kolchosniki vor. Der „Rückzug“ hatte sofort Erfolg, der Weiberaufuhr ebte ab. Sicherlich hatte Stalin aber nicht damit gerechnet, daß sein zum Machterhalt unabdingbares Nachgeben einen Massenaustritt aus den Kolchosen zur Folge haben würde!¹⁹

In dem Maße, wie sich durch das Einlenken die Lage auf dem Lande bis zum Herbst 1930 stabilisiert hatte, erfolgte wiederum der Rückgriff auf Terrormaßnahmen, auf denen der Abzug der landwirtschaftlichen Produkte aus dem Dorf genauso wie die Fortsetzung der Kollektivierungspolitik dann erneut beruhten. Für beide Zielsetzungen erwies sich der Terror als wirksames Herrschaftsmittel, weil die Widerstandsbereitschaft der Bauern durch den ständigen Wechsel der staatlichen Politik ihnen gegenüber weitgehend gebrochen war.

Es waren dann die schädlichen Folgen des übermäßigen Getreideabzugs aus der Landwirtschaft, die die Situation auf dem Lande bis zum Herbst 1932 erneut in einer den Machterhalt gefährdenden Weise verschlechterten. Das Regime wußte sich zwar sicher, daß die Hungersnot 1932/33 in den traditionellen Getreideüberschußgebieten und das von ihr verursachte Massensterben nicht die Machtfrage stellten. Der Terror gegen die vom Hungertod bereits gezeichneten Bauern und Kolchosniki eskalierte in einer kaum vorstellbaren Weise und traf schließlich die

¹⁹ Vgl. *Stephan Merl*, Bauernprotest in Sowjetrußland zwischen 1917 und 1941, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 8, H.4 (1993) 26–29; *Merl*, Bauern, 80 ff.; *Lynne Viola*, Ba'bi Bunty and Peasant Women's Protest during Collectivization, in: *The Russian Review* 45 (1986) 23–42.

Kolchose sogar noch schärfer als die Einzelbauern²⁰. Wenn in der offiziellen Kampagne die Schuld an der katastrophalen Untererfüllung der Beschaffungspläne den bauerlichen „Saboteuren“ in die Schuhe geschoben und von daher der Verwand zu einer brutalen Abrechnung mit ihnen gefunden wurde, so zeigen die gleichzeitig ergriffenen Korrekturmaßnahmen in der Agrarpolitik, daß man die Situation mittelfristig für machtbefördernd einschätzte. Das galt sowohl bezüglich der Außenwirkung wie der Prognosen für die Weiterentwicklung der Produktion. Das Eingeständnis, daß die forcierte Industrialisierung und die Kollektivierung zu einer fürchterlichen Hungersnot geführt hatten, mußte den Bolschewiki vor der Weltöffentlichkeit die Legitimation zur Herrschaftsausübung entziehen. Deshalb fiel die Entscheidung, schlichtweg die Existenz einer Hungersnot zu bestreiten. Erst 1988 fiel dieses Tabu. Noch bedrohlicher war die Erkenntnis, daß nach der nächsten Ernte der Hunger nicht mehr aus den Städten herauszuhalten war und die Industrialisierung mangels Nahrungsmitteln in einem erbärmlichen Massensterben kollabieren würde. Die eigentliche Antwort auf die Hungersnot bestand deshalb nicht im Terror, sondern in dem Eingehen eines Kompromisses mit den Bauern in der Form des bereits geschilderten Kolchossystems. Auch zur Abwendung dieser realen Gefahr für die bolschewistische Diktatur wurde also nicht das Herrschaftsinstrument Terror eingesetzt. Erst nach Überwindung der akuten Gefahr wurde in der Folgezeit der Terror gegen die Kolchosniki, Kolchosleitungen und Einzelbauern im Zuge der Verfolgung der Beschaffungs- und Steuerpolitik dann wieder zu einem wichtigen Herrschaftsmittel.

Die nächste Phase, in der – diesmal nicht von der Produktionsentwicklung, sondern wieder von den Bauern selbst – Gefahr ausging, trat nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion ein. Auch hier wurde die Bedrohung offenbar so ernst bewertet, daß man es nicht wagte, allein auf Terrormaßnahmen zur Lenkung der Landwirtschaft zu setzen. Die in Umlauf gesetzten, zumindest aber nicht dementierten Gerüchte über eine Auflösung der Kolchose und eine Liberalisierung nach Ende des Krieges sollten unter der Kolchosbevölkerung zusätzliche Unterstützung für das Regime mobilisieren.

Gerade bezüglich der Landwirtschaft und der Bauern finden wir den Terror also nur dann als Herrschaftsmittel, wenn das Regime sich nicht wirklich bedroht sah. Wenn Terror aber vor allem dann eingesetzt wurde, wenn sich das Regime stark fühlte, so müssen die Selbstaussagen des sich „Bedrohtfühlers“ bei der Erklärung des Terrors anders gewertet werden. Sie dienten vorrangig einer ritualisierten Anwendung der Repressionen.

Der Terror kann auch als verführerisch-einfaches Herrschaftsmittel angesehen werden. Alle unerwünschten Handlungsweisen konnten so als „Sabotageakte“ hingestellt und bekämpft werden. Solchermaßen unterband der Terror die Frage nach den eigentlichen Ursachen für die Schwierigkeiten und unbotmäßiges Verhalten. Fragen nach den Konstruktionsmängeln des Systems wurden durch den Terror geradezu systematisch ausgeklammert. Indem diese Mängel fortbestanden,

²⁰ Merl, Hungersnot, 153–156; ders., Bauern, 221–228.

reproduzierte sich aber auch ständig der Bedarf an Terror, um die aus ihnen erwachsenden schädlichen Folgen zu bekämpfen. Da sich der Stalinismus als unfähig erwies, sich selbst zu „reparieren“, um Schadensbegrenzung zu betreiben, konnte er kein System schaffen, das aus sich selbst heraus dauerhaft zu stabilisieren war.

Die Tabuisierung der Frage nach Systemmängeln führt direkt zu der Tatsache, daß in der Selbstbeschreibung des Systems eine erstaunlich große Verlogenheit zu konstatieren ist. Das ständige Reproduzieren dieser Lügen bewirkte, daß offenbar einige Parteiführer sie als Realität ansahen. Zur Überbrückung der Diskrepanz zwischen offizieller Selbstbeschreibung und tatsächlicher Funktionsweise des Systems war wiederum Terror unabdingbar. Zu den wichtigsten „Lügen“, die unter Chrusčev aufgedeckt wurden, zählen die Freiwilligkeit des Eintritts und des Verbleibs in den Kolchosen, die „Wohlhabenheit“ des Lebens auf dem Lande sowie die These von der „Lösung des Getreideproblems“.

Nach den Behauptungen des Regimes traten die Bauern freiwillig in die Kolchose ein und arbeiteten dort freiwillig. Davon konnte für die überwältigende Mehrheit der Bauern aber nicht die Rede sein. Der Terror diente deshalb dazu, sie zu zwingen, „freiwillig“ das zu tun, was sie nicht wollten. Ein kompliziertes Konstrukt, das mit Ausnahme der Krisensituation von 1932/33 davon abhielt, nach den eigentlichen Interessen der Bauern zu fragen und diese bei der Gestaltung der Politik zu berücksichtigen. Es gibt Hinweise dafür, daß die Bauern einem staatlichen Befehl, in Kolchosen einzutreten, gefolgt wären, und ihr Widerstand sich vor allem daran entzündete, daß ständig behauptet wurde, sie täten das freiwillig und würden nur von Aufwieglern, die es unschädlich zu machen gelte, davon abgehalten²¹.

Die Ideologie vom „wohlhabenden Leben“ der Kolchosniki in den Kolchosen unterband das Hinterfragen ihrer realen Lebensverhältnisse, obwohl die regelmäßige Auswertung der Haushaltsbudgets ein Bild der katastrophalen Wirklichkeit dokumentierte. Mitte der 1930er Jahre finden sich zwar in der Sowjetpresse viele Photos zerlumpter und hungernder Bauern, doch zeigten diese den „Kapitalismus“.

Auch die Behauptung der angeblichen Lösung des Getreideproblems gehörte in diese Kategorie. 1933 wurde kurzerhand die Erstellung der Erntestatistik grundlegend geändert. Statt der eingebrachten Ernte (Konzept der Speicher- oder – ohne Abzug der Verunreinigungen – Bunkerernte) wurde nun auf Befehl von oben die „biologische Ernte“ kreiert. Sie wies die heranwachsende Getreidemenge ohne Berücksichtigung der Verluste beim Einbringen, die immerhin bei etwa einem Drittel der Ernte lagen, aus. Gedacht als Repressionsmittel gegen die Bauern, „Sabotage“ bei der Einbringung der Ernte zu unterlassen, untergrub diese Lüge das gesamte System. So mußte der 1940 von Chrusčev, damals Parteichef der Ukraine, unternommene Versuch, das System der Einkommensverteilung zu reformieren, um das von ihm erkannte Desinteresse der Bauern an der Kolchospro-

²¹ Merl, *Anfänge*, 290–294.

duktion zu beseitigen, scheitern. Die Idee, ein materielles Interesse der Beschäftigten durch die Ausgabe eines bestimmten Prozentsatzes der Überplanproduktion als Naturalprämie an den verantwortlichen Arbeitstrupp herzustellen, war vernünftig und hätte funktionieren müssen, wenn diese „Überplanproduktion“ real existierte. Doch angesichts der „biologischen“ Ermittlung der Erntemenge existierte ein erheblicher Teil der registrierten Ernte überhaupt nicht und konnte mithin auch nicht als Naturalprämie ausgegeben werden. Getreide konnte erst verteilt werden, wenn die Norm um mehr als 30 Prozent übererfüllt wurde. Die Kolchosniki, die sich angestrengt und die Erträge gesteigert hatten, mußten sich deshalb genauso betrogen fühlen wie die Tierpflegerinnen, die lebensunfähige Ferkel eines Wurfs als „Naturalprämie“ erhielten²².

4. Der Industrialisierungsbeitrag der Landwirtschaft und die Lebensmittelversorgung im Zweiten Weltkrieg

Die Bolschewiki strebten immer eine direkte Kontrolle der Agrarproduktion unter Ausschaltung der Marktbeziehungen an. Die Kollektivierung sollte dazu beitragen, diese Wunschvorstellung endlich zu realisieren. Nachdem die willkürliche Verfügung über die agrarischen Überschüsse zwischen 1929 und 1932 sich nicht als geeignet erwiesen hatte, die Agrarproduktion zu stabilisieren, garantierte das Kolchossystem dem Staat den nahezu unbeschränkten Zugriff auf die Produktion des Kolchos. Die staatlichen Anbaupläne, die mit Gesetzescharakter jährlich erstellt wurden, schrieben den Agrarbetrieben und den Kolchosniki detailliert vor, wie sie ihre Flächen zu nutzen und welche Kulturen sie anzubauen hatten. Auf Grundlage dieser Pläne wurden dann die Pflichtablieferungsmengen berechnet. Es durfte zwar mehr, nicht aber weniger Fläche bestellt werden. Die Unterschreitung der Aussaatpläne wurde als Verbrechen gegen den Staat geahndet, befreite aber keineswegs von der Ablieferungspflicht für die nichtbestellten Flächen.

Die vom ihm beanspruchte Agrarproduktion erhielt der Staat quasi in Form einer Naturalsteuer, ohne dafür nennenswerte Finanzmittel aufwenden zu müssen. Die für die Pflichtablieferung festgesetzten Erzeugerpreise hatten eher symbolischen Charakter und lagen nach der starken Inflation zu Beginn der 1930er Jahre deutlich unter den realen Produktionskosten.

Dieses System garantierte dem Staat im Vergleich zur Neuen Ökonomischen Politik einen sehr hohen Anteil an der Produktion, der bei Industriepflanzen nahezu 100 Prozent, bei Getreide (einschließlich der Naturalzahlungen an die MTS) etwa 40 bis 50 Prozent erreichte²³. Dieser Wert ist für Getreide im Vergleich mit

²² Merl, Bauern, 391–401; ders., Sozialer Aufstieg im sowjetischen Kolchossystem der 30er Jahre? Über das Schicksal der bäuerlichen Parteimitglieder, Dorfsowjetvorsitzenden, Posteninhaber in Kolchosen, Mechanisatoren und Stachanowleute (= Gießener Abhandlungen zur Agrar- und Wirtschaftsforschung des europäischen Ostens 173, Berlin 1990) 225.

²³ Merl, Bauern, 52–59.

Westeuropa allerdings nur dann als hoch anzusehen, wenn man die Hektarerträge berücksichtigt. Unter Stalin wurde von den sowjetischen Getreidefeldern noch immer kaum mehr als das Vierfache der Menge des ausgebrachten Saatguts geerntet, eine Ertragshöhe, wie sie in Westeuropa zuletzt in der Frühen Neuzeit vor Beginn der Industrialisierung registriert wurde.

Daß das Kolchossystem die Rückständigkeit konservierte, muß als Hauptgrund dafür angesehen werden, daß die Getreidemenge, über die der Staat nun verfügte, nicht einmal den Binnenbedarf vollständig befriedigte (vgl. unten), obwohl sie in absoluten Ziffern bei dem Zwei- bis Dreifachen der staatlich beschafften Getreidemenge Mitte der 1920er Jahre lag. Doch dabei ist zu berücksichtigen, daß damals ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung sich über lokale Märkte und nicht über den Staat mit Getreide versorgte. Weniger beeindruckend ist der Anstieg der vom Staat beschafften Getreidemenge auch dann, wenn man die Bevölkerungsverschiebungen vom Lande in die Stadt und den dramatischen Rückgang des Pferdebestandes in Rechnung stellt. Durch den Rückgang an Veredelungsprodukten lag der Pro-Kopf-Bedarf an Getreideprodukten zur ausreichenden Ernährung ebenfalls höher.

Damit traten die Mängel des Kolchossystems deutlich hervor. Es vermittelte den Agrarbetrieben keine Anreize zur Ausweitung der Produktion gegenüber den staatlichen Auflagen und konservierte damit zwangsläufig niedrige Produktionswerte. Das Kolchossystem war zwar geeignet, dem Staat einen vergleichsweise hohen Anteil an der Pflanzenproduktion zu sichern. Da es aber zugleich wirkungsvoll Ertragssteigerungen verhinderte, bekam der Staat in absoluten Ziffern nur erbärmliche Mengen an Agrarprodukten in die Hand. Indem das System nur dazu taugte, den status quo festzuschreiben, wurden über zwei Jahrzehnte kaum mehr als die Hektarertragseinbrüche durch Kollektivierung bzw. Krieg wettgemacht, und die staatliche Beschaffung stagnierte in absoluten Ziffern weitgehend. Eine Ausweitung der Tierproduktion wurde auch dadurch unterbunden, daß der Staat den Kolchosen für den Futterbedarf zu wenig Getreide beließ.

Nun könnte man meinen, der Zusammenhang zwischen der Unterbezahlung der Agrarerzeugnisse und der Stagnation der Produktion sei dem Staats- und Parteiapparat nicht bekannt gewesen. Davon kann aber nicht die Rede sein, wie das Beispiel der Baumwollproduktion zeigt. Nach der Einstellung der Importe Anfang der 1930er Jahre war die Textilindustrie allein auf die Binnenproduktion von Baumwolle angewiesen, so daß die Produktionssteigerung in Mittelasien mit Priorität verfolgt wurde. Da die zur Baumwollproduktion übergehenden Kolchose damit von der Zufuhr von Lebensmitteln abhängig waren, die trotz der staatlichen Garantie häufig nicht klappte, und auch die Erzeugerpreise für Baumwolle durch die Inflation unter die Produktionskosten fielen, stagnierte die Baumwollproduktion trotz einer Ausweitung der Saatfläche. 1935 entschloß sich der Staat zum Handeln. So trug er von nun an die Kosten für die Bewässerungsprojekte in voller Höhe und war auch bereit, den Kolchosniki in den Baumwollkolchosen einen materiellen Anreiz zu verschaffen. Der Erzeugerpreis für Baumwolle wurde deutlich angehoben und deckte als einziger der staatlichen Aufkaufpreise ab 1935 die

Produktionskosten. Nur in den Baumwollkolchosen erhielten die Kolchosniki hohe Geldzahlungen für ihren Arbeitseinsatz, so daß sie sich über die lokalen Märkte mit Lebensmitteln versorgen konnten. Diese Maßnahme zeigte sofort Erfolg. Die Baumwollproduktion erhöhte sich in kurzer Zeit auf das Doppelte²⁴. Angesichts des offensichtlichen Erfolgs der Preiskorrektur bei Baumwolle stellt sich die Frage, warum nicht die anderen Agrarerzeugerpreise mit dem Ziel der Produktionssteigerung in gleicher Weise angehoben wurden. Nach der bisherigen Kenntnis der Quellen wurden solche Überlegungen überhaupt nicht angestellt. Offenbar rangierte für die Parteiführung die Produktionssteigerung bei den übrigen Agrarprodukten hinter dem Interesse, die Agrarproduktion von den Kolchosniki praktisch kostenlos zu erhalten. Die Millionenmasse der Bauern galt als billiger Lieferant der Agrarproduktion, da sich – durch das Hofland – der Staat nicht um ihr Überleben kümmern mußte. Argumente sozialer Art spielten im Rahmen der Systemlegitimation unter Stalin seit 1932 keine Rolle²⁵.

Außer Agrarprodukten erwartete der Staat von der Landwirtschaft einen Industrialisierungsbeitrag in Form des Transfers von Arbeitskräften. Das geradezu fluchtartige Verlassen des Dorfes während der Zwangskollektivierung schwemmte zwischen 1930 und 1932 fast 10 Mio. Menschen in die Städte. Doch mit der Krise der Industrialisierung und der einsetzenden Flucht aus den Hungergebieten wurde die unkontrollierte Abwanderung Ende 1932 durch die Einführung von Inlandspässen unterbunden. Die Kolchosniki erhielten keine Pässe und waren damit – wie früher die Leibeigenen durch die Schollenbindung – an ihren Kolchos gefesselt. Zwar sollten durch die „organisierte Anwerbung“ jeweils so viele Arbeitskräfte das Dorf verlassen, wie in der Industrie gebraucht wurden. In der Praxis funktionierte das System aber schlecht und es gelang nicht, den Markt bezüglich des Faktors Arbeit vollständig zu beseitigen. Für die Kolchosniki waren die angebotenen Beschäftigungen häufig nicht sonderlich attraktiv, weil es sich um saisonale Arbeiten unter oft widrigen Bedingungen (Holzwerbung, Torfstechen etc.) handelte. Auch sahen die Kolchosleitungen jeden, der außerhalb arbeiten wollte, als „Deserteur“ an und versuchten, das Verlassen des Kolchos zu verhindern, selbst wenn es um Arbeitsaufnahme in der staatlichen Industrie ging. Der Kolchos erwies sich deshalb nach 1933 als nicht verlässlicher Lieferant von Arbeitskräften. Die spontane, illegale Abwanderung oder Anwerbung von Arbeitskräften blieb zu jedem Zeitpunkt bedeutend. Es ist hier nicht der Platz, die Frage zu diskutieren, ob der Arbeitskräftemangel in der Industrie real war oder ob die Nichtberücksichtigung des Kostenfaktors Arbeit in den Plänen einen chronischen Überbesatz mit Arbeitskräften förderte.

Wenn das Kolchossystem seit Mitte der 1930er Jahre weniger Arbeitskräfte als erwünscht für die Industrie zur Verfügung stellte, so war dies sicherlich nicht auf

²⁴ *Merl*, Bauern, 36–41, 379.

²⁵ *Stephan Merl*, Handlungsspielräume und Sachzwänge in der sowjetischen Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit, in: *Wolfram Fischer* (Hrsg.), Sachzwänge und Handlungsspielräume in der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Zwischenkriegszeit (St. Katharinen 1985) 223–228.

einen Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande zurückzuführen. Die gewaltige Vernichtung von Menschen durch die Hungersnot 1932/33 und zusätzlich die Abwanderung und Deportation zwischen 1930 und 1932 hätte eigentlich den ländlichen Bevölkerungsüberschuß entscheidend verringern müssen. Davon konnte aber nicht die Rede sein. Dem Rückgang an verfügbaren Arbeitskräften stand ein noch stärkerer Rückgang an produktiven Beschäftigungsmöglichkeiten gegenüber. Die Vernichtung der Hälfte des Nutzviehbestandes, die drastische Reduzierung der Pferdezahl und die weitgehende Unterbindung der gewerblichen Nebentätigkeiten der Bauern ließ den Arbeitskräftebedarf über das Jahr geradezu dramatisch fallen. Nur saisonal blieben die Arbeitsspitzen der Pflanzenproduktion bestehen. Insgesamt dürfte der ländliche Überschuß an Arbeitskräften deshalb nicht geringer als Mitte der 1920er Jahre gewesen sein und bei mehreren Millionen Personen im arbeitsfähigen Alter gelegen haben. Der entscheidende Effekt des Kolchossystems war letztlich, daß es die Arbeitskräfte immobil machte.

Anders als die zeitgenössischen Quellen berichten, muß das Hauptproblem der Kolchosniki im Mangel an einträglichen Beschäftigungsmöglichkeiten gesehen werden. Ein normaler, in der Pflanzenproduktion beschäftigter Kolchosnik konnte glücklich sein, wenn er an 150 Tagen im Jahr im Kolchos Arbeit fand²⁶. Wenn die Kolchose dennoch über den Mangel an Arbeitskräften klagten, so müssen die Ursachen zum einen im Mangel an Arbeitsanreizen, zum anderen in der Schaffung von eigentlich überflüssigen Leitungs-, Kontroll- und Verwaltungsposten gesehen werden, durch die insbesondere Männer im besten Arbeitsalter vollständig von der Beteiligung an der Feldarbeit freigestellt wurden.

Häufig wird behauptet, das Kolchossystem habe die Lebensmittelversorgung der russischen Bevölkerung während des Zweiten Weltkrieges gesichert. Das trifft aber nur bedingt zu. Die Produktion der Kolchose in den nicht besetzten Territorien reichte kaum aus, um die Armee und einige Kategorien bevorzugter Industriearbeiter zu versorgen. Die eigentliche Erklärung, daß bei sehr kargen Lebensmittelnormen außer in den Arbeitslagern und in belagerten Städten wie Leningrad kein Massensterben unter der Zivilbevölkerung auftrat, ergibt sich gerade aus dem Fehlschlag der Kollektivierung hinsichtlich der Zielsetzung, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung zu sichern. Das dauerhafteste Resultat der Zwangskollektivierung unter Stalin muß darin gesehen werden, daß sie fast die gesamte Sowjetbevölkerung zur teilweisen oder vollständigen Selbstversorgung mit Nichtgetreideprodukten zwang und damit einen eigentlich kriegsbedingten Ausnahmezustand schon acht Jahre vor Kriegsbeginn zum Normalzustand machte.

Nach der dramatischen Verknappung der Lebensmittel Anfang der 1930er Jahre mußte die Partei 1933 handeln, um ein Massensterben zu vermeiden. Fast jede Familie wurde in die Lage versetzt, sich selbst mit Lebensmitteln zu versorgen. Alle auf dem Lande lebenden Arbeiter und Angestellten und zusätzlich Millionen städtischer Arbeiterfamilien erhielten kleine Bodenstücke, die als Schrebergärten zur Produktion von Kartoffeln und Gemüse, aber auch zur Haltung von

²⁶ Merl, Sozialer Aufstieg, 150–158.

Kleinvieh genutzt werden konnten und sollten. Der Staat verpflichtete sich lediglich, diese Kategorien der Bevölkerung mit Brot zu beliefern. Industriearbeiter erhielten in der Regel auch andere Lebensmittel, allerdings nicht in der Bedarfshöhe. Landwirtschaftliche Überschüsse für den Export wurden seit 1933 von den Kolchosen, anders als zuvor von den Kleinbauernwirtschaften, nicht mehr erwartet. Deutlicher konnte der Fehlschlag der Kollektivierung kaum dokumentiert werden.

Die städtischen Arbeiter und Angestellten erzeugten nicht nur Kartoffeln und etwas Kohl. Einschließlich der auf dem Lande lebenden Arbeiter und Angestellten verfügten Ende der 1930er Jahre etwa 10 Mio. nichtlandwirtschaftliche Haushalte über einen Schrebergarten. Arbeiter und Angestellte hielten Anfang 1941 rund 400 000 Pferde, 3,5 Mio. Kühe, 2,7 Mio. Schweine und 4,8 Mio. Schafe und Ziegen – für die sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Bezeichnung „Stalinkuh“ einprägte²⁷. Die Versorgungsbedeutung der Hoflandproduktion war noch größer. Die Kolchosniki wurden zur Vermarktung eines Teils der von ihnen privat auf dem Hofland erzeugten Produkte gezwungen, weil sie einen Geldbedarf zur Zahlung der Steuern und Abgaben an den Staat und zum Erwerb einzelner industriell erzeugter Konsumgüter wie Salz und Zucker hatten, der durch den Kolchos, der in der Regel an sie kein Geld auszahlte, nicht gedeckt wurde. Die Vermarktung von Tierprodukten, zum Teil auch von Gemüse etc., stellte die wichtigste Geldeinnahmequelle der Kolchosniki dar. Die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung war auf diese Zukäufe angewiesen, weil die über das staatliche Verteilungssystem zugeführten Lebensmittel und ihre Eigenproduktion nicht ausreichten. Auch der überwiegende Teil der Kartoffeln und ein erheblicher Teil der Fleisch- und Milchmenge, die der Staat erhielt, stammten als Pflichtablieferungen vom Hofland der Kolchosniki. 1939 wurde die Anbauverpflichtung von Kartoffeln und damit verbunden ihre Pflichtablieferung an den Staat auch auf die auf dem Lande lebenden Arbeiter und Angestellten mit Bodenanteil ausgedehnt. Ebenso mußten sie von nun an wie die Kolchosniki Milch und Fleisch an den Staat abführen²⁸. Ausgenommen von der Pflichtablieferung blieben lediglich die Mitglieder der Intelligenz und eine beschränkte Zahl von Partei- und Sowjetfunktionären.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung beruhte also nach der Kollektivierung, von Brotgetreide einmal abgesehen, vorwiegend auf der Eigenproduktion auf dem Hofland und in den Schrebergärten. Bei Ausfall der staatlichen Brotlieferungen konnte deshalb – wie dann während des Zweiten Weltkrieges – die Versorgung der Bevölkerung weitgehend dezentral sichergestellt werden. Als Ergebnis der Stalinschen Agrarpolitik ist also festzuhalten, daß sie die strategische Bedeutung der ja eigentlich zu liquidierenden Privatproduktion von Lebensmitteln wesentlich gesteigert hat. Wenn der Staat dabei große Teile der Bevölkerung zwang, einen erheblichen Teil ihres Hoflandes oder ihres Schrebergartens zur Kartoffelproduktion zu verwenden, so war das durchaus rational. Nur so konnte

²⁷ *Merl*, Bauern, 320–326.

²⁸ *Merl*, Bauern, 325.

aus kleinen Flächen ein vergleichsweise hoher Nahrungsmittelерtrag erzielt werden. Die mangelnde Fähigkeit der Kolchosc, die Sowjetbevölkerung zu ernähren, mußte auf Dauer ihre Existenz in Frage stellen.

Selbst das labile Gleichgewicht, das hinsichtlich der Versorgungslage nach der Etablierung des Kolchossystems durch den Kompromiß von 1932/33 erreicht wurde, gefährdete die Parteiführung 1939 noch einmal. Mit der Attacke auf die Kolchosniki, ihr Hofland angeblich über den zulässigen Umfang hinaus ausgeweitet zu haben, begann die Reduzierung der Hoflandflächen. In der Tat hatten die Kolchosniki mancherorts ungenutzte Flächen ihrem Hofland zugeschlagen. Vorwiegend müssen die Abtrennungen aber auf die Änderung der Bestimmungen über die Lage des Hoflandes zurückgeführt werden, denn häufig lag die neue Fläche deutlich unter den regional zulässigen Höchstnormen, die vor allem in Stadt- und damit Marktnähe besonders klein waren. Langfristiger Schaden entstand vor allem, weil die Kolchosniki auf den zur Abtrennung vorgesehenen Flächen ihre Obstbäume abholzten. Aber auch die Tierproduktion litt unter der gleichzeitig verfüigten Anhebung der Abgaben an den Staat. In den Grenzen bis 1939 sank der Viehbestand der Kolchosniki bis 1941 deutlich²⁹. Unmittelbar vor dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion gelang es Stalin damit noch einmal, die Binnenversorgung entscheidend zu erschüttern. Die Verschlechterung der Arbeiterversorgung wurde in der Sowjetstatistik allerdings durch die Hinzurechnung der annektierten Gebiete kaschiert. Die offizielle Statistik weist deshalb einen Anstieg der Lebensmittelproduktion aus, obwohl im Territorium vor 1939 ein empfindlicher Rückgang zu verzeichnen war³⁰. Letzlich beendete erst der deutsche Angriff im Juni 1941 dieses selbstzerstörerische Unterfangen.

Auch hinsichtlich der zur Industrialisierung erforderlichen Kapitalakkumulation konnte die Zielsetzung, die Investitionen in die Industrie vor allem über einen Kapitaltransfer aus der Landwirtschaft zu finanzieren, nicht durchgesetzt werden. Die mit der Zwangskollektivierung und dem übermäßigen Getreideabzug aus dem Dorf einhergehende Vernichtung des Pferdebestandes erzwang sofortige Investitionen in die Landwirtschaft, während der Erste Fünfjahrplan die Konzentration der verfügbaren Mittel auf die Industrie vorgesehen hatte. Zwischen 1929 und 1932 schnellten die Zahlen des Imports von Traktoren und schwerem landwirtschaftlichen Gerät hoch; die projektierten Traktorenwerke mußten im Lande mit Vorrang errichtet werden³¹. Zwar erhielt der Staat die Agrarprodukte durch Unterlassung des Inflationsausgleichs zu ausgesprochen niedrigen Preisen und ab 1933 vielfach in Form einer Naturalsteuer. Doch hier ist zu berücksichtigen, daß die Gesamtmenge der erfaßten Agrarerzeugnisse durch die weitgehende Stagnation der Agrarproduktion verhältnismäßig gering ausfiel und zudem Getreide dominierte, während insbesondere die höherwertigen Tierprodukte nur einen sehr geringen Teil der staatlichen Erfassung ausmachten. Der Lebensstandard der Kol-

²⁹ Merl, Bauern, 50f., 315–319.

³⁰ Merl, Bauern, 35–42, 48–54.

³¹ Merl, Sachzwänge, 214 ff.

chosbevölkerung war so niedrig, daß die von ihr erpreßten Geldsteuern und Abgaben keinen nennenswerten Beitrag zu den Staatseinnahmen leisten konnten. Damit verblieb vor allem der Naturalabzug von Agrarprodukten, dem aber die in die Landwirtschaft getätigten Investitionen entgegen zu rechnen sind. Diese belasteten die sowjetische Volkswirtschaft während des Ersten Fünfjahrplans am schwersten. Sicher ist, daß die relative Bedeutung des Nettokapitaltransfers aus der Landwirtschaft während des Ersten Fünfjahrplans stark fiel, nachdem er in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre noch die wichtigste Quelle für die Investitionen in die Industrie dargestellt hatte³². Während des Zweiten Fünfjahrplans erreichten die staatlichen Investitionen in die Landwirtschaft in absoluten Ziffern das größte Ausmaß, sie waren aber aufgrund des inzwischen vergrößerten Wirtschaftspotentials leichter zu verkraften. Ab 1938 sanken dann die Investitionen in die Landwirtschaft, so daß in den Jahren unmittelbar vor dem deutschen Angriff der Nettokapitaltransfer aus der Landwirtschaft sein größtes Ausmaß erreichte, sein relativer Anteil an der Kapitalakkumulation blieb aber gering.

Wenn es offenbar nicht die Kolchosbevölkerung war, wer trug dann nach der Zwangskollektivierung die Bürde der Kapitalakkumulation für die Industrialisierung? Die vorliegenden Daten besagen eindeutig, daß die Arbeiter und Angestellten durch den erzwungenen Konsumverzicht den Hauptanteil aufbringen mußten. Sie zahlten nicht nur den überwältigenden Teil der auf den industriell verarbeiteten Lebensmitteln und Konsumgütern lastenden „Umsatzsteuer“, sondern durch direkte Lohnabzüge auch fast die gesamten Geldsteuern und Abgaben einschließlich der Zwangsanleihen für die Industrialisierung, die in das Staatsbudget eingingen³³.

5. Bauern und Kolchossystem

Angesichts der mangelnden Festigung des Kolchos als Betriebsform im ökonomischen Sinne muß auch der Bruch, den die Kollektivierung gegenüber der bäuerlichen Landwirtschaft darstellte, relativiert werden. Die Zwangskollektivierung brachte keineswegs die definitive und endgültige Beseitigung der Privatproduktion in der Landwirtschaft. Der Kompromiß von 1932/33 wies dem Hofland ja geradezu die überragende Bedeutung für die Sicherstellung des Überlebens der Kolchosniki und zur Erzielung ihres Geldeinkommens zu. Indem die Kolchos-

³² Ders., Agrarmarkt, 305–309; Ulrich Weissenburger, Der Beitrag der Landwirtschaft zur Industrialisierung in der Sowjetunion 1928–1940. Bemerkungen zu den Untersuchungen von A. A. Barsov, in: Gernot Erler, Walter Süß (Hrsg.), Stalinismus. Probleme der Sowjetgesellschaft zwischen Kollektivierung und Weltkrieg (Frankfurt a. M., New York 1982) 140–166; Stephan Merl, Agrarreform und nichtmarktwirtschaftliche Bedingungen – Agrarsektor und Industrialisierung in Rußland und in der Sowjetunion, in: Tom Pierenkemper (Hrsg.), Landwirtschaft und industrielle Entwicklung. Zur ökonomischen Bedeutung von Bauernbefreiung, Agrarreformen und Agrarrevolution (Stuttgart 1989) 202 ff.

³³ Merl, Bauern, 173–181; ders., Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 722–726.

niki für das Hofland einen festen Steuerbetrag zu entrichten hatten, milderte sich die tatsächliche Steuerlast mit dem Ausmaß des Nutzens, den der einzelne Kolchosnik-Haushalt aus dem Hofland zog. Die Besteuerung vermittelte also geradezu einen Anreiz zur verstärkten privaten Initiative, wenn auch nicht übersehen werden darf, daß der Rahmen eng gesteckt blieb, indem eine Ausweitung der Hoflandfläche untersagt blieb und auch der Arbeitseinsatz auf dem Hofland nicht die Fronarbeit im Kolchos übersteigen durfte. Diese Steuerpolitik machte die Hoflandnutzung zwischen 1933 und 1938 ungleich stärker als den Arbeitseinsatz im Kolchos zur Basis der sozialen Differenzierung zwischen den Kolchosniki. In ihrem Ausmaß übertraf sie vermutlich die Differenzierung zwischen den Bauernwirtschaften in den 1920er Jahren. Anders als vor der Kollektivierung galt „Armut“ im Kolchosdorf nicht mehr als Zeichen für eine besonders reine proletarische Gesinnung und damit als Beleg, ein treuer Verbündeter der Arbeiterklasse zu sein, sondern sie war als Zeichen von „Faulheit“ verpönt. Dabei störte sich das Regime nicht daran, daß vor allem Familien mit vielen Kindern sowie alte Menschen von Armut betroffen waren. Erst der Kampf um die Reduzierung der Hoflandnormen ab 1939 und der Übergang zur progressiven Besteuerung des Einkommens von dem Hofland bei Verdoppelung der Ablieferungspflicht beschränkte diese private Initiative wieder erheblich³⁴.

Mit dem Hofland konservierte das Kolchossystem auch die Bauernfamilie. Die in der Regel überschaubare Größe der Kolchose, bei denen es sich vorwiegend um „Siedlungskolchose“ handelte, die ein ehemaliges Dorf umfaßten, trug dazu bei, daß begrenzt auch bäuerliche Traditionen aus den überkommenen Bodenumverteilungsgemeinden im Kolchos überleben konnten. So gibt es Anzeichen für eine gewisse antistaatliche Einstellung der Kolchosversammlung. Die Kolchosniki nutzten das Recht, sich – auf Einberufung von oben und unter Anwesenheit von Beauftragten der übergeordneten Parteikomitees – versammeln zu dürfen, um zumindest ansatzweise ihre Interessen durchzusetzen. In dem Maße wie die Bauern die Spielregeln des Kolchossystems verstanden, konnten sie diese zu ihrem Nutzen anwenden. So war es möglich, einen verhassten Kolchosvorsitzenden durch gemeinsames zielgerichtetes Handeln loszuwerden, indem man ihn den staatlichen Kontrollorganen ans Messer lieferte. Andeutungen über Verletzungen der Ablieferungspflicht und die Unterschlagung von Agrarprodukten durch die Kolchosleitung führten in der Regel dazu, daß die Vertreter der Obrigkeit nachhaken. Indem sie den Kolchosvorsitzenden der Verletzung staatlicher Interessen beschuldigten, konnten die Kolchosniki seine Ablösung bewirken³⁵. Doch dieses bäuerliche Handeln blieb insofern ohnmächtig, als kein Einfluß auf die Auswahl des Nachfolgers genommen und deshalb auch nicht verhindert werden konnte, daß ein noch schlechterer Vorsitzender geschickt wurde. Die Kolchosversamm-

³⁴ Merl, Bauern, 158–164.

³⁵ Merl, Sozialer Aufstieg, 98–103; Sheila Fitzpatrick, *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization* (New York 1994) 194–197.

lung erwies sich so bedingt als Instrument der bäuerlichen Selbstorganisation gegen den Staat.

Die Arbeitseinstellung der Kolchosniki wurde stark vom System der Einkommensverteilung im Kolchos geprägt. Diese erfolgte nach dem Prinzip der Gewinnausschüttung zu Jahresende entsprechend der Zahl der erarbeiteten Tagewerke. Jeder Arbeitstag erbrachte dabei nach der Bedeutung und Quantität der Arbeitsleistung eine bestimmte Zahl von Tagewerken. In der Realität funktionierte die „Gewinnverteilung“ aber nicht, weil dem Kolchos am Jahresende nach Erfüllung der Verpflichtungen gegenüber dem Staat weder Naturalien noch Geldmittel verblieben. Dadurch erlangte die eigentlich nur als Vorauszahlung gedachte Ausgabe von Getreide während des Dreschens zentrale Bedeutung. Nur Tagewerke, die bis zu diesem Zeitpunkt erarbeitet waren, brachten auch wirklich Naturalien. Tagewerke nach diesem Zeitpunkt erwiesen sich als wertlose „Striche“. Die Kolchosniki fanden das schnell heraus und optimierten unter diesen Aspekten ihren Arbeitseinsatz in der Kolchosproduktion. An Arbeiten im Spätherbst nach der Vorschußausgabe hatten sie nur geringes Interesse. Hier waren die Kolchose deshalb häufig gezwungen, Kolchosniki aus Nachbarkolchosen als Lohnarbeiter anzuwerben, die dann in Geld bezahlt werden durften³⁶.

Die Kollektivierung griff stark in die soziale Hierarchie der Dorfgesellschaft ein. Zuvor beruhte der soziale Status vor allem auf Erfolgen bei der landwirtschaftlichen Produktion. Der bessere Wirt nahm als „Kulak“ eine dominierende Position ein. Die bisherige dörfliche Oberschicht wurde Anfang der 1930er Jahre weitgehend durch Deportation und Erschießungen ausgeschaltet. Die neuen Herren, die oft von der Agrarproduktion nichts verstanden, wurden als Kolchosvorsitzende vom Rajonparteikomitee häufig von außen eingesetzt. Nur der Dorfsowjetvorsitzende sowie die übrigen Führungskräfte des Kolchos, der Rechnungsführer, die Feldbau-Brigadiere sowie die Leiter der Viehzuchtabteilungen wurden in der Regel aus dem jeweiligen Ort rekrutiert. Alle Kolchosniki, auch die Führungsspitze des Kolchos, soweit es sich bei dem Vorsitzenden nicht um einen aufs Dorf abkommandierten Arbeiter handelte, waren der sozialen Stellung nach Kolchosniki. Sie verfügten also nur über eingeschränkte Bürgerrechte und erhielten keinen regelmäßigen Arbeitslohn³⁷.

Die neue staatlich eingesetzte Spitze des Dorfes wies ein deutlich anderes Beschäftigungsprofil auf. Es handelte sich durchweg um Leitungs-, Kontroll- und Verwaltungsaufgaben, also um Angestellten-Tätigkeiten. Damit verbunden war eine Umwertung der einzelnen Arbeitsgänge. Vor allem Männer im besten Arbeitsalter rissen sich jetzt um diese Posten im Kolchos. Sie garantierten wenig kör-

³⁶ *Merl*, Bauern, 327–390.

³⁷ 1940 wurde versucht, auch für Kolchosvorsitzende in Anlehnung an die für Dorfsowjetvorsitzende geltenden (niedrigen) Sätze eine feste monatliche Vergütung einzuführen. Da diese nicht vom Staat, sondern von den Kolchosen aufzubringen war, dürfte nur ein Teil der Kolchosvorsitzenden davon profitiert haben; vgl. *Merl*, Sozialer Aufstieg, 117f. Die Maßnahme illustriert, daß der Posten in finanzieller Hinsicht alles andere als attraktiv war, und es somit offenbar schwerfiel, geeignete Kandidaten zu finden.

perliche Arbeitsanspannung, brachten aber für praktisch jeden Kalendertag eine bestimmte Zahl von Tagewerken ein. Die eigentliche Produktionsarbeit war nun die Beschäftigung für die Unterprivilegierten: die Heranwachsenden, alte Leute und Frauen. Sie brachte übers Jahr gesehen ausgesprochen wenig Tagewerke ein³⁸.

Eine vergleichsweise privilegierte Position kam den „Mechanisatoren“, den Traktoristen und Mähdrescherfahrern, zu. Die Traktoristen arbeiteten im Status von Kolchosniki, also ohne garantierten Monatslohn. Der Staat schrieb lediglich einen Mindestwert für jedes von ihnen erarbeitete Tagewerk vor und verpflichtete die Kolchosen aus ihren beschränkten Mitteln zur Zahlung. Diese Regelung galt zunächst auch für die Mähdrescherfahrer. Angesichts ihrer kostspieligen Ausbildung mußten sie dann aber zur Unterbindung der hohen Fluktuation als fest angestellte Arbeiter der MTS in die Lohnlisten des Staates übernommen werden³⁹.

Die neue Hierarchie war zum Teil aufgesetzt, wenn auch die meisten verheirateten Männer in sie eingebunden waren. Dahinter bestanden partiell die alten patriarchalisch geprägten Anschauungen fort. Ein wirklicher sozialer Aufstieg blieb den Kolchosniki verschlossen, soweit sie nicht aus dem ländlichen Milieu ausbrachen und in die Stadt abwanderten.

6. Die Modernisierung der Landwirtschaft und die Überwindung der Rückständigkeit

Die im Zusammenhang mit der Kollektivierung entwickelten Projekte zur großbetrieblichen Reorganisation der sowjetischen Landwirtschaft auf der Basis modernster Technik hatten auf die optimale Nutzung der Technik auf bisher unvorstellbar großen Flächen von mehreren zehntausend Hektar gezielt. Zu diesem Zeitpunkt kam auch erstmals die Idee, „Agrostädte“ zu schaffen, in die Diskussion, die Chrusčëv später wieder aufgreifen sollte.

Unter den im Kollektivierungswinter 1929/30 diskutierten Projekten verdienen insbesondere die Vorschläge, „Agrar-Industrie-Kombinate“ zu errichten, Beachtung. Anders als die nur auf die Mechanisierung der Getreidewirtschaft ausgerichteten Traktorenkolonnen sahen sie den Übergang zu wirklich großbetrieblich durchstrukturierten Unternehmen vor, die auch die Viehzucht und Industriepflanzen einbeziehen sollten. Vor allem aber sollten sie mit Betrieben der Verarbeitungsindustrie verbunden werden, um das bisher völlig unzureichend ausgelastete Arbeitskräftepotential besser zu nutzen. Nikulichin, der spätere Direktor des Instituts für Ökonomik der Landwirtschaft in Voronež, beschrieb die Agrar-Industrie-Kombinate als landwirtschaftliche Betriebe, die dem Fabriktyp entsprechen und die Agrarproduktion auf allen Stufen mechanisierten. Sie sollten nur verarbeitete Produkte absetzen und sich auf bestimmte Betriebszweige speziali-

³⁸ Merl, Sozialer Aufstieg, 150–158.

³⁹ Merl, Sozialer Aufstieg, 159–206.

sieren. Er hielt eine Fläche von 100 000 Hektar für optimal, wobei die für das gesamte Gebiet der Sowjetunion benötigten 5000 Kombinate jeweils mehrere Kolchose, Staatsgüter und Maschinen-Traktoren-Stationen vereinigen sollten⁴⁰.

Selbst die Errichtung einzelner solcher Musterbetriebe war in der Situation eklatanten Mangels an Agrartechnik und der Notwendigkeit, die verfügbaren Investitionsmittel auf die Industrie zu konzentrieren, utopisch. Die Kolchos-Giganten, die im Winter 1929/30 auf dem Papier entstanden, erwiesen sich als real nicht existierende Organisationen, und verschwanden im Frühjahr 1930 durch Zerfall in Bauernwirtschaften. Der normale Kolchos Anfang der 1930er Jahre hatte wenig gemein mit diesen Vorstellungen und präsentierte sich als ein im wesentlichen auf Basis kleinbäuerlichen Inventars und Pferdezugkraft organisierter Betrieb, der in der Regel nur einen Siedlungspunkt umfaßte und eine Durchschnittsackerfläche von lediglich 400 Hektar aufwies. Ansätze, die Verarbeitung von Agrarprodukten mit diesen Kolchosen zu verbinden, gab es in der Praxis nicht. Die Lebensmittelindustrie blieb, genauso wie bereits das Mahlen des Getreides, ein staatliches Monopol. Den Agrarbetrieben wurde sogar jegliche Produktion nichtlandwirtschaftlicher Waren für den Markt sowie die Durchführung von Transportarbeiten für Dritte streng untersagt⁴¹.

Unter Stalin gab es keinen Versuch, die durch die Konzentration auf die Pflanzenproduktion saisonal großen Überschüsse an Arbeitskräften durch den Einsatz in der Verarbeitungsindustrie besser zu nutzen. Faktisch unterband der Staat alles, was eine Stabilisierung der Agrargroßbetriebe durch ein solideres wirtschaftliches Fundament ermöglicht hätte. Das bezog sich sogar auf die Einführung von Fruchtfolgesystemen, die für die Betriebe angemessen waren und eine wesentliche Steigerung der Hektarerträge hätten bewirken können. Zwar wurden Mitte der 1930er Jahre für viele Kolchose wissenschaftlich fundierte Fruchtfolgen ausgearbeitet. Die Umsetzung dieser Fruchtfolgen in die Praxis wurde aber wirksam unterbunden, weil sie mit der von den Staatsplänen vorgeschriebenen Getreidesaatfläche kollidierten und jedem Kolchosvorsitzenden für diesen Fall Verhaftung und Einweisung in ein Zwangsarbeitslager als „boshafter Saboteur“ des staatlichen Aussaatplans drohte. Jede verbesserte Fruchtfolge gegenüber den zuvor praktizierten Formen – Getreidemonokultur, Wechsel von Brache und Getreideanbau oder Dreifelderwirtschaft – mußte nämlich die mit Getreide besäte Fläche reduzieren, obwohl durch die höhere Bodenfruchtbarkeit die Hektarerträge ver-

⁴⁰ *Ja. Nikulichin*, Problemy agroindustrial'nykh kombinatov, in: Na agrarnom fronte, Nr. 1 (1930) 37–50 und Nr. 3 (1930) 34–51; *ders.*, Industrializacija sel'skogo chozjajstva SSSR (Moskau, Leningrad 1931). Vgl. dazu auch *Robert W. Davies*, The Soviet Rural Economy in 1929–1930. The Size of the Kolchoz, in: *C. Abramsky* (Hrsg.), Essays in Honour of E. H. Carr (London 1974) 255–280.

⁴¹ Die gesetzlichen Regelungen gestatteten den Kolchosen nur eine beschränkte Produktion für den Eigenbedarf, vgl. u.a. Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva SSSR 1932, Nr. 58, Art. 345; Sobranie postanovlenij i rasporjaženij Pravitel'stva SSSR 1939, Nr. 30, Art. 203; *M. A. Vylcan*, Trudovye resursy kolchozov v dovoennye gody (1935–1940 gg.), in: Voprosy istorii, Nr. 2 (1973) 31.

mutlich so stark gestiegen wären, daß der Kolchos sogar mehr Getreide geerntet hätte⁴².

Das staatliche Bedürfnis, alles zu kontrollieren, sabotierte somit direkt die ökonomische Stabilisierung der Kolchase. Das wurde durch die Agrarerzeugerpreise, die der Staat diktierte, noch verschärft. Wenn der Kolchos für seine Produkte, die er an den Staat abliefern mußte, beträchtlich weniger erhielt, als die „Aufwendungen“ für die Produktion ausmachten, so bedeutete das eine erzwungene Produktion mit Defiziten. Das nahm den Betrieben die Möglichkeit, eigene Investitionsfonds zu schaffen, mit denen die Ausweitung der Produktion und wichtige Bauvorhaben durchgeführt werden konnten. Gerade die Einbeziehung der Viehzucht in die Kolchoswirtschaft hätte Investitionen in Bauten verlangt. Indem die staatliche Preispolitik die Verluste des Kolchos bei einer Ausweitung der Produktion vergrößerte, konnten die Aufnahme neuer Produktionszweige oder die Erhöhung der Tierhaltung nicht im Interesse des Kolchos liegen. Eine ausgewogene Einbeziehung aller landwirtschaftlichen Produktionsbereiche wurde außerdem durch den Kompromiß von 1932/33 unterbunden. Der „Kolchos“ blieb dadurch eine weitgehend auf die Pflanzenproduktion beschränkte Betriebsform mit in der Regel nur geringer Tierproduktion. Der Absatz auf dem „Kolchosmarkt“ zu freien Preisen blieb den Kolchosen verschlossen, da sie ihre gesamte Produktion in Form der Pflichtablieferung oder zu den niedrigen staatlichen Aufkaufpreisen an den Staat abzuliefern hatten.

Die eigentlichen Vorteile der Großproduktion konnten sich somit in der sowjetischen Landwirtschaft unter Stalin nicht einstellen. Eine Freisetzung von Arbeitskräften und dadurch eine Kostensenkung durch den Einsatz von Technik waren nicht möglich, da dem Kolchos die Zahl der Arbeitskräfte durch die in den jeweiligen Siedlungen wohnenden Personen vorgegeben war. Der Betrieb mußte mit dieser Zahl von Arbeitskräften, die keinen Bezug zu seiner Produktionsausrichtung hatte, wirtschaften. Sämtliche Maßnahmen, die zur besseren Auslastung dieser Arbeitskräfte sinnvoll gewesen wären, waren dem Betrieb durch das staatliche Kommandosystem untersagt. Da der Kolchos unter Stalin somit in erster Linie als ein administratives Kontrollinstrument des Staates über die Agrarproduktion fungierte, ist es nicht verwunderlich, daß von den Kolchosvorsitzenden landwirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Fachkenntnisse nicht verlangt wurden. Der Betriebsleiter war ein Vertreter der Staatsmacht und hatte als solcher zu handeln. Vermutlich war es entscheidend, möglichst wenig auffällig zu sein, um noch verheerenderen Folgen der staatlichen Eingriffe zu entgehen.

Die Mechanisierung der russischen Landwirtschaft nahm unter Stalin scheinbar spektakuläre Ausmaße an. Die Zahl der Traktoren stieg Anfang der 1930er Jahre sprunghaft, ab Mitte der 1930er Jahre dann auch die Zahl der Mähdrescher. Durch Übernahme der amerikanischen Technik wurde die modernste Technologie nach Rußland gebracht. Nirgendwo in Europa waren Anfang der 1940er Jahre einzelne

⁴² Vgl. Socialističeskaja rekonstrukcija sel'skogo chozajstva, Nr. 7 (1937) 25–34; Pravda vom 21.2.1939.

Arbeitsgänge in der Getreideproduktion wie Pflügen und Ernten so weitgehend mechanisiert wie in der Sowjetunion. Und dennoch kann das nicht als echtes Zeichen von Fortschritt gesehen werden. Der Einsatz von Traktoren war durch die weitgehende Vernichtung des Pferdebestandes erzwungen. Da es bis 1941 nicht gelang, die vernichtete Pferdezugkraft zu ersetzen, erweiterte er noch nicht einmal die Schlagkraft der Landwirtschaft. Angesichts der fortbestehenden Mangelsituation bewirkte die Verlangsamung der Zufuhr neuer Traktoren an die Landwirtschaft nach 1937 Probleme. Der Abnutzungsgrad der überbeanspruchten Traktoren war so hoch, daß es zunehmend zu Ausfällen kam⁴³. Der Einsatz von Mähdeschern diente sogar vorrangig dem staatlichen Interesse an der Expropriation der Kolchosproduktion. Indem das Getreide direkt von den Kolchosfeldern unter Umgehung der Kolhosscheunen in die staatlichen Silos abtransportiert werden konnte, verloren die Kolchose jeglichen Zugriff auf ihre Produktion. Bewaffnete Wächter, die nachts die erntereifen Felder bewachten, unterstrichen den andauernden Belagerungszustand während der Erntezeit.

Insgesamt konservierte das Kolchossystem durch die Trennung der Hofland- und der Kolchosproduktion primitive Formen der Agrartechnik. Der Kolchos selbst verfügte für seinen eigenen Bedarf nur über Pferdezugkraft. Bei vielen Arbeiten, auch bei den Arbeitstrupps, die zum Anbau von Industriepflanzen zum Einsatz kamen, dominierte Handarbeit. Ansätze zur Erleichterung der schweren und überwiegend von Frauen ausgeführten Arbeiten im Stall u.a. sind, anders als im nationalsozialistischen Deutschland, nicht festzustellen. Das unterstreicht, daß die Mechanisierung in der Sowjetunion eher ein Instrument zur Perfektionierung der Staatskontrolle als zur Modernisierung der Landwirtschaft war. In Deutschland ergab sich dagegen der Modernisierungsbedarf aus der nicht zu bremsenden Abwanderung von Arbeitern, deren Arbeitskraft durch Technik ersetzt werden mußte⁴⁴.

7. Die Neutralisierung der Bauern als politischer Faktor

Während sich die Suche nach Erfolgen der Zwangskollektivierung zur Bilanzierung des Stalinismus im ökonomischen und sozialen Bereich als schwierig erweist, gab es aus der Sicht des Regimes zumindest auf der politischen Ebene ein positives Ergebnis. Die wie auch immer zu beurteilende „Urangst“ vor einer bäuerlichen Konterrevolution, die das Verhältnis der Bolschewiki zu der Bauernschaft in den 1920er Jahren entscheidend geprägt hatte, wurde mit der Zwangskollektivierung dauerhaft beseitigt. Zwar erblickte die Parteiführung in den durch die Expropriation ihrer Produktionsmittel zu Landarbeitern gewordenen ehemaligen Bauern

⁴³ Merl, Sozialer Aufstieg, 188–206; ders., Bauern, 44–48.

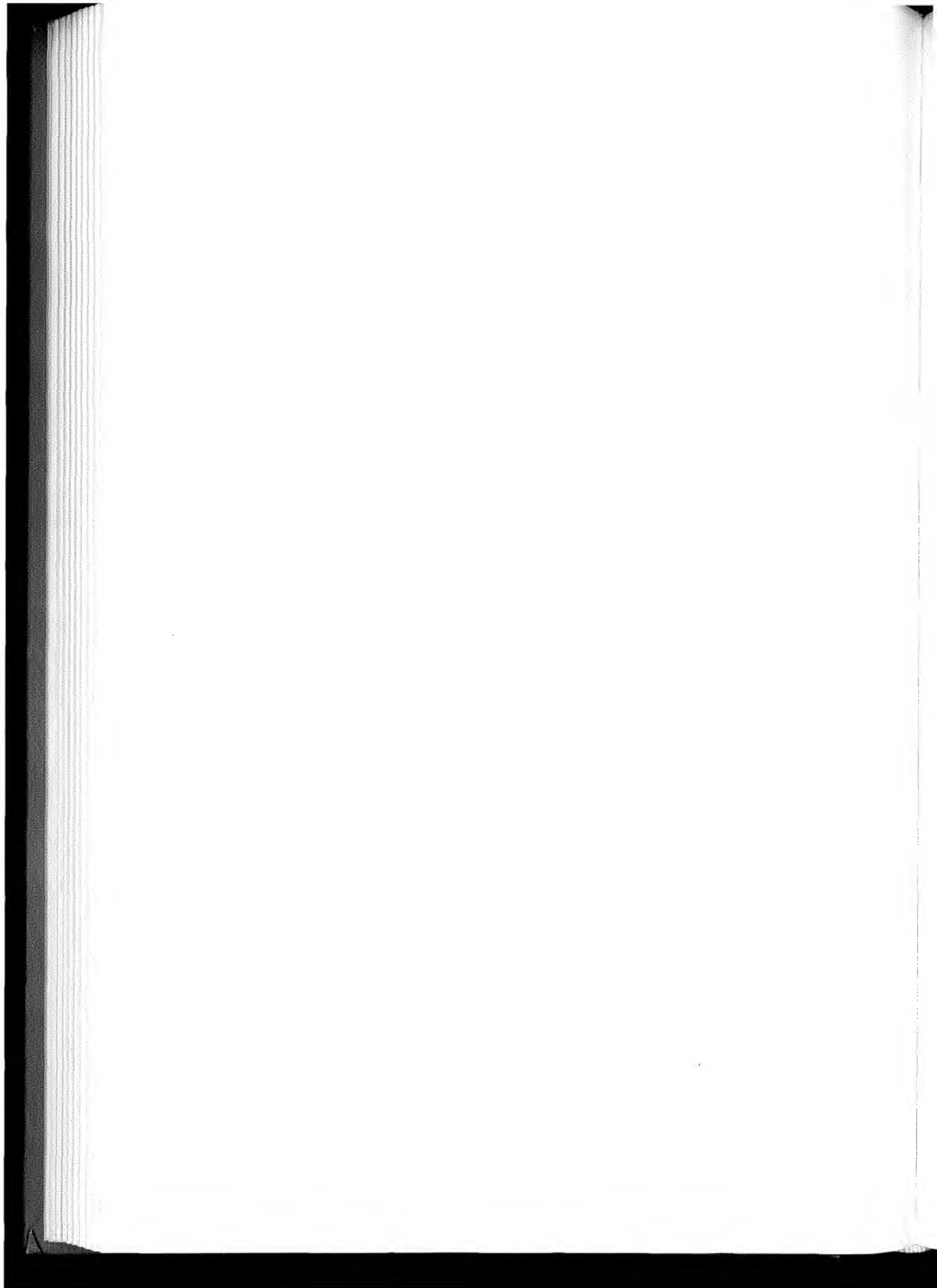
⁴⁴ Stephan Merl, Agrarpolitik und Bauernschaft im Nationalsozialismus und im Stalinismus, in: Matthias Vetter (Hrsg.), Terroristische Diktaturen im 20. Jahrhundert. Strukturelemente der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft (Opladen 1996) 153 ff.

auch weiterhin potentielle Saboteure. Doch nach der Etablierung des Kolchossystems mußten keine weiteren Zugeständnisse an sie gemacht werden. Ihr Überleben war nunmehr auf einer sehr niedrigen Stufe, die sie aber zumindest vor dem Hungertod bewahrte, sichergestellt, während der Staat praktisch nach Belieben über die Kolchosproduktion verfügen konnte. Man kann davon sprechen, daß mit dem Kolchossystem die große Masse der Sowjetbevölkerung „neutralisiert“ und damit als politisch zu beachtender Faktor ausgeschaltet wurde. Obwohl die Unterstützung für die Parteipolitik auf dem Lande schwach ausgeprägt blieb, fehlte den Bauern angesichts ihres täglichen Überlebenskampfes die Basis für die Organisation von Widerstand. Dieser wurde zudem durch das politische System wirksam unterbunden. Soweit das System nicht von außen erschüttert wurde (deutscher Angriff) oder – nach Stalin – die ökonomischen Leistungen des Systems der Parteiführung selbst nicht mehr als befriedigend erschienen, muß das Kolchossystem ähnlich wie zuvor die Leibeigenschaftsordnung als stabil angesehen werden. Das nicht mehr bestehende Bedürfnis, Rücksicht auf bäuerliche Belange nehmen zu müssen, kann mithin als der größte Triumph Stalins gewertet werden. Die Nichtberücksichtigung der bäuerlichen Interessen fand am deutlichsten Ausdruck in der fortwährenden Verschlechterung der Einkommensposition der Kolchosniki, die 1953 schließlich nur noch ein Viertel des durchschnittlichen Einkommens von Industriearbeitern erzielten⁴⁵. Dennoch kam es bis 1953 nicht zu sichtbaren sozialen Protesten auf dem Lande. Es war auch sehr eindeutig nicht der Protest der Bevölkerung, der 1953 zur Kurskorrektur veranlaßte. Es ist schwer vorstellbar, daß sich unter anderen Bedingungen die Bauern ihrer Knechtung nicht stärker widersetzt hätten.

Die Neutralisierung der Bauern kann aber nur unter begrenzt politischen Gesichtspunkten als Erfolg bewertet werden, denn sie besagt zugleich, daß mit Initiativen aus dem Bereich der ländlichen Bevölkerung nicht gerechnet werden konnte und mithin ein enormes Potential für die Beschleunigung des Wachstums und die Verbesserung der Lebensverhältnisse im Lande nicht genutzt wurde. Die Bedeutung dieses „verschenkten“ Wachstumsbeitrags wird besonders ersichtlich, wenn man den Vergleich mit China anstellt. Dort bewirkte die Auflösung der nach sowjetischem Vorbild errichteten Volkskommunen Ende der 1970er Jahre einen entscheidenden Wachstumsimpuls zur Verbesserung der Lebensverhältnisse. Ein ähnlicher Wachstumseffekt hätte vermutlich in der Sowjetunion erzielt werden können, denn Anfang der 1950er Jahre basierte auch die russische Agrarproduktion noch überwiegend auf Handarbeit. Die mit dem Kolchossystem den Bauern auferlegten Beschränkungen für ihre Wirtschaftsführung, die insbesondere ein Ausweichen in den auf dem Lande völlig unterentwickelten Bereich der Dienstleistungen und gewerblichen Tätigkeiten unterbanden, trugen entscheidend zur Verkrustung des Stalinschen Systems bei.

⁴⁵ David W. Bronson, Constance B. Krueger, 'The Revolution in Soviet Farm Household Income 1953–1967', in: James R. Millar, *The Soviet Rural Community* (Urbana 1971) 214–258; Merl, *Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, 658–662.

So fest verwurzelt die politische Unterordnung der Bauern dank des Kompromißcharakters des Kolchossystems auch war, hat der Stalinismus auf dem Lande in sozialer und ökonomischer Hinsicht dennoch keine dauerhaften Strukturen hinterlassen können. Die Zukunft der sowjetischen Landwirtschaft war 1941 genauso offen wie bei Stalins Tod 1953. Weder betrachteten die Kolchosniki ihre zwangsweise Organisation in Kolchosen als endgültig, noch hatte die großbetriebliche Organisation der Agrarproduktion ökonomisch gefestigt werden können.



Gábor T. Rittersporn

Das kollektivierte Dorf in der bäuerlichen Gegenkultur*

Die Aufgabe des Historikers, der die Erscheinungsformen der von der Kollektivierung hervorgerufenen sozialen Spannungen zu erforschen und auszuwerten versucht, ist keineswegs einfach. Es ist nicht leicht zu verstehen, daß die Feindseligkeit der Bauern, die während der Kollektivierungskampagne manchmal zu offenem Widerstand, Gewalttaten und Massenunruhen geführt hatte¹, ohne Nachwirkungen blieb. Aber die zur Verfügung der Forschung gestellten Quellen berichten nur gelegentlich über unverhüllt gegen die neue Agrarordnung gerichtete Angriffe, nach den frühen Jahren des Vorkriegsjahrzehnts. 1930, im stürmischsten Jahr der Kollektivierung, erreichte die Anzahl der Teilnehmer der von der Geheimpolizei registrierten 13 754 Aufstände mehr als drei Millionen bei einer Dorfbevölkerung, die immerhin bei 127 Millionen lag². Während der ebenfalls bewegten ersten Hälfte des nächsten Jahres, wurden ungefähr 34 000 von den fast 220 000 Kolchosen des Landes zu Schauplätzen von „feindlichen Ausfällen“ wie Anschlägen gegen Aktivisten, Brandstiftungen, Beschädigungen der Maschinen oder Vergiftung des Viehes, und über 9300 von diesen Kollektivwirtschaften wenigstens dreimal³. Diese Angaben lassen sowohl eine erbitterte Feindschaft gegen die Maßnahmen des Regimes ahnen, als auch unter Umständen eine Bereitwilligkeit zur Beteiligung an gemeinschaftlichen Protestaktionen. Andererseits betreffen sie die gewalttätigsten Phasen der Offensive gegen die alte Bauernwelt und

* Die Archivarbeiten, deren Ergebnisse hier präsentiert werden, wurden vom französischen Forschungsministerium finanziert.

¹ R. W. Davies, *The Socialist Offensive – The Collectivization of Soviet Agriculture, 1929–1930* (London 1980) 177–180, 182–185, 228–249, 256–260; L. Viola, *Bab'i Bunty and Peasant Women's Protest During Collectivization*, in: *The Russian Review* 45 (1986) 23–42; S. Fitzpatrick, *Stalin's Peasants: Resistance and Survival in the Russian Village After Collectivization* (Oxford 1994) 62–65.

² Vgl. V. Danilov, A. Berelowitch (Hrsg.), *Les documents des VČK-OGPU-NKVD sur la campagne soviétique*, in: *Cahiers du monde russe* 35 (1994) 673; *Narodnoe chozjajstvo SSSR*, Moskau 1932 XXIII; E. M. Andreev, L. E. Darskij, T. L. Char'kova, in: *Istorija naselenija SSSR 1920–1959 gg* (Moskau 1990) 141.

³ V. P. Danilov, N. A. Ivnickij (Hrsg.), *Dokumenty sviditel'stvujut* (Moskau 1989) 491; *Narodnoe chozjajstvo* 130.

können auch als bloßes Indiz für die Einsatzbereitschaft einer Minderheit der Dorfgesellschaft verstanden werden.

Der begrenzte Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktivität, die ständigen Schwierigkeiten der Behörden, die Teilnahme der Kolchosmitglieder an der kollektivierten Arbeit zu sichern, die dauernde Landflucht derjenigen, die am wenigsten Möglichkeiten hatten, in den Städten eine Beschäftigung zu finden, und die Tatsache, daß, auch weit nach dem Krieg, die mit dem Agrarbereich verbundenen Berufe eindeutig als die unpopulärsten galten⁴, lassen allerdings vermuten, daß die Abneigung der Bauern gegen die vom Regime aufgezwungene Dorfverfassung tiefe Wurzeln und ausgedehnte Konsequenzen hatte. Allem Anschein nach sind sie nicht erst in spektakulären Taten des Widerstandes zu suchen, sondern im Alltag des Landlebens und in der Anwendung jener „Waffen der Schwachen“⁵, deren Effekt oft nur an den dokumentierten Gegenschritten der Behörden ablesbar ist. Gewöhnliche Zeichen und Gesten der Ablehnung waren jedoch äußerst verbreitet und deuten nicht nur auf eine der Kolchosordnung – und nicht selten dem System als solchem – entgegengesetzte Folklore, die in den Städten ebenfalls gegenwärtig war, sondern auch auf Akte der Revolte hin, die häufiger waren, als die Forschung bisher annahm. Eigentlich erschwert die Fülle diesbezüglicher Quellen und nicht deren Knappheit die Aufgabe des Historikers, der freilich vermeiden muß, um jeden Preis und überall eine Bedrohung für die Stabilität des Systems zu entdecken, obwohl er keineswegs versäumen sollte, die Konturen der „verborgenen Niederschrift“⁶ einer eigenartigen Gegenkultur wahrzunehmen.

Manche Kundgebungen der heftigen Unzufriedenheit mit den Umständen in den Dörfern und die hypothetischen Folgen der feindseligen Einstellung gegenüber dem Kolchos wurden von den Behörden äußerst ernst genommen. Auch wenn es sich fast ausnahmslos um eine offenbare Überreaktion handelte, wäre es verfehlt, die Bedeutung dieser Ereignisse zu unterschätzen, um so mehr, als sie etwas von den Gründen der in der Staatspartei herrschenden politischen Unsicherheit zu erklären scheinen. Die beinahe besessene Sorgfalt, mit der die Geheimpolizei die wachsende Zahl von Briefen beobachtete, die das ländliche Elend schilderten, besonders in Jahren von Mißernten und vor allem an Rotarmisten adressiert, ist nicht schwer zu verstehen, wurden doch – nach den Meldungen der OGPU – auch die im Kreml dienenden Soldaten dem Einfluß dieser, im Amtsjargon von „negativem Charakter“ gekennzeichneten, Korrespondenz ausgesetzt⁷.

⁴ S. Merl, *Bauern unter Stalin. Die Formierung des sowjetischen Kolchossystems* (Berlin 1990) 35–59; ders., *Sozialer Aufstieg im sowjetischen Kolchossystem der 30er Jahre?* (Berlin 1990) 182; A. Inkeles, *Social Change in Soviet Russia* (Cambridge/Mass. 1968) 196; D. L. Konstantinov, *Dinamika professional'noj orientacii molodeži Sibiri* (Novosibirsk 1977) 79–83, 89f.; M. H. Titma, *Social'no-professional'naja orientacija molodeži*, B. 2 (Tallin 1982) 10–15; Fitzpatrick, 140f., 143f.

⁵ J. C. Scott, *Weapons of the Weak: Everyday Forms of Peasant Resistance* (New Haven 1985).

⁶ Ders., *Domination and the Arts of Resistance: Hidden Transcripts* (New Haven 1990).

⁷ CGAIPD (vormals Leningrader Parteiarhiv; beinahe alle aus diesem Archiv zitierten Materialien sind Berichte der politischen Polizei, die A. A. Ždanov in seiner Eigenschaft als ZK-

Im Sommer 1933 seien ungefähr 20 Prozent der an Rotarmisten gesandten Schreiben von dieser Art gewesen und im Moskauer Militärbezirk 27 Prozent, im Vergleich zu 5 Prozent der mehr als 140000 Briefe, die in den Garnisonen dieser Region eintrafen und von der Polizei als „positiv“ betrachtet wurden⁸. Laut jedem Vierteljahrsbericht der politischen Polizei äußerten in diesen Monaten der Hungersnot zwischen 7 und 8 Prozent der gesamten Mannschaft der Schutzwachetruppen und mehr als 10 Prozent der Befehlshaber „negative Stimmungen“, überwiegend wegen der Lage der Landwirtschaft und der Versorgung⁹ und offensichtlich ungeachtet der Tatsache, daß die Neugier der OGPU an allem, was in den Streitkräften vorging, wohlbekannt war.

Solche Angaben lassen nur die Spitze des Eisberges erkennen, da die Verfasser der Briefe wußten und gelegentlich offen schrieben, daß die Korrespondenz überwacht wurde, und auch der über die niemals erfüllten Versprechen der Partei nörgelnde Rotarmist war überzeugt, daß man die Reden „... des Genossen Stalin studieren muß, um während der Politstunde antworten zu können ...“¹⁰. Die Menge der häufig vehementen Äußerungen gefährdete das System keinesfalls, auch wenn die Behörden gewiß nicht dieser Ansicht waren, so daß sie durch einen Geheimerlaß, der regelmäßig angewandt wurde, die Befürwortung und sogar die Billigung von Anschlägen auf „Führer der Partei und der Regierung“ mit politischen Terrorakten gleichsetzten¹¹. Die mehr oder weniger minutiöse Sammlung durch verschiedene Dienststellen der Äußerungen der Bevölkerung ist unter diesen Umständen verständlich. Es ist meistens unmöglich festzustellen, ob die in den Dokumenten gewöhnlich Wort für Wort zitierten Bemerkungen und Ausfälle genau mitgeteilt wurden. Die Präsenz einer Masse von wiederkehrenden Topoi in der Berichterstattung aller möglichen Verwaltungen deutet jedenfalls auf das Vorhandensein von Phraseologien hin.

Die Hungersnot im Dorfe war ein fortdauerndes Motiv, das noch lange nach der offiziell als „partielle Mißernte“ bezeichneten Katastrophe von 1932/33¹² erwähnt wurde. Die auffallende Präsenz dieses Themas in den Städten erklärt sich zum Teil durch die Versorgungsschwierigkeiten, unter denen auch die Stadtbevölkerung litt und die mit der Dürre von 1936 erneut auftraten¹³. Tagebücher und Aufzeichnungen junger, vorwiegend regimetreuer Leute zeigen, daß das Erlebnis der Hungerjahre und der dörflichen Misere ihre Loyalität stark erschüttert und

Sekretär aus verschiedenen Gebieten der UdSSR zugesandt wurden), f. 24, op. 2v, d. 1850, l. 208, d. 1858, l. 146, d. 1859, ll. 95–97; RGVA (Russisches Staatliches Militärarchiv), f. 9, op. 36, d. 597, ll. 65, 205–106, 123–126, d. 991, l. 353.

⁸ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 738.

⁹ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, ll. 662, 836–837, d. 991, ll. 352–353, 358; f. 40, op. 1, d. 61, ll. 206, 285, d. 63, l. 11.

¹⁰ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 124, d. 991, 360.

¹¹ GARF (Staatsarchiv der Russischen Föderation), f. 8131, op. 38, d. 6, ll. 4–5, d. 22, l. 29.

¹² RCChIDNI (ehemaliges Zentrales Parteiarchiv), f. 17, op. 120, d. 119, l. 70.

¹³ Siehe z. B. CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1859, ll. 95–97, d. 2494, ll. 3–36, 113–114, d. 2492, l. 88.

ernstlich in Frage gestellt hatte¹⁴. Die Anschuldigung, die führenden Politiker hätten bewußt keinen Schritt getan, um den Massentod der Bauern zu verhindern, wurde auch am Ende des Vorkriegsjahrzehntes in den Städten und in der Armee geäußert¹⁵. Die Meinung städtischer Schüler, daß der Hunger in den Provinzen die Ansichten der Opfer der großen Schauprozesse, die gestanden hatten, daß sie die Kollektivierung für ein Fiasko hielten, bestätigte¹⁶, hätte in diesem Kontext für die ohnehin argwöhnischen Machthaber alarmierend klingen müssen. Um so mehr, als zur selben Zeit Bauern zu wissen glaubten, daß die angeklagten ehemaligen Oppositionsführer und Trotzki das Schicksal der Landwirte zu erleichtern versucht hatten und sie die Kolchosen sogar auflösen wollten; deshalb seien sie verfolgt worden¹⁷.

Die sich in den Dörfern verbreitenden Gerüchte und die auf dem Land gängigen Äußerungen skizzieren den Umriss eines seltsamen Universums, in dem manchmal auch winzige Gesten als gegen das Kolchossystem gerichtete Kampfansagen verstanden wurden und eng mit Traditionen, Wunschbildern und Vorstellungen über die gerechte Gesellschaft verbunden waren. Aber die Ablehnung der Kollektivierung kam vor allem in alltäglichen Praktiken zum Ausdruck, die vom Regime durchaus beachtet wurden und häufig strenge Gegenmaßnahmen hervorriefen, auch in Fällen, wenn die inkriminierten Verfahrensweisen die neue Dorfordnung kaum oder überhaupt nicht gefährdeten. Auch ein flüchtiger Blick in das Strafgesetzbuch der Vorkriegsperiode, in die Zeitschriften des Obersten Gerichtshofes und der Staatsanwaltschaft und in die Kriminalstatistiken ist imstande, die mannigfaltigen Taktiken zu entdecken, durch welche die Bauern dem Druck der neuen Agrarverfassung zu entkommen suchten und die 1933 und 1934 dazu geführt hatten, daß 18 bzw. 13 Prozent aller durch die Gerichte der Russischen Föderation verurteilten Personen für mangelnde Beteiligung an landwirtschaftlicher Arbeit, für unerfüllte Abgabeverpflichtungen und für andere, den Agrarsektor betreffende und unter den neuen Umständen als Straftaten betrachtete Vergehen zur Rechenschaft gezogen wurden¹⁸. Die Anzahl und der Anteil dieser Kategorien vermeintlicher Verbrecher verminderte sich ständig. Die Aussaatkampagne „lieferte“ 10 Prozent der Masse der Bestraften im ersten Halbjahr 1935 und 2,3 Prozent im nächsten Frühjahr, obwohl noch 1936 die im Zusammenhang mit Verletzungen der Kolchosordnung schuldig gesprochenen Individuen 8,6 Prozent der gerichtlich verfolgten Bewohner Rußlands ausmachten¹⁹.

Diese Entwicklung hatte weniger mit der Einschränkung bäuerlicher Überlebensstrategien zu tun, als vielmehr mit der Schwierigkeit, deren kriminalisierte

¹⁴ CChDMO (ehemaliges Zentralarchiv des Komsomols), f. 1, op. 23, d. 1105, l. 126, d. 1106, ll. 88, 118–119, 121.

¹⁵ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1496, l. 104; RGVA, f. 9, op. 39, d. 75, ll. 242, 255.

¹⁶ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1234, l. 11, d. 1236, l. 114.

¹⁷ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1496, l. 93, d. 2497, l. 7, d. 2499, l. 69; *Fitzpatrick* 295.

¹⁸ GARE, f. 9474, op. 1, d. 93, ll. 18, 48–49.

¹⁹ GARE, f. 7523 sc, op. 65, d. 242, l. 242; f. 9492, op. 1, d. 822, l. 2; f. 9474, op. 1, d. 104, ll. 4, 31–32.

Erscheinungsformen aufzuspüren, mit der periodisch offiziell, aber fast nie öffentlich anerkannten Konterproduktivität repressiver Maßnahmen und mit der Fähigkeit der Dorfgesellschaft, ihre Praktiken an die Wirklichkeit des Systems zu adaptieren. Eine Verordnung, die für Leistungsverweigerung „gerichtliche Repression“ in Aussicht stellte, hatte geringe Chancen auch nur sporadischer Anwendung angesichts eines Anteils von 6,5 bis 12,7 Prozent von Personen an allen Kolchosmitgliedern, die auch am Ende der dreißiger Jahre keine Arbeit leisteten und eines zusätzlichen Kontingents von 16 bis 23,6 Prozent, das diesem Produktionsbereich jährlich nicht mehr als einen Monat Aufmerksamkeit widmete²⁰. Die Landwirte, die für die „sabotageartige Verminderung der Aussaatnormen“ oder für „zur Beschädigung der Felder und zur Verringerung des Ertrags“ führende „Schädlingsarbeit beim Pflügen und bei der Saat“ verantwortlich waren, ließen sich nicht einfacher finden als diejenigen, die durch heimliches Mahlen das aus der Mühlensteuer stammende Einkommen des Staates verringerten. Der Umstand, daß die Gesetzgebung für diese und ähnliche Verfehlungen oft den Einsatz der drastischsten, für „konterrevolutionäre Verbrechen“ vorgesehene Strafen vorschrieb, sollte paradoxerweise dazu beitragen, daß drakonische Dekrete in der tatsächlichen Rechtsprechung nur zeitweilig oder kaum angewandt wurden.

In dieser Hinsicht ist die Antwort des Regimes auf die Aneignung von Staats- und Kolchosbesitz, die ohne Zweifel der häufigste Verstoß gegen die neuen Agrarverhältnisse war, typisch. Während der Hungersnot hatten sich Fälle von Diebstahl dieser Art vermehrt, so daß sie im August 1932 durch einen Erlaß, der Todesstrafe oder zehnjährige Zwangsarbeit verhängte, mit „politischen Delikten“ gleichgestellt wurden²¹. Hunderttausende wurden in den folgenden Monaten wegen einschlägiger Tatbestände verurteilt, aber die Anwendung des Dekrets erwies sich als so chaotisch, daß sich 1936 sogar die Justizbehörden außerstande sahen, die genaue Zahl der Betroffenen anzugeben²². Auch heute scheint es unmöglich, die Anzahl der 1932/33 auf der Grundlage dieses Dekrets Verurteilten festzustellen. Deutlich ist aber, daß von den 16 838 Todesurteilen dieser Periode nur ein Teil vollstreckt wurde und daß von den fast 400 000 anderen Angeklagten die Zahl derjenigen, die zu langjährigem Freiheitsentzug verurteilt wurden, über 100 000 lag, obwohl sie ursprünglich 200 000 übertraffen hatte²³. Die widersprüchlichen Angaben hängen eng mit den widersprüchlichen und die ursprüngliche Verordnung letzten Endes konterkarierenden Maßnahmen der zentralen Behörden zusammen, die dazu geführt hatten, daß ungefähr die Hälfte der von den

²⁰ Für die Dokumentation der in diesem Absatz erörterten Fragen siehe G. T. Rittersporn, *Modernisierung durch Vernichtung? Über einige Folgen der Kollektivierung der sowjetischen Landwirtschaft*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 9 (1995) 814–816.

²¹ *Sobranie zakonov i rasporjaženij Raboče-Krest'janskogo Pravitel'stva SSSR, čast' I* (1932) 583–584; *I. V. Stalin, Sočinenija*, Bd. 13 (Moskau 1951) 207–212.

²² Siehe z. B. GARE, f. 3316, op. 64, d. 1754, ll. 21, 26; f. 9474, op. 16, d. 79, l. 16.

²³ GARE, f. 3316, op. 64, d. 1534, ll. 87, 112; f. 9474, op. 1, d. 83, l. 5, d. 97, ll. 7, 61, op. 16, d. 30, ll. 170, 222, d. 48, l. 15, d. 79, l. 6, 35–36, 42, 49ob.

ersten Instanzen verhängten Urteile schon 1933 revidiert wurde²⁴. Zwischen 1933 und 1939 fiel die Anzahl derjenigen, die in der Russischen Föderation nach diesem Erlass bestraft wurden, von etwa 100 000 auf 346²⁵. Bezeichnenderweise wurde 1936 sogar eine geheime Überprüfung der vor 1935 verhängten Urteile angeordnet, die zur sofortigen Entlassung von mehr als 40 000 Häftlingen und zur Herabsetzung der Strafe von fast 53 000 anderen führte²⁶.

Die Anschläge auf das Eigentum des Staates und der Kolchosen ließen jedoch nicht nach. Im Gegenteil: Sie bildeten auch am Ende des Vorkriegsjahrzehnts annähernd denselben Anteil aller Straftaten wie 1932/33 – ca. 15 Prozent und nach der Mißernte von 1936 fast 20 Prozent – und bedeuteten jährlich zwischen 135 000 und 180 000 Gerichtsverfahren in der gesamten Sowjetunion²⁷. Diese Angaben sind jedoch höchst irreführend, weil die später angefertigten Statistiken – im Gegensatz zu 1932/33, als Landwirte sogar für das Abschneiden von einigen Ähren Getreide auf den eigenen Parzellen zur Verantwortung gezogen wurden²⁸, – den als „kleine Unterschlagungen“ betrachteten Diebstählen bis zum Krieg keine Rubrik widmeten, weil sie allem Anschein nach kaum verfolgt wurden. 1933 hatten 58 Prozent der als besonders schwer geltenden Fälle in den Kollektivwirtschaften stattgefunden, und obwohl sich der Anteil der verurteilten Bauern verminderte, sah sich der Staat auch am Ende der dreißiger Jahre genötigt, seine Eigentumsansprüche in den Dörfern häufiger zu verteidigen als in den Städten²⁹. Die fragmentarischen Daten lassen nur Konturen einer Erscheinung ahnen, die zu einem wichtigen Merkmal des kollektivierten Dorflebens wurde. Es ist charakteristisch, daß 1934, als die rigorosen Bestimmungen von 1932 gelegentlich noch Anwendung fanden, 68 Prozent der während der Ernte in Rußland für schuldig befundenen Personen wegen Diebstahls staatlichen oder kollektivierten Eigentums vor Gericht gebracht wurden (in der Ukraine 77 Prozent), und daß 1936 die Hälfte der mehr als 86 000 in sowjetischen Kolchosen begangenen Verstöße dieser Art war, obwohl sie überwiegend nicht einmal mit Freiheitsentzug bestraft wurde³⁰. Auch 1940, als die Polizei eine ausführliche Liste der verschiedenen Methoden des offensichtlich massenhaften Diebstahls in Umlauf gebracht hatte, wurden nur einige Hundert der mehr als 210 000 verurteilten Personen vom Dekret von 1932 betroffen³¹.

Ähnliche Vorgänge charakterisieren die Haltung des Regimes gegenüber der privaten Nebenwirtschaft, die zu einer wesentlichen und in mancher Hinsicht zur

²⁴ Ugolovnyj kodeks RSFSR (Moskau 1937) 132–133, 139, 161–162, 170–171; Sovetskaja justicija 1934 Nr. 24 2–3; Socialističeskaja zakonnost' 1937, Nr. 8 38; GARF, f. 3316, op. 64, d. 1254, l. 6; f. 9474, op. 1, d. 77, l. 1, d. 85, ll. 22–23.

²⁵ GARF, f. 7523sč, op. 65, d. 242, l. 5.

²⁶ GARF, f. 3316, op. 64, d. 1754, ll. 1–3, d. 1837, l. 3.

²⁷ GARF, f. 7523sč, op. 89, d. 4408, ll. 15, 22.

²⁸ GARF, f. 8131, op. 10, d. 83, l. 89, d. 84, l. 52; f. 9415, op. 5, d. 496, l. 122.

²⁹ GARF, f. 9492, op. 6, d. 14, l. 20; f. 9474, op. 1, d. 83, l. 6.

³⁰ Socialističeskaja zakonnost', 1934, Nr. 10 35; GARF, f. 9492, op. 1, d. 822, l. 1.

³¹ GARF, f. 7523sč, op. 89, d. 4408, l. 15; f. 9415, op. 5, d. 87, ll. 39–39ob; f. 9492, op. 1a, d. 62, l. 320.

wichtigsten Einnahmequelle der Bauern wurde³². Als Errungenschaft, die der Staatspartei nicht ohne Schwierigkeit abgetrotzt worden war³³, blieb das Hofland für Jahrzehnte ein Zankapfel zwischen der Dorfbevölkerung und dem System. Besonders wenn eine schlechte Ernte zu erwarten war, stellten sich die Landwirte schnell und fast ausschließlich auf die Bewirtschaftung ihrer Haushaltsparzellen um, was Notsignale und energische Gegenmaßnahmen der Verwaltung hervorrief, die gelegentlich auch die Hilfe der politischen Polizei beantragte³⁴. 11,5 Prozent der Anfang 1939 als Kolchosbauern betrachteten Landwirte war nur in der Nebengewirtschaft beschäftigt³⁵. Nicht ohne Grund entdeckten die Behörden einen Zusammenhang zwischen der Schwäche der Kolchosen und der Entwicklung der Produktivität des Hoflandes³⁶. Jedenfalls mußten sie auf die zunehmend häufigere illegale Erweiterung der Haushaltsparzellen reagieren³⁷. Die gesetzliche Grundlage war dafür unter anderem durch eine Anordnung geschaffen worden, die es erlaubte, diese Handlung in bestimmten Fällen auch als „konterrevolutionäres Verbrechen“ zu verfolgen³⁸. Die Anwendung dieser Direktive kam aber nicht in Betracht, weil sich gegen Ende der dreißiger Jahre nach Angaben der Agrarverwaltung, die die Staatsanwaltschaft für äußerst niedrig hielt, 45,7 Prozent der Kolchoshöfe im Besitz von Nebengewirtschaften befanden, die die Norm überschritten³⁹. Da manche Landwirte ihre Haushalte aufgeteilt hatten, um auf mehr als ein Hofland Anspruch zu haben, bewirkte die Anordnung, unerlaubte Feldstücke zurückzugeben, wenig⁴⁰.

Auch der Weggang der *kolchozniki* zu Saisonarbeiten, die sich häufig in ständige Beschäftigungen außerhalb der Landwirtschaft verwandelten, war nicht einfach zu bekämpfen, weil es die Zuwendungen der abgewanderten Familienangehörigen erlaubten, daß die Zurückgebliebenen sich nur um die Nebengewirtschaft kümmerten und dennoch die für Kolchosmitglieder vorgesehenen Abgaben bezahlten, die wesentlich niedriger waren als die Steuer der Einzelbauern⁴¹. Der Arbeitskräftemangel der Industrie stand energischen Maßnahmen entgegen⁴². Nicht einmal die Einführung des Paßsystems konnte verhindern, daß 1937 (d.h. fünf Jahre später) zwischen 5 und 8 Prozent der Moskauer Bevölkerung ohne die theo-

³² *Merl*, Bauern, 404–408, 412–415.

³³ Ebd. 257f.

³⁴ RCChIDNI, f. 112, op. 27, d. 3, l. 27, op. 27, d. 37, ll. 379, 401–402; ll. CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1849, ll. 3–4, 38, 125, d. 1850, ll. 32, 258–259, 1852, ll. 17, 32, 142.

³⁵ J. A. Poljakov (Hrsg.), *Vsesojuznaja perepis' naselenija 1939 g.* (Moskau 1992) 93–94.

³⁶ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 119, l. 102.

³⁷ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 119, l. 174, f. 112, op. 25, d. 3, ll. 27, 29; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1845, ll. 66–67, 207, d. 1849, l. 223–224; *Merl*, Bauern, 301 ff.

³⁸ *Sovetskaja justicija*, 1935, Nr. 11, 33.

³⁹ *Merl*, Bauern, 311; GARE, f. 8131, op. 37, d. 542, l. 1.

⁴⁰ *Fitzpatrick*, 136.

⁴¹ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d., 1845, l. 63–65, d. 1849, l. 39, 108, 133, d. 1850, ll. 48–49, 87, 198, d. 1852, ll. 16, 19–20, 48–49, d. 1857, ll. 120, 181, d. 1858, ll. 96, 147–148, d. 1860, l. 170, d. 2486, l. 73; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 281, l. 79; f. 112, op. 27, d. 37, ll. 378–379.

⁴² *Fitzpatrick*, 165.

retisch erforderliche polizeiliche Anmeldung in der Hauptstadt lebten; in anderen Großstädten war die Lage ähnlich⁴³. Auch die Festsetzung einer verbindlichen Minimalleistung für alle Kolchoslandwirte, schob der Praxis keinen Riegel vor, daß einige Familienmitglieder ausschließlich auf den Haushaltsparzellen arbeiteten, weil ihr Anteil am kollektivierten Pensum von Verwandten übernommen wurde⁴⁴. Es kam nur selten vor, daß Bauern die Spielregeln der neuen Agrarordnung offen verletzten; dennoch wurde das für die Kolchosmitglieder verhängte Verbot, Pferde zu besitzen, um damit ihre Abhängigkeit von der Kollektivwirtschaft zu verstärken, gelegentlich umgangen⁴⁵.

Am häufigsten widersetzten sich die Landwirte den Normen des Regimes in verborgener Form und typischerweise oft gemeinsam unter dem Deckmantel der Kolchosen, die nicht selten Funktionen der herkömmlichen Dorfgemeinschaft übernahmen⁴⁶. Die Abgabe von Getreide oder Baumwolle, deren Gewicht durch Wasser oder gar Abfälle vergrößert worden war, wurde vor allem von Kolchosen praktiziert und in bestimmten Jahren in großem Maßstab, weil 30 Prozent der vom Staat 1931 bis 1933 aufgekauften Ernte für übermäßig feucht befunden wurde⁴⁷. Manchmal halfen sich die Kollektivwirtschaften durch die Verseuchung des Getreides mit Zecken in der Hoffnung heraus, damit die Zwangslieferungen einschränken zu können⁴⁸. Offensichtlich war es unmöglich, die Urheber dieser Praktiken ausfindig zu machen, weil die Vorschrift, sie als „konterrevolutionäre Handlungen“ zu bestrafen, zugleich die Haftung der Amtsträger für die Sammlung und Speicherung der Abgaben bestätigte⁴⁹. Strategien wie die Verheimlichung des Ertrages oder die Vortäuschung gewöhnlichen Getreides als unentbehrliches Saatgut, fanden ebenfalls und fast ausschließlich in den Kolchosen Verbreitung⁵⁰. Die eigentlich streng verbotene massenhafte Schlachtung des kollektivierten Viehs unter dem Vorwand, ein schlechter Ertrag habe kein Futter übrig gelassen, und die Verteilung des daraus stammenden Einkommens wurde ebenfalls gemeinschaftlich ausgeübt, wie auch die Ausleihe der Tiere, vorgeblich nur für die Zeit einer Mißernte, an die *kolchozniki*⁵¹.

Eine Methode, den Umfang der staatlichen Abzüge zu begrenzen, bestand darin, die von den Maschinenstationen auszuführenden Arbeiten unter allen möglichen Umständen zu verringern, um die für solche Dienstleistungen zu zahlende

⁴³ Vgl. RGAÉ (Wirtschaftsarchiv der Russischen Föderation), f. 1562, op. 329, d. 131, l. 10; GARF, f. 5446, op. 22a, d. 1096, l. 20; J. A. Poljakov (Hrsg.), *Vsesojuznaja perepis' naselenija 1937 g.* (Moskau 1991) 54.

⁴⁴ Fitzpatrick, 146.

⁴⁵ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 277, ll. 68–69, 74; f. 112, op. 27, d. 34, l. 39; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1845, l. 67, d. 1849, l. 38.

⁴⁶ Fitzpatrick, 110, 114–115, 167.

⁴⁷ GARF, f. 7511, op. 10, d. 537, l. 44; f. 8131, op. 10, d. 83, ll. 59, 72, 105, op. 37, d. 148, l. 14.

⁴⁸ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, ll. 22, 129, 132, 204.

⁴⁹ RCChIDNI, f. 558, op. 1, d. 5017, ll. 1–11; GARF, f. 8131, op. 38, d. 22, ll. 8, 10.

⁵⁰ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. d. 1856, ll. 42, 101–102, d. 1857, ll. 113–114; GARF, f. 8131, op. 13, d. 65, l. 83.

⁵¹ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1860, ll. 165–166, 201–202, d. 2486, l. 72.

Naturalsteuer zu vermindern; diese Bestrebung führte gelegentlich auch zur Beschädigung der Maschinen⁵². Eine andere Methode war die Verzögerung der Ablieferungen, weil damit bisweilen die Herabsetzung der für die einzelnen Kolchosen vorgesehenen Abgabequoten erreicht werden konnte⁵³. Die vielleicht am weitesten verbreiteten und am schwersten zu entdeckenden Praktiken waren jedoch die Mitteilung vermindelter Angaben über den Ertrag oder erhöhter Angaben über Verluste und die Verheimlichung der bestellten Anbauflächen⁵⁴. Letzteres war besonders in Mittelasien häufig, wo sie – allem Anschein nach – gerade als Bestandteil des Kolchosalltags betrachtet wurde. Jedenfalls ist es bemerkenswert, daß ein turkmenischer Kolchosvorsitzender, der mittels solcher Schliche auch Rekorderträge vorwies und den Leninorden und die Abgeordnetenwürde im Obersten Sowjet erwarb, zwar zur Rechenschaft gezogen und verhaftet wurde, sich aber schnell vom ZK befreit fand und nur mit einem Parteiverweis bestraft wurde⁵⁵.

Es wäre verfehlt zu vermuten, daß eben die Landläufigkeit der Verstöße gegen die Kolchosordnung und die Gebräuchlichkeit der Manöver, mit denen die Bauern die kollektivierte Agrarverfassung zu umgehen versuchten, auf den unreflektierten Charakter der dörflichen Verhaltensweisen verweisen. Landwirte kümmerten sich nicht um ausführliche Betrachtungen über die Gründe und Zwecke ihres Vorgehens, aber ihre Handlungen wurden oft von Aussagen und Gesten begleitet oder waren gegen Ziele gerichtet, die zu zeigen scheinen, daß ihr Verfahren in mancher Hinsicht beabsichtigt war. Angriffe auf Stachanovleute wurden oft von der Feindseligkeit gegenüber den normtreibenden Rekordtaten ländlicher Stoßarbeiter motiviert, und der Umstand, daß die Opfer häufig Frauen waren, hatte wahrscheinlich weniger mit dem Gefühl verletzter Würde der überwiegend männlichen Angreifer zu tun, als mit den Verhältnissen im Dorfe, wo beinahe 64 Prozent der Werktätigen Frauen waren⁵⁶. Bezeichnenderweise waren auch Amtsträger bestrebt, den Spitzenleistungen eine Grenze zu setzen, und der Kolchosvorsitzende, der die Tätigkeit einer Stachanov-Bäuerin mit der Bemerkung verhinderte, daß er wohl wisse, was er tue und daß er deutlich machen wolle, wer der „Hausherr“ sei, gab eigentlich nicht männlicher Überlegenheit Ausdruck, sondern den Befürchtungen der Landwirte, die einem verprügelten Stoßarbeiter vorwarfen, daß er „die Wirtschaft zu leiten begonnen“ habe⁵⁷. Die relative Häufigkeit der Verfolgung ausgerechnet örtlich berühmter und gelegentlich in der ganzen UdSSR lautstark gefeierter Rekordleute⁵⁸ ließ erkennen, daß sie von Bauern als in

⁵² *Rittersporn*, 817.

⁵³ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, ll. 134–137, 203–204, 226–227, d. 1857, ll. 55, 115, 154; GARF, f. 8131, op. 38, d. 46, l. 187.

⁵⁴ *Socialističeskaja zakonnost'*, 1934, Nr. 9 44; RGAE, f. 1562, op. 329, d. 89, l. 16; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1850, l. 49, d. 1852, ll. 2, 69, 159–171, 200–201; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 288, ll. 102–103; f. 112, op. 27, d. 37, ll. 13–14, op. 28, d. 8, l. 242.

⁵⁵ GARF, f. 7523, op. 65, d. 486, ll. 133–135.

⁵⁶ *Fitzpatrick*, 218, 237f.

⁵⁷ GARF, f. 8131, op. 13, d. 64, ll. 129–130, 134, d. 65, ll. 102, 164–165.

⁵⁸ GARF, f. 8131, op. 13, d. 64, ll. 124–125, 129–130, d. 65, ll. 163–164.

ihrer Reichweite befindliche Vertreter des Regimes betrachtet wurden, die einfacher anzugreifen waren als die wirklichen Würdenträger.

Diese Vorgehensweise weist auf eine verkappte, aber gewiß nicht völlig verdrängte Ablehnung des Systems und von fast allem, was es symbolisierte, hin, auf eine Abneigung, die nur selten unverhohlen geäußert werden konnte, auch wenn sie die Haltung der Mehrheit der Landwirte kennzeichnete. Dieser Widerwille ist nicht schwer zu entdecken in Sprüchen, Anekdoten und *častuški* über das Dorfleben⁵⁹, die auch in den Städten verbreitet waren und gelegentlich an städtische Umstände adaptiert wurden. Ein häufiges Thema der volkstümlichen Strophen wurde das Elend, und sogar Schulkinder freuten sich über *častuški* wie:

Auf der Pforte: Hammer und Sichel,
Und in der Hütte: Tod und Hunger⁶⁰.

Die herkömmliche Weisheit, nach welcher ein arbeitender Landwirt sieben Faulenzer ernähren mußte, wurde genauso auf die Wirklichkeit derjenigen Kollektivwirtschaft angewandt, deren Mißliebigkeit auch in Liedern zum Ausdruck kam, in welchen Bauernmädchen schworen, auf keinen Fall mit einem *kolchoznik* intime Beziehungen einzugehen⁶¹.

Auch weit nach dem Krieg wurden *častuški* aufgeschrieben, in welchen die Gunst erwähnt wurde, die Frauen manchmal den Kolchosfunktionären zu gewähren genötigt waren⁶², was nach Auffassung der neuen ländlichen Ordnung wohl als Vergewaltigung zu interpretieren ist. Die vom Regime geförderte Massenkultur kann in mancher Hinsicht als ein Versuch verstanden werden, ein wirksames Instrument sozialer Integration zu schaffen. Aber für die Verfasser der Strophen bestand die einzige Gegenleistung des Systems für den Raub der Ernte in Wodka und Kino⁶³, die vielleicht absichtlich (und vermutlich auf die Metapher vom „Opium für das Volk“ anspielend) gleichgesetzt wurden. Verständlicherweise kam der Vergleich mit den Umständen der vorrevolutionären Zeit häufig vor, wie in den westlichen Gebieten, wo man zu sagen pflegte, daß der Gutsbesitzer – der Pan – durch den Plan ersetzt worden sei, obwohl die Landwirte dem ersteren nur die Hälfte des gemähten Heues abzugeben hatten, während die Bolschewiki beinahe alles wegnahmen⁶⁴. Die Ansicht eines alten Bauern, der gemeint hatte – und deshalb verhaftet wurde, wie mehrere Personen, deren Aussagen wir in den Quellen finden – daß das Joch „früher aus Holz“ war, heute aber „aus Eisen“⁶⁵ sei – wurde offensichtlich vom Publikum der Kolchosfolklore geteilt.

⁵⁹ Fitzpatrick, 290.

⁶⁰ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1102, l. 189, d. 1106, l. 59, d. 1154, l. 5.

⁶¹ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1846, l. 123; GARF, f. 8131, op. 37, d. 575, l. 59; V. Dal', Poslovicy russkogo naroda, Bd. 2 (Moskau 1993) 388.

⁶² A. V. Kulagina (Hrsg.), Russkaja častuška (Moskau 1993) 69; A. Egorov (Hrsg.), Žitejskie častuški '95 (Moskau 1995) 162.

⁶³ E. N. Razumovskaja, 60 let kolchoznoj žizni glazami krest'jan, in: N. G. Ochotin, A. B. Roginskij (Hrsg.), Zven'ja (Moskau 1991) 154; Egorov, 158.

⁶⁴ Razumovskaja, 150, 156.

⁶⁵ GARF, f. 8131, op. 14, d. 14, l. 55.

Vergleiche mit alten Zeiten erscheinen in Witzen, wie demjenigen, nach welchem der Zar von Rinderherden, aber Stalin nur von Kaninchen begleitet wurde, die im Volksmund übrigens „Stalintiere“ hießen⁶⁶. Die allerhöchste Autorität des Regimes war ein bevorzugtes Ziel der Gegenkultur, und nicht selten im Vergleich zu Lenin, der z.B. Schuhe angezogen habe, weil er Pfützen zu umgehen pflegte, im Gegensatz zu seinem Nachfolger, der deshalb Stiefel bevorzugt habe, weil er die Schmutzlachen durchqueren wollte⁶⁷. Die manchmal idealisierten NÖP-Zeiten wurden dem dürftigen Alltag der dreißiger Jahre gegenübergestellt, wie in dem Spruch, daß „Lenin im Herzen des Volkes, während Stalin in dessen Magen“ gegenwärtig sei⁶⁸. Aber auch Lenin erschien als Urheber des Hungerregimes, unter anderem in einer (selbst tschuwaschisch kolportierten) *častuška*, demzufolge er auf seinem Sterbebett befohlen habe, daß Stalin Brot nur rationieren und kein Fleisch austeilen solle⁶⁹. Als 1936 ein Ethnograph einen 21-jährigen Kolchosbuchhalter, der eine Fülle ähnlicher Strophen sowie aus der Bürgerkriegszeit stammende antibolschewistische *častuški* zitieren konnte, fragte, ob ihm Lenin, Stalin oder die Kollektivwirtschaft als Vorbilder bekannt seien, war die Antwort bezeichnenderweise negativ⁷⁰.

Eine andere Art mündliche Überlieferung, in welcher bei weitem mehr als einfache Abneigung offenbar wurde, war die Gattung der Gerüchte über den drohenden oder sogar schon begonnenen Krieg, die periodisch in den Dörfern auftauchten und die Hoffnung erweckten, daß das Regime bald zusammenbrechen werde⁷¹. Der Wunsch des bevorstehenden Untergangs des Sowjetstaats war in den immer wiederkehrenden Nachrichten über angeblich streikende Fabriken und aufständische Provinzen gegenwärtig⁷². Sie wurden von Aussagen begleitet, wie: „Das ganze Dorf ist gegen die [Staats]macht eingenommen, man muß nur beginnen, um alles loszuwerden“, oder: „... Tag und Nacht arbeitet man im Kolchos, aber auch so hat man nichts zu essen, weil man alles Getreide den Schmarotzern geben muß. Das Haus der Romanovs bestand dreihundert Jahre, und auch das haben wir in einigen Tagen niedergeworfen, so daß diese [d.h. die Bolschewiki] leicht niederzuwerfen sind.“⁷³ Das Gerede über den baldigen Krieg rief unter deutschen Bauern die Erwartung hervor, daß die Ukraine eine Provinz Deutschlands würde, während andere Landwirte ihre Bereitschaft äußerten, den Konflikt auszunutzen, um mit den Bolschewiki abzurechnen, „wie man es in den Jahren

⁶⁶ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1102, ll. 80, 196.

⁶⁷ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 175, l. 88; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1102, l. 137, d. 1129, l. 62.

⁶⁸ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1106, l. 74.

⁶⁹ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1106, l. 102; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 175, ll. 96–97.

⁷⁰ S.N. Azbelev, Fol'klor 1920–1930-ch gg. v zapisjach A.I. Nikofova, in: Živaja starina 1994, Nr. 2 46.

⁷¹ Fitzpatrick, 289, 293–294.

⁷² CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, ll. 107, 238, d. 1860, l. 5; GARF, f. 1235, op. 141, d. 1793, čast' 3, l. 26ob; RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 665.

⁷³ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, ll. 66, 238–239.

des Bürgerkrieges gemacht habe“, oder gar versprochen „jeden zu vernichten, der keine Schwielen an den Händen habe“⁷⁴.

Obwohl diese Aussagen beste Aussichten hatten, von den Behörden als „auf-rührerisch“ bewertet zu werden und schwerste Folgen zu zeitigen, handelte es sich deutlich und ausnahmslos um Ausbrüche bloß verbaler Gewalt, die allerdings lang unterdrückten Haß und heimliche Wünsche zum Vorschein brachten und wahrscheinlich ein wesentliches Element bäuerlicher Selbstbehauptung darstellten⁷⁵. In der von Kriegspsychose beladenen Atmosphäre der dreißiger Jahre wurden sie um so eher für höchst gefährlich gehalten, als dörfliche Angelegenheiten in der Armee ebenfalls zu meuterischen Äußerungen Anlaß gaben. Ein Rotarmist, der seinem Oberleutnant stolz erklärte, daß er entschlossen sei, um jeden Preis Einzelbauer zu bleiben, fügte auch hinzu, daß er dem Beispiel seines im Bürgerkrieg auf der Seite der Bolschewiki gefallenen Vaters keineswegs folgen wolle, weil die Sowjetmacht ihn beraubt habe und ihm der Kolchos und Fabriken nicht gehörten⁷⁶. Begreiflicherweise löste die Konfiszierung unerlaubt angeeigneter Haushaltspartellen eine Welle von Protestschreiben aus, die nach einer Meldung des NKVD „ungesunde Stimmungen“ unter den Soldaten und Ausfälle über die „Wiederkehr der Leibeigenschaft“ verursachten⁷⁷. „Was sollen wir verteidigen und wen, wenn man uns zu Hause plündert“, wunderte sich ein Soldat, und sein Dilemma wurde von einem anderen am Vorabend seiner Abkommandierung an die finnische Front geteilt: „... man betrügt uns, wir ziehen aus, um jemanden zu verteidigen [sic], und zur selben Zeit gehen unsere Familien zugrunde; niemand verteidigt sie, sondern man erwürgt [sic] sogar mit Steuern.“⁷⁸ Nach Einschätzung der finnischen Heeresleitung habe nur ein Drittel der während des Winterkriegs in Gefangenschaft geratenen Rotarmisten aus Überläufern bestanden, aber die sowjetischen Behörden waren anderer Meinung, weil sie mehr als 80 Prozent der nach dem Konflikt zurückgekehrten Häftlinge als Verräter betrachteten und deportierten⁷⁹.

Verbale Aggressivität trat auch in Form des Vergleichs zwischen dem Sowjetsystem und dem NS-Regime hervor. Die Abgaben eintreibenden Bevollmächtigten wurden „Vertreter der Gestapo“ genannt, und sogar auf einer Sitzung eines Dorfsowjets erkühnte sich ein Bauer zu klagen: „Dem Beispiel Deutschlands folgend, wendet man administrative Gewalt [und] Einschüchterung an, und nur damit führt man die [theoretisch freiwilligen] Ablieferungen der Ernte durch. Die Politik der Sowjetregierung ist eine Hitlersche Politik – wenn man sie [d.h. die Macht-

⁷⁴ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1856, l. 26, d. 1857, ll. 21–22, 102, 216–217, d. 1860, l. 267, d. 2499, l. 69.

⁷⁵ Scott, *Domination*, 6–9, 38f., 206–210.

⁷⁶ RGVA, f. 9, op. 36, d. 3448, ll. 178–179.

⁷⁷ RGVA, f. 9, op. 36, d. 3448, ll. 166–172.

⁷⁸ RGVA, f. 9, op. 39, d. 75, l. 514, d. 86, l. 122.

⁷⁹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn, Botschaft Moskau, Pol. 3, No. 3g, Innenpolitik der Sowjetunion ..., Meldung der Botschaft von Helsinki am 17. April 1940; GARE, f. 8131, op. 37, d. 245, l. 255.

haber] wählt, versprechen sie Berge aus Gold, und dann betrügen sie.“⁸⁰ Der Vergleich führte nicht unbedingt zu einer negativen Bewertung der Verhältnisse im Dritten Reich. Ein Befehlshaber der Spezialwache des Kreml gab seiner Auffassung über sein hungerndes Dorf Ausdruck, als er sagte, daß „Hitler Recht hat, wenn er sagt, daß man in deutschen Gefängnissen besser lebe als auf freiem Fuß in der UdSSR“⁸¹. Ein Landwirt glaubte zu wissen: „Unsere Regierung lebt, wie früher der Zar lebte, und niemals besucht sie das Volk, um zu sehen, wie der Bauer unter ihrer guten Macht lebt [sic – gemeint sind ‚sie‘, d.h. die hohen Würdenträger]. In Deutschland sorgt sich der Zar [sic] mehr um die Leute, er besucht jedes Haus und gar jede Scheune und sieht, wie der Bauer lebt, da lebt man jetzt gut.“ Seine Auffassung wurde offensichtlich von anderen geteilt⁸². Die Ansicht, daß das Sowjetregime weit mehr seiner Staatsbürger inhaftiert oder umgebracht habe als die NS-Herrschaft, war verbreitet und manchmal von Aussagen begleitet wie der, daß „Hitler die Sowjetmacht vernichtet und mit den Kommunisten abrechnet – man erwartet das jeden Tag“⁸³. Offene Anerkennung der NS-Ordnung als solche war jedoch seltener in der Provinz als im städtischen Milieu, wo ein Komsomolze und Doktorand – der später Mitglied der Akademie der Wissenschaften wurde – gern „die Kolchose aufgelöst und etwas geschaffen hätte, was dem hitlerschen und stolypinschen Regime ähnlich“ gewesen wäre⁸⁴.

Ein spezifisches Genre verbaler Gewaltausübung war gegen die Machthaber und vor allem Stalin gerichtet, besonders nach Kirovs Ermordung, die eine Flut von Aussagen, Sprüchen und *častuški* auslöste und eine Atmosphäre heraufbeschwor, in welcher der Wunsch, die Ermordung des angeblich allgemein verehrten Regimeoberhauptes zu erleben oder gar einen Anschlag auf sein Leben eigenhändig zu veranstalten, selbst von Schulkindern geäußert wurde⁸⁵. Solche Äußerungen gaben der Hoffnung auf den bevorstehenden Zerfall des Kolchossystems Ausdruck, was Stalins Tod beschleunigen sollte. Ähnlich kritisch waren spöttische Bemerkungen, daß nur der letztere imstande sei, angesichts der gegenwärtigen „Plünderung“ der Landwirte „ein besseres Leben zu schaffen“, und daß sich das Regime, anstatt lautstark um Kirov zu trauern, besser um das Schicksal der verhungerten Bauern kümmern solle⁸⁶. Eine charakteristische Form bäuerlichen Protests war die Sendung anonymer Briefe (oder von Briefen, die man von Minderjährigen niederschreiben und unterzeichnen ließ) an höchste Instanzen mit allerlei Beschwerden und manchmal auch mit Ausfällen, die von den Dienststellen als „antisowjetisch“ bewertet und der Geheimpolizei übergeben wurden⁸⁷. Gele-

⁸⁰ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1587, ll. 96, 242.

⁸¹ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 125.

⁸² CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, ll. 239, 248.

⁸³ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1860, l. 267, d. 2486, l. 79.

⁸⁴ CChDMO, op. 1, f. 23, d. 1475, l. 54.

⁸⁵ Fitzpatrick, 291 f.

⁸⁶ RGVA, f. 9, op. 36, d. 1345, l. 25; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 176, l. 83; GARE, f. 5446, op. 18a, d. 849, l. 2.

⁸⁷ V. P. Danilov u.a. (Hrsg.), Pis'ma iz derevni. God 1937-j, in: Kommunist 1 (1990) 95 f., 99 f., 103 f.; GARE, f. 1235, op. 141, d. 2056, ll. 1, 3–7, 9, 11–12, 17–18 und passim.

gentlich wurden die Verfasser identifiziert, wie ein verbannter Bauer, der an verschiedene Zeitungen und Potentaten blaue Briefe mit „abscheulichen Verleumdungen des Führers der Völker“ schrieb und dafür (wie ebenfalls für seine als „hetzerisch“ geltenden Aussagen) zum Tode verurteilt wurde⁸⁸. Ein ähnliches Los wartete auf einen anderen Landwirt, der solche Schreiben an Stalin adressierte mit Drohungen wie „mehr als ein Kirov wird abgeknallt“ und „wenn in meinem Leben der Moment kommt, um Ihnen eine Gemeinheit anzutun, wird meine Hand nicht zittern“⁸⁹.

Selbst heftigste verbale Aggressivität stellte kaum mehr dar als den Ausdruck symbolischer Gewalt und funktionierte durchaus als Sicherheitsventil. Aber ihre semantische Wirksamkeit beruhte gerade auf den Sinnbildern, die sie gebrauchten oder gegen welche sie gerichtet wurden, und gerade die vehementen Versuche des Regimes, diese Embleme zu brandmarken oder zu verherrlichen, garantierten ihre Beständigkeit als wesentliche Elemente der Gegenkultur. In mancher Hinsicht wurde auch die Haltung der Dorfgesellschaft zur Religion durch die symbolische Bedeutung bestimmt, die Glaube und Kirche unter der Verfolgung des militant gottlosen Staates gewonnen hatten. Obwohl die traditionelle Religiosität der russischen Bauernschaft außer Zweifel steht, war ihre Teilnahme an Gottesdiensten vor der Revolution höchst unregelmäßig und ihre Achtung vor der Kirche und besonders der Geistlichkeit nicht vorbehaltlos⁹⁰. Die atheistische Offensive der Bolschewiki und ihr Vernichtungskrieg gegen die alte Ordnung der Landwirtschaft, der von Angriffen auf den Glauben begleitet wurde, führten die Dorfbevölkerung zur Religion zurück und in den Kirchen zusammen und gaben manchen Bekundungen ihrer Feindseligkeit eine konfessionelle Dimension, die sich laut Analyse der Behörden gegen Ende der dreißiger Jahre sogar ausdehnte⁹¹.

Die apokalyptischen Erwartungen der Bauern traten oft in herkömmlichen religiösen Formen auf⁹². Andererseits dienten Komponenten des von traditionellem Glauben geprägten Alltags auch als Deckmantel für Leistungsverweigerung, wenn – ungeachtet agrotechnischer Sachzwänge – Landwirte verschiedene Arbeiten um jeden Preis nur an bestimmten Tagen des Kirchenkalenders ausführen wollten, die durch die Volksweisheit vorgeschrieben waren, oder wenn sie bis zu 180 kirchliche Feiertage zu befolgen versuchten gegenüber ungefähr 120 der vorrevolutionären Zeit und 50 der zwanziger Jahre⁹³. Nicht ohne Grund argwöhnte die Geheimpolizei, daß manche Prozessionen und Bittgebete, durch die häufig ganze Dörfer eine drohende Mißernte zu verhindern suchten, aus demonstrativen

⁸⁸ GARF, f. 9474, op. 16, d. 168, l. 700.

⁸⁹ GARF, f. 9474, op. 16, d. 88, l. 127–127ob.

⁹⁰ *M. Lewin*, *The Making of the Soviet System* (New York 1985) 61 ff.; *B. M. Firsov, I. G. Kiseleva* (Hrsg.), *Byt velikorusskikh krest'jan-zemlepašcev* (Sankt Petersburg 1993) 147–152.

⁹¹ *Fitzpatrick*, 59–62, 212 f., 283.

⁹² Ebd. 212, 214.

⁹³ Ebd. 207 f.; *S. P. Frank*, *Confronting the Domestic Other: Rural Popular Culture and its Enemies in Fin-de-siècle Russia*, in: *S. P. Frank, M. D. Steinberg* (Hrsg.), *Cultures in Flux* (Princeton 1994) 79; *H. Altrichter*, *Die Bauern von Tver* (München 1984) 101 f.

Gründen veranstaltet wurden⁹⁴. Bei der Volkszählung von 1937 wurde auch die Religion der Bevölkerung erfragt, und das diesbezügliche Interesse des Staates rief in manchen Mitgliedern der Dorfgesellschaft die Hoffnung wach, daß eine massenhafte Stellungnahme für die Kirche die Lage der Gläubigen erleichtern könne⁹⁵. Obwohl diese Erwartung enttäuscht wurde, beharrten einige Landwirte zwei Jahre später, als das Zensusformblatt keine Frage zur Religion mehr enthielt, darauf, daß man statt ihrer Staatsangehörigkeit die Religion aufschreibe, und sie versuchten sogar, die Volkszählung in eine Art von Glaubensbekenntnis umzuwandeln⁹⁶.

Eben die symbolische Dimension von fast allem, was mit der Religion in Beziehung stand, sorgte dafür, daß die Eingriffe der Behörden in diesem Bereich erbitterte Reaktionen auslösen konnten. Bezeichnenderweise entsprang nach 1932/33 wohl die Mehrzahl der ländlichen Unruhen aus verletzten Gefühlen von Gläubigen, wie z. B. der Entfernung von Kirchenglocken, die als Altmetall verwendet wurden⁹⁷. Die Schließung einer Kirche oder die Festnahme eines Popen konnte ebenfalls zu Unruhen führen, und eine der höchst seltenen kollektiven Protestaktionen gegen die Massenverhaftungen von 1937 bis 1938 wurde von Sektierergemeinden veranstaltet⁹⁸. Solche Proteste erfolgten jedoch nur ausnahmsweise, und wenn sie nicht mit religiösen Fragen zusammenhingen, wurden sie meistens von Abgaben hervorgerufen und liefen nach einem traditionellen Szenario ab, in welchem die Frauen in den Vordergrund traten, während die Männer das Eingreifen der Behörden abwarteten⁹⁹.

Auch wenn es fast niemals zu offenen Aufständen kam, fehlten allem Anschein nach die Aufrufe dazu nicht. Dokumente dieser Art sind in den zugänglichen Archiven nur gelegentlich zu finden, aber die Quellen lassen das Vorhandensein einer Flugschriftenliteratur ahnen, die auch in den Provinzen verhältnismäßig verbreitet war. Ein typisches Exemplar wurde in einem Dorf auf einen Briefkasten geklebt, auf dem Blatt eines Schülerheftes von Hand mit zahlreichen Fehlern geschrieben und mit den herkömmlichen Requisiten des Genres ausgestattet: mit kreuzweise aufeinander gelegten Heugabeln und Gewehr sowie mit einem Pfahl, einer Sense, einem Beil und einem Dolch, durch deren Zeichnung die Botschaft nachdrücklicher gemacht wurde. Die Überschrift – „Her mit dem Getreide, Nr. 12“ – sollte den Eindruck erwecken, daß dieser Zettel zu einer langen Serie gehörte, wie auch der Text, in dem von einem bevorstehenden Aufstand die Rede war, die Illusion wachrufen sollte, daß alles zu einem Aufruhr bereit sei, an dem

⁹⁴ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1849, ll. 105, 109–110, 185, 211, d. 1850, l. 199, d. 1852, ll. 10, 33, d. 1857, l. 99.

⁹⁵ *Fitzpatrick*, 206, 29 f.

⁹⁶ RGAE, f. 1562, op. 329, d. 285, ll. 58, 63, 90.

⁹⁷ GARE, f. 1235, op. 141, d. 2021, ll. 32–33; f. 5263, op. 1, d. 11, d. 123, CChSD (ehemaliges ZK-Archiv), f. 89, op. 49, d. 24, ll. 1–3.

⁹⁸ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2488, ll. 97–98, d. 2494, l. 101; GARE, f. 5263, op. 1, d. 25, ll. 17, 19–22.

⁹⁹ Vgl. CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1852, l. 237, d. 1856, d. 149, d. 1858, l. 60 sowie *B. A. Engel*, *Women, Men and the Languages of Peasant Resistance, 1870–1907*, in: *Frank, Steinberg*, 41 f.

auch Einwohner anderer Ortschaften und sogar von Städten teilnehmen würden, und daß eine ausgedehnte Geheimorganisation hinter dem Aufruf stehe, der übrigens die Zerstörung und Plünderung der Dorfsowjets, der Läden und der Speicher propagierte¹⁰⁰. Neben der Vernichtung der Kolchosen und der Einrichtung von Verbänden zu diesem Zweck, „genehmigte“ ein „Oberster Stab des Bauernkomitees der UdSSR“, der auch für freien Handel eintrat, daß diejenigen, die „sich von Stalins Front nicht zurückgezogen“ hätten, „vergiftet, geschlagen, abgeschlachtet [und] bis auf den Grund vertilgt“ würden, besonders die „Bandenführer“ der regionalen und lokalen Verwaltungen¹⁰¹.

Obwohl solche, unzweifelhaft von Bauern verfaßte Flugblätter in den zugänglichen Sammlungen rar sind, scheint das Vorhandensein der Dorfproblematik in Handzetteln, die in anderen Lebensbereichen auftauchten, und die gelegentlich von den Behörden entdeckte Teilnahme von Bauern bei ihrer Herstellung dafür zu sprechen, daß diese Literatur in der Provinz ebenfalls im Umlauf war. Hunger und Armut des Dorfes oder die alle Kräfte übersteigenden Steuern, mit denen es beladen wurde, tauchten immer wieder auch in Schriften auf, die offensichtlich von Städtern angefertigt wurden¹⁰². Neben der bäuerlichen Herkunft eines beträchtlichen Teils der Stadtbevölkerung und deren oft engen Beziehungen zum Land, erklärt die häufig stockende Lebensmittelzufuhr, daß selbst städtische Schüler in Flugblättern, die im übrigen mit Hakenkreuzen bebildert wurden und mit der Losung „für Hitler“ endeten, dazu aufriefen, zuerst den Kolchosen, dann den Führern des Regimes und der Sowjetmacht als solcher „Schaden zuzufügen“¹⁰³. Es ist fraglich, ob der Autor der am Vorabend des Krieges in einer Kaserne verbreiteten handschriftlichen Zettel im Zivilleben Bauer war, aber seine Revolte wurde deutlich durch die Erfahrung der dörflichen Wirklichkeit motiviert: „Unsere Familien sind zum Hungertod verurteilt. Unsere Regierung hat unser Land zum Bettlerdasein gebracht, sie spottet über das Volk. Sie hat die Freiheit, das Land und alle Rechte weggenommen, die 1917 erkämpft worden waren. Nieder mit den Blutsaugern, laßt uns die Revolution stärken. Genossen, die Revolution bei uns ist unvermeidlich, sie entsteht schon. Nur müßt ihr sie unterstützen. Das Leben von 1923–25 wird euch zurückgegeben, d.h. ein fortschrittliches [Leben].“¹⁰⁴

Dieser mit der Weltuntergangshoffnung der Bauern weitgehend übereinstimmende Aufruf hatte seinen Ursprung nicht nur in einer Atmosphäre, in der offenbar breite Kreise den baldigen Zusammenbruch des Regimes ersehnten, sondern auch in einer Einstellung, die von der Erwartung aufrührerischer Ereignisse geprägt wurde und die vielleicht gerechtfertigt schien durch Gerüchte über eine eigenartige Subkultur kleiner Verschwörergruppen, deren Wahrhaftigkeit die

¹⁰⁰ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2488, ll. 34–35.

¹⁰¹ GARE, f. 1235, op. 141, d. 2170, čast' 1, ll. 82, 83ob.

¹⁰² GARE, f. 5451, op. 79, d. 28, ll. 147, 151; RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 427, op. 39, d. 991, ll. 78, 291; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 272, l. 14.

¹⁰³ CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1234, l. 119; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2486, l. 183.

¹⁰⁴ RGVA, f. 9, op. 39, d. 90, l. 99.

Schauprozesse nur bestätigen konnten. Solche Gruppen entstanden überwiegend in Städten und meistens unter jungen Leuten, aber die Behörden waren allerorten auf der Suche nach ihnen, selbst unter Bauern der entlegensten Dörfer. So wurden z.B. die Verfasser der im Namen des „Obersten Stabes des Bauernkomitees“ angefertigten Flugschriften als Mitglieder einer „konterrevolutionären Organisation“ verurteilt, zwei angebliche Verschwörer sogar zum Tode, obwohl sie außer der Verbreitung einiger Handzettel lediglich gegen die Kolchosen agitiert hatten¹⁰⁵. Die bemerkenswerte Neigung der Geheimpolizei, weit verzweigte Konspirationen zu entlarven, sollte dazu Anlaß geben, die in den Quellen vorkommenden diesbezüglichen Angaben mit äußerster Vorsicht zu behandeln. Aber der NKVD bemühte sich nicht, auch kleinste Beweise für die Realität massenhaft „unschädlich gemachter“ angeblicher Verschwörungen ans Tageslicht zu bringen, so daß Materialien, die solche Dokumente zitieren, ohne Zweifel über Gruppen berichten, die wirklich existierten, auch wenn die tatsächliche Mitwirkung aller Angeklagten höchst unsicher und die offizielle Darstellung der Fälle mehr als tendenziös ist.

Allem Anschein nach war die Tätigkeit des 23-jährigen Invaliden, der in einem Dorf mit anderen jungen Leuten eine die Unabhängigkeit der Ukraine verlangende Flugschrift verbreitet hatte und zum Tod verurteilt wurde, oder diejenige der unter dem vorrevolutionären Namen der herrschenden Partei versammelten drei Bauern, die auch ihr Programm und Statut ausarbeiteten und ebenfalls erschossen wurden¹⁰⁶, keineswegs von der Justiz erfunden. Die typischen Untergrundorganisationen entstanden jedoch in den Städten, obgleich die Probleme der Landwirtschaft in ihren Diskussionen manchmal eine wesentliche Rolle spielten. Nach Meinung eines Mitgliedes eines studentischen „Leninbundes“, der eine Revolution für „notwendig“ hielt, „entsprach die [Kollektivierung] nicht den Interessen der Bauernschaft“¹⁰⁷. Auch die programmatischen Schriften der Gründer einer „Allunionspartei der ökonomischen Wiedergeburt des Landes“ beriefen sich auf den „Führer und Lehrer“ Lenin, erwähnten die Krise des Dorfes und das Vorhaben, die Diskriminierung der Einzelbauern zu beenden, aber sie vermieden, die Auflösung der Kolchosen vorzuschlagen¹⁰⁸. Die Agrarfrage beschäftigte nicht nur bolschewistisch orientierte Gruppen. Eine Grundsatzerklärung, die den „russischen Faschismus“ befürwortete, erkannte ebenfalls ihre Bedeutung, auch wenn sie sich für einen, durch eine „tiefgründige nationale Bewegung plus Industrialisierung“ zu fördernden „kultivierten Großkapitalismus“ einsetzte¹⁰⁹.

Obwohl Bauern nur ausnahmsweise selber programmatische Schriften verfaßten, machten viele Aussagen, Gesuche und Briefe ihre Ansichten über die Art der Ordnung klar, die sie im Dorf und im ganzen Land für wünschenswert hielten. Ihre Denkweise trat besonders während der Allunionskampagne des als Massen-

¹⁰⁵ GARF, f. 1235, op. 141, d. 2170, čast'1, ll. 81–83.

¹⁰⁶ GARF, f. 9474, op. 16, d. 167, ll. 176–177, d. 183, ll. 312–313.

¹⁰⁷ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, ll. 11, 13.

¹⁰⁸ RGVA, f. 9, op. 36, d. 991, ll. 165–166, 169.

¹⁰⁹ RGVA, f. 9, op. 36, d. 597, l. 5.

diskussion inszenierten Propagandafeldzuges um die Verfassung von 1936 hervor und im nächsten Jahr anlässlich der Wahlen zum Obersten Sowjet. Dabei konnte die starke Präsenz der Forderung des Achtstundentages, eines festen Gehaltes und des Rechtes auf eine vom Regime garantierte Pension den Eindruck erwecken, daß das herkömmliche bäuerliche Ideal der überwiegend für Familienbedürfnisse produzierenden Kleinwirtschaft oder das sich seit dem Ende des 19. Jahrhunderts mehr oder weniger erfolgreich verbreitende Leitbild landwirtschaftlichen Kleinunternehmertums allmählich durch das Verlangen nach wohlfahrtsstaatlichem Paternalismus verdrängt wurde¹¹⁰. Die in der Diskussion immer wiederkehrende Forderung, Land oder Haushaltsparzellen entsprechend der Zahl der „Esser“ (d.h. der Familienmitglieder) zu verteilen, wie das durch die Dorfgemeinschaft praktiziert worden war, und die sich vermehrenden Eingaben um – unter Berufung auf die neue Verfassung – Rückgabe des während der Kollektivierung eingezogenen Eigentums¹¹¹, wiesen aber nicht in diese Richtung.

Vorschläge wie die Einführung von bezahltem Urlaub für *kolchozniki* mit der Begründung, daß städtische Arbeitnehmer darauf ein Anrecht hatten, oder wie die Abschaffung dieser Vergünstigung, weil sie Bauern nicht gewährt wurde¹¹², lassen ahnen, daß die Vorstellungen der Landwirte vor allem durch den traditionellen Egalitarismus der Dorfgesellschaft bestimmt wurden und daß Forderungen nach Gleichberechtigung mit den Städtern nur eine Strategie darstellten, um den Machthabern die lautstark propagierten, aber von der Staatspartei niemals verwirklichten Prinzipien des Regimes ins Gedächtnis zu rufen. Diese Bemühung stand hinter den zahlreichen Kommentaren zu dem Paragraphen, der die Devise „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“ enthielt und der sowohl Bemerkungen von der Art hervorrief, daß die *kolchozniki* unaufhörlich tätig seien, ohne sich ernähren zu können, als auch Änderungsempfehlungen, nach welchen ausnahmslos alle Arbeitenden oder gar jedermann das Recht haben sollte zu essen¹¹³. Nicht umsonst verglich man die neue Verfassung mit der Befreiung der Leibeigenen im 19. Jahrhundert, und nicht zufällig kursierten phantastische Gerüchte, daß sie Bauern in verschiedenen Provinzen bewegt habe, die Auflösung der Kollektivwirtschaften zu beantragen und daß der Abbau des Kolchossystems bevorstehe¹¹⁴. Die Bauern erwarteten kaum mehr vom Staat, als daß er sie leben ließ, wie sie es wünschten, sie wollten einfach zur alten, vor der Kollektivierung geltenden Ordnung zurückkehren.

Dieser Umstand bedeutet jedoch nicht, daß sie die politischen Verhältnisse der NÖP-Periode als vorbildlich empfunden hätten. Die Idee, eine eigene, die Interessen der Landwirte vertretende Partei zu haben, wurde häufig geäußert, und

¹¹⁰ Fitzpatrick, 130, 149 f., 313 f.

¹¹¹ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 232, ll. 49, 51, 62–63, 81–82; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1858, l. 105, d. 2486, l. 79, d. 2492, ll. 185–188; GARF, f. 1235, op. 141, d. 2020, l. 18.

¹¹² CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1858, l. 8, d. 1860, l. 11.

¹¹³ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1857, ll. 203, 274, d. 1858, ll. 6, 64, 117, 150, 158, d. 1860, l. 5.

¹¹⁴ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 232, ll. 55, 57; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1846, l. 13, d. 1850, l. 101, d. 1856, l. 55, d. 1858, l. 1858, l. 6; CChDMO, f. 1, op. 23, d. 1184, l. 93.

sogar die Neugründung der Bauernbünde, die während der Revolution von 1905 bestanden hatten, wurde in der Verfassungsdiskussion vorgeschlagen, wie übrigens auch, daß die Behörden faschistische Bewegungen genehmigen sollten¹¹⁵. Es ist wahrscheinlich, daß die Wiederherstellung der Bauernbünde überwiegend von ehemaligen Sozialrevolutionären befürwortet wurde, deren anscheinend erneuerte Einsatzbereitschaft die Geheimpolizei beunruhigte¹¹⁶. Verständlicherweise ermutigte die Agitation um die Verfassung die Gläubigen, für wirkliche Gewissensfreiheit einzutreten¹¹⁷. Aber auch Forderungen wie die unbeschränkte Möglichkeit, Kandidaten bei Wahlen vorzuschlagen, die Abschaffung der Todesstrafe oder die Freilassung von politischen Gefangenen wurden gelegentlich erhoben¹¹⁸.

Höchst charakteristische Begleiterscheinungen der Wahlkampagne von 1937 in den Dörfern waren die Ablehnung von Stalins Kandidatur unter anderem, weil er „alle Bauern“ habe „verhungern“ lassen, und häufige Vorschläge, ehemalige Oppositionsführer und verhaftete hohe Amtsträger in den Obersten Sowjet zu deputieren, auch diejenigen, deren Hinrichtung längst bekannt war¹¹⁹. Einer alten Bäuerin zufolge, die sich als „Abgesandte Gottes“ bezeichnete und deren Überzeugung offensichtlich von manchen geteilt wurde, sollte man diejenigen wählen, die „diese [über die *kolchozniki*] spottende Macht sofort niederwerfen könnten“ und die „wegen dieser Macht so viel gelitten hätten, wie die Popen [und] die Kulaken“¹²⁰. Diese, von herkömmlicher Volksfrömmigkeit geprägte Auffassung¹²¹ wurde auch in bezug auf verfolgte Bolschewiki geäußert: „Ich werde eher für Rykov und Bucharin votieren als für Stalin. Sie haben gekämpft und leiden jetzt für unsere bäuerlichen Interessen. Es ist möglich, daß sie nicht mehr am Leben sind, aber wir Bauern sollten unsere Ergebnisheit nicht den Kommunisten zeigen, sondern Rykov und Bucharin.“¹²² Nicht ohne Grund bedauerte ein Beamter des Kreml, daß die vertrauliche Berichterstattung über die Wahlkampagne so gut wie nichts über das „großartige Wachstum von Enthusiasmus“ in der Dorfgesellschaft enthielt¹²³.

¹¹⁵ GARF, f. 3316, op. 64, d. 1854, l. 211; f. 8131, op. 14, d. 14, l. 206; RGVA, f. 9, op. 39, d. 90, l. 300; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1858, l. 106, d. 2486, l. 79; RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 232, l. 79; siehe auch S. J. Seregny, *Peasants and Politics: The Peasant Unions during the 1905 Revolution*, in: E. Kingston-Mann, T. Mixter (Hrsg.), *Peasant Economy, Culture and Politics of European Russia. 1800–1921* (Princeton 1991) 341–377.

¹¹⁶ CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1858, ll. 6–7, 109, 229–230.

¹¹⁷ Fitzpatrick, 212 f., 282 f.

¹¹⁸ RCChIDNI, f. 17, op. 120, d. 232, ll. 84–87.

¹¹⁹ GARF, f. 1235, op. 141, d. 2027, l. 72; f. 8131, op. 14, d. 13b, ll. 66, 71, d. 14, ll. 65, 130–131, d. 15, ll. 14, 115; d. 16, ll. 207, 311–312; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1496, ll. 92–93, d. 2499, ll. 74, 81, 129.

¹²⁰ GARF f. 8131, op. 14, d. 14, ll. 55, 146, 195, 200; CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 1496, ll. 92, 94, 138–139, 141, 147.

¹²¹ Vgl. G. P. Fedotov, *Svjatye drevnej Rusi* (Moskau 1990) 50 f., 211 ff.

¹²² CGAIPD, f. 24, op. 2v, d. 2499, l. 69.

¹²³ GARF, f. 1235, op. 141, d. 2024, l. 40.

Sein Mißfallen verweist auf die engen Grenzen, in welchen der Begriff des „Stalinismus“ die dörfliche Realität des Vorkriegsjahrzehnts erklärbar macht, wenn er überhaupt instande ist, diese Wirklichkeit zu beleuchten. Wie auch immer man „Stalinismus“ zu definieren versucht, der Terminus bezieht sich auf die Anstrengungen des Sowjetstaates, den Rest der Gesellschaft zu beherrschen oder zu unterwerfen, und manchmal ebenfalls auf die Ursprünge dieser Tendenz in der russischen Vergangenheit und auf die Verinnerlichung der hegemonialen Kultur durch die Massen¹²⁴. Die Unzufriedenheit eines Mitarbeiters der zentralen Verwaltung läßt dagegen vermuten, daß – soweit die Bauern der Vorkriegsperiode betroffen waren – die Bemühungen des Regimes überwiegend darin bestanden, eine Fiktion am Leben zu halten, die im offiziellen Diskurs und im offiziellen Kulturverständnis die glückliche Gegenwart der Kolchoslandwirte zum Inhalt hatte¹²⁵, und deren Botschaft von den bäuerlichen Vorgehensweisen und von der ländlichen Gegenkultur alltäglich in das Reich bolschewistischer Wahnvorstellungen verwiesen wurde. Die Tatsache, daß dieser Konflikt symbolischer Natur war, bedeutet nicht, daß er, vor allem vom Regime, nicht mit allen möglichen Mitteln ausgefochten wurde. Im Gegenteil: diejenigen, deren Äußerungen wir in unseren Quellen vorfinden, mußten häufig außerordentlich schwer für ihre Gesten und Aussagen zahlen. Es ist bemerkenswert, daß die Staatspartei, auch wenn sie gegenläufige, mit ihrem Monopolanspruch – und folglich auch mit der Theorie einer als „Mono-Konstrukt“ gedeuteten „Stalinschen Gesellschaft“¹²⁶ – unvereinbare Praktiken stillschweigend akzeptieren mußte, in ihrer Kampfansage an die Embleme der bäuerlichen Verweigerung der Kolchosordnung kompromißlos blieb.

Dieser Umstand verweist nicht nur auf das Gewicht der die Kollektivierung ablehnenden Gegenkultur und auf die Intensität sozialer Spannungen, die sie zum Ausdruck brachte und deren Ausbrüche die Bolschewiki allem Anschein nach ständig befürchteten, sondern auch auf das Ausmaß, in welchem der „Stalinismus“ und die kulturelle Hegemonie des Regimes im Dorf der dreißiger Jahre als permanent gefährdete Symbole seiner Autorität von der Staatspartei wahrgenommen wurden. Ohne Verständnis sowohl des Bestrebens, die ländlichen Verhältnisse zu „stalinisieren“, als auch der hohen Gewaltbereitschaft, die davon nicht zu trennen war, ist die Wirklichkeit der kollektivierten Provinz kaum zu begreifen. Aber die bloßen Maßnahmen der Verwaltung oder die stilistischen Übungen der Amtssprache – und deren mehr oder weniger erfolgreiche Nachahmung durch die Landwirte – lassen nicht einmal die vagen Konturen der Kolchosfolklore erkennen, deren Manifestationen offensichtlich – wie die Erscheinungen jeder anderen

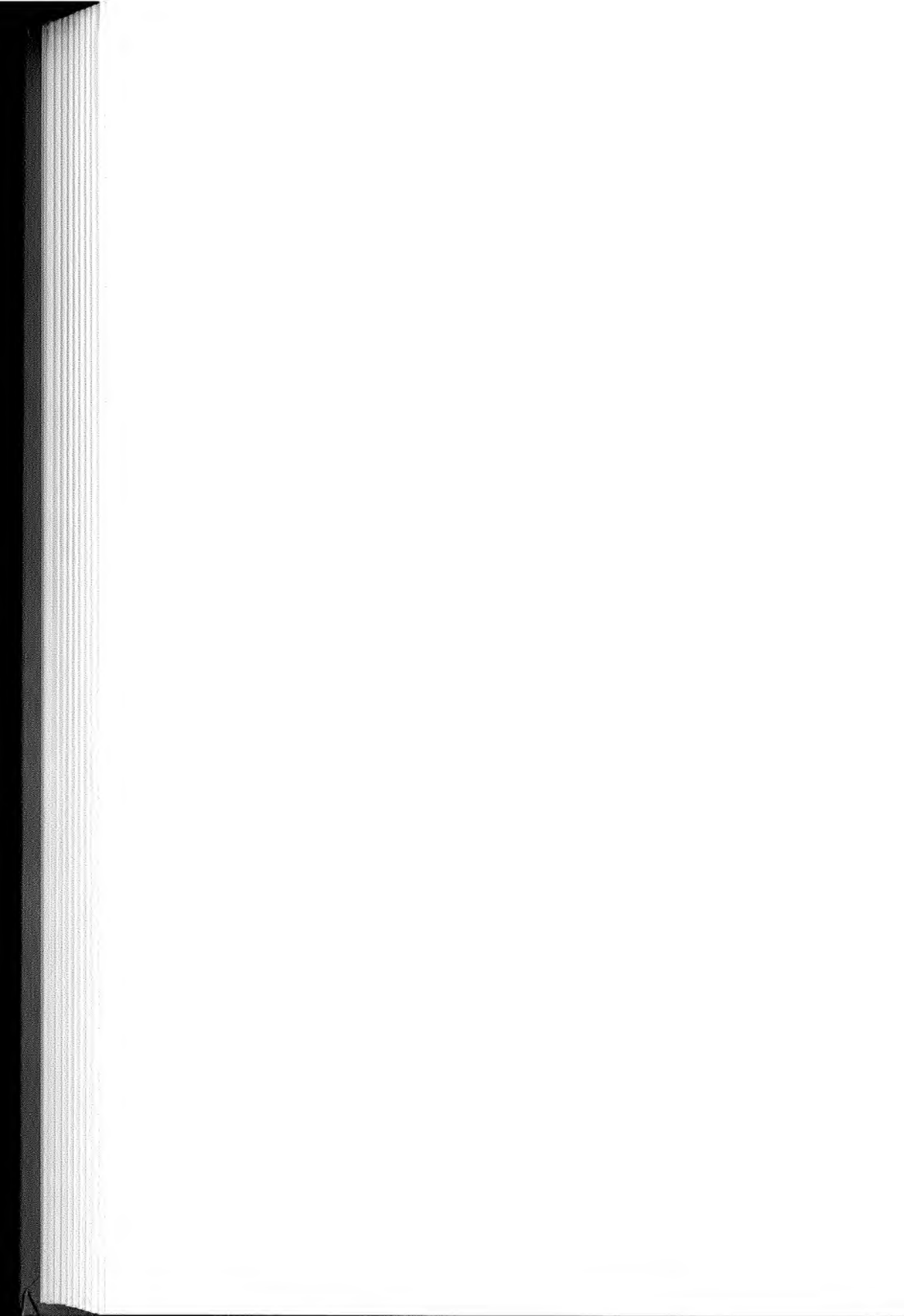
¹²⁴ H. Reichman, *Reconsidering „Stalinism“*, in: *Theory and Society* 17 (1988) 57–90; J. Baberowski, *Wandel und Terror: Die Sowjetunion unter Stalin*. Ein Literaturbericht, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995) 97–129.

¹²⁵ R. Stites, *Russian Popular Culture: Entertainment and Society Since 1900* (Cambridge 1992) 79, 90–93, 95.

¹²⁶ T. H. Rigby, *Stalinism and the Mono-organisational Society*, in: R. Tucker (Hrsg.), *Stalinism: Essays in Historical Interpretation* (New York 1977) 53–76.

Folklore – im Alltag, in Handlungsweisen, in Äußerungen und in Symbolbildungsversuchen der Bauern zu fassen sind, die der Stalinismusbegriff ausblendet. Das Gewicht der Dorfthematik und die Häufigkeit ehemaliger Bauern in den Städten wirft die Frage auf, ob und inwieweit die Einstellung der städtischen Unterschichten von der Erfahrung der Kollektivierung und deren Folgen beeinflusst wurde. Auch wenn die Aneignung des offiziellen Diskurses in den Städten vielleicht weiter fortgeschritten war¹²⁷, ist die bäuerliche Gegenkultur dazu geeignet, davor zu warnen, die Selbstdarstellung des Regimes mit dem Selbstverständnis der Gesellschaft zu verwechseln.

¹²⁷ S. *Kotkin*, *Magnetic Mountain: Stalinism as Civilization* (Berkeley 1995) 215–225, 230–235.



J. Arch Getty

Afraid of Their Shadows: The Bolshevik Recourse to Terror, 1932–1938

Political terror has long been a basic part of our understanding of the Stalinist system. First appearing in the earliest days of the Soviet regime, it reached unimaginable heights in the 1930s. Historians and political scientists have long speculated on the causes of (or reasons for) the “Great Terror” or “Great Purges” of that decade. Explanations have been extremely varied, ranging from the systemic needs of a “totalitarian” regime to the inherent evils of communism to the megalomaniac needs of an absolutist Stalin. More recently, a variety of other factors have been brought into the academic conversation. Social historians have wondered about social and status conflicts (workers vs. foremen, rank and file party members vs. the party nomenklatura), structural/institutional conflicts (party vs. police, police vs. military), mentalities, and changing social roles in the “quicksand society” of the 1930s¹.

The opening of central archives of the Communist Party in Moscow offers the opportunity to investigate the high-level political component of the terror phenomenon². We now have a huge number of memoranda, stenographic records, protocols, and other Central Committee and Politburo documents that can shed a great deal of light on the internal workings of the top-level party leadership. These party documents, most of which were prepared for internal rather than public consumption, can help illustrate the mentality and self-representation of the Bolshevik leadership, as well as its understanding and construction of reality. The self-image and view of the world of those making key political decisions, including those relating to terror, would appear to be relevant areas of inquiry.

In general, the leading explanations of the Bolshevik (or Stalinist) recourse to terror have fallen into two major categories, which we might label the totalitarian

¹ See *J. Arch Getty, Roberta T. Manning* (eds.), *Stalinist Terror: New Perspectives* (New York 1993). The “quicksand society” is *Moshe Lewin's*, *The Making of the Soviet System* (New York 1985) 221, term to describe the chaotic social dislocations and changes associated with collectivization and the first Five Year Plan.

² The main source base used here consists of archives of the Politburo and Central Committee collected in RTsKhIDNI (Rossiskii tsentr khraneniia i izucheniia dokumentov noveishei istorii, formerly the Central Party Archive).

and absolutist explanations. According to the totalitarian theory, terror was used both to demonstrate an already accomplished totalitarianism and to forward the goal of "atomizing" society by destroying all competing institutions, forms or organization, and even social links outside the regime. In its final stages, totalitarian terror is said to be random by its very nature in support of the totalitarian goals of sponsoring fear and uncertainty³.

The absolutist group of explanations focuses on the person of I. V. Stalin and his drive for absolute power. In this view, Stalin sought to make himself an absolute ruler by decimating, terrorizing, and thus emasculating all competing institutions and persons who might somehow challenge his authority. Within this general approach, scholars have differed on the nature and impetus of Stalin's drive. Some, like Robert Conquest have found roots for Stalin's terror in the very nature of communism, coupled with a dictator's megalomaniac drives. Some have seen Stalin as the true heir to a Lenin who believed in dictatorship and terror. Others have stressed the differences between Lenin and a more brutal, coarse, and nationalistic Stalin. All explanations in this school agree on the undeniable quest for power by the General Secretary⁴.

The "absolutist" views have difficulty dealing with a variety of questions. Granting that the unfolding terror was the result of Stalin's megalomania or psychological needs, we would not have explained how he was able to carry out such sinister plans without a great deal of help. My reading of all the Central Committee plena from the 1930s, along with other documents, has convinced me that the usual explanations (that Stalin secured cooperation from his senior officials through fear, cunning, intimidation, blackmail and by forcing them to become accomplices) are inadequate. Instead, there seems to have been a broad elite consensus at various stages on the need for repression of particular groups. In fact, at several key junctures Central Committee advocated repressive measures that defied and went beyond those prescribed by Stalin's closest henchmen⁵.

The "totalitarian" view also fails to distinguish between the subjective and the objective elements of explanation. Again, we can grant that the objective effects of the regime's policy were the atomization of society, the penetration by the party of all spheres of activity, and the elimination of any non-party organizations from political parties to stamp collecting societies. But at this point we would not have dealt with the subjective element. Why did they presumably seek to invade all spheres of life, control speech and thought, and figuratively to compromise or co-

³ *Hannah Arendt*, *Totalitarianism* (Part III) (New York 1968) 119–155.

⁴ See *Robert Conquest*, *The Great Terror* (New York 1973); *Robert C. Tucker*, *Stalin in Power: The Revolution from Above* (New York 1990).

⁵ In various Central Committee discussions of the fates of Enukidze, Bukharin, and Iagoda, members proposed punitive measures that exceeded those proposed by Stalin. In Enukidze's case, they were accepted; in the second two instances they were rejected. On Enukidze, see RTsIKhDNI, f. 17, op. 2, d. 547, l. 69 and d. 544, l. 22. On Bukharin: *Izvestiia TsK KPSS*, no. 5, 1989, 76 and RTsKhDNI, f. 17, op. 2, d. 577, ll. 30–33. On Iagoda: *Voprosy istorii*, no. 2 (1995) 21.

opt the stamp collectors? Simple defense of power does not satisfy as an explanation. The survival of their regime could not reasonably be seen to depend on arresting people for jokes or outlawing the Esperanto society. The subjective motivations of the rulers need further explanation: "why did they do it?"

Independent of the "totalitarian" or "absolutist" schools, our understanding of the terror is based on two general assumptions. First, whether its author was a person or a system, terror originated from a position of self-conscious strength and power. The regime's monopoly on force, the sheer scale of the terror and the apparent grim, mechanical efficiency of the secret police strongly suggest the overwhelming power of the regime. Our literature is dominated by images of the unstoppable "terror machine" as a kind of monstrous and omnipotent juggernaut.

The second assumption is that terror was used in an instrumental sense, as a tool to achieve some personal or systemic goal. The regime or the dictator are seen as initiators of terror to create some new situation, whether an atomized society, an obedient bureaucracy, a personal dictatorship, or all of these. Implicit in these assumptions is the notion that there were choices and that terror was an option, consciously selected from among others, with specific purposes in mind. These quite plausible assumptions have governed and channeled our specialized research on Stalinism and the terror. Because of them, our research agenda has been relatively straightforward: to discern the purposes and goals behind a proactive initiation of the terror.

There can be little doubt that both of these assumptions are valid to some extent. Yet we again face problems of distinguishing between the objective and the subjective, this time at the level of interpreting phenomena. Objectively, the general scale of the terror is more or less clear: it was a matter of millions of victims⁶. Proceeding from this, we seek to understand the nature of the phenomenon and the motivations that might have inspired it. At this point, however, we touch the sphere of the subjective: What does it mean to say that the "regime" inflicted terror from a position of "power" and "strength"? From the vantage point of the victim, or that of observers who naturally sympathise with the victim, the objective reality seems clear: to civilians killed by an artillery barrage, the force seems huge and overwhelming. Yet the interpretation of power might be quite different from the subjective vantage of those firing the shots. To them, the nature of the persons targeted might seem quite different; they are perceived as invisible, evil, monstrous, and threatening, and the power and efficacy of the armaments might seem dubious or even weak. On the simplest plane of analysis, there is no difference: people are killed by a terrible, apparently mechanical process. But for an understanding of the event as phenomenon, the subjective perceptions of those administering terror are also important.

⁶ See J. Arch Getty, Gábor T. Rittersporn, Viktor N. Zemskov, Victims of the Soviet Penal System in the Prewar Years: A First Approach on the Basis of Archival Evidence, in: *American Historical Review* 98, 4 (Oct. 1993) 1017-1049.

Limiting our analysis to discerning the purposes and goals behind a proactive terror has restricted our efforts to enumerating possible motives. Thus we might well add to the list of terror's goals the desire to destroy all vestiges of capitalism, to eradicate potential fifth columns, and a host of others. On this level, the analytical task is simply to choose the most plausible motivations.

This article suggests another line of analysis. We propose to use newly-available party texts to explore the Stalinist leadership's construction of reality, its self-representation and understanding. In addition to, or in place of, the question, "Why did he [they] do it?" we shall look at "What did they think they were doing?" We have a vast literature on the subjective constructions of the victims. It is now possible, carefully and within some obvious limits, to examine subjectivity on the part of those authorizing the terror. To date, studies of the terror, when they have dealt with the motives of those carrying out terror, have regarded them as "natural-born killers", simply evil men, or people who were afraid of Stalin. Without replacing those characterizations, this paper will suggest that they were also, collectively, frightened little men terrified of their surroundings. And most of them were more afraid of political and social groups below them than of authorities on high.

The analysis takes as its points of departure several well-known observations in the existing literature. First is Robert Tucker's excursion into psychohistory, in which he posited Stalin's personal insecurities as contributing factors to his launching of the terror. Second is Leon Trotsky's assertion that Stalin was the product and representative of the nomenklatura, and not vice-versa. This new class of officials was constituted as a "bureaucratic corporation" with social and group interests of their own. Combining Trotsky's and Tucker's approaches suggests the possibility that *group* psychology and *collective* elite self-representations may be appropriate subjects for analysis. Third is Gabor Rittersporn's notion of how in the 1930s political and social relations, the malfunctioning of government, and the activities of official cadres increasingly came to be understood, both in the elite and in society, as involving "omnipresent conspiracies" and subversion by dark forces⁷.

We will advance the suggestion that from the point of view of the leading stratum, the nomenklatura, terror was regarded as defensive, not proactive, and that *in part* it resulted from a complex of perceptions that fall into the categories of anxiety and fear. Fear is not a new component of Stalinist studies. To parody Trotsky, the population was afraid of the party, the party was afraid of the Central Committee, the Central Committee was afraid of the Politburo, and the Politburo was afraid of Stalin. However, we shall see that fear also ran in the opposite direc-

⁷ Robert C. Tucker, *Stalin as Revolutionary* (New York 1973) especially ch. 12; Leon Trotsky, *The Revolution Betrayed* (New York 1972) 86-93; Gabor T. Rittersporn, *The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Politics and Social Relations in the 1930s*, in: Getty, *Manning, Stalinist Terror*, 99-115.

tion: the party feared society, the Central Committee feared the party, the Politburo feared the Central Committee, and Stalin feared the Politburo.



The regime as a whole was chronically anxious about a multitude of political threats and, like those who suffer from chronic anxiety, seems to have been unable to evaluate them rationally, to distinguish between greater and lesser dangers, or to respond to them in balanced ways. Instead, as we shall see, they sought to respond to all perceived threats great and small, and indeed to try to micromanage their entire political environment.

As their anxiety grew in the 1930s, so did their exaggeration of dangers and their inability to sort out the minor from the major threats. At the same time, they more and more recognized how weak was their control and influence in society at large, a society that in their view was populated by a multitude of devils who were out to get them but were difficult to identify precisely. Increasingly frustrated with this situation and unable to manage their environment, they responded with the political equivalent of a psychotic break. Like the maniacally depressed person who has lost control of his environment – as he defines it – and climbs a tower with a rifle, or a postal employee who enters his workplace with a machine gun, they began shooting wildly. Although it would be dangerous to stress psychiatric parallels too far, or to apply psychology too forcefully to entire groups, the “mass operations” of 1937 and 1938, which accounted for the overwhelming majority of terror victims, somehow resemble today’s fear- and anxiety-based explosions of multiple murder.

Before looking at the evidence, a multitude of caveats are in order. First, as with all original documents, we must be careful in examining these texts. Every document is written by someone with a purpose that might not be immediately apparent. There could be a variety of calculations behind the language. Second, we do not intend here a true psycho-historical approach using clinical tools. Rather we seek to reconstruct the world view and self-conceptions that leading Bolsheviks seem to have shared in the 1930s in an attempt to explain their actions. Third, on the surface it should not be too surprising that those who launched a terror would publicly characterize the operation as a defensive one. Hitler, in his public statements about Jews, always cast them in the role of the aggressor, the conspirator, the danger. But the documents examined here were never meant for public consumption. They represent the closed discussions and deliberations of the nomenclatura, the members of the ruling insiders’ club and therefore better reflect the private attitudes and world-views of that group.

Finally, should one discover that the Bolshevik recourse to terror involved fear and anxiety, the awful results of that terror remain unchanged. We intend to pose no “insanity defense” for the Stalinists. But if we are interested in the “why” surrounding the terror (or that part of it sponsored from above) it is relevant to in-

quire into the leadership's construction of reality and its self-representation within it.



Looking back on the early years of the Soviet regime, it is not difficult to see many of the first repressive policies of the Bolsheviks as responses to insecurity and fear. During and after the Civil War, they saw real enemies everywhere and, as Lenin frankly admitted, peasant uprisings and the Kronstadt uprising were evidence of Bolshevik isolation and "failure to convince the country". Outlawing other political parties and attempting to ban factions within their own party surely were signs of weakness more than self-confident strength. Restricting the franchise, rigging elections, and Bolshevikization of the soviets also point to insecurity and a fear of losing control. Monopoly control over the press and denial of the right of others to organize politically fall into the same category, as do censorship and party direction of the trade unions. Finally, Lenin's party generation even distrusted the state bureaucracy that they had taken over. The creation of a parallel and predominant party hierarchy with a secret police, unrestricted by law and directly controlled by the Politburo, rather than the cabinet, complete the picture of a shaky clique afraid to relinquish the smallest iota of power to anyone else.

These early measures were spawned and conditioned by the perilous and terrifying experience of the Civil War. One of the first instances of mass terror – indiscriminate shootings of peasants in order to open railroad lines for food trains – clearly reflected panic, desperation, and an implicit recognition that the regime could not even ensure transportation by routine means. It is also relevant to note that these dictatorial methods were implemented as corporate decisions of the party leadership long before Stalin's rise to power. The messianic aspect of Bolshevism went along with the panic and fear inspired by the Civil War. Just as the economic policy of War Communism was an improvisation more than a plan, the resort to terror at the same time had its origins more in fear than in proactive plan.

It is beyond our scope here to discuss the social and political upheaval of the period of forced collectivization at the beginning of the 1930s. The destruction of the kulaks and the subsequent campaign to collectivize agriculture (and it was more a matter of guerrilla campaign from above than of organized military offensive) plunged the country into chaos, violence, and mass starvation.

The regime began to emerge from this nightmare in 1932 when, although starvation still stalked the country, the victory of its "General Line" seemed assured. But, as when they had emerged from the Civil War, the party leadership continued to be fearful and apprehensive about any and all opposition to their policies. This time, however, as we shall see, the level of their fear and insecurity was greater than ever. We begin our examination with a few specific fears that plagued the party leadership. Then, we will conclude with the eruption of mass terror in 1937–38.



Even though they had a monopoly over the press, the Stalinists feared the power of the pen. As former revolutionaries who had used propaganda to come to power, they understood the dangers of the printed word. The attentive efforts and technical workings of Bolshevik censors to control the production of texts have been well-documented⁸. What has been perhaps less well-known is the extent to which the very top leadership occupied itself with literary questions. Typewritten pamphlets by student groups attracted the attention of the Politburo and found their way into their files⁹. The Politburo reviewed individual books and decided on their removal from libraries. Lists of such books were prepared on official orders of the Politburo¹⁰.

The writings of famous party figures were scrutinized carefully as matters of high political policy, and failure to comply with the needs of the leadership increasingly led to censure and threats of repression. As late as 1932, the finer points of the history of the Russian Revolution were regarded as sensitive political topics, even in the writings of long-defeated politicians who posed no threat to the leadership. In 1932, the Orgburo reprimanded A. S. Shliapnikov for errors in his literary history of 1917 (he had missed some fine theoretical points about hegemony of the proletariat in 1917), demanding a public retraction and threatening to expel him from the party¹¹. Similarly, a special Politburo decision of February 1934, moved by Stalin personally, ordered „Comrades Stetskii and Radek to submit not later than the end of February their article for the first volume of the “History of the Civil War”, warning them that failure to fulfill this order in the term specified will result in “repression [of them]”¹². Even Stalin favorite L. P. Beria was reprimanded by the Politburo in 1935 for reprinting some of Stalin’s obscure articles from 1905–1910 in Georgia without high-level permission¹³.

Yet the Stalinist leadership feared texts above and beyond such relatively well-known attempts to produce, censor and control the publication of party history. Some texts inspired positive hysteria both in the Politburo and the broader nomenklatura class. One such text with a rather remarkable history is the so-called Riutin Platform.

M. N. Riutin, a district party secretary in the Moscow party organization in the 1920s, had supported Bukharin’s challenge to collectivization and had been stripped of his party offices and expelled from the party in 1930 „for propagandizing right-opportunist views”¹⁴. Riutin remained in contact with fellow opponents

⁸ See *Merle Fainsod, Smolensk Under Soviet Rule* (Cambridge Ma. 1958) chapter 19: “Censorship – A Documented Record.”

⁹ RTsKhIDNI, f. 17, op. 120, d. 272, ll. 10–16.

¹⁰ RTsKhIDNI, f. 17, op. 3, d. 965, ll. 30, 63–64. See also high-level concern with libraries in GARE, f. 5446, op. 22a, d. 339, ll. 5–12.

¹¹ RTsKhIDNI, f. 17, op. 3, d. 874, l. 15.

¹² RTsKhIDNI, f. 17, op. 3, d. 939, l. 1.

¹³ RTsKhIDNI, f. 17, op. 3, d. 970, l. 50.

¹⁴ For information on Riutin, see *Boris A. Starkov, Martem’ian Riutin: Na koleni ne vstanu*

inside the party, and in March of 1932, a secret meeting of his group produced "Stalin and the Crisis of the Proletarian Dictatorship", better known as the "Riutin Platform". This 194-page typewritten manifesto of the "Union of Marxist-Leninists" was a direct and trenchant critique of virtually all of Stalin's policies, his methods of rule and his personality.

The Stalin regime reacted to the document with panic. Its call to "destroy Stalin's dictatorship" was taken as a call for armed revolt. Arrests of Union members began as early as September, 1932. The entire editorial board, plus Riutin, was arrested in the fall of 1932; all were expelled from the party and convicted for membership in a "counterrevolutionary organization". Riutin himself was sentenced to 10 years in prison. There are unconfirmed rumors that in the Politburo at the time, Stalin unsuccessfully demanded the death penalty for those connected with the Riutin Platform, but was blocked by a majority of that body.¹⁵

So frantic was the regime to bury the Riutin Platform that it has proved impossible to find an original copy in any Russian archive. The text recently published in Russia is taken from a typescript copy made by the secret police in 1932.

... What is the essence of unscrupulous political intrigue? It is when a person espouses one set of convictions concerning an issue one day and (either under the same circumstances and conditions or under changed ones that nevertheless do not in reality justify change of political conduct – in the interest of a particular person or a clique) espouses exactly opposite convictions the next day. Today he [Stalin] will try to prove one thing and tomorrow – under similar circumstances and on a similar issue – he'll try to prove something else. All the while, the unscrupulous political intriguer considers himself consistent and right in the one case no less than in the other.

... To place the name of Stalin alongside the names of Marx, Engels and Lenin means to mock at Marx, Engels and Lenin. It means to mock at the proletariat. It means to lose all shame, to overstep all bounds of baseness. To place the name of Lenin alongside the name of Stalin is like placing Mt. Elbrus alongside a heap of dung. To place the works of Marx, Engels and Lenin alongside the "works" of Stalin is like placing the music of such great composers as Beethoven, Mozart, Wagner and others alongside the music of a street organ-grinder¹⁶.

The Riutin Platform became an obsession with the Stalinist ruling group. At the end of 1932, many of the former leaders of opposition movements, including G. E. Zinoviev, L. B. Kamenev, Karl Radek, and others were summoned to party disciplinary bodies and interrogated about their possible connection to the group. Some were expelled from the party simply for knowing of the existence of the

(Moscow 1992). See also *Izvestiia TsK KPSS*, No. 6 (1989) 103–115 and No. 3 (1990) 150–162.

¹⁵ This story originates with Boris Nicolaevsky's "Letter of an Old Bolshevik" supposedly based on testimony from N. I. Bukharin. Recently, Bukharin's widow has denied that Bukharin knew anything about discussions in the Politburo, pointing out that at that time Bukharin was "isolated" from the Politburo and knew nothing of its deliberations, having broken off even personal relations with its members. See *Anna Larina*, *Nezabyvaemoe* (Moscow 1989) 263.

¹⁶ *I. V. Kurilova, N. N. Mikhailov, V. P. Naumov* (eds.), *Reabilitatsiia: Politicheskie protsessy 30–50-ch godov* (Moscow 1991) 334–443.

Riutin Platform, whether they had read it or not. Indeed, even knowing about it and not reporting that knowledge to the party leadership was a crime.

In virtually all inquisitions of former oppositionists from 1933 to 1939, this "terrorist document" would be used as evidence connecting Stalin's opponents to various treasonable conspiracies. In early 1933, M. S. Shkiriakov accused rightists Rykov and Tomsky of not fighting hard enough against the Platform.

When the Riutin case was under investigation, you too got indirectly involved, Comrades Tomsky and Rykov. And what did you say about this, how did you distance yourself from this venture? Did you come forward actively in connection with this? ... You should have come forward not at this Plenum but much earlier against this counter-revolutionary group, which carried on its work of wrecking¹⁷.

In December, 1936, Ezhov accused Bukharin of having inspired the Riutin Platform through conversations with various oppositionists. Bukharin furiously denied the accusation.

Ezhov: Now I will speak about Bukharin and Rykov. [movement in the hall] ... I would like, Comrades, to conclude about the political motivations and about the platform which the Trotskyist-Zinoviev bandits put forth. I only want to give a characterization of how basely they lied to the Party about the absence of any platform, how unfortunately several of us gave in to their lies and believed them, and how they were really unprincipled. I want to read to you more fully from the testimony ... This Sosnovskii, speaking about Bukharin, gave the following testimony: Bukharin told me that we are accepting the Riutin Platform, which from the first to last word ...

Bukharin: ... I never had a single conversation with Sosnovskii about politics and never spoke about the Riutin Platform. I personally never read the Riutin Platform, because the only time it was shown to me was on Stalin's orders. I never saw it and [before that] was never informed of it.¹⁸

Yet again, at the February 1937 plenum of the Central Committee, Bukharin and Rykov were accused. This time, Ezhov claimed that Bukharin "commissioned" the Platform. Other speakers said that, at a minimum, the two knew of it and failed to immediately report it to the leadership. In the 1930s, this constituted a political crime no less severe than actually having written the text.

Postyshev: Let me pose to him the following question: When Rykov, together with unknown members of the CC of the trade unions, heard the reading of the Riutin platform, did he tell you about it?

Bukharin: No, he didn't tell me about it.

Voice: You're lying!¹⁹

The Riutin document even followed Bukharin to his death. In his last letter to Stalin from prison, Bukharin wrote:

Reviewing everything in my mind – insofar as I can – I can only add the following observations to what I have already said at the [February 1937] Plenum: ... Aikhenva'd told me in passing, post factum [sic!] as we walked on the street about the conference which I

¹⁷ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 511, l. 174, 175.

¹⁸ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 575, ll. 49–50, 59, 72.

¹⁹ Voprosy istorii, no. 2, 1993, 7, 20–21.

knew nothing about (nor did I know anything about the Riutin platform) ('the gang has met, and a report was read') – or something of the sort. And, yes, I concealed this fact, feeling pity for the 'gang'.²⁰

Why did this document inspire such panic and such a strong repressive response in the highest levels of the party leadership for several years? After all, such a reaction to a document that few people knew about and even fewer had seen and that was never published, seems disproportionate.

Most obviously, it attacked Stalin personally. The document called him a sophist, an unscrupulous political intrigant, an anti-Leninist, and a dictator. His theoretical writings were compared to a "heap of dung" and the "music of a street organ-grinder"; his policies which were called "crimes" were said to have caused massive impoverishment while "killing the cause of socialism." The language was bitter, combative and insulting, and the Stalinists responded with anger and indignation. Even to suggest removing Stalin was a serious crime. M. F. Shkiryatov told the Central Committee in January, 1933:

Shkiryatov: Regarding the leader of our Party, Comrade Stalin – what means did they employ in their struggle against Comrade Stalin? ... they said that they were prepared to remove Comrade Stalin ... But we know what a discussion about 'dismissing' the leader of the Party could mean. We hold Congresses, we hold Plenum sessions, but, as you can see, there is no mention here of 'dismissal' at a Congress. Instead, discussions are carried on about 'dismissal' in other ways ... We, on the other hand, consider, that all of these words – 'change' [smenit'], 'dismiss' [snyat'], 'remove' [ubrat'] – are one and the same thing, that there is no difference whatsoever between them. In our opinion it all amounts to violent dismissal ...²¹

Stalin's personal wrath is understandable. But what about the others? Did members of the Central Committee join in the attack on the Platform out of toadying to Stalin or simple fear of him? Certainly fear of the dictator must have played a role in the strident speeches of Central Committee members by 1937. But in 1932 and 1933, they had little real reason personally to fear Stalin's anger. Until 1937, senior officials who had never flirted with the opposition were not targets; they were members of the "we" that persecuted the "them", and when one reads the texts of their speeches, their zeal against the Trotskyists and Bukharinists seems genuine, often going beyond the punitive measures proposed by the Stalin group.

When the Riutin Platform attacked Stalin, it was also attacking the ruling nomenklatura establishment that had taken shape since the 1920s. The upper nomenklatura was composed of several different strata with different interests. It included members and staffs of the Politburo and Central Committee, First Secretaries of provincial party committees, and their full-time paid officials and organizers. But although these various groups had differing parochial interests (that sometimes conflicted with those of other nomenklatura groups) they shared a group identity as "insiders". They were the ones with power, great or small,

²⁰ Istochnik, 1993/0, 23–25.

²¹ RTsIKhDNI f. 17, op. 2, d. 511, ll. 168–178.

whose membership in the ruling caste distinguished them from the multitudinous "outsiders".

Stalin was simultaneously creator, product and symbol of the *nomenklatura*. As chief of Central Committee personnel, he controlled the most important appointments. But, as Trotsky noted, he was also a product of the new official stratum. They supported him as much as he supported them. He was the symbol of party unity, common purpose, and unerring political guidance that the *nomenklatura* wished to project to the public. Stalin's cult helped to cloak their privileges, authoritarian rule and mistakes behind a banner of wise leadership and teaching. Note the language used by Stalinists A. I. Akukov and Ian Rudzutak:

Akulov: ... Stalin's policy is our policy, the policy of our entire Party. It is the policy of the proletarian revolution, it is the policy not only of the proletarian revolution in our country but of the proletarian revolution in the world. That's what Stalin's policy is all about. And these gentlemen will never succeed in separating us from our leader [*vozhd'*].²² Rudzutak: ... [Oppositionists say] that the majority of the CC disagree with Stalin's policy, that they vote for it because they fear voting against it. Comrades, can one utter a greater slander against the members of the CC, against the old Bolsheviks, the majority of whom served years at hard labor? These, the finest people of the Party, did not fear many years in prison and in exile, and now these revolutionaries, who devote themselves to the victory of the Revolution, these old revolutionary warriors are afraid to vote against Comrade Stalin? ... You are slandering the members of the Party, you are slandering the members of the CC, and you are also slandering Comrade Stalin. We, as members of the CC, vote for Stalin because he is ours (applause).²³

Note that Rudzutak and Akukov had drawn a distinction between "we" and "Comrade Stalin", "[you] will never succeed in separating us from our leader", "We, as members of the CC, vote for Stalin because he is ours", "That is why we are with him ..." (emphases added). For this "us", the upper *nomenklatura*, Stalin was, among other things, symbol and linchpin. To remove him was to remove them. In return, by the way, Stalin later returned the compliment to "them", the members of the *nomenklatura* who had supported him:

[T]he main thing is the middle cadres: party, economic, military. They choose the leader, they explain positions to the masses, they enable the success of things ... Why did we win over Trotsky and the others? Everybody knows that Trotsky, after Lenin, was the most popular in our country. Bukharin, Zinoviev, Rykov, Tomsy were popular. We were little known: I, Molotov, Voroshilov, Kalinin ... But the middle cadres supported us, explained our positions to the masses. But Trotsky did not pay these cadres any attention.²⁴

The final passage of the Riutin Platform quoted above made the point explicitly from the opposition point of view. The real danger of the Riutin Platform was its threat to the corporate interests of the current elite:

²² RTsIKhDNI f. 17, op. 2, d. 511, ll. 205-214.

²³ RTsIKhDNI f. 17, op. 2, d. 511, ll. 12-22.

²⁴ From the diary of Comintern leader Georgi Dmitrov, entry of 7 November 1937. The diary is still in a closed section of RTsIKhDNI. I am grateful to Professor F. I. Firsov for making his transcriptions available to me.

... At present, one can no longer consider the top leadership of the Party as people who are simply mistaken but subjectively sincere in believing in their rightness. Such a view is childish and naive ... The entire top leadership of the Party leadership, beginning with Stalin and ending with the secretaries of the provincial [oblast] committees are, on the whole, fully aware that they are breaking with Leninism, that they are perpetrating violence against both the Party and non-Party masses, that they are killing the cause of socialism. However, they have become so tangled up, have brought about such a situation, have reached such a dead-end, such a vicious circle, that they themselves are incapable of breaking out of it ... The mistakes of Stalin and his clique have turned into crimes ... In the struggle to destroy Stalin's dictatorship, we must in the main rely not on the old leaders but on new forces. These forces exist, these forces will quickly grow. New leaders will inevitably arise, new organizers of the masses, new authorities.²⁵

The Riutin Platform was thus calling for political agitation among the masses and the rank and file of the party against the ruling group. The Platform was interpreted by the upper nomenklatura as a call for violent revolution against the ruling group, not only against its *leader*. After the Riutin incident, the ruling stratum reacted more and more sharply to any criticism of Stalin, not only or always because they feared him (although events would show that they should have) but because they needed him to stay in power. In this sense, Stalin's interests and those of the nomenklatura coincided.

Beyond insulting Stalin, the Platform could not have come at a more dangerous time for the party leadership *as a whole*. The industrialization drive of the first Five Year Plan had not brought economic stability, and although growth was impressive so was the chaos and upheaval caused by mass urbanization, clogged transport and falling real wages. The situation in the countryside was even more dangerous. Collectivization and peasant resistance had led to the famine of 1932; eventually millions of "unnatural deaths" from starvation and repression would be recorded.

On lower levels of the party, many in the field charged with implementation began to waver in 1932 and 1933. Reluctant to consign local populations to mass death, many local party officials refused to push relentlessly forward and actually argued with the center about the high grain collection targets. The country was falling apart and there were cracks in the ruling group's chain of command. In such conditions, any dissident group emerging within the besieged party was bound to provoke panic and anger from a leadership that worshipped party unity and discipline.

The Riutin Platform thus threatened to carry the party leadership struggle outside the bounds of the ruling elite, the nomenklatura. The Trotskyist opposition of the mid-20s had attempted to do this as well by organizing public demonstrations and by agitating the rank and file of the party. The response of the leadership at that time, which included not only the Stalinists but also the Bukharinists and indeed the vast majority of the party elite, had been swift and severe: expulsion from the party and even arrest. Although leaders might fight among themselves behind closed doors, any attempt to carry the struggle to the party rank and file or to the

²⁵ Kurilova, Mikhailov, Naumov, Reabilitatsiia, 440-443.

public was far too dangerous. Mass politics, or a split between wavering lower cadres and the top leadership, could not be tolerated. After the dangerous experience with the Trotskyist opposition, the elite at all levels understood the dangers posed by a politicization of the masses on terms other than those prescribed by the elite.

It was this understanding and elite solidarity that had prevented the rightist (Bukharinist) opposition from lobbying outside the ruling stratum. As loyal members of the nomenklatura, they were keenly aware that the risks were too high, especially in an unstable social and political situation where the party did not command the loyalty of a majority of the country's population. Accordingly, the sanctions taken against the defeated rightists had been much lighter than those earlier inflicted on the Trotskyists. Although some of the rightists were expelled from the party and its leaders lost their highest positions, Bukharin and his fellow leaders remained in the Central Committee until 1937. They had, after all, played according to the terms of the elite's unwritten agreement not to carry the struggle outside the nomenklatura, not to permit a mass politics²⁶.

In 1933, Bukharin had himself accepted the notion of a new, dangerous situation in which no dissent could be tolerated. Speaking about another splinter group, Bukharin made an elliptical reference to the "wavering" lower party cadres,

Comrades, with regard to Aleksandr Petrovich Smirnov's group, it seems to me that no Party member can be of two minds about it: if it is necessary for us, on the whole, to indignantly repudiate a group of this sort, then it should especially – twice and thrice – be repudiated *now* [emphasis added], and severe punishment should be meted out ... There are a great many difficulties ...²⁷

Although the Riutin Platform originated in the right wing of the Bolshevik party, its specific criticisms of the Stalinist regime were in the early 1930s shared by the more leftist Leon Trotsky²⁸. In early 1933, Trotsky wrote a secret letter to the Politburo. Speaking as one nomenklatura member to another, he issued the ultimate threat: if the Stalinists refused to deal with him, he would feel free to agitate for his views among rank and file party members²⁹. Like the Riutinists, Trotsky's threat promised to take the political struggle outside the elite and thereby strike at the heart of the nomenklatura. He actually formed an underground "bloc" in the USSR and cultivated the "lower workers"³⁰ in the party as supporters against the

²⁶ Even as late as March, 1937, in condemning Bukharin the Central Committee (and Stalin personally) drew a distinction between his sins and the much graver crimes of Trotsky. RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 577, l. 4; *Voprosy istorii*, no. 1, 1994, 12–13.

²⁷ RTsKhIDNI f. 17, op. 2, d. 511, ll. 215–220.

²⁸ For Trotsky's analysis of the Stalin regime see *Robert H. McNeal*, *Trotskyist Interpretations of Stalinism*, in: *Robert C. Tucker* (ed.), *Stalinism: Essays in Historical Interpretation* (New York 1977) 30–52.

²⁹ Houghton Library, Harvard University, Trotsky Papers, T-3522.

³⁰ Trotsky Papers, 4782.

top leadership³¹. It is not a coincidence that in 1936 when Stalin and the party leadership found out that Trotsky's threats had taken organizational form, they launched the murderous and hysterical attack on Trotskyism.

Despite the formulaic nature of our texts, they symbolize something real in the nomenklatura: a palpable fear of any split or grassroots organizing against them that could lead to their overthrow. They knew perfectly well that if Stalin fell, they would fall with him. In the crisis atmosphere of the times, which was perceived as a continuation of the "new situation" following the Riutin affair, there was strong incentive in the party to close ranks against the perceived threat. Stalin's paranoia was also theirs.

The nomenklatura was Stalin's team and he was their front man. The groups behind Zinoviev, Kamenev, and Trotsky were part of "the other". The destruction of the opposition was the final neutralization of the "other team", the alternative party nomenklatura that had in its day staked a claim to party and state leadership. If they won, however unlikely that might seem, the current team would be replaced in quick order. Although there seemed little chance that Zinoviev or Trotsky would return to power in the mid-1930s, the possibility always existed. Lenin's ascension to power in 1917 must have seemed at least as far-fetched in 1915, before that wartime crisis. The opposition, therefore, represented a continuing threat to the corporate interests of the Stalinist nomenklatura that outweighed any nostalgia it may have felt for its former Old Bolshevik oppositionist comrades-in-arms. It was not very hard for the current serving party leadership to support the physical decimation of the left opposition out of political and corporate self-interest.

The road to terror was paved by an amazing group consensus within the nomenklatura, bordering on paranoia, on the need to tighten controls and generally to "circle the wagons" against a variety of real and imagined threats from the peasantry, the former opposition, rank and file members and even from their own ranks. This exaggeration of party discipline would eventually reach the point during the full-blown terror of 1937 where members of the Central Committee would literally vote themselves into prison, one after another.

Upon motions to expel a member of the Central Committee, all members and candidates unanimously voted yes; there was almost never any dissent in 1937 and 1938³². There were no dissidents, no argument; nomenklatura discipline overrode all other considerations. Piatakov voted to expel Sokol'nikov, then was himself expelled. I. P. Zhukov voted to expel Piatakov, then was himself expelled a few

³¹ For the documents from Trotsky's archive on these maneuvers, see *J. Arch Getty, Trotsky in Exile. The Founding of the Fourth International*, in: *Soviet Studies*, Vol. 38, no. 1 (Jan. 1986) 24-35.

³² An exception was Lenin's widow Krupskaja, who on occasion distinguished herself in the voting lists by voting "agreed" to the expulsion motion, rather than the more positive "yes" [za]. For an example, see RTsKhIDNI, f. 17, op. 2 d. 614, l. 214ob.

months later³³. Even Ordzhonikidze, who privately complained about Piatakov's detention, voted "in full agreement" for Piatakov's expulsion and consequent arrest. Regardless of his doubts, in nomenklatura solidarity he later defended the notion of Piatakov's guilt even to his deputies at Heavy Industry who knew both him and Piatakov well³⁴. Such was party discipline among the elite. Democratic centralism was the vehicle for transforming the nomenklatura's fears into its suicide. At the height of the 1937 hysteria, the political paranoia of the top leadership went beyond fear of specific deeds, or even presumed deeds, and into the realm of what *might* happen in the future. In a perfect admission of that paranoia, Molotov later said,

1937 was necessary ... We were obligated in 1937 that in time of war there [would] be no fifth column. Really among Bolsheviks there were and are those who are good and faithful when everything is good, when the country and the party are not in danger. But if anything happens, they shiver and desert ... It is doubtful that these people were spies, but they were connected with spies, and the main thing is that in the decisive moment there was no relying on them ... [Was Tukhachevskii anti-Soviet?] Hard to say. But that he was unreliable is beyond question.³⁵

* * *

The regime in the 1930s was also apprehensive about personal meetings and conversations, not only among former oppositionists, but even among members of the Central Committee itself. More and more often, party leaders spoke and wrote about the "new situation" confronting the party in the 1930s. That new situation meant the political crisis atmosphere following the storm of collectivization, the rise of fascism, and the appearance in the party of particularly threatening opposition groups (the Riutinists and a revival of the Trotskyists).

In the new situation, certain types of meetings and conversations acquired special political meanings that would have been inconceivable before collectivization. As A. P. Smirnov said of his *sub rosa* conversations with discontented party members (which conversations he steadfastly maintained were innocent): "One must not discuss anything behind the Party's back. In view of our present situation, this is a political act, and a political act behind the Party's back is manifestly an anti-Party action, which could only be committed by people who have lost all connection with the Party. It's absolutely clear."³⁶ That is, regardless of the actual nature of the conversation, the crime was to have it with certain persons in the first place.

Other conversations between former oppositionists which resulted in no concrete action but which apparently did have a political character became crimes because "they promoted the creation of an atmosphere" harmful to the party. In fact,

³³ For examples of these successive ballots, see RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 573, l. 23, 26, 35, 36.

³⁴ RTsKhIDNI, f. 85, op. 29, d. 156, ll. 5-12.

³⁵ *Chuev*, *Sto sorok besed s Molotovym* (Moscow 1991) 390, 413, 432.

³⁶ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 511, l. 138.

by the end of 1936, the understanding was that former members of the opposition should have no personal contact with one another at all, because such contact inevitably threatened the regime. As former Right Opposition leader Rykov said in 1936,

I must note that any meeting is an attempt to form a group. I told Tomsy this and Tomsy agreed with me. Think about it: it is clear that if we were to discuss political questions, to talk about political themes, it is clear that one way or another it would be a continuation of the old [oppositionist] grouping. It's absolutely clear. So that is why we stopped all these conversations ...³⁷ [Kamenev] said to me „Let's gather together the old Bolsheviks and clarify the disagreements among ourselves. I said to him "You are talking nonsense".³⁸

Although meetings between former contenders for power might indeed seem threatening (if not criminal) this regime was worried about even the smallest political or pseudo-political groups whose activities, by any stretch of the imagination, posed no threat to the regime. In September, 1933, a group of students in Samara tried to travel abroad using "false documents". By the time the police and party leaders had analyzed the event, it was transformed into a "counter-revolutionary organization under the name of 'The Peoples' Communist Party'". In the new paranoid view of the leadership, attempts by students to travel abroad became "attempts at establishing contact with White Guard-Fascist organizations in Germany for the purpose of coordinating counter-revolutionary operations". Such youthful conversations and clumsy attempts at unauthorized travel would have completely escaped the attention of most governments, but in this case the incident was discussed at the very highest levels³⁹.

Similarly, in Krasnodar in late 1933, the police uncovered "a counter-revolutionary, anti-Party, 'Rightist-Leftist' organization headed by a group of Bolshevik-Leninists".

In order to expand its organizational operations, the „group“ had worked out a draft of a [political] „platform“. Attempts to discover this draft have been unsuccessful... The platform, according to testimony of members of the group, contained the assertion that the Five-Year Plan has not been fulfilled in four years and that industrial production ought to be carried on at cautious and feasible annual tempos... The group's fundamental aim is to actively struggle against the present leadership of the CC⁴⁰.

In this case, a negligible "group" whose platform could not even be produced was brought to the attention of the highest Moscow authorities. Moreover, all of the alleged ideological deviations attributed to these "Bolshevik-Leninists" had in fact been admitted publicly or privately in Central Committee plena before that time.

³⁷ Rykov's speech to the December 1936 plenum of the Central Committee. RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 575, ll. 100-102.

³⁸ From Kaganovich's speech to the December 1936 Central Committee plenum. RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 575, l. 161.

³⁹ RTsKhIDNI, f. 17, op. 120, d. 106, ll. 55-56ob.

⁴⁰ RTsKhIDNI, f. 17, op. 120, d. 106, ll. 56-59.

The worry, from the regime's point of view, was not so much the political content of the "group" but its very existence.

* * *

For the Stalinists in the 1930s, almost everything carried a threatening political content. Even suicide, which might represent the self-destruction of opponents was seen as a political blow against the party. As Stalin mused in 1936,

...But a person arrives at suicide because he is afraid that everything will be revealed and he does not want to witness his own public disgrace. Like Furer and Lominadze ... and Khandzhan and Skrypnik and Tomsy ...⁴¹ There you have one of the last sharp and easiest means that, before death, leaving this world, one can for the last time spit on the party, betray the party⁴².

Two months later, on the eve of the February, 1937 Central Committee plenum, Bukharin had protested the accusations against him by announcing that he was going on a hunger strike. Members of the Central Committee reacted with anger and indignation at this "blow against the party".

... Bukharin: I won't shoot myself because then people will say that I killed myself so as to harm the Party. But if I die, as it were, from an illness, then what will you lose by it? (Laughter. Voices: Blackmailer!)

Voroshilov: You scoundrel! Keep your trap shut! How vile! How dare you speak like that!

... Bukharin: It's easy for you to talk about me. What will you lose, after all? Look, if I am a saboteur, a son-of-a-bitch, then why spare me? I make no claims to anything. I am just describing what's on my mind, what I am going through. If this in any way entails any political damage, however minute, then, no question about it, I'll do whatever you say.⁴³

It is an unusual regime that feared the suicide of its political opponents⁴⁴. During the 1930s, however, suicides of rank and file party members and even ordinary citizens attracted the attention of the top leadership. Such events, even if they involved the most minor party members, were routinely investigated by the Special Political Department of the NKVD⁴⁵.

* * *

What kind of person – or regime – is afraid of humor and jokes? In the 1930s, the Bolshevik leadership feared anecdotes and careless speech. In 1930, even so serious a matter as Bukharin's political recantation before the Central Committee had

⁴¹ Other well-known party leaders who had killed themselves.

⁴² RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 576, ll. 67–70.

⁴³ Voprosy istorii, no. 4–5, 1992, 24, 32–34.

⁴⁴ Indeed, the most "famous" suicide of the 1930s, that of Sergo Ordzhonikidze, posed special problems for the regime. Unlike others, his suicide was never characterized as political betrayal and was hidden by the regime. His death was publicly announced as heart failure and Nikita Khrushchev, a member of the Politburo, did not learn the truth about Ordzhonikidze's death for many years.

⁴⁵ For examples, see RTsIKhDNI, f. 17, op. 120, d. 183, l. 166; d. 181, ll. 102–105, and Gosudarstvennyi arkhiv Rossiiskoi Federatsii (GARF), f. 9415, op. 5, d. 487, ll. 90–91.

been an occasion for mutual laughter (even about the opposition's fate) and for puns about stones, bricks, and Kamenev's name.

Bukharin: ... the leadership of the party was absolutely correct to crush the most dangerous right deviation within our party.

Voroshilov: And their bearers.

Bukharin: If the discussion is about their physical destruction, then I present myself to those comrades having this or that level of physical bloodthirstiness. (Laughter) ... The well-known lack of coordination that existed between construction materials and the construction industry, which also stands now at the center of attention ...

Kaganovich: Bricks.⁴⁶

Bukharin: Comrade Kaganovich says 'bricks'. If you want to force me to be witty, then I would remind you of one couplet that was in its time published in the *Russkie vedomosti* of blessed memory: 'they beat me, whipped me with three knouts and four weights. To me, an urchin, it was nothing; they did not beat me with bricks'... (laughter in the entire hall)

Kaganovich: Who, may I ask, is the urchin here and who the person wielding a stone?

Bukharin: Oh, how witty you are! Obviously, it was I who was struck and beaten with a stone. And now not a single member of the Plenum – I dare say – thinks that I am concealing some sort of a 'stone' of resentment, not even the stone-faced Kamenev.⁴⁷

Kaganovich: It is in vain that you think so. You must convince us.

Bukharin: Comrades, I am trying hard to convince you.

Kaganovich: Let's see how you shall convince us.

Bukharin: Of course, let's. You have acknowledged my statement as satisfactory, and whoever has doubts about it is guilty, to a certain extent, of being a left deviationist. (Laughter)...⁴⁸

Less than three years later, however, the mood had changed. Jokes had no place in party discourse any more. In his speech to the Central Committee plenum of January, 1933, M. F. Shkiryatov said,

Shkiryatov: ... What are jokes? Joking against the party is the same as agitation against the party. Which of us Bolsheviks does not know how in the old days we fought against Tsarism, how we told certain jokes in order to undermine the authority of the existing system? We know that all fractional groups always employ such despicable and harmful agitation. It [joking] is also a sharp weapon against the Central Committee.⁴⁹

At moments of perceived crisis for the party leadership, persecution of incautious speech increased dramatically, as the following table shows. Anecdotes and the like had not been sources for official obsession in the 1920s. As the table shows, the onset of collectivization, its height, the period following Kirov's assassination, and the terrible year 1937 each saw dramatic increases in persecution. Most of these arrests for "anti-Soviet agitation" were for jokes, songs, poems and even conversations that in any other political system would have been innocent and

⁴⁶ Bukharin had warned against trying to build socialism with "future bricks".

⁴⁷ Two puns are involved here: 1) a pun on Kamenev's name: *kamen'* means "stone" and 2) the expression: *Derzhat' kamen' za pazukhoi*, that is, "to nurse a grievance, to harbor a grudge".

⁴⁸ Bukharin's speech to the Central Committee, 19 December 1930, was at times a humorous colloquy with the audience. RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 453, ll. 53–61, 70–74, 77–78, 87–92.

⁴⁹ RTsKhIDNI, f. 17, op. 2, d. 511, l. 172, 177.

ignored. In the Soviet 1930s, however, they were „sharp weapons“ against the party. The regime's agents carefully recorded all such jokes, poems, and the like and these were matters for attention and concern by the country's highest political circles⁵⁰.

Arrests for “anti-Soviet agitation”

1921–30 incl.*	56 718
1931	100 963
1932	23 484
1933	32 370
1934	16 788
1935	43 686
1936	32 110
1937	234 301
1938	57 366
1939	

* There were no arrests for anti-Soviet agitation in 1924–28 or in 1930.

Source: Gosudarstvennyi arkhiv Rossiskoi Federatsii (GARF) fond 9401, op. 1, d. 4157, ll. 201–205.

The upper party leadership did not only fear jokes, groups, documents, groups of heretics, and potential treason. Evidence is strong that they feared developments in society that they could not control, and that they reacted hysterically with a blind terror against masses of presumed opponents without even being able to identify them precisely.

In 1936, the USSR had adopted a new constitution that envisioned the election of a new legislature, the Supreme Soviet. In June, 1937, the Central Committee prescribed electoral procedures that envisioned enfranchising the entire adult population, including groups like former White officers, tsarist policemen, kulaks in a system of secret-ballot elections. During 1937, local party leaders complained to Moscow that the proposed Supreme Soviet elections were giving new hope and life to various anti-Bolshevik “class enemies” who sought to use the electoral campaign to organize legally⁵¹.

At that precise moment, based on the “discovery of counterrevolutionary insurrectionist organizations among exiled kulaks in Western Siberia”, the Politburo authorized the formation of extra-judicial troikas to mete out summary punishment⁵². These tribunals had existed during the Civil War to provide drumhead justice to enemies of the regime on an expedited basis without usual judicial procedure. They had been revived during collectivization to deal out mass sentences

⁵⁰ RTsKhIDNI, f. 17, op. 120, d. 70, l. 58.

⁵¹ See J. Arch Getty, *State and Society Under Stalin: Constitutions and Elections in the 1930s*, in: *Slavic Review* 50, 1 (Spring 1991) 18–36.

⁵² Tsentr khraneniia sovremennoi dokumentatsii (TsKhSD), f. 89, op. 43, d. 48, l. 1.

of exile or death to opponents of the collective farms⁵³. Their re-establishment in 1937 reflected what the regime feared to be a dangerous crisis in the countryside.

Over the next two weeks, troikas were quickly established in provinces and territories across the USSR⁵⁴. On a province by province basis, their compositions were individually approved by the Politburo, to whom the troikas reported the numbers sentenced to execution or imprisonment⁵⁵. In 1937, the troikas would hand down 688,000 sentences, 87% of all criminal sentences in the USSR; the figure for 1938 was 75%. According to official figures released by the Russian government in 1995, of the 681,692 people sentenced to be shot in 1937–38, 92.6% were sentenced by troikas⁵⁶.

A Politburo document in the summer of 1937 prescribed the summary execution of more than 55,000 people who had committed no capital crime and were to be “swiftly” judged by extra-legal organs without benefit of counsel or even formal charge. Their “trials” were to be purely formal; these victims were “after consideration of their case by the troikas, to be shot.”

Almost anyone could fall under one of the categories of victims: those committing “anti-Soviet activities”, those in camps and prisons carrying out “sabotage”, criminals, people whose cases were “not yet considered by the judicial organs”, family members “capable of active anti-Soviet actions”. Round-number quotas were established by oblast’, with victims to be chosen by local party, police, and judicial officials according to their own lights. This “mass operation”, which would be extended into the next year, represented a reversion to the hysterical methods of the Civil War, when groups of hostages were taken and shot prophylactically or in blind retaliation. The new Red Terror of 1937, like its predecessor, reflected a deep-seated insecurity and fear of enemies on the part of the regime as well as an inability to say exactly who was the enemy. The targets were diffuse indeed:

... former kulaks ... church officials and sectarians who had been formerly put down, former active participants of anti-Soviet armed campaigns ... cadres of anti-Soviet political parties (SR's, Georgian Mensheviks, Dashnaks, Mussavatists, Ittihadists, etc.) ... cadres of former active members of bandit uprisings, Whites, members of punitive expeditions, repatriates ... criminal ... horse and cattle thieves, recidivist thieves, robbers ... and so on ... [!]⁵⁷

Stalin and his associates knew there was opposition to the regime, and feared it. Unable concretely to identify or specify it, they decided to lash out brutally and wholesale. Hostile forces were “infiltrating”, “sabotaging”, “undermining”, and were responsible for “every kind” of crime. In this sense, the new Red Terror of 1937 was an admission of the regime’s inability efficiently or predictably to govern

⁵³ RTsKhIDNI, f. 17, op. 162, d. 14, ll. 17, 19, 48.

⁵⁴ TsKhSD, f. 89, op. 43, d. 41, ll. 3–4.

⁵⁵ See, for example, TsKhSD, f. 89, op. 73, d. 49, ll. 1–2.

⁵⁶ *Vestnik Arkhiva Prezidenta Rossiiskoi Federatsii*: I.1995, *Istochnik*, no. 1, 1995, 120. See also Getty, *Rittersporn, Zemskov*, *Victims of the Soviet Penal System*, 1017–1049.

⁵⁷ *Trud*, no. 88, June 4, 1992, 1.

the countryside, or even to control it with anything other than periodic bursts of unfocused violence.

a) To the first category belong all the most active of the above-mentioned elements. They are subject to immediate arrest and, after consideration of their case by the troikas, to be shot.

b) To the second category belong all the remaining less active but nonetheless hostile elements. They are subject to arrest and to confinement in concentration camps for a term ranging from 8 to 10 years, while the most vicious and socially dangerous among them are subject to confinement for similar terms in prisons as determined by the troikas ... the following number of persons subject to punitive measures is hereby established:

	First Category	Second Category	Total
Azerbaijan SSR	1,500	3,750	5,250
Armenian SSR	500	1,000	1,500
Belorussian SSR	2,000	10,000	12,000
Georgian SSR	2,000	3,000	5,000
Kirghiz SSR	250	500	750

Investigation shall be conducted into the case of each person or group of persons arrested. The investigation shall be carried out in a swift and simplified manner... Thoroughgoing measures are to be taken during the organization and implementation of the operations in order to prevent persons subject to punitive measures from going underground, in order to prevent their escape from their places of residence and especially beyond the border, in order to prevent their forming groups of bandits and robbers, and to prevent any excesses.[!] Any attempts to commit counter-revolutionary actions are to be brought to light promptly and quickly nipped in the bud...

Secretary of the CC.⁵⁸

* * *

Stalinist policies and reactions in the 1930s indicate more fear than confidence. What kind of regime is afraid of drunken conversations, jokes, and even suicides not only among members of its elite but among harmless citizens? What sort of government must fear vague and Talmudic references in histories written by its own leaders? How stable is a political system that must create special penal bodies to judge capital offenses that are not even crimes in the criminal code? What can one say about the stability and self-confidence of a regime that investigates and arrests pathetic groups of marginal students in small towns? What kind of elite launches bloody terror against itself from fear of what some of its member might do in the future? The Stalinist regime was unable to distinguish between big and little threats, unable to evaluate their relative danger. Because of this, they struck with equal ferocity at real political opponents, minor pedestrian signs of criticism, and at potential signs of such. This government and its leaders were afraid of their own shadows and of anything that might challenge their political monopoly and privilege.

⁵⁸ Trud, no. 88, June 4, 1992, I, 4.

In their time, the Tsars had also feared meetings, organizations, jokes, and documents. But the imperial government never really feared for its very survival, and it did not constantly fear potential treason from its own officials. The Stalinists, on the other hand, seem by comparison to show signs of hysteria. After their own Civil War experience and that of a recent titanic national crisis, they were riven with anxiety. They were unlike their Tsarist predecessors in two additional ways. First, they seemed less able to classify, order, and manage the perceived threats. Second, while the Tsars seem to have thought that they controlled Russia, the Stalinists realized how little real day to day influence they had out in the countryside. These two differences would be powerful factors leading to the outbreak of mass terror in 1937.

At the same time, in another signification of severe anxiety, Stalinist fear was not accompanied by self-doubt about their policies or means. Their 19th-century rationalist faith in scientific solutions to human problems combined with their understanding of Marx's stages of historical development to convince them they were on the right track. For them, it was genuinely impossible to imagine that their policies were wrong. Their conviction was no doubt strengthened (consciously or subconsciously) by the recognition that their personal positions and collective fortunes were tied to those policies.

So, when things went wrong, when disasters occurred, it was necessary to find answers and solutions that avoided self-questioning. The most available explanation for problems, and one with resonance in Russian culture, was that frightening yet vague dark forces were at work to sabotage the effort. Schooled in the brutal Civil War of 1918–21, when there were real conspiracies, Stalinist leaders and followers found it easy to believe that enemies of various kinds were responsible for every problem. Of course, for the top leaders, there was a convenient element of scapegoating in blaming everything on "alien enemy forces". At the same time, reading the transcripts of closed party meetings, Central Committee sessions, and even personal letters among the senior leaders gives the strong impression that it was more than scapegoating. To a significant extent, they seemed to have genuinely believed in the existence of myriad conspiracies and believed that they were a real threat to the regime. From peasant to Politburo member, the discourse about evil conspirators reflected a historically-conditioned construction of reality⁵⁹.

This was not a strong or solidly-based regime. Its fear of everything from elite platforms to gossiping students was conditioned by a silent recognition that their control was in fact weakly based in the country. Their recourse to spasmodic mass violence against vague targets, rather than ordered administration, was another proof of fear disguised by brute force. This fragility was combined with a lack of self-doubt, a belief in conspiracies, a traditional intolerance of opposition, and a conditioned recourse to violence to produce a specific construction of reality.

⁵⁹ See Gábor T. Rittersporn, *The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Politics and Social Relations in the 1930s*, in: Getty, *Manning*, *Stalinist Terror*, 99–115.

Understanding of this mentality does not of course lessen or change the objective results of the terror. But as a phenomenon, as an event, the terror must also be understood in its subjective dimension. Rather than totalitarian giants, larger than life in their evil, these were frightened little men with big weapons. Because of this and because they had constructed a universe in which they were surrounded by dark, hostile, dangerous and hidden forces, they were all the more dangerous.

Stefan Plaggenborg

Gewalt im Stalinismus

Skizzen zu einer Tätergeschichte

I.

Niemand wird bestreiten wollen, daß der Stalinismus gewalttätig war. Millionen Tote hat er gekostet. Verbannte, deportierte, gefolterte und zu Lagerhaft und Zwangsarbeit verurteilte Menschen zu Millionen weisen ihn aus. Seit wenigen Jahren erst zeichnet sich eine Klärung der Opferzahlen ab. Es scheint, daß sie niedriger liegen als bisher angenommen. Wenngleich nicht alle Angaben exakt sein können und es wohl kaum jemals eine genaue Statistik allein der Toten geben wird, so läßt sich zumindest sagen, daß der Stalinismus nur für die Zeit von 1928 bis 1941 nicht weniger als acht Millionen Menschen das Leben gekostet hat. Hierin sind die etwa sechs Millionen Toten der Hungersnot 1932/33, die eine Folge der verheerenden Agrarpolitik der Bolschewiki war und deren Opfer in die Rubrik „in Kauf genommenes Massensterben“ gehören, eingerechnet¹.

Der Stalinismus entfaltete ein Vernichtungspotential, das in der Geschichte seinesgleichen sucht, und es hat den Anschein, als sei er in keiner Weise von äußeren oder inneren Antrieben oder Zwängen dazu gebracht worden. Es gab kein Vernichtungsprogramm: Der Marxismus-Leninismus ist keine Vernichtungsideologie, auch nicht in seiner stalinistischen Auslegung. Ein ideologisch angefeuerter Rassismus hat keine Rolle gespielt. Es existierten keine industriellen Vernichtungsanlagen. Kein Krieg entfesselte die Vernichtung; sie geschah in Friedenszeiten. Und doch kamen die Menschen zu Tode aufgrund eines dauerhaften Ausnahmezustandes, den das Regime nicht wünschte, aber in den es sich immer wieder hineinmanövierte, obwohl es das nicht hätte müssen.

Die Frage ist, ob sich die Stalinismusforschung herausgefordert fühlt, das komplizierte, scheinbar die Grenzen der historischen Wissenschaft sprengende Phäno-

¹ Zusammenfassend bei *Stephan Merl*, Das System der Zwangsarbeit und die Opferzahl im Stalinismus, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 46 (1995) 277–305; *N. A. Aralovec*, Poteri naselenija sovsetskogo obščestva v 1930-e gody: problemy, istočniki, metody izučeniija v otečestvennoj istoriografii, in: *Otečestvennaja istorija*, H.1 (1995) 135–146, für die Jahre 1927–1938.

men der Gewalt, das ohnehin kaum historisch angegangen worden ist, in den Blick zu nehmen. Die wenigen dünnen Zahlen, die einleitend aufgeführt wurden, sind bestenfalls Anhaltspunkte für eine gewalthafte Realität des Stalinismus, die mit Begriffen wie struktureller Gewalt und Zwang nicht beschrieben ist. Es geht um physische Gewalt². Es scheint, daß die gegen den menschlichen Körper gerichtete Gewalt ein Charakteristikum des Stalinismus darstellt: Das Töten in seinen verschiedenen Formen einschließlich der Hinrichtungen, Zwangsarbeit in allen Variationen und Deportationen mit allen körperlich erfahrenen Konsequenzen sind Formen der physischen Gewalt. Unter diesem Blickwinkel wäre Stalinismusforschung in ihren Zugriffen und Fragestellungen zu erweitern. Bisherige Konzepte, vor allem die dominierenden politik- und ideologiegeschichtlichen sowie historisch-sozialwissenschaftlichen – besonders diese – haben zumeist um die Vernichtungskraft des Stalinismus einen Bogen gemacht.

Die anonymen Zahlen, die die Archive preisgaben, sind lediglich ein Ausgangspunkt. Fünf Aspekte sind zu nennen:

1. In der Geschichtsschreibung ist das missing link zwischen Erklärungsversuchen des Stalinismus und acht Millionen Toten (für 1928/29–41) spürbar. Von einem Betriebsunfall zu sprechen, scheint unangemessen. Für Tötungen, Folter, Hinrichtungen scheinen Erklärungen, die auf politische Entscheidungen, Ideologie, Zynismus der politischen Führung, deren Paranoia sowie revolutionäre Prozesse von oben oder von unten verweisen, unzureichend. Opfer entstanden womöglich nicht einfach als sich kumulierendes Nebenprodukt eines sich terroristisch aufführenden Systems. Es stellt sich die Frage, ob Gewalt in den Stoff eingewoben war, aus dem die Sowjetunion gemacht wurde.

2. Gewalt ist eine Frage der historischen Erfahrung von Individuen und Gruppen in jenen Jahren. Sie hatte direkte Auswirkungen auf das Leben und die Lebensbedingungen. Sie zu historisieren scheint allein aus diesem Grunde notwendig. Gewalt wird zudem von denjenigen hervorgehoben, die unter der Diktatur gelebt haben. Damit können sich sehr unterschiedliche Perspektiven auf das, was als wichtig zu gelten hat, ergeben. Sie ist Teil der Diktaturerfahrung, die authentischer sein kann als alle Wirtschaftsdaten und Politbürodebatten. Immerhin ist die noch immer einflußreichste Theorie, den Stalinismus zu interpretieren, im Kern eine Objektivierung von Diktaturerfahrung: der Totalitarismus³. Nicht zufällig stellt diese Theorie den Terror, also Gewaltherrschaft, ins Zentrum, während dieser Aspekt bei den aus demokratischen Verhältnissen stammenden sozialwissenschaftlich informierten HistorikerInnen eher vernachlässigt wurde. Gewalt im Stalinismus ist der Analyse wert im Sinne einer Geschichtswissenschaft, die auf

² Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit, hrsg. von Alf Lüdtke, Thomas Lindenberger (Frankfurt a.M. 1995), hier bes. die Einleitung der Herausgeber.

³ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft (München 1986); vgl. Peter Christian Ludz, Offene Frage in der Totalitarismus-Forschung, in: Wege der Totalitarismusforschung, hrsg. von Bruno Seidel, Siegfried Jenkner (Darmstadt 1968) 466–505, der den Aspekt der Diktaturerfahrung unterschätzt, bes. 474 f.; zuletzt Hans-Henning Schröder, Der „Stalinismus“ – ein totalitäres System?, in: Osteuropa 46 (1996) 150–163.

die Wechselbeziehungen zwischen Strukturen, Erfahrungen, Handlungen und Verhalten schaut.

3. Damit Gewalt nicht wie ein Amoklauf erscheint⁴, ist sie zu historisieren und zu kontextualisieren. Gewalt wurde nicht im Stalinismus erfunden. Es gab sie zuvor, und die Frage lautet, woher sie kam und auf welchen Grundlagen sie baute.

4. Aus schwer zu durchschauenden Gründen sind frühere Versuche, mit Gewalt als Konzept zu arbeiten, wieder eingeschlafen. Hannah Arendts Buch „Macht und Gewalt“ bildete einen Höhepunkt der Debatte⁵, die aus dem Kontext von antikolonialem Befreiungskampf der 1950er und 60er Jahre heraus entstand und von den rebellierenden Studenten der westlichen Universitätsstädte weitergeführt wurde⁶. Für die Frühe Neuzeit ist Gewalt bereits zum Thema geworden⁷.

5. Gewalt meint nicht dasselbe wie Terror. Hier wird bewußt der diffusere der beiden Begriffe gewählt, dessen Vorteil gerade in der begrifflichen Unschärfe liegt. Dem Terror, dem stalinistischen zumal, unterliegt eine Semantik, die ein *movens* impliziert. Terror ist auf ein Ziel gerichtet, hat im besten Falle ein Programm, wird von Einzelpersonen oder Gruppen inszeniert, durchgeführt und beendet, wenn der Bedarf für Terror nicht mehr gegeben scheint. Terror kommt meist „von oben“. Er benutzt Gewalt; sie ist sein Instrument⁸. Gewalt enthält keine Spezifik, außer der einen im hier verwendeten Sinne von gegen den menschlichen Körper gerichteter Gewalt.

Die jüngere Stalinismusforschung erweist sich in Fragen der Gewalt als nicht sehr hilfreich. Nur Sheila Fitzpatrick fand den Begriff wichtig genug, um ihn in den Index ihrer Untersuchung über „Stalin's Peasants“ aufzunehmen⁹. Ihre Studie, die man als eine transitorische Untersuchung im Übergang von Sozialgeschichte zur Geschichte von Lebenswelten bezeichnen kann, widmet sich den Hauptopfern des Stalinismus, den Bauern, und unter ihnen der Opfer-Kerngruppe der Kulaken. Fitzpatrick beschreibt verschiedene Fälle von Gewalt besonders während der Kollektivierung. Es fragt sich jedoch, ob ihre Begründung für Gewalt ausreicht, wenn sie schreibt, daß „the *method* of ‚unleashing‘ Communists to follow their own *instincts*, typical of the Cultural Revolution mentality of the period, explains a good deal about the chaotic mix of violence, frenzied persua-

⁴ So Arch Getty in seinem Beitrag zu dem Kolloquium, dessen Vorträge dieser Band versammelt.

⁵ Hannah Arendt, *Macht und Gewalt* (München, Zürich 1970).

⁶ Arendt, *Macht*; Melvin J. Lasky, *Utopie und Revolution. Über die Ursprünge einer Metapher oder Eine Geschichte des politischen Temperaments* (Reinbek bei Hamburg 1989, amerik. Ausgabe 1976) bes. 212–220, passim; Albert Camus, *Der Mensch in der Revolte. Essays* (Reinbek bei Hamburg 1969); Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde* (Frankfurt a. M. 1981); Luc Bondy, *Materialien zur Gewalttheorie*, in: *Akzente* 16 (1969) 289–311.

⁷ Natalie Zemon Davis, *Humanismus, Narrenherrschaft und die Riten der Gewalt. Gesellschaft und Kultur im frühneuzeitlichen Frankreich* (Frankfurt a. M. 1987); s. die Beiträge in *Physische Gewalt*.

⁸ Arendt, *Elemente*; dies. *Macht*; Walter Laqueur, *Terrorism* (Boston, Toronto 1977).

⁹ Sheila Fitzpatrick, *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village after Collectivization* (New York, Oxford 1994).

sion, observable on the Communist side of the confrontation"¹⁰? Aus diesen Worten klingt berechnete Hilflosigkeit gegenüber der Existenz von Gewalt und dem Versuch, sie zu „erklären“. Unklar bleibt auch, was die Motive (instincts?) von Klassenkriegern sind, Gewalt nicht nur zu denken, sondern gewaltsam zu handeln, was nicht dasselbe ist und ein Mehr bedeutet.

An Gábor Rittersporns Untersuchungen ist die Frage zu stellen, ob sein Konzept von Stalinismus als Desorganisation Hinweise darauf gibt, wie Gewalt dieser Jahre erklärt werden kann¹¹. Ist es richtig vermutet, daß der Terror aus bürokratischen und sozialen Konflikten erwuchs, was letztendlich bedeutet, daß der Terror weder rational noch instrumental, weil nicht *für* etwas, war, sondern ein selbstgetriebener Kampfmechanismus ohne übergeordnetes Ziel, aber nichtsdestoweniger fatal?

Stephen Kotkins ‚magnetisches‘ Buch enthält viele anregende Aspekte, es fehlt ihm aber an Erklärungskraft hinsichtlich der Gewalt¹². In seinem Konzept von Stalinismus als Zivilisation, welches einen Geschmack von Modernitätsfetischismus hinterläßt (wobei die Frage der Modernität für den Stalinismus gerade zu verneinen wäre, wenn man Kotkins Buch konsequent liest), äußert er sich nicht darüber, ob Gewalt untrennbar zur stalinistischen Zivilisation gehöre. Kotkin folgen, heißt die Frage zu stellen: die stalinistische Zivilisation rötete Millionen von Menschen; ist dies ein zivilisatorischer Prozeß?

Robert Thurston stellt völlig richtig die Frage nach der Mittäterschaft im Stalinismus, aber was er über das Faktographische hinaus über den Terror schreibt, ist absurd, ja skandalös. Thurston leugnet Terror nach dem Kirovmord 1934, selbst im Februar 1937 kann er keinen Massenterror erkennen. Er beschränkt seinen Terror auf den Kampf gegen Volksfeinde, Schädlinge u. a., begreift aber nicht, daß Dekulakisierung Terror war. Die Hauptgruppe der stalinistischen Gewaltopfer, die Bauern, kommen bei ihm nicht vor. Über die Täter erfahren wir nichts Neues. Wir sollen lernen, daß der Terror nie die gesamte Bevölkerung erfaßt, geschweige denn in Angst versetzt habe¹³.

Robert Tucker hat eine sehr wichtige Beobachtung gemacht. Er beschrieb, wie „stalinistischer Leninismus“ durch die Neue Ökonomische Politik hindurch in die dreißiger Jahre transportiert wurde¹⁴. Tucker verweist auf seinen kulturhistorischen Ansatz. Wenn er vom radikalen Leninismus spricht, dann meint er „ingrained habits of mind, ways of defining and responding to situations, styles of

¹⁰ Fitzpatrick, *Peasants*, 50, Hervorhebungen von mir.

¹¹ Gábor T. Rittersporn, *Simplifications staliniennes et complications soviétiques* (Paris 1988); s. die Auseinandersetzung mit Rittersporn und Arch J. Getty bei Achim Siegel, *Die Dynamik des Terrors im Stalinismus. Ein strukturtheoretischer Erklärungsversuch* (Paffweiler 1992) 38–72.

¹² Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as Civilization* (Berkeley u.a. 1995).

¹³ Robert Thurston, *Life and Terror in Stalin's Russia, 1934–1941* (New Haven, London 1996) bes. 36, 68, 159.

¹⁴ Robert C. Tucker, *Stalinism as Revolution from Above*, in: *Stalinism. Essays in Historical Interpretation*, hrsg. von *dems.* (New York, London 1977) 77–110.

action, common memories, mystique, etc.“¹⁵. Diesem knapp formulierten Forschungsprogramm, das – wiewohl schon zwanzig Jahre alt – nicht die Beachtung gefunden hat, die ihm gebührte, läßt sich ohne weiteres zustimmen. Roger Pethybridge und Sheila Fitzpatrick haben in diesem Sinne bereits Untersuchungen vorgelegt¹⁶. Daß der zitierte Satz weitgehend unbeachtet blieb, liegt vielleicht an Tucker selbst, gelangt er von diesem Standpunkt doch zu Fragen der Staatsbildung, was völlig richtig ist, aber er beendet seine Rundschau bei den russischen Traditionen politischer Kultur. Indem er so vorgeht, verläßt er die außerordentlich konstruktive Idee, die in seinem kulturhistorischen Aufriß steckte. Denken, Fühlen und Bewußtsein standen im Zusammenhang mit Staat. Gerade diese Wechselbeziehung muß untersucht werden, liegt doch hier eine große Erklärungskraft für den Stalinismus. Das Tagebuch des Stepan Podlubnyj legt davon beredtes Zeugnis ab¹⁷.

Die folgenden Zeilen bilden den Versuch, die Periode des Stalinismus bis zum deutschen Überfall 1941 auf ein Phänomen hin zu befragen, das jedem, der sich mit dieser Zeit beschäftigt, sofort ins Auge springt. Hier wird kein empirischer Befund präsentiert, dafür fehlen noch die notwendigen Vorarbeiten, sondern es wird versucht, Gewalt im Stalinismus als historisch bedingt und herleitbar zu beschreiben. Sie stellt ein kulturelles Problem dar, nicht allein ein politisches, eher schon ein mentales und am wenigsten ein justitielles. Gewalt bildete eine kulturelle Infrastruktur, in deren Rahmen sich das gewalttätige Handeln einer Vielzahl von Individuen abspielen konnte. Dieses individuelle Handeln vieler ist zur Zeit noch kaum faßbar und schon gar nicht soweit ermittelt, daß daraus Rückschlüsse auf das Funktionieren des Stalinismus abzuleiten wären. Somit versucht dieser Beitrag, anders als die meisten anderen in diesem Band, kulturelle Dispositionen für Gewalt im Stalinismus zu beschreiben. Was sich an wissenschaftlichem Ertrag daraus ergibt, wird sich zeigen müssen, doch läßt sich mit einem vergleichenden Blick auf die jüngsten Publikationen zu Tätern der Vernichtung im Nationalsozialismus die Bedeutung dieser Erklärungsebene für den Stalinismus kaum in Abrede stellen¹⁸.

¹⁵ Tucker, Stalinism, 91.

¹⁶ Roger Pethybridge, *The Social Prelude to Stalinism* (New York 1974); Sheila Fitzpatrick, *Cultural Revolution as Class War*, in: *Cultural Revolution in Russia, 1928–1931*, hrsg. von ders. (Bloomington 1978) 8–40; s. auch ihre gesammelten Aufsätze in *dies.*, *The Cultural Front. Power and Culture in Revolutionary Russia* (Ithaca, London 1992).

¹⁷ Tagebuch aus Moskau 1931–1939. Übersetzt und hrsg. von Jochen Hellbeck (München 1996).

¹⁸ Ulrich Herbert, *Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft. 1903–1989* (Bonn 1996); Christopher Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen* (Reinbek 1993); Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust* (Berlin 1996), mit begrenzter Erklärungskraft.

II.

Ordnen wir zuerst und sehen wir dann, ob es etwas gibt, was die Gewalt im Stalinismus im Innersten zusammenhält. Die folgenden Zeilen sind lediglich ein Aufriß der Problematik¹⁹.

Es ist sinnvoll, mit dem Jahr 1917 zu beginnen. Bereits nach der Februarrevolution, die in die Endphase des Ersten Weltkriegs fiel, setzte eine Gewaltwelle ein, der eine nicht genau zu charakterisierende Personengruppe zum Opfer fiel. „Revolutionäre“ töteten Personen, die sie in der Regel nicht persönlich kannten, die aber die alte Ordnung repräsentierten. Der Justizkommissar der Leninschen Koalitionsregierung nach der Oktoberrevolution, Isaak Steinberg, schrieb von Tausenden von Opfern, die nach der Februarrevolution in Rußland zu verzeichnen waren²⁰. Der Schriftsteller Maksim Gor'kij wandte sich angewidert von der Volkswut ab²¹. Im allgemeinen gab es kein über die genannte Personengruppe hinausgehendes Ziel der Gewalt. Es existierte auch kein revolutionäres Gewaltkonzept, nicht einmal eine Gewaltideologie. In dieser ersten Phase der Revolution, die auf dem Lande länger dauerte als in den Städten, zeigte sich, daß alle Gewalt vom Volke ausging.

Inwiefern Gewalt durch den Ersten Weltkrieg beeinflußt worden ist, kann hier nur als Frage formuliert werden. Möglicherweise haben desertierte Soldaten ihre Weltkriegs- und Fronterfahrungen in das russische revolutionäre Binnenland getragen, um hier radikalisiert zu wirken. Wichtig scheint, daß der Bürgerkrieg, als die Quelle der späteren Gewalt bis in den Stalinismus hinein angesehen²², die Gewalt weder erfand noch ausgestaltete, sondern daß er selbst ein Produkt von zeitlich und strukturell vorgelagerten Gewaltverhältnissen war, der seinerseits eskalierend wirkte, nicht jedoch Gewalt begründend.

Im Oktober 1917 kam etwas *hinzu*. Emma Goldman schrieb in ihrem von Frustration gezeichneten Erlebnisbericht Anfang der zwanziger Jahre von der Gewalt als einer Gewohnheit: Gewaltsam zu handeln wurde zum Habitus²³. Dahinter steht ein Prozeß, der sich – sehr verknüpft – folgendermaßen umreißen läßt: Die Bolschewiki integrierten Gewalt sofort nach dem Oktoberumsturz in ihre Politik. Sie legitimierten alle revolutionären Gewalttaten, die sie weder organisiert noch zu denen sie angeleitete hatten. Es ist kein Fall bekannt, daß ein Revolutionär wegen Mordes vor ein revolutionäres Gericht gestellt worden wäre. Der Prozeß gegen die Mörder der hilflosen ehemaligen Minister der Provisorischen Regierung

¹⁹ Dieser Abschnitt enthält eine knappe Zusammenfassung meines Aufsatzes „Gewalt und Militanz in Sowjetrußland 1917–1930“, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 44 (1996) 409–430.

²⁰ *Isaak Steinberg*, *Gewalt und Terror in der Revolution. Das Schicksal der Erniedrigten und Beleidigten in der russischen Revolution* (Berlin 1981) 30.

²¹ *Maxim Gorkij*, *Unzeitgemäße Gedanken über Kultur und Revolution*, hrsg. von *Bernd Scholz* (Frankfurt a. M. 1974) 25 f.

²² *Fitzpatrick*, *Cultural Revolution*.

²³ *Emma Goldman*, *My Disillusionment in Russia* (New York 1970) 255–260.

Kokoškin und Singarev wurde sogar von den Bolschewiki niedergeschlagen. Die Zarenmörder sind nie belangt worden. Einer Amnestie zur formalen Annullierung von Gewalttaten hat es nicht bedurft, ja sie ist nicht einmal diskutiert worden.

In dieser Grundkonstellation lag ein Dilemma für die Bolschewiki: Zur Zeit des Oktoberumsturzes und noch eine geraume Zeit danach existierten diffuse Rechtsgewalten in Sowjetrußland. Das Gerichtsdekret Nr. 1 hat diesem Prozeß noch Vorschub geleistet²⁴. Die neue Macht, die rasch daran ging, einen Staat zu schaffen, d. h., die Macht zu institutionalisieren und zu verregeln, stand in Konkurrenz zu den heterogenen Rechtsgewalten der revolutionären Bewegung. Diese Gewalt „der Straße“ mußten die Bolschewiki ordnen und kanalisieren, denn solange dies nicht gelungen war, bestand kaum Hoffnung auf Konsolidierung²⁵. Der neue Staat, dessen Entstehen nicht planmäßig verlief und der seine Gestalt in einem Prozeß bolschewistischen learning by doing erhielt, machte alle Anstalten, die Gewalt zu monopolisieren. Das staatliche Gewaltmonopol war die *conditio sine qua non* für die Existenz des revolutionären Staates. In diesem Sinne bildete das Gerichtsdekret eine (im übrigen krasse, nur aus der Defensivlage der Bolschewiki heraus zu erklärende) Fehlentscheidung. Der neue Staat, nach Lenin zum Absterben verurteilt, mußte die Gewalt monopolisieren, wenn er überleben wollte. An diesem Punkt schlug revolutionäre Gewalt in staatliche Gewalt um: Die Gewalt der Massen wurde die Gewalt im Namen der Massen. Von nun an galt die doppel-sinnige Formel: Alle Gewalt geht vom Staate aus. Zugleich wurde die Gewalt verrechtlicht und institutionalisiert. Die Geheimpolizei und die Revolutionstribunale stehen dafür. Revolutionäre Gewalt war verstaatlicht worden. Wer jetzt revoltierte, war Konterrevolutionär.

III.

In dieser Konstellation kam der vom neuen Staat vereinnahmten Gewalt mit Hilfe des Rechts zusätzlich Strafgewalt zu. Der französische Philosoph Maurice Merleau-Ponty hat diese Veränderung im Charakter des revolutionären Rechts sehr genau erkannt. Er schrieb 1947 in „Humanisme et terreur. Essai sur le problème communiste“, der revolutionären Justiz werde die Maske des Strafrechts aufgesetzt. Die dahinter versteckte Gewalt werde durch ihre Institutionalisierung zur

²⁴ Dekrety sovetsoj vlasti, Bd. 1 (Moskau 1957) 124 ff.

²⁵ Diese Aussage widerspricht der These Dietrich Geyers, wonach den Bolschewiki das Chaos im Lande eine Weile zupaß kam, um sich und ihre Macht zu stabilisieren, *Dietrich Geyer, Die Russische Revolution. Historische Probleme und Perspektiven* (Göttingen 1985). Dieses Argument ist nur dem Augenschein nach plausibel, nicht jedoch vom empirischen Befund her.

Gewohnheit²⁶. Man wird hinzusetzen dürfen: Sie war zugleich potentiell schrankenlos, weil das Recht der Gewalt nicht Einhalt gebot, sondern mit Hilfe der Gewalt den revolutionären Prozeß voranzutreiben suchte. Generalisierend läßt sich sagen, daß die verrechtlichte Gewalt, vom revolutionären – und sei es nur das Revolutionäre im Selbstverständnis der Entscheidungselite – Staat verwaltet, straffend gegen seine Gegner eingesetzt wurde.

Daß der Stalinismus inszenierte Prozesse gegen Prominente und zahlreiche weitere Schauprozesse in der Provinz gegen heute Unbekannte brauchte, hängt auch mit diesem Sachverhalt zusammen. Daß er der Schauprozesse gegen *seine* Prominenten bedurfte, ist zugleich im Zusammenhang mit Macht zu sehen, worüber noch zu sprechen sein wird. Gerade Schauprozesse stellten mit größter Publikumswirksamkeit klar, daß Verbrechen an der stalinistischen Revolution der Bestrafung nicht entgehen würden. Strafgewalt im Gewande der vom Staat usurpierten revolutionären Gewalt vernichtete die jeweils „definierten“ Gegner der Revolution, wie sie sich in der Figur Stalins symbolisch verkörperte, ja geradezu verdichtete. Die Gegner erweisen sich nicht allein als Opfer einer bolschewistischen Justizmaschine – was bezüglich „bolschewistisch“ dem empirischen Befund nach nicht einmal stimmt²⁷ – sondern zugleich als Opfer der hier besprochenen, eher kulturell zu deutenden Umstände der Entstehung von Strafgewalt aus dem Geist der Revolution. Freilich ist das Erschießen der Verurteilten ereignisgeschichtlich unterschiedslos.

Alles hing indes davon ab, wer auf welche Weise den revolutionären Prozeß auslegen und planen würde. Wem es gelang, die Zukunft zu besetzen, dem stand zugleich das gewalttätige und strafende Recht zur Verfügung. Nachdem Stalin und seine Gruppe aus dem Konflikt als die Sieger hervorgegangen waren, konnten sie auf ein aus der Revolution heraus geborenes Instrumentarium zurückgreifen, mit dessen Hilfe sie sich ihrer unmittelbaren Gegner sowie aller vermeintlichen Opposition im allgemeinen entledigen konnten.

Die Schauprozesse sind in der jüngeren Stalinismusforschung mit Ausnahme Tuckers²⁸ nicht sonderlich beachtet worden. Implizit herrscht die Meinung vor, von ihnen sei über das Funktionieren des Stalinismus wenig zu lernen. Es scheint jedoch, daß sie durchaus noch Erklärungskraft besitzen, wenn man versucht, Stalinismus kulturell zu lesen. Insbesondere der Prozeß gegen Bucharin zeigt, daß es um mehr ging als um einen Abweichler. Vor Gericht stand die personifizierte Rückständigkeit, die Bucharin, der Versöhnler und Rechtsabweichler, vertrat. Der Bucharin-Prozeß war ein Prozeß um den Verlauf der Geschichte. Der Angeklagte

²⁶ Maurice Merleau-Ponty, *Humanisme et terreur. Essai sur le problème communiste* (Paris 1947) 37.

²⁷ Peter H. Solomon Jr., *Local Political Power and Soviet Criminal Justice, 1922–1941*, in: *Soviet Studies* 37 (1985) 305–329; Eugene Huskey, *Vyshinskii, Krylenko, and the Shaping of the Soviet Legal Order*, in: *Slavic Review* 46 (1987) 414–428; *Rittersporn*, *Simplifications*, 237f.

²⁸ Tucker, *Stalin in Power. The Revolution from Above, 1928–1941* (New York, London 1992).

hat dies in seinen kryptischen Worten kurz vor dem Todesurteil 1938 angesprochen: Ihm war klar, daß hier einem dem Stalinismus nicht vergleichbaren revolutionären Konzept der Prozeß gemacht wurde, und seine Hoffnung auf Hegels „die Weltgeschichte ist das Weltgericht“ korrespondiert mit dem Wunsch des Todgeweihten, nicht sinnlos sterben zu müssen als jemand, der den Zug der Geschichte verpaßt hat²⁹. Die Worte Bucharins enthalten einen Wesenskern des Stalinismus: die Usurpation der Zukunft, das Verbrechen an ihr durch Rückständigkeit und den strafenden Staat. Wer nicht Schritt halten konnte mit der Revolution des Stalinismus, der gehörte zu den *byvsie ljudi* – gewesene Leute, ein fester Ausdruck im politischen Jargon jener Jahre. An diesem Punkt läßt sich die Verbindung zwischen der stalinistischen Definition des revolutionären Prozesses und dem auf der Basis der revolutionären Gewalt strafenden Staat deutlich erkennen. Bucharin, der Rückständige, wurde erschossen, der Stalinismus triumphtierte.

IV.

Gewalt im Stalinismus speiste sich aus vielen Quellen, aber im Verhältnis von Rückstand und Zukunft liegt ein entscheidendes Moment. Die Entwicklung nach 1928/29 stand unter dem Signum des *velikij perelom*³⁰. Modernisierung unter sozialistischen Vorzeichen hieß die Devise. Der in den Augen der Stalinisten unüberschbare Rückstand der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Vergleich zu den fortgeschrittensten Staaten des Kapitalismus hatte den ersten sozialistischen Staat immer wieder an den Rand des Zusammenbruchs gebracht. Der Stalinismus stellte ein Aufhol-, Einhol- und wenn möglich Überholprogramm dar. Er suchte gründlicher und dauerhafter als andere Epochen der jüngeren russischen Geschichte zu modernisieren. Das Dilemma des wirtschaftlich, aber auch sozial und kulturell als schweres Handicap empfundenen Rückstands und der durchgepeitschten Modernisierung im Stalinismus wirft ein Licht auf die Gewalt jener Jahre.

Zuerst einmal war das Modernisierungsprogramm selbst gewalttätig. Es enthielt Gewalt als Programm, weil die Kluft zwischen dem Durchbruchskonzept der Stalinisten und den Vorstellungen bei der Mehrheit der Bevölkerung nur durch Brachialgewalt eingegeben werden konnte. Das Brechen war dem Stalinismus, verstanden als Modernisierung, eigen.

An dieser Stelle könnte man nun innehalten. Das Grundproblem, zugleich sein Grundübel, scheint geklärt: Stalinismus als Modernisierungsdiktatur enthält notwendigerweise Gewalt. Als ein System, das sich den soeben genannten Zielen verschrieben hatte und sich anheischig machte, sie um jeden Preis zu erreichen, zeigte

²⁹ *Tucker*, *Stalin in Power*, 497–500; *Stephen F. Cohen*, *Bukharin and the Bolshevik Revolution. A Political Biography 1888–1938* (Oxford u.a. 1971) 369–381.

³⁰ *Stalin*, *Werke*, Bd. 12. (Berlin/Ost 1954) 105–120.

der Stalinismus sein Doppelgesicht von Modernisierungswillen und Terrorregime, oder anders ausgedrückt: als eine aufgeklärte Despotie mit den Machtmitteln des 20. Jahrhunderts. Eine solche Deutung greift aber zu kurz, weil sie nicht über Programm und Aktivitäten von Staat und Partei hinausgeht. Sie reicht in keinem Fall aus, den Umfang der Gewalt im Stalinismus auch nur halbwegs erklären zu helfen. Es waren die gesellschaftlichen Auswirkungen des Durchbruchs, die dem Stalinismus zusätzliche Gewaltimpulse gaben.

Wiederum mußte etwas hinzukommen, was der bereits durch ein Ensemble von Dispositionen angelegten Gewalt zusätzliche Dynamik verschaffte. Die Rahmenbedingungen für Gewalt waren geschaffen, die Möglichkeiten, sie anzuwenden, ja sie eskalieren zu lassen, standen zur Verfügung, es bedurfte – vereinfacht gesagt – noch der Konfliktsituation. Die durchgepeitschte Modernisierung des Stalinismus barg sie in sich.

Die Gewalt, die in der Kollektivierung bäuerliches Leben und dörfliche Lebenswelten vernichtete, in den ersten Fünfjahrplänen städtisches Leben und Arbeitsverhältnisse in der Industrie umkremelte, erzeugte eine zwangsläufige Reaktion bei den Empfängern der staatlichen Neuordnung. Da praktisch nichts reibungslos funktionierte, alle Veränderungen nur das große Durcheinander heraufbeschworen, die Kolchosen und die Betriebe in Chaos und unter Polizeidruck arbeiteten, war das, was offiziell „Sabotage“ hieß, eine Überlebensstrategie einerseits und ein Bildungsproblem andererseits. Um den Alltag zu bewältigen, um am Arbeitsplatz sein Soll zu erfüllen, um sich vor Repressionen, Strafen, Schikanen zu schützen, mußte jeder am Rande der Legalität oder jenseits davon handeln, eben: „sabotieren“. Nicht der große Widerstand bedrohte die Sowjetmacht, sondern der wenig auffällige, passive, Hier-und-da-und-überall-Schlendrian, auch eine Folge der gewaltigen Migration und sozialen Umwälzung im Stalinismus, erwies sich als subversiv³¹. Wie simpel zeigte sich die „Sabotage“ der Kulaken, wie einfach das Mittel, kulakischen Trotz und Widerstand zu brechen. In der industrialisierten Wirklichkeit der dreißiger Jahre stellten sich die Dinge ungleich komplizierter dar. Die massenhafte „Sabotage“ im Kleinen am sozialistischen Aufbau erzeugte Gegengewalt des Staates, ein eskalierender Prozeß, solange die Verhältnisse nicht funktionierten, was sie nie taten. Wollte der Staat mit seinem Aufbauplan ernst machen, dann mußte er – ob er wollte oder nicht – das Instrumentarium der Strafgewalt nutzen und ausbauen. Wiederum ist der Staat am Werke, wiederum sein Ausbau an Gewalt gebunden.

³¹ *Rittersporn*, Simplifications; *Robert Maier*, Die Stachanov-Bewegung 1936–1938. Der Stachanovismus als tragendes und verschärfendes Moment der Stalinisierung der sowjetischen Gesellschaft (Stuttgart 1990); *Hans-Henning Schröder*, Industrialisierung und Parteibürokratie in der Sowjetunion. Ein sozialgeschichtlicher Versuch über die Anfangsphase des Stalinismus (1928–1934) (Berlin 1988); *J. Arch Getty*, Origins of the Great Purges: The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938 (New York 1985); *Donald Filtzer*, Soviet Workers and De-Stalinization. The Consolidation of the Modern System of Soviet Production Relations, 1953–1964 (Cambridge 1992).

So ist kein Zufall, daß eines der drakonischen Gesetze, das den beginnenden Stalinismus charakterisiert, das Gesetz vom 7. August 1932, sich nicht gegen Schädlinge, Volksfeinde und andere „Unwesen“ richtete, sondern in erster Linie Disziplin, Arbeitsdisziplin, herzustellen und den Diebstahl sozialistischen Eigentums mit härtesten Strafen zu unterbinden suchte³². Darin lag der Beitrag des Stalinismus zur Modernisierung auf sozialistisch, daß er den Fortschritt untrennbar an Gewalt knüpfte, nicht an irgendeine Gewalt, sondern an diejenige, wie sie unter den spezifischen Bedingungen der sowjetischen Entwicklung entstanden ist und wie sie auf den vorangegangenen Seiten als revolutionäre, zur staatlichen Strafgewalt gewandelte gekennzeichnet wurde.

Ebenfalls nicht zufällig ist, daß der Archetypus des Verfolgten in der Zeit des Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg der Verräter ist. Er tritt unter verschiedenen Bezeichnungen auf: Schädling, Saboteur, Volksfeind, Spion, auch als Verräter selbst. Hinter all diesen Benennungen steckte der Verdacht des Regimes, wonach die Feinde im Innern zahlreich und verborgen gegen die Sowjetmacht agitierten, kämpften, konspirierten. Gábor Rittersporn hat herausarbeiten können, wie sehr die „allgegenwärtige Verschwörung“³³, an die die Führung geglaubt zu haben scheint, nichts weiter war als die stalinistische Rezeption eines desaströsen Zustands auf allen Ebenen von Partei, Staat und Wirtschaft.

Vieles klappte nicht so, wie man es sich erhofft hatte. Also mußten Saboteure und Verräter am Werk sein. Doch trotz Desorganisation in allen Bereichen und auf allen Ebenen ging es im großen und ganzen voran, ja es gab sogar Erfolge, zuweilen schwindelerregende. Aber der Fortschritt hinkte, und die Errungenschaften waren nicht bombastisch, nicht historisch genug. Immer wieder schienen Saboteure und Verräter am Werk, den wahren Sieg jener sozialistischen Zukunft, die Stalin anvisierte, zu vereiteln. Die Wachsamkeitskampagne bildete den propagandistischen Ausdruck dieses Bedrohungspopanzes. Immer ging es um die oktroyierte Ordnung mit Zukunftsgewißheit, die jeder noch so kleine Verrat in Frage stellte. Und weil diese Ordnung von einer Minderheit gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchgepeitscht werden sollte, war der Verrat überall. Die Atmosphäre war so, daß der subjektiven revolutionären Ehrenhaftigkeit der Stalinisten der objektive Verrat der Gegner entsprach. Diese Situation schuf zudem ein legitimatorisches Dauerproblem, das der Stalinismus auf seine Weise löste: Um sich selbst und sein Konzept zu legitimieren, benötigte das Regime geradezu die frei erfundenen Fälle von Verrat – je gewaltiger desto höher die legitimatorische Ausbeute für die Stalinisten; je größer diese Ausbeute desto härter die Strafe für die Verräter. Der Staat, nun in Obrigkeit verwandelt, mußte den Verstoß nicht nur ahnden, er mußte ihn schrecklich – im doppelten Wortsinn: furchtbar und abschreckend – bestrafen.

³² Zum Gesetz *Fitzpatrick*, *Stalin's Peasants*, 73; *Rittersporn*, *Simplifications*, 247.

³³ *Gábor T. Rittersporn*, *The Omnipresent Conspiracy: On Soviet Imagery of Politics and Social Relations in the 1930s*, in: *Stalinist Terror*, 99–115.

V.

An dieser Stelle ist es ratsam, einen altmodischen Begriff aus der Mottenkiste historischer Argumentation zu holen, der vor lauter Strukturalismus ganz verstaubt ist: Macht. Dieser Terminus sollte nicht im engen Sinne von politischer Macht verstanden werden. Macht und Machtverhältnisse entstehen auf allen Ebenen des alltäglichen Lebens. Was hier beschrieben wurde, spielte sich keineswegs nur auf der höchsten Ebene, aber eben auch dort, ab. Millionen von wenig bekannten und heute völlig unbekannten Kämpfern für den stalinistischen Sozialismus spielten mit. So zeigen sich solche Machtverhältnisse auf „unterer“ Ebene deutlich im Umgang mit deportierten Kulaken Anfang der dreißiger Jahre³⁴. Diese waren der Willkür ihrer „freien“ Arbeitskollegen und abkommandierter Parteibrigaden ausgesetzt. Man steckte Deportierte grundlos ins Gefängnis (die es in jeder Sondersiedlung gab), ließ sie sich entkleiden und mehrere Tage nackt und ohne Essen dort verharren. Dort wurden sie „systematisch geprügelt“, und man unterwarf sie „allen möglichen Mißhandlungen, was zum völligen körperlichen Verfall der Sondersiedler und zu Todesfällen führte. [...] In diesen Gefängnissen, in den Häusern der Umsiedler, auf der Straße, bei der Arbeit im Wald, ja sogar in ihrer Freizeit wurden die Umsiedler verprügelt, auch Frauen und Mädchen zusammengeschlagen, zu sexuellen Beziehungen genötigt und ausgenutzt, und man stahl ihnen ihre Sachen.“ Ratušnjak, ein Vorarbeiter und Mitglied der Kommunistischen Partei, rief, während er Kulaken zusammenschlug: „Euch muß man alle umbringen und vernichten, aber statt eurer kommen bald nochmal 80000.“ Derselbe Ratušnjak stellte auf Anregung des Siedlungs-Kommandanten Särge in Sichtweite der Deportierten auf, und es kam vor, daß lebende Kulaken darin begraben wurden. Einmal warf man einen „Umsiedler“ ins Feuer³⁵. Viele der Geschlagenen starben an ihren Verletzungen.

In der Beschreibung dieser Gewalt steckt auch ein Machtverhältnis. Jeder, sofern nicht deportiert, durfte sich prinzipiell an Deportierten vergreifen (aber nicht jeder tat es). Gleichgültig, ob mit oder ohne Gerichtsverfahren, die sozial begründete Stigmatisierung der Kulaken sowie die Deportation als deren strafrechtlicher Ausdruck (obwohl das sowjetische Strafrecht formal hierzu nichts sagte) erlaubten die Ausübung einer Art historischen Rechts zu töten. Die wirkliche, aber auch die symbolische Tötung dienten dem Ziel, die Zukunfts- und Sozialschädlinge, die beim Aufbau der gerechten Gesellschaft störten, zu beseitigen. Das Töten für die Zukunft galt auf allen Ebenen, die Macht, dies zu tun ebenso.

³⁴ Merl, Bauern; *ders.*, Wieviele Opfer forderte die „Liquidierung der Kulaken als Klasse“? Anmerkungen zu einem Buch von Robert Conquest, in: *Geschichte und Gesellschaft* 14 (1988) 536–540; Fitzpatrick, Stalin's Peasants; Ssylka krest'jan na Ural v 1930-e gody. Dokumenty iz archivov, in: *Otečestvennaja istorija* 1 (1995) 160–180; V. N. Zemskov, Sud'ba „kulackoj ssylki“ (1930–1954 gg.), in: *Otečestvennaja istorija* 1 (1994) 118–147; N. V. Tepcov, Pravda o raskulačivanii (dokumental'nyj očerk), in: *Kentavr* 1992, März-April, 46–59.

³⁵ Ssylka krest'jan, 169.

Doch geht es nicht nur um die Macht in diesem simplen Verständnis: die Macht, die jemand über andere kraft seiner Stellung bzw. Minderstellung des Opfers ausübt. Die Machtfrage war darüber hinaus mit der Strafgewalt gekoppelt. Verrat, Sabotage, Schädlingwesen bedeuteten nicht nur eine Störung des sozialistischen Aufbaus, sie stellten – als Massenphänomen ohnehin – die stalinistische projektierte Ordnung in Frage. Sie bildeten Verstöße gegen die Ordnung. Die Machtfrage stellte sich also in jedem Fall von vermeintlichem Verrat aufs Neue: Würde sich der Staat durchsetzen können, um dem Verrat, der an sich subversiv ist, als Phänomen das Genick zu brechen? Die stalinistische Ordnung mit Hilfe der Strafe einzusetzen bzw. nach dem „Verbrechen“ wieder herzustellen, war ebenso Teil des Machtrituals. Eben diese beiden Aspekte der Macht lassen sich auf allen Ebenen von Partei und Staat wiederfinden, sei es bei Ratušnjak, Stalin oder bei Tätern, von denen nur die Spitznamen „Hänschen, der Henker“ (Van’ka palač) und „Hänschen-Kain“ (Van’ka Kajn) bekannt sind³⁶.

Stalins Rolle in der Terrorgeschichte der dreißiger Jahre unterschied sich im hier skizzierten Rahmen nicht wesentlich von der „kleiner Fische“. Es ist bekannt, daß er Todeslisten unterschrieben und Erschießungen veranlaßt hat. Es war ihm möglich, einen „Verräter“ wie den Altbolschewiken Enukidze aus den Klauen der Geheimpolizei zu befreien, ihm einen Urlaub am Schwarzen Meer zu gönnen, um dann dessen neuerliche Verhaftung und Tod gelassen zur Kenntnis zu nehmen³⁷. Er konnte also „Recht“ suspendieren oder nach Bedarf schaffen. Das tat auch Ratušnjak, der, mit eigenen Händen tötend, Recht schuf und Macht ausübte. Im gleichen Sinne handelte ein sonst unbekannter Kandidat der Kommunistischen Partei namens Krivoščekov, der auf *seine* Weise und mit *seinen* Mitteln Kulaken malträtierte, sprich: erschlug³⁸. Das nur scheinbar Widersprüchliche daran ist, daß dieses Machtspiel auch erlaubte, Krivoščekov zu verhaften. (Nicht bekannt ist, ob er verurteilt wurde.) Es kam ohnehin nicht auf Sühne und Gerechtigkeit an, sondern lediglich darauf, die Machtordnung herzustellen, die ebenso erlaubte, daß man ihn laufen ließ. Für alle drei Täter galt, daß sie sich eine Art historischen Rechts zu töten anmaßten.

In den großen und kleinen Schauprozessen und in Tausenden von Verhören wiederholte sich das Ritual der Macht zusätzlich und immer wieder. Daß darin etwas Zeremonielles steckte, erweist sich an den Moskauer Schauprozessen überdeutlich. Und zeremoniell mußten die Gegenüberstellungen wo auch immer verlaufen, da es den empirischen Verrat nicht gab. Das Verbrechen war erfunden, das Geständnis erpreßt, die Strafe – real. Eskalation lag in der Logik des Rituals. Das Machtspiel verlangte nach immer höheren Einsätzen.

Nur so und innerhalb des skizzierten Rahmens von Dispositionen für Gewalt, die hier als dem revolutionären Prozeß inhärent beschrieben wurden, bietet sich eine plausible Erklärung für das absurdeste aller Verbrechen an, das die Staatsan-

³⁶ Ssylka krest’jan, 169–170.

³⁷ J. Arch Getty, The Politics of Repression Revisited, in: Stalinist Terror, 40–64, hier 52 f.

³⁸ Ssylka krest’jan, 170.

waltschaft Angeklagten zur Last legte: die geplante Ermordung Stalins, der Gipfel des Verrats, begangen an der personifizierten Zukunft. Nicht die Paranoia des vožd', sondern der Zusammenhang von Legitimierungsbedarf, Verrat und Strafgewalt forderte im crimen majestatis das inszenierte Duell um die Macht, dessen Ausgang längst besiegelt war.

VI.

An diesem Punkt stellt sich das schwierigste Problem. Wie ist das individuelle Handeln von Tätern in diese Zusammenhänge einzuordnen? Die Antwort auf diese Frage verweist gewiß nicht nur auf ein Quellenproblem, sondern vor allem auf ein methodisches, das bisher unzureichend gelöst ist. Es scheint zu diesem Zeitpunkt nicht sinnvoll, über diesen Punkt zu spekulieren, sondern man wird erst einmal empirisch Fälle aufrollen müssen.

Was in den vorangegangenen Zeilen zur Debatte stand, war im wesentlichen also ein Versuch, Rahmenbedingungen gewaltsamen Handelns zu umreißen. Gewalt nicht als Willkür erscheinen zu lassen, sondern die Ermöglichung von massenweiser Vernichtung herzuleiten, einen historisch entschlüsselbaren Code für Gewaltanwendung zu skizzieren, war der Zweck dieses Beitrags. Einen „Schuldigen“ zu finden, stand nicht an und fällt außerdem schwer in dem Zusammenhang, in dem hier argumentiert wurde. Selbstverständlich ist dies eine ganz andere Frage, die hier nicht verhandelt werden konnte. Tat und Schuld sind immer individuell, und in diesem Sinne waren alle hier genannten Täter schuldig. Sinnlos wäre es, aus diesen Ausführungen Stalin, den Staat, die Oktoberrevolution oder die Geheimpolizei als Schuldige für *die* Gewalt hinzustellen. Gerade an Stalin zeigte sich, daß er nicht außerhalb der unausgesprochenen „Regeln“ agierte, die für viele andere ebenso galten. Unbestritten hat er radikalisiert gewirkt, aber – um dies gegen eventuelle Mißverständnisse zu betonen – es ging hier nicht um das Ereignishafte der Gewalt, sondern um eine historische Herleitung, die – sofern sie Gewalt als einen Prozeß begreift, der Entstehungsbedingungen und Entwicklungen einschließt – zwangsläufig vor Stalin ansetzen mußte. Die Gewalt des Staates, die Kriminalisierung und Stigmatisierung von Gruppen und Sozialverhältnissen, der gewaltsame Wesenszug des sowjetischen Rechts, die Definition der stalinistischen Zukunft, die Definition individueller Rückständigkeit als Verbrechen und als Verrat, der Gebrauch von Strafgewalt gegen die vermeintlich Rückständigen, dies zusammen genommen ließ ein dauerndes Gewaltverhältnis entstehen. Es ermöglichte gewaltsames individuelles Handeln, indem es dazu beitrug, Tötungshemmungen zu überwinden. Jedoch sei vor Verallgemeinerung gewarnt. Das Gewaltverhältnis *ermöglichte* gewaltsames Handeln. Für die einzelne Tat blieb immer ein Rest an individueller Entscheidung.

Dennoch: Zwar handelte Stalin wie Tausende anderer „Stalinisten“, die Volks- und Zukunftsfeinde umbrachten, daß er an der Ausprägung des Terrors und der Gewalt maßgeblichen Anteil trug, wird kaum jemand ernsthaft bestreiten. Aber

nochmals: Er ist nicht der wildgewordene Amokläufer, sondern in seinen Taten in hohem Maße kulturell bedingt wie Ratušnjak oder Krivoščekov, die, wenn sie die Möglichkeit gehabt hätten, sehr wahrscheinlich auch Todeslisten unterschrieben hätten.

Entscheidend für den kulturellen Code der Gewalt ist die Rolle des Staates. Freilich ist es unbefriedigend, eine anonymisierende Abstraktion dort zu verwenden, wo nach menschlichem Handeln gefragt ist. Dennoch ist nicht zu übersehen, daß er eine Schlüsselrolle spielte. Es handelte sich um staatliche Organe, die verhafteten, folterten, erschossen, die Zwangsarbeitslager betrieben, bewachten, Gefangene transportierten, deportierten usw. Wie das Beispiel der Kulakendeportation zeigte, war es vielen Personen möglich, stigmatisierte Personen und Personengruppen zu malträtieren, aber die Masse der Gewalt war staatlich, und dort, wo sie es nicht war, durfte sie zumindest vorgeben, im Namen des Staates oder der politischen Macht aufzutreten. Die Macht wiederum war – so wurde argumentiert – an die Ausdeutung des revolutionären Prozesses, der prospektiven Wirklichkeit gebunden. Ob sich in Phasen großer kollektiver Gewaltanwendung eine Art Wiederaneignung der revolutionären Gewalt durch stalinistische revolutionäre „Massen“ zeigte, muß sich bei genauerem Hinschauen erst erweisen. Wahrscheinlicher ist, daß der Stalinismus nicht in der Lage war, heterogene Rechtsgewalten zu vereinheitlichen, worauf die Rechtsdebatten der dreißiger Jahre hinweisen³⁹. Für das gewalttätige Handeln scheint sich abzuzeichnen, daß die stalinistischen Revolutionäre ihres Tuns sicher waren. Sie besaßen eine gehörige Portion Heilsgewißheit, die ihr Handeln vereinfachte und legitimierte.

So anonym die hinter dem Begriff „Staat“ stehenden Personen bleiben, so trägt dessen Führungsgruppe insofern Verantwortung, weil sie nie ernsthaft versucht hat, Mittel gegen die kulturell bedingte Gewalt einzusetzen. Wie sollte sie? Das Problem existierte nicht einmal. Wie hätte sich dieser Staat mit der oben beschriebenen Gewalthypothek zu einem Befriedigungsstaat, ja einem Staat friedlicher Bürger wandeln können? Diese Frage ist ohnehin unhistorisch gestellt. Der Hinweis auf die Destalinisierung nach 1956 und das Ende des Terrors beantwortet sie nicht. Gewaltsam handelte der Staat auch nach 1956, nur verfeinerter, gelehrter. Aber das ist ein anderes Kapitel.

Vom Staat, selbst kulturell bedingt, gingen Impulse für Gewalt aus, nachdem er sie usurpiert hatte. Isaak Štejnberg, der Volkskommissar für Justiz bis zum März 1918, schrieb Ende der zwanziger Jahre, der Staat sei dafür verantwortlich, daß sich Gewalttaten multiplizierten und meinte die mimetische Qualität, die der Gewalt innewohne⁴⁰. Hierin steckt ein Wesensmerkmal der sowjetrussischen Gewalt, die zu einem Bestandteil des Staates und nicht zuletzt durch ihn zu einem Bestandteil individuellen Handelns wurde.

³⁹ Walter Meder, *Das Sowjetrecht. Grundzüge der Entwicklung 1917–1970* (Frankfurt a. M., Berlin 1971); Harold J. Berman, *Justice in the USSR. An Interpretation of Soviet Law* (Cambridge/Mass. 1963); Solomon, *Power*; Huskey, *Vyshinskii*.

⁴⁰ Steinberg, *Gewalt*, 40.

Dennoch ist das Täterproblem mit den Hinweisen auf den Staat keineswegs gelöst. Schon die Frage, wer Täter und wer Opfer sei, läßt sich im Stalinismus nicht klar beantworten. Um ein krasses Beispiel zu geben: Nikolaj Ežov, ein Mann, der selber Hand anlegte: verhaftet, verurteilt, erschossen – ein Opfer⁴¹? Wie steht es um die zahlreichen Bediensteten der Geheimpolizei, die der Terror verschlang, nachdem sie sich als Täter hervorgetan hatten⁴²? Wieviele „Täter“ wurden zu „Opfern“? Das Irritierende an allen eingangs erwähnten Berechnungen ist, daß sie alle Toten zählen, die Unschuldigen wie die Handlanger der Gewalt.

Man wird schließlich noch viel darüber nachdenken müssen, inwieweit andere Faktoren als die hier genannten, Gewalt als kulturelle Infrastruktur des Stalinismus mitbedingt haben. Zu denken wäre hier an eine nuancenreichere Darstellung des Rechts, als sie hier geleistet werden konnte. Sie gibt es für den Stalinismus nicht. Ebenso wäre die Disziplinierung, auf den vorangegangenen Seiten nur angeklungen, auf ihre Bedeutung für Strafgewalt hin zu untersuchen. Uns fehlt eine moderne Sozialgeschichte der Disziplinierung im Stalinismus. Zu untersuchen wäre noch einmal stalinistische Ideologie, die sich – Tagebuchaufzeichnungen folgend⁴³ – keineswegs als kohärent erweisen dürfte. Wahrscheinlicher ist, daß es sich um heterogene Ideologeme handelt, die – auf allen Ebenen existierend – in Machtverhältnisse umgemünzt wurden⁴⁴.

Isaak Babel' berichtet in seinem Tagebuch von 1920 von einem Putilov-Arbeiter, Soldat der Roten Armee, in der Ukraine. Er ruft nach der Gefangennahme einiger Gegner aus: „Ich werde sie niedermachen und mich nicht dafür verantworten.“⁴⁵ Es ist nicht bekannt, ob er für seine Tat belangt wurde, ebensowenig wie Ratušnjak, der Kulakenmörder, und viele Tausend andere. Es sind die Ingenieure des Fortschritts, Ingenieure der stalinistischen Weltanschauung, die sicherlich einen Großteil des Gewaltpotentials repräsentierten und es „operationalisierten“. Hier liegt ein Schlüssel zu dem, was man Stalinismus als soziale Praxis nennen kann. Dies hat Konsequenzen für die Sicht auf die sowjetische Gesellschaft der dreißiger (und vierziger) Jahre. Nicht, daß der Forschung, die sich mit den vielfältigen Varianten des Widerstands, des Umformens und des sich Entziehens beschäftigt, an dieser Stelle entgegengetreten werden soll, ist gemeint. Eine Geschichte des Stalinismus als Tätergeschichte heißt, die stalinistische Gesellschaft als eine Mitmachgesellschaft zu interpretieren und nicht die Dichotomie von Unterdrückern und Unterdrückten zu strapazieren, die eben nur einen Ausschnitt der stalinistischen Wirklichkeit bietet, wie es scheint, nicht einmal denjenigen, der Stalinismus charakterisiert.

⁴¹ Boris A. Starkov, Narkom Ezhov, in: *Stalinist Terror*, 21–39.

⁴² Thurston, *Life*, 59–106.

⁴³ Tagebuch; *Intimacy and Terror. Soviet Diaries of the 1930s*, hrsg. von Véronique Garros, Natalia Gorenevskaja, Thomas Lahusen (New York 1995).

⁴⁴ Diesen Gedanken verdanke ich Michael Wildt (Hamburg), der über das Führungspersonal des nationalsozialistischen Reichssicherheitshauptamtes arbeitet.

⁴⁵ Isaak Babel, *Tagebuch 1920*. Aus dem Russischen übersetzt, hrsg. und kommentiert von Peter Urban (Berlin 1990).

Gregory L. Freeze

The Stalinist Assault on the Parish, 1929–1941

For a variety of reasons (from problems of archival access to lack of interest), historical scholarship has only of late begun to explore the religious history of the Stalin era¹. But the newest research is, for the most part, either factological (offering data but little analysis) or hagiographical (seeking to beatify the victims and damn their persecutors). Although this research has contributed valuable information, it has thus far failed to address such important questions as the reasons for the “Great Turn” in religious policy, its objectives and dynamics, and the response of clergy and believers. This paper, which draws upon a large corpus of central and local archival materials², seeks to reconsider Stalinist religious policy and to explore its most striking deviation from past policy – namely, the shift of attention from Church and clergy to parish and parishioner. It was, in effect, an attempt to disestablish the Church at its grassroots, to eradicate the parish as a center of religious activists and presumed opposition.

The Crisis of the “Religious NEP”

Although the Bolsheviks first intensified their anti-religious campaigns during NEP³, by April 1923 they beat a hasty retreat, chiefly because of the need for rapprochement with the village – a *smyčka* that precluded anti-religious excesses⁴.

¹ Studies, rich in empirical data (drawn largely from recently declassified materials), include the works of V. A. Alekseev, O. Ju. Vasil'eva, M. V. Škarovskij, and M. I. Odincov.

² Apart from central repositories like Rossijskij centr dlja chranenija i izučenija dokumentov novejshej istorii (RCChIDNI), Central'noe Chranilišče sovremennoj dokumentacii (CChSD), and Gosudarstvennyi arkhiv Rossijskoi Federatsii (GA RF), this study also uses parallel republic repositories in Ukraine (Central'nii deržavnyi archiv gromads'kich ob'edynan' Ukraini [CDAGO] as well as oblast and city archives. The main case-study complement to central sources is the State Archive of Žitomir Oblast (Gosudarstvennyi archiv Žitomirskoj oblasti [GAŽO]), chosen partly because of its strong Orthodox roots, partly because of the open access to materials from party, state, and KGB archives.

³ For the politics of the schism, where L. Trockij developed a full-scale theory on the timeliness and need for “schism” in the Russian Church, see the documents in CChSD, f. 89 (Kollekcija rassekrečennych dokumentov), perečen' 49, d. 49, ll. 4–5.

⁴ In a key address, Grigorij Zinov'ev explained that Bolshevik power had only begun to pen-

The new policy soon found reflection in a party resolution sternly prohibiting "administrative" (i.e., coercive) measures and emphasizing the need to reeducate the masses, especially in rural areas⁵. Significantly, the retreat – like the renewed assault in 1929 – was closely associated with high party politics, especially on dealing with an alien, hostile countryside.

Ironically, Bolshevik policies served to reinforce the Church's infrastructure – the parish – by shifting authority from clergy to parishioners. By demolishing the Church superstructure (repressing clergy, seizing property and resources, and eliminating its traditional authority), the new régime effectively transferred "all power to the parish"; though denied the status of a juridical entity (*juridičeskoe lico*), the parish now exercised control over the appointment of clergy, conduct of religious life, and use of parish funds. The October Revolution did not initiate but concluded a process begun well before, as the laity demanded greater authority, especially at the parish level⁶. Although the Bolsheviks closed some churches, even this had a silver lining: it accomplished a rationalization of resources (increasing parishioner: priest ratios) that had been long sought, but had eluded resolution. Now churches and clergy were distributed in strict compliance with "market demand" (i.e., through voluntary church registration). Finally, even the repression of clergy had positive consequences, for it eliminated the hereditary time-servers (who hastily defrocked) and forced the Church to ordain people from outside the clerical *soslovie* (estate)⁷. This democratization of the clergy helped to dissolve *soslovie* boundaries and to promote spiritual unity (*sobornost'*) in the parish.

Resuscitation of the parish, along with benign neglect by Bolsheviks, made possible a veritable religious revival in the 1920s, not only in rural areas, but even among the working class⁸. The religious renaissance included a surge in sectarian-

trate the countryside and could ill afford to offend believers. Reeducation, though still a goal, "will take years". Dvenadcatyj s"ezd RKP(b) (Moscow 1968) 44.

⁵ See Philip Walters, *A Survey of Soviet Religious Policy. Religious Policy in the Soviet Union*, ed. S.P. Ramet (Cambridge 1993) 3–30; N. Orleanskij (ed.), *Zakon o religioznykh ob"edinenijach RSFSR* (Moscow 1930) 49.

⁶ For a brief overview of the prerevolutionary discussion of parish reform (a key item of discussion within and without the Church), see: P. Ivanov, *Reforma prichoda* (Tomsk 1914); F.N. Beljavskij, *Očerki po prichodskomu voprosu* (Spb. 1917); A.G. Boldovskij, *Vozroždenie pravoslavnogo prichoda (obzor pečati)* (Spb. 1903); P.E. Immekus, *Die Russisch-Orthodoxe Landpfarrei zu Beginn des XX. Jahrhunderts* (Würzburg 1978); M. Prichod'ko, *Die Pfarrei in der neueren Gesetzgebung der Russischen Kirche* (Brixen 1947); E.V. Fominych, *Proekty cerkovnykh preobrazovanij v Rossii v načale XX v.* (Kand. diss., Leningrad 1987).

⁷ Before the revolution, the clergy had consisted almost exclusively of ordinands from the clerical estate; after 1917, that quotient steadily dropped. By 1923, in Žitomir the proportion of clergy from non-clerical backgrounds had risen to 42 percent; proportions elsewhere ran even higher. See GAŽO, f. r-1657, op. 1, d. 444, ll. 11–19.

⁸ As the head of the trade unions, Tomskij, declared in 1928: "If we expel all those who are religious, who will be left in the unions? (Laughter.)" Vos'moj s"ezd professional'nykh sojuzov SSSR (10–24 dekabnja 1928 g.). Plenumy i sekcii. Polnyj stenografičeskij otčet (Moscow 1929) 186. The religious revival also affected family budgets; a study in 1929, for example, revealed that per capita expenditures for religious rites were several times greater than outlays

ism⁹, but it also was apparent within traditional church boundaries as well. Party leaders were duly mortified when workers in Sobinka voted to build a new church¹⁰ and, despite attempts to blame local communists for “lack of attention to anti-religious work”¹¹, that did little to counteract a broader pattern. Apart from foiling facile Bolshevik assumptions about an automatic withering away of superstition, the religious surge was fraught with important social and political overtones. While party sources emphasized the leadership of old elites (*byvsie*, or “formers”) and kulaks, they conceded that these inveterate foes of Soviet power were successfully drawing lower strata into their orbit. Moreover, it was the most conservative wing of the Church that was growing, as the “Tichonites” (supporters of Patriarch Tichon) had routed the “progressive” renovationists and gained ascendancy in the parishes¹². Indeed, these believers and clergy demonstrated growing political activism, especially in rural areas, and even advanced their own candidates in local soviet elections. As the Berdičev party organization warned, the result was “a growth in agitation-propagandistic work of the churchmen to expand their organization and activity”¹³.

Religious revival was particularly menacing in the Ukraine, where a handful of urban communists (predominantly Russian and Jewish) formed a tiny island in a vast sea of Ukrainian peasants. As party authorities across Ukraine reported a surge in piety (including “miracles” that attracted huge throngs of believers from afar), the Žitomir party committee reported in 1924 that “a wave of religious fa-

for “cultural needs”. Though per capita expenditures for religious needs and cultural needs varied, everywhere the gap was substantial: 2.97 rubles and 0.27 rubles in Voronež, 4.50 and 1.06 in Moscow, and 3.79 and 0.14 in Jaroslavl. GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 39, l. 55 ob.

⁹ Partly because the Church’s anti-sectarian mission collapsed, partly because Bolsheviks initially showed special favor toward sectarians, the sects experienced a remarkable growth in the 1920s. But the surge should not be exaggerated, especially when compared with prerevolutionary figures (which understated the number of sectarians). And Soviet data, as one specialist noted in 1929, were hardly reliable: “Until now we do not have any kind of statistics. The information communicated by Comrade Bonč-Bruevič are basically false and exaggerated. He speaks of thirty-five million sectarians. This figure is an invention; it leads to panic. There is no such number of sectarians”; GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 35, l. 45 (Doklad t. Putinceva o sektantskom dviženii at II s-ezd). Nevertheless, sectarianism clearly had made some gains, even among the poorer strata and youth; see, for example, the reports on Žitomir in GAŽO, f. p.-85, op. 1, d. 609, ll. 1–10. By 7 April 1927 the Politburo admitted that sectarians, led by “kulaks and certain elements of the anti-Soviet intelligentsia ... have established their influence over a significant number of middle and poor peasants and, in some places, of backward workers”; RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 627. See also GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 35, l. 52 (“Kontr-revoljucionnaja rol’ cserkovnikov i sektantov. Obzor za 1-uju polovinu 1929 g.”)

¹⁰ P. Bliachin, Kto i začem stroit cerkvi (po materialam obsledovanija vladimirskoj gubernii) (Moscow 1929).

¹¹ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 14, l. 68 (Protocol of session of working presidium of Ts. sovet Sojuza bezbožnikov, 25.9.1928).

¹² See G. L. Freeze, Counter-Reformation in Russian Orthodoxy: Popular Response to Religious Innovation, 1922–1925, in: Slavic Review 54 (1995) 305–339.

¹³ GAŽO, f. p.-88, op. 1, d. 1723, l. 56 (Berdičev Okružkom, Protocol No. 5, 21.3.1929).

naticism has reinforced the authority of the Church and religion"¹⁴. The Berdičev committee similarly complained of an "increase in religiousness, especially among the peasantry"¹⁵. The OGPU confirmed that the "general growth in religious sentiments" had produced new attitudes toward the clergy: "In many places, where previously all the peasants had evicted the priests from their apartments, they now demand that these be returned."¹⁶ And it was not merely "miracles" but church membership that attested to the waxing authority of the Church. According to statistical data from 1927, church membership remained low in working-class areas (e.g., only 4.2 percent of the Char'kov workers), but ran high in rural areas (ranging from 38.1 percent in Artemovskij Okrug to 85.2 percent in Char'kov Okrug). In general, the party estimated that 85 percent of all peasants were active or potential church members; the proportion in cities was lower (from 14 to 22 percent), but disturbing¹⁷.

The party was hardly prepared to combat this religious revival, especially in rural areas, where its own ranks were notoriously thin and unreliable. The party simply lacked the manpower and resources for systematic dechristianization; the formal "agenda" for agitprop sections demonstrate that they were so overwhelmed with other tasks (not least, the political enlightenment of the "proletarian" recruits) that anti-religious propaganda received only nominal attention. Nor was the League of Militant Atheists (LMA), established in 1925, of consequence. Seemingly large (with 3980 cells and 123,007 members in January 1928), it was really an inert paper organization – with few resources and scant influence¹⁸. A report on Orechovo-Zuevo Rajon, for example, confirmed that "the local organization of the Union of Atheists exists, in fact, only in the overworked imagination of its chairman"¹⁹. As the head of LMA admitted in 1928, his "militant atheists" were no match for determined adversaries – some 300,000 clerics and 500,000 religious activists (comprised chiefly of "*lišency*, former squires, traders, and kulaks")²⁰. As a result, the early efforts by party and LMA functionaries in 1927 – 1928 failed to have much effect.

¹⁴ GAŽO, f. r-692 (Gorodnickij rajispolkom), op. 1, d. 54, l. 61 (Žitomir Okružkom to Rajispolkom, 23.4.1924).

¹⁵ GAŽO, f. p-88 (Berdičev okružkom), op. 1, d. 1503, ll. 6–7 (Žitomir Gubkom to all okr- and rajpartkoms).

¹⁶ CDAGO, f. 1, op. 20, d. 2006, l. 87 ob.

¹⁷ CDAGO, f. 1, op. 20, d. 2494, ll. 12–27 (Material dlja obsuždenija na agitprossoveščanii po voprosu o religioznych dvizhenijach i ob antireligioznoj propagande na Ukraine, 29.12.1927).

¹⁸ GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 24, l. 118 ob.

¹⁹ GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 128, ll. 28–29 ("Zakryt' vse cerkvi").

²⁰ RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 26, ll. 1–9 (Doklad Jaroslavskogo).

Religion and the Party Crisis

By January 1929, the Party was ready to launch a more vigorous assault. A Politburo resolution of 24 January (“on measures to intensify anti-religious work”) admitted the growth of religious power and opposition, even in working-class areas. Interestingly, the Politburo discerned industrialization itself as the key dynamic, arguing that the influx of peasants to new factories had inevitably enhanced “the influence of village attitudes” among the workers. But the danger was no less serious in the village: given the sharpening class struggle in the countryside, “the activity of religious organizations will be especially intensified among the reactionary and unconscious strata of the peasantry”. The new-found power of the parish itself was a menace, for the kulaks would “use the church councils as an instrument of influence in elections to the soviets, agitating against the delivery of grain to procurement organs, against Soviet schools and measures for collectivization and socialist reconstruction of agriculture, against the activity of the party, kom-somol, youth movements, work among women, and other social and cultural measures of Soviet power and the party”. Although still disavowing coercive (“administrative”) measures, it summoned the party and LMA to intensify their anti-religious campaigns²¹.

As the Politburo resolution indicates, it had redefined the religious issue: it was no longer mere “superstition” or “monarchist clergy”, but the power of the parish and the social status of lay activists that was central. Hence it now focused on the parish and activist parishioners, variously called *cerkovniki* and *religiozniki* (to distinguish them from the clergy); although clergy remained a favorite and easy target, the main goal was to disestablish the parish church and repress lay activists. This strategy directly underlay the new decree on religious organizations (8 April 1929), which severely restricted the rights of parishioners and posed severe obstacles to their operation. At the concrete level, the régime intensified efforts to close churches and convert them to other uses (e.g., schools, clubs, and theaters), nominally with the support of the “working masses”. It therefore admonished party operatives to avoid coercion and instead to cajole popular majorities to request the closing of churches and thereby engineer a voluntary dechristianization.

That task naturally proved virtually impossible, impelling many anti-religious activists to choose coercion over persuasion. Following a critical report by the chief OGPU operative in religious affairs (Evgenij Tučkov), in May 1929 the Politburo declared that “many party organizations at the local level underestimate the number of believers in the population (80 percent) and the degree of its archaic religious superstition, while overestimating the growth of anti-religious attitudes (which does exist) among the peasantry”. It complained that, “especially in the question of closing churches and other religious buildings, they frequently conduct these closings without any plan and without the requisite preparation of

²¹ RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 723, ll. 9–10 (Protokol 24.1.1929. O merach po usilenii antirel. raboty).

public opinion". As a result, such actions "are proceeding abnormally, chaotically, in contravention of party and soviet directives, and sometimes with direct and harmful derision toward religious artifacts (shooting at icons, launching fireworks into crowds of believers, etc.)". It castigated local authorities who had closed churches on their own authority and without the requisite approval of the central Soviet organ (VCIK), and warned that such actions "provide a splendid basis for intense agitation by kulaks, priests, and other elements". By offending ordinary believers, such "excesses" had exacerbated tensions in the countryside and even led to disturbances and "armed conflicts"²². On 29 June the Central Committee issued an instruction "On a Tactful Approach to Closing Churches"²³. While such resolutions typically shifted the blame to local organs, they could not bridge the inevitable contradiction between the injunction to de-church and the upsurge in religiosity.

That contradiction reflected the deep differences between the radical and moderate wings of the party. For the moment, the Politburo resisted radical proposals like that of E.M. Jaroslavskij in June 1929, which called for a militant campaign against religion; for months the Politburo delayed adopting a resolution (evidently because of internal discord), even in the form of a jejune draft that "anti-religious propaganda should be one of the elements of the general political mass work of the party."²⁴ The tensions pervaded lower reaches of the party as well; when the party's main anti-religious organ (*Antireligioznaja komissija*, ARK) opposed "administrative measures", it met with demands by zealots for more vigorous measures. As the Politburo deferred a final decision, the drift – and tensions – within the party steadily intensified²⁵.

Splošnaja Sekularizacija

In December 1929, the Politburo cut the Gordian knot: it summarily abolished the ARK, which had restrained radicals, and initiated a new campaign of all-out secularization²⁶. The decree marked a shift from reliance upon anti-religious

²² RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 125, ll. 2–3 ob. (Protokol zasedanija anti-religioznoj komissii po voprosu o zakrytii tserkvej, 23.5.1929).

²³ RCChIDNI, f. 17, op. 113, d. 871, ll. 20,33; f. 89, op. 4, d. 122, l. 23 and d. 125, l. 2.

²⁴ RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 122, ll. 4–8, 11, 18–24; f. 17, op. 3, d. 745, l. 4, pt. 18; d. 758, l. 7, pt. 45; d. 767, l. 11, p. 60.

²⁵ For resolutions to defer proposals on anti-religious campaigns, see RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 746, l. 3 (Politburo protocol, 27.6.1929); *ibid.*, d. 722 (Politburo protocol, 7.1.1929) p. 12 (projekt rezoliutsii o merach po usilieniju antireligioznoj raboty); d. 745, l. 3 (Politburo protocol, 20.6.1929); d. 751, l. 2 (Politburo protocol, 1.8.1929); d. 752, l. 2 (Politburo protocol, 8.8.1929). It finally resolved to have a commission (Jaroslavskij, Bauman, Krinickij, Rachmanov, Popov, Savel'ev, Smidovič, and Akulov) "prepare a draft resolution on the report of the ARK" (*ibid.*, d. 754 [Politburo protocol, 22.8.1929]). In another resolution of 19 September, it resolved to "defer" the report of the ARK (d. 758).

²⁶ RCChIDNI, f. 17, op. 3, d. 767 (Politburo protocol, 5.12.1929). Pt. 60.

specialists and a decentralization of power to local authorities; the strategy was to unfetter grass-roots radicalism to combat counter-revolutionary religious circles²⁷. In effect, the decision was a tacit admission that “revolutionary legality” had failed, that the régime was now willing to resort to coercion. The timing – simultaneous with the onset of mass collectivization and dekulakization – was hardly accidental. If the *smyčka* had dictated a “soft” line in religion, collectivization encouraged a massive assault on the parish – which had not only gained strength, but become an institutionalized center of “counterrevolution”. As the LMA head Jaroslavskij affirmed in June 1930, “the [League’s] gigantic growth, which we see began in the middle of 1929, is connected directly to the growth of collectivization of the countryside.”²⁸ Indeed, collectivization was so closely intertwined with secularization that reports on the former frequently touched on the problem of religion, especially the role of “religious agitators” in fomenting opposition²⁹.

The campaign had several main lines of attack. One was on religious belief and practice itself, especially any that affected public space and ritual. Although that meant only a perfunctory attempt at anti-religious “enlightenment” (i.e., sustained and systematic instruction aimed to extirpate superstition), authorities *were* inclined to repress any public exhibition of belief. Above all, this included a resumption of the campaign against the traditional church calendar and a demand that Soviet, not Orthodox, holidays be observed. Apart from anti-religious zeal, economics played a role: church holidays, added to secular holidays, meant a substantial loss of labor. That was especially true when they fell in close proximity – as did Easter and May Day in 1929, raising the specter of an interminable holiday. Hence, a month in advance, the “Bolshevik Fraction” in the Moscow trade unions and city soviet organized a campaign to exhort the population to work on Easter³⁰. The Central Council of the LMA similarly proposed to require work; claiming “quite strong” support for working on Easter³¹, it opened a full-scale campaign with slogans that made observance of Easter tantamount to anti-Soviet activity:

²⁷ A typical instruction to party officials in Žitomir emphasized that primary responsibility rested with *local* authorities. See the “osobaja papka” of the Žitomir (Volynskij) okružnoĭ komitet in GAŽO, f. 85, op. 3, d. 4, l. 40 ob. (protocol, no. 3 [18.12.1929] “Sov. sekretno”).

²⁸ “Vyravnjat’ antireligioznyĭ front”, in: Pravda, 24 June 1930.

²⁹ Thus a report “on the political condition of the rajon in connection with mass collectivization” noted “religious people” are also agitators against collectivization (GAŽO, f. r-327, op. 3, d. 126, l. 58); files on collectivization in Žitomir invariably complain about “kulak-priestly agitation against soviet power” (ibid., f. p-85, op. 1, d. 695, ll. 12–13 [report of the Volhynia okružkom, 24.03.1930]).

³⁰ Rossijskij gosudarstvennyĭ archiv Moskovskoj Oblasti (RGAMO), f. 66 (Mossovset), op. 18, d. 1133, l. 1 (Moscow committee to the Biuro Frakcii MGSPS and Fraktsii Prezidiuma Mossoveta, 3.4.1929).

³¹ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 16, l. 9 (Central Council of LMA to Narkomtrud, 12.3.1929 [“secret”]).

Whoever is for Easter is against socialism.

Religion is the enemy of industrialization in the country; by intensifying the struggle against religion, we shall accelerate the rate of industrialization.

We shall smash the kulaks and nepmany together with Easter: we'll turn Easter into a permanent workday.

We are against Easter and for a new way of life, for a new man.³²

A central directive to local authorities ordered all party, Komsomol, trade unions, and public organizations to organize a program against Easter³³. In Žitomir, the party took the initiative of dispatching military units to disseminate anti-Easter propaganda in the villages³⁴. These efforts purportedly enjoyed some success, as in a report about the *kompanija* (sic) in Pereslavl-Zalesskij³⁵. That summer, amidst discussions for next year's calendar, authorities in Moscow proposed "to avoid the inclusion of religious holidays" in the new calendar³⁶. The campaign escalated in the fall and winter of 1929–1930³⁷ and coincided with attempts to adopt "an uninterrupted workweek", which aimed not only to increase labor productivity but also to eliminate Sunday as an official day of rest. The goal was partly, but not merely economic: the uninterrupted production week can not only "lead to an increase in production" but can also destroy "the old way of life, with all its drunken holidays and its anti-social everyday forms of recreation"³⁸.

A second focus was material artifacts of religion, especially those that intruded into public space. Apart from miracle-working icons, in the first instance that meant church bells – whose ringing represented a powerful reminder of traditional values and religious roots. One measure was to regulate the ringing of church bells³⁹. As a result, on 15 December a resolution of VCIK gave local authorities the power to silence the church bells: "In connection with the new distribution of labor processes within the framework of the uninterrupted work week (which raises anew the question of bell ringing for religious purposes), give the power to regulate bell ringing (in the performance of religious services) to city soviets and rajon executive committees⁴⁰." Still more radical was the systematic campaign to confiscate and "donate the church bells for the needs of industrializ-

³² GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 43, l. 77.

³³ GAŽO, f. p-88, op. 1, d. 1766, l. 26.

³⁴ GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 641, ll. 9–10 (Agitprop section of Volyn Okružkom to military commissars, 9.4.1929).

³⁵ GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 139, ll. 55–56 ("Rezultaty antipaschal'noj kompanii" [sic]).

³⁶ RGAMO, f. 66 [Mossovet], f. 66, op. 18, d. 1133, l. 4 ("Sekretnaja čast'" Presidiuma Mossoveta to Otdel Truda Mossoveta, 24.7.1929).

³⁷ For example, an LMA directive of 25 November 1929 prepared an anti-Christian campaign with a characteristic slogan: "Days of industrialization instead of Christian holidays". GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 44, ll. 105–6 ob.

³⁸ GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 44, l. 105 ob. (Direktivnoe pis'mo, 25.11.1929).

³⁹ GA RF, f. r-5263 (Komissija po voprosam kul'tov), op. 1, d. 2, l. 3 (Tučkov to Tomačev, 6.12.1929).

⁴⁰ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 2, l. 16 (Vypiska iz VCIK, 15.12.1929). See also Orleanskij, "Spravka k voprosu ob uregulirovanii kolokol'nogo zvona v cerkvi, 15.5.1931", in: GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 2, l. 17.

ation.”⁴¹ The objective was partly economic (the need for metals to meet plan targets), but also cultural – a desire to purge the landscape of so powerful a symbol. Engineering popular assent was again *de rigueur*. In January 1930, for example, the Moscow Oblast Executive Committee approved a request, purportedly from “an assembly of toilers”, to seize the bells and donate them to the state’s industrialization campaign⁴². Another resolution, sent to *Rabočaja Moskva*, expressed a “protest against the bell ringing, which violates the normal rest of workers and request that these be removed from all the churches and used for the cause of industrialization”. Even school children were mobilized to adopt resolutions: “We decided that the ringing of the church bells interferes with our working. The government needs the church bells for construction. Therefore we all want to have the bells removed.”⁴³ The confiscations brought substantial results: in 1929–30, for example, the régime obtained 1.1 million tons – far more than the 15,000 tons originally anticipated⁴⁴.

A third focus – more traditional – was the Orthodox clergy, who were subjected to intensified repression and, in many cases, even “dekulakization”⁴⁵. Indeed, a resolution of the “Cult Commission” (formally, the Commission on the Questions of Cults, the successor to ARK) on 6 January 1930 placed clergy in the category of kulaks and ordered that they be deprived “of the right to use land on the same terms as other disenfranchised people (whose source of support came from trade, the exploitation of labor, industrial enterprises, etc.)”⁴⁶. Encouraged by secret instructions to ignore the legal and constitutional rights of clergy⁴⁷, local

⁴¹ GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 44, l. 105 ob. (Direktivnoe pis'mo, 25.11.1929).

⁴² RGAMO, f. 2157 (Mosoblispolkom), d. 317, l. 1–1 ob. (Mosoblispolkom to VCIK, 21.1.1930).

⁴³ RGAMO, f. 2157, d. 317, ll. 12–12 ob., 26.

⁴⁴ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 2, l. 5 (“Spravka po voprosu pererabotku kolokol'noj bronzy”). Returns were substantial, but smaller in later years: 1930–1931 (30,000 tons); 1931–1932 (45,000 tons); 1932–1933 (40,000 tons). Rough calculations led authorities to assume that much was left to take: given the 49,016 monasteries and parish churches in 1917 (and estimating the average set of church bells to weigh 1.5 tons), authorities estimated a total of 74,600,000 tons.

⁴⁵ See also *Ieromonach Dasmaškin (Orlovskij)*, *Mučenniki, ispovedniki i podvižniki blagočestija Russkoj pravoslavnoj cerkvi XX v.* vol. 2 (Tver' 1996) 16–18; *M. V. Škarovskij*, *Peterburgskaja eparchija 1917–45* (Spb. 1995) 146–147, 151–152; *L. Regel'son*, *Tragedija russkoj cerkvi 1917–1945* (Paris 1977).

⁴⁶ To encourage voluntary defrocking (a tactic deemed highly effective in exposing religion), the Commission ordered special treatment for such clergy but only if they “announce this publicly in the appropriate press organs and have demonstratively broken with religious organizations”. In that case, they were to be given an opportunity “to use land or to earn a living in [state] service”. GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 1, l. 1 (Protocol of 6 January 1930).

⁴⁷ In advice to colleagues in Uzbekistan, the Central Council of the LMA advised them to modify the local constitution so as “to deprive the clergy of the opportunity to make formal references to the constitution in those cases when they try to conceal their counter-revolutionary work with an excessively broad interpretation of such a formulation of the constitution”. GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 45, l. 2–2 ob.

authorities subjected many clergy to abuse and summary "justice"⁴⁸. As a result, many were arrested or exiled; others were confronted with demands to pay exorbitant levies or to meet fantastic procurement quotas on pain of prison and exile; some were mobilized as conscript labor, regardless of age and health. In March 1930 (after policy changed), the VCIK admitted that many clergy had been subjected to "dekulakization", with all the predictable excesses: "This illegal 'dekulakization' is conducted under the pretext of tax assessments. They endeavor to tax servitors of a cult in every facet and in such magnitude that they could not perform the demands imposed on them. They then confiscate all their property, even the most basic essentials needed for their families, and exile the family."⁴⁹ Even mere association with clergy could trigger repression as an "anti-Soviet element"⁵⁰. Naturally, much harsher treatment befell those who actually resisted the régime and its policies⁵¹.

The fourth – and most significant new focus – was the parish and parishioners. For the first time on a significant scale, the régime repressed parish activists, especially those who joined the twenty-person committee (*dvadcatka*) to register the church with the state or who were members of a parish council. That new targeting was explicit in press statements⁵² and secret reports. A typical report for the first half of 1929, for example, concentrated on the "counter-revolutionary role of *cerkovniki* and sectarians" and referred specifically to the role of *byvšie* in the parish communes⁵³. It was more than rhetoric: lay activists were a prime target of repression, indeed comprising the majority (60 percent) of those repressed on relig-

⁴⁸ For a typical case where local authorities summarily arrested the priest and convicted him of anti-Soviet activities, which was intended to presage closing the church and disbanding the religious community, see the file from Ivanovo-Voznesensk in 1930 in GA RF, f. r-5963, op. 1, d. 692, l. 63.

⁴⁹ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 7, l. 71–71 ob. (Skr. VCIK to Ordžonikidze, 14.3.1930).

⁵⁰ Thus a list of "anti-Soviet elements" included people whose only "crime" was kinship or other ties with the clergy. Thus the list included B. N. Červinskij ("by origin from the clerical estate... [and] has clerical relatives in Barnovskij Rajon"), I. Ja. Goloskevič (seminary graduate who has contact with his priest-brother and "with the local priest and kulak elements"), and I. V. Lazarenko and D. V. Nazarenko (for having "close ties with kulaks and priests"). GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 695, ll. 24, 31, 43, 36, 37 ("list of anti-soviet elements in Volhynia", Skr. chast').

⁵¹ The priest, K. A. Odincov, had allegedly made inflammatory speeches and sermons since mid-1929: "In life no one has experienced such coercion as have the peasants under Soviet power: it oppresses them on every front, takes away the land to make sovkhozy, imposes impossible taxes, confiscates the very last piece of bread... Well, what awaits us poor people? In defense we need to arm and to demand freedom... Do not give the state your surplus grain; it is not profitable... Organize military units and smash these parasites; when others see you, they'll do the same... They want to make you all beggars, to drive you into a kolkhoz and to enslave you for centuries. Don't join them; it is *barščina*." (GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 7, l. 54–54 ob. [Prokuror Verchovnogo suda to Presidium VCIK, 31.10.1930]).

⁵² See the articles in: *Izvestija*, 22.3.1929, and "Vperedovuju sherengu voinstvujuščego bez-božija", *Pravda*, 15.1.1931.

⁵³ GA RF, f. r-5407, op. 1, d. 35, l. 52.

ious grounds in the 1930s⁵⁴. Indeed, authorities collected systematic data on the council members and the *dvadcatki*, which in fact showed an over-representation (if not preponderance) of *byvsie*⁵⁵. In 1933, the renovationist Synod bitterly complained that “the elected members of the church council or the *dvadcatka* are frequently subjected to various forms of repression – even to the point of excluding them from the rank of poor peasants and registering them as middle peasants, with a large tax assessment and deprivation of the right to participate in the village assembly”⁵⁶. It became routine to persecute people solely because of their ties to the Church and active defense of church interests⁵⁷.

But the principal objective was to close the parish itself, nominally through “popular petitions” to convert them into “socially useful” objects, such as clubs, cinemas, theaters, schools, and granaries⁵⁸. The LMA was particularly active; in Vladimir province, it boasted of closing thirty-nine churches in a twelve-month period⁵⁹. Where feasible, activists extracted a resolution from “the working masses” to close a church – for example, in the case of trade-union members at the factory Red October⁶⁰ (on the grounds that it was “a counter-revolutionary nest”)⁶¹. The LMA invoked an orthodox class analysis of popular reaction; in recounting the battle to transform a church into a club, it emphasized that “the poor and middle peasants support us, but the kulaks are against this.”⁶² Ukrainian communists waged a similar campaign; although authorities shied away from closing famous religious centers like the Kiev-Pečerskaja Lavra (as “untimely”), they worked aggressively to close ordinary parishes⁶³. Throughout 1929, however, the party held local zealots in check, insisting upon both popular assent and official endorsement. In Žitomir, for example, authorities urged functionaries to cancel

⁵⁴ According to the most recent data (compiled by M. V. Škarovskij in another essay in this volume), 60 percent of those repressed were lay activists.

⁵⁵ For example, data from the Gor’kij kraj executive committee showed a preponderance of individual peasant cultivators (*edinoličniki*), with relatively few kolchozniki (34 percent) and workers (6 percent). GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32; RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 188.

⁵⁶ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 629, l. 247–47 ob.

⁵⁷ For example, the “list of anti-Soviet elements in Volhynia” included V. G. Viktorovskij, who had elicited the police’s attention as “an active organizer and deeply involved in the autocephalous church”. See GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 695, l. 24 (list of anti-soviet elements in Volhynia). Such tendencies persisted; see “Spravka o kontr-revoljucionnoj dejatel’nosti cerkovnikov v rajonach Žitomirskom okruge” (GAŽO, f. r-85, op. 1, d. 757, ll. 14–17) and “Ob aktivizacii cerkovnikov po N.-Volynskomu okrugu, 10 aprelja 1937 g.” (ibid., f. r-87, op. 1, d. 83, ll. 39–43).

⁵⁸ The campaign actually commenced, at a slower pace, in 1928–29; see the materials in GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 128, ll. 28–29 and d. 144, l. 15; GAŽO, f. r-88, op. 1, d. 1723, ll. 2–3.

⁵⁹ GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 144, ll. 2–3 (“Vladimirskie bezbožniki nastupajut na cerkovnikov”). For a specific proposal to demolish yet another church, see the extract from the protocol of the Presidium of the Vladimir Gubispolkom, 7 January 1929, in ibid., l. 13.

⁶⁰ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 3, l. 65.

⁶¹ GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 106, l. 16 (“Vypiska iz protokola obščego sobranija rabotajuščich kinešemskego zavoda”, April 1929).

⁶² GA RF, f. r-5407, op. 2, d. 99, l. 1 (LMA report of 13.3.1929).

⁶³ CDAGOU, f. 1, op. 6, d. 6, l. 253 (protocol, 8.3.1929).

church registrations but insisted that the legal formalities be observed⁶⁴. In one case, for example, it upbraided a rajon soviet because it had, "without awaiting confirmation, undertaken to close a church" and simultaneously sent "a corresponding directive to all rajon party committees and rajon soviets categorically prohibiting such actions."⁶⁵

In January 1930, concern about legal niceties vanished, triggering a sharp increase in closings, as local activists hastened to obtain "mass support" for closings and local soviet organs quickly gave their assent⁶⁶. Such actions had clear encouragement from above: a resolution of the Cult Commission (6 February) emphasized that "the cause of the liquidation of religious buildings depends, to an ever greater degree, on the active participation of the broad masses". It added that "measures must be taken so that the actions of the masses in this matter are not hindered by the formal application of the articles in existing laws"⁶⁷. In a typical case, Žitomir authorities not only approved a village's "request" to close a church, but urged the local party committee "to intensify work on the closing of a second church" in the village⁶⁸. Significantly, the goal was to close the church – not to use its facilities for cultural needs. Characteristically, authorities approved the closing of a church and *then* instructed city officials to "determine the cultural needs for which this church can be utilized"⁶⁹. Similarly, the Žitomir authorities approved the closing of several churches; it directed local authorities to consider possible use of the buildings for "cultural enlightenment" and, failing that, to have the buildings simply "demolished"⁷⁰. Although the Žitomir committee reiterated admonitions against "inadmissible" conduct⁷¹, its main objective was to decimate the parish infrastructure⁷².

The campaign reached its apogee in early 1930, amidst the massive assault on the village of total collectivization. In a typical case, the Žitomir City Soviet resolved "to satisfy the petition of the villagers of the village Slipčica, the workers of the Golovinskaja factory, and the entire village organization to close the church in the village of Slipčica and to convert it into a public building"⁷³. Amidst the fever-

⁶⁴ For materials showing how the Žitomir Okružkom terminated leases, enjoined local officials to speed up the paperwork (by sending anti-church petitions to the Ukrainian CIK for confirmation), and ordered immediate completion of formalities on churches already closed, see the "osobaja papka" in GAŽO, f. p-85, op. 3, d. 4, l. 40 (protocol no. 2 [13 September 1929] "Sov. sekretno").

⁶⁵ GAŽO, f. p-85, op. 3, d. 4, l. 40 (Žitomirskij okružnoj komitet. Obščij otdel, osobaja papka, Protokol, no. 2 [13.9.1929], sov. sekretno).

⁶⁶ GAŽO, f. p-85, op. 3, d. 4, l. 42 (Protocol of 18.12.1929 ["Sov. sekretno"]).

⁶⁷ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 1, l. 4 (protokol, 6.2.1930).

⁶⁸ GAŽO, f. p-85, op. 3, d. 4, l. 42 (Žitomirskij okružnoi komitet. Obščij otdel, osobaja papka, Protokol no. 3 [18.12.1929], Sov. sekretno).

⁶⁹ *Ibid.*

⁷⁰ *Ibid.*

⁷¹ *Ibid.*

⁷² GAŽO, f. p-85, op. 3, d. 4, l. 40 ob. (Žitomir okružnoi komitet. Ob. otdel, osobaja papka, Protokol no. 3 [18.12.1929]. Sov. sekretno).

⁷³ GAŽO, f. r-280 (Žitomirskij gorsovvet), op. 1, d. 268, l. 9 (protocol no. 1, 14.2.1930).

ish assault, the authorities in Žitomir soon realized that many local officials were flagrantly violating the prescribed procedure, even closing churches, without first obtaining local support or the approval of superiors. In a resolution of 14 February 1930, the Žitomir City Soviet ordered that rajon authorities first “conduct profound social-enlightenment work among the masses” and observe the prescribed procedure for closing churches⁷⁴. Nevertheless, the main emphasis was still on closing churches, whatever the method.

Popular Resistance, Nominal Retreat

As in collectivization, this campaign ignited a firestorm of parish opposition. The statistical data, compiled by VCIK for 1924–1935, show that collective protests and dispatch of personal representatives to Moscow steadily increased, but finally exploded in numbers in 1929–30 (see Table 1). Thus, whereas VCIK had received only 2,043 petitions and 502 plenipotentiaries in 1927, in 1930 these numbers jumped nearly *nine-fold* in petitions (17,637) and *twelve-fold* in plenipotentiaries (6,029). Although the absolute numbers fell in later years, they remained well above the level of the 1920s.

Examples of “legal” parish resistance also abound in the party and state archives. The Moscow Oblast Executive Committee, for instance, received numerous complaints from parishes that their rights had been violated and their churches illegally closed. For example, a parish that had just paid a large church tax vociferously protested the closing; the petition included a long list of signatories⁷⁵. Another parish cited its long-term lease (since 15 October 1919) and defended its right to use part of the church⁷⁶. One group sought to exploit the antiquity of their church, citing a certificate from the Chief Museum Administration that “the church cannot be used for any other purpose”⁷⁷. Many parishes argued that authorities used extraordinary taxes to drive their church out of existence, increasing the taxes by thirty- to seventy-fold⁷⁸.

The tenor of conflict was dramatically apparent at a church in Artemovskij Okrug. Parishioners complained that local authorities had illegally obstructed re-registration: “The registration of believers was disrupted, depriving the parish community of the chance to establish the exact number believers of our cult”. After local and regional authorities ignored their appeals, rumors spread that “the church will be closed by 1 May”. The rumor proved true: local authorities and komsomol members “broke into our church, smashed the iconostasis and icons, desecrated the altar, and transported all the church valuables on two trucks to the

⁷⁴ Ibid., I. 10 (protocol of 14.2.1930).

⁷⁵ RGAMO, f. 2157 (Mosoblispolkom), op. 1, d. 313, ll. 58–90.

⁷⁶ Ibid., I. 91.

⁷⁷ Ibid., I. 92.

⁷⁸ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 7, l. 30.

town of Rykovo. This pogrom occurred in the presence of the believers, who tearfully implored that there be no mockery of the holy articles". Tensions spiraled upward, especially when parish representatives failed to gain support in Moscow and returned to find that authorities were installing a "camera to show films". That was the final straw: "On 30 April the unrest turned into a rebellion. A crowd of one thousand from the village of Verovka and parish villages appeared at the church, expelled those who had seized the church and used the church bells to sound the alarm. Thereupon arose a shouting and brawl between parents and children. The rajon militia appeared, along with fire brigades (with barrels of water); weapons were used, as komsomoltsy beat their mothers ... After a five-hour mêlée, the believers won control of the church." The parishioners took umbrage at the deliberate attempt by authorities to stoke the fires of generational conflict: "Truly, it has come to be a time of brother against brother, son against father. But we believers shall not allow children to beat up their parents. Nor shall we allow authorities to assist the contemptuousness and violence perpetrated by our children, komsomol members." In despair, they asked: "Are believers not citizens with full civil rights? Has Soviet power really surrendered believers to unpunished derision and coercion of the youth?"⁷⁹

As similar disorders exploded in Ukraine⁸⁰, the police became increasingly anxious. In Žitomir Oblast, for example, the OGUP denounced official abuses by mid-February – well before Stalin's famous article on "dizziness from success". According to the OGPU, ill-advised radicalism – not counter-revolutionary religiosity – was the main problem. Nor was there much, if any attempt, at suasion: "In most of the cases that we have recently registered, anti-religious work at the local level assumes a distorted form, for the cultural enlightenment and anti-propagandist organs give insufficient attention to the question of proper preparatory work to strengthen anti-religious manifestations in the village." This lack of propaganda and enlightenment, warned the OGPU, led "to phenomena undesirable for us and generates phenomena that are manifestly anti-Soviet". The closing of churches involves "a question of everyday life in the village, where the majority of the population is still under the influence of religion. The smallest lack of caution, on the part of anti-religious public activists, not only fails to weaken but bolsters the influence of religion". The OGPU cited a number of flagrant abuses by local party and soviet authorities. Thus, "in the village of Mokaleviči (Malinskij Rajon), the local village soviet – without any formal action – sealed the church and had arrested two servitors of the religious cult, thereby provoking discontent among the

⁷⁹ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 3, l. 53–53 ob. (Zajavlenie ot upolnomočennych Nikolaevskoj religioznoj obščiny v Presidium VCIK, [1929]).

⁸⁰ Party authorities in Vinnica, for example, evidently had multiple cases of a "parish revolt" over attempts to close their churches. In one case, local soviet authorities had confiscated the church keys and refused to surrender them to parishioners. At that point "a crowd smashed the lock and doors of the church. On the next day (8 July) and also on 9 July, a group of 50–60 people, primarily women, guarded the church around the clock". CDAGO, f. 1, op. 20, d. 3095, ll. 1–11 (dokladnaja zapiska v CIK o zakrytii cerkvej, 20.2.1930–16.7.1930).

villagers". Similar illegal actions involved attempts to seize the church bells. This coercion – and neglect of suasion – produced serious tensions: "We deem such a situation to be inadmissible and, in some part, criminal, for it violates the fundamental laws of Soviet power. That gives an opportunity for the counter-revolutionary element to use the religious part of the population for its own anti-Soviet goals." It therefore urged party authorities to give clear instructions and to take "decisive measures (through administrative and judicial structures) to deal with those who violate the order and laws for closing churches and removing church bells"⁸¹.

In response to such problems, soviet and party authorities reiterated formulaic demands that anti-religious activists adhere closely to the formal requirements. With good reason a Central Committee resolution (published in *Pravda* on 15 March 1930) complained about "the inadmissible distortions of the party line in the battle against religious prejudices ... There can be no doubt that such practices [administrative closures and excesses], carried out under the flag of the 'leftists' provide grist for the mill of counter-revolutionaries and has nothing in common with the policy of the party". It admonished activists to close a church only with majority support and assent of superior authorities⁸². In contrary cases (for example, involving a resolution of the Ivanovo-Voznesensk soviet to close a church), it rescinded authorization to close the church. Indeed, that case impelled the Cult Commission to issue strict warnings to over-zealous dechristianizers: "The question of derisive mockery of the religious feelings of believers (the shooting of icons and their destruction in the presence of believers) is to be sent to the oblast procurator for investigation so that the guilty are brought to account."⁸³ The Cult Commission also took steps to prevent illegal tax assessments. In a resolution on the same Ivanovo Oblast, it reproved local tax officials for assessing taxes on clergy "without taking into account the real income and possibilities of payment" and pronounced the assessment as invalid⁸⁴. Central authorities also took some measures to quell excesses against individual clergy, including a ban on the "dekulakization" of clergy⁸⁵.

Despite signs of "retreat", the régime (as in collectivization) remained true to its primary goals – in this case, dismantling the parish infrastructure. Although the data are imprecise⁸⁶, by 1936 central authorities concluded that only 28 percent of all religious communities still were in operation. The proportions were especially

⁸¹ GAŽO, f. p-86, op. 1, d. 216, l. 53–53 ob. (GPU to party and soviet authorities, 23.2.1930 ["Soveršennno sekretno"]).

⁸² "O bor'be s iskrivlenijami partinij v kolchoznom dvizenii", in: *Pravda* (15 March 1930) 1.

⁸³ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 1, l. 12 (Protocol of 26.8.1930).

⁸⁴ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 1, l. 8 ob. (Protocol of 26.6.1930).

⁸⁵ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 1, l. 6 (Protocol of 6 April 1930).

⁸⁶ Characteristically, the apparatchik for religious affairs, Orelanskij, complained in a note on 25 January 1933: "How do things stand now? Reports with data from kraj and oblast' commissions have almost virtually ceased to come in"; GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 18, l. 1 ob.

high in the Orthodox heartland: the RSFSR had closed 20,318 churches (of 39,530 in 1917) and the Ukrainian SSR had closed 7,341 (of 12,380 in 1917)⁸⁷.

Significantly, de-churching was even greater than these figures suggest, for in fact many more churches had ceased to function. In the case of Ukraine, for example, only 1,116 of the "existing" 4,487 churches actually held services. Data from Leningrad indicate this gap: although Leningrad authorities had officially closed 33 churches in 1930–32, in fact 322 had ceased to function; similarly, the middle Volga had formally closed 15 churches, but in fact 793 were no longer operating. Real "success" exceeded statistical reports (a reversal of the usual tendency) because local authorities continued to make extra-legal closings, chiefly by resorting to "administrative means" based on "the non-payment of taxes" (often inflated), "failure to comply with the contract", and the like⁸⁸. As authorities in Gor'kij confirmed in 1936, "the rajon and lower soviet pay extremely little attention to the necessary formalities in closing churches – and, as a result, there are many abnormalities"⁸⁹.

Hence the régime erased most working churches from a landscape once thickly dotted with cupollas and crosses. To be sure, its rate of success varied sharply, with some significant areas of failure; Ivanovo Oblast, for example still had 61 percent of its churches. But other areas in the RSFSR had been virtually denuded of churches; thirty-four of the fifty-two rajons in Saratov kraj, for example, were left without a single religious building. Dramatic changes reshaped Moscow itself, the number of churches shrinking from 224 (1930) to 100 (1933) and 40 (1937)⁹⁰. All this naturally affected the clerical population, which dropped precipitously from 206,258 clergy (monks and priests) to a mere 28,196 (including 17,857 in RSFSR and 2,186 in Ukraine)⁹¹.

Moreover, official reports confirm that the goal was to eradicate the parish, not to use these facilities for "cultural purposes". Thus, aggregate data on the 39,529 religious buildings (not only Orthodox, but other faiths as well) reveal that these buildings were closed solely to eliminate religious services: only 22.1 percent were used for cultural purposes; another 33.3 percent had been turned into storage facilities, with the rest still remaining unused⁹².

Although successful in eliminating parishes and churches, the régime did not achieve "splošnja sekularizacija". Popular opposition made clear, especially to those responsible for religious affairs, that the rural population and even some segments of the urban inhabitants remained deeply religious. As one official re-

⁸⁷ The data on church closings are contradictory and often incomplete. However, material collected in 1936 shows that, of the 73,963 churches in 1917, the régime had formally closed 41,948 and left another 30,553 formally in tact. In reality, however, roughly one-third of those formally open were no longer functioning. See GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32.

⁸⁸ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32, ll. 58–59 (Komissija po delam kul'tov v CK VKP(b), 4.12.1933).

⁸⁹ RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 188.

⁹⁰ Timothy Colton, *Moscow: Governing the Soviet Metropolis* (Cambridge/MA. 1995) 268.

⁹¹ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32 (data compiled 1.1.–1.8.1936).

⁹² GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32, l. 7 (supplementary report).

port in 1933 candidly admitted: “The attitude of the peasantry to the church in areas of *splošna* collectivization, with the exception of a certain decrease in attendance during the sowing and harvesting campaigns, remains the same.”⁹³ Some detailed reports reinforced this view, such as that on Gor’kij oblast in 1936. It showed that, contrary to official assumptions, men – not women – comprised the majority (64 percent) of the church members, and that religious groups attracted not only the very old, but also younger people as well. While a disproportionate number of people did come from the upper strata of the peasantry, the church also was plainly a magnet for poor kolchozniki, not just rich and independent peasants⁹⁴. As the 1937 census was to make shockingly clear, many Soviet citizens – even in the teeth of repression and terror – willingly reported themselves as believers.

In part, failure to dechristianize was due to the strategy of dechurching: the principal goal was to dismantle the parish, not to reeducate and resocialize the “superstitious” masses. That found reflection in the rapid disintegration of the LMA, which had reached a peak size in 1930–31, but thereafter rapidly disintegrated. And, notwithstanding perfunctory calls for “anti-religious enlightenment”, that item quickly dropped to the bottom of the over-ambitious agenda of over-worked party committees. The purpose was to demolish the parish infrastructure primarily because it provided an institutional base for activists, but also because its religious services intruded into public space. The party probably also shared the traditional intelligentsia view that Orthodoxy was largely ritualistic (*obriadoverie*), rooted in quotidian custom rather than conscious belief; elimination of the parish church was the natural, most direct way to excoriate “every-day Orthodoxy” (*bytovoe pravoslavie*).

“Kirchenkampf” in Žitomir

As recently declassified materials from Žitomir show, the régime may have demolished churches, but it had hardly eradicated either private faith or public support for the church. In January 1935, for example, the NKVD warned of new unrest among the faithful, who were particularly active in disseminating rumors (e.g., that food shortages presaged a general famine)⁹⁵. A report on reaction “to impending arrests” claimed that religious circles perceived “yet another campaign of the GPU”, an attempt to purge border areas of suspect citizens, and a cold-blooded attempt to replenish its supply “of free [convict] labor”. Significantly, lay activists, not merely clergy, played a prominent role in this anti-Soviet agitation. A female church elder, for example, spread rumors that mass arrests were awaiting

⁹³ GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32, l. 64 (Report from Kommissia po voprosam kul'tov, 1933).

⁹⁴ RCChIDNI, f. 89, op. 4, d. 188.

⁹⁵ GAŽO, f. p-124, d. 112, l. 166 (Specsvodka NKVD, 9.1.1935).

the general population: "Do you think that they have only arrested Ol'ga Luškova, the former elder at the cathedral? They will arrest you too. A great number have already been arrested. You'll see how many arrests were made in cities and villages. Horrors!"⁹⁶

In 1935 Easter brought a striking display of religious feeling. Noting a simultaneous surge in anti-Soviet comments about May Day⁹⁷, the NKVD emphasized the increasing activism of believers, which it attributed to inadequate "anti-religious propaganda at certain enterprises and a number of villages"⁹⁸. Ironically, the Easter crowds – which were due primarily to the very closing of parishes – generated a public impression of mass piety. The apparent religious revival affected even the oblast capital Žitomir: "The Easter holidays are proceeding with an enormous influx of pilgrims to the Žitomir Cathedral; for example, on the night of 28 April, more than 3,000 people came to the Bogoiavlsenskij church." Significantly, the services attracted not only "many peasants from villages" but also "the urban declassé element, white-collar employees (*služaščie*), a significant part of the workers", and even "many young pupils and students". According to the NKVD, such gatherings not only enabled clergy to inculcate religion (and anti-Soviet ideas)⁹⁹, but also for believers to engage in subversive talk, especially about the state's anti-religious policies: "The crush of people inside the church provided a pretext for anti-Soviet conversations among the believers; one could hear curses directed at Soviet power, which, allegedly, 'is guilty of closing churches and, thanks to its policy, one is not free to pray.'¹⁰⁰ The NKVD also warned that the influence of lay activists was steadily growing, even among the youth¹⁰¹.

⁹⁶ GAŽO, f. p-124, d. 112, ll. 156–58 (Specsvodka NKVD o reagirovanijach razlichnykh prosloek naselenija na proischoďjaščie aresty, 17.1.1935).

⁹⁷ For example, one priest declared at a small gathering of fellow clergy on 22 April 1935: "This [May Day celebration] is a dulling of the consciousness and deception of the toilers, since there is absolutely nothing to be happy about: the village is starving, the main mass of the city is also enduring a semi-famished existence; the compulsory May Day celebrations are nothing more a deception of our masses and those foreign workers who listen to what is done in the Soviet Union"; GAŽO, f. p-124, d. 112, ll. 71–73 (NKVD, Specsvodka o reagirovanijach v svjazi s predstojaščimi pervomaiskimi toržestvami, 29.4.1935). But ordinary citizens also were guilty of such comments; one citizen reportedly declared that May Day only "attests to the enslavement, by crude force, of all that is humane, truly human". A female worker at textile plant angrily explained: "What kind of joy is there for me from a May First evening? It would be better if they let us eat well and earned more money." GAŽO, f. p-124, d. 112, ll. 64–67 (Specsvodka NKVD, 30.4.1935).

⁹⁸ GAŽO, f. p-124, d. 112, ll. 71–73 (Specsvodka NKVD, 29.4.1935).

⁹⁹ One priest reportedly declared that "the Soviet holidays also assemble many people, but people come to us of their own free volition, and many believers do not come to us only because they are afraid of being noticed in church. By contrast, on Soviet holidays everything is just the reverse: They come only so that their absence not be noticed, even though they do not in the slightest have sympathy for these holidays."; GAŽO, f. p-124, d. 112, l. 66 (Specsvodka NKVD, 30.4.1935).

¹⁰⁰ GAŽO, f. p-124, d. 112, l. 66 (Specsvodka NKVD, 30.4.1935).

¹⁰¹ GAŽO, f. p-124, d. 112, ll. 71–73 (Specsvodka NKVD, 29.4.1935).

The religious movement continually gained momentum, driven primarily by the systematic closing of churches¹⁰². In part, the underlying dynamic was the natural “resistance curve”: the more churches it closed, the greater the stress on believers and the more determined the opposition of die-hard parishioners. Moreover, such de-churching was tantalizingly “reversible”, for the buildings were rarely used for other purposes and simply left idle, inviting attempts to reclaim and reuse them¹⁰³. In the event, the NKVD warned on 3 April 1936 that “recently, in connection with the approach of Easter holidays, the activity of believers increased”, especially in attempts to “open churches and register priests”. Discontent was so intense that the NKVD itself recommended concessions – for example, proposing to reopen the church in one village to avoid *ekcesy* (disorders)¹⁰⁴. Popular fury was indeed intense:

Three local female kolkhoz members, armed with clubs, ... gathered up to fifty women and began urging them to beat village activists and the representatives of rajon authorities, as well as a kolchoz peasant who was removing the crosses. In addition, they cast into the crowd anti-Soviet phrases and slogans, such as: “What are you looking at, women, take up your shovels and cut him up (the representative of the rajon, Noenko), the heads of these miscreants, beat them all, let them know, that they will have a black day and will bring these crosses back.”

One of the female ringleaders proved to be “a poor peasant, kolchoz member, church activist, and initiator of the female counter-revolutionary outburst in 1930

¹⁰² In September 1936 the Žitomir party assembled information from subordinate rajons, showing a sharp intensification of the campaign to close churches over the previous year. One rajon reported, for example, that within the past year, it had closed fourteen of the remaining seventeen churches, thus leaving just three churches in the entire rajon; and these were not actually operating. GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 758, l. 8 (Potties’kii rajon committee to okrug party chairman, 14.11.1936). As before, closing was intended mainly to disable the church, not divert the buildings for “constructive” secular uses. The secretary in Černjachovskij Rajon, for example, reported that twelve of fourteen churches had been closed, but only three were used for cultural purposes (the remainder being unused or demolished). See GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 758, l. 14 (Černjachovskij rajon committee to Žitomir okrug committee, 22.9.1936). The party secretary in Korostyšev Rajon boasted that twenty-three churches had been closed, but admitted that only thirteen had been used for other purposes. See GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 758, l. 7 (From Korostyševsk. rajon committee to okrug committee, 10.10.1936).

¹⁰³ The campaign to reopen churches was hardly limited to Žitomir, causing central authorities to admit that “petitions to open churches that were closed two, three, or even five years ago have become an everyday phenomenon”. The principal reason, it argued, was the failure to utilize or at least demolish the church: “This [movement to reopen churches] is promoted by the large number of closed churches, but for a number of years have remained unused for any goal, or are used as warehouses (in this case the church retains its external appearance as a church), and churches in which, simply by administrative methods, religious services are prohibited.” GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32, l. 7 (supplementary report).

¹⁰⁴ GAŽO, f. p-124, op. 1, d. 170, l. 30–30 ob. (NKVD report from the head of the Osobyj otdel, 3.4.1936).

(for which she was arrested by the former organs of the GPU, but later set free because she was a poor peasant)"¹⁰⁵.

Buoyed by rumors about foreign threats¹⁰⁶, in 1936 the church movement gained new momentum from the publication of the draft for a new ("Stalin") constitution. The key impetus was the bold language about freedom of conscience, which believers now cited as grounds for demanding that their church be reopened¹⁰⁷. The head of the NKVD's secret section in Žitomir warned of a significant surge in religious activism:

Recently, in connection with the publication of the draft of the new constitution, one sees an intensification of activity of the clergy and religious people (to open previously closed churches; create new religious communes; and forbid measures to close churches). In this case, the clergy exploit the draft of the new constitution from an anti-soviet perspective; they assemble signatures in a number of villages and prepare declarations to superior organs of authority, requesting the opening of churches.

One priest "wrote an anonymous letter to the NKVD in Moscow, with a blatantly anti-soviet character, in which he expresses the mounting dissatisfaction of the believers with the policies of Soviet power and their expectations of intervention from the West"¹⁰⁸.

The police and party in Žitomir differed over the underlying cause of the movement. The NKVD blamed party officials, who had failed to conduct anti-religious propaganda and left churches "unused until now (for cultural needs)", thereby "giving ground to the growth of activity on the part of clergy"¹⁰⁹. The Žitomir party secretary, however, rejected insinuations of the NKVD and stressed the counter-revolutionary import of the church movement, arguing that "anti-Soviet and counter-revolutionary elements" (claiming that the constitution was a public admission of failure by the régime) had simply seized on the church issue to undermine Soviet power¹¹⁰. When the matter came before party leaders in Kiev, they noted the machinations of clergy but put most of the blame on lower-ranking party authorities. They therefore directed party officials, at the very next meeting of local bureaus, to increase the "mass political enlightenment work among kolchoz men and women" and, especially, to "involve the komsomol and youth in this work". Failure to address this issue, it wrote, increased the role of lay believers, especially "backward women", who had become increasingly audacious, even

¹⁰⁵ GAŽO, f. p-87, op. 1, d. 40, LL. 34-35 (Specsvodka ob imevšci meste ženskoj antisovetskoi volynke v s. Mokroe Jaunskogo rajona, 27.6.1936).

¹⁰⁶ The NKVD noted that the tensions with Germany and Poland had incited "growing activity of church people", who either expected concessions from the Soviets or even liberation from without. GAŽO, f. p-87, op. 1, d. 40, ll. 50-54 (Spravka o politprošlom i pol. sostoianii N-Volynskogo okruga, 3.8.1936).

¹⁰⁷ GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 758, ll. 1-4 (From the okrug party chairman to the Kiev obkom ["extremely secret"]).

¹⁰⁸ Ibid.

¹⁰⁹ GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 757, ll. 23-33 (NKVD, "Spravka", 20.8.1936).

¹¹⁰ GAŽO, f. p-85, op. 1, d. 758, ll. 1-4 (from okrug chairman to the obkom chairman).

resorting to violent disorders or “*volynki*, which were accompanied in certain cases with the beating of representatives of the village activists”¹¹¹.

Nevertheless, the “constitutional campaign” continued to gain steam. The NKVD reported from Žitomir “about an intensified counter-revolutionary activity of *cerkovniki*”, who sought “the opening of churches already closed (even after confirmation by the presidium of CIK USSR)”. It noted that the local bishop, previously convicted of counter-revolutionary activity, enjoyed “colossal authority in the world of believers”. According to the NKVD operatives, this prelate “uses every prayer service and personal meetings with clergy” to conduct agitation so as to persuade parishioners “to preserve the churches” and urged them to keep their church, “pointing to the fact that the situation should change soon and the clergy will get their own way”. But the key agitators were lay *cerkovniki*, who “conduct work to open a church and to dissuade kolchozniki from working on religious holidays”. It added that this “counter-revolutionary activity of *cerkovniki* at the local areas was virtually unopposed by anti-religious, educational, and mass-explanatory work”. Instead, local authorities resorted to administrative coercion, violated revolutionary legality, and collected invalid signatures to close churches, thereby exacerbating tensions and provoking disorders. Of particular importance was the fact that most churches were not used (even for cultural purposes), adding insult to injury. The NKVD insisted that local party authorities “take measures to develop antireligious mass education”, observe “revolutionary legality”, and ensure that church buildings were promptly put to other uses¹¹².

The census of 1937 – which inquired about religious belief – provided a further incentive to religious unrest, but evoked radically different responses¹¹³. While the data suggest a high level of religious belief (attesting to the failure or neglect of anti-religious education), they should not be used uncritically – either to exaggerate, or underestimate, the level of popular piety. On the one hand, the census impelled many to dissimulate, for many believers perceived an official attempt to

¹¹¹ Party leaders in Kiev, in the face of such reports across Ukraine, offered its own analysis in a general circular of September 1936. Noting that “recently religious and counter-revolutionary activity of churchmen has sharply increased”, it put part of the blame on local party organizations (“which have not conducted the necessary explanatory political work”). It complained that “the rajon leaders think that the struggle against counter-revolutionary churchmen should be conducted by the NKVD and, apparently, do not understand the full political significance of this question”. It emphasized the problem of closed, but idle churches (numbering some 500 in Ukraine alone), which only incited clerical and activists’ demand for their restitution to believer control. “Meanwhile”, fulminated the Kievan leadership, “the clergy conduct furious work among the backward part of the kolchozniki to open these churches. It will be a disgrace for the rajon party leadership if, as a result of this work, the clergy achieve even the smallest degree of success”. GAZO, f. p-85, op. 1, d. 739, ll. 27–29 (Postanovlenie Biuro Kievskogo obkoma to secretaries of okrug, rajon, and city committees, 5.9.1936 [“extremely secret”]).

¹¹² GAZO, f. p-85, op. 1, d. 757, ll. 14–17 (NKVD, “Spravka o kontr-revoljucionnoj dejatel’nosti cerkovnikov v rajonach Žitomirskogo okruga”, undated).

¹¹³ The data, often cited but rarely analyzed, are available in Ju. A. Poljakov (ed.), *Vsesojuznaja perepis’ naselenija 1937 g.* (M. 1991) 106–115.

"expose all believers, after which they will be exiled to Siberia". Some even nourished an apocalyptical fear that authorities will put "a sign on the believers: the first on the forehead, the second on the chest, and the third on the arm. The Holy Scripture, which says that evil spirits will mark the people, is now being fulfilled". One believer therefore urged fellow believers "to drive [the census-taker] from your house, for he is writing you down in order to give your soul to Satan. They will leave all the nonbelievers here, but Soviet authorities will destroy all the believers". On the other hand, some believers used the census to encourage massive registration as believers, even those who wavered or did not even believe: "Once Hitler comes to Ukraine, he will destroy all those who did not register as believers." Such agitation was effective: "In some villages, almost the entire population (to the last person) registered as believers."¹¹⁴

That same year elections to the Supreme Soviet provoked further agitation by church people. The NKVD claimed, for example, that one ex-priest urged fellow metalworkers "to propose candidates and servitors of the religious cult who will overthrow Soviet power". Other religious activists urged believers to boycott the elections ("Orthodox people should not vote during the elections to the soviets") or, if they did, to "cross out the names of all the candidates nominated for the Soviet". Another ex-priest, N. G. Alferov, allegedly confided that, despite appearances, the government seeks only to "limit even further the rights and will of the people" and to force the citizens to vote for whomever they nominate, "communists and Jews"¹¹⁵.

As the sheer mass of NKVD reports indicate, it gave increasing attention to priests and believers and indeed subjected both to the full weight of terror in late 1937 and early 1938. "Justice" was summary and merciless, with no attempt to establish real guilt or even to bother with extracting confessions¹¹⁶. The terror cul-

¹¹⁴ GAŽO, f. p-87, op. 1, d. 83, ll. 19-22 ("O kontr-revoljucionnykh proiavlenijach imeevšich mesto v svjazi s perepis'ju naslenija" from the N-volynskij okružnoj otdel NKVD, 2.2.1937).

¹¹⁵ GAŽO, f. p-76, op. 1, d. 28, l. 3-5 (Report from the head of the local NKVD in Žitomir, 9.12.1937).

¹¹⁶ A typical NKVD-KGB file concerns A. I. Dachnjuk, who was arrested and convicted of "conducting systematic counter-revolutionary agitation among the population" in December 1937. In his interrogation on 5 December, Dachnjuk categorically denied that he had conducted "counter-revolutionary activity against Soviet authority" or maintained ties with a former bishop. However, one witness testified that Dachnjuk had been preaching to believers that "they should keep their distance in relations with lay persons, avoid all that is Soviet, conduct a struggle against the communists, not give up their children to schools, without having first educated them in a church spirit, etc. ... At the present time he conducts propaganda against the impending elections, urging them not to go to meetings where the electoral law is explained, and on election day not to participate in the voting." Another witness confirmed that "he belongs to the group of most reactionary-minded clergy". On the basis of those accusations alone, Dachnjuk was summarily convicted and sentenced to ten years at hard labor. Ironically, the hasty investigation and trial had convicted the *wrong* Dachnjuk. As he later explained in an appeal from Belomur, the file had the wrong birth date and referred to people utterly unknown to him. An investigation by the local procurator upheld his claim,

minated in “group trials” of clergy in the spring of 1938: “The Žitomir oblast office of the NKVD has exposed and liquidated an anti-soviet, espionage-monarchist, consisting primarily of clergy from Volhynia diocese, implanted by Polish intelligence.” Purportedly acting on instructions from Polish intelligence, the group sought to “overthrow Soviet power, separate Ukraine from the Soviet Union (with the goal of establishing a bourgeois-landowner régime in Ukraine), and conduct espionage work on behalf of fascist Poland ... At the same time, they conducted an active anti-Soviet activity among the local population of believers and drew new participants into the organization and prepared cadres for an uprising”. Most were subsequently convicted and executed¹¹⁷.

Despite such resistance (indeed, because of it), the régime pursued its systematic campaign of closing churches and dismantling the church’s infrastructure. Indeed, if anything, the pace accelerated, with strict demands not merely to close churches informally, but to secure formal approval and to destroy the church or allocate it for another purpose. Altogether, the number of churches fell drastically, especially in the RSFSR.

Conclusions

Soviet religious policy thus underwent a radical change at the end of the 1920s. Partly because of the failure of its religious NEP, partly in conjunction with the general crisis of NEP and intra-party struggles, in 1929 the régime embarked on a radical campaign of full-scale secularization. In contrast to earlier policies, however, the main target was not the Church, clergy, or superstition, but rather the *cerkovniki* and the parish itself. Although ostensibly still dedicated to anti-religious enlightenment, in practice the régime attacked the parish – abolishing religious holidays, confiscating church bells, and above all repressing *cerkovniki* and closing churches. Although it ostensibly abandoned the excesses of 1930, in fact local authorities continued to wage a vigorous and often extra-legal campaign against the parish. The attack elicited a variety of responses, from violent resistance to legal supplication and cunning evasion; in any event, this war on the parish neither attacked nor shattered piety – as believers continued to grumble, appeal, and resist.

The anti-religious campaign of the Thirties suggests several broader conclusions. First, it underscores the extraordinary acute social tensions that pervaded not only the village and factory, but also the church. Resistance – and state knowledge thereof – was ubiquitous and intense. Second, contrary to the traditional or neo-totalitarian theory, the Stalin Revolution led neither to atomization

leading to an order for his release in November 1939. See GAZO, f. r-5013 (Materialy USBU), d. 2129 (“Dachnjuk, Anton Ikovlevich”).

¹¹⁷ For the NKVD-KGB file, see the two-volume file in GAZO, f. r-5013, op. 1, d. 5925.

nor acquiescence; the NKVD reports show resilient and overt resistance. Third, many Stalinist measures (from the chaos of early 1930 to the 1936 constitution) had unexpected, unwanted consequences; the populace however terrorized, slyly sought to manipulate the régime's own rules and rhetoric to defend their interests. The coercive secularization, ultimately, demonstrates the weakness, not the power, of the new Stalinist state, which could unleash but not control the behavior of its own *aktivisty*, let alone that of their adversaries.

Table 1
Protests and Petitions Against the Closing of Churches

Year	Declarations, Complaints, and Correspondence Received	Queries, Explanations, Instructions Issued	Total Documents	Personal Represent atives (<i>Khodoki</i>)
1924	1 506	753	2 259	500
1925	1 248	625	1 873	600
1926	2 840	1 420	4 264	616
1927	2 043	1 727	3 770	502
1928	2 861	2 245	5 106	946
1929	5 242	5 473	11 715	1 800
1930	17 637	14 110	31 747	6 029
1931	12 350	6 387	18 737	3 219
1932	6 355	3 846	10 201	1 719
1933	4 806	3 114	7 922	1 094
1934	8 229	3 645	11 874	1 601
1935 (up to 1.12.1935)	8 309	5 413	13 722	1 633

Source: GA RF, f. r-5263, op. 1, d. 32, ll. 56-57.

Michail Vital'evič Škarovskij

Die russische Kirche unter Stalin in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts*

Der zeitliche Rahmen dieser Arbeit erstreckt sich über die Jahre 1921 bis 1941. Am Anfang stand der Ausklang des Bürgerkriegs, am Ende der Eintritt Rußlands in den Zweiten Weltkrieg. Fast in der gesamten Periode stand I. V. Stalin als Generalsekretär an der Spitze der Kommunistischen Partei (VKP(b), Vsesojuznaja kommunističeskaja partija bol'sevikov) und des Staates; er bestimmte auch die Religionspolitik in der UdSSR.

Der Konflikt der wichtigsten religiösen Organisation des Landes, der russisch-orthodoxen Kirche, mit der neuen Macht entstand schon in den ersten Tagen der Oktoberrevolution. Entsprechende Maßnahmen der bolschewistischen Regierung, des Rates der Volkskommissare (Sovet narodnych komissarov, SNK), stützten sich auf zwei grundlegende Prinzipien: nämlich auf die weltanschauliche Unvereinbarkeit der Lehren des Marxismus mit jeglichem religiösen Glauben und auf die Betrachtung der Kirche als Verbündete des Zarismus bzw. nach der Niederwerfung der Autokratie als Trägerin der ausbeutenden Schicht. Deshalb wurden die religiösen Organisationen nicht zur Mitarbeit aufgerufen, sondern man begann, sie verstärkt aus dem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben des Landes zu verdrängen. Der antiklerikalen Ausrichtung der Tätigkeit der sowjetischen Regierung fehlte es auch nicht an einer objektiven Grundlage. Denn die Volksbewegung nahm nach der Revolution angesichts der Reaktion auf den vormaligen staatlichen Nationalismus und die Religion in nicht geringem Umfang einen universalistischen und antinationalen Charakter an. In diese Entwicklung sind auch Verfolgungen der Orthodoxie, der nationalen Kultur und die Absage an alte Lebensweisen und Formen einzuordnen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts durchlebte die russische Kirche eine schwere Krise, die durch ihre zweihundertjährige völlige Unterordnung unter den Staat zu erklären ist. Zwar begann im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts ein Prozeß der Wiedergeburt, eine tatsächliche Erneuerung der russischen Orthodoxie, wie sie sich deutlich in der Tätigkeit der Landessynode von 1917/18 niederschlug. Doch wurde dieser Prozeß schon in seinen ersten Anfängen jäh unterbrochen. Hätte die Synode bis 1919 angedauert, wäre die Kirche zweifellos weiter auf dem Weg der

* Aus dem Russischen von Barbara Wieland.

Reform vorangekommen und hätte mehr Züge eines lebendigen, dynamischen Organismus angenommen. Weil der Oktoberumsturz den Prozeß der Wiedergeburt der Kirche abbrach, nach und nach die demokratischen Umgestaltungen ihres Lebens beseitigte und durch die Unterwanderung der Erneuerungsbewegung (*obnovlenčestvo*) in den 1920er Jahren die Reformidee selbst diskreditierte, nahm er im Kern den Charakter einer eigenen Art von religiöser „Konterrevolution“ an. Hinzu kam, daß die hauptsächlich intellektuelle Trägerschicht der Umgestaltungen, die liberale kirchliche *intelligencija*, den Oktober nicht akzeptierte und konservativere Positionen einnahm. Die entschiedene antireligiöse Stoßrichtung des SNK und erste, sehr schwere Schläge gegen die Kirche, die ihr schon im Verlauf des ersten Jahres nach der Oktoberrevolution zugefügt wurden und viele ihrer Grundpfeiler ernsthaft erschütterten, wurden ebenfalls zu einer der wichtigsten Ursachen für die Erfolglosigkeit der friedensstiftenden Funktion des Patriarchats. Antikirchliche Taten spiegelten sich in stärkster Weise im Bewußtsein aller wichtigen sozialen Schichten Rußlands wider und trugen entscheidend zur Verrohung im Bürgerkrieg bei.

Die Verschärfung dieses Krieges wiederum wurde von einer Verschärfung der antireligiösen Politik der Russischen Kommunistischen Partei der Bolschewiki (RKP(b)) begleitet. So rechnete man innerhalb kürzester Zeit mit dem völligen Absterben von Kirche und Religion, die als bloße „Vorurteile“ verstanden wurden. Man war der Ansicht, daß ein „zielgerichtetes System der Erziehung“ und „revolutionäre Einwirkung“ auch auf gewaltsame Weise diese tradierten Erscheinungen recht schnell überwinden könnten. Später bezeichnete man diese Periode des Kirchenkampfes in der sowjetischen atheistischen Literatur als „Sturm und Drang“.

Zugleich herrschte jedoch in der Führung der RKP(b) keine Einigkeit darüber, wie die zukünftige Religionspolitik aussehen sollte. Die Gruppe der „Unversöhnlichen“ vertrat die Ansicht, daß die gesamte Geistlichkeit reaktionär und es unumgänglich sei, die Kirche bis zu ihrer vollständigen Vernichtung zu bekämpfen. Die „Staatlichen“ hingegen schlugen vor, daß es zweckmäßiger sei, das Moskauer Patriarchat zu spalten, den „progressiven“ Teil der Geistlichkeit auszugliedern und ihn unter Gewährung bestimmter Vergünstigungen für die eigenen Ziele zu nutzen.

1920 wurde klar, daß administrative Verfolgungen und die Aushöhlung der materiellen Grundlagen der Kirche (durch Nationalisierung ihres Eigentums) nicht genügten, um die gesteckten Zielen zu erreichen. Die erste Periode der antireligiösen Offensive hatte nicht bewirkt, was einige Theoretiker des Bolschewismus (z.B. N. I. Bucharin) erwartet hatten. Wie barbarisch die Methoden auch immer waren, die angewandt wurden, um die Menschen von der Kirche zu trennen, die Mehrheit der Bevölkerung verspürte weiterhin die innere Notwendigkeit, am religiösen Glauben festzuhalten. So ging das Patriarchat in seiner Grundlage unerschüttert aus dem Bürgerkrieg hervor.

Allmählich kam die Führung der RKP(b) zu der Einsicht, daß es unumgänglich sei, die Taktik im Kampf mit der Kirche zu ändern und ihre „kriegerischen Mittel und Methoden“ aufzugeben. Seit Herbst 1920 nahmen die wichtigsten Gesichtspunkte in diesem Kampf auf der Ebene propagandistischer Bemühungen Gestalt

an. Zugleich gab die Neue Ökonomische Politik (NĖP) der Führung ebenfalls Anlaß, ihre Position in Bezug auf die vorliegende Frage zu korrigieren. Besonders auf dem Dorf, wo der überwiegende Teil der Bevölkerung gläubig geblieben war, forderte sie mehr Toleranz gegenüber den religiösen Organisationen. Die „Kavallerie-Attacke“ auf die Kirche war nicht gelungen.

Den Kernpunkt der sowjetischen Religionspolitik in den Jahren der NĖP (1921–1928) bildeten wiederholte Versuche, die orthodoxe Kirche zu unterwerfen, sie unter vollständige Kontrolle zu bringen und sie auf diese Weise letztlich zu einem Anhängsel des Staatsapparates zu machen. Zur Erreichung dieses Zieles wurden alle nur erdenklichen Methoden angewandt. Angesichts der bevorstehenden Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den Ländern des Westens wurde eine Entspannung in der „religiösen Frage“ nötig. Zu Beginn des Jahres 1922 kam man als Ergebnis einer Diskussion im ZK der RKP(b) zu dem Schluß, daß die Führung der orthodoxen Kirche in relativ kurzer Zeit von dem Teil der Geistlichkeit übernommen werden sollte, der der sowjetischen Macht und Regierung gegenüber absolut loyal eingestellt war. Auf mittelfristige Sicht plante man sogar, die Beziehungen mit dieser Geistlichkeit zu normalisieren.

Am 21. März wurde in einem Memorandum der Staatlichen Politischen Verwaltung (GPU) an das Politbüro offen über die Notwendigkeit gesprochen, einen „Umsturz“ eigener Art herbeizuführen: „Die GPU verfügt über Informationen, daß einige örtliche ... Geistliche in Opposition zur reaktionären Gruppe des Synods stehen und daß sie wegen bestimmter kanonischer Gesetze und anderer Gründe nicht entschieden gegen die führenden Kreise vorgehen können; deshalb schlagen sie vor, daß ihnen mit der Verhaftung der Mitglieder der Synode die Möglichkeit gegeben wird, eine kirchliche Versammlung einzuberufen, auf der sie für das Amt des Patriarchen und für die Synode Personen wählen können, die der sowjetischen Macht gegenüber loyaler eingestellt sind. ... Die GPU ist der Ansicht: 1) daß die Verhaftung der Synode und des Patriarchen nun angebracht ist, 2) daß die Genehmigung einer geistlichen Versammlung mit der Absicht der Wahl einer neuen Synode und eines Patriarchen jetzt auch möglich ist.“¹ Die Vorschläge der Bestrafungsorgane fielen auf fruchtbaren Boden, obwohl die „Operation“ aus taktischen Erwägungen um anderthalb Monate verschoben wurde.

In einer vor kurzem entklassifizierten Aktennotiz Trockijs vom 30. März, die das Politbüro ohne Einwände bestätigte, wurde praktisch das gesamte taktische und strategische Programm der Partei- und Staatsführung gegenüber der Reformgeistlichkeit formuliert, das auf die Spaltung der russischen Kirche hinauslief: „Wenn sich der allmählich besinnende, bourgeois-versöhnlerische, den *smenovechovcy* nahestehende Flügel der Kirche entwickelte und stärkte, würde er für die sozialistische Revolution viel gefährlicher werden als die Kirche in ihrer jetzigen Form ... Deshalb muß die Geistlichkeit im Umfeld der *smena vech* als gefährlich-

¹ O dejatel'nosti duchovenstva v svjazi s iz-jatijem cennostej iz cerkvi, in: Dokladnaja zapiska Gosudarstvennogo političeskogo upravlenija v Politbjuro CK RKP(b) vom 21. 3. 1922. Archiv Prezidenta Rossijskoj Federacii (APRF) f. 3, op. 60, d. 63, l. 29.

ster Feind des heutigen Tages angesehen werden. Heute ist es notwendig, den konterrevolutionären Teil der Popen, in deren Händen die faktische Leitung der Kirche liegt, zu stürzen ... Wir müssen erstens die Popen, die der *smena-vech*-Bewegung nahe stehen, dazu zwingen, ihr gesamtes Schicksal offen mit der Frage der Beschlagnahmung der Kirchenschätze zu verbinden; zweitens müssen wir sie zwingen, diese Kampagne innerhalb der Kirche bis zum vollständigen Bruch mit der faschistischen [*černosotennyj*] Hierarchie und bis zu einer eigenen, neuen Synode und Neuwahlen einer Hierarchie durchzuführen ... Bis zu dem Moment der Einberufung der Synode müssen wir eine theoretische Propagandakampagne gegen die „erneuerte“ Kirche vorbereiten. Die bourgeoise Reform der Kirche einfach zu überspringen, wird nicht gelingen. Man muß, so scheint es, sie zu einer Fehlgeburt machen ...“². So planten die Herrschenden von Anfang an, die „Erneuerer“ für ihre Zwecke zu mißbrauchen, indem sie offensichtlich deren Möglichkeiten überschätzten, um sich ihrer dann als „abgenutztes Material“ zu „entledigen“. Allerdings war der Widerstand der Tichon-Anhänger in Wirklichkeit sehr viel heftiger als angenommen; deshalb brauchte man die „Erneuerer“ weiterhin und unterstützte sie noch einige Jahre.

Eine Situation, die den Angriff auf die Kirche entschieden vereinfachte, ergab sich im Zusammenhang mit der schrecklichen Hungersnot an der Wolga. Im Politbüro des ZK der RKP(b) herrschten schon länger Meinungsverschiedenheiten über die Frage des Umgangs mit der Geistlichkeit. A. Rykov, L. Kamenev und M. Kalinin traten gegen „entschiedene Maßnahmen“ ein, auf denen aber L. Trockij (er war im Politbüro zuständig für die Kampagne zur Beschlagnahmung der Kirchenschätze), G. Zinov'ev, N. Bucharin und einige andere bestanden. V. I. Lenin schwankte zunächst. Die ersten provozierten Zusammenstöße bei der Konfiszierung von Kirchenschätzen boten jedoch einen Vorwand, um zum Angriff auf die „kirchlichen Dunkelmänner“ überzugehen, und veränderten die Kräfteverteilung, so daß Lenin nun Trockij und seine Anhänger unterstützte³. In einem Brief an V. M. Molotov für die Mitglieder des Politbüros vom 19. März 1922 schrieb er: „... der gegenwärtige Zeitpunkt stellt sich nicht nur als außergewöhnlich günstig dar, sondern ist überhaupt der einzige Zeitpunkt, zu dem wir mit 99 von 100 Chancen für einen vollen Erfolg den Gegner völlig zerschlagen können ... Denn jetzt und nur jetzt, wo man in den hungernden Gegenden Menschen ißt, ... können wir (und müssen deshalb) die Konfiszierung der kirchlichen Schätze mit ungestümster und unbarmherzigster Kraft durchführen, wobei wir vor keiner Unterdrückung irgendeines Widerstandes zurückschrecken dürfen.“⁴ So entstand auch das Ziel, ein Goldreservoir für den Staat einzurichten.

Auf die ersten Mitteilungen über den Hunger an der Wolga reagierte die orthodoxe Kirche sofort. Schon im August 1921 hatte sie Diözesan- und gesamtkirch-

² Zapiska L. D. Trockogo dlja členov Politbjuro CK RKP(b) vom 30.3.1922, APRF, f. 3, op. 60, ll. 73–74.

³ V. A. Akseev, Byl li patriarch Tichon „voždem cerkovnoj kontrrevoljucii“?, in: Dialog 10 (1990) 96.

⁴ Novye dokumenty V. I. Lenina 1920–1922 gg., in: Izvestija CK KPSS 2 (1990) 191.

liche Komitees eingerichtet, um den Hungernden beizustehen. Innerhalb kurzer Zeit waren ca. neun Millionen Rubel gesammelt worden. Aber eine solche Hilfe stärkte die Autorität der Kirche in den Augen des Volkes. Das entsprach den staatlichen Plänen in keiner Weise. Auf Beschluß der Regierung wurden das gesamt-kirchliche Komitee geschlossen und die gesammelten Mittel beschlagnahmt. In den Zeitungen hieß es damals, daß die sowjetische Regierung selbst in der Lage sei, den Hunger zu bekämpfen. Aber dieser wuchs unaufhaltsam. Am 9. Dezember beschloß das Präsidium des VCIK, religiösen Verwaltungen und einzelnen religiösen Gemeinschaften Sammlungen zu gestatten, nachdem das Staatskomitee zur Unterstützung der Hungernden (*Pomgol*) angewiesen worden war, sich mit ihnen über die Form der Sammlung von Spenden in Verbindung zu setzen, wobei sie die Wünsche ersterer berücksichtigen sollten. Bald schlug das *Pomgol* der Kirche vor, freiwillig Wertsachen ohne gottesdienstliche, kanonische Bedeutung abzugeben. Der Patriarch gab seine Zustimmung und veröffentlichte am 19. Februar ein Sendschreiben mit dem Auftrag, „den Gemeinderäten die Erlaubnis zu erteilen, nicht für den Gottesdienst bestimmte Gegenstände zu opfern“⁵.

Das VCIK-Dekret vom 23. Februar über die sofortige Konfiszierung aller, die „Interessen des Kultes nicht unmittelbar“⁶ berührenden Wertgegenstände durch die örtlichen Räte kam für die Geistlichkeit völlig überraschend. Bereits in Haft bestätigte der Patriarch später, daß es „hinter seinem Rücken“ erlassen wurde, während er Verhandlungen mit dem *Pomgol* führte⁷. Unterschiedliche Instruktionen und die tatsächlichen Aktivitäten der örtlichen Organe zeigen, daß dieses Dokument sehr weit ausgelegt wurde. In der Praxis zog man auch die Heiligtümer ein, die von der Kirche und den Gläubigen am meisten verehrt wurden. In seiner Antwort vom 28. Februar bezeichnete der Patriarch die gewaltsame Konfiszierung als Gotteslästerung, untersagte religiösen Gemeinschaften die Übergabe „besonders heiliger Gegenstände“, rief aber gleichzeitig zu Barmherzigkeit und Großzügigkeit bei der Sammlung anderer Gegenstände und Mittel auf. So entzündete sich ein neuer tragischer Konflikt zwischen Kirche und Staat. Im Ergebnis wurden in den Jahren 1922/23 8100 Geistliche und Mönche physisch vernichtet⁸.

Als Bilanz der Kampagne zur Konfiszierung kirchlicher Wertgegenstände ist festzustellen, daß sich die Hoffnungen des ZK RPK(b) auch nicht im geringsten erfüllten. Alle Berechnungen über Hunderte von Millionen oder sogar Milliarden Goldrubel, die V. Lenin erwähnte, erwiesen sich als Wunschdenken (*mif*). Trotz ständiger Aufforderung der örtlichen Organe durch Trockij, der persönlich an dieser Aktion interessiert war, weil der von ihm geleiteten Roten Armee 5% der eingetriebenen Summe zugute kommen sollten, wurde die Operation in vielen Regionen nur sehr unwillig durchgeführt. Am 4. Mai stellte das leitende Organ der Partei enttäuscht fest: „Nach Anhörung der Mitteilungen über den Verlauf der

⁵ L. Regel'son, Tragedija ruskoj cerkvi 1917–1945 (Pariž 1977) 278 f.

⁶ Krasnaja gazeta vom 23.2.1922.

⁷ A. Solženicyn, Archipelag GULAG 1918–1956, 2 t., t. 1 (Moskva 1990) 341.

⁸ D.V. Pospelovskij, Russkaja pravoslavnaia cerkov' v XX veke (Moskva 1995) 106.

Kampagne zur Konfiszierung der Wertgegenstände konstatiert das Politbüro äußerste Langsamkeit und Trägheit ihrer Durchführung und setzt alle Beteiligten davon in Kenntnis.⁹ Einer Aufstellung der zuständigen Kommission (*Posledgol*) vom 1. November 1922 zufolge wurden neben 964 antiquarischen Gegenständen kirchliche Wertsachen im Wert von 4 651 000 Goldrubeln gesammelt. Doch blieb mehr als ein Viertel davon vor Ort, da auch die Gouvernementsorgane einen eigenen Reservefonds für den schlimmsten Fall [*černyj den'*] haben wollten¹⁰. So kamen nur etwa 3,5 Millionen Goldrubel im Zentrum an, von denen im ganzen gesehen nur ein geringer Teil für die Bedürfnisse der Hungernden verwendet wurde.

Während das erste Ziel der antikirchlichen Kampagne somit kaum erreicht wurde, war die zweite Absicht zunächst von Erfolg gekrönt. Im Mai 1922 begann eine „Kirchenrevolution“, die Gläubige und Geistlichkeit spaltete. Die Erneuerungsbewegung war in ihrer Zusammensetzung sehr heterogen, so daß man trotz aktiver Unterstützung durch verschiedene Partei- und Staatsinstanzen, ja sogar durch Organe der GPU, nicht sagen kann, daß sie vollständig gelenkt worden sei. Es gab einige herausragende Erneuerer (*obnovlency*), die aufrichtig Reformideen vertraten. Ein gewisser Teil der Geistlichkeit wünschte die Durchführung einiger überfälliger Reformen im kirchlichen Leben und geriet deshalb ins Fahrwasser der Erneuerungsbewegung, ohne anfangs zu wissen, welche konkreten Formen diese Umgestaltung annehmen würde. Die Mehrheit der normalen Anhänger der Bewegung wurde durch die Logik der Ereignisse in sie hineingezogen. Nach der Verhaftung des Patriarchen Tichon und seinem erzwungenen Verzicht auf die Leitung der orthodoxen Kirche vom 12. Mai 1922 beherrschten die Erneuerer mehr als ein Jahr das kirchliche Leben des Landes¹¹.

An vielen Orten, darunter in Petrograd, stießen sie anfangs auf entschiedenen Widerstand. Am 28. Mai exkommunizierte der Metropolit Veniamin (Kazanskij) die Erneuerer. Gerade das wurde zu einem Hauptgrund für seine Verhaftung. Vom 10. Juni bis zum 5. Juli 1922 fand in der Stadt ein Prozeß gegen 86 Geistliche und Laien statt. Sie wurden der Organisation des Widerstandes gegen die Konfiszierung von kirchlichen Wertgegenständen angeklagt. Die Verlogenheit [*nadumannost'*] des Vorwurfs war offensichtlich; dennoch wurden vier Angeklagte, darunter der Metropolit Veniamin, in der Nacht zum 13. August erschossen¹².

⁹ Postanovlenie Politbjuro CK RKP(b), Protokol Nr. 5, Punkt 15. 4.5.1922. APRE, f. 3, op. 60, d. 63, l. 62.

¹⁰ Vedomost' CK Posledgola o količestve sobrannyh cerkovnyh cennostej. 1.11.1922. APRE, f. 3, op. 60, ll. 76–77.

¹¹ A. I. Kuznecov, *Obnovlenčeskij raskol v russkoj cerkvi*, 3 t., t. 1 (Astrachan' 1956–1959) 99–103; B. V. Titlinov, *Novaja cerkov'* (Moskva, Petrograd 1923) 55.

¹² „Delo“ mitropolita Veniamina (Petrograd 1922, Neudr. Moskau 1991) 8, 23; A. A. Valentinov, *Černaja kniga (Šturm nebes)* (Pariž 1925) 211 f., 220, 235.; *Poslanie mitropolita Petrogradskogo Veniamina k duchovenstvu i mirjanam eparchii ot 28 maja 1922*. Central'nyj gosudarstvennyj archiv Sankt-Peterburga (CGA SPb) f. 1000, op. 6, d. 41, l. 135; Petrogradskaja pravda vom 30.5.1922; Krasnaja gazeta vom 31.5.1922 und 9.6.1922.

Die meisten Gemeindemitglieder standen den Erneuerern feindselig gegenüber; die Gläubigen leisteten denjenigen Geistlichen und Bischöfen (*archierej*), die sich den Anordnungen der „erneuerten“ Höchsten Kirchlichen Verwaltung nicht unterwarfen, jede Hilfe. Die so gesinnten Bischöfe errichteten eine eigene, „autokephale“ Verwaltung. Dennoch gelang es den „Erneuerern“ bis Ende 1922 unter tätiger Beihilfe des Staates, mehr als zwei Drittel von 30 000 zu dieser Zeit aktiven Kirchen zu übernehmen. Ihre Synode beschloß im Mai 1923, den Patriarchen seines Amtes zu entheben. Aber schon bald änderte sich die Situation grundlegend. Um einen Prozeß zu vermeiden, der die Orthodoxie insgesamt unweigerlich schwer geschädigt hätte, und um die traditionstreue Kirche zu erhalten, bedauerte Patriarch Tichon am 16. Juni in einer offiziellen Erklärung an das Oberste Gericht der RSFSR seine frühere „antisowjetische Tätigkeit“ und bat um seine Haftentlassung. Am 19. Juni prüfte eine Kommission des ZK der RPK(b) die Erklärung und beschloß, den Patriarchen zu Korrekturen zu drängen. Unter Druck stimmte der Patriarch einigen Veränderungen zu, die seine „Schuld“¹³ erläuterten. Am 27. Juni wurde er freigelassen. Eine wichtige Rolle spielte dabei die große Kampagne in den Ländern Westeuropas für die Freilassung des Patriarchen, da die sowjetische Regierung in dieser Zeit gezwungen war, sie zur Kenntnis zu nehmen. Schon das erste Sendschreiben des Kirchenoberhauptes vom 28. Juni erklärte die Synode von 1923 und ihre Beschlüsse für ungültig¹⁴. Bald ging die Zahl der „Neuerer“- Gemeinden drastisch zurück.

Seit Anfang 1924 bemühte sich der Patriarch um Zugang zu höchsten staatlichen Stellen, um ihnen seine Besorgnis über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche darzulegen. Ungeachtet des Widerstandes einiger wichtiger Mitglieder des ZK RPK(b) und des SNK gelang es ihm, im März eine Besprechung mit M. I. Kalinin und A. I. Rykov durchzusetzen. Besonderes Wohlwollen gegenüber den Bedürfnissen der orthodoxen Kirche zeigte der Vorsitzende des SNK. Er sagte Unterstützung bei der Verringerung von Steuern für Gotteshäuser und Geistlichkeit, bei der Rückkehr aus der Verbannung, der Freilassung einer Reihe von Bischöfen aus dem Gefängnis, bei der Lockerung des Drucks auf religiöse Organisationen seitens der Staatsorgane und anderes zu¹⁵. Zu dieser Zeit bestand die Aufgabe keineswegs darin, mit der Religion „im Handumdrehen durch die eiserne Faust des Proletariats“ abzurechnen. Vielmehr bildeten sich, wenn auch nicht auf Dauer, relativ ungetrübte Beziehungen zwischen der Regierung und den kirchlichen Einrichtungen heraus, eine Art „religiöser NĖP“.

Dies wurde durch die Notwendigkeit hervorgerufen, ökonomische und politische Stabilität im Lande herzustellen, die *smjčka* zwischen Stadt und dem – in besonderem Maße religiös geprägten – Land zu festigen und wieder außenpolitische Beziehungen zu knüpfen. Initiatoren und Verfechter eines konzilianteren Kurses

¹³ V. A. Alekseev, *Illjuzii i dogmy* (Moskva 1991) 248–251; S. Savel'ev, *Bog i kommissary. K istorii kommissii po otdeleniju cerkvi ot gosudarstva pri CK VKP(b) – antireligioznoj kommissii* (Moskva 1993) 190 ff.

¹⁴ *Regel'son*, 342.

¹⁵ *Alekseev*, 256 f.

waren die Anhänger N. Bucharins, die für einige Zeit in der Parteiführung dominierten. Sie hielten es sogar für möglich, mit kirchlichen Organisationen in einer Reihe von Fragen zusammenzuarbeiten. So beschloß der 13. Parteitag der VKP(b) im Mai 1924 auf Vorschlag von M. Kalinin, religiöse Kooperative in der Landwirtschaft materiell zu unterstützen. In einer anderen Resolution des Parteitages hieß es: „Es ist unvermeidlich, jegliche Versuche des Kampfes gegen religiöse Vorurteile durch administrative Maßnahmen wie z.B. die Schließung von Kirchen strikt zu unterbinden ... Besonders aufmerksam muß man darauf achten, das religiöse Gefühl der Gläubigen nicht zu verletzen, das nur durch sehr lange, auf Jahre und Jahrzehnte berechnete Aufklärungsarbeit besiegt werden kann ...“¹⁶. Am 21. Mai faßte das ZK der UdSSR einen gesonderten Beschluß, der die Anklage gegen Patriarch Tichon wegen antisowjetischer Verbrechen aufhob. Wie sehr sich die „Kämpfer gegen die Religion“ auch dafür einsetzten, der Prozeß gegen ihn fand nie statt. Zur Klärung religiöser Fragen und Klagen (Beschlüsse von Gouvernamentexekutivkomitees zur Schließung von Gotteshäusern, Annullierung von Abmachungen mit den „Zwanzigschaften“ u.a.) wurde am 25. August beim Vorsitzenden des VCIK ein Sekretariat für Angelegenheiten der Kulte eingerichtet¹⁷.

Der Patriarch ließ in seinen Anstrengungen nicht nach, Möglichkeiten für die Einberufung einer Synode und die Bildung einer von der zivilen Regierung anerkannten Kirchenverwaltung zu erkunden. Am 28. Februar 1925 wandte er sich offiziell mit dem Gesuch an das NKVD, bis zur Einberufung einer Landessynode einen Provisorischen Heiligen Synod des Patriarchats aus sieben hohen kirchlichen Würdenträgern zu registrieren. In diesem Licht muß man wohl auch ein Sendschreiben betrachten, das der Patriarch an seinem Todestag, dem 7. April, unterschrieb und das bei der Veröffentlichung in der Presse unberechtigterweise als „Testament“ bezeichnet wurde. Darin hieß es: „Ohne gegen unseren Glauben und die Kirche zu sündigen, ohne irgendetwas an ihnen zu verändern, mit einem Wort, ohne jegliche Kompromisse oder Zugeständnisse im Glauben zu machen, müssen wir in weltlicher Hinsicht in unserem Verhältnis zur sowjetischen Regierung und zur Arbeit der UdSSR für das Gemeinwohl aufrichtig sein, indem wir das äußere Kirchenleben und -handeln mit der neuen staatlichen Ordnung abstimmen und Bündnisse mit den Feinden der Sowjetregierung sowie offene oder verborgene Agitation gegen sie verurteilen ...“¹⁸. Allerdings bezweifelten viele Geistliche und Gläubige die Echtheit dieses Dokuments. Der Tod des Patriarchen war ein schwerer Verlust für die orthodoxe Kirche. Am 12. April wurde er im Donskoj-Kloster feierlich beigesetzt. Am selben Tag stimmten 59, beim Begräbnis Tichons anwesende Bischöfe dem Vorschlag zu, gemäß dem „Testament“ einen

¹⁶ Izvestija VCIK vom 3.6.1924.

¹⁷ P.V. Giduljanov, Otdelenie cerkvi ot gosudarstva v CCCR. Polnyj sbornik dekretov, vedomstvennyh rasporjaženij i opredelenij Verchovnogo Suda RSFSR i drugih socialističeskich respublik (Moskva 1926) 9.

¹⁸ Izvestija VCIK vom 15.4.1925.

Patriarchatsverweser einzusetzen und wählten den Metropoliten Petr (Poljanskij) von Krutick in dieses Amt¹⁹.

Schon bald, am 10. Dezember 1925, wurde er verhaftet, und die Leitung der Kirche ging an seinen Stellvertreter, den Metropoliten Sergij (Stragorodskij) über. Auch letzterer blieb von Verhaftungen nicht verschont, wurde aber am 27. März 1927 endgültig freigelassen²⁰. Am 10. Mai wandte er sich mit der Bitte an das NKVD, die Errichtung einer Kirchenverwaltung zu gestatten, und rief am 18. Mai in Moskau eine Bischofsversammlung ein, der er vorschlug, einen Provisorischen Heiligen Patriarchatssynod (VPSS) aus acht Mitgliedern zu etablieren. Am 20. Mai teilte das NKVD dem Metropoliten Sergij mit, daß „es keine Hindernisse für die Tätigkeit dieses Organs bis zu seiner offiziellen Bestätigung geben werde“ (der Synod wurde im August bestätigt)²¹. Am 29. Juli richtete Sergij gemeinsam mit den Mitgliedern des Synods ein „Sendschreiben an die Gemeindepriester und die Gemeinde“ („Deklaration des Jahres 1927“), in dem es, bezogen auf alle Gläubigen, heißt: „Wir müssen nicht in Worten, sondern in Taten zeigen, daß nicht nur Menschen, die der Orthodoxie gegenüber gleichgültig sind, nicht nur ihre Verräter, sondern auch ihre eifrigsten Verfechter treue, der Sowjetregierung ergebene Bürger der Sowjetunion sein können ... Wir möchten Orthodoxe sein und gleichzeitig die Sowjetunion als unsere bürgerliche Heimat anerkennen, deren Freuden und Erfolge unsere Freuden und Erfolge sind und deren Mißerfolge unsere Mißerfolge sind ...“²².

Schon die „Deklaration“ verletzte einige Orthodoxe durch Wendungen, die als Beleg für den Übergang von einer Position der Loyalität und apolitischen Haltung zu einer Position innerer geistiger Solidarität mit der Macht galten. In einem Antwortschreiben von Bischöfen, die auf den Solovki-Inseln gefangen gehalten wurden, hieß es im September: „Der Gedanke einer Unterordnung der Kirche unter die weltliche Ordnung ist in einer solch kategorischen und vorbehaltlosen Form ausgedrückt worden, daß sie leicht als vollständige Verschmelzung von Staat und Kirche verstanden werden kann...“²³.

Der Metropolit Sergij selbst entschied sich nach langem Überlegen für den Weg der Zusammenarbeit mit den Regierenden, um die Kontinuität der „gesetzlichen“ Orthodoxie zu wahren. Denn nicht ohne Grund schrieb der Bischof I. Mejendorf: „Der Aufhebung des ‚Zentrums‘ des Patriarchats zuzustimmen, würde die Übergabe des Monopols der ‚legalisierten‘ Kirchlichkeit an den ‚Synod‘ der ‚Erneuerer‘ (der vom Östlichen Patriarchen anerkannt worden war!!!) bedeuten, der nach und

¹⁹ Russkaja pravoslavnaja cerkov' 988–1988, Vyp. 2: Očerki istorii 1917–1988gg. (Moskva 1988) 34.

²⁰ Regel'son, 414–417.

²¹ A. A. Šiškin, Suščenost' i kritičeskaja ocenka obnovlenčeskogo raskola russkoj pravoslavnoj cerkvi (Kazan' 1970) 302 f.

²² Izvestija VCIK vom 19.8.1927.

²³ Metropolit Ioann (Snyčev), Cerkovnye raskoly v Russkoj cerkvi 20-ch i 30-ch godov XX stoletija – grigorianskij, jaroslavskij, iosifljanskij, viktorsanskij i drugie. Ich osobennosti i istorija (Sortavala 1993) 127 f.

nach alle aktiven Kirchen hätte übernehmen können. Aber die Beibehaltung der Patriarchalverwaltung schloß staatliche Kontrolle ein.²⁴ Es ist festzuhalten, daß die Absicht der OGPU, die Einheit der Patriarchatskirche zu beseitigen, im Frühjahr 1927 kurz vor dem Erfolg stand. Durch die Drohung erpreßt, die gesamte hohe Geistlichkeit der Orthodoxie zu verhaften, erklärte sich Metropolit Sergij als Gegenleistung für die Legalisierung des Patriarchats bereit, die wichtigsten Forderungen der Machthaber zu erfüllen und vor allem ihre Einmischung in die Personalpolitik zuzulassen: Bischofsweihen mit Einverständnis der OGPU vorzunehmen, höhere Priester aus politischen Gründen zu versetzen, Ämter verurteilter Bischöfe neu zu vergeben u. a.

Bei all seiner Weitsicht und Umsicht irrte Metropolit Sergij in der Annahme, daß seine Zugeständnisse Repressionen gegen Geistliche abwenden würden. Dennoch erscheint seine Kompromißbereitschaft, die wenigstens eine partielle Bewahrung der Kirche ermöglichte, im Lichte des folgenden Jahrzehnts, als es nicht mehr um Unterordnung, sondern um die vollständige Vernichtung der Orthodoxie im ganzen Land ging, in vielem gerechtfertigt. Nur war sie für einen bedeutenden Teil der Geistlichkeit und Laien unter keinen Umständen akzeptabel. In der Patriarchatskirche kam es zu neuen Teilungen.

Im Jahr 1927 entstand die Bewegung der „Nicht-Beachtenden“ (*nepominajuščie* – die Regierung und den Metropoliten Sergij), die eine recht weite Verbreitung im Land fand. Insgesamt verfügte sie anfangs über etwa 40 Bischöfe, die dem Vertreter des Patriarchatsverwesers die administrative Unterordnung verweigerten. Indes standen diese mehrheitlich in keiner Verbindung miteinander. Die zentrale Stellung nahm die stärkste und geschlossenste Gruppierung der „Iosifljaner“ ein, die ihren Namen von ihrem Kopf, dem Leningrader Metropoliten Iosif (Petrovych), ableitete.

Die iosifljanische Bewegung stellte den Versuch eines Teils der Geistlichkeit und der Gläubigen dar, unter den gegebenen Verhältnissen eines etablierten totalitären Regimes in einem Land illegaler oder halblegaler Opposition eine Alternative sowohl zum Weg Sergijs als auch zur Kirche der „Katakomben“ (der geheimen, im Untergrund operierenden) zu finden. Dabei ist es nötig, in aller Deutlichkeit auf die Unterschiede zwischen den Iosifljanern und den „Katakomblern“ (*katakombniki*) hinzuweisen, zwischen denen es ernsthafte Meinungsverschiedenheiten und zeitweise sogar offenen Kampf gab. Solange dies möglich war, versuchte die große Mehrheit der Iosifljaner, sich im Rahmen der Legalität zu bewegen (die Geistlichkeit ließ sich registrieren und schloß Verträge über die Nutzung der Gotteshäuser ab). Ihre Taktik bestand darin, den größten Teil der Geistlichen, vor allem den Episkopat, auf ihre Seite zu ziehen, um in letzter Konsequenz die oberste kirchliche Verwaltung zu erobern. Unter den Bedingungen des Regimes der 1930er Jahre war diese Bewegung eine singuläre, vielleicht die einzig mögliche Form einer halblegalen, oppositionellen Tätigkeit. Insgesamt sagten sich in der UdSSR etwa 3000 Gemeinden von Metropolit Sergij los. Zur iosifljanischen

²⁴ *Regel'son*, 616.

Geistlichkeit aber zählten nicht weniger als 4500 Personen. Zeitlich war die iosifljanische Bewegung auf die Periode von 1927 bis zur Mitte des Jahres 1940 beschränkt, wohingegen die Katakombenkirche von 1918 bis zum heutigen Tag Bestand hatte und in den letzten Jahren endlich die Möglichkeit erhielt, ihre Tätigkeit zu legalisieren. Die Bewegung des Metropoliten Iosif brach vor allem infolge der heftigen antireligiösen, kompromißlosen Politik des Sowjetregimes der ausgehenden 1920er und 1930er Jahre zusammen, die sie aller Erfolgsaussichten beraubte. Ihre Taktik, die Geistlichkeit durch Agitation, Ernennung von Priestern und Bischöfen für andere Eparchien auf ihre Seite zu ziehen, war unter den Bedingungen der sowjetischen Realität dieser Jahre zum Untergang verurteilt²⁵.

Die umfassendste und konsequenteste Form eines massenhaften Widerstands war während der gesamten gut siebzيجjährigen Existenz des Sowjetregimes die geheime Katakomben-Kirche. Ihre ersten Gemeinschaften entstanden schon im Jahr 1918 kurz nach der Veröffentlichung des Januaraufufes von Patriarch Tichon, der die Kirchenverfolger mit dem Bann belegte. Als die „Erneuerungsbewegung“ im Frühjahr 1922 Oberhand in der Kirche gewann, wurde dies zum Hauptgrund dafür, daß sich geheime Gemeinden in einem erheblichen Teil des Landes ausbreiteten. In gewissem Maße trug eine solche Kirche Züge einer Wiedergeburt frühchristlicher Praktiken aus der Zeit des Arianismus, Monothelismus und des Bildersturms.

Der Verfasser schlägt folgende Periodisierung der illegalen kirchlichen Tätigkeit in der UdSSR vor. Die erste wichtige Etappe dauerte von 1918 bis zum Ende der 1920er Jahre. In dieser Zeit befand sich ein relativ kleiner Teil der Geistlichen und Laien, ausschließlich wahrhaft-orthodoxe Christen, „echte“, überzeugte ‚Katakombler‘ (IPCh), im Untergrund, zu denen sich 1928/29 noch einige Gemeinden der „Nicht-Beachtenden“ gesellten. Die zweite Etappe erstreckte sich über den Zeitraum der 1930er bis zur Mitte der 1940er Jahre. Die grausamen religiösen Verfolgungen dieser Zeit führten zu einem starken Anwachsen der Anhänger der Katakombenkirche; die Mehrzahl der Gemeinden wechselte in die Illegalität, hielt aber dem Patriarchat überwiegend die Treue. In den letzten Kriegsjahren verließen sie den Untergrund wieder. So verringerte sich die absolute Zahl der Katakombler um ein Vielfaches. Zwar wuchs gegen Ende der 1940er Jahre sowohl die Aktivität als auch die Zahl der IPCh, aber als Ergebnis der Repressionen der 1950er Jahre setzte auch in ihren Kreisen ein Niedergang ein. Die abschließende, vierte, Etappe umfaßt den Zeitraum vom Ende der 1950er bis zum Beginn der 1990er Jahre. Obwohl die Zahl der IPCh-Gemeinden ständig abnahm, wuchsen die Reihen der Katakombenkirche infolge der nächsten Kampagne gegen die Religion erneut merklich an. In den „Katakomben“ traten qualitative Veränderungen ein: Es entstanden acht Hauptströmungen, und zwar sowohl auf der Grundlage

²⁵ Vgl. u. a. M. V. Škarovskij, Iosifljanское движение и оппозиция в СССР, in: Istoričeskij al'manach 15 (1994) 446–463; ders., The Russian Orthodox Church versus the State: The Josephite Movement, 1927–1940, in: Slavic Review 54 (1995) 365–384; ders., Istinnno-pravoslavnye v Voronežskoj eparchii, t. 1 (Moskva 1996) 320–356.

der Wahrhaft-Orthodoxen, als auch durch die „Auffüllung“ von außen. Deshalb bestand die Geheimkirche zum Zeitpunkt des Untergangs der Sowjetmacht nicht nur fort, sondern befand sich im Gegenteil im Aufschwung. Die Entstehung und Verbreitung des religiösen Untergrunds war in mancher Hinsicht das Werk der Staatsorgane selbst, vor allem ihrer fehlerhaften Politik gegenüber der Kirche. Zugleich bewies das Phänomen orthodoxer „Katakomben“ (religiöser Nonkonformisten) nicht nur außergewöhnliche Standfestigkeit unter verschiedenen Bedingungen, sondern auch Tendenzen zur Selbstreproduktion und Vergrößerung durch Bekehrte.

Zu den 1920er Jahren zurückkehrend, ist festzuhalten, daß Massenrepressionen nicht nur gegen die Iosifljaner und Katakombler, sondern auch gegen alle anderen Strömungen der russischen Kirche seit dem Jahreswechsel 1928/29 rasch zunahmen. Die Zeit der Unbestimmtheit, als sich das Schicksal der orthodoxen Kirche noch am Scheideweg befand, ging zu Ende. Es begann die Entfesselung des langjährigen und tragischen Konflikts zwischen Kirche und Sowjetregime. Der gesamte politische Kurs gegenüber den religiösen Organisationen der UdSSR veränderte sich grundlegend. Die Phase relativ ruhiger Kontakte wurde durch eine lange Periode einer äußerst militanten, intoleranten Haltung zur Kirche abgelöst. Dies stand in Zusammenhang mit dem allgemeinen Kurswechsel in Richtung auf die Annullierung der NEP, die gewaltsame Kollektivierung, die Verschärfung der Klassengegensätze in Stadt und Land usw., den die tonangebende Gruppe im ZK der VKP(b) unter der Leitung I.V. Stalins beschloß. Als die Nepleute und Kulaken liquidiert wurden, fielen die Machthaber auch über die Kirche her, in der sie ein Instrument der Ausbeuterklassen und die Bewahrerin des Alten sahen. Obwohl die obersten Staatsorgane in den 1930er Jahren keine vollständige Entwurzelung der Religion anstrebten, ist festzuhalten, daß einige einflußreiche gesellschaftliche Organisationen („Bündnis der kämpferischen Gottlosen“) und lokale Behörden dieses Ziel zweifellos verfolgten²⁶.

Erste wichtige Wegmarken des neuen Kurses wurden im Frühjahr 1929 gesetzt. Am 8. April verabschiedeten VCIK und SNK der RSFSR das Dekret „Über religiöse Vereinigungen“, das die gesamte Existenz letzterer endgültig unter staatliche Aufsicht stellte. Im Mai änderte der 14. Allrussische Sowjetkongreß den Artikel 14 der Verfassung der RSFSR. Anstelle von „Freiheit religiöser und antireligiöser Propaganda“ war nunmehr nur noch die „Freiheit religiöser Konfessionen und antireligiöser Propaganda“ gestattet. Im Juni gab der zweite Kongreß des „Bundes kämpferischer Gottloser“ (SVB) die Losung aus, daß „der Kampf gegen die Religion ein Kampf für den Sozialismus“ sei und bekräftigte die Notwendigkeit, einen „gottlosen Fünfjahresplan“ zu verkünden²⁷.

Zunächst wurde im Zusammenhang mit der Entfaltung des Klassenkampfes auf dem Dorf das Schicksal aller monastischen Vereinigungen, Genossenschaften

²⁶ S. Savel'ev, 202.

²⁷ Sobranie uzakonenij raboče-krest'janskogo pravitel'stva SSSR 35 (1929) Art. 353; V. A. Aleksejev, „Pravaja opozicija“ i bor'ba s religiej, in: Agitator 5 (1989) 41, 43.

und des Mönchswesens insgesamt entschieden, indem man sie zu „sozialen Institutionen“ erklärte, „die der sozialistischen Lebensweise fremd“ seien²⁸. So sandte die OGPU schon am 28. März 1928 Unterlagen an die Leningrader Regionalverwaltung, die die wirtschaftliche und gesellschaftliche Tätigkeit der monastischen landwirtschaftlichen Vereinigungen und Genossenschaften des Kreises in tendenziöser Weise negativ beschrieben und deren Liquidation forderten²⁹. Aber erst 1930 wurden die Klöster von Pjatigorsk, Čeremenec, Nikolo-Besednyj und Tvoržkovsk, sowie die Troice-Sergiev-Einsiedelei endgültig aufgelöst. 1928 begann die massenhafte Liquidierung von Kirchen mittels „gewaltsamer Methoden“, nun aber nicht mehr nur, wie früher, von Hauskirchen, sondern vor allem auch von Gemeindekirchen. Wenn in Rußland im Jahr 1927 134 Gebetshäuser geschlossen wurden, so waren es 1928 schon 542 und 1929 sogar 1000³⁰. Dennoch forderte das NKVD seine Lokalbehörden und die sowjetischen Arbeiter in einer Instruktion vom Herbst desselben Jahres auf, den Kampf an der „religiösen Front“ zu verstärken.

Anfang 1930 setzte sich der Druck fort. Das Exekutivbüro des Zentralrats des SVB nahm auf einer Sitzung am 29. Januar den Plan eines ersten „gottlosen Fünfjahresplans“ an, der insbesondere eine Erhöhung der Mitgliederzahl auf zehn Millionen vorsah. Am 6. Februar beschloß die kurz zuvor gegründete Kommission für Kultfragen beim VCIK, das Schließungsverfahren für Kirchen im Vergleich zum Gesetz vom 8. April 1929 zu vereinfachen. Im Normalfall wurde das endgültige Entscheidungsrecht an die Kreis- und Gebietsräte übergeben. Am 11. Februar schließlich faßten das CIK und der SNK der UdSSR einen Beschluß „Über den Kampf gegen die konterrevolutionären Elemente in leitenden Organisationen religiöser Vereinigungen“, der die Regierungen der Unionsrepubliken aufforderte, bei der Registrierung der leitenden Organe solcher Vereinigungen Kulaken, Personen ohne Bürgerrechte (*lišency*) und andere „der Sowjetmacht feindliche“ Personen auszuschließen³¹.

Im Frühjahr 1930 erreichte die Situation in der Religionsfrage einen kritischen Punkt. Die staatlichen Verfolgungen riefen Massenproteste hervor; teilweise, vor allem im Gebiet von Pskov, kam es sogar zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Gläubigen. All das wirkte sich äußerst ungünstig auf die Gründung von Kolchosen aus. Der Mißerfolg der Kolchoskampagne gab zum bekannten Artikel Stalins „Schwindel vor Erfolg“ Anlaß, der einige der praktizierten Methoden rügte. Am 19. Februar machte der Metropolit Sergij den Bevollmächtigten für Kultfra-

²⁸ V. F. Zybkovec, Nacionalizacija monastyrskich imuščestv Sovetskoj Rossii 1917–1921 (Moskva 1975) III, 2; Bezbožniki i socialističeskaja perestrojka derevni, in: Bezbožnik (1930) 18–19; Pravda vom 13.4.1928.

²⁹ Otnošenje Polnomočnogo Predstavitel'stva OGPU v Leningradskom Voennom Okruge v Leningradskoe zemel'noe upravlenie vom 28.3.1928, in: Leningradskij oblastnoj gosudarstvennyj archiv v g. Vyborg (LOGAV) f. 4727, op. 3, d. 3, ll. 95–104.

³⁰ Regel'son, 476.

³¹ M. I. Odincov, Gosudarstvo i cerkov'. Istorija vzaimootnošenij 1917–1938 gg. (Moskva 1991) 45 f.

gen beim Präsidium des VCIK, P. Smidovič, in einem Brief darauf aufmerksam, daß es unzulässig sei, die Gründung der Kolchosen durch das „Abnehmen der Glocken“ und die Schließung der Gotteshäuser zu begleiten. Der Brief wurde als Indiz dafür betrachtet und offiziell so anerkannt, daß Bischöfe und Geistliche zeitweise „selbst gemeinsam mit den Stoßtrupps auf das Schlachtfeld“ gingen³². Auf Wunsch von Metropolit Sergij wurde seit Anfang 1931, wenngleich nicht regelmäßig, die Zeitschrift „Žurnal Moskovskoj Patriarchii“ herausgegeben. Am 14. März faßte das ZK der VKP(b) den Beschluß „Über den Kampf gegen die Abweichungen in der Kolchosbewegung“, der Übertreibungen im Verhältnis zur Religion verurteilte: „Man muß die administrative Schließung von Kirchen strikt untersagen, die angeblich auf den allgemein-freiwilligen Wunsch der Bevölkerung zurückgeht. Die Schließung von Kirchen ist nur dann zulässig, wenn die überwältigende Mehrheit der Bauern dies tatsächlich wünscht und wenn die Vorschläge der Versammlungen von den Gebietsexekutivkomitees bestätigt worden sind. Für Handlungen, die die religiösen Gefühle der Bauern und Bäuerinnen verspotten, soll man die Schuldigen streng bestrafen.“³³ Zwei Tage später veröffentlichte die *Pravda* einen Beitrag über falsche, von einigen Dorfsowjets im Leningrader Gebiet angewandte Methoden, wo man die Kollektivierung mit dem Vorschlag begonnen hatte, die Kirche zu schließen³⁴.

Als wichtiger Grund für die vorübergehende Lockerung der Religionspolitik in der UdSSR darf das Sendschreiben des römischen Papstes Pius XI. vom 2. Februar 1930 gelten, das alle Gläubigen der Welt dazu aufrief, für die verfolgte russische Kirche zu beten, und die internationale Autorität der sowjetischen Regierung erheblich beschädigte. Letztere versuchte, die Epistel zu widerlegen, und unterband einige schon vorbereitete antikirchliche Maßnahmen.

Die Abweichung vom „harten Kurs“ erwies sich als kurzzeitig. Schon von Mitte 1931 an verhärtete sich die Religionspolitik in der UdSSR wieder deutlich. Eine neue Welle der Liquidierung von Kirchen begann in „bolschewistischem“ Tempo. Die Regierungsorgane einer Reihe von Regionen des Landes machten es sich zur Aufgabe, alle noch aktiven Gotteshäuser vollständig „auszurotten“. So heißt es in einem offiziellen, vom Leiter des Sektors für administrative Überwachung, K. M. Negljuevič, unterzeichneten Schreiben an den Leningrader volkswirtschaftlichen Gebietsowjet vom 9. August 1931: „Der Sektor für administrative Überwachung ... beim Leningrader Sowjet gibt bekannt, daß wir, geleitet von den Anweisungen der Arbeiter der Stadt Lenins, danach streben, alle Kirchen in der Stadt zu schließen ...“. Wenn im Jahr 1931 die Gebietskommission für Kultangelegenheiten von 43 Anfragen über die Schließung von Gotteshäusern

³² N. Tal'berg, K sorokaletiju pagubnogo evlogianskogo raskola (Džordanvill' 1966) 79.

³³ KPSS v rezolucijach i rešenijach s-ezdov, konferencij i plenumov CK, t. 5 (Moskva 1984) 104.

³⁴ Pravda vom 16.3.1930; Cirkuljar Lenoblispolkoma ob ispravlenii iskrivlenij, dopuščennyh v bor'be s religioznymi predrassudkami ot 14.4.1930, CGA SPb f. 7179, op. 4, d. 25, l. 157.

36 positiv entschied, so waren es im Jahr 1932 bei 134 entsprechenden Anfragen 133³⁵.

Trotz aller Anstrengungen wurde zur Jahresmitte 1932 klar, daß der erste „gottlose Fünfjahresplan“ fehlgeschlagen war. Im Juli beriet das Präsidium des SVB über Direktiven für einen zweiten Fünfjahresplan der Gottlosen. Die zu Beginn des Jahres zusammengekommene, siebzehnte Konferenz der VKP(b) hatte die Umrisse des zweiten volkswirtschaftlichen Fünfjahresplanes festgelegt, dessen Hauptaufgabe darin bestand, „eine klassenlose, sozialistische Gesellschaft“ zu errichten. Daraus entstand auch die Idee, alle kapitalistischen (d. h., wie man dachte, auch religiösen) Überreste im Bewußtsein der Menschen zu liquidieren. Der SVB steckte sich das utopische Ziel, in einer klassenlosen Gesellschaft endgültig mit der Religion zu brechen³⁶.

Im Jahr 1933 nahmen die Anstrengungen der Kommission für Kultangelegenheiten beim VCIK, die formal im Rahmen der Legalität blieben, ab; immer häufiger gab sie den Kräften nach, die offen für ein administratives Diktat eintraten. So nahm die Kommission im Februar auf Druck der GPU den Beschluß „Über den Zustand der religiösen Organisationen“ an, in dem zu einer entschiedenen Haltung zur Unterbindung jeden Einflusses von Kultanhängern auf die Werktätigen aufgerufen wurde. Im folgenden Monat versetzte die Einführung des Paßzwangs in den Großstädten der Geistlichkeit einen heftigen Schlag. In Leningrad z. B. verweigerte man etwa 200 von 600 orthodoxen Geistlichen den Paß, so daß sie die Stadt verlassen mußten. In der zweiten Jahreshälfte 1933, kurz nach dem Verbot des Glockengeläuts in vielen Ansiedlungen, begann eine groß angelegte Kampagne mit dem Ziel, Glocken aus den noch aktiven Kirchen zu entfernen und sie umzuschmelzen. Man führte sie im ganzen Land in Einklang mit den Direktiven des Sovnarkom durch; die penible Berechnung der Bronze erfolgte nach den Richtlinien der OGPU³⁷.

Nach ihrem Höhepunkt Anfang 1934 nahmen die Verfolgungen allmählich ab. Seit Frühjahr 1934 trat wieder eine gewisse Veränderung im Verhältnis zu den kirchlichen Organisationen in der UdSSR ein. In den leitenden Parteiorganen, darunter auch im Politbüro des ZK der VKP(b), setzte sich eine gemäßigte Gruppe um S. M. Kirov durch, die mit den vielen linken Überspitzungen in der Innenpolitik unzufrieden war. Aber nicht nur eine gewisse allgemeine Milderung wirkte auf das Verhältnis zur Kirche, sondern auch der Wandel in der außenpoli-

³⁵ Protokoly zasedanij Leningradskoj oblastnoj komissii po delam kul'tov za 1931–1932 gg. CGA SPb, f. 1000, op. 48, d. 77, ll. 25, 48, 194, 195; op. 49, d. 33, ll. 7, 17, 46, 90, 102–119, 147–169.

³⁶ V. A. Alekseev, „Šturm nebes“ otmenjaetsja? Kritičeskie očerki po istorii bor'by s religiej v SSSR (Moskva 1992) 128 f.

³⁷ Protokol zasedanij Leningradskoj oblastnoj komissii po delam kul'tov vom 29.3.1933, CGA SPb, f. 7384, op. 2, d. 39, l. 17; Postanovlenie prezidiuma Lenoblispolkoma i Lensoveta o prekraščenii kolokol'nogo zvona v cerkvach g. Leningrada, CGA SPb, f. 7384, op. 33, d. 204, l. 145; Telegramma predsedatelja Lenoblispolkoma P. I. Struppe zamestitelju predsedatelja SNK V. Ja. Cubarju o vypolnennii zadanija pravitel'stva o zagotovke kolokol'noj bronzы vom 15.12.1933, CGA SPb, f. 1000, op. 51, d. 26, l. 99.

tischen Arena – nämlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit den USA, die Machtergreifung der Faschisten in Deutschland und in einem umfassenderen Sinne die faktische Absage an die Konzeption zur Entfaltung der „Weltrevolution“. Unter diesen Umständen scheint der Plan gereift zu sein, auf außenpolitischem Gebiet mit der orthodoxen Kirche zusammenzuarbeiten (er wurde aber erst zehn Jahre später, während des Großen Vaterländischen Krieges, auch durchgeführt). Dabei entschied man sich freilich, beide Hauptströmungen der russischen Orthodoxie zu akzeptieren und ihre Gegnerschaft noch weiter zu vertiefen, weil die alteingesessene Hierarchie, die viele Bischöfe aus vorrevolutionärer Zeit einschloß, den Regierungsorganen wenig Vertrauen einflößte. Am 27. April 1934 verlieh die Patriarchatssynode dem Metropoliten Sergij den Titel „Hochgesegneter (*blažennejšij*) Metropolit von Moskau und Kolomensk“, d.h. sie übertrug ihm mit Zustimmung der Regierung das Amt des Patriarchen³⁸.

Das zweite, kleine „Tauwetter“ im Verhältnis zwischen Kirche und Staat war noch kurzlebiger als das von 1930/31. Im Dezember 1934 wurde der erste Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der VKP(b), S. M. Kirov, ermordet. Sein Tod wurde dazu genutzt, um eine große Kampagne von Repressionen und Terror zu entfesseln. Diese Kampagne berührte alle Schichten der Bevölkerung, die Geistlichkeit und Gläubigen litten jedoch in besonderem Maße. Kirchliche Organisationen wurden mehr und mehr der Konterrevolution und antisowjetischer Tätigkeit beschuldigt. Die Verfolgungen von 1935 bis 1938 nahmen ständig zu. Immer weitere Opfer wurden zum Beweis von Stalins These gefordert, daß sich der Klassenkampf in der Gesellschaft in dem Maße verschärfe, in dem sich der Aufbau des Sozialismus vollziehe. Und der Kirche wurde nur ein Platz im Lager der Gegner dieses Aufbaus zugewiesen. 1937 erklärte der Vorsitzende des Zentralrats des SVB, E. Jaroslavskij, daß „die religiösen Organisationen die einzigen legalen reaktionären, feindlichen Organisationen seien“, und ein anderes Mitglied des Zentralrates, F. Oleščuk schrieb: „Die reaktionären Geistlichen handeln im Einklang mit den trotzkistisch-bucharinistischen Spionen und Diversanten, den bourgeois Nationalisten und der übrigen Agentur des Faschismus.“³⁹ Desgleichen wies ein Brief des IV. erweiterten Plenums des Zentralrats des SVB an Stalin vom Februar 1938 darauf hin, daß „die reaktionäre Rolle der Religion und die schändliche konterrevolutionäre Tätigkeit der religiösen Organisationen, die sich mit faschistischen konterrevolutionären Elementen zusammenschließen“, den Werktätigen „immer deutlicher vor Augen tritt“. Bis zur Mitte der 1930er Jahre vermochte man die öffentliche Meinung schon derart zu manipulieren, daß die Ansicht verbreitet war, im Land werde eine breite Verschwörung der Geistlichkeit vorbereitet, die von ausländischen Zentren geleitet werde und auf die Niederwerfung der sowjetischen Macht ausgerichtet sei. Zu diesem Zweck propagierte das NKVD die Version, einschlägige Spionage- und Sabotageorganisationen würden in vielen

³⁸ Žurnal Moskovskoj Patriarchii 20 und 21 (1934) 3 f.

³⁹ Alekseev, Illjuzii i dogmy 322–323.

Kreisen der UdSSR agieren⁴⁰. Faktisch ging es um die Frage nach der weiteren Existenz der orthodoxen Kirche und der Religion im Land.

Im Sommer 1935 verboten die Machthaber die „Zeitschrift des Moskauer Patriarchats“, und am Ende des Jahres beendete der Heilige Synod seine Existenz, weil er sich außerstande sah, seine stark reduzierte Mitgliederzahl aufzustocken. Zugleich wurden Ende 1935 die Massenverhaftungen von Bischöfen, Geistlichen und aktiven Laien wieder aufgenommen. Ein besonderes Ausmaß nahmen sie 1937 an. Die antireligiöse Kampagne wurde vom Volkskommissar für innere Angelegenheiten, N. I. Ežov, persönlich geleitet. Über das Land ergoß sich eine Welle von Prozessen gegen Geistliche, die man der Spionage und terroristischen Tätigkeit anklagte. 1938 schien die Organisation der Kirche im wesentlichen zerschlagen zu sein.

Allein 1937 wurden mehr als 8000 Kirchen geschlossen, 70 Eparchien und Vikariate liquidiert und etwa 60 Bischöfe hingerichtet⁴¹. Über die Zahl der unterdrückten Priester herrschen unterschiedliche Meinungen. So wurden nach Berechnungen des Historikers und Publizisten R. Medvedev in den Jahren 1935–1938 etwa 800 orthodoxe Bischöfe aller Richtungen verhaftet. A. Levitin meinte, daß 1937–1939 etwa 670 Bischöfe ums Leben kamen (davon 280 der Patriarchatskirche und 390 der Erneuerungsbewegung)⁴². Aber diese Berechnungen sind überhöht. Genauer ist D. Pospelovskij, der die Zahl der bis 1956 eines gewaltsamen Todes gestorbenen Bischöfe auf etwa 300 schätzt. Dagegen verringert dieser kanadische Wissenschaftler die Zahl der verfolgten Geistlichen allzu sehr und kommt für die 1930er Jahre auf 45000 und für die Zeit von 1918–1929 auf 5000 bis 10000⁴³. Der Vorsitzende der Kommission beim Präsidenten der Russischen Föderation zur Rehabilitierung der Opfer politischer Repression, A. Jakovlev, machte im November 1995 folgende Angaben: Unter sowjetischer Herrschaft wurden 200000 Priester hingerichtet, eine weitere halbe Million hatte unter Repressionen zu leiden⁴⁴. Aber diese Information ist viel zu ungenau, obwohl sie Angehörige aller Konfessionen einbezieht. In der genannten Zahl sind wahrscheinlich auch orthodoxe Kirchenbedienstete mit eingeschlossen wie Küster, Diakone, Wächter der Gotteshäuser u.a., sowie Laien, die mit kirchlichen Angelegenheiten betraut waren. Am genauesten sind die Berechnungen der Rehabilitierungskommission des Moskauer Patriarchats, die auf 350000 wegen ihres Glaubens Verfolgte bis 1941 kam (darunter nicht weniger als 140000 Geistliche). Davon wurden 150000 im Jahre 1937 verhaftet (80000 wurden erschossen). Die letztgenannte Zahl stimmt mehr oder weniger mit den Daten überein, die A. Ja-

⁴⁰ Ders., Celi raznye, učast' obščaja, in: Agitator 21 (1989) 39 f.

⁴¹ V. Cypin, Istorija Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi 1917–1990 (Moskva 1994) 106; V. Stepanov (Rusak), Svidetel'stvo obvinenija. Cerkov' i gosudarstvo v Sovetskom Sojuze, 3 t., t. 1 (Džordanvill' 1987) 178 ff.

⁴² Alekseev, Illjuzii i dogmy, 327; A. Krasnov-Levitin, Lichie gody 1925–1941 (Pariž 1977) 322.

⁴³ Pospelovskij, 170 f.

⁴⁴ Izvestija vom 25.11.1995.

kovlev in seinem neuesten Buch nennt: für die Jahre 1937–1938 162 500 Verfolgte, von denen 106 800 erschossen wurden⁴⁵.

Im Herbst des Jahres 1938 erreichte die antireligiöse Politik der staatlichen Organe ihren Höhepunkt. Am 7. Oktober entschied das Präsidium des Obersten Sowjets der RSFSR, das Dekret über die zentralen und lokalen Kommissionen zur Untersuchung religiöser Fragen aufzuheben⁴⁶. Das bedeutete die Zerstörung sogar der Möglichkeit von Kontakten zwischen Kirche und Staat. Zu dieser Zeit herrschte unter den Partei- und Sowjetaktivisten die Meinung, daß die Gesetze über die Kulte und besonders die Verordnungen des VCIK und des SNK der RSFSR „Über die religiösen Vereinigungen“ aus dem Jahre 1929 ganz aufgehoben werden sollten. Mit einem solchen Vorschlag wandte sich vor allem der Sekretär des ZK der VKP(b), G. M. Malenkov, an Stalin. Es wurde auch die Forderung vertreten, „die Verwaltungsorgane der Kirche und die kirchliche Hierarchie in der Form, wie sie sich herausgebildet hatte, zu beseitigen“⁴⁷. Von 1938 an blieb als einzige organisierte Struktur, die sich mit der Religionspolitik befaßte, die spezielle Kirchenabteilung des NKVD⁴⁸.

Die Zerschlagung der kirchlichen Organisation führte jedoch nicht zum gewünschten Ergebnis. Mit der Vernichtung eines großen Teils der Geistlichkeit verschwand das Bedürfnis der Bevölkerung nach religiösem Glauben nicht; vielmehr nahm der Glaube nur andere Formen an. Sogar auf den Seiten der Zeitschrift des Organs des ZK der VKP(b) „Bol'shevik“ erschien das Eingeständnis, daß das Fehlen von Gebetshäusern und Kuldienern nicht zur Überwindung der Religion führe, sondern daß ein Kampf dieser Art „nur die Positionen der religiösen Organisationen stärkte“. In aller Deutlichkeit zeigten die Ergebnisse der Volkszählung von 1937, die auch eine Frage über Religion enthielt, die wahre Situation im Land. So bekannten sich von 68 473 Mio. Befragten 30 862 Mio. (45,1 Prozent) zu ihrem Glauben⁴⁹. Viele wichen angesichts des Terrors, bei dem Menschen bisweilen nur deshalb verhaftet wurden, weil sie zu Hause eine Bibel verbargen, einer Antwort aus. Dies in Rechnung gestellt, kann man mit Sicherheit feststellen, daß in der UdSSR zu dieser Zeit nicht weniger als die Hälfte der Bevölkerung an Gott glaubte. Der Mißerfolg der Absicht, die Religion auszurotten, trat immer deutlicher zutage. Und schon Ende 1938 zeigten sich erste Symptome einer neuen Kursänderung der staatlichen Politik gegenüber den religiösen Organisationen in der UdSSR.

⁴⁵ A. *Emel'janov*, *Repressija duchovenstva i mirjan Russkoj Pravoslavnoj Cerkvi v 1917–1941gg.*, in: *Konferencija v Rossijskom gosudarstvennom istoričeskom archive* (Sankt-Peterburg 1995); A. N. *Jakovlev*, *Po moščam i elej* (Moskva 1995) 94 f.

⁴⁶ *Postanovlenie Prezidiuma Verchovnogo Soveta RSFSR* vom 7. 11. 1938, CGA SPb, f. 7384, op. 33, d. 69, l. 21.

⁴⁷ M. I. *Odincov*, *Gosudarstvo i cerkov' v Rossii XX veka* (Moskva 1994) 96.

⁴⁸ N. *Fominov*, *Protiv blagodušija i bespečnosti v antireligioznoj rabote*, in: *Bol'shevik* 20 (1937) 43.

⁴⁹ V. *Žiromskij*, *Pravoslavnyj christianin i graždanin Rossijskoj deržavy*, in: *Nauka i religija* 9 (1993) 16.

Vor dem Zweiten Weltkrieg durchlief die allgemeine Politik in der Hauptsache drei Etappen. In diese Etappen läßt sich auch die russische Kirchengeschichte einteilen. Von Herbst 1917 bis 1921 dauerte die Zeit des „Sturm und Drang“, der grausamen, aber systemlosen Verfolgung des Moskauer Patriarchats bei gleichzeitiger Förderung einiger anderer Konfessionen. So wurde eine Reihe von Gesetzen erlassen, die nicht nur die Kirche vom Staat trennten, sondern sie im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Organisationen auch diskriminierten. Das Ende des Bürgerkriegs und die Einführung der NEP machten einen gemäßigteren Kurs nötig. Zwar gelang es den staatlichen Organen 1922, die Kirche durch die Erneuerungsbewegung zu spalten und sie dadurch erheblich zu schwächen. Und 1927 wurde das Moskauer Patriarchat infolge des Kompromisses, den der Patriarchatsverweser Metropolit Sergij einging, in erheblichem Maße staatlicher Aufsicht unterstellt. Zugleich, Ende der 1920er Jahre, verstärkte sich der Einfluß der Kirche wieder, und die Religiosität der Bevölkerung, einer Reihe von Umfragen zufolge, nahm wieder zu. Die Regierung mußte anerkennen, daß das Patriarchat nicht mehr die „verweichlichte Kirche der Zarenzeit“ war, sondern sich wieder ein „ganzes Arsenal“ an Einflußmöglichkeiten und Verbindungen zu den Massen geschaffen hatte, das den sowjetischen Bedingungen entsprach und ihre Position zu stärken vermochte⁵⁰. Die zweite Etappe begann 1922 und endete 1928; die dritte (1929–1938) zeichnete sich durch die gezielte Absicht aus, das religiöse Leben in der UdSSR endgültig auszulöschen. Die Verfolgungen führten zur fast vollständigen Vernichtung der legalen Geistlichkeit aller Konfessionen. Bis 1939 gelang es den Machthabern in hohem Maße, den Anschein eines gottlosen Staates zu erwecken. Dieser Schein trog jedoch. Die Volkszählung von 1937 zeigte, daß etwa die Hälfte der Bevölkerung weiterhin gläubig war.

Auch 1939 war eine gewisse Kursänderung der staatlichen Religionspolitik festzustellen, nachdem die zehnjährige Periode der offenen und aktiven Angriffe auf die Kirche zu Ende gegangen war. Die Ursachen dieses Wandels lagen sowohl in der innenpolitischen als auch in der außenpolitischen Situation dieser Jahre: Die Verfolgungen hatten nicht dazu beigetragen, die ausgeprägte Religiosität in der UdSSR zu verringern; die Zahl der geheimen Gottesdienste wuchs ebenso wie der Massenprotest gegen die Schließung von Gotteshäusern; der näher rückende Krieg erforderte eine nationale Einheit anstelle einer Atmosphäre des Kampfes unter den Bürgern, die durch ständige Angriffe auf die Gläubigen hervorgerufen wurde; zudem erwachte in der Regierung das Interesse, das Moskauer Patriarchat für die Stärkung des sowjetischen Einflusses auf Millionen von orthodoxen Einwohnern in den 1939–1940 mit der UdSSR vereinigten Gebieten und Republiken zu nutzen. So besserte sich die Lage der Kirche zeitweise. Das Patriarchat erhielt die Möglichkeit, Bischofsweihen vorzunehmen, vakante Stellen zu besetzen usw. Dennoch blieb es auch 1939 bis 1940 Hauptaufgabe der Religionspolitik, so bald wie möglich eine religionslose Gesellschaft zu errichten. Von der Renaissance des kirchlichen Lebens beunruhigt, begann die Regierung schon Mitte 1940, den Kurs

⁵⁰ Protiv religii (Moskva, Leningrad 1929) 7f.

wieder zu verschärfen. Die Schließung von Gotteshäusern wurde fortgesetzt, die Zahl der Verhaftungen von Geistlichen stieg wieder an, zum letzten Mal lebte die Tätigkeit des „Bundes der kämpferischen Gottlosen“ auf.

Es herrscht Uneinigkeit darüber, wieviele orthodoxe Gotteshäuser vor dem Beginn des Krieges im Juni 1941 in der UdSSR in Betrieb waren. In jüngster Zeit gehen russische und ausländische Historiker davon aus, daß es in den westlichen, angeschlossenen Gebieten etwa 3000 und auf dem übrigen Territorium des Landes 100 bis 200 Kirchen gab⁵¹. Dem Verfasser erscheinen diese Zahlen etwas zu gering. Nach seinen, auf Archivmaterial gestützten Berechnungen bestanden in der UdSSR 3730 Gotteshäuser, davon etwa 3350 in den westlichen Gebieten und Republiken⁵². In jedem Falle war die Zahl der Gotteshäuser und die Zahl unversehrt gebliebener Priester zu Beginn des Krieges für ein Land von der Größe der UdSSR äußerst gering. Von beiden waren im Kerngebiet – verglichen mit den späten 1920er Jahren – weniger als fünf Prozent übrig geblieben. In der RSFSR gab es in 25 Gebieten (*oblast'*) nicht eine einzige geöffnete orthodoxe Kirche, in 20 zwischen einer und fünf. In der Ukraine wurden in sechs Gebieten alle Gotteshäuser geschlossen usw.⁵³.

Am Vorabend des Großen Vaterländischen Krieges schien es, daß die VKP(b) ihrem angestrebten religionspolitischen Ziel nahe war. „Kirchenlose“ und „gottlose“ Dörfer, Siedlungen, Städte, Kreise und ganze Gebiete zählten nach Dutzenden und Hunderten. Laut soziologischen Untersuchungen und Umfragen aus jener Zeit schien es, als sinke die Zahl der Gläubigen⁵⁴. Offizielle Medien der Masseninformation und die antireligiöse Literatur bezeugten die „Unterstützung des offiziellen Kurses der Kirchenpolitik des Staates durch die Werktätigen“, da sie vollständige Gewissensfreiheit zu garantieren schien. Aber das war eine Illusion. Schon nach einigen Monaten änderte sich die Situation grundlegend – vor allem in den von Deutschen besetzten Gebieten begann eine „religiöse Wiedergeburt“. Und während des Krieges kam es zu einer neuen, sehr bedeutsamen Veränderung im Verhältnis von Staat und Kirche in der UdSSR.

Die Tragödie der russischen Kirche zeigte sich unmittelbar im gesellschaftlichen Leben und in der Kultur des Landes. Vor allem traten die Loslösung der neuen Staatsmacht von christlichen Grundlagen und ihre heftige Auseinandersetzung mit der Geistlichkeit in der Politik zutage. Dabei muß man die traditionell stabilisierende und konservative Rolle der Kirche in der Gesellschaft in Betracht ziehen. Die Verfolgungen der Kirche gehören zu den wichtigsten Gründen für die Verschärfung der inneren Lage im Lande. Charakteristisch für die Kirche war ferner, daß sie für die Umgestaltung der Welt mit gewaltfreien Mitteln und für poli-

⁵¹ *Pospelovskij*, 168; *Stepanov*, I, 180 u.a.

⁵² *Otčet Soveta po delam Rossijskoj pravoslavnoj cerkvi v CK VKP(b) vom 14.2.1947, Rossijskij centr chranenija i izučenija dokumentov novejšij istorii (RCChIDNI) f. 17, op. 125, d. 407, l. 5; Otčet Soveta po delam Russkoj pravoslavnoj cerkvi v CK VKP(b) vom 1.1.1948, RCChIDNI, f. 17, op. 132, d. 7, l. 2 u.a.*

⁵³ *Odincov*, 101.

⁵⁴ *A.M. Barmenkov, Svoboda sovesti v SSSR (Moskva 1986) 162.*

tische Freiheit des Klerus' und der Gläubigen eintrat. In dem Maße, in dem sich der Totalitarismus im Land verfestigte, wurde ein Teil der Geistlichkeit zu einem Hort, wo freies Denken und Opposition gegen das politische Regime möglich waren. Besonders deutlich traten diese Tendenzen in der Tätigkeit der Katakombenkirche und der ausländischen russisch-orthodoxen Kirche hervor. Letzten Endes führte die Zerschlagung und innere Krise des Moskauer Patriarchats unmittelbar zu einer Einschränkung der Gewissensfreiheit, zur Stärkung der totalen ideologischen Kontrolle und zur Aushöhlung der moralischen Grundlagen für den Widerstand und Protest im Land. Man kann den Einfluß der Kirche auf das moralisch-sittliche Bewußtsein und den Geist der Gesellschaft sowie die Folgen der Aushöhlung ihrer geistigen Autorität kaum überbewerten. In der UdSSR kam es zu einer Auswechslung christlicher Werte durch klassenorientierte (*klassovye*). Traditionell war die Rolle religiöser Bildung und Kindererziehung sowie geistlicher Mildtätigkeit in Rußland erheblich. Die entsprechenden Tätigkeitsbereiche wurden schon Mitte der 1920er Jahre verboten. Dadurch vernichtete man insbesondere die geistige Nische für die aus der Gesellschaft Ausgestoßenen. Besonders hervorzuheben ist schließlich noch die Rolle des Christentums in der russischen Kultur. Die antikirchlichen Maßnahmen verursachten nicht nur den Verlust eines großen Teils der kulturellen Schätze des Landes, sondern wirkten sich auch negativ auf die Einstellung zum Kulturerbe insgesamt aus. Außerdem begünstigten sie den Niedergang des intellektuellen Potentials der Gesellschaft. So ist es kein Zufall, daß sich in der Gegenwart beide aufs engste miteinander verknüpfte Aufgaben in gleicher Dringlichkeit stellen: die Wiedergeburt der orthodoxen Kirche und der nationalen Kultur. Ein wichtiges Problem ist außerdem die innere Aushöhlung der orthodoxen Kirche während der Jahre der Sowjetherrschaft. Die russische Kirche muß sich heute einigen Schlüsselaufgaben stellen, die in hohem Maße von der Notwendigkeit bestimmt sind, das Erbe der „Epoche Stalins“ allmählich zu überwinden: das Eindringen staatlicher Strukturen in die innere Tätigkeit der Kirche, die Erosion des orthodoxen Bewußtseins der Gläubigen, die Unterwerfung (*pokajanie*) der Führung des Moskauer Patriarchats und die tragische Spaltung der orthodoxen Kirche.

Karl Schlögel

Der „Zentrale Gor'kij-Kultur- und Erholungspark“ (CPKiO) in Moskau

Zur Frage des öffentlichen Raums im Stalinismus

Einer der kenntnisreichsten Beobachter der sowjetrussischen Verhältnisse der 30er Jahre, der deutsche Militärattaché General Ernst Köstring, teilt in seinen Aufzeichnungen Folgendes mit:

„Als typisch für das neue Rußland möchte ich auch den in jeder größeren russischen Stadt bestehenden ‚Park der Kultur und Erholung‘ erwähnen. Er war etwas anderes als die früheren Jahrmärktsbelustigungen. In Moskau war dieser Park in dem früheren Garten eines Fürstenschlosses errichtet. Es ist absolut falsch, wie die meisten Ausländer es taten, diese Einrichtung mit einem mitleidigen Achselzucken abzutun. Denn dieser Erholungspark hatte klar erkennbare für das Volk erzieherische Ziele. Natürlich auch propagandistische. Besonders deutlich erkennbare zur Erweckung des Wehrwillens und des Interesses für die Armee. Am Eingang befand sich ein riesiger Turm, von dem man mit Fallschirmen absprang. Er war stets von einer zahlreichen Menge nicht nur Jugendlicher umlagert, die absprangen. Im übrigen habe ich solche Türme auch in kleineren Provinzstädten gesehen, überall stark frequentiert. Dann befanden sich dort große Freilichttheater, in denen klassische Stücke und Opern aufgeführt wurden. Auf der am Park vorbeifließenden Moskwa standen Rennboote zur Verfügung. Es fehlten nicht die verschiedensten Modelle aller möglichen Waffen, die nicht nur besichtigt, sondern an denen auch geübt werden konnte. Andererseits fehlten hier auch nicht Tanzlehrer zum Studium der alten russischen Volkstänze und immer stark besetzte Säle zum Schachspiel. Aber das früher in den kleinen russischen Landstädtchen grassierende Kartenspiel war nicht mehr vertreten. Für mich besonders interessant waren die im Park zahlreich verstreuten Redner, die den Besuchern die jeweils aktuellen Tagesfragen zu erläutern und zu erklären suchten. Auf die vielen Einwürfe und Fragen der Besucher wußten diese geschickten und durchgebildeten Propagandisten stets eine plausible Antwort zu geben. Mich erinnerten diese Redner an die Vorgänger der modernen Presse, an die Bänkelsänger im Mittelalter, die vor Entstehen einer die Nachrichten verbreitenden Presse durchs Land zogen und Neuigkeiten verkündeten. Wie einst sie, so waren auch diese Redner sehr ernst zu nehmende Faktoren. Das zeigte sich, als nach dem für alle Welt plötzlich gekommenen Umschwung nach vorhergegangenen jahrelangen Beschimpfungen der deutsch-russische Pakt geschlossen worden war. Hatte doch Stalin selbst bei diesem Paktabschluß, als einmal Ribbentrop in der gegenseitigen Annäherung zu plötzlich vorgehen wollte, ihm gesagt, daß das doch nach der jahrelangen ‚Begießung mit Jauche seitens der Deutschen‘ nicht ginge. Hier aber zeigten sich nun diese Redner auf der Höhe der Situation. Obwohl sie stets von einer besonders großen Menge umringt waren, die sehr heikle Fragen und Zweifel vorbrachten, blieben sie immer Herr der ihnen gestellten Aufgabe: der Menge die Notwendigkeit des deutsch-russischen Freund-

schaftsvertrages einzuhämmern. Für mich war es damals lehrreich und erfreulich, als ich, oft unter der Menge weiland, konstatieren konnte, daß die meisten Zuhörer nur Zustimmung für den Pakt bekundeten.

Sicher wird mancher Leser lächeln, wenn er sieht, aus was für Mosaiksteinchen meine zusammenragende Arbeit bestand. Er wird sich fragen, was ein Waffenattaché in einem solchen Park wohl für Vergnügen fände. Aber zur Beurteilung der Schlagkraft einer Armee und der Popularität einer Politik gehört auch die Kenntnis der Volksmeinung. Dafür waren gerade diese Parks eine wahre Fundgrube – und dazu unverfälscht.“¹

Wir finden in diesem Zitat des in Moskau vor dem Ersten Weltkrieg aufgewachsenen und mit den russischen Verhältnissen gut vertrauten Beobachters eine außerordentlich dichte Beschreibung des Kultur- und Erholungsparks. Es handelt sich offensichtlich um einen multifunktionalen Ort, der sowohl Aufgaben der Erholung, der politischen Erziehung, der Wehrrertüchtigung und der Unterhaltung in sich vereint, und der trotz seiner Neuheit in einer gewissen Tradition steht. Der entscheidende Punkt ist indes Köstrings Hinweis darauf, daß „diese Parks eine wahre Fundgrube – und dazu unverfälscht“ gewesen seien. Mit seiner Beschreibung ist Köstring nicht allein². Köstring wendet sich explizit gegen eine mitleidige Ignoranz, mit der Ausländer auf diese Einrichtung blickten und so deren eigentliche Bedeutung übersähen. Köstrings Beobachtung gewinnt eine mehr prinzipielle Bedeutung auf dem Hintergrund der jüngeren Forschungen zum Charakter des „Stalinismus“. Es geht in diesem Zitat ja um die Frage, ob es in der sowjetischen Gesellschaft der Stalinzeit Orte oder soziale Räume gegeben hat, an denen so etwas wie die „unverfälschte“ Artikulation von gesellschaftlicher Stimmung oder Meinung überhaupt möglich war, oder allgemeiner, ob das, was in der Regel das „stalinistische System“ genannt wird, einen „Öffentlichen Raum“ zugelassen hat, und wenn ja, wie dieser beschaffen war.

Es geht in den folgenden Erörterungen nicht um eine abgeschlossene These zur Öffentlichkeit im Stalinismus. Dafür fehlen weitgehend die Vorarbeiten und wohl auch noch die dafür notwendigen Quellen. Sehr wohl soll aber versucht werden, darzulegen, wie fruchtbar es sein könnte, der Spur zu folgen, die mit Beobachtungen und Hinweisen wie der zitierten gewiesen wird. In einem ersten Schritt wird versucht, die restriktive Wirkung bestimmter normativer Annahmen zum Cha-

¹ Ernst Köstring, *Der militärische Mittler zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion 1921–1941*, bearbeitet von Herman Teske (Frankfurt a.M. 1965) 124 f.

² Vgl. Klaus Mehnert, *Das zweite Volk meines Lebens. Berichte aus der Sowjetunion 1925–1983* (Stuttgart 1986) 89 f. Hinweise auch bei: David L. Hoffmann, *Peasant Metropolis. Social identities in Moscow, 1929–1941* (Ithaca, London 1994) 174, Fn. 99. Aus der Perspektive der „alten Generation“ vgl. Ossip Mandelstam: „Ich kann nicht mehr im gleichen Schritt mit Jungen/In jene linienreichen Stadien ziehn,/Ich werd nicht auf den Weckruf des Motorrads/Im Morgengraun von meinem Bett aufspringen/Und in die Glaspaläste auf den Hühnerbeinen/Geh ich niemals, nicht mal als leichter Schatten/... Was für ein Sommer! Junger Arbeitsleute/Tatarische und glänzend-dunkle Rücken/Mit mädchenhaften Bändern, rückgratlang,/Und rätselvollen, schmalen Schulterblättern/Kindlichen Schlüsselbeinen. grüß dich, grüß dich,/Du mächtige, du ungetaufte Wirbelsäule:/Wirst mit uns sein – jahrhundertlang und mehr!“; in: ders., *Mitternacht in Moskau. Die Moskauer Hefte. Gedichte 1930–1934* (Zürich 1986) 99, 101.

rakter der stalinistischen Gesellschaft für die Forschung zu skizzieren. Die Hauptthese lautet dabei, daß die Vorgabe eines bürgerlichen Öffentlichkeitsbegriffs es fast sinnlos macht, überhaupt nach anderen Formen von Öffentlichkeit zu suchen. In einem zweiten Schritt wird öffentlicher Raum vor allem als gebauter städtischer Raum spezifiziert. Die Frage, die dabei interessiert ist, ob die gängige Rezeption der stalinistischen Stadt nicht ebenfalls wichtige Untersuchungen abschneidet. Drittens wird der „Kultur- und Erholungspark“ in einer historischen Beschreibung skizziert. Er wird als eine charakteristische Institution der stalinistischen bzw. sowjetischen Zivilisation vorgestellt. Abschließend werden Fragen formuliert, die auf eine Rekonzeptualisierung der Diskussion über die stalinistische Stadt und ihren Raum zielen.

Öffentlicher Raum im Stalinismus – Vorüberlegungen

Im Anschluß an Max Weber, Georg Simmel, Lewis Mumford, Jürgen Habermas und Richard Sennett könnte man städtische Öffentlichkeit als den Raum bezeichnen, in dem sich ein Gemeinwesen begegnet, darstellt, artikuliert³. Öffentlicher Raum ist sozial, politisch, kulturell, ästhetisch faßbar: als lebensweltliche Sphäre, als institutioneller Rahmen, als gebauter und inszenierter Raum. Mit öffentlichem Raum beschäftigen sich daher (mindestens) Sozial- und Kulturgeschichte, politische Wissenschaft und Soziologie, Städtebau und Architektur. Die Definition des öffentlichen Raumes impliziert die Opposition zum privaten Raum, zur Privatheit. Die Unterscheidung von privatem und öffentlichem Raum ist so alt wie der Ort, an dem sie sich herausgebildet hat und zum Problem wurde, also (in Europa) seit der polis. Die Stadt in ihren verschiedenen Formen und Stadien ist der klassische Topos für die Opposition von Öffentlichkeit und Nicht-Öffentlichkeit. Die idealtypische Form des öffentlichen Raums ist mit der Konstituierung bürgerlicher Öffentlichkeit erreicht worden: als der Raum der Selbstdarstellung und Meinungsbildung ökonomisch und politisch souveräner Subjekte. Öffentlichkeit ist zu einem Grundcharakteristikum der modernen bürgerlichen Gesellschaft geworden. Die Frage ist, was dieser der okzidentalen Entwicklung abgelesene „Idealtyp“ für eine Analyse der sowjetischen/stalinistischen Erfahrung hergibt.

Eine Geschichte des öffentlichen Raumes, also eine systematische Betrachtung jenes Raumes, in dem das (städtische) Gemeinwesen sich als solches organisiert,

³ Die Bedingungen der westlichen Stadt bei *Max Weber*: „Eine Stadtgemeinde im vollen Sinn des Wortes hat als Massenerscheinung vielmehr nur der Okzident gekannt. ... Denn dazu gehörte, daß es sich um Siedlungen mindestens relativ stark gewerblich-händlerischen Charakters handelte, auf welche folgende Merkmale zuträfen: 1. die Befestigung, – 2. der Markt, – 3. eigenes Gericht und mindestens teilweise eigenes Recht, – 4. Verbandscharakter und damit verbunden 5. mindestens teilweise Autonomie und Autokephalie, also auch Verwaltung durch Behörden, an deren Bestellung die Bürger als solche irgendwie beteiligt waren.“; in: *ders.*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (Tübingen 1972) 737; *Richard Sennett*, *Civitas. Die Großstadt und die Kultur des Unterschieds* (Frankfurt a.M. 1991).

darstellt, konstituiert, gibt es m.W. für das nachrevolutionäre Rußland, das stalinistische im Besonderen nicht. Bedeutet dies, daß es keinerlei Formen von Öffentlichkeit und öffentlichen Raum gibt, oder bedeutet es lediglich, daß ein normativer Begriff von bürgerlicher Öffentlichkeit bisher einen analytischen Zugriff auf andere, differente Formen von Öffentlichkeit versperrt hat? Geht man vom „Idealtypus“ aus, d.h. der Öffentlichkeitsform der *civitas* bzw. der bürgerlichen Gesellschaft, so kann es per definitionem im Stalinismus keine Öffentlichkeit geben. Dieses idealtypische und normative Verfahren macht es aber a priori unmöglich, die spezifischen Formen von Öffentlichkeit und öffentlichem Raum im Stalinismus zu untersuchen. Ich schlage daher anstelle eines normativen Zugangs eine (eher phänomenologisch orientierte) Heuristik vor unter der Fragestellung: An welchen Punkten, wenn überhaupt, konnte sich das sowjetische (städtische) Gemeinwesen artikulieren? Es wird sich dabei m.E. herausstellen, daß es spezifische Räume gibt, die für die Kohärenz des „stalinistischen Systems“ unabdingbar waren⁴.

Typisierend und stilisierend könnte man den sowjetischen öffentlichen Raum zunächst so beschreiben: Er ist *monumental*, weil er nicht aus der Initiative vieler Einzelner, sondern aus einem Machtwillen zustandegekommen ist. Er ist *hierarchisch* um ein altes oder neues Zentrum der Macht gruppiert. Er ist ein *geschlossenes Ensemble*, denn seine Gestaltung lag in einer zentralen und planenden Hand, ist nicht das Ergebnis rivalisierender Interessen von Individuen oder Gruppen. Er ist nicht nur Ergebnis von Funktionen, sondern soll *ästhetisch schön* sein. Der öffentliche Raum, typischerweise: ein städtischer Platz, ist herrschaftsgeprägt, wesentlich ein Macht – nicht ein Handelsplatz, nicht ein Forum, sondern ein Paradeplatz. Da es außer der Macht keinen Grundherren gibt, ist nicht die Parzelle die kleinste Einheit, sondern der Block, das Quartal, das Territorium der Stadt als ganzes. Es steht zur widerstandslosen und schrankenlosen Verfügung⁵.

Gegen diese „ideale Vedoute“, die dem Herrschaftsblick folgt, kann man eine andere Perspektive einnehmen, die zeigt, daß es neben dem organisierten öffentlichen Raum noch Räume gibt, die sich – vor allem zum Zeitpunkt des Entstehens des Stadtraums „stalinistischen Typs“ – dem Raum der Macht entziehen: die Welt der Bahnhöfe, die Welt der Märkte, die Welt der Boulevards und Parks, der Theater und Kinos, der Kaufhäuser, die Vorhallen der Institutionen (die Schlange der Frauen vor dem NKVD-Gebäude), die Klubs. In diesen Räumen begegnen sich die Menschen zwar nur in ihrer jeweiligen partiellen Funktion (als Zuschauer,

⁴ Es ist kein Zufall, daß die Frage nach sowjetischen Öffentlichkeitsformen bisher keine Rolle spielte. Aus dem Blickwinkel der Totalitarismus-Konzeption ist schon die Fragestellung unzulässig. Hier liegt ein konstitutionell bedingtes Desinteresse vor.

⁵ Dieser Typologie folgen fast alle zum Thema vorliegenden Arbeiten: *Anatole Kopp*, *L'architecture de la période stalinienne* (Grenoble 1978); *Vladimir Papernyj*, *Kul'tura „Dva“* (Ann Arbor 1985); *Tyrannie der Schönheit. Architektur der Stalin-Zeit*, Ausstellungskatalog des Österreichischen Museums für angewandte Kunst (Wien, München, New York 1994); *Ausstellungskatalog Berlin-Moskau/Moskau-Berlin* (München, New York 1995); *Alexei Turkhanov, Sergei Kavtaradze*, *Architecture of the Stalin Era* (New York 1992).

Einkäufer, Spaziergänger, Reisende), aber sie sind in einem System, das Öffentlichkeit in der Regel nur als organisierte, kontrollierte oder inszenierte kennt, die Hauptschauplätze des städtischen Lebens. Während die großen Schauräume in der Regel leer sind und nur zu bestimmten Fest- und Jahrestagen bevölkert werden, sind die Partialräume der fragmentierten Öffentlichkeit der Schauplatz des „wirklichen“ Lebens. Wenn wir wissen wollen, was öffentlicher Raum im Moskau von 1937 etwa gewesen ist, dann müssen wir wissen, welche Rolle die Bahnhofsbereiche, die Stadien, die Kultur- und Erholungsparks, die Kulturpaläste, die Universitätskafkas, die Reste von Sucharevka und Chitrovka (Schwarz- und Kolchosmärkten), die unüberschaubaren Bezirke von „Moskau-Shanghai“, also das Moskau der Baracken, gespielt haben⁶. Damit ist die Frage aufgeworfen, ob wir nicht weiterkommen, wenn wir nicht nach der Öffentlichkeit, sondern nach dem wesentlich Typischeren – der Halböffentlichkeit – Ausschau halten.

Allenthalben treffen wir solche Formen der Halböffentlichkeit, der diffus gewordenen Privatheit an – von der kleinsten Zelle des Wohnens in der Kommunalka bis zur Versammlung auf dem städtischen Platz. Die Kommunalka signalisiert das Ende der privaten Lebensform⁷. Das private Leben wird für Generationen halböffentlich – mit tiefgreifenden zivilisatorischen Folgen. Mit der Diffusion der Privatheit in der Kommunalka wird die Halböffentlichkeit zur charakteristischen Zone der Begegnung der Gesellschaft mit sich selbst: Die Halböffentlichkeit ist das Zwischenreich zwischen Nichtmehr-Privat und Nochnicht-Öffentlich. Die zentralen Orte dieser Halböffentlichkeit sind: die Gemeinschaftswohnung, die nicht nur Wohnraum ist, der Klub und der Park, der nicht nur Freizeit ist, die Fabrik, die auch Lebensraum ist. Das Medium der Mitteilung ist die Anekdote, das Küchengespräch, der familiäre Diskurs, die Information und Lektüre zwischen den Zeilen, das Gerücht, die nicht-schriftliche Weitergabe von Informationen in der Schlange, die Reise in der Eisenbahn, die direkte und authentische Information liefert, das Leben auf den Bahnhöfen, die zum Schauplatz kultureller, ethnischer, zivilisatorischer Vielfalt der Stadt werden, die quasi-politischen Aktivitäten nicht-politischer Organisationen von Sport, Erziehung, Bildung.

Die zentralen Orte dieser diffusen Öffentlichkeit sind nicht identisch mit den zentralen Orten des im Generalplan organisierten Stadtraumes. Ihr Stoff ist in überwältigendem Maße nicht-politisch, sondern mit überlebenswichtigen Alltagsdingen befaßt. Hieraus ergeben sich die größten Probleme für die historische

⁶ Die Quellenfrage zu diesem Forschungsfeld müßte gesondert diskutiert werden. Sicher scheint mir, daß die gesamte Belletristik und Memoirliteratur der Sowjetperiode unter diesem Gesichtspunkt neu gelesen, unendlich viele Belege liefern würde. Zum Beispiel über die Sucharevka vgl. *Ossip Mandelstam*, Die Sucharevka, in: *Das Rauschen der Zeit. Gesammelte „autobiographische“ Prosa der 20er Jahre* (Zürich 1985) 166–171. Wie fruchtbar die Exploration der Arkanbereiche einer Stadt für eine Sozialgeschichte werden könnte, hat zuletzt gezeigt: *Stephen Kotkin*, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization* (Berkeley 1995).

⁷ Einen ersten Versuch über Kommunalka hat gemacht: *Svetlana Boym*, *Mythologies of Everyday Life in Russia* (Cambridge/Mass. 1994). Aber auch hier gilt: Die Spur der Kommunalka, des obščezitie, der Schlange usw. in der Belletristik vom jungen Konstantin Paustovskij bis zum postsowjetischen Vladimir Sorokin ist erst noch systematisch aufzunehmen.

Forschung: Wie lassen sich solche Materien, Räume, Örter objektivieren und fixieren? Wo berühren sich diese diffusen Partialöffentlichkeiten mit der organisierten Großöffentlichkeit⁸?

Auf der Suche nach der anderen Stadt

In der bisherigen Forschung hat in der Regel das Moskau des Generalplans, das „monumentale Moskau“ im Zentrum gestanden, und auch hier vor allem die sichtbare, gebaute Stadt, wie sie sich in Stadtplanung und Architektur verkörperte⁹. Der Generalplan, dessen Ausarbeitung sich seinerseits bereits auf Beschlüsse des Junipenums des Zentralkomitees der KPR(b) aus dem Jahre 1931 stützen konnte, sah die grundlegende Umgestaltung Moskaus vor. Das alte Moskau war darin charakterisiert worden durch „enge und krumme Straßen, Zerrissenheit der Viertel durch viele Gassen und Sackgassen, ungleichmäßige Bebauung des Zentrums und der Peripherie, Belastung des Zentrums durch Geschäfte und Kleinunternehmen, geringe Geschosshöhe und Verwahrlosung der Gebäude bei höchster Verdichtung, planlose Ansiedlung von Industrie-, Bahn- und anderen Versorgungseinrichtungen“, die die normale Entwicklung der stürmisch sich entwickelnden Stadt, besonders des Verkehrs, behindern und eine „grundlegende und planmäßige Umgestaltung“ verlangen¹⁰. Der Generalplan umfaßte alle Aspekte des städtischen Lebens – von den Großprojekten wie dem Bau des Moskva-Volga-Kanals bis hin zur Reorganisation der Müllentsorgung. Das ZK hatte sich sowohl gegen die Musealisierung des historischen Zentrums als auch gegen einen Totalabriß zugunsten einer ganz neuen Stadt, wie sie in den Socgorod-Konzepten formuliert worden waren, ausgesprochen. Es sei „auszugehen von der Erhaltung der Grundlagen der historisch gewachsenen Stadt“, die allerdings integriert sein sollte in eine „einheitliche architektonische Gestaltung der Plätze, Magistralen, Uferkais, Parks unter Ausnutzung der besten Vorbilder der klassischen und neuen Architektur“¹¹. Dies bedeutete im Einzelnen: Die Planung des neuen Moskau war berechnet für eine Bevölkerung von fünf Millionen Einwohnern und deren Anforderungen an Wohnungen, Verkehrswesen, Wasserversorgung, Schulen, Krankenhäuser, Kaufhäuser usw. Das Stadtareal wurde um 60 000 Hektar erweitert, die Entwicklungsrichtungen nach Südwesten und Nordosten verschoben. Der Grüngürtel, die Boulevards und Parks sollten instandgesetzt und bedeutend erweitert werden. Mit dem Bau des Moskva-Wolga-Kanals erhielt die Moskva eine völlig

⁸ Zugänge eröffnen etwa: *Veronique Garros, Natalya Korenevskaya, Thomas Lahusen* (Hrsg.), *Intimacy and Terror* (New York 1995); *Jochen Hellbeck* (Hrsg.), *Tagebuch aus Moskau 1931–1939* (München 1996).

⁹ *Hugh D. Hudson, Jr.*, *Blueprints and Blood. The Stalinization of Soviet Architecture, 1917–1937* (Princeton 1994). Zuletzt noch einmal in der Ausstellung des Europarates: *Kunst und Macht im Europa der Diktatoren 1930 bis 1945* (London 1996).

¹⁰ Generalnyj plan rekonstrukcii goroda Moskvyy (Moskva 1936) I.

¹¹ Ebd. 3 ff.

neue Uferbebauung. Ausgangspunkt für alle Planung war die Ringstruktur der historischen Stadt, die allerdings durch Straßendurchbrüche durchlässiger und leistungsfähiger gemacht und auf die neuen Großbauten ausgerichtet werden sollte. Die Moskauer Stadtplätze – Roter Platz, Theaterplatz, Lubjankaplatz – sollten eine grundlegende Neugestaltung erfahren, neue Plätze bzw. neue Quartale – am Palast der Sowjets und am Haus der Industrie in Zar'jade – sollten angelegt werden. Die Planer gingen von einer Verbreiterung der existierenden Ringstraßen bis zu 30–40 Meter aus, die Kreuzungen sollten durch Beseitigung der Eckhäuser großzügiger und übersichtlicher werden. Die Hauptlast des Stadtdurchgangsverkehrs oblag drei durchgehenden Magistralen. Die für die Stadt wichtigen Bahnhofsplätze und Verkehrsknotenpunkte sollten neu gestaltet werden. In zu dicht bebauten Vierteln waren Durchbrüche, parallel zu vorhandenen Straßen vorgesehen (Novo-Arbatskaja, Novo-Kirovskaja). Die Ringstraßen wurden ausgebaut. Die Blockrandbebauung und die Traufhöhe wurden für das Stadtgebiet innerhalb und außerhalb des Boulevard-Rings definiert. Alle Bezirke sind gleichmäßig mit einem Netz von Grünanlagen zu versehen. Gesundheitsschädliche Produktionsanlagen wurden aus dem Stadtgebiet an den Rand verlegt. Besonders hervorzuheben sind die Großbauten auf Moskauer Gebiet: die Metro, der Moskva-Volga-Kanal, der Palast der Sowjets. Es ist keine Frage, daß diese Planung das alte Moskau vollständig umkremelte und – unter unersetzlichen Verlusten an alten Baudenkmälern – auch einen gänzlich neuen Stadtraum entstehen ließ. An diesem geplanten und monumentalen – und in der Nachkriegszeit durch die Hochhausbauten noch ins Monströse gesteigerten – Moskau hat sich vorwiegend die Analyse und die Kritik festgemacht. Man hat die Semiotik des neuen Moskau vielfältig gedeutet. Man hat die „konzentrische Hierarchie“ bemerkt, man hat den Übergang zum neuen Dekorativismus – im Unterschied zum asketischen und lakonischen Ideal des Neuen Bauens der 20er Jahre – konstatiert¹². Man hat die Vorherrschaft des Ganzen über die Teile, des Ensembles über das Individuelle herausgearbeitet und vor allem die Verschiebung der Proportionen zugunsten des Monumentalen¹³. Das bedeutet, die historische Analyse folgte weitgehend den Vorgaben und Perspektiven der Planungsinstanzen selbst. Die Frage, die sich hier stellt, ist nun, ob damit nicht eine Vereinseitigung des Blicks auf die Stadt als „geplante Veranstaltung“ und Inszenierung einherging. Erst in allerjüngster Zeit hat sich die Forschung „der anderen Stadt“ zugewandt und damit eine Erörterung über die Relation von geplanter und spontan wachsender Stadt möglich gemacht.

Zwei Erkenntnisse sind für unseren Zusammenhang von grundlegender Bedeutung.

Erstens die jedermann geläufige und bis in die Gegenwart fortwirkende, aber in der Forschung ausgeklammerte empirische Tatsache, daß das Moskau der 30er Jahre von seiner sozialen Zusammensetzung her eine Stadt der Bauern war. Im

¹² Papernyj, 92, 233.

¹³ Vgl. V. Semenov, Architekturnaja rekonstrukcija Moskva, in: Voprosy architektury (Moskva 1935) 119–158.

Zuge der Kollektivierung, der Proletarisierung von Abermillionen von Dorfbewohnern, gewollter Vertreibung und spontaner Flucht vom Land und unter dem Druck einer in der Geschichte beispiellosen „Hyper-Urbanisierung“ war Moskau zu „Peasant Metropolis“ geworden¹⁴. Die Stadt der Immigranten war auch die Stadt der Immigranten-Kultur, und nicht nur der Herrschaft und Verwaltung, mit allem, was für diese kennzeichnend war: Lebens- und Arbeitsformen, Umgangs- und Verhaltensweisen, religiöse Anschauungen, Wertvorstellungen. Diese lebten auch nach der Übersiedlung in die Stadt noch lange fort und wurden erst im Laufe der Generationen durch die städtischen Sozialisations-Instanzen transformiert.

Zweitens ist klar, daß das gebaute Moskau – sowohl das vorrevolutionäre historische wie das seit den 30er Jahren entstehende – nicht „das ganze“ Moskau darstellt, sondern nur das „monumentale“. Faktisch handelte es sich um zwei verschiedene in einer Stadt, „Dual City“, wie Timothy Colton Moskau in seiner großen Darstellung nennt. „Eine, Tempel und Festplatz zum höheren Ruhm der Sowjetordnung und Zentrum der Nomenklatura, zu einem hohen Preis und unter günstigen politischen Bedingungen errichtet; die andere, eine Behausung für die elementarsten Bedürfnisse der Mehrheit der Einwohner, zusammengefügt mit einem Minimum an Sorge und Aufwand und ganz den Industriekapitänen und sonstigen Arbeitgebern überlassen, nicht den Politikern.“¹⁵ Timothy J. Colton spricht vom Gegensatz zwischen „monumental city“ und „minimal city“. „Der hervorstechende Zug in der Entwicklung Moskaus unter Stalin war sein Dualismus. Die Leitung des hauptstädtischen Wachstums in den 1920er Jahren war an der Gesellschaft orientiert, volkstümlich und zielte auf die Peripherie: Zielsetzungen der Wohlfahrt rangierten ziemlich hoch, und die Politik zielte bis zu einem gewissen Grad darauf ab, den Habenichtsen am Rand der Stadt ein Leben zu ermöglichen. Die neue Formel war staatsorientiert, elitär und zentrumsfixiert: Es gab Demonstrationsobjekten den Vorzug, war auf die oberen sozialen Schichten eingestellt, und ihre Hauptanstrengungen zielten auf das Zentrum, nicht auf die Arbeiter in den Vororten. So profitierte nur ein kleiner Bevölkerungskreis von den in die Zukunft sich erstreckenden Bauprojekten eines idealen und monumentalen Moskau. Für alle anderen war Stalins Moskau ein Platz spartanischer Strenge, der die Befriedigung von Grundbedürfnissen ignorierte und hinaus-schob. In beiden Metropolen, besonders aber in der zweiten, führten Mittelknappheit und eine unreife Verwaltung dazu, daß man weit hinter den gehegten Erwartungen zurückblieb.“¹⁶ Zu dieser „minimal city“ gehören all jene Züge, die z.T. entweder aus den slumähnlichen Arbeitervororten des vorrevolutionären Moskau schon bekannt waren, freilich durch die hypertrophe Zuwanderung unvergleichlich gesteigert, oder aber aus den städtischen Agglomerationen der späteren „Dritten Welt“ geläufig geworden sind. Die Masse der Bevölkerung dieser

¹⁴ So der Titel der Untersuchung von Hoffmann, *Peasant Metropolis*.

¹⁵ Timothy J. Colton, *Moscow. Governing the Socialist Metropolis* (Cambridge/Mass. 1995) 251.

¹⁶ Colton, 325.

Viertel wie z.B. Izmajlovo, Kunccevo, Ljublino u.a. lebte in Holzbaracken ohne Wasser, Kanalisation und Elektrizität; zum Arbeitsplatz ging man oft stundenlang zu Fuß, da es kaum Verkehrsanbindungen gab. Freibleibendes Land wurde häufig zur Selbstversorgung genutzt. Zu Recht können die Bewohner dieser Viertel, die man nicht nur in Moskau in den 30er Jahren „Schanghai“ nannte, nicht als Bewohner, sondern lediglich als „Zuschauer“ des steinernen neuen Moskau bezeichnet werden¹⁷. Es handelte sich um Areale, in denen von einer durchgebildeten Infrastruktur nicht die Rede sein konnte. Es gab keine Adressen und für einen Fremden, der sich in der Regel hierher nicht verirrt, war es schwierig, sich zurechtzufinden – also ein Arkanbereich des Lebens, den man weder als dem Dorf noch der Stadt zugehörig bezeichnen kann, eine „amphibische Lebensform“ gewissermaßen. Die bäuerlichen Immigranten lebten hier weitgehend unter sich und isoliert von der zentralen Stadt. Sie behielten ihre religiösen Vorstellungen, ließen ihre Kinder taufen, legten ihre Hochzeitstermine nach dem orthodoxen Kalender fest. Die Herkunft aus einer bestimmten Region oder einem Dorf und die Herausbildung landsmannschaftlicher Zusammenhänge war oft der erste und einzige Halt in einer völlig neuen Umgebung; hier konnte man erfahren, wo es Arbeit gab, hier konnte man seine künftige Frau kennenlernen oder sich auch über die „großen politischen Fragen“ unterhalten¹⁸. Die politischen Klubs der Betriebe, denen an erster Stelle die Erziehung und Kultivierung der analphabetischen Zuwanderer oblag, erfaßten nur einen geringen Prozentsatz der neuen Arbeiterschaft, und wo sie vorhanden waren, waren sie mehr als dürftig ausgestattet. Die vorherrschende Form, die Zeit außerhalb der Arbeit zu verbringen, war demnach, sich in den Unterkünften zusammzusetzen, Karten oder Domino zu spielen, Lieder aus der Heimat zu singen und zum Akkordeon zu tanzen. Alkohol – auch als Samogon in den Unterkünften gebrannt – spielte dabei eine große Rolle. Auch Schlägereien (*chuliganstvo*) waren an der Tagesordnung. Die Elementarform dieses Beisammenseins ist das „guljan'e“, das „Spazierengehen“, jene einfachste Form des corsoähnlichen Zirkulierens um einen bestimmten Ort, an einem bestimmten „Plätzchen“ (*pjatačok*). „An Wochenenden und Feiertagen versammelten sich die Bauern-Immigranten regelmäßig im Park zum Singen und Tanzen; sie nannten dieses Treffen *pjatačok*, nach dem runden und offenen Platz, auf dem sie sich im Dorf versammelt hatten. Solche Versammlungen waren an religiösen Feiertagen in Moskau seit dem 19. Jahrhundert gang und gäbe.“¹⁹ Es ist die in die Stadt verpflanzte dörfliche Welt, oder mit den Worten eines Bauern-Immigranten: „Im Dorf ist es schön. Da kennt jeder jeden und alle verbringen eine gute Zeit miteinander. Sobald jemand ein Akkordeon aufgetrieben hat, fangen die Leute an zu singen und zu spielen und das den ganzen Tag.“²⁰ Über die Inhalte der Gespräche, der gesungenen Lieder oder kleinen Theatersketche, die bei solchen Treffen vor-

¹⁷ Ebd. 356; *Kotkin*, *Magnetic Mountain*.

¹⁸ *Hoffmann*, *Peasant Metropolis*, 158.

¹⁹ *Hoffmann*, *Peasant Metropolis*, 174.

²⁰ Ebd. 176.

getragen wurden, liegt einiges Material vor. Es belegt, daß es in diesen „*časťuški*“ nicht nur um die Urtypen geselligen Beisammenseins, des Flirtens und Spielens ging, sondern auch um politische „Stellungnahmen“ etwa zum Ablauf der Kollektivierung, zur neuen Hierarchie in den Kolchosen, zur Arbeitslast der Frauen oder über die fatale Neigung der Bauern-Immigranten zum Wodka²¹. Die Besonderheit dieses Quellenmaterials einer bäuerlich-städtischen Folklore, das nicht in schriftlicher Form vorliegt, sondern meist nur noch von Teilnehmern von einst abgefragt werden kann, legt die Dringlichkeit, hier weiterzuforschen besonders nahe. Für unseren Zusammenhang genügen hier zunächst zwei Feststellungen:

Erstens: Außerhalb des monumentalen Moskauer Generalplans existierte eine Stadt, die weitgehend noch unerschlossen und unbekannt ist. Die quellenmäßigen Spezifika der Erschließung dieses im Unterschied zum Moskauer Generalplans wenig dokumentierten Moskauer liegen auf der Hand. Aber es erscheint nicht aussichtslos.

Zweitens: Es existieren zweifellos Orte, an denen sich „Gesellschaft“ findet und artikuliert, die jenseits einer von oben verwalteten Kultur liegen. Diese unauffälligen und eigentlich „ungeschichtlichen“ Orte haben eine eigene Tradition inmitten des Industrialisierungsprozesses des bäuerlichen Rußland, sie reicht zurück in die vorrevolutionäre Zeit. Es handelt sich um jene unvermeidlichen, sich selbst organisierenden Zentren von Gemeinschaft und Gemeinschaftsbewußtsein, die einer entwurzelten Masse Halt zu geben vermögen.

Der Zentrale Gor'kij-Kultur- und Erholungspark

Der Kultur- und Erholungspark (*Park kul'tury i otdycha*) kann mit vollem Recht als zentraler Topos der sowjetischen Kultur betrachtet werden; das drückt sich sowohl im Selbstverständnis, also in der offiziellen Darstellung von Aufgaben und Charakter der Parks in der entsprechenden sowjetischen Literatur, aber auch in der unionsweiten Realisierung der Kultur- und Erholungsparks aus²². Es soll hier versucht werden, den Stellenwert dieser Parks „neuen Typs“ im Diskurs der 30er Jahre herauszuarbeiten. Dann soll ein Blick auf die reale Gestalt und Funktion, soweit dies beim gegenwärtigen Quellenstudium möglich ist, geworfen werden. Der 1929 eröffnete und 1937 in seiner endgültigen Gestalt verwirklichte „Zentrale Gor'kij-Kultur- und Erholungspark“ in Moskau kann dabei als Pilotprojekt be-

²¹ Ebd. 174.

²² Zu den Parks im weiteren Sinne ist auch das Gelände der Allunions-Landwirtschaftsausstellung in Ostankino zu rechnen, die 1939 eröffnet wurde. Im Rahmen der vorliegenden Studie ist dies jedoch nicht zu bewältigen, vgl. *M. I. Astaf'eva-Dugač, Ju. P. Volčok*, Moskva stroitsja (Moskva 1983) darin: Architektura vystavok: „Vystavka“ Architektury, 106–124; *A. F. Žukov*, Architektura vsesojuznoj sel'skochozjajstvennoj vystavki 1939 goda (Moskva 1939).

trachtet werden, das in den folgenden Jahren in allen größeren Städten der UdSSR in freilich modifizierten Formen wiederholt wurde²³.

Schon sehr früh hat sich eine regelrechte „Theorie“ der Kultur- und Erholungsparks entwickelt. Darin wird vor allem auf die Eigenart der sowjetischen Parks im Unterschied zu Funktion und Bedeutung von Parks im vorrevolutionären Rußland und im kapitalistischen Ausland hingewiesen. „Der sowjetische Park ist ein Park der Massen, er leistet eine ungeheure kulturell-erzieherische Arbeit; seine Besucher sind die Werktätigen unterschiedlichster Nationalitäten.“²⁴ Die UdSSR, so meinten führende Theoretiker und Praktiker der sowjetischen Parkarchitektur wie M. P. Koržev und M. I. Prochorova, habe eine „neue Seite in der Geschichte des Parkbaus“ aufgeschlagen: „Die Kultur- und Erholungsparks in der UdSSR entstanden und entwickelten sich zusammen mit dem ganzen Sowjetland, mit seinem kulturellen und wirtschaftlichen Wachstum, mit der Schaffung und Erziehung des neuen Menschen – des Bürgers des ersten sozialistischen Staates der Welt.“²⁵ Die rechtliche Grundlage sei das in der sowjetischen Verfassung garantierte Recht auf Erholung. Bereits in der Zeit des 1. Fünfjahrplans war die zentrale Bedeutung und neue Qualität der sowjetischen Parks unterstrichen worden, wie etwa in dem Beschluß des Moskauer Parteikomitees vom 3. September 1931, wo der Kultur- und Erholungspark als eine „Einrichtung neuen Typs, die die breite politisch-erzieherische Arbeit mit der körperlichen Ertüchtigung von Millionen Werktätigen verbindet“, dargestellt worden ist²⁶. Die Parks seien sofort nach deren Einrichtung „untrennbarer Bestandteil der sowjetischen Städte“ geworden, „in das Leben der Bevölkerung“ und „im ganzen Land verbreitet“ worden. Sie seien abgestellt auf Hunderttausende von Besuchern aller Altersklassen und Geschlechter – „*massovye posetiteli*“ – und entsprächen den verschiedensten Bedürfnissen und Geschmäckern. Mit ihren Volksfesten (*massovye guljan'ja*), Kundgebungen, Kunst- und Technikausstellungen, Theateraufführungen, Massensportaktivitäten und Propagierung der Verteidigungsfähigkeit brächten sie gesellschaftlich-nützliche Funktionen mit Erholungsmöglichkeiten zusammen. Stalin persönlich habe bei der Verabschiedung des Generalplans 1935 darauf bestanden, daß es in „unseren Städten große Parkmassive, und nicht nur kleine Plätze (*skverniki*)“ gibt²⁷. Aus dem veränderten Klassencharakter des Staates resultiere auch ein gänzlich anderer Charakter der Parks. „In der UdSSR gibt es keine nur individuell genutzten Parks, die den Grundgesetzen des Landes widersprechen. Parks in der UdSSR sind Eigentum des sowjetischen Volkes, des sowjetischen Staates, sind gesellschaftliches Eigentum.“²⁸ „Der sowjetische Park bedient eine neue

²³ Beschreibungen des Gor'kij-Parks finden sich in: F. L. Kurlat, Ju. E. Sokolovskij, *S putevoditelem po Moskve* (Moskva 1980); *Astaf'eva-Dlugač, Volčok; I. Mjačin, Ploščadi i ulicy Moskvy* (Moskva 1982).

²⁴ *Architektura parkov SSSR* (Moskva 1940) 8.

²⁵ *Architektura parkov SSSR*, 3.

²⁶ *Postanovlenija MK VKP(b)* vom 3.IX 1931, in: *Architektura parkov*, 3.

²⁷ *Architektury parkov*, 3.

²⁸ *Architektura parkov*, 5.

Zielgruppe von Besuchern mit einer neuen Ideologie, neuen Geschmäckern und Bedürfnissen.“ Man müsse die Erfahrung mit den Parkanlagen im kapitalistischen Ausland – vor allem in Amerika und Deutschland – genau studieren. In diesem Zusammenhang studierten sowjetische Stadtplaner auch die Erfahrungen von Olmstedts New Yorker Central Park oder die Dachgärten von Manhattan. Als besonders wichtig sah man den Einfluß der Automobilisierung für die Anlage von Parks an²⁹. Doch der grundsätzliche Unterschied zwischen sozialistischen und kapitalistischen Parks werde dadurch nicht verwischt. Parks im Kapitalismus hätten eine rein unpolitische, ja entpolitisierende Funktion, „fesselndes Kino“ und „Attraktionen“ lenken dort die Erholungssuchenden vom wirklichen Leben außerhalb der Erholungszonen ab. Das gelte vor allem für den Typus des „Lunaparks“³⁰.

Doch auch in geschichtlicher Perspektive werde die Besonderheit des sowjetischen Parks im Unterschied zum vorrevolutionären russischen Park deutlich. Seit dem 18. Jahrhundert verfügte Rußland über großartige, am französischen und später englischen Park orientierte Parkensembles, nicht nur bei den Zarenresidenzen, sondern auch auf den adeligen Gütern. Mit ihren Teichen, Kaskaden, Pavillons (*bessedki*), Volières und Raubtierkäfigen entsprachen sie dem Luxusbedürfnis und Amusement der reichen Aristokratie. Man kann sogar von einer gewissen „Parkmanie“ (*sadomanija*) sprechen. Auch Moskau verfügte in seiner Umgebung über einige wahre Kunstwerke der Garten- und Parkarchitektur – Kuskovo, Kuzminki, Ostankino, Archangel'skoe – während es auf dem Stadtgebiet nur wenige Parks gab. Ende des 19. Jahrhunderts entstand der öffentliche Park (*gorodskoj sad*) bzw. der parkähnlich gestaltete Boulevard. Mit ihren „Estraden“ für Militärorchester, Kiosken und Blumenrabatten waren sie von professionellen Garten- und Landschaftsarchitekten (*chudožnik-parkostroitel'*) gestaltet, aber im Grund für „einfache Leute“ nicht zugänglich. Charakteristisch seien die hohen (und künstlerisch interessanten) Zäune aus Gußeisen, die den exklusiven Klassencharakter dieser öffentlichen Parks illustrierten³¹. Auch für die Parks des vorrevolutionären Moskau wird dieser exklusive Charakter unterstrichen. „Um eine Vorstellung zu bekommen davon, was Moskau in den 20 Jahren seit der Revolution auf dem Gebiet der Begrünung erhalten hat, muß man an das vorrevolutionäre Moskau erinnern. Die Fabrikanten und Kaufleute – die vornehmen Herren des vorrevolutionären Moskau – hatten sich in erster Linie nur um das Zentrum der Stadt gekümmert und strebten danach, es irgendwie mit Grünflächen zu begrünen. Das drückte sich in der sorgfältigen Pflege der kleinen Plätze am Theaterplatz und noch an einigen anderen Punkten der Stadt aus. Einen gewissen Wert maßen sie den Boulevards des inneren Rings um das Stadtzentrum und dem äußeren Ring im System der Gartenstraßen bei. Diese Boulevards waren jedoch immer in ver-

²⁹ Zu den Grünanlagen und Parks von New York City vgl. L. B. Lunc, S. N. Palentreef, *Zelenye nasaždenija N'ju-lorka*, in: *Stroitel'stvo Moskvy* 10 (1937) 17 ff.

³⁰ *Architektura parkov*, 6.

³¹ Ebd. 5.

wahrlostem Zustand, Pflanzen und Wege wurden fast gar nicht gepflegt, von den Pflasterwegen stiegen Staubwolken auf. Alle „kulturvolle“ Gestaltung der Boulevards erschöpfte sich in der Aufstellung von Parkbänken und stinkenden öffentlichen Toiletten³². Der für die Bevölkerung wichtigste Park jener Zeit war der Sokolniki-Park. Es war „der einzige Ort, wo sich Arbeiter mit Familie am Sonntag erholen konnten. Freilich, der beste Platz – der Kreis mit den anliegenden Alleen – war für das ‚saubere‘ Publikum reserviert. Dort wurden die traditionellen Symphoniekonzerte gegeben, auf der Mailichtung tänzelten festlich gekleidete Reiter und Amazonen, und für das ‚einfache Volk‘ blieben die Hinterhöfe des Parks, wo es eine Reihe von damals üblichen Jahrmarktbelustigungen gab. Für die besseren Besucher gab es Teestuben, wo man für einen halben Rubel Tee bekam. Damit erschöpfte sich das kulturelle Angebot an die Besucher des Sokolniki-Hains.“ Ähnlich war es im Petrovskij-Park am anderen Ende der Stadt, wo es auch eine Art Lunapark gab mit Karussells, Schaukeln, Rutschbahnen, Tanzbären, Puppentheater und Schaubuden, die zu bestimmten Anlässen – kirchlichen Feiertagen, Krönungsfeierlichkeiten u.a. – einfach in den Parkanlagen installiert wurden. Die anderen Parkmassive – in Izmajlovo, Choroševskij bor, auf den Sperlingsbergen, auf der Pogonno-Losinnyj-Insel u.a. – waren wegen ihrer Stadterferne weniger besucht. Aber die Arbeiter und Kleinbürger kamen in die Parks nicht nur zur Erholung. Sie waren auch der bevorzugte Ort für illegale Treffen und revolutionäre Maifeiern. Um der Polizei die Arbeit bei den Razzien zu erleichtern, wurden die Parks von Unterholz und Gebüsch, in dem man sich verbergen konnte, befreit³³.

Dies sollte nach der Revolution anders werden (und hier gibt es eine Parallele auch zur „Volkspark-Bewegung“ in den Großstädten Westeuropas und Amerikas). In der unmittelbaren Nachrevolutionszeit war an den Bau von „Parks neuen Typs“ noch nicht zu denken; vielmehr ging es vorerst nur um die Öffnung der alten Usad'ben. Das herausragende Neubauprojekt ist die „Allunions-Landwirtschafts-Ausstellung“ im Jahre 1923, die an der Stelle des künftigen „Gor'kij-Parkes“ eingerichtet worden war. Die systematische Entwicklung von Parks fällt mit dem Übergang zur Planwirtschaft und der damit verbundenen Neubautätigkeit zusammen. „Die schöne Hauptstadt Moskau ist und muß die an Grünanlagen reichste Hauptstadt der Welt werden.“ Ziel des Generalplans war die Schaffung eines gleichmäßig um die Stadt gelagerten Parkrings und eines „grünen Keils“, der von Nordosten nach Südwesten gehen sollte. Gab es im Jahre 1937 bereits eine Gesamtfläche der städtischen Parks von rund 4000 Hektar, so sah der Generalplan perspektivisch eine Gesamtgröße von über 20000 Hektar vor, d.h. eine Verfünffachung, so daß am Ende etwa 40 qm pro Einwohner entfallen wären (London 8,9 qm, Paris 3,6 qm, New York 8,2 qm)³⁴. Es ging dabei sowohl um die Rekon-

³² L. B. Lunc, Zelenoe stroitel'stvo Moskvj za 20 let, in: Stroitel'stvo Moskv 21 (1937) 7–13, hier 7.

³³ Lunc, 7.

³⁴ Ebd. 13.

struktion und Erweiterung alter Parks (Izmajlovo, Kuskovo, Ostankino, Petrovskij park, Sokolniki, Kuzminki, Chimki), als auch um die Umgestaltung vorhandener Wald- und Parkmassive und Neuanlage (Kolomenskoe, Krasnopresnenskij park, Serebrjannyj bor, Fili, Kuncovo, Neskučnyj sad)³⁵. Ein ganzes Netz von Parks sollte sich gleichmäßig über die Stadt erstrecken: von Zentralen Kultur- und Erholungsparks über Rajonsparks bis hin zu Kinderspielplätzen in den Mikrorajonen. Jeder von ihnen sollte einer spezifischen Funktion genügen, Kinderspielplätze wurden von den Projektanten etwa im Hinblick auf die „ewige Neugier der Kleinen“³⁶ oder als „besonders phantasievoller und geheimnisvoller Winkel“ konzipiert³⁷. Unter den 15 großen städtischen Parks, den ca. 40 Rajonsparks, den ungefähr 20 Sportparks, dem Zoologischen und Botanischen Garten, den sechs großen Waldparks sowie der am 1. August 1939 eröffneten Allunions Landwirtschaftsausstellung nahm der „Zentrale Gor'kij – Kultur- und Erholungspark“ in mehrfacher Hinsicht eine Ausnahmestellung ein. Er war ein „bisher nie gesehenes Kombinat der Erholung, der Zerstreuung und der Kultur“³⁸.

Er lag an prominenter Stelle der umzugestaltenden Hauptstadt. Dort endete der Leninprospekt, der auf den Palast der Sowjets zuführte, und er lag schräg gegenüber dem „mächtigen Amphitheater der Leninberge“, die ebenfalls als wichtiges Park- und Erholungsgelände ausgewiesen waren. Er erstreckte sich im historischen Gelände des alten Neskučnyj sad aus dem 18. Jahrhundert, wo noch zahlreiche Überreste der alten Parkarchitektur erhalten geblieben waren. Andererseits war dies der Platz, der von der „Allunions-Landwirtschafts- und Handwerks-Ausstellung“ (Architekt I. V. Žol'tovskij) eingenommen wurde, die seit 1923 den Umbau des Geländes in einen „vollwertigen architektonischen Komplex“ verhindert hatte. Bis Anfang der 30er Jahre konnte man hier noch die z. T. avantgardistischen Ausstellungspavillons der von A. Ščusev konzipierten Ausstellung sehen, die 1939 im Nord-Osten der Stadt wiedereröffnet werden sollte (auf dem Gelände der späteren VDNCh). Durch den Bau der ersten Metrolinie war der Park zudem leicht und schnell erreichbar geworden. Der Park war 1928 z. T. durch freiwillige Arbeitseinsätze geschaffen worden, vier Jahre später wurde er zu Ehren des heimgekehrten Schriftstellers Gor'kij benannt.

Der Gor'kij-Park stellt sich als das logische Produkt verschiedener Überlegungen und Bestrebungen dar. In ihm sollten die Funktionen von Erziehung, Unterhaltung, Bildung und gesellschaftlicher Hygiene zusammenlaufen. Was in Hunderten von Klubs, Kulturpalästen, Schulen, Stadien oder auf öffentlichen Plätzen geschah, sollte an einem Ort zusammengefaßt werden. Da der Umfang der Massenaktivitäten die Möglichkeiten eines großen Gebäudes überstieg und sich die Straßen und Plätze nicht immer als geeignet erwiesen für die Abhaltung von Fe-

³⁵ Literatur zu den einzelnen Moskauer Parks: *Kurlat, Sokolovskij*, S putevoditelem.

³⁶ *Lunc*, 10.

³⁷ *Architektura parkov*, 16; über die Kinderspielplätze: „Detskomu parku prisušče otsutstvije monumental'nosti, nebol'saja etažnost zdaniĭ, niskoroslaja zelen', cvetuščij kustarnik, nebol'sie derevca.“; ebd. 17.

³⁸ *Lunc*, 8.

sten, „entstand die Idee, ein neues, bisher nicht gesehenes Kombinat der Erholung, Zerstreuung und Kultur zu schaffen. Es mußte unter offenem Himmel und an einem malerischen Platz geschaffen werden“³⁹. Unter der Leitung A. V. Vlasovs wurde der Park konzipiert. Er öffnete sich durch ein Portal vom Krimskij val' her und erstreckte sich zwischen der Anhöhe des Neskužnyj sad einerseits und der granitenen Puškinskaja naberežnaja an der Moskva andererseits. Der Park war sorgfältig gegliedert durch Alleen, Blumenrabatte, künstlich angelegte Teiche. Auf zwei Ebenen konnten die Besucher flanieren. Es gab Sektionen für Kleinkinder, Jugendliche, Erwachsene und ältere Menschen. In der Mitte des Parks befand sich ein großes „open-air-Theater“ (*zelenyj teatr*) für 20 000 Besucher sowie eines für weniger Besucher, ein zentraler Springbrunnen und ein zentraler Sommerzirkus sowie ein Restaurant. Es gab Plätze für Massen-Meetings, aber auch sog. Picknick-Zonen. In die Parkgestaltung wurden sowohl die Wasserfläche der Moskva, das hügelige Relief als auch die Sichtachsen auf die Sperlingsberge einbezogen. Wie in der klassischen französischen und englischen Parkarchitektur wurde kein Detail dem Zufall überlassen. Parkbänke wurden nach einem einheitlichen Design gestaltet, die Blumenbeete bildeten in Mosaiken die UdSSR, die Zentren des laufenden Fünfjahrplans oder die Profile der Staats- und Parteiführer ab. Die Parkwege und Alleen wurden markiert durch eine Vielzahl von Urnen, Vasen, Skulpturen und Statuen im klassisch-antiken Stil, auch wenn sie häufig den „neuen Menschen“ abbildeten – als „Pionier mit Gewehr“, „Pilot und Fallschirmspringer“ (Dmitrij Šarc), „Pionierin mit Gasmasken“ (Abram Teljatnikov, 1936), der berühmte „Knabe mit Fisch“ (Samuil Machtin 1936). Die berühmteste unter den etwa Hundert Skulpturen des Parks war „Das Mädchen mit dem Speer“ von Ivan Ščadr, an der freilich schon früh kritisiert wurde, daß sie „keineswegs die Idee der jungen Sportlerin zum Ausdruck bringt ..., sondern in ihrer absichtlich manierten Pose eher an eine vergrößerte ‚Boudoir-Statuette‘ erinnert“⁴⁰; bei der Erweiterung des Parks 1949 soll sie entfernt worden sein⁴¹. Gerühmt wurde das hohe Niveau der Heckenschneider des Gor'kij-Parkes⁴², kritisiert wurde das Fehlen von Parkplätzen in einer Zeit „stürmischer Automobilisierung“⁴³. Auf dem Parkgelände befanden sich weiter zahlreiche Sportanlagen, einschließlich eines Fallschirmspringerturms, eine Badeanstalt, ein Schwimmstadion und eine Bootsanlegestelle für Ausflugsdampfer und Regatten. Aber auch für erholungssuchende Einzelne sollte es – jenseits von *kul'trabota* und Massenaktivitäten – einen Platz zum Ausspannen geben. Es ist nicht bekannt, wieviele Besucher täglich oder an bestimmten Feiertagen den Park besuchten. L. B. Lunc nennt eine Zahl von 300 bis 400 000 täglich in allen Moskauer Parks. Bei der Eröffnung der Sommersaison

³⁹ Ebd. 8.

⁴⁰ M. I. Prochorova, Sozdat' pol'nocennyj parkovyj ansambl', in: Stroitel'stvo Moskvy 10 (1937) 5.

⁴¹ Michajl Zolotonosov, Park totalitarnogo perioda, in: Moskovskie novosti, Nr. 33 (18.-25. avgust 1996) 24.

⁴² Prochorova, 8.

⁴³ Lunc, Palentreef, 19.

1937 kamen 150 000 Menschen, zur Eröffnung des Sokolniki-Parkes rund 100 000⁴⁴.

Dieser Musterpark machte in der Sowjetunion in den 30er Jahren Schule, wobei versucht wurde, das Standardmodell den örtlichen und nationalen Gegebenheiten anzupassen. „Der Park in Magadan zeichnet sich nicht durch Formenreichtum der Flora aus, denn die Grundlage des Parks wird vom Tundrencharakter der örtlichen Pflanzen und den Permafrost-Bedingungen bestimmt.“ Wiederum anders sieht der Komsomol-Park in Taskent mit seinem großen See oder der Park auf der felsigen Anhöhe über Baku aus⁴⁵. Rückblickend werden auch die Park-Konzeptionen der kulturevolutionären Sturm- und Drangzeit von 1928–1932 einer Kritik unterzogen. „In dieser Anfangszeit der Anlage von Parks wurden Parks nicht als Kunstwerke betrachtet, sondern nur als ‚Kampffplatz‘ für Massennarbeit“; die Bedürfnisse des einzelnen Erholungssuchenden seien unterschätzt worden⁴⁶. Zwar entspreche noch immer nicht in jedem Falle die Form dem neuen Inhalt – gemeint sind die antikisierenden weißen Säulenportiken am Eingang oder die konstruktivistisch-formalistischen Pavillons, die von der Allunions-Landwirtschafts-Ausstellung übriggeblieben waren –, doch zunehmend träten sowjetische Sujets und ihnen entsprechende Formen in den Vordergrund⁴⁷.

Betrachtet man den „komplexen“ Zugriff auf den Park, die Dominanz des Ensembles über die Details und des Geplanten über Spontanes, so ist auch der sowjetische Park nur ein weiteres Beispiel für die Ästhetik der „totalitären Epoche“, in der nicht der Besucher, sondern das Arrangement und die Steuerung der Besucher im Zentrum zu stehen scheint. Es scheint nur ein weiteres Beispiel für den manipulierten Menschen und für die organisierte Freizeit zu sein. Wir haben bisher keinen dokumentarischen Beleg dafür gefunden, daß auch in Kultur- und Erholungsparks die Geheimpolizei ihre Stützpunkte und Spitzel hatte, wovon selbstverständlich ausgegangen werden kann. Doch die Funktionsweise der großen Parks, ihr Erfolg, der sich ausdrückt in den großen Besucherzahlen, läßt sich nicht auf die „Organisation von oben“ zurückführen, sondern liegt darin, daß sie Raum gaben für ein elementares Bedürfnis nach Erholung in der hektischen und über-völkerten Stadt, daß sie ein breites Angebot an die bildungshungrigen und auf-

⁴⁴ Otkrylis' parki, in: Pravda vom 19. Mai 1937. Dort sind auch weitere Details geschildert: Musik aus Radiolautsprecheranlage, Verkauf von Süßigkeiten, Staffelläufe der „Večernaja Moskva“, Regatta auf der Moskva, Dirigeable, elektrische Beleuchtung am Abend, Tanzveranstaltungen. Auftritt des Staatlichen Symphonieorchesters und des Staatlichen Chors. Während es im Gor'kij-Park mehr als 300 000 am Eröffnungstag waren, waren es gleichzeitig mehr als 100 000 in Sokol'niki. Vgl. zu den Besucherzahlen auch *Lunc*, 8.

⁴⁵ Architektura parkov, 7. In dem Band finden sich zahlreiche gute Illustrationen zur lokal und regional spezifischen Ausprägung des sowjetischen Parkensembles in Baku, in Leningrad („amerikanskije gory“), „detskij gorodok“, die Parks in den südlichen Kurorten Soči, Macesta, Kislovodsk, Boržomi u.a.

⁴⁶ Prochorova, 6; vgl. auch die Bedeutung von Studien zu den klassischen französischen und englischen Parks für die sowjetische Praxis: M. Alpatov, Architektura i planirovka Versalskogo parka, in: Voprosy architektury (Moskva 1935) 93–116.

⁴⁷ Architektura parkov, 15.

stiegsbewußten Neubürger der Stadt bereithielten. Oder mit anderen Worten: Als Ort stalinistisch gleichgeschalteter Kultur- und Lebensformen konnten die Parks nur wirken, weil sie zugleich Ort der beginnenden sowjetischen Massenkultur waren. Ein weiterer kenntnisreicher Beobachter, der junge Klaus Mehnert, gibt einen Eindruck davon, wenn er berichtet: „Wie alle ausländischen Besucher Moskaus habe auch ich einen Tag im ‚Park der Kultur und Erholung‘, wie er so schön heißt, verbracht. Ich war mit einer Anzahl von russischen Studenten und Studentinnen dort, an dem Tag, der der Feier des 17. Internationalen Jugendtages voranging. Mich interessierten weniger die Schießbuden, in denen man feiste Kapitalisten oder Chamberlain niederschoss, oder Rutschbahnen und ähnliche Dinge à la Lunapark, sondern ich suchte nach etwas Neuem, nach Anzeichen dafür, daß auch die Erholung kollektiv umgestaltet werden soll. Zu diesen Bestrebungen gehört es zweifellos, wenn neben den noch zahlreich vorhandenen Mietruderbooten für zwei, vier oder sechs Personen auch schon Riesenkanus für etwa 40 Ruderer eingeführt sind.

Der mir sympathischste Versuch, ein kollektives Vergnügen zu erreichen, sind die großen Massentänze auf den freien Plätzen dieses und anderer Parks. In der Mitte sitzen auf dem Boden zwei Ziehharmonikaspieler. Um sie herum ein Kreis von 20, 50, 100 ja auch noch mehr jungen Leuten. Ein Sportlehrer und ein Mädchen erklären erst die Tänze in ihren einzelnen Phasen. Jede wird zur Musik der Ziehharmonika für sich mehrfach geprobt, dann einige zusammengefaßt und schließlich der ganze Tanz von Anfang bis zu Ende durchgeführt. Nach jedem Tanz wächst der Kreis der Beteiligten, da aus der Zuschauermenge, die in dichtem Ringe den Tanzplatz umsteht, immer wieder neue vortreten und sich den Tanzenden anschließen. Auch wir hielten es nur wenige Minuten unter den Zuschauern aus, dann warfen wir unsere Jacken in die Mitte des Ringes und tanzten mit. Die rhythmische Bewegung zu den lustigen Klängen der russischen Volksweisen, die allgemeine Lustigkeit, das Lachen über eigene oder fremde Fehler, der Beifall der Zuschauer, all das erweckt eine fröhliche und zufriedene Stimmung. Und als wir nach anderthalb Stunden den Kreis wieder verließen, da hatten wir dasselbe angenehme Gefühl, das man nach anderthalb Stunden ordentlichen Sportes empfindet.

An einer anderen Stelle wurden neue Lieder gelehrt. Ein Orchester spielte die Melodie. Ein Mädchen sang das Lied vor. Zwei junge Leute hielten eine große Rolle, auf der der Text des Liedes stand. Es war das ‚Lied der Udarniki‘ mit einer packenden Melodie eines ungarischen Komponisten. Erst zaghaft, dann lauter und schließlich in machtvollem Chor wurde das Lied von einer hundertköpfigen Menge gesungen. Wieder an einer anderen Stelle wurden Gruppenspiele veranstaltet. Nur daß die Pfänder derer, die in dem Spiel Fehler begingen, nicht durch Küsse, sondern durch die Deklamationen politischer Losungen und ähnliche Dinge eingelöst wurden.“⁴⁸

Es geht sicher zu weit, wenn, wie in der nachsowjetischen Presse geschehen, der Park mit seiner „Glyptothek der Nackten“ sogar als „Generator sexueller Ener-

⁴⁸ Mehnert, *Das zweite Volk meines Lebens*, 89 f.

gie“ interpretiert wird⁴⁹. Sie waren gewiß keine „freie Zone“, kein herrschaftsfreies Arkadien in Stalins Reich, aber auch nicht nur der Ort von Indoktrination und Manipulation. Es gab einen Bereich des Nicht- oder Vorpolitischen innerhalb einer durch und durch politisierten Gesellschaft. Sie waren Arkadien insofern, als sie ein Versprechen von einem besseren und schöneren Leben nicht erst in einer fernen Zukunft, sondern im Heute anboten. Es war der Ort eines „kleinen Glücks“ und einer „kleinen Freiheit“, der auch durch die Verwandlung in eine Ikone der Stalinzeit – etwa im berühmten Bild von Vasilij Svarog „I.V. Stalin und Mitglieder des Politbüros inmitten von Kindern im Zentralen Gorkij-Park für Kultur und Erholung“ aus dem Jahre 1939 – nicht gelöscht werden kann⁵⁰. Als vorläufige These soll hier statt dessen formuliert werden:

Die Kultur- und Erholungsparks waren in den von der Hyperurbanisierung betroffenen Städten nicht nur aus stadtplanerischen, sozialen und ökologischen Gesichtspunkten sinnvoll und notwendig. Sie nahmen darüber hinaus eine vorrevolutionäre Tradition – sowohl des organisierten Parks wie des Parks als Treffpunkt landsmannschaftlicher Zusammenhänge und des Volkes – wieder auf und schufen so einen Ort der sozialen Integration mit einem gewissen Spielraum. Der Kultur- und Erholungspark war einer der Punkte, an denen sich das monumentale Moskau des Zentrums mit dem Moskau der Vorstädte traf. Weitere Untersuchungen werden sicherlich Belege für die nicht-politische, lebensweltliche Qualität dieses Ortes erbringen.

Das Ende der Kultur- und Erholungsparks

Die Geburtsstunde der Kultur- und Erholungsparks fiel zusammen mit der Mobilisationsphase der ersten Fünfjahrpläne. Sie sind Teil der Umgestaltung bzw. des Neubaus der sowjetischen Städte in jener Periode. Sie fügen sich ein in die Generallinie, die nach der Gleichschaltung der rivalisierenden städtebaulichen und architektonischen Richtungen zwischen 1930 und 1932 angenommen worden war. Es war eine mittlere, zwischen Extremen vermittelnde Linie – gegen die radikalen Desurbanisten wie gegen die reinen Urbanisten, gegen die Anhänger des Konstruktivismus, aber auch gegen die bloße Wiederaufnahme der traditionellen Klassik. Das Resultat war die Erneuerung der klassischen Städtebau- und Architekturkonzeptionen. Im Repertoire des sowjetischen Städtebaus fand sich ebenso viel von Camillo Sitte „Schöner Stadt“ wie von den modernen Siedlungskonzeptionen der Bauhaus-Schule. Das gilt auch für die Parks. Der Park in den Generalplä-

⁴⁹ *Zolotonosov*, Park totalitarnogo perioda, 24.

⁵⁰ Vgl. Katalog der Ausstellung „Moskva-Berlin“, 403. Im übrigen wäre eine ikonographische Analyse des Kultur- und Erholungsparks überaus ergiebig, vgl. die Darstellungen in: Agitation zum Glück. Sowjetische Kunst der Stalinzeit. Ausstellungskatalog (Bremen 1994). Das Bild von *Ju. I. Pimenov*, *Zenščina v gamake* (1934) 157; *Ju.P. Kugač*, *V prazdnik* (1949) 148; *S. M. Luppov*, *Sportivnye igry na stadione* (1927) 183.

nen für Moskau und Leningrad von 1935 (und später auch für andere Städte) ist die Weiterführung der Idee des öffentlichen Stadtparkes unter völlig neuen Bedingungen. Er ist Teil einer expandierenden, modernen Großstadt und zugleich eine „Sozialisationsinstanz“ für die Bauern-Immigranten, die das Gros der neuen Stadtbevölkerung im Zuge der Hyper-Urbanisierung stellen. Er soll sowohl Erholung bieten als auch kulturelle Aufgaben bewältigen; er ist weder ein Ort bloß politischer Aktivität noch auch ein Ort unpolitischer Entspannung. Er entsprach den Hygiene-Erfordernissen der aus den Fugen geratenen Großstadt, aber auch den Kommunikations- und Erholungsbedürfnissen der Neuzuwanderer. Er war ein zentraler Berührungspunkt zwischen „monumental city“ und „minimal city“, zwischen dem „steinernen Moskau“ und dem „Moskau der Baracken“, „Moskau-Schanghai“.

Nichts hat zur Durchsetzung der „stalinistischen Stadt“ so sehr beigetragen wie die tabula-rasa-Situation, die der Zweite Weltkrieg geschaffen hatte. Die Planierung und Zerstörung der historischen Städte durch die deutsche Wehrmacht schuf jenen Leerraum, mit dem die sowjetische Stadtplanung und Architektur nach dem Krieg fertig werden mußte. Oftmals handelte es sich geradezu um die Neugründung und Neuanlage von Städten. Das Hauptmaterial für eine solche Analyse des „reinen“ stalinistischen Stadtraums sind daher Städte wie Stalingrad, Charkov, Minsk, Novorossijsk, Kiew und andere im Krieg schwer zerstörte Städte⁵¹. Dies gilt auch für die Parks, die zentraler Bestandteil des Wiederaufbaus geworden sind. Kurz: Der Krieg hat paradoxerweise zur beschleunigten Durchsetzung und Radikalisierung – auch Vereinfachung – von städtebaulichen Konzeptionen beigetragen (auch hier gibt es eine Parallele zu Nachkriegs-Deutschland)⁵². Trotz dieser *Verspätung in der Durchsetzung des Konzeptes sind die strukturellen Faktoren*, die auf eine Entwertung und einen Bedeutungsverlust der Parks hinauslaufen, unübersehbar. Aus dem Moskau der Bauern-Immigranten wird eine Stadt der ersten Generation von Städtern. Die slumartigen Barackenvorstädte verschwinden im Zuge des Massenwohnungsbaus der 50er und 60er Jahre. Die sowjetische Massenkultur – mit ihren neuen individuellen Konsum- und Freizeitmöglichkeiten – in derselben Periode schwächt das krasse Gefälle zwischen Moskauer Zentrum und Peripherie ab. Die „Kultur- und Erholungsparks“ haben ihre „Mission“ erfüllt. Die Gründe, die ursprünglich den Kultur- und Erholungspark als spezifisch sowjetische Einrichtung hatten entstehen lassen, werden zunehmend hinfällig. Die Parks verwaisen und sind in den 70er und 80er Jahren nur noch der Schatten ihrer einmal großen Vergangenheit. Als gesellschaftliches Gesamtkunstwerk verfallen sie, da es kein gesellschaftliches Bedürfnis und keine Macht mehr gibt, die an seiner Aufrechterhaltung interessiert wären. Es gibt keinen politischen Willen mehr,

⁵¹ Zur Nachkriegsrekonstruktion der Städte das Sonderheft von Architektura SSSR, Sbornik 17–18 (Moskva 1947) sowie die Darstellungen in der Reihe „Mastera sovetsoj architektury“, in deren Einzelbänden der Nachkriegsrekonstruktion außerordentlich viel Platz gewährt wird.

⁵² Vgl. zu den Parallelen in Deutschland: 1945. Krieg-Zerstörung-Aufbau. Architektur und Stadtplanung 1940–1960 (Berlin 1995).

der die Funktionen zusammenhalten könnte. So werden aus dem Gesamtensemble im Laufe der Zeit Kinderspielflächen, Sport- und Trainingsplätze, Treffpunkte für Veteranen und stark verwahrloste Rummelflächen – oder ganz normale Parks, Punkte des Rückzugs aus der Stadt und Gelände der Einsamen. Der Rückzug des „totalen Staates“ aus dem Park hat ein Vakuum hinterlassen. Die Frage ist, wer die Regie in den ehemaligen „Kultur- und Erholungsparks“ übernehmen wird – die Organisatoren von Disneyland oder die Bürger der Stadt.

Jochen Hellbeck

Self-Realization in the Stalinist System: Two Soviet Diaries of the 1930s*

Recently Soviet historians have begun to move into the scarcely explored field of everyday life in Bolshevik Russia and investigate the intricate web of relationships and negotiations between different groups of the population and representatives of the official order. This tendency is commendable in that it refutes a deep-seated notion of the Soviet population as a mere victim of the regime's aspirations, which dates back to the totalitarian theory. Yet the very terms used to analyze ranges of individual or social group behavior, such as conformism, dissidence, or resistance, raise a new problem. Implicit in these terms is the assumption of a pure individual self, or social essence, which to varying degrees preserves its integrity while interacting with the Bolshevik system¹.

It may be worthwhile here to take a brief look at the historiography of Nazi Germany, where studies of *Alltagsgeschichte* have proliferated since the early 1980s². As an astute observer recently noted, for all their nuanced treatment of the range and options of individual behavior, these studies abound in notions which accent the foreign nature of National Socialism. The ruling ideology invariably appears as an exogenous force, to which individuals accommodated or subordinated themselves in different ways. "Where did all the Nazis go?" this observer asked in consternation³.

* I am very grateful to Peter Holquist and Igal Halfin for their unfailing support in the preparation of this article. I also want to thank the participants of the Munich conference for stimulating comments and helpful suggestions.

¹ For explorations into everyday life under Stalinism, see *Sheila Fitzpatrick* *Stalin's Peasants. Resistance and Survival in the Russian Village After Collectivization* (New York, Oxford 1994); *Robert Thurston*, *Life and Terror in Stalin's Russia, 1934-1941* (New Haven, London 1996). Studies on everyday resistance, non-conformism, and other "survival tactics" during the Stalin era can be expected to multiply in the years to come, judging alone from the great number of presentations devoted to these themes at a conference, entitled "New Approaches to the Study of Stalinism," which took place at the Maison des Sciences de l'Homme, Paris, in May 1996.

² Most noteworthy among them are: *Bayern in der NS-Zeit*, ed. by *Martin Broszat*, *Elke Fröhlich* (München 1983) and *Ian Kershaw*, *Popular Opinion and Dissent in the Third Reich* (Oxford 1983). See also: *The History of Everyday Life: Reconstructing Historical Experiences and Ways of Life*, ed. by *Alf Lüdtke* (Princeton 1995).

³ *Peter Fritzsche*, *Where Did All the Nazis Go? Reflections on Resistance and Collaboration*, in: *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte* XXIII (1994) 191-224. Among recent

Students of *Alltagsgeschichte* seek to reveal the complexities and ambiguities inherent in the everyday by disconnecting it from political ideologies and their totalizing claims. This exclusive focus on individuals and their life choices, however, overlooks how a given person's notion of his or her self is constituted by surrounding cultural values and political practices. This is the starting point of the present essay which argues for a much more fundamental quality of individuals' implication in their political environment. My study is an inquiry into Stalinist subjectivity. I use the term subjectivity in two ways: in a more immediate sense, it refers to the sphere of subjective perceptions and experience. My assumption here is that for us to gain an understanding a distinct socio-political order, we have to examine in the first place the language that inhabitants of this order used at the time to express themselves. More fundamentally, however, by subjectivity I have in mind a process of subjectivization through which individuals creatively read themselves into a system of power, thereby turning themselves into self-regulating agents. In this connection, I am concerned in particular with a range of self-practices, such as introspection and record-keeping, as catalysts of individual subjectivity⁴.

By investigating processes of subjectivization in the Stalinist system, this essay seeks to demonstrate how Bolshevik ethics shaped the ways in which members of Soviet society understood themselves. By the same token, it elucidates the relationship between individuals' self-practices and political practices employed by the Soviet regime. Overall the purpose is to turn away from a prevailing historiographical view of Soviet state power as a merely coercive system of governance. Rather than concentrating on the mechanisms through which the Soviet state repressed or prevented free self-expression, I investigate the particular modes of self-relationships that it brought into being⁵.

social histories of the Third Reich, Detlev Peukert's study of popular attitudes stands out for its sensitivity to the pervasiveness of Nazi ideology in everyday life – Detlev Peukert, *Inside Nazi Germany. Conformity, Opposition and Racism in Everyday Life* (New Haven 1987).

⁴ This understanding of subjectivity is informed by the works of Michel Foucault. Foucault, in my view, is often mistakenly understood to argue for the notion of the subject as largely a construct of external disciplinary agencies and, for the most part, state power. Although this was the emphasis of his earlier works, in his late studies Foucault has called attention to the degree to which modern individuals were instrumental in investing themselves with subjecthood. To this extent individual subjectivity appears not just as a field of domination but, by the same token, as a means of self-empowerment. I am stressing this latter aspect in particular throughout my analysis of Stalinist subjectivity. For Foucault's investigation of the modern self, see: *Technologies of the Self. A Seminar with Michel Foucault*, ed. by Luther Martin et al. (Amherst 1988); *Michel Foucault, The Subject and Power*; *idem, The History of Sexuality*. Vol. 3: *The Care of the Self* (New York 1990); see also Eva Erdmann, *Die Literatur und das Schreiben. 'L'écriture de soi' bei Michel Foucault*, in: *Ethos der Moderne. Michel Foucaults Kritik der Aufklärung*, ed. by Eva Erdmann et al. (Frankfurt, New York 1990) 260–279.

⁵ This approach has been inspired by Stephen Kotkin's seminal study of Magnitogorsk during the 1930s – Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain. Stalinism as a Civilization* (Berkeley 1995). For a critique of Kotkin's monograph and, most notably, his understanding of subjectivity, see Igal Halpin, Jochen Hellbeck, *Rethinking the Stalinist Subject: Stephen Kotkin's*

The focus of my study is on narratives of the self recorded in personal diaries of the Stalin era. Following the collapse of the Soviet system, and also in connection with the recent opening of hitherto closed archival funds, diaries from the 1930s have now become accessible on a large scale to Soviet historians⁶. At first glance, the diary, inasmuch as it denotes the sphere of the intimate, appears to be flatly anachronistic in the Stalinist system. With the imposition of Stalin's dictatorship, conventional wisdom has it, diarists became fewer, and their journals thinner, as individuals had to fear that their private records might be seized by the state security organs and turned against them. Although such fear and the concomitant issues of self-censorship and falsification should by no means be dismissed, I want to draw attention to an opposite dynamic: having scrutinized a number of Russian archives, my sense is that the Revolution of 1917 entailed a veritable explosion of autobiographical writing in Russia. The habit of diary keeping, hitherto limited to a small layer of educated society, extended to larger and larger segments of the population. As I will argue, this massive quest for self-expression is of no less relevance for our understanding of the Soviet self than is the fear of self-exposure, so familiar to historians of Stalinism. What is more, both of these dynamics need to be studied in the ways in which they interact.

The first of two diaries to be investigated in this essay is the journal of Stepan Podlubnyi. In my mind, this diary stands out as the most extraordinary personal record of the Stalin era in terms of its scope, volume, and candor⁷. Podlubnyi was an offspring of a Ukrainian peasant family. He came to Moscow in 1931, at the age of seventeen, seeking, through the educational, professional and political channels available to him, to make his way upward in the system, but also, and by the same token, to become a good Soviet citizen. Indeed for him there existed no distinction

'Magnetic Mountain' and the State of Soviet Historical Studies, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas*, no. 3 (1996) 456–463.

⁶ Far from all of these diaries are deposited in Soviet archives; many were kept until recently in private possession and made available to researchers either by surviving diarists or their families. There is reason to suspect that many more diaries from the 1930s are still being preserved in private archives. Among the most notable recent publications of diary material, see: *Intimacy and Terror. Soviet Diaries from the 1930s*, ed. by *Veronique Garros, Natalia Korenevskaya, Thomas Lahusen* (New York 1995); *K. I. Chukovskii, Dnevnik 1930–1969* (Moscow 1994); *V. I. Vernadskii, Dnevnik 1938 goda*, in: *Druzhba narodov* (1992) no. 2: 219–239, no. 3: 241–269; *idem, Dnevnik 1939 goda*, in: *Druzhba narodov*, no. 11/12 (1993) 3–41; *M. M. Prishvin, 'Zhizn' stala veseli...'*. Iz dnevnika 1936 goda, no. 10 (Oktiabr' 1993) 3–21; *Dnevnik 1937 goda*, no. 11 (Oktiabr' 1994) 144–171; no. 9 (1995) 155–171; *A. G. Solov'ev, Tetradi krasnogo professora (1912–1941 gg.)*, *Neizvestnaia Rossiia. XX vek*, t. 4 (Moscow 1993) 140–228; *A. G. Man'kov, Iz dnevnika riadovogo cheloveka. 1933–1934*, no. 5 (*Zvezda* 1994) 134–183. Together with Veronique Garros and Natalia Korenevskaya, I am currently in the process of establishing an archival fund at RGGU, Moscow, which is to serve as a repository of diaries from the Soviet era.

⁷ Stepan Podlubnyi's diary is deposited in the Moscow-based Tsentr Dokumentatsii "Narodnyi Arkhiv" (TsDNA), f. 30, op. 1, ed. khr. 11–18. The diary has been published in German (*Tagebuch aus Moskau 1931–1939*, ed. by *Jochen Hellbeck* [Munich 1996]); Russian and English editions are forthcoming. Excerpts from Podlubnyi's diary have also appeared in *Intimacy and Terror*.

between his personal success and the prospect of becoming a New Soviet Man, between his notion of self-interest and the idealistic campaign for self-renewal launched by the Stalinist regime. This suggests the shallowness of the emphasis that historians have put on the self-interest as a conceptual tool, without taking into account the specific historical context in which such an interest could be articulated⁸. The greatest problem that Podlubnyi faced in his new life was the fact that he came from a dekulakized family. These social origins made him, by definition, an unacceptable recruit to the Soviet system and especially unsuited to advance in it. Consequently, he sought to falsify his social origins to his Moscow environment. Podlubnyi attended a factory apprenticeship school and also became a Komsomol activist; in 1935 he was accepted into the Moscow Medical Institute.

In my analysis of this diary, I seek to make visible the efforts Podlubnyi undertook by means of his journal to inscribe himself into the Bolshevik system of meaning. In this connection, I propose to study the diary as a tool for self-creation and self-fashioning. I argue in particular that Podlubnyi's diary provides important insights into a hitherto practically invisible sphere of self-practices, without which Bolshevism cannot be fully understood. In a subsequent step, my essay takes up the relationship between self and world in the Stalinist context. I will investigate the sources of meaning that Podlubnyi discovered in his personal existence, and demonstrate how the notion of a purposeful life affected his sense of self and his relationship toward the political system of Stalinism.

Podlubnyi's diary, which he began to write following his arrival in Moscow, offers striking insights into its author's view of himself. Even within the intimate sphere defined by his journal, his "only friend," as he put it, Podlubnyi did not question the legitimacy of the Stalinist dekulakization campaign. In keeping with this, he also accepted the stigma of class enemy that had been placed on him. Thus, even outside of the parameters of official ideology, Podlubnyi conformed to the Soviet system of social identification. What is more, it fully shaped his sense of self and the world:

A thought that I can never seem to shake off, that sucks my blood from me like sap from a birch tree – is the question of my psychology. Can it really be that I will be different from the others? This question makes my hair stand on end, and I break out in shivers. Right now, I am a person in the middle, not belonging to one side nor to the other, but who

⁸ I have in mind in particular Sheila Fitzpatrick's contention that the massive promotion (*vydvizhenie*) of workers into managerial positions during the 1930s guaranteed the success of the Stalin revolution. According to Fitzpatrick, the stability of the Stalinist system rested on its capacity to satisfy the material self-interest of an important segment of the population. Aside from the question of whether individual subjectivity can be reduced to rational utilitarianism, Fitzpatrick overlooks the fact that the notion of self-interest on which her argument rests was explicitly denounced in the Soviet system as being selfish, petty-bourgeois, and therefore anti-Soviet; *Sheila Fitzpatrick*, *Education and Social Mobility in the Soviet Union, 1921–1934* (Cambridge 1979); *idem*, *The Russian Revolution 1917–1932* (Oxford, New York 1982).

could easily slide to either. But the chances are already greater for the positive side to take over – but still with a touch of the negative left. How devilishly this touch torments me. (entry of 13 September 1932)

What Podlubnyi meant by his “psychology” was the state of his consciousness. As this description suggests, he regarded his consciousness as being shaped by conflicting influences. On the one pole, there was the “negative side,” the lasting effect of his social origins as a kulak offspring. From this “old wound of my origins and memories,” as he wrote in another entry (25.9.1934), flowed everything that was bad, reactionary, backward inside him. Podlubnyi clearly understood this negative side of his self as the class enemy who threatened to take possession of him. On the other pole however, there was also a “positive” side – the promise of a proletarian identity, to which Podlubnyi aspired. During the early 1930s, Podlubnyi identified this ideal with the notion of a “progressive” industrial shockworker; later on, the model worker metamorphosed into a “cultured” and “educated” intelligent. In short, Podlubnyi was referring to the New Soviet man in his evolving manifestations.

Podlubnyi described himself as standing in the “middle,” between his discredited past and his anticipated future identity. His new life in Moscow thus constituted a journey from the old to the new, a journey of self-renewal and salvation. It should be stressed that Bolshevism in principle did not bar class enemies from full integration into the socialist society of the future. However, they could be saved only if they reconstructed themselves and, through labor, demonstrated their sincere devotion to the Soviet state. This was the hope to which Podlubnyi clung after arriving in Moscow: that he would be recognized as a proletarian if he succeeded in reworking himself – in shedding his kulak psyche and acquiring proletarian consciousness.

If we read Podlubnyi's diary in light of his own self-understanding and interpret it as an account of his journey from the old to the new, even entries which, on the face of it, seem to be detached sociological observations, ostensibly recorded for the benefit of future historians, acquire an entirely different meaning. For instance, Podlubnyi's diary contains vivid portrayals of the everyday life of young peasant in-migrants to Moscow. Podlubnyi frequently socialized with them. Following is a description of an evening he spent in the neighborhood:

Let's just take today's evening. One of many. A dance, a “virtuoso” dance accompanied by the accordion. The guys with drunken mugs and even sober fellows with insolent mugs pawing the girls, shoving, and being rowdy. Vas'ka Godunov, a lad who has lived in Moscow since 1928. He is only 20, in the prime of his life. He is dead drunk, on clumsy, drunk legs he taps the Russian dance. He has forgotten that it's time to go to work, that his comrades there are waiting for him... [...] He has emptied a whole bottle, he couldn't care less. But tomorrow? Tomorrow he'll get up with a heavy, aching head – without work, without his bite of bread, torn and sick. And then? Well, they won't give him work, where can he go? Perhaps do some trading on the market. A number of these fellows will come together, and they'll begin to steal. If it works, fine, but if not, they'll literally die of hunger. [...] There you see a thief, a bandit and what have you, someone whom it is very difficult, if not impossible, to put on his feet, and lead to the path of truth, the path of a cultured person. (12.2.1933)

Rather than viewing this text as a reflection of a social reality, I propose to treat it as a problematica. We should ask ourselves what motivated Podlubnyi to write so extensively about these young villagers. The answer, in my view, is that the evening in the Rodin's kitchen, in the way Podlubnyi narrated it, provided him with a marker on his journey of self-renewal. Through the description of the evening, Podlubnyi substantiated the struggle between the old and the new which he saw himself engaged in. The portrayal of the drunk young peasants supplied him with a contrast against which he could establish his own sense of self as an urban, cultured new man.

The process of self-fashioning that Podlubnyi enacted in his diary is strikingly illustrated in the portrayal of his father. Judging from the diary, the relationship between father and son was very conflictual. During his childhood, Stepan was frequently beaten by his father, Filipp Evdokimovich. The father also forced him to tend the family's goats, thereby keeping him from attending school on a regular basis. As Podlubnyi wrote in his diary, he experienced a moment of liberation when he was separated from his abusive father, who was sentenced to administrative exile during the dekulakization campaign. This was a turning point in his life: only with the removal of the "tyrant" did he start to gain consciousness and "grow" (13.8.1932). Filipp Evdokimovich reunited with the family in Moscow upon completion of his three-year term of exile in 1933. Stepan expressed his revulsion at how "old," "backward," and "useless" his father remained, despite the latter's opportunity to remake himself in exile. By the same token this characterization of his father in the pejorative terms of the Soviet language served to underscore the positive Soviet identity of the son:

9.7.1933 [...] Now about F.E. himself. A halfway old man, of no use to anybody and completely superfluous. He has left the old behind in many ways, but not altogether. But in the material sense definitely. Yet he hasn't been able to join the new. And if he doesn't succeed, it will be bitter for him and for us. This old man's weak will can destroy him as well as us. We have to help him with many things. We must force him to work on himself. Well, this will become clearer in the process. I look at him as at an acquaintance. Coldly. I can see in him only qualities negative for me. [...] His character is one of a wretched old man. Actually he's not really an old man.

Stepan portrayed his father as a "useless old man," not because of his biological age (he was 45 years old then), but because he showed no effort to become a new, socially useful Soviet citizen. Throughout the diary, Podlubnyi emphasized his emotional and intellectual detachment from his father. Calling him a "father by conception but a stranger by education" (24.1.1934) or simply his "former father" (9.5.1934), he made a point of contrasting relationships based on blood to those forged by consciousness. Bonds of consciousness superseded those of kinship and thus justified Podlubnyi's claim to be recognized as a member of the new order, in spite of his blood ties to the old.

One way to view this relationship and how it informed Podlubnyi's social and political identity would be to explain it in psychological terms: as a struggle for identity fought against an oppressive father. This approach, however, is problem-

atic because it accepts the concepts and emphases selected by Podlubnyi as psychological truth. Instead, these concepts can be situated historically as parts of a larger cultural text. The epithets used by Podlubnyi to establish the opposition between himself and his father strikingly resemble the epithets with which the battle for Soviet industrialization was fought: a struggle between "old" and "new" elements in society, "backward" and "progressive," darkness and light. But the similarity between Podlubnyi's rebellion against his father and the war gripping the country at large was not confined to the way in which they were phrased; it extended to content as well. The Party appealed to youth, and especially to those with tainted backgrounds, to dissociate themselves from their fathers and denounce them. Ritualistic declarations made by sons and daughters of anti-Soviet class origins filled the local and national press, repudiating their parents and stating that they had severed all ties to them. Among these sons was the famous Pavlik Morozov, who allegedly denounced his kulak father to the authorities and was then slain by his uncle. Pavlik was declared a martyr and a model to be emulated by Soviet youth⁹.

If Podlubnyi's relation toward his kulak father replicated a cultural pattern, we may conclude that he articulated this conflict because he felt encouraged by his environment to do so. He knew this articulation to be legitimate and, moreover, meaningful. The fundamental reason why Podlubnyi's rebellion against his father occupied such a prominent place in his diary was that he could situate it on the cultural axis – the struggle between old and new – which ultimately provided meaning in his life at the time. The renewal of man and society, to be completed with the construction of socialism, formed the core of Bolshevik ideology during the early 1930s. Podlubnyi conceptualized himself and his social environment in such a way that it would conform to and illustrate the path of personal salvation on which he was embarked. Among other things, the narrative of salvation required the presence of a representative of the old order, from which Podlubnyi had sprung, in order to make apparent his process of personal emancipation and legitimize his claim for full membership in Stalinist society. The darker and the more backward Podlubnyi portrayed his father, the more the arduousness and length of his own journey of self-renewal stood out and the closer he appeared to be to the final destination of personal salvation.

From its very inception, Podlubnyi's diary functioned as part of a self-project – as an active tool in the process of its author's self-creation. On the most elementary level, the diary helped Podlubnyi master the Russian language, which – given his Ukrainian background – had been taught to him only as a foreign language. The diary's early entries were phrased in awkward Russian and contained numerous orthographic errors. They were devoted exclusively to events in the workplace and the Komsomol, complete with painstakingly drawn sketches of the

⁹ Iurii Druzhnikov, a Soviet writer who later emigrated, discovered in the 1970s that Morozov's story had been fabricated at least in part. Among other things his father was not a kulak but the chairman of a rural soviet (*Fitzpatrick, Stalin's Peasants*, 255–256).

printing equipment in the "Pravda" plant. On a deeper level, however, the diary served Podlubnyi in learning yet another language: the Soviet language, a language revolving around labor activism, discipline, social use, and devotion to the state order. By means of his diary, Podlubnyi monitored his thoughts and behavior, measured his achievements and criticized his failures. His journal was in this sense a laboratory of his evolving Soviet identity.

Eventually the diary served as a training ground for an autobiographical novel that Podlubnyi hoped to write and be able to publish one day – a novel devoted to "the life of an outdated class, its spiritual rebirth and adaptation to new conditions" (25.9.1934). Podlubnyi not only hoped to remake himself through writing, but his projected novel – and, by extension, also the diary – were to serve as evidence of the process of learning and reconstruction that he had undergone. By means of his literary work he would be able to substantiate his claim for full citizenship in Soviet society. Podlubnyi's diary shows how by means of a personal, indeed, intimate record, an individual wrote himself into the political order of Stalinism.

This fusion of personal and social identity, the individual and the state order, which we observe in Podlubnyi's diary, entails a powerful challenge of the conceptual paradigm of a public versus a private sphere so frequently deployed in studies dealing with the Stalin era. This paradigm carries an especially problematic assumption of a subjective truth, identified with the private, as opposed to an official system of propaganda and lies, aligned with the public. To be sure, Podlubnyi did develop a distinct notion of personal thoughts that were dangerous to voice in public and could be confided only to his diary. But by the same token, Podlubnyi conceived of these thoughts as being illegitimate. This attitude was rooted in Marxist ideology, which denounced the private sphere as a constituent element of the capitalist system. In the Marxist view, the function of the private world was to deceive the oppressed worker, to give him respite and make him oblivious to his fundamental state of alienation. Under socialism, any notion of the private therefore had to be anachronistic. Freed from capitalist oppression, man regained his nature as a social being. His inner being and outer function became one. Consequently, in the early Soviet system, an individual's attempt to retain or carve out a private sphere for itself, shielded from the gaze of the collective, was considered to be a petty-bourgeois and selfish, or even downright counterrevolutionary act¹⁰. Faithful to the Marxist concept of man, Podlubnyi could not conceive of his diary as a record of a private sphere to be remembered. Rather it served as a site of purification. Podlubnyi envisioned writing as a struggle from which he would ultimately emerge cleansed, fully identical with public values and thereby rid of any alternative personal, selfish thoughts.

Rather than applying the binary terms of private and public, I suggest to understand Podlubnyi's diary as a technology of the self. The term self in this connec-

¹⁰ For an inspiring discussion of this issue, see *Oleg Kharkhordin*, *By Deeds Alone: Origins of Individualization in Soviet Russia*. Paper presented to the conference on Private Life in Russia at the University of Michigan, October 1996.

tion designates a specific relationship of interiority which Podlubnyi established with respect to himself. As Podlubnyi himself put it quite bluntly, he regarded his diary as a "rubbish heap" onto which he could discard all the "garbage and dirt" accumulating in his mind (23.1.1933). What he meant by "dirt" were states of mind when he felt to be in an "idiotic, non-political mood" or when he observed deficiencies of the political order which, as he explicitly wrote, he was "not supposed to see". Podlubnyi of course hoped that, by emptying this dirt into his diary, he would eventually be able to free himself from it and emerge a purer person, ridden of his personal doubts (25.9.1934). But underneath lurked the assumption that by merely exposing his impure soul he was already attaining a purer consciousness and thus working toward his personal salvation. Indeed, the work of purification to which he committed himself made sense only in an environment of impurity. Thus Podlubnyi kept producing new sites of impurity to be exposed and new instances of contamination to be neutralized. To this extent, we might understand his diary as a technology of transposition, of making transparent.

This technology of transposition, which we might also call a hermeneutics of the soul – i.e. an ongoing process of probing the self in order to understand and reveal its nature – was a central political practice of the Bolshevik state¹¹. The Bolsheviks were not solely concerned with the subject's outward attitude; they sought to appropriate its soul. Their goal was to persuade the population that the revolutionary process was a manifestation of historical necessity. Man was to become engaged in the program of building socialism out of his own will; he should comply with revolutionary politics out of understanding and personal conviction. This urge to engage the human soul also explains the Bolsheviks' obsession with transparency in public life, as evidenced in the frequent practice of purges and show trials. The goal of a show trial was to bare the soul of the defendant, in order to reveal his state of consciousness and "true" stance toward socialism. Yet what is astonishing with respect to Podlubnyi, is that he applied the technology of transposition to himself. On his own initiative, and outside of the parameters of official Bolshevik discourse, he kept purging his soul, exposing, and holding trial over the potential class enemy within himself.

If viewed in relation to the Bolshevik project of radically remolding the population within the shortest possible timespan – which some scholars have defined as the chief defining feature of totalitarianism¹² – Podlubnyi's diary reveals an im-

¹¹ The term "transposition" is borrowed from Keith Baker, who has identified this practice as a new style of politics in connection with the French Revolution (*Keith Michael Baker, A Foucauldian French Revolution?*, in: *Foucault and the Writing of History*, ed. by *Jan Goldstein*. [Oxford, Cambridge 1994] 187–204).

¹² For a very suggestive reexamination of the concept of totalitarianism in the context of not just the Soviet system, but modern politics in general, see *Peter Holquist* "Information Is the Alpha and Omega of Our Work": Bolshevik Surveillance in its Pan-European Context, in: *Journal of Modern History* 69 (September 1997) 415–450; *Michael Halberstam*, *Liberalism, Totalitarianism and the Aesthetic: An Investigation into the Modern Conception of Politics* (Ph.D. dissertation, Yale University 1996); for the German case, see *Michael Geyer*, *The*

portant additional dimension of totalitarian rule, which has hitherto remained invisible. It shows how an individual actively embraced the task of radical self-transformation, converting it into a relationship of interiority. Podlubnyi's perceived obligation to incessantly work on himself was such that his only enduring identity (in the face of his fleeting class or ethnic identities) can be said to be his identity as a project – an unfinished piece of work on himself¹³.

The relationship of interiority, however, is just one of two aspects characterizing Soviet subjectivity; it is paralleled by a simultaneous quest for outwardness or self-expression – the subject's attempt to join, and eventually become absorbed by, the historical process. It is this quest for self-expression that I am turning to now. An investigation of Podlubnyi's diary strikingly reveals to what extent the author embedded his own self-project into the Soviet revolutionary project as a whole. This wider frame of self-actualization, bracketing the individual's personal development and the development of the polity, is brought into sharp relief in Podlubnyi's habit of establishing in his diary yearly summaries on his achievements and failures. These "balance sheets," as he called them, allowed him to stand back and observe critically the character and pace of his personal growth. One of the balance sheets begins as follows:

30. 12. 1933 Everywhere in the Union and in all countries the balance of the yearly work is being drawn. Everywhere in the Union, in many cities, and also in Moscow, conferences, congresses etc. are convoked in order to review the work of the year. [...]

Two things are striking in this respect: first, the reason why Podlubnyi felt motivated to review his personal development – which he knew to be widely practiced throughout the country – was that this practice was expected of him. Second, and even more striking, in reviewing his own development, Podlubnyi used terms which were almost completely identical with the terminology used in official Soviet balance-sheets. A juxtaposition of Podlubnyi's end-of-year diary entry and an editorial of *Pravda* summarizing the achievements of that year shows that both texts focus on the same notion of growth¹⁴. Both speak of the "stormy growth," of the Soviet population and Podlubnyi respectively, emphasizing in particular the

Stigma of Violence, Nationalism, and War in Twentieth-Century Germany, in: *German Studies Review* (Special Issue) (Winter 1992) 75–110, especially 91–101.

¹³ To be sure, this observation equally applies to the identity of the modern subject in general, and thus brings out the uncanny proximity of totalitarianism to the ethos of modernity. As Michel Foucault remarked on the makeup of the modern individual, "to be modern does not mean to recognize oneself as one is, being in the flow of fleeting moments; it means to view oneself as an object of hard and complex labor" (*Michel Foucault, Freiheit und Selbst-sorge* [Frankfurt 1985] 44). I should stress by using the term totalitarianism, I do not mean to return to the classic definition of totalitarian rule made by Brzezinski and Friedrich, which in the light of subsequent research has become outdated (*Carl Friedrich, Zbigniew Brzezinski, Totalitarian Dictatorship and Autocracy* [2nd, rev. ed. Cambridge/MA 1965]). I understand totalitarianism along the lines of Hannah Arendt as a movement and a spirit, which derives power primarily from its appeal to the individual to belong and to universalize itself (see also below, note 16).

¹⁴ See *Pravda*, 30 December 1933, p. 1, "Nakanune 1934 goda."

"cultural growth" of population. The only discrepancy was that where Pravda affirmed that a "leap in consciousness" had taken place among the Soviet population, Podlubnyi complained that his consciousness was still underdeveloped.

As this example demonstrates, Podlubnyi measured himself as a subject within the larger framework of the Soviet polity: his self-development hinged on the state of development of the political order in which he lived. Underlying this dependence was of course the Marxist conviction that the development of self and world was ultimately conditioned by the steady progression of History toward completion, when mankind and the world would reach the stage of total purity.

In this connection another diary should be mentioned, which illustrates my observation about the fusion of individual and state order more glaringly than Podlubnyi's. This is the diary of the playwright Aleksandr Afinogenov¹⁵. This record provides fascinating insights into the relationship between self and world and the meaning an individual could find in his existence during the Stalin era. Afinogenov, who was one of the most frequently staged Soviet playwrights during the 1930s, was expelled from the Communist Party in 1937. For close to a year, in the face of a vicious press campaign launched against him, he waited to be arrested, but instead he was reinstated into the Party in early 1938.

Afinogenov had kept a diary since 1926. This was a typical writer's diary, containing drafts and aphorisms, but largely void of personal thoughts. Yet, confronted with the likelihood of his arrest, Afinogenov's diary turned into an intensely personal record. Initially he could explain his denunciation only in two possible ways: either an administrative error had occurred, or else he was the victim of nefarious plotting on the part of fascist enemies hiding among the leadership of the Soviet theater world. As he knew himself to be clean, Afinogenov expected to be reinstated into the Party soon. Increasingly, however, Afinogenov wondered whether his punishment hadn't been rightly inflicted on him: hadn't he neglected to continue working on himself, as soon as he had achieved celebrity status as a playwright? Hadn't he turned lazy and parasitic, just like those high office-holders, who were now purged in droves from their positions? – Again we can appreciate the diary as a technology of the self: Afinogenov vowed to engage in the pursuit of personal asceticism, better himself, in order to be "reborn" as a purer human being, worthy to be saved and reinstated into the Party.

Reflecting on his personal fate in the context of the purges, Afinogenov used a highly revealing metaphor. His diary entry of that day began with the perennial question: Why me? Why am I, who hasn't committed any crime, being purged? Yet in the next sentence, Afinogenov scolded himself for being so weak-spirited as to voice such selfish thoughts:

¹⁵ Most of Afinogenov's diary was already published during the Soviet era; A. N. Afinogenov, *Pis'ma, dnevniki [Izbrannoe v dvukh tomakh, t. 2]* (Moscow 1977). His diary of 1937 and 1938, however, was locked away in the *spetskhran* and became available to researchers only recently (RGALI, f. 2172, op. 3, ed. khr. 4–5).

You again think, that everything has to do with yourself. You still can't grasp the thought that you'll understand everything only once the purpose of all that's going on right now has become clear to you. That purpose is the general purge of our Soviet house from all impurity.

If he were an inanimate cup that had been thrown away accidentally, Afinogenov reasoned, he would have to deplore his fate. But,

you are a human being. You have to understand with all of your heart, that even if you will be broken, there is no reason to cry; you have to be happy that the time of such a purge has come and that you have been swept away not because of somebody's evil intentions but by pure chance. And would this be a reason for you to request a stop of the removal of the garbage? Of course not. ... Once the caring master (khoziain), while sweeping out the garbage, finds behind the window the ink bottle that had accidentally been thrown out, he will give orders to wash it and put it back on the table. The ink bottle – that is you! And you will stand on the master's table for a long time, and who knows, perhaps he will even use you to write some new remarkable thoughts? In any event, is the purpose of what's currently going on now clear to you? Yes. Do you want to be a participant in this purpose or an inanimate object? A participant, of course! (9.9.1937)

This entry touches on a central tenet of Soviet subjectivity. Afinogenov refused to be identified with a broken cup discarded in the purge process because he was a Communist endowed with consciousness and therefore had the capacity to understand the historical mechanisms motivating the purge. It was this consciousness that underpinned Afinogenov's subjectivity as a member of the Soviet system. Yet by the same token, Afinogenov's view of himself as being conditioned by the unfailing laws of historical development ultimately relegated him back from the position of subject to object of history. Just like the ink bottle on the master's table, Afinogenov's task was to give himself over to History, to turn into a tool by means of which History – embodied by Iosif Stalin – wrote itself.

The apparent paradox of subjectivization and objectification illustrated in Afinogenov's diary entry is inherent in the totalitarian promise of positive freedom proclaimed by the Bolshevik regime. Marxism foresaw the liberation of the individual as well as of mankind in the course of History's unfolding and eventual consummation. The notion of freedom contained in this vision is the freedom of the universalized individual living in full harmony with the world.

Yet once the ideal of positive freedom is actualized, once man embarks on his own subjectivization, he appears to objectify himself at the same time. Scholars of totalitarianism have of course recognized this phenomenon for a long time. Specifically, they have pointed to the self-destructive effects of Bolshevik party politics, which decreed the total submission of the individual Party member to the unfailing laws of History as interpreted by the Party leadership. But what an analysis of personal diaries reveals for the first time is the extent to which individuals actively sought to objectify themselves in their quest for self-actualization and, ultimately, salvation. The individual's joining of the totalitarian movement can thus not only be explained as an act of self-submission and self-loss¹⁶; it was –

¹⁶ Hannah Arendt, who wrote the most penetrating analysis of totalitarianism, views self-

paradoxically – also the highest form of self-realization. This also explains why Afinogenov (and other Soviet diarists as well) accepted even the thought of being crushed by the Party and thrown into the dust bin of History, as this apparent act of self-destruction contributed to History's eventual consummation and thereby satisfied the central purpose to which the subject had devoted its life¹⁷.

With their emphasis on self-renewal through redemption, Afinogenov's and Podlubnyi's diary are strongly suggestive of Romantic subjectivity, and especially the notion of *Bildungsgeschichte*. Divorced from nature, the Romantic subject embarks on a laborious journey of self-education and progressive self-formation in order to regain its lost unity. The culmination of the Romantic subject's existence, according to Charles Taylor, is reached when man "recognizes his own life as

loss in connection with the phenomenon of individual atomization in the modern world. It is against this background that totalitarianism, with its deceptive promise of belonging and meaning, assumes the power to lure the subject into its deadly embrace. Arendt's analysis of modern subjectivity is rendered somewhat problematic by the fact that she measures it against an ideal state, namely the Aristotelian concept of man. This mars her recognition of processes of subjectivization (and emancipation) which do not fit Arendt's chosen ideal of a *vita activa*; Hannah Arendt, *The Origins of Totalitarianism* [1951] (New York 1973); *idem*, *The Human Condition*. In a similar way, Laura Engelstein in her brilliant essay on the evolution of Russian legal culture overlooks the potential for subjectivity in an illiberal society. Defining subjectivity strictly in the liberal sense as the body of rights that assure the inviolability of an individual, she argues that after 1917, with the law becoming a tool in the hands of the Soviet state, subjectivity could no longer exist – it turned into "submission". In effect, her judgment seems to be based on a misunderstanding of the Foucauldian term of "subjectivity". Engelstein understands it as synonymous with the liberal notion of individualism, whereas Foucault had in view the general phenomenon of the modern self, as it is shaped by mechanisms of introspection and self-perfection; Laura Engelstein, *Combined Underdevelopment: Discipline and the Law in Imperial and Soviet Russia*, in: *American Historical Review* 98, No. 2 (1993) 338–353.

¹⁷ A particularly striking case in point is Bukharin's final letter to Stalin of 10 December 1937, which he wrote in detention while awaiting trial. In this letter, Bukharin proclaimed himself innocent, repudiating the confession that he had made earlier to the prosecution's charges of plotting against the Soviet system. Bukharin added, however, that he would have no trouble in confessing to these monstrous accusations, and indeed would "feel much calmer in [my] soul", if he knew that this confession of imaginary crimes was extracted from him in the service of a larger state interest. What worried Bukharin most was that Stalin might actually believe in the accusations against him (Prosti menia, Koba... Neizvestnoe pis'mo N. Bukharina, *Istochnik* no. 0 [sic] [1993] 23–25). Incidentally, Bukharin's letter raises another interesting parallel to Afinogenov's case. Bukharin concluded the letter with a personal confession to Stalin. He listed moments in his past life during which he had indeed been plotting against Stalin's rule, referring to these instances as his "original sin" (*pervorodnyi grekh*). But he also insisted that he had long ago repudiated these past errors and come to sincerely respect and love Stalin. "If only there existed an instrument, through which you could see my entire torn and tortured soul," he pled. Just like Afinogenov's diary, Bukharin's letter to Stalin can be read as a means to expose the impure soul and as a tool of self-purification. In this respect it is telling that Bukharin apparently wrote daily letters to Stalin from his prison cell in late 1937. (This information was given to me by Gennadii Bordiugov. Bukharin's prison letters to Stalin are deposited in the Russian Presidential Archive, which is still not accessible to most researchers.)

an adequate, true expression of what he potentially is."¹⁸ The Stalinist concept of man shares with Romanticism not only an understanding of life as the subject's painful struggle for self-realization and salvation; Stalinist subjectivity consists in self-expression as well. Self-realization is brought about through the subject's expression of its essence, and, specifically, through its alignment with the unfailing course of History, as it was interpreted by the Bolshevik leadership.

The degree to which Stalinist culture was rooted in Romanticism has been scarcely acknowledged by researchers¹⁹. Recently, several scholars have suggested to understand the Bolshevik project as an enactment of precepts dating from the Enlightenment²⁰. This interpretation indeed provides a powerful explanation of the authoritarian features of the Stalinist state, but in as far as the individual subject is concerned, it is reduced to the status of a malleable creature which is coercively molded and perfected by means of outside intervention. However, if we acknowledge the degree to which Stalinist subjectivity was also informed by Romanticism, it appears that it is the subject itself that takes on the task of self-perfection as its own. The implication is that, to an extent, individuals actively embraced Stalinism as a means of self-realization²¹.

Against the background of totalitarian subjectivity as the coming together of self and world on the premise of the subject's full universalization, I propose to understand individual dissent in the Stalinist system as a potential loss of world and self. Podlubnyi's diary powerfully illustrates the crippling effects that a diarist's attempt to question the official belief system had on himself as a person. Unable to accomodate his growing doubts and critical thought into the narrative of

¹⁸ Charles Taylor, *Hegel* (Cambridge 1975) 17. See also M. H. Abrams, *Natural Supernaturalism. Tradition and Revolution in Romantic Literature* (New York 1971).

¹⁹ Exceptions are Boris Grois, *The Total Art of Stalinism: Avant-Garde, Aesthetic Dictatorship, and Beyond* (Princeton 1992); Katerina Clark, *Petersburg. Crucible of Cultural Revolution* (Cambridge 1995). It should be noted, though, that the all-encompassing doctrine for the arts that later would come to be recognized as "Socialist Realism" for a time was identified by a number of literary spokesmen as "Revolutionary Romanticism"; Regine Robin, *Socialist Realism. An Impossible Aesthetic* (Stanford 1992).

²⁰ The most influential person to argue the destructive impact of the Western Enlightenment program on Russia is of course Aleksandr Solzhenitsyn. Among Western historians, this view is shared by Martin Malia, *The Soviet Tragedy. A History of Socialism in Russia, 1917–1991* (New York, Toronto 1994); a related, but much more nuanced argument has been made by Stephen Kotkin, *Magnetic Mountain*.

²¹ One major difference between Romantic and Stalinist subjectivity should be pointed out, however briefly. By definition, self-expression in Romanticism could only be attained by chosen individuals of genius (see Lidia Ginzburg, 'The Human Document' and the Formation of Character, in: *The Semiotics of Russian Cultural History*, ed. by Alexander D. Nakhimovsky and Alice Stone Nakhimovsky [Ithaca, London 1985] 188–224); in the Soviet case, by contrast, it was the state itself, through its reliance on unprecedented methods of intervention and control, that acted on the entire population to express themselves in the Bolshevik mode. To what extent Romantic aspirations were democratized by the Soviet leadership is brought out by Trotsky's statement that "the average human type will rise to the heights of an Aristotle, a Goethe, or a Marx. And above this ridge new peaks will rise."; Leon Trotsky, *Literature and Revolution* (Ann Arbor 1960) 256.

salvation that constituted his diary, Podlubnyi once wrote that there were "two people" inside of him. One of them was a "bureaucrat": "Daily he reminds me to be on my guard, to observe the rules and be careful ... This person is present in me for most of the time." The other person was one "who collects all sort of dirt in my soul, all the remaining garbage, and he waits for the right moment to splash out this refuse over the head of someone else in order to relieve himself from the burden of the dirt. This person lives more rarely in me, but he exists. This old wound of my origins and memories occasionally makes itself felt" (25.9.1934). As the last sentence makes clear, Podlubnyi continued to attribute his inability to always think in a Soviet way to his stained kulak background.

As he followed the Kirov murder in December 1934 and the ensuing campaign of heightened vigilance against class enemies launched by the Soviet leadership, Podlubnyi questioned the legitimacy of the regime's repressive policies. In particular, he distrusted the official version of the murder, "just the way that one distrusts a thief who had stolen before" (26.1.1935). Podlubnyi suspected instead that the government itself had fabricated the murder in order to rid itself of an bothersome member. But along with his criticism, Podlubnyi also leveled serious accusations against himself, chiding himself for his "too realistic" perspective on things. No longer was he a member of the "progressive" Soviet youth, he wrote; his "ideology" had become "rotten" (5.1., 26.1.1935).

Podlubnyi experienced his condemnation of the state order as an act of self-destruction. All the sources and elements of his self-definition as a subject were grounded in the Soviet regime. Bound as he was to the conceptual language of the regime in defining his identity, Podlubnyi's attempts at detaching himself from the values of the state invariably entailed a rejection of his positive self and forced him to condemn himself as a "useless," "pessimistic," and "reactionary" person. Characteristically, his criticism of the Soviet leadership, which grew substantially in the course of the 1930s, never extended into an indictment of the Soviet project as a whole. Podlubnyi stopped short of such criticism, because it threatened to destroy his positive sense of self and marginalize him in Soviet society. He was aware that by articulating anti-Soviet statements he risked not only being publicly relegated into the camp of the class enemy, but also being forced within himself to condemn himself as a bourgeois or, even worse, a hereditary kulak. To the extent that he did assume a critical voice, his criticism reproduced the Bolshevik regime of truth. Podlubnyi could denounce Stalin or even the entire Bolshevik leadership as inhuman and cruel; he could also condemn the regime's inability to live up to its promises, but he could not question the overall configuration of the world in which he was living, nor the purposes to which the Soviet state had committed itself.

In the light of the threat of self-loss that we observe in both Podlubnyi's and Afinogenov's diaries, the act of self-censorship acquires new meaning. Traditionally, self-censorship in the Soviet context has been interpreted as a fear of divulging a subjective truth to one's environment, to the extent that it is completely repressed. This analysis has revealed another function of self-censorship, diametrically opposed to the traditional interpretation. I would argue that Soviet diarists

censored themselves not only in order to repress a truth from others but mainly out of fear of destroying the truth that they held of themselves. In this interpretation, then, self-censorship was tantamount to self-expression in the Bolshevik mode. This suggests that the exercise of self-censorship functioned also as a means of self-preservation.

* * *

The two diaries investigated in this essay testify to the power of the Stalinist regime over the self-definition of its subjects. By illustrating how Bolshevik notions of what man should be informed the self-consciousness of individuals living in the Soviet system, Podlubnyi's and Afinogenov's journals shed light on an arena of power that has been overlooked in most existing studies on the social history of Stalinism. Focusing on methods of censorship and administrative surveillance, these studies have tended to view Soviet state power largely in negative terms, as a distorting and repressive force²². This view is based on a problematic distinction between the Soviet order and the individual. It posits state power – conceptualized in only two ways, as the exercise of physical violence or ideological influence – in opposition to the individual self, which is understood as an essentially pure and power-free domain.

By contrast, the approach taken in this study is founded on the belief that power and meaning are interdependent and therefore inseparable. Our investigation conducted on the microlevel has shown how Soviet state power instilled individuals with subjecthood. In striving for culture and consciousness, or in seeking to contribute to History's unfolding, Podlubnyi and Afinogenov both realized their individual subjectivity, but by the same token they acted as carriers of the Stalinist system. As their accounts show, an individual and the political system in which it lived cannot be viewed as two separate entities. For this reason, the present essay has not set itself the goal of measuring the effects of the Stalinist system on Podlubnyi's or Afinogenov's individual existence. Rather it sought to locate this system within the respective individual, and read their diaries as laboratories of the Soviet self. Thus, while not seeking to downplay the repressive qualities of the Stalinist regime, the analysis reveals a productive side of Bolshevik government, namely how it induced individuals to appropriate the Soviet program of civilization for themselves and become engaged in processes of self-transformation and self-perfection.

²² In this respect, Peter Holquist's study of Bolshevik surveillance politics achieves a veritable breakthrough. By showing how the modes and categories of administrative surveillance came to shape the ways in which the Soviet population recognized itself, he underscores the fundamentally productive effect of Soviet state government; *Peter Holquist, Information as Politics*, cited above.

Jurij Šapoval

Der russische Nationalismus und die Herrschaft Stalins*

Nationalismus – das ist eine Medaille mit zwei Seiten: einer politischen und einer ethnischen. Bisher wurden Versuche unternommen, dies als zwei unterschiedliche Nationalismen zu präsentieren, als ob es einen „guten“ Nationalismus und einen „schlechten“ Nationalismus gebe. Aber das sind nur Idealmodelle. In Wirklichkeit ist Nationalismus immer sowohl politisch als auch ethnisch, auch wenn sich die eine oder die andere Seite in verschiedenen Stadien als entscheidend erweisen kann.

[*Gija Nodija*, Nacionalizm i demokratija, in: *Družba narodov*, H. 5 (1994) 116.]

Das Thema, das in der Überschrift dieses Aufsatzes formuliert wurde, ist kompliziert und vielschichtig. Das gilt insbesondere, wenn man berücksichtigt, daß in den letzten Jahren viele, zuvor vom kommunistischen Regime „verborgene“, die nationalen Beziehungen in der ehemaligen Sowjetunion betreffende Dokumente zugänglich wurden. In welchem Maße war Stalin ein kommunistischer und in welchem ein russischer Führer? Was bedeutete die jahrhundertealte „russische Frage“ im Stalinschen Rußland? In welchem Verhältnis stand die Theorie des despotischen Kommunismus leninistisch-stalinistischer Gestalt zur Philosophie des russischen Messianismus? Diese und viele andere Fragen bedürfen weiterhin einer umsichtigen Antwort. Kein Betrachter der Probleme des Stalinismus kann sie ignorieren.

1936 prägte der bekannte russische Philosoph und Emigrant Georgij Fedotov in seiner Untersuchung über die Entwicklung der damaligen UdSSR („Prozeß gegen Rußland“ [*Tjažba o Rossii*]) den Begriff des „Oktober-Nationalismus“ der herrschenden Schicht¹. „Oktober-Nationalismus“ spielte dabei darauf an, daß es in der UdSSR lange Zeit üblich war, die Revolution Oktoberrevolution zu nennen. „Im Eiltempo“, schrieb G. Fedotov, „wird ein nationales Bewußtsein geschmiedet, das so lange zerstört war. Stück für Stück wird die alte russische Kultur wiederhergestellt.“²

* Aus dem Russischen von Markus Piccio.

¹ G. Fedotov, *Tjažba o Rossii*, in: *Družba narodov*, H. 4 (1990) 229.

² Ebd.

Wie die Forschung richtig sieht, beginnt Mitte der 30er Jahre tatsächlich, offenbar nicht ohne Einfluß von Vorgängen in Europa („Machtergreifung“ der Nationalsozialisten in Deutschland, Krieg der italienischen Faschisten in Albanien und Abessinien, Generalputsch in Spanien, rechtsnationalistische Umstürze in Osteuropa), die stalinsche Propaganda offen, Elemente der nationalen russischen Geschichte und Kultur in das System der grundlegenden ideologischen Richtlinien einzuschließen. Ein Beschluß des Rates der Volkskommissare und des CK der VKP(b) erklärte das Erlernen der russischen Sprache an allen Schulen der UdSSR für verbindlich. Gleichzeitig wurde für alle Völker der UdSSR außer den Georgiern und den Armeniern das Alphabet in die kyrillische Schrift überführt. Machen wir uns am Beispiel der Ukraine klar, wie das (im einzelnen) geschah. Am 20. April 1938 verabschiedete das Politbüro des CK der KP(b)U den gemeinsamen Beschluß des Rates der Volkskommissare der Ukrainischen SSR und des CK der KP(b)U „Über das verbindliche Erlernen der russischen Sprache in den nichtrussischen Schulen der Ukraine“. In diesem Dokument hieß es unter anderem: „Der SNK der Ukrainischen SSR und das CK der KP(b)U stellen fest, daß als Ergebnis der Wühlarbeit konterrevolutionärer trotzkistisch-bucharinistischer und bürgerlich-nationalistischer Elemente, die im Narkompros und den Organen der Volksbildung am Werke waren, der Unterricht der russischen Sprache in den Schulen der Ukraine unbefriedigend organisiert wurde. Die bürgerlichen Nationalisten, Trotzkisten und Rechten waren bestrebt, die Durchführung der Nationalitätenpolitik Lenins und Stalins in der Ukraine zu untergraben und die brüderliche Einheit des ukrainischen Volkes mit dem russischen Volk und den Völkern der UdSSR zu zerstören. Das Erlernen der russischen Sprache in den Schulen der Ukraine wird bedingt durch die Notwendigkeit, erstens der Stärkung des brüderlichen Bandes und der Verbundenheit zwischen dem ukrainischen Volk und dem russischen Volk der UdSSR für ihr weiteres wirtschaftliches und kulturelles Wachstum; zweitens durch die Notwendigkeit der Unterstützung bei der weiteren Vervollkommnung der ukrainischen Kader auf dem Gebiet wissenschaftlicher und technischer Kenntnisse; drittens, um die nötigen Bedingungen für die erfolgreiche Ausübung des Kriegsdienstes in den Reihen der Roten Arbeiter- und Bauernarmee und der Kriegsmarine durch alle Bürger der UdSSR zu gewährleisten. Bisher ist die Vermittlung der russischen Sprache durch andere Lehrinhalte weitgehend verdrängt worden, die für das Studium der russischen Sprache eingeplante Stundenzahl war unzureichend.“³

Nachdem sich diese Betonung der Priorität für alles Russische in den Jahren des Krieges gegen das nationalsozialistische Deutschland bedeutend verstärkt hatte, erreicht sie in der Rede Stalins auf dem feierlichen Empfang zu Ehren des Sieges eine Art Kulmination, als der Führer (der schon den höchsten Militärrang des Russischen Imperiums trug – „Generalissimus“) einen Toast nicht auf das sowjetische, sondern „auf das große russische Volk“ ausbrachte. Für lange Jahre gehen

³ Central'nyj gosudarstvennyj archiv obščestvennych ob-edinenij Ukrainy (Kiev), Fond 1, opis' 6, delo 463, l. 93.

in das sowjetische politisch-ideologische Lexikon Definitionen ein wie die, die unter anderem in der vierten Auflage des „Kleinen philosophischen Wörterbuchs“ unter der Redaktion von M. Rozental' und P. Judin enthalten waren: „Eine große Rolle beim Aufschwung von Wirtschaft und Kultur früher rückständiger Nationen spielte die Hilfe des russischen Volkes, das die herausragendste Nation unter allen zur Sowjetunion gehörenden Nationen ist und das sich allgemeine Anerkennung als führende Nation erworben hat.“⁴

So hat man allen Grund, die stalinistische Diktatur als Symbiose von imperialem Etatismus und großrussischem Nationalismus zu betrachten und zu analysieren. Äußerst interessant ist in diesem Zusammenhang die Überlegung des Schriftstellers Konstantin Simonov in seinem Buch „Mit den Augen eines Menschen meiner Generation. Gedanken zu J. V. Stalin“, wo von der Stalinschen Unterstützung der Verleihung eines Preises für das Buch von Kostylev über Ivan Grozny in der Nachkriegszeit die Rede ist. Nach Meinung Simonovs verband sich diese Verleihung „mit dem Gedanken an die zeitgenössische Konnotation dieses Romans, die gegenseitige Durchdringung der Zeiten. Im ‚Rohbau‘ vollendete Ivan IV. die zweihundert Jahre dauernde Vereinigung der Rus' um Moskau. Augenscheinlich konnte Stalin gerade in jenen Jahren eine ähnliche Vorstellung von seiner eigenen Rolle in der Geschichte Rußlands haben – sowohl im Westen als auch im Osten war alles früher Weggenommene oder Weggegebene zurückerobert und darüber hinaus die Aufgabe ganzer Jahrhunderte gelöst worden, die östliche und die westliche Ukraine unter Einschluß sogar der Bukovina und der Karpatho-Ukraine zu vereinigen.

Die Person Ivan Groznyjs war für Stalin als Spiegel eines ihn selbst betreffenden Themas wichtig – des Kampfes gegen innere Gegner, gegen bojarischen Eigensinn, eines Kampfes, der auf die Zentralisierung der Macht zielte. Hier war ein Element historischer Selbstrechtfertigung, genauer: weniger der Selbstrechtfertigung als der Autosuggestion.“⁵

Und dennoch scheint diese Beurteilung Simonovs dem Fedotovschen Begriff des „Oktober-Nationalismus“ keineswegs zu widersprechen. Er scheint gelungen, weil das kommunistische Regime infolge einer Reihe ihm immanenter Merkmale dem russischen Nationalismus nicht erlauben konnte (und dies auch nicht tat), sich in seiner reinen Gestalt zu entfalten, sondern immer wieder ein tönendes Gemisch aus sozial-klassenbezogener und Großmachtsdemagogie schuf.

Die Analyse des dokumentarischen und faktischen Materials erlaubt es, Stalins Vorgehen in seinen einzelnen Etappen zu verfolgen. Umreißen wir einige von ihnen, wobei wir uns auf die Vorkriegsperiode, d. h. auf die Zeit bis zum Beginn des Krieges zwischen der Sowjetunion und dem nationalsozialistischen Deutschland, beschränken wollen.

⁴ *Kratkij filosofskij slovar'*. Pod redakciej M. Rozentalja i P. Judina, Izdanie 4-e, dopoln. i ispr. 323.

⁵ *K. M. Simonov, Glazami čeloveka moego pokolenija. Razmyšlenija o I.V. Staline* (Moskau 1988) 186 f.

Das erste wichtige Moment bilden hier die Ereignisse, die mit der Gründung der UdSSR verbunden sind. Wie bekannt, gibt es zu dieser Frage eine umfangreiche westliche und eine nicht geringere sowjetische Historiographie. Die letztere reagierte immer sensibel auf alle Nuancen der politischen Konjunktur, und als in der Periode des Chruščëv'schen „Taufwetter“ gefordert wurde, den „guten“ Lenin vom „schlechten“ Stalin zu trennen, wurde das vor allem unter Berufung auf den Umstand getan, daß der „Führer des Weltproletariats“ 1922 den Plan der „Automatisierung“ kritisierte, den der kommende „Führer der Völker“ ausgearbeitet hatte. Für alle, die mit den Arbeiten Lenins zur Nationalitätenfrage vertraut waren (zum Beispiel mit seiner Kritik am ukrainischen Sozialdemokraten Lev Jurkevič-Rybalka), war klar, daß die damalige Leninsche Position – äußerlich gerechter als die Stalins – ausschließlich von politischem Pragmatismus diktiert wurde. Für Lenin war die Anerkennung der Selbständigkeit dieser oder jener Unionsrepublik eine eindeutig formale Frage. Wenn auch er dem großrussischen Chauvinismus einen „Kampf auf Leben und Tod“⁶ ansagte, wie in der bekannten Notiz an Lev Kamenëv vom 6. Oktober 1922, so standen diese Worte doch im Widerspruch zur völlig imperialen Praxis Lenins. Anders steht es bei Stalin. Seine Worte (besonders die in den „besonderen Aktenordnern“ und anderen geheimen Papieren verschlossenen) deckten sich mit den Taten. Beispielsweise wurde erst 1989 ein Brief Stalins vom 22. September 1922 bekannt, der auf Lenins Bitte um Information darüber antwortete, wie das Problem der Beziehungen zwischen den Unionsrepubliken im CK entschieden wurde. Dieses Stalinsche Dokument bedarf kaum besonderer Kommentare, da es ein eigentümliches Motto für die gesamte folgende, gut bekannte Geschichte der Sowjetunion ist. Darüber hinaus macht der Brief gleichsam klar, warum die folgenden Ereignisse eben so waren, wie sie waren, und nicht anders. Hier ein Auszug dessen, was Stalin schrieb: „Wir sind in eine solche Lage geraten, daß die bestehende Art der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie, d.h. das Fehlen jeglicher Ordnung und völliges Chaos, unerträglich werden, Konflikte, Beleidigungen und Gereiztheit schaffen, die sogenannte gemeinschaftliche föderative Volkswirtschaft zur Fiktion machen und jede gesamtrussische Wirtschaftstätigkeit bremsen und lähmen. Eins von beiden ist nötig: *Entweder* tatsächliche Unabhängigkeit und dann – Nichteinmischung des Zentrums, ein eigenes NKID, ein eigenes Vneštorg, ein eigenes Konzessionskomitee, eigene Eisenbahnen, wobei übergeordnete Fragen durch Verhandlungen von gleich zu gleich, durch Übereinkunft, entschieden werden und Anordnungen von VCIK, SNK und STO der RSFSR die unabhängigen Republiken nicht binden, *oder* eine tatsächliche Vereinigung der Sowjetrepubliken in ein wirtschaftliches Ganzes mit förmlicher Ausdehnung der Machtbefugnisse von SNK, STO und VCIK der RSFSR auf die SNK, CIK und Wirtschaftsräte der unabhängigen Republiken, d.h. die Ersetzung der fiktiven Unabhängigkeit durch tatsächliche

⁶ V. I. Lenin, Polnoe sobranie sočinenij, t. 45 (izd. 5-oe, Moskva 1964) 214.

innere Autonomie der Republik[en] hinsichtlich ihrer Sprache, Kultur, Justiz, der inneren Angelegenheiten, Landwirtschaft und alles übrigen.“⁷

Im weiteren unternimmt Stalin einen eigentümlichen Exkurs in die nahe Vergangenheit und erläutert (absolut richtig) die Gründe für die Situation, wie sie 1922 bestand: „In vier Jahren Bürgerkrieg, als wir angesichts der Intervention *genötigt waren, den Liberalismus Moskaus in der Nationalitätenfrage zu demonstrieren* (Hervorhebung von mir – Ju.Š.), gelang es uns, unter den Kommunisten, entgegen unserem Willen, echte und konsequente Sozial-Unabhängigkeitler heranzuziehen, die in jeder Hinsicht wirkliche Unabhängigkeit fordern und die Einmischung des CK der RKP als Betrug und Heuchelei von seiten Moskaus betrachten.“⁸

Hier lohnt es vielleicht, daran zu erinnern, daß Stalin selbst im Bürgerkrieg keineswegs Liberalismus in der Nationalitätenfrage demonstrierte. Bezeichnend ist das Beispiel der Ukraine. Im März 1918 stand N. A. Skrypnyk an der Spitze einer probolschewistischen Regierung, dem Volkssekretariat der Sowjetukraine. Wegen des Vordringens österreichisch-deutscher Truppen in die Ukraine und der Gefahr der Eroberung der Krim, des Kuban und des Dongebiets wandte sich eine Reihe führender Politiker dieser Regionen mit dem Vorschlag an die erwähnte Regierung, eine Föderation der südlichen Sowjetrepubliken zu gründen. Am 4. April 1918 nahm der Vorsitzende des Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets der Ukraine, V. P. Zatonskij, eine direkte Verbindung zu Stalin auf und bat ihn, den Sovnarkom der RSFSR und die Sondergesandtschaft der Ukraine davon in Kenntnis zu setzen. Stalin beschuldigte die probolschewistische Regierung im Gespräch mit Zatonskij daraufhin einer Politik, die darauf abziele, das Dongebiet in den Krieg mit Deutschland hineinzuziehen. Dabei drückte sich Stalin so aus: „Sie haben zur Genüge Regierung und Republik gespielt; nun reicht es; es ist Zeit, das Spiel abzubrechen.“⁹

Kehren wir jedoch zum Brief vom 22. September 1922 zurück. „Wir“, schrieb Stalin weiter, „durchleben eine Periode der Entwicklung, wo die Form, das Gesetz und die Verfassung nicht ignoriert werden können, wo eine junge Generation von Kommunisten an der Peripherie aufhört, das Spiel mit der Unabhängigkeit als Spiel zu verstehen, und das Wort von der Unabhängigkeit unbeeindruckt für bare Münze nimmt und von uns ebenso unbeeindruckt fordert, die Verfassung aus unabhängigen Republiken buchstabengetreu zu verwirklichen ... Wenn wir uns aber jetzt nicht darum bemühen, die *Form* der Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie den *faktischen* Beziehungen anzupassen, kraft derer sich die Peripherie in allen grundlegenden Angelegenheiten dem Zentrum unterordnen muß ..., so wird es in einem Jahr unvergleichlich schwieriger sein, auf der faktischen Einheit der Sowjetrepubliken zu bestehen. Jetzt geht es darum, die Nationalen möglichst

⁷ Iz istorii obrazovanija SSSR. Pis'mo I. V. Stalina V. I. Leninu, 22 sentjabrja 1922 g., in: Izvestija CK KPSS, H. 9 (1989) 198 f.

⁸ Ebd. 199.

⁹ Zit. nach: Ju. I. Šapoval, Ukraina 20–50-ch godov: stranicy nenapisannoju istorii (Kiev 1993) 2 (ukr.).

nicht zu „beleidigen“; in einem Jahr wird es wahrscheinlich darum gehen, möglichst keine Spaltung in der Partei über diese Frage hervorzurufen, weil das „nationale“ Element an der Peripherie nicht zugunsten der Einheit der Sowjetrepubliken wirkt und die formale Unabhängigkeit seine Arbeit begünstigt.“¹⁰

Halten wir fest: Nach Meinung Stalins begünstigt nicht einmal die formale Unabhängigkeit die Einheit der Sowjetrepubliken. Damals, 1922, galt formal der Standpunkt Lenins, d. h., in den Worten Stalins, das „Spiel“ der Unabhängigkeit der Republiken, obgleich der Status der kommunistischen Parteien der Republiken als Gebietsorganisationen einer einheitlichen Partei und die Unterordnung der wichtigsten Republiksvolkskommissariate unter das Moskauer Zentrum keinen Zweifel daran ließen, was tatsächlich vorging.

Indes verfolgte Stalin auch unter diesen Bedingungen, besonders mit Blick auf Lenins Krankheit, konsequent seine Linie. Eine sehr wichtige Etappe bildete das Jahr 1923, als zwei wichtige Ereignisse stattfanden. Im April trat der XII. Parteitag der RKP(b) zusammen, der Kurs auf die *korenizacija* [Verwurzelung] nahm, was ein offensichtlicher Tribut Moskaus an die „National-Kommunisten“ der Republiken war. Das zweite Ereignis war die IV. Konferenz des CK der RKP mit den verantwortlichen Funktionären der Republiken und Gebiete vom 9. bis 12. Juni (jetzt, nach der Veröffentlichung früher unbekannter Dokumente, ist völlig klar, daß sie ein Gegengewicht gegen den Parteikongreß bildete)¹¹. Auf der Tagesordnung standen zwei Probleme – der Bericht der Zentralen Kontrollkommission über den Fall des ehemaligen Mitgliedes des Kollegiums des Volkskommissariates für Nationalitätenangelegenheiten, Mirsaid Sultan-Galiev, und praktische Maßnahmen zur Realisierung der Resolution des XII. Parteitags der RKP(b) über die Nationalitätenfrage.

Dem Wesen nach aber war das eine einzige Frage – die Frage nach den Akzenten in der Nationalitätenpolitik, insbesondere der „*korenizacija*“, mit deren Hilfe sich das bolschewistische Regime an die Völker der nationalen Randgebiete anzunähern suchte, indem es den Aufstieg örtlicher Kader in die Partei- und Sowjetapparate förderte. In der Ukraine nahm sie in erster Linie die Form der „Ukrainisierung“ an. Die Moskauer Führung, in der verschiedene Standpunkte zu dieser Politik existierten, kam nichtsdestoweniger in einem Punkt überein – der Notwendigkeit strenger Kontrolle und deutlicher Grenzen der *korenizacija*. In der Praxis jedoch mußte diese Politik „Entrussifizierung“ bedeuten und damit auch eine Stärkung dezentraler Tendenzen. Früher als andere verstand dies Stalin, der nicht öffentlich gegen die Leninschen Bemerkungen und die von den „National-Kommunisten“ mit Enthusiasmus aufgenommenen Entscheidungen des XII. Parteitags auftreten konnte. In dieser Lage beschloß er, den Fall M. Ch. Sultan-Galiev zu nutzen, um den Republiksführern die tatsächliche Meinung der Partei-

¹⁰ Iz istorii obrazovanija SSSR, 199.

¹¹ O tak nazyvaemoj „sultan-galievskoj kontrrevoljucionnoj organizacii“, in: Izvestija CK KPSS, H. 10 (1990) 75–88.

und Staatsführung zu signalisieren und vor der Gefahr der „Sultan-Galievščina“ für die anderen Regionen zu warnen.

Viele Führer der damaligen Sowjetrepubliken verstanden diese Stalinsche Strategie sehr genau. N. A. Skrypnik zum Beispiel schöpfte laut V. M. Kužbyšev den „Verdacht ...“, daß die Inszenierung dieser Sache irgendeine Umwälzung in der Politik unserer Partei vorbestimmt“¹².

In „doppelter Buchführung“ – mit einer treffenden Formulierung Skrypniks zu reden – kritisierte Stalin auf der einen Seite russischen Großmachtchauvinismus, betonte aber auf der anderen Seite (und das war sein Hauptakzent auf der IV. Konferenz) die Notwendigkeit des Kampfes gegen den lokalen Nationalismus, den zu führen er die Republiksparteiorganisationen aufrief. „Der Nationalismus“, behauptete Stalin unter anderem, „spielt für diese Organisationen dieselbe Rolle, die der Menschewismus in der Vergangenheit für die Partei der Bolschewiki gespielt hat. Vor allem durch nationalistische Bemäntelung können in unsere Organisationen an der Peripherie alle Arten von bürgerlichen Einflüssen, darunter auch menschewistische, eindringen ... Der Kampf gegen diesen Feind in den Republiken und Gebieten stellt das Stadium dar, das unsere nationalen kommunistischen Organisationen durchschreiten müssen ...“¹³

Charakteristisch ist auch, daß Stalin als „zweiten Schwachpunkt der Sowjetmacht“ (nach Turkestan) die Ukraine nannte und dazu aufrief, sie in eine „Musterrepublik“ zu verwandeln¹⁴. Dabei kritisierte Stalin Skrypnik, der angeblich die Gefahr des lokalen Nationalismus „verschleierte“, sowie den damaligen Vorsitzenden des Sovnarkom der Ukrainischen SSR Ch. G. Rakovskij als angeblichen Anhänger einer Konföderation¹⁵. Gleichzeitig unterstützte er den damaligen Generalsekretär des CK der KP(b)U D. Z. Manuil'skij, der behauptete, daß die Entscheidungen des XII. Parteitags über die Nationalitätenfrage „bei uns das nationale Element entfesselten“ und „in gewissem Sinn zu einer Charta für die Kommunisten jener Nationalitäten wurden, die vom ehemaligen zarischen Imperium unterdrückt worden waren“¹⁶. Er rief die Kommunisten der Peripherie auf, den Kampf „gegen ihren eigenen Nationalismus“ zu führen, wobei er „den russischen Genossen den Kampf gegen ihren Nationalismus“¹⁷ auftrug.

Doch gerade die „russischen Genossen“ der GPU fabrizierten im Frühling 1923 den „Fall Sultan-Galiev“, indem sie ihn beschuldigten, eine nationalistische Organisation geschaffen zu haben, die gegen die Führung der Partei und des Sowjetstaates in der Nationalitätenfrage aufetrete¹⁸. Stalin gab der GPU vor Ort freie Hand, als er die Enthüllung des tatarischen „Nationalisten“ zu beschleunigen

¹² IV soveščanie CK RKP s otvetstvennymi rabotnikami nacional'nych respublik i oblastej v Moskve, 9–12 ijunja 1923 g. – Stenografičeskij otčet (Moskau 1923) 71.

¹³ Ebd. 67 f.

¹⁴ Ebd. 224.

¹⁵ Ebd. 227, 233 f.

¹⁶ Ebd. 43.

¹⁷ Ebd. 44 f.

¹⁸ O tak nazывaemoj, 79.

suchte (am 24. Mai 1923 verpflichtete das Politbüro die GPU, den „Fall“ in zweiwöchiger Frist abzuschließen). Nicht umsonst war Nikolaj Skrypnik so besorgt, der lange mit der CK verbunden war und wußte, daß in der Ukraine eine solide Erfahrung des Kampfes gegen die „Konterrevolution“, vor allem gegen die „nationalistische“, angesammelt worden war. Im April 1923 sagte Skrypnik auf dem XII. Parteitag der RKP(b): „Wir balancieren die ganze Zeit, auf dem Gebiet der nationalen Frage. Einige versuchen die ganze Zeit, die Mittellinie zu finden. Jeden Hinweis auf den Großmachtchauvinismus müssen sie immer mit dem Gegenhinweis auf den Chauvinismus der kleinen Völker kompensieren, und immer kommt dabei doppelte Buchführung heraus. Jede Erwähnung des großrussischen Chauvinismus versucht man durch die Präsentierung der Gegenklage zu disqualifizieren: Sie sagen: ‚zuerst überwindet euren eigenen Nationalismus‘. So wurde bei uns in Wirklichkeit überhaupt kein Kampf gegen den Großmachtchauvinismus geführt.“¹⁹

Dies wurde im Jahr 1923 gesagt. Die Jahre vergehen, und 1934 erinnert Stalin in einer Rede auf dem XVII. Parteitag der VKP(b) an den zu dieser Zeit schon toten Skrypnik (durch die Beschuldigungen der „nationalistischen Abweichung“ verfolgt, beendet er sein Leben am 7. Juli 1933 durch Selbstmord) und gibt, als wollte er seinem Opponenten antworten, eine auf Grund ihrer Raffinesse bemerkenswerte Erläuterung seiner Position: „Man streitet darum, welche Abweichung die Hauptgefahr darstellt, die Abweichung zum großrussischen Nationalismus oder die Abweichung zum lokalen Nationalismus? Unter den gegenwärtigen Umständen ist dies ein formaler und inhaltsloser Streit. Es wäre dumm, ein für alle Zeiten und Verhältnisse geeignetes Rezept über die Haupt- und Nebengefahr zu geben. Solche Rezepte gibt es in der Natur überhaupt nicht. Die Hauptgefahr stellt die Abweichung dar, gegen die zu kämpfen man aufgehört und der man auf diese Weise zur Gefahr für den Staat heranzuwachsen gestattet hat.“²⁰

Diese von den Parteitagsdelegierten mit langem Beifall bedachten Worte Stalins beantworteten gleichsam von selbst eine weitere wichtige Frage: Wer eigentlich entschied, welche der nationalen Abweichungen die Hauptgefahr in diesem oder jenem Moment darstellt? Es versteht sich, daß Stalin selbst dies bestimmte, formell aber das Politbüro des CK der VKP(b). Aber wenn wir noch eine Frage stellen – danach, welche Hauptgefahr Stalin permanent in der 1922 gegründeten Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken sah –, so ist es nicht schwer, sich davon zu überzeugen, daß dies immer der lokale Nationalismus war. Und davon wurden auch die Beziehungen zu allen „Unionsrepubliken“ geprägt. Auf dem erwähnten XVII. Parteitag der VKP(b) erklärte Stalin unter anderem: „Viele denken, daß der Sündenfall Skrypniks ein Einzelfall ist, die Ausnahme von der Regel. Das ist nicht wahr. Der Sündenfall Skrypniks und seiner Gruppe in der Ukraine

¹⁹ XII s-ezd RKP(b). 17–25 aprilja 1923 goda. Stenografičeskij očet (Moskau 1968) 572.

²⁰ XVII s-ezd VKP(b). 26 janvarja – 10 fevralja 1934 goda. Stenografičeskij očet (Moskau 1934) 32.

bildet keine Ausnahme. Dieselben Verrenkungen kann man auch bei einzelnen Genossen in anderen nationalen Republiken beobachten.“²¹

Die Vorwürfe von „Nationalismus“, „nationalistischen Abweichungen“, des Bündnisses mit der „nationalistischen Konterrevolution“ waren stets ein nach seiner Art universales Instrument des Stalinschen Regimes zur Stärkung der eigenen Herrschaft. Mit Hilfe eben dieser Beschuldigungen rechtfertigte die Partei- und Staatsführung immer unmenschliche Handlungen gegen Arbeiter, Bauern und Angehörige der Intelligenz. All das ist mehr oder weniger bekannt. Doch noch nie hat die Forschung über die Stalinsche Nationalitätenpolitik ihre besondere Aufmerksamkeit auf die spezifische Rolle gerichtet, die den Organen von GPU und NKVD, immer aktiv angespornt und ausgenutzt durch Stalin, unter diesen Bedingungen zukam. Vor kurzem in der Ukraine bekannt gewordene Dokumente bestätigen, daß diese Organe in der Phase der „Ukrainisierung“ (1923–1933) gleichzeitig mit dem offiziellen Kurs in der Nationalitätenfrage gewissermaßen ihre eigenen Absichten verfolgten und sorgfältig Material über alle aufrichtigen Anhänger der „Ukrainisierung“ und all jene aufspürten und sammelten, die in diesem oder jenem Maße Sympathie für die Idee der ukrainischen Selbständigkeit äußerten. Die Analyse vieler amtlicher Dokumente von GPU und NKVD (in erster Linie sind das Befehle, aber auch verschiedene analytische Informations- und Berichtsnotizen, Orientierungshilfen, bestimmt zur internen Verwendung) führt zu dem Schluß, daß sich die Mitarbeiter des Geheimdienstes dem – offiziellen – Kurs in der Nationalitätenpolitik nicht anschlossen und ihm darüber hinaus mit ihren spezifischen Mitteln entgegenwirkten.

Davon zeugen insbesondere die unter den Klassifizierungen „Streng geheim. Nicht zur Vervielfältigung. Aufzubewahren in gleicher Weise wie Chiffren unter der Verantwortlichkeit des Leiters des Organs der GPU“ verschlossenen Rundbriefe „Über die ukrainische Öffentlichkeit“ vom 30. März 1926 und „Über den ukrainischen Separatismus“ vom 4. September 1926. Auf der Grundlage dieser Materialien kann man die gesamte Tätigkeit von GPU und NKVD in einem prinzipiell anderen Licht sehen, da sie faktisch als Werkzeuge einer ‚Gegen-Ukrainisierung‘ fungierten und repressive Aktionen gegen die Anhänger dieser Politik vorbereiteten.

Beide Dokumente wurden in der Geheimabteilung (nach 1932: Geheime politische Abteilung) verfaßt, die eine Schlüsselstellung bei der Information der Partei- und Staatsführung der Ukraine über die Tendenzen des gesellschaftlich-politischen Lebens innehatte. Mit ihren Dokumenten informierte die GPU der ukrainischen SSR die lokalen Funktionäre über „Wesen, Geschichte und Taktik des ukrainischen Separatismus“, rief aber auch konkrete Aufgaben ins Bewußtsein. Indem sie anmerkte, daß der „neue nationale Kurs“ nach dem XII. Parteitag der RKP(b), d. h. die *korenizacija* und für die Ukraine die „Ukrainisierung“, die Fortsetzung bewaffneten Widerstandes gegen die Sowjetmacht unmöglich mache, lenkten die Dokumente die Aufmerksamkeit darauf, daß die ukrainischen Natio-

²¹ Ebd. 31.

nalisten ihre Anstrengungen auf die „Kulturfront“ richten und die legalen Möglichkeiten nutzen sollten. In einem der Dokumente hieß es offen: „Die Ukrainisierung wird für die Formierung von Anhängern nationalistischer Ideen in allen existentiellen Bereichen des Staatsorganismus genutzt.“²² Wie zu sehen ist, war die Position der Čekisten in Bezug auf die „Ukrainisierung“ klar und fest.

Man benannte auch die Träger des ukrainischen Nationalismus: vor allem die ukrainische autokephale orthodoxe Kirche (UAPC), die nach der Definition des schon erwähnten D. Z. Manuil'skij die „politische Zitadelle der Petljurovščina“²³ war und im Januar 1930 nach einem inszenierten „Außerordentlichen Konzil“ aufgelöst wurde.

Zum zweiten wichtigen Angriffsziel bestimmte man die Allukrainische Akademie der Wissenschaften (VUAN), die, wie im genannten Dokument bemerkt wurde, „eine kompakte Masse ehemaliger namhafter Vertreter der UNR (d.i. der Ukrainischen Volksrepublik – Ju. Š.) um sich versammelt“²⁴. Früher unbekannte Dokumente bestätigen, daß die GPU der USSR aufgrund von Informationen geheimer Mitarbeiter ein recht genaues Bild der Vorgänge in der VUAN besaß.

Die erwähnten Rundbriefe wiesen den Organen der GPU folgende Hauptaufgaben zu:

- „Aufdeckung rechter Gruppen, ihrer Tätigkeiten und Beziehungen zur übrigen ukrainischen Öffentlichkeit“;
- „sich nicht auf die Beobachtung aller Kreise der ukrainischen Öffentlichkeit zu beschränken, sondern aktive Aufklärung unter den namhaften Vertretern ukrainischer antisowjetischer Strömungen zu führen“;
- „die Arbeit in der ukrainischen Intelligenz mit der Arbeit im Dorf zu verknüpfen“;
- „die gegenwärtigen Stimmungen der ukrainischen Öffentlichkeit zu beleuchten, die mit unserem inneren und internationalen politischen Leben verbunden sind“²⁵.

Man kann behaupten, daß diese Direktiven ihre Schöpfer überlebten und viele Jahre gültig blieben. Stalin machte gerne von den Resultaten dieser Arbeit von GPU und NKVD Gebrauch, um „antinationalistische“ Massenkampagnen zu organisieren. Natürlich geschah dies nicht nur in der Ukraine, sondern auch in anderen Regionen der damaligen UdSSR.

In diesem Zusammenhang stellt sich eine für unser Thema wichtige Frage: Gab es in den ehemaligen „Unionsrepubliken“ während der untersuchten Periode tatsächlichen Widerstand gegen den Stalinismus? Diese Frage bedarf noch eingehender Untersuchung, aber man kann schon jetzt eine positive Antwort geben. Teilweise ist die „antinationalistische“ Aktivität des Stalinschen Regimes verständlich. Zum Beispiel gab es in der Stalinszeit und auch später in der Ukraine immer Patrioten, die von einer nationalen Wiedergeburt träumten, die Zukunftsperspektiven

²² Rundbrief der GPU der USSR „Ob ukrainskom separatizme“, Archiv Služby bezopasnosti Ukrainy. Kollekcija dokumentov, 3.

²³ Iz archivov VUČK-GPU-NKVD-KGB, H. 1 (1994) 52 (ukr.).

²⁴ Rundbrief der GPU der USSR „Ob ukrainskom separatizme“, Archiv Služby bezopasnosti Ukrainy. Kollekcija dokumentov, 3.

²⁵ Ebd. 11.

unseres Landes in einer stärkeren Orientierung zum Westen sahen und einen ukrainischen Nationalstaat anstrebten. In den 40er und 50er Jahren führten ukrainische Nationalisten auf dem Gebiet der Westukraine dafür einen bewaffneten Kampf gegen das kommunistische Regime.

1929 wurde in Kiev die Untergrundorganisation „Komitee zur Befreiung der Ukraine“ aufgedeckt. Ihre Mitglieder hatten einen „Aufruf an alle von der Moskovščina unterdrückten Menschen der Ukraine“ verfaßt, in dem es unter anderem hieß: „Schon mehr als zwei Jahrhunderte trägt die Ukraine die schwere Last der wirtschaftlichen Ausbeutung und der politischen und kulturellen Beleidigung durch die ‚wohlthätige‘ Moskovščina. Mehr als zweihundert Jahre füllt der ukrainische Bauer und in der letzten Zeit auch der ukrainische Arbeiter mit seinem Schweiß, mit seinen Schwielen den löchrigen Sack der rußländischen Regierung – früher der zarischen und jetzt der sogenannten ‚proletarischen‘, die goldene Berge verspricht, während sie sich in Wahrheit hinter dem Rücken des Proletariats versteckt und es schon elf Jahre ausplündert. Sie zwingt nur dazu, sich im Namen der sog. ‚sozialistischen Akkumulation‘ abzuquälen... Ukrainische Brüder! Die Zeit ist gekommen, um ein eigenes Leben aufzubauen. Die Zeit ist gekommen, sich um die Freiheit des Heimatlandes zu kümmern.“²⁶

Das sind Worte offener Gegner des Regimes und der Stalinschen Nationalitätspolitik. Es ist verständlich, daß das Regime mit solchen Leuten unbarmherzig abrechnete. Allerdings verfuhr das Regime mit seinen eigenen Gefolgsleuten, die es „nationalistischer Abweichung“ oder der „Beihilfe zum Nationalismus“ verdächtigte, nicht weniger unbarmherzig. Die letzteren beschuldigte man zum Beispiel, den einflußreichen Staats- und Parteifunktionär A. Ljubčenko, der unter anderem im Schauprozeß gegen den „SVU“ (*Spilki vizvolennja Ukraini, Sojuz osvoboždenija Ukrainy*) 1930 eine unheilvolle Rolle gespielt hatte, indem er als einer der aktivsten gesellschaftlichen Ankläger auftrat. Im August 1937 setzte er seinem Leben durch Selbstmord ein Ende. Unter anderem wurden in den ihn belastenden Materialien folgende „Sünden“ genannt: Er sei „Borot'bist“ gewesen, Angehöriger einer Fraktion, die sich im Mai 1918 von der ukrainischen Partei der Sozialrevolutionäre (UPSR) abgespalten hatte, und später, 1920, in der Kommunistischen Partei der Bolschewiki der Ukraine (KP(b)U) aufgegangen war; im Prozeß gegen den „SVU“ habe er, um die ukrainische Vergangenheit zu kompromittieren, die Sache so darzustellen versucht, daß die Sowjetmacht gegen alles Gute in der ukrainischen Geschichte sei²⁷. Weil er gut ukrainisch sprach, seinerzeit Mitglied der Zentralrada war, in der Vergangenheit zur einflußreichen Konkurrentin der Bolschewiki, zur UPSR, gehört hatte und seine Freunde, ehemalige Borot'bisten, im Staats- und Parteiapparat aufrücken ließ, wurde Ljubčenko schon einige Jahre vor seinem Tod zum Objekt besonderer Aufmerksamkeit des NKVD. Er diente dem bolschewistischen Regime treu, aber seine ukrainische politische Vergangenheit

²⁶ Zit. nach: A. Sachno, Delo o KVU, in: Kievskie novosti, Nr. 46 (1995).

²⁷ Archiv Služby bezopasnosti Ukrainy, delo 51391 FP, t. 3, l. 77.

und auch sein durch marxistisch-internationalistische Dogmen abgeschwächter Ukrainismus gerieten nicht in Vergessenheit.

Interessant ist auch ein anderes Beispiel, das Beispiel Aleksandr Šumskij, 1923–1927 Volksbildungskommissar der Ukraine, den man unter aktiver Mithilfe des damaligen Generalsekretärs des CK der KP(b)U, L. M. Kaganovič, Mitte der 20er Jahre zum Führer der „nationalen Abweichung“ erklärte. Natürlich war der Konflikt zwischen Šumskij und Kaganovič ein Konflikt zweier Persönlichkeiten. Doch nicht nur das muß man berücksichtigen. Im Herbst 1925 traf sich Šumskij bei Moskau mit Stalin. Aufgrund früher unbekannter und im Archiv des SBU aufbewahrter Aussagen eines der Teilnehmer des Treffens gelang es festzustellen, daß Šumskij erklärte: „Das CK der KP(b)U soll die nationalen und kulturellen Prozesse ... in der Ukraine kontrollieren und leiten, doch aus Moskau schickt man solche Funktionäre in die Ukraine, die die nationalen Fragen der Ukraine nicht verstehen.“²⁸ Die zweite grundsätzliche Auffassung bestand darin, daß „die ukrainischen Kommunisten schon erwachsen sind und die Führer von Partei und Regierung selbst wählen können“²⁹. Eben diese zwei Sachverhalte – keine Funktionäre aus dem Zentrum zu kommandieren, die die Arbeitsbedingungen in der Ukraine nicht kennen, und den ukrainischen Politikern zu erlauben, ihre Führung eigenständig zu bestimmen – sollten vom stalinistischen Regime nie gestattet, vielmehr jegliche Anzeichen auch nur minimaler Selbständigkeit ukrainischer Führer unnachsichtig unterbunden werden. 1933 nahm man Šumskij fest und verurteilte ihn wegen Zugehörigkeit zur erfundenen „Ukrainischen Militärorganisation“. Von dieser Zeit an wird er 13 Jahre lang einen beharrlichen Kampf um seine Rehabilitierung führen. Eine große Zahl einschlägiger Dokumente hat sich erhalten, darunter Briefe Šumskijs an Stalin. Im Herbst 1946 sollte der ehemalige Volksbildungskommissar der Ukraine auf Anordnung von Stalin und Kaganovič umgebracht werden.

Im April 1926 erschien als Reaktion auf das Gespräch mit Šumskij ein Brief Stalins „An den Genossen Kaganovič und die anderen Mitglieder des PB des CK der KP(b)U“, der eine Kritik Šumskijs und des Schriftstellers N. G. Chvylevyj als Initiator einer literarischen Diskussion, die 1925 begonnen hatte, enthielt. Faktisch stellte dieser Brief, der 1948 im achten Band der Werke Stalins mit geringen, aber wichtigen Kürzungen abgedruckt wurde, Kaganovič eine „Carte blanche“ für massive Schläge gegen die „National-Abweichler“ in Gestalt von Šumskij, Chvylevyj und später des jungen Ökonomen Michail Volobuev aus³⁰. Außerordentlich charakteristisch ist folgende Bemerkung Stalins in diesem Brief: „Obwohl er die Zustimmung der neuen Bewegung in der Ukraine für die ukrainische Kultur und das ukrainische gesellschaftliche Leben völlig richtig unterstreicht, sieht Šumskij die Schattenseiten dieser Bewegung nicht. Šumskij sieht nicht, daß diese durchweg

²⁸ Ebd., t. 118, l. 30.

²⁹ Ebd.

³⁰ Zum Schicksal von A. Ja. Šumskij und M. S. Volobuev vgl.: Ju. I. Šapoval, *Čelovek i sistema. Štrichi k portretu totalitarnogo perioda v Ukrainie* (Kiev 1994, ukr.)

von der nichtkommunistischen Intelligenz angeführte Bewegung angesichts der Schwäche der kommunistischen Stammkader in der Ukraine an manchen Orten den Charakter eines Kampfes für die Entfremdung der ukrainischen Kultur und der ukrainischen Öffentlichkeit von der allsowjetischen Kultur und Öffentlichkeit annehmen kann, den Charakter eines Kampfes gegen „Moskau“ allgemein, gegen die Russen allgemein, gegen die russische Kultur und ihre höchste Errungenschaft – den Leninismus (hervorgehoben von mir – Ju. Š.).“³¹

Dieses Eintreten Stalins für alles Russische hatte prinzipielle Bedeutung, weil nicht nur in der Ukraine, sondern auch in Weißrußland, Georgien, Azerbajdžan und Uzbekistan „national-kommunistische“ Strömungen als Widerstand gegen die zentralistische und russifizierende Politik des CK der RKP(b) und seiner lokalen Agentur entstanden. Der Kampf Stalins gegen diese Kräfte dauerte bis zum Beginn des massierten Angriffs auf die Bauernschaft, d.h. bis 1929, in mehr oder weniger zivilisierten Schranken fort. Übrigens nannte Stalin das Dorf einmal den „Bewahrer der Nationalität“³². Nun, nachdem er den vernichtenden Schlag der Kollektivierung und der sogenannten Entkulakisierung gegen das Dorf gerichtet hatte, ließ Stalin nach und nach jegliche Diplomatie in der Nationalitätenpolitik fallen. Offiziell spricht man noch von der *korenizacija* (und von der *ukrainizacija*), doch die Prozesse gegen die „Spezialisten“, die Vertreter der alten Intelligenz (zum Beispiel im Fall des „SVU“ im Frühjahr 1930), werden von lärmenden „antinationalistischen“ Kampagnen begleitet. Der Kurs des Stalinschen CK der VKP(b) auf Zentralisierung und die Begrenzung der national-kulturellen Renaissance der Völker verstärkte sich in dem Maße, in dem Mißerfolge im Prozeß der Kollektivierung auftraten. Wie bekannt, begann diese in den Getreidegebieten, in der Ukraine, im Kuban', im Wolgagebiet und in Nordkazachstan. Nicht zufällig wurde die Kollektivierung sehr schnell mit der Nationalitätenfrage und vor allem mit der „ukrainischen Frage“ verbunden. Das bestätigte insbesondere der von Stalin und Molotov unterschriebene Beschluß des CK der VKP(b) und des Sovnarkom der UdSSR vom 14. Dezember 1932, der in einem Moment entstand, als in vielen Gebieten der UdSSR schon die Hungersnot herrschte. Der Beschluß beklagte die falsche Durchführung der *ukrainizacija* in der Ukraine und im Nordkaukasus und verlangte, „petljurovistische und andere bürgerlich-nationalistische Elemente aus den Partei- und Sowjetorganisationen auszuschließen“, „im Nordkaukasus die Aktenführung in den Sowjet- und Kooperativorganen der ‚ukrainisierten‘ Gebiete und alle Zeitungen und Zeitschriften von der ukrainischen Sprache in die russische Sprache als für die Kuban'-Bewohner verständlicher zu überführen und die Umstellung des Schulunterrichts auf die russische Sprache vorzubereiten und bis zum Herbst durchzuführen“³³.

Am nächsten Tag, dem 15. Dezember 1932, richteten Stalin und Molotov ein

³¹ I. V. Stalin, Sočinenija, t. 8 (Moskva 1946) 152.

³² Ebd., T. 5, 49.

³³ Golod 1932–1933 godov na Ukraine: glazami istorikov, jazykom dokumentov (Kiev 1990) 290f. (ukr.).

Telegramm an die CKs der Republiksparteien, die Regionskomitees (*kraj*), die Gebietskomitees (*oblast'*), die Vorsitzenden der *Sovnarkomy*, der Exekutivkomitees der Regionen und Gebiete. Sie verlangten den unverzüglichen Abbruch der *ukrainizacija* in den Gebieten der RSFSR, Mittelasiens und Kazachstans, in denen Ukrainer geschlossen siedelten³⁴.

Der Akzentwechsel in der „ukrainischen Frage“ bedeutete einen Akzentwechsel in der ganzen Nationalitätenpolitik, d.h. den Beginn eines totalen Pogroms gegen alles, was auch nur entfernt an „National-Abweichlertum“ erinnerte. Zum letzten Mal wurde auf dem XVI. Parteitag der VKP(b) im Jahre 1930, obgleich nur formal, von der Gefahr des russischen Großmachtnationalismus gesprochen. Danach entfiel die Notwendigkeit sogar formaler Erklärungen.

Man muß den Beginn der 30er Jahre als wirklich wichtige Etappe in der Nationalitätenpolitik Stalins werten, als erstaunlich synchron – wie schon im Fall der „National-Abweichler“ Mitte der 20er Jahre – in den damaligen Republiken Plenarversammlungen der Partei anberaunt wurden, deren Dokumente die Verschärfung des zentralistisch-russifizierenden Kurses spiegelten. Für die Ukraine war dies das Novemberplenium von CK und CKK der KP(b)U (1933), dessen Resolution festhielt, daß „der lokale Nationalismus, der sich mit den imperialistischen Interventen zusammenschließt, in der Gegenwart die Hauptgefahr bildet“³⁵. Wie in anderen Gebieten der UdSSR dehnte sich der „gegenwärtige Moment“ über lange Jahre aus und bedeutete im Kern die Vernichtung der intellektuellen Kräfte, der Literaten, Wissenschaftler, Künstler, Politiker, die an die Politik der *korenizacija* geglaubt hatten, ein Pogrom gegen die Kader des Bildungs- und Wissenschaftssystems.

Auf dem Novemberplenium von CK und CKK der KP(b)U (1933) teilte P. P. Postyšev, der von Stalin schon Ende 1932 zur „Verstärkung“ der Führung der Ukraine gesandt worden war (in Wahrheit zur Getreidebeschaffung, die den Hunger der Jahre 1932–1933 erzeugte und zum Kampf gegen den „ukrainischen Nationalismus“ führte), mit, daß 2000 Personen aus dem Zuständigkeitsbereich des Volksbildungskommissariats vertrieben worden seien, 300 Wissenschaftler und Redakteure „gesäubert“ und allein in acht zentralen Sowjetinstitutionen über 200 „Nationalisten und Weißgardisten“ entlassen worden seien³⁶. Im Laufe des Jahres 1933 wurden in den Gebietsverwaltungen der Volksbildung aus politischen Motiven 100% der Führungsangehörigen ausgewechselt, in den Rajonverwaltungen 90%. Alle diese Personen wurden verschiedenen Formen der Repression unterworfen. 4000 Lehrer wurden als „klassenfeindliche Elemente“ entlassen, das Netz der russischen Schulen und Klassen wurde erweitert³⁷.

Postyšev regte eine große Zuwanderung von Funktionären aus Rußland in die Ukraine an. In die vom Hunger entvölkerten ukrainischen Dörfer ergoß sich ein

³⁴ Vgl. im einzelnen: Šapoval, *Ukraina*, 110.

³⁵ Červonyj šljach, H. 8–9 (1933) 267–268 (ukr.).

³⁶ Šapoval, *Čelovek i sistema*, 188.

³⁷ Ebd. 189.

von den Machthabern regulierter Zustrom von Bauern aus Rußland, während die Ukrainer dank der erheblich verstärkten Tätigkeit des GPU-NKVD, intensiv die Solovki-Inseln, Sibirien und Mittelasien „ukrainisierten“.

Auf dem XVII. Parteitag der VKP(b) sagte Stalin: „Die national-abweichlerischen Gruppierungen sind zerschlagen und versprengt.“³⁸ Das war nicht nur die Bilanz der Stalinschen „doppelten Buchführung“ im Laufe von zehn Jahren *korenizacija*. Das war der Prolog für eine neue Etappe der Stalinschen Nationalitätenpolitik – der Deportation von Völkern, die in der Vorkriegsperiode begann.

Zum Abschluß ist es angezeigt, noch einmal auf die Wichtigkeit der Fortsetzung und Vertiefung der Erforschung des Themas „Russischer Nationalismus und Stalinsche Herrschaft“ hinzuweisen, das vor allem der ernsthaften dokumentarischen Aufarbeitung bedarf. Der Person Stalins sollte dabei besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden, der den – wie er selbst sagte – „nationalen Liberalismus des Genossen Lenin“³⁹ so meisterhaft besiegte, der die mächtige, schöpferische Energie der sogenannten „National-Abweichler“ überwand und der die russischen Monarchisten (vom Typ eines V. V. Šul’gin) durch seine unermüdliche Arbeit zur Wiederherstellung des russischen Imperiums entzückte – freilich unter dem internationalistischen roten Banner mit Hammer und Sichel und hinter dem sozialistischen „eisernen Vorhang“.

³⁸ XVII s-ezd VKP(b), 28.

³⁹ Iz istorii obrazovanija SSSR, 208.

Jörg Baberowski

Stalinismus an der Peripherie: Das Beispiel Azerbajdžan 1920–1941

1. Peripherie und Stalinismus

Stalinismus bezeichnet historisch, im wertneutralen und damit wissenschaftlich tragfähigen Sinn eine Epoche der sowjetischen Geschichte, deren Charakteristika aus der terroristischen Bewältigung sozio-ökonomischen Wandels erwuchsen. Es gilt inzwischen als unbestritten, daß die stalinistische Gewaltherrschaft keinen zentral ersonnenen Prinzipien und Strategien gehorchte. Sie ergab sich vielmehr aus dem Versuch, die im Zuge der Revolution von oben auftretende Resistenz kulturell überfremdeter Bevölkerungsschichten zu überwinden, fehlende Institutionen und mangelnde Loyalität der Eliten zu substituieren und somit selbst verursachte Blockaden im System aufzubrechen. Auf diese Weise kam es zur Terrorisierung und Ideologisierung des Alltags¹. Es scheint mir kaum je zureichend beantwortet worden zu sein, ob als stalinistisch ausgewiesene Elemente der Herrschaftsausübung konstitutiv für die Behandlung der ethnisch-nationalen Frage waren. Sofern Historiker Politik und Kultur, den Alltag sozialer Gruppen untersuchten, beschränkten sie sich auf Rußland und die slawischen Regionen der Sowjetunion. Die Geschichtsschreibung über die Nationalitäten erschöpft sich letztlich in der wenig ergiebigen Aufzählung normativer Akte, die für die Wirklichkeit ausgegeben werden. Ethnische Gruppen und Nationen erhalten so die Qualität seelenloser Kollektive, die auf die Formulierung der sie betreffenden Projekte scheinbar keinen Einfluß ausübten. Vom Anspruch, Politik aus den Bedingungen zu erklären, in denen sie entsteht und an denen sie zerbricht, ist die Geschichte der Nationalitäten weit entfernt. Sie ist deshalb der rückständigste Zweig der historischen Forschung über den Stalinismus².

¹ Zur Debatte über den Stalinismus vgl. zuletzt: *J. Baberowski*, Wandel und Terror: die Sowjetunion unter Stalin 1928–1941, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 43 (1995) 97–129.

² Vgl. insbesondere die oberflächliche, aus ukrainisch-nationalistischer Perspektive argumentierende Darstellung von *B. Nahaylo*, *V. Swoboda*, *Soviet Disunion. A History of the Nationalities Problem in the USSR* (New York 1990) sowie *G. Simon*, *Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion. Von der totalitären Diktatur zur nachstalinischen Gesellschaft* (Baden-Baden 1986). Im Anspruch höher, in der Ausführung jedoch gleicher-

Man mag einwenden, die nationale Frage sei ein Teil der Lebenswelten sozialer Gruppen, von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen und müsse deshalb nicht getrennt behandelt werden. Genau besehen, überzeugen solche Einwände nicht, denn sie erliegen unbewußt der terminologischen Fiktion des sozialistischen Diskurses, wonach soziale Identitäten ethnische Zugehörigkeiten transzendieren. Nicht jede vorgestellte Gemeinschaft, die Menschen vor Stabilitätsverlust bewahrt, ist primär sozial konditioniert. Die Inklusionsprinzipien, mit denen Vergemeinschaftung konstruiert wird, speisten sich in den nichtrussischen Regionen häufig aus anderen Quellen als in den Städten des europäischen Rußlands. Ethnische Abstammung, Stammeszugehörigkeit, Religion, Sprache, spezifische Formen der kulturellen Bewältigung sozialen Wandels begründeten einen Erfahrungszusammenhang, der z.B. türkische Arbeiter mit türkischen Nomaden, nicht aber mit russischen Arbeitern verband. Aus diesem Sachverhalt bezieht die Behandlung des Nationalitätenthemas ihre Berechtigung³.

Peripherie und Stalinismus stehen in einem Zusammenhang. Ich möchte die These wagen, daß gewalttätige, terroristische Methoden der Konfliktregulierung, die Schrecken des stalinistischen Alltags in der Auseinandersetzung des Zentrums mit der Peripherie wurzelten⁴. An der Peripherie wurde ein Herrschaftsstil erprobt, der auf die Zentralregionen und urbanen Zentren des Reiches zurückwirkte. Exzessive Gewalt war ein Reflex auf die Zumutungen der Rückständigkeit, die zu überwinden die Bol'seviki angetreten waren. Weil das Maß an zentral wahrgenommener Rückständigkeit und kultureller Resistenz gegen die neue Ordnung insbesondere in den muslimischen Regionen der Sowjetunion unerträglich schien, konnte sich der Gewaltkult der Bol'seviki rascher entfalten und legitimieren. Die Peripherie war das Laboratorium, das kulturelle Experimentierfeld des Stalinismus. Man muß nicht daran erinnern, daß die Täterkarrieren Stalins, Ordžonikidzes, Frunzes, Kirovs, Kaganovičs, Ežovs, Berijas und Mikojans an der Peripherie ihren Ausgang nahmen, um diesen Zusammenhang einsichtig zu ma-

maßen unbefriedigend: R. G. *Suny*, *The Revenge of the Past. Nationalism, Revolution, and the Collapse of the Soviet Union* (Stanford 1994) und R. J. *Kaiser*, *The Geography of Nationalism in Russia and the USSR* (Princeton/N.J. 1994). Einen knappen Überblick bieten auch A. *Kappeler*, *Rußland als Vielvölkerreich. Entstehung. Geschichte. Zerfall* (München 1992) 300–318 und M. *Hildermeier*, *Verhinderte Nationen: zu einigen Merkmalen und Besonderheiten nationaler Bewegungen in Rußland und der Sowjetunion*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 34 (1994) 1–17.

³ Vgl. A. *Armstrong*, *The Autonomy of Ethnic Identity: Historic Cleavages and Nationality Relations in the USSR*, in: A. *Motyl* (Hrsg.), *Thinking Theoretically About Soviet Nationalities. History and Comparison in the Study of the USSR* (New York 1992) 23–43. In Abgrenzung zu: B. *Anderson*, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines erfolgreichen Konzepts* (Frankfurt a. M. 21993) und E. J. *Hobsbawm*, *Nationen und Nationalismus. Mythen und Realität seit 1870* (Frankfurt a. M. 21992).

⁴ Dieser Auseinandersetzung widmete die historische Forschung über den Stalinismus bislang aber keinerlei Aufmerksamkeit. Stalinistischer Terror wird auch in neueren Untersuchungen auf ein „russisch-ukrainisches“ Problem verengt. Vgl. dazu exemplarisch das Sammelwerk: J. A. *Getty*, R. T. *Manning* (Hrsg.), *Stalinist Terror. New Perspectives* (Cambridge 1993).

chen. In diesem Sinne möchte ich Stalinismus auch als ein imperiales Phänomen verstehen⁵. Am Beispiel der Azerbaidžanischen Sowjetrepublik soll dieser Zusammenhang verdeutlicht werden⁶.

2. Die Voraussetzungen

Die Bol'seviki hatten in den nichtrussischen Regionen die Macht durch Erhaltung des Status quo erlangt. Das erklärt letztlich ihren Erfolg im Bürgerkrieg. Sie zementierten um der Stabilität willen nicht nur überkommene Lebensverhältnisse, die dem sozialistischen Zukunftsentwurf nicht einmal annähernd entsprachen, sondern räumten der Artikulation ethnischen Sonderbewußtseins weiten Raum ein. Es kam zu einer Ethnisierung der sowjetischen Innenpolitik, die ihren Höhepunkt in der Territorialisierung nationalen Zugehörigkeitsbewußtseins erreichte. Große „Nationen“ erhielten Republiken und Hauptstädte, kleinere Nationalitäten autonome Gebiete. Eine solche Ethnisierung fand Anwendung selbst dort, wo man sie nicht wünschte, weil sie den Interessen und den Vergemeinschaftungsvorstellungen der Betroffenen nicht entsprach. Die Aufteilung des Reichsverbundes nach ethnischen Prinzipien beruhte auf der Überzeugung, jede Sprachgruppe sei der Nukleus einer Nation. Dies traf insbesondere auf die nomadischen und sesshaften Stammesgesellschaften nicht zu. Die Realität aber hatte in dieser Denkfigur ohnehin keinen Platz⁷. Die Separierung und territoriale Einhegung ethnischer Gruppen, die aller sprachlichen Differenzen ungeachtet in einer kulturellen Symbiose gelebt hatten, ermunterte im Resultat die Ausbildung eines aggressiven Ethnozentrismus. Wo dieser bereits wirkte, wie in Teilen Transkaukasiens, beschleunigte die Territorialisierung nationale Abgrenzungsprozesse. Die allgemein verbreitete Auffassung, es sei den Bol'seviki ein Anliegen gewesen, nationale Identitäten aufzubrechen, ihre Ausformung zu unterbinden, dürfte inzwischen an

⁵ Angedeutet wurde dieses Problem von R. Pethybridge im letzten Kapitel seines Buches über Staat und Gesellschaft in der NEP-Phase. Vgl. R. Pethybridge, *One Step Backwards, Two Steps Forward. Soviet Society and Politics under the New Economic Policy* (Oxford 1990) 389–413. Ich verwende den Begriff „Peripherie“ nicht im geographischen Sinn, sondern als Bezeichnung für einen kulturellen Ort. Kazaner Tataren und azerbaidžanische Türken repräsentieren in diesem Zusammenhang die Peripherie, russische Einwohner Kazans und Bakus fallen aus diesem Zusammenhang heraus.

⁶ Die Geschichte Azerbaidžans in sowjetischer Zeit ist eine *terra incognita*. Einen äußerst lückenhaften und unzureichenden Überblick bieten: T. Swietochowski, *Russia and Azerbaijan. A Borderland in Transition* (New York 1955) 104–134; A. L. Altstadt, *The Azerbaijani Turks. Power and Identity under Russian Rule* (Stanford 1992) 131–150; *Istorija Azerbaidžana*, 3 Bde. (Baku 1958–1963) sowie A. S. Mil'man, *Azerbaidžanskaja SSR – Suverennoe gosudarstvo v sostave SSSR* (Baku 1971).

⁷ S. Dimanštejn, offizieller Propagandist der bolschewistischen Nationalitätenpolitik, verkündete diesen Standpunkt noch im Jahre 1937. Vgl. S. Dimanštejn, *Stalin – tvorec sovetskogo gosudarstvennosti narodov SSSR*, in: *Revolucija i Nacional'nosti* (1937) 1, 15–24 (künftig abgekürzt als RiN).

Überzeugungskraft eingeübt haben⁸. Nationalstaaten waren im Verständnis wenigstens der leninschen Fraktion innerhalb der Partei das Gehäuse der kapitalistisch-bürgerlichen Entwicklungsphase. Diese mußte durchlaufen werden. Bekanntlich hatte Stalin bereits 1913 die These vertreten, die Nation sei eine konstante, stabile und objektiv bestimmbare Form der Vergemeinschaftung, die auch im Sozialismus überleben werde. Es ist stets übersehen worden, daß zahlreiche Bol'seviki in ihrem freilich spezifischen Bekenntnis zur Nation das geistige Selbstverständnis des späten 19. Jahrhunderts repräsentierten⁹. Eine entwicklungsstrategische Überlegung kam hinzu. Es galt als ausgemacht, daß eine Angleichung des Entwicklungsniveaus der nichtrussischen Regionen an das Zentrum – als unabdingbare Voraussetzung des gleichzeitigen Eintritts in den Sozialismus – nur im Gewand des Nationalstaats möglich sei. Der Abbau des Mißtrauens der nichtrussischen Völker gegenüber dem ehemaligen Staatsvolk sollte auf diese Weise gleichermaßen vorangetrieben werden. Überwindung durch Inszenierung der Nation: So ließe sich die Essenz dieses Projekts umschreiben. In der Terminologie der Partei wurde die Ethnisierung des Politischen mit dem Begriff der *korenizacija* belegt, der Einwurzelung oder Indigenisierung¹⁰. Stalin war Mitte der 20er Jahre zuversichtlich, nationale Formen ließen sich mit sozialistischen Inhalten füllen. Damit verband sich die Überzeugung, daß sozialistische Verkehrsverhältnisse ethnische Unterschiede zwangsläufig nivellierten¹¹.

Azerbajdžan fiel im April 1920 an das Imperium zurück. Die Moskauer Regierung entrichtete jedoch einen hohen Preis für die Eroberung dieses ökonomisch bedeutenden Territoriums. Sie erhob Azerbajdžan in den Rang einer Unionsrepublik und legte die Herrschaft über Staat und Partei in die Hände einheimischer Nationalkommunisten, die nur oberflächlich mit dem Gehalt sozialistischer Weltanschauung in Berührung gekommen waren. Nur im Baku-Komitee der Partei bekleideten Russen und Armenier herausgehobene Ämter¹². Die aus der muslimischen

⁸ Stellvertretend für die überkommene Interpretation der sowjetischen Nationalitätenpolitik vgl. W. Connor, *The National Question in Marxist-Leninist Theory and Strategy* (Princeton/N.J. 1984) 28–60.

⁹ Vgl. dazu vor allem Y. Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994) 414–452. Zur parteiinternen Debatte um die Nationalitätenpolitik in den frühen 20er Jahren vgl. A. P. Nenarokov, *Semdesjat' let nazad: nacional'nyj vopros na XII s-ezde RKP(B)*, in: *Otečestvennaja istorija* 6 (1993) 111–124, 1 (1994) 106–117, und die Dokumentensammlung: *Nacionalnyj vopros na perekrestke mnenij. 20-e gody. Dokumenty i materialy* (Moskva 1992).

¹⁰ Zur Territorialisierung ethnischer Identität und zum Konzept der *Korenizacija* vgl. Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment*, 418–420; G. Liber, *Korenizatsiia: Restructuring Soviet Nationality Policy in the 1920's*, in: *Ethnic and Racial Studies* 14 (1991) 15–23; Kaiser, *The Geography of Nationalism*, 107–138; Suny, *The Revenge*, 100–112; L. H. Siegelbaum, *Soviet State and Society Between the Revolutions, 1918–1929* (Cambridge 1992) 117–126 und H. Carrère D'Encausse, *The Great Challenge: Nationalities and the Bolshevik State, 1917–1930* (New York 1991).

¹¹ Vgl. S. Dimanštejn, *Rekonstruktivnyj period rabota sredi nacional'nostej SSSR*, in: *RiN* 1 (1930) 9–19.

¹² Die Partei erhielt auf Drängen der Nationalkommunisten die Bezeichnung „Azerbajdžan-

Vereinigung „Himmät“ (Das Bestreben) hervorgegangenen Revolutionäre vertraten ein vorwiegend antikolonialistisches, nationalistisches Credo, das sie bei den Bol'sheviki besser als bei anderen politischen Gruppierungen aufgehoben sahen. Der Sozialismus galt ihnen allenfalls als eine überlegene Form der nationalen Massenmobilisierung¹³. Nariman Narimanov, Ali Hajdar Karaev, Ruhulla Achundov, Hazanfar Musabekov, Mustafa Kuliev, Mirza Davud Husejnov, Sultan Medžid Efendiev, um die bedeutendsten azerbaidžanischen Parteiführer zu nennen, hatte das nationale Emanzipationsangebot zu den Bol'sheviki geführt. Verwoben mit der Tradition islamischer Bildung und Aufklärung, begriffen sie Azerbaidžan als Teil eines größeren kulturellen Zusammenhanges, der neben der kemalistischen Türkei auch den Iran umfaßte. Aus Bakuer Sicht lag Moskau geographisch und kulturell an der Peripherie. Wenngleich Narimanov, der spiritus rector der Revolution im Osten, die antikolonialistischen Thesen des tatarischen Nationalkommunisten Sultan-Galiev nicht offen gegen das Zentrum verteidigte, so teilte er doch die Prämissen, die der nationalen Befreiungsideologie zugrundelagen. Die Revolution im Osten war in diesem Konzept eine Revolution der Muslime gegen die Kolonialherrschaft des Westens, auch Rußlands. Die Muslime erhielten in dieser Denkfigur die Qualität einer proletarischen Nation, russische Arbeiter machte man auf der Seite der Unterdrückten aus. Programmatische Aussagen dieser Art erinnerten an pantürkistische Konzepte der Vorkriegszeit und nährten im Zentrum die Befürchtung, das kemalistische Experiment könne sich am Ende für die muslimische Intelligenz als das attraktivere antikolonialistische Emanzipationsmodell erweisen¹⁴.

nische Kommunistische Partei“ (AzKP), trug also nicht die Bezeichnung des Territoriums, sondern des Ethnos im Namen. Dieses Privilegium wurde keiner anderen kommunistischen Organisation innerhalb der VKP(B) zugestanden. Vgl. Rezolucija I s-ezda AKP(B) po organizacionnomu voprosu 12 fevralja 1920 g., in: *Bor'ba za pobedu soverschoj vlasti v Azerbaidžane 1918–1920. Dokumenty i materialy* (Baku 1967) 411 sowie *Dž. B. Guliev, Bor'ba kommunističeskoj partii za osušestvlenie leninskoj nacional'noj politiki v Azerbaidžane* (Baku 1970) 382 ff. Altstadts Versicherung, die Herrschaft der Bol'sheviki in Azerbaidžan sei eine Fortsetzung des „nonnative rule“ gewesen, ist abwegig. Vgl. *Altstadt, The Azerbaijani Turks*, 110.

¹³ Vgl. A. Bennigsen, S. E. Wimbush, *Muslim National Communism in the Soviet Union: A Revolutionary Strategy for the Colonial World* (Chicago 1979) 8–19. Zur „Himmät“ vgl. T. Swietochowski, *The Himmät Party: Socialism and the Nationality Question in Russian Azerbaijan, 1904–1920*, in: *Cahier du monde russe et soviétique* 19 (1978) 119–142. Zur Gründungsgeschichte der Himmät vgl. P. N. Valuev, *Bol'sheviki Azerbaidžana v pervoj russkoj revoljucii* (Baku 1963).

¹⁴ Zum Programm Sultan-Galievs vgl. A. Bennigsen, *Ch. Lemerrier-Quelquejay, Der Sultan-galievismus und die nationalistischen Abweichungen in der Tatarischen Autonomen Sowjetrepublik*, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 8 (1959) 323–396. Vgl. auch Bennigsen, *Wimbush, Muslim National Communism*, 41–51; S. Blank, *The Sorcerer as Apprentice. Stalin as Commissar of Nationalities, 1917–1924* (Westport/Conn. 1994) 183–209. Zu Narimanov vgl. *Altstadt, The Azerbaijani Turks*, 123–124 und die einschlägigen Biographien von I. M. Dubinskij-Muchadze, *Narimanov* (Moskva 1977); M. Kaziev, *Nariman Narimanov. Žizn' i dejatel'nost'* (Baku 1970) und T. Achmedov, *Nariman Narimanov* (Baku 1988). Vgl. auch: N. Narimanov, *Sobranie sočinenij*, 2 Bde. (Moskva/Leningrad 1926). Sultan-Ga-

Je weiter der Indigenisierungsprozeß in den Behörden und Bildungsanstalten voranschritt, desto größer wurde die Entfremdung zwischen der Zentrale und der Peripherie. Im Bildungskommissariat Azerbajdžans herrschten die überkommenen Eliten, islamische Aufklärer aus dem Umfeld der Himmät und der Musavat-Bewegung, die das Land im Frühjahr 1918 in die Unabhängigkeit geführt hatte. Weder in den Behörden noch im Bildungssektor des Landes vermochte die Partei der Bol'sheviki Wurzeln zu schlagen. Lehrer orientierten sich am nationalistisch gewendeten Bildungskanon der islamischen Aufklärung. Die Alphabetisierung in der Muttersprache, die Umstellung des Behördenalltags auf die lokalen Sprachen, schließlich die Verbreitung nichtrussischer Bücher und Zeitungen weiteten den nationalen Diskurs auch auf einen Teil der niederen Schichten des Volkes aus. Im Ergebnis bewirkte die Indigenisierungspolitik, daß die Partei- und Staatsapparate nationalisiert wurden und die lokalen Eliten ein Bewußtsein für den Zusammenhang von Nation und Territorium entwickelten¹⁵. Sie beanspruchten das Territorium, das ihnen zur Beherrschung übertragen wurde, als Heimstätte für die Titulnation. Realiter wurden alle übrigen ethnischen Gemeinschaften, selbst wenn sie das betreffende Territorium längere Zeit bewohnt hatten als die Angehörigen der Titulnation, zu Fremden. Das Indigenisierungskonzept erklärte die Ansprüche der nationalen Intelligenz zum Anliegen aller. Es sortierte Menschen, die sich als Angehörige eines Stammes, Dorfes oder einer spezifischen Lebensform ihrer selbst vergewissert hatten, nach ethnischer Zugehörigkeit. Im pseudopartizipatorisch legitimierten Institutionalisierungsprozeß kam es darauf an, sich zur ethnischen Abkunft zu bekennen, weil davon Einfluß und Fortkommen wesentlich abhing. Das im Anderen verkörperte Fremde konnte also institutionalisiert, majorisiert oder minorisiert werden. Das ethnische Zugehörigkeitsbewußtsein gewann deshalb zwangsläufig an Bedeutung, mancherorts transzendierte es alle übrigen Identitäten, die Menschen in ihrem Alltag ausprägten¹⁶.

Wo Bevölkerungsdichte und zureichende Kommunikationswege es ermöglichten, erreichten die Exzesse des Ethnozentrismus bereits in den 20er Jahren einen ersten Höhepunkt. Konflikte zwischen sesshaften armenischen Bauern und türkischen Nomaden, die während des Viehtriebs in den Bergregionen periodisch wie-

lieu und Narimanov konnten sich im übrigen in ihrer Argumentation auf Lenin berufen, der in seinen letzten Briefen und Notizen einen ebensolchen Gegensatz zwischen russischen Arbeitern und unterdrückten Muslimen hergestellt hatte. Vgl. auch die Ausführungen Lenins auf der siebten allrussländischen Konferenz der RSDRP im April 1917: *Nacional'nyj vopros na perekrestke mnenij. 20-e gody. Dokumenty i materialy* (Moskva 1992) 17–20.

¹⁵ Vgl. *Swietochowski*, *Russia and Azerbaijan*, 108–115. Zur Entstehung von Nationalismen in der Sowjetunion vgl. allgemein *Suny*, *The Revenge*, 84 ff. und *T. Rakowska-Harmstone*, *The Dialectics of Nationalism in the USSR*, in: *R. Denber* (Hrsg.), *The Soviet Nationality Reader. The Disintegration in Context* (Boulder 1992) 391–416. Am Beispiel der Ukraine: *G. O. Liber*, *Soviet Nationality Policy, Urban Growth, and Identity Change in the Ukrainian SSR 1923–1934* (Cambridge 1992) 107–120.

¹⁶ Vgl. *Slezkine*, *The USSR as a Communal Apartment*, 426. Das ist bereits in einer zeitgenössischen Untersuchung angedeutet worden. Vgl. *H. Kohn*, *Der Nationalismus in der Sowjetunion* (Frankfurt a.M. 1932).

derkehrten, wurden in den Rang nationaler Grenzverletzungen erhoben¹⁷. Seit Jahrzehnten in Azerbajdžan ansässige Armenier und Russen stigmatisierte der nationale Duktus zu Fremden mit Minderheitenstatus. Nach Verkündung der azerbajdžanischen Souveränität transferierten die lokalen Parteifunktionäre die Verwaltung der Stadt Gandža vom armenischen in den türkischen Teil der Stadt¹⁸, in Armenien zwangen die Dorfsowjets muslimische Bauern, ihre Anliegen an die Behörden stets nur in armenischer Sprache vorzubringen¹⁹. In der Autonomen Republik Nachičevan kam es 1928 nach pogromartigen Ausschreitungen zu einer panischen Flucht armenischer Bauern in die „Heimatrepublik“²⁰. Extreme Formen des nationalistischen Bekenntnisses äußerten sich in der Azerbajdžanischen Kommunistischen Partei schon 1924. Im ZK bildete sich eine Fraktion unter Führung des Tschekisten und ZK-Sekretärs Ejub Širin Chanbudagov, die die Forderung erhob, die Zuwanderung von Russen und die Kolonisierung der Mugan-Steppe zu unterbinden. Das ZK erörterte sogar die Angemessenheit einer Ausgliederung der von „Fremden“ bewohnten Stadt Baku aus dem Staatsverband der Republik²¹. Es kam offenkundig nicht nur darauf an, die Institutionen in Instrumente des Nationalstaates zu verwandeln. Auch die potentiellen Träger sozialistischer Verhältnisse galt es demnach für die Nation in Anspruch zu nehmen. Zahlreiche Nationalkommunisten verstanden die Begriffe Proletariat und Nation als Synonyme. Dieses Verständnis drängte sich auf, wo die soziale Differenzierung des Bauernvolkes noch kaum fortgeschritten war.

Das Bemühen des Zentrums, den Anteil Einheimischer an den Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen zu erhöhen und ihre Position in der regierenden Partei zu stärken, gründete sich auf die Überzeugung, auf diese Weise die Macht traditioneller Eliten zu brechen und das Mißtrauen der Peripherie gegenüber den sozialistischen Zukunftsentwürfen des Zentrums zu überwinden. Im Resultat kam es zur Beschleunigung des Absonderungsprozesses. Dafür stand vor allem die Indigenisierung der Intelligenzberufe und Parteiämter. Wenngleich Türken in den technischen Berufen und unter den Facharbeitern auch in den späten 20er und frühen 30er Jahren immer noch schwach vertreten waren, erkämpften sie sich in Wissenschaft, Verwaltung und Partei alsbald eine dominierende Stellung. Ungeachtet des Übergewichts russischer und armenischer Arbeiter in den Industriezentren des Landes bekannten sich bereits 1925 44,3 Prozent aller Parteimitglieder zur azerbajdžanischen Nationalität. Im Zentralkomitee übten türkische Kommu-

¹⁷ So der Vors. des Rates der Volkskommissare Armeniens A. F. Mjasnikov in einem Telegramm an G. K. Ordžonikidze vom 31. Mai 1921 anlässlich von Unruhen im Kreis Kazach. Mjasnikov verlangte die unverzügliche Schließung der azerbajdžanisch-armenischen Grenze, um das Übersiedeln der Nomaden zu unterbinden. Vgl. Rossijskij Centr Chranenija i Izučenija Dokumentov Novejšej Istorii (RCChIDNI) Fond 85, opis' 14, delo 167, l. 1. Vgl. auch G. Musabekov, *Izbrannye stat'i i reči* 1 (Baku 1960) 45, 70.

¹⁸ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 66, ll. 15–16.

¹⁹ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 66, l. 15.

²⁰ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 33, l. 10.

²¹ Vgl. S. Dimanštejn *Ideologičeskaja bor'ba v nacional'nom voprose* (Vnimaniju XVI parts-ezda), in: RiN 3 (1930) 3, 10f. Knapp: *Swietochowski, Russia and Azerbaijan*, 112.

nisten ein starkes Übergewicht aus: sie stellten 1925 bereits einen Anteil von 74,5 Prozent aller Mitglieder. In den Kreisen waren 72 Prozent der Parteimitglieder Azerbajdžaner²². Der Trend zur Turkisierung der Behörden verstärkte sich in den dreißiger Jahren. Bestimmender Einfluß von Nichttürken in herrschaftsrelevanten Institutionen erhielt sich allenfalls in Baku, wenngleich er auch hier schwand²³. Die Substituierung der Intelligenz durch russische Zuwanderer wurde obsolet. Wo eine solche Zuwanderung dennoch erfolgte, stieß sie auf den ins Recht gesetzten Unmut der Einheimischen. Das Zentrum förderte auf diese Weise Nationsbildungsprozesse, die den Sozialismus schließlich überdauerten.

Andererseits wertete das Indigenisierungskonzept die traditionellen Lebensentwürfe an der Peripherie auf. Die Abkehr vom erfolglos erprobten Kolonialprojekt des späten Zarenreiches, der Rückzug der zarischen Behörden aus der Peripherie, befreite Bauern und Nomaden von den Europäisierungs- und Zivilisierungskampagnen des alten Regimes. Der Kolonisierung in der Mugan-Steppe, erdacht als Instrument der Sesshaftmachung und „Zivilisierung“, setzten die Nomaden ein gewaltsames Ende²⁴. Einheimische rückten in die Positionen der vormals russischen Amtsträger in den Gouvernements- und Kreisbehörden ein. In ihrem Herrschaftsstil kamen traditionelle islamische und nomadische Lebensentwürfe wieder zu ihrem Recht. Die Tribalisierung und Islamisierung der Partei- und Verwaltungsbehörden hatte schwerwiegende Konsequenzen, denn mit ihnen eroberte das nur notdürftig in ein kommunistisches Gewand gehüllte Klientelwesen der Clan-Gesellschaft auch die offizielle Politik zurück. Mullahs, Stammesführer, Polizisten des Zaren, Chane und Bejs verantworteten in den Rayons und Kreisen die Exekution zentral erdachter Konzepte. Die Dörfer im Kreis Lenkoran beherrschte auch Mitte der 20er Jahre immer noch die Familie des ehemals mächtigen Talysch-Chan. Die Oberhäupter der Familie hatten den Namen gewechselt, Parteiausweise erstanden und einflußreiche Positionen in den Sowjets erklommen²⁵. In Nachičevan, in Kurdistan, den Kreisen Lenkoran und Kazach erhielten sich bis 1926 „feudale“ agrarische Eigentumsverhältnisse, die zu überwinden die Kommunisten angetreten waren. Dorfgeistliche und Seids, die Nachkommen des Propheten, erhielten regelmäßig die ihnen zustehenden Abgaben. Die Bauern des Kreises Lenkoran sandten den in Baku untergetauchten oder nach Iran geflohenen Gutsherren noch ausstehende Tribute freiwillig nach²⁶. In den Dorfsowjets und Parteizellen regierten Analphabeten-Kommunisten, denen sich die Absichten der politischen Führung nicht mitteilten. Die Dorfversammlung okkupierte die

²² Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 85, delo 206, ll. 3, 8, 31–33.

²³ An der Baku-Universität betrug der Anteil einheimischer Türken unter den Studenten 70 Prozent und unter den Dozenten 75 Prozent. Vgl. *Świętochowski*, *Russia and Azerbaijan*, 112. Zur Baku-Universität in der Sowjetzeit vgl. auch A. *Atakişijev*, M. Ä. Räsulzadə adyna Bakı dövlət universitetinin tarixi (Bakı 1991) 95 ff.

²⁴ Vgl. dazu die Ausführungen G. Musabekovs vor dem Sowjetkongreß Azerbajdžans im Jahre 1922: *Musabekov*, *Izbrannye sta'i i reči*, I, 27.

²⁵ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 410, l. 9.

²⁶ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 410, ll. 2–3; RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 66, l. 4. Vgl. auch *Musabekov*, *Izbrannye stat'i i reči*, I, 77.

Partei²⁷. In den unwegsamen Regionen Azerbaidžans, an der persischen Grenze, in Nachičevan und in den Kreisen Kazach und Saljany übten Räuberbanden, die auch in den südlichen Nachbarländern operierten, die eigentliche politische Herrschaft aus²⁸.

Das Leben in Dörfern und *Aul* prägten die Tradition des Brautkaufes (*Kalym*), die Vielehe und Verheiratung Minderjähriger, der Raub von Frauen und das Geißleritual der Schiiten am Ašura-Tag im Trauerm Monat Moharram. Staatliches Recht drang in die Kreise nicht vor. Hier galt das Recht des Korans (Scharia), der Gewohnheit (*Adat*) und der Blutrache. Der Tschador bestimmte auch das Familienleben der Dorfkommunisten, Frauen blieben der Öffentlichkeit allenthalben entzogen²⁹. Freilich: Seit Mullahs und Clanführer der Bevölkerung in Gestalt von Sowjetvorsitzenden und Parteisekretären erschienen, umgab sich das Brauchtum mit der Aura staatlicher Autorität.

Das Fremde, wie es die „Völker des Ostens“ repräsentierten, begriffen die Bolševiki als Bedrohung und Hindernis auf dem Wege zu neuen Ufern. Es blieb unverstanden, weil die Verschiedenartigkeit des menschlichen Verstehens, die variierenden Möglichkeiten, dem Leben einen Sinn zu verleihen, a priori bestritten wurden. In dieser Weltsicht konnte es keine anderen, historisch gewachsenen Vehikel, keine Symbole zur Aneignung der Außenwelt geben als die von den Machthabern zur Nutzung freigegebenen. Symbolische Systeme der Sinnproduktion, die das Leben ordnen und das Verhalten leiten, waren in diesem Verständnis den Zwängen von Raum und Zeit entzogen und beliebig austauschbar. Insofern perpetuierten die Bolševiki die Kulturauffassung zarischer Bürokraten, die für modern und zivilisiert ausgaben, was sie für christlich und europäisch hielten³⁰. Um zum Sozialismus zu gelangen, mußten die Fremden ihre „Kulturlosigkeit“ (*nekul'turnost'*) abwerfen und sich „zivilisieren“. Eine Aneignung der so verstandenen Moderne war für die Bevölkerung der Peripherie nur möglich unter Aufgabe ihrer eigenen Instanzen der Sinnvermittlung³¹. Sie setzte jedoch dem inter-

²⁷ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 66, l. 6.

²⁸ Im Jahre 1924 begannen die Behörden auf Anordnung des ZK der AzKP mit der Entwaffnung der Bevölkerung. Dieses Unterfangen gelang jedoch nur dort, wo bewaffnete Einheiten der GPU zum Einsatz kamen. Eine im Sommer 1926 in den Kreis Zakataly entsandte GPU-Expedition konfiszierte immerhin 3000 Feuer- und Stichwaffen in den Dörfern. Vgl. dazu die Debatte auf dem Plenum des ZK der AzKP vom 22. 5. 1926: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 1, ll. 26–27 sowie RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 70, l. 56 und Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF), Fond 393, opis' 43 a, delo 1339, l. 1.

²⁹ So beschrieben Redner auf dem VI. Plenum des Zentralkomitees der AzKP im Dezember 1929 die Realität. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, l. 229.

³⁰ Vgl. dazu J. Baberowski, Nationalismus aus dem Geiste der Inferiorität, in: Geschichte und Gesellschaft (1998) (im Druck). Zum Verhältnis zwischen Orient und Okzident in der Neuzeit vgl. vor allem R. Schulze, Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert (München 1994) 11–26. Vgl. auch G. Wheeler, National and Religious Consciousness in Soviet Islam, in: M. Haywood, W. C. Fletcher (Hrsg.), Religion and the Soviet State: A Dilemma of Power (London 1969) 187–198.

³¹ Zum Verhältnis von Kultur und Imperialismus vgl. E. Said, Kultur und Imperialismus. Einbildungskraft und Politik im Zeitalter der Macht (Frankfurt a.M. 1994) 37–104.

nen sowjetischen Kulturimperialismus in seinem Bestreben, Alltagserfahrungen auf neue und fremde Weise auszulegen, weitaus erfolgreicher Widerstand entgegen als die Bauern der zentralrussischen Regionen.

Das Zentrum hatte sich im Indigenisierungsprozeß nahezu aller Zugriffsmöglichkeiten beraubt. Mit Fortschreiten der sowjetischen Institutionalisierung in Zentralrußland empfanden die Bol'seviki das Zurückbleiben der Peripherie als existentielle Bedrohung ihres Gesellschaftsentwurfes. Die Verheißungen der Revolution trafen an der Peripherie auf zweierlei Widerstände: 1. auf die Renitenz der kulturell Überfremdeten und 2. auf das Versagen der einheimischen Kommunisten bei der Umsetzung zentral erdachter Strategien der Beherrschung. Das Regime entledigte sich bei der reaktiven Improvisation stets neuer Methoden des Vordringens in die abgeschlossene Welt der Herrschaftsunterworfenen schließlich aller Hemmungen. In der Überwindung dieser Widerstände bildeten sich die Charakteristika einer stalinistischen Nationalitätenpolitik heraus. Der Prozeß kumulativer Radikalisierung und habitueller Stalinisierung in Azerbajdžan begann bereits Mitte der zwanziger Jahre und fand seinen Abschluß in den späten dreißiger Jahren.

3. Die Stalinisierung der Nationalitätenpolitik

Der Feldzug des Regimes gegen die Bastionen der Tradition trug in Azerbajdžan vorwiegend kulturevolutionäre Züge. In den 20er Jahren erfolglos erprobte Versuche, Nomaden zur Sesshaftigkeit zu zwingen, den Einfluß der islamischen Geistlichkeit zu brechen, Frauen zu emanzipieren und das Familienrecht auf neue Grundlagen zu stellen, radikalisierten sich im Zuge der Kollektivierung. Die Kollektivierung hatte in Azerbajdžan die Qualität eines Krieges. Es kam im Verlauf der Getreidebeschaffung und „Befriedungsmaßnahmen“ zum Einsatz des Militärs, das im Kampf gegen das Dorf mit Flugzeugen und Gasbomben vorging. OGPU-Brigaden zerstörten Dörfer bis auf die Grundmauern und löschten ihre Bevölkerung aus. Der Rayon Agdam im Süden der Republik entvölkerte sich: Die Dorfbewohner flohen über die Grenze nach Iran oder emigrierten nach Baku. Massenschlachtungen von Vieh und das Abbrennen der Baumwollfelder warfen die Produktivität der Landwirtschaft um Jahre zurück³². In den Bergen Karabaghs, in Kazach und Zakataly lebten traditionelle Widerstandsformen wieder auf. Räuberbanden, die im Schutz der Bevölkerung operierten, überfielen Kolchoosen, töteten Parteifunktionäre und halfen bei der Vernichtung der Ernte. Mordanschläge und gewalttätige Übergriffe der Bauern auf Parteifunktionäre wuchsen

³² RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, l. 186; RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 42, ll. 132–140; GARF, Fond 3316, opis' 26, delo 657, l. 14. Die in der Sowjetunion veröffentlichte Dokumentensammlung zur Kollektivierung in Azerbajdžan ist nur von begrenztem Informationswert. Vgl. Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v Azerbajdžane, 3 Bde. (Baku 1982).

sich bereits im Dezember 1928 zu einem Massenphänomen aus³³. Der Bezirk Zakkataly im Norden Azerbajdžans fiel zu Beginn des Jahres 1929 unter die Kontrolle einer bewaffneten Bande, die vom Räuber Mamed Kasum und dem Geistlichen Hafis Efendi angeführt wurde³⁴. 1930 kam es im Rayon Nucha im Norden Azerbajdžans zu einem Volksaufstand, den das Bakuer Politbüro mit Hilfe von OGPU-Einheiten niederschlagen ließ³⁵.

Wider jede ökonomische Vernunft verfolgte die Kollektivierung in der südlichen Steppenregion das Ziel, Nomaden zur Sesshaftigkeit zu zwingen. Die nomadische Lebensform entsprach der Beschaffenheit von Boden und Klima, die Suche nach Wasser und die Flucht vor der Malaria ließen den Nomaden keine andere Wahl, als das Vieh während der Sommermonate in die Berge Karabachs und Kazachs zu treiben. Es fehlte an geeigneter Infrastruktur, Gebäuden, Stallungen und Gerätschaften, die eine Kollektivierung der Viehwirtschaft ermöglichen hätten. Eine landwirtschaftliche Nutzung der Steppe ließ sich ohnehin nur mit Hilfe ausgereifter Bewässerungssysteme verwirklichen. Diese standen jedoch nicht zur Verfügung. Dessen ungeachtet trieb das Regime die gewaltsame Sesshaftwerdung der Nomaden bedenkenlos voran, denn nomadisierende Bauern entzogen sich stetiger Kontrolle und widersprachen sozialistischen Formen des Wirtschaftens³⁶. Schließlich stand zu erwarten, daß der Dauerkonflikt zwischen türkischen Nomaden und armenischen Bauern auf diese Weise zum Erliegen kam. Das Regime ging mit beispielloser Rücksichtslosigkeit gegen die Nomaden vor: Man hinderte die Nomaden der Mugan-Steppe daran, das Vieh in die Berge zu treiben oder vertrieb sie durch Erweiterung des Baumwollanbaus. Wassermangel und Malaria dezimierten den Viehbestand binnen weniger Monate. Zu Beginn der dreißiger Jahre setzte eine Massenflucht von türkischen und kurdischen Nomaden nach Iran ein³⁷. Das Regime beantwortete die Bevölkerungsbewegungen mit der Schließung der sowjetisch-iranischen Grenze.

Die stalinische Fraktion war überzeugt, daß sich auch unter den Nomaden und muslimischen Bauern eine „sozial-ökonomische Klassendifferenzierung“ durch-

³³ Das belegt sogar die offizielle Dokumentensammlung zur Kollektivierung in Azerbajdžan. Vgl. Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v Azerbajdžane I, 152–156, 158, 161, 178, 260.

³⁴ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, l. 268; RCChIDNI, Fond 17, opis' 23, delo 49, l. 34.

³⁵ Zu den Aufständen und den Maßnahmen der OGPU vgl. den Bericht Bagirovs auf dem ZK-Plenum der AzKP vom Dezember 1929: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, ll. 36–54 und die Ausführungen Karamjans über Räuberbanden in Karabach: ebd., ll. 215–218.

³⁶ So jedenfalls das Mitglied des Politbüros der AzKP Dadaš Buniat-Zade in seinem Bericht über die Kollektivierung vom 22. Dezember 1929. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, l. 85, 127, 144. Auch der Vorsitzende des Präsidiums des Zentralen Exekutivkomitees Azerbajdžans A. Agamaly ogly erklärte sich im Jahre 1927 in dieser Weise. Vgl. GARF, Fond 3316, opis' 20, delo 1029, l. 61.

³⁷ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 42, ll. 111–113, 132–140. Vgl. auch: Dokumenty svidetel'stvujut. Iz istorii derevni nakanune i v chode kollektivizacija 1927–1932 gg. pod red. V.P. Danilova i N.A. Ivnickogo (Moskva 1989) 324.

gesetzt habe³⁸. Man forderte die Führungsorgane in den nationalen Republiken deshalb dazu auf, den Klassenkampf ins Dorf zu tragen und auf diese Weise den Widerstand gegen die Kollektivierung zu brechen. Eine solche Strategie verfiel nicht. Die Kollektivierungskampagnen aktivierten die kulturellen Abwehrmechanismen des Dorfes und stärkten die Rolle der traditionellen Autoritäten. Clan, Stamm und Großfamilie verliehen Sicherheit und Geborgenheit angesichts der von außen hereinbrechenden Gewalt. Arme wie wohlhabende Bauern einte das Band des gemeinsamen Lebensentwurfes. Das wog schwerer als die Furcht vor den Repressionen des Staates³⁹. Die Kolchosen lösten bestehende Clanstrukturen nicht auf. Sie bestärkten sie und gaben ihnen mitunter Halt. In Azerbaidžan traten die Bauern den Kolchosen in Sippen und größeren Familienverbänden bei. Die Zahl der Kolchosen nahm rasch zu, weil die Kollektivwirtschaften jeweils nur wenige Haushalte eines einzigen Familienverbundes umfaßten⁴⁰. Vielfach existierten Kolchosen nur als Fiktion, als Papier gewordene Phantasie höherer Amtsträger. Die wirtschaftlichen Beziehungsgeflechte der Bauern blieben intakt, Eigentumsverhältnisse unangetastet⁴¹. Ein Beispiel mag das verdeutlichen: Im Kreis Gandža verweigerten Bauernversammlungen Frauen die Aufnahme in die Kolchosen, weil diese, wies es hieß, kein Eigentum besäßen, das sie zum Eintritt berechtige⁴². So führte sich die Idee der Kollektivierung gleichsam ad absurdum.

Zwar wurden auch in Azerbaidžan „Kulaken“ ausgesiedelt und in großer Zahl um Land und Leben gebracht⁴³. Vielerorts aber retteten sich die traditionellen Autoritäten des Dorfes in die Kolchose. Man tarnte sie als Viehhüter oder Landarbeiter, zuweilen traten sie aber auch offen als Vorsitzende des Kolchos oder des lokalen Sowjets in Erscheinung. Ihr Anspruch auf Land und Eigentum wurde von den Dorfbewohnern kaum je in Frage gestellt. Die Annahme konfiszierten Landes galt im Verständnis der Bauern ohnedies als frevelhaftes Vergehen gegen die islamischen Rechtsvorschriften. Eheschließungen zwischen Kulaken und Töchtern von Kolchosbauern eröffneten diesen die Möglichkeit, ihren Einfluß in der

³⁸ P. Chaptajev, O nekotorych osobennostjach klassovoj bor'by v nacional'nom derevne, in: RiN 2 (1933) 48.

³⁹ Wo Kulaken dennoch aus den Kolchosen ausgesiedelt wurden, gab man ihnen ihr Eigentum zurück. Versuche einzelner Kommunisten, die Rückgabe zu verhindern, stießen auf gewaltsamen Widerstand. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 23, delo 49, ll. 25–26. Vgl. auch I. Babincev, Sovety Zakavkaz'ja v bor'be za socialističeskoe razvitie sel'skogo chozjajstva, in: RiN 8/9 (1933) 91.

⁴⁰ Vgl. dazu die Berichte des Politischen Sektors des Volkskommissariats für Landwirtschaft der AzSSR vom April 1934: RCChIDNI, Fond 120, opis' 28, delo 6, ll. 25–24. Vgl. allgemein A. Bogdanov, Kolchoznoe stroitel'stvo v nacional'nych rajonach, in: RiN 3 (1930) 41.

⁴¹ Vgl. die Berichte der OGPU über die Kollektivierung in Azerbaidžan vom Januar 1930: Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Ekonomiki (RGAE), Fond 7486, opis' 37, delo 61, ll. 120–118. Allgemein: L. Gotfrid, Bor'ba za chlopok v Zakavkaz'e, in: RiN 8 (1931) 13–16.

⁴² Vgl. A. Nuchrat, Usilit' klassovuju bditel'nost' i proizvodstvennuju aktivnost', in: RiN 3 (1933) 57.

⁴³ In den Jahren 1932 und 1933 wurden mehr als 2000 Kulakenfamilien nach Zentralasien deportiert. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 162 (osobaja papka), delo 8, ll. 101, 126; RCChIDNI, Fond 17, opis' 162 (osobaja papka), delo 14, l. 124.

Kolchose wiederherzustellen⁴⁴. Die Entkulakisierung hatte nur marginale Erfolge. Überkommene Formen des Wirtschaftens und des Lebens erwiesen sich im Resultat als unüberwindbar⁴⁵.

Religion und Familie gaben dem Widerstand Halt. In das Innere der abgeschlossenen islamischen Gesellschaft konnte nur vordringen, wer sie aufzubrechen vermochte. Der Angriff auf die Religion begann Mitte der 20er Jahre, als Parteiaktivisten türkischen Ölarbeitern in Baku die Teilnahme an den traditionellen schiitischen Geißlerprozessionen auszureden versuchten. Anfangs verwiesen atheistische Streiter auf den Koran, um ihr Vorgehen zu begründen. Selbstverstümmelung, die Verhüllung der Frauen und das Fasten stünden im Buch des Propheten nicht geschrieben, so glaubte man zu wissen⁴⁶. Das Orgbüro der AzKP gestand in einem Bericht an das Moskauer Zentrum im Dezember 1925 jedoch ein, man habe an den schiitischen Trauertagen in Baku die „wilde Sitte“ der Selbstgeißelung unter den türkischen Arbeitern beobachtet⁴⁷. Diese Mißerfolge verleiteten die Parteiführung 1926 zu einer radikalen Wendung in der antireligiösen Propaganda. Zahlreiche Sufis und Wanderprediger, die Mittler des Religiösen in einer schriftlosen Welt, wurden nach Iran ausgewiesen. In Baku entfaltete die lokale Parteiorganisation eine aggressive Kampagne gegen den schiitischen Trauermonat „Moharram“ und das sogenannte „Sachse-Vachse“-Ritual am Ašura-Tag. Zwar gelang es der Parteiorganisation in Baku, Prozessionen und öffentliche Gebete zu unterbinden. Sie nahm aber in Kauf, daß sich türkische gegenüber russischen und armenischen Arbeitern zurückgesetzt fühlten und die Unzufriedenheit mit dem herrschenden Regime auch in den Betriebsparteizellen bedrohliche Ausmaße annahm⁴⁸.

Die Aktivisten des Gottlosenverbandes (Allahsızlarin Ittihadı), aus den Städten entsandte Komsomolzen und Arbeiterbrigaden, richteten Theaterstücke an religiösen Feiertagen aus, störten die Geißlerprozessionen der Schiiten und die ritualisierten Vorlesungen, die den Gläubigen die Leidensgeschichte des Imam Hussein alljährlich aufs Neue verkündeten. Zuweilen drangen sie mit Gewehren oder Blasorchestern in die Moscheen ein, trieben Schweine durch das Gotteshaus und entfachten handgreifliche Auseinandersetzungen⁴⁹. Selbst das Politbüro in Moskau kritisierte im Juli 1929 das „grobe administrative“ Vorgehen des azerbajdžanischen Zentralkomitees⁵⁰. Die Ignoranz und Sprachlosigkeit der Eindringlinge ak-

⁴⁴ Vgl. Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v Azerbajdžane I, 192–196.

⁴⁵ Vgl. exemplarisch die Informationsberichte des Politsektors des Volkskommissariats für Landwirtschaft: RCChIDNI, Fond 112, opis' 28, delo 6, ll. 248 ff.

⁴⁶ RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 68, ll. 66–70. Zu den antireligiösen Kampagnen des Gottlosenverbandes vgl. allgemein: F. Byran, Anti-Islamic Propaganda: Bezbozhnik, 1925–1935, in: Central Asian Survey 5 2 (1986) 29–47.

⁴⁷ RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 68, l. 30; ähnlich bei *Musabekov*, Izbrannye stat'i i reči I, 119–120.

⁴⁸ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 68, ll. 66–70.

⁴⁹ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 70, l. 2.

⁵⁰ RCChIDNI, Fond 17, opis' 3, delo 750, l. 18.

tivierten die Abwehrreflexe der Betroffenen gegen die so verstandene Moderne⁵¹. Im Jahre 1929 begann das Regime mit der physischen Vernichtung muslimischer Geistlicher, denn diese hatten allenthalben den Widerstand gegen die Kollektivierung angeführt. Es lag in der Logik dieser Umwälzung, die Stützen der Widerständigkeit zu eliminieren. 1930 wurden in der Provinz Kuba im Norden Azerbajdzans mehrere Geistliche in einem Schauprozess zum Tode verurteilt und erschossen. Mullahs, die das Terrorregiment überlebten, schlüpfen in eine neue Identität oder beendeten ihr Leben in Solovki⁵².

Die bedeutendsten Moscheen wurden zerstört oder geschlossen. Im Kreis Gandza wurden 1924 bereits 36 der bestehenden 55 Moscheen geschlossen⁵³. In der Stadt Šemacha zerstörte die OGPU 1928 13 der 16 bestehenden Moscheen⁵⁴. Es unterstrich den Sieg der neuen Ordnung über die Kräfte der Beharrung, daß Moscheen vielerorts zu Weinlagern oder Frauenclubs wurden. Im März 1929 meldete das Zentralkomitee des Bundes der Landarbeiter Azerbajdzans, es seien im ganzen Land 213 Moscheen entweder zerstört oder umgebaut worden⁵⁵. Die Kulturrevolutionäre schreckten selbst vor Eingriffen in die Privatsphäre nicht zurück. Auf Veranlassung des Rates der Volkskommissare der Republik erging eine Verordnung, die den Muslimen das Tragen der kaukasischen Fellmütze untersagte. Europäische Arbeiterkleidung repräsentierte auch optisch die Zugehörigkeit zur europäischen Moderne, so wie die Bol'seviki sie verstanden⁵⁶.

Der Kampf gegen den Islam unterlag einem schwerwiegenden Mißverständnis. Im Islam ist Religion weniger ein spiritueller Akt als ein gesellschaftliches Projekt und eine Form der Lebensführung. Der Begriff der Säkularisation bezieht sich auf die christliche Tradition. Im islamischen Kontext wird er sinnlos und für Muslime deshalb unverständlich. Das Bestreben der Bol'seviki, den Kampf um den Sozialismus mit dem Kampf gegen die Religion zu verbinden, lief deshalb ins Leere. Kaum eine der antireligiösen Verordnungen vermochte sich schließlich durchzusetzen. Verbote, islamische Feiertage zu begehen und religiöse Rituale auszuüben, wurden allenthalben mißachtet. In den Bergregionen Azerbajdzans, in Kazach und Zakataly bedurfte es berittener OGPU-Einheiten, um Pilgerfahrten der Schiiten an heilige Stätten zu unterbinden⁵⁷.

Seit Anbeginn der Revolution verfolgten die Bol'seviki das Ziel, die muslimischen Frauen zu emanzipieren und von den „patriarchalischen“ Traditionen des Dorfes zu befreien. Darin stimmten sie selbst mit den muslimischen Aufklärern des 19. Jahrhunderts überein. Im Unterschied zu letzteren verknüpften die Bol'se-

⁵¹ Vgl. *D. Hadjibeyli*, Anti-Islamic Propaganda in Azerbajdzhan, in: *Caucasian Review* 7 (1958) 31–37.

⁵² Vgl. *Hadjibeyli*, Anti-Islamic Propaganda, 38.

⁵³ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 70, l. 67.

⁵⁴ Vgl. *Hadjibeyli*, Anti-Islamic Propaganda, 50f.

⁵⁵ Vgl. Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v Azerbajdzane 1, 191.

⁵⁶ *Hadjibeyli*, Anti-Islamic Propaganda, 62. Der Vorsitzende des Zentralen Exekutivkomitees Azerbajdzans S.M. Efendiev soll im Oktober 1929 gegen dieses Vorgehen öffentlich protestiert haben.

⁵⁷ Vgl. *Altaj*, Antireligioznaja rabota sredi nacional'nostej, in: *RiN* 9 (1932) 88–92.

viki mit der Frauenfrage ein übergeordnetes Interesse. Sie galt ihnen als Schlüssel zum Eintritt in den Sozialismus. Im proletariatsfreien Raum geriet das weibliche Geschlecht zum Surrogat des Proletariats, an dem sich die Emanzipationsphantasien der Kommunisten entzündeten. Der Kampf der Geschlechter hatte das Ziel, in das Innere der islamischen Gesellschaftsverfassung vorzudringen und ihren Kern zu zerstören⁵⁸.

Zu Beginn der 20er Jahre richtete die Frauenabteilung der AzKP Sektionen bei den lokalen Parteikomitees ein. Ihre Aufgabe bestand darin, das Emanzipationsprogramm der politischen Führung in den Dörfern voranzutreiben. Periodisch wiederkehrende Sowjetwahlen dienten dem Zweck, Frauen für die Teilnahme an den Abstimmungen zu mobilisieren und in verantwortliche Posten zu heben. „Rote Jurten“ sollten den Einfluß der Partei auch in nomadisierenden Großverbänden sicherstellen. In den Städten entstanden Frauenclubs und Frauenzeitschriften, die sich im wesentlichen auf die Verbreitung von Bildungsangeboten beschränkten⁵⁹. Die vergleichsweise geringe Resonanz dieser Bemühungen bewirkte, daß die Emanzipationskampagnen während der Kollektivierung mitunter hysterischen Charakter annahmen.

In Baku und Gandža kam es auf Plätzen und vor Amtsgebäuden zu dramatischen Inszenierungen, die stets in der pathetischen, öffentlichen Abnahme des Tschador und der Aufnahme der „befreiten“ Frauen in die Partei gipfelten. Auf dem Höhepunkt der Kampagne riefen die Parteikomitees sozialistische Wettbewerbe im Abwerfen des Tschadors aus. 1928 erließ das Volksbildungskommissariat Azerbajdžans eine Verfügung, die das Tragen des Tschador gänzlich untersagte⁶⁰. Das Emanzipationsprogramm erzielte keine der gewünschten Wirkungen. Türkische Aktivistinnen, die den Frauensektionen der lokalen Parteikomitees vorstanden, zerbrachen an ihrer Aufgabe. Kaum eine dieser Frauen verfügte über eine politische Bildung, die zur Realisierung zentral erdachter Konzepte befähigt hätte. Der marxistische Diskurs lag den Alltagsproblemen der Betroffenen

⁵⁸ Vgl. dazu *G. J. Massel, The Surrogate Proletariat. Moslem Women and Revolutionary Strategies in Soviet Central Asia, 1919–1929* (Princeton/N.J. 1974) XXII und die Thesen der Versammlung der Frauenabteilungen Transkaukasiens im Jahre 1924: RCChIDNI, Fond 17, opis' 84, delo 516, ll. 78–89. Juristen vertraten schon früh den Standpunkt, der Staat müsse sich „im Interesse der Lebensfähigkeit und Gesundheit in den Bereich der Geschlechterbeziehungen einmischen“. Vgl. *I. Ljubarskij, Novelly Azerbajdžanskogo Ugolovnago Kodeksa*, in: *Rabočij Sud*, Nr. 15/16 (1925) 665. Vgl. auch die zeitgenössische Darstellung von *E.W. Halle, Frauen des Ostens. Vom Matriarchat bis zu den Fliegerinnen von Baku* (Zürich 1938).

⁵⁹ Vgl. den Bericht der Frauenabteilung der AzKP für den Zeitraum 1920–1922: RCChIDNI, Fond 64, opis' 1, delo 222, ll. 6–27. Vgl. allgemein: *A. A. Rorlich, The „Ali Bayramov“ Club, the Journal Sharg Gadini, and the Socialization of Azeri Women: 1920–1930*, in: *Central Asian Survey* 5 (1986) 221–239 und *S. Mamedov, Put' k progressu* (Baku 1975). Zur Geschichte der Frauensektion der Partei zuletzt: *W. Z. Goldman, Industrial Politics, Peasant Rebellion and the Death of the Proletarian Women's Movement in the USSR*, in: *Slavic Review* 55 (1996) 46–77.

⁶⁰ Vgl. *A. Nuchrat, Usilit' klassovuju bditel'nost'*, 46 f. Zu den Kampagnen in den Dörfern vgl. *Kollektivizacija sel'skogo chozjajstva v Azerbajdžane* 1, 191.

fern, er teilte sich deshalb auch den weiblichen Kommunisten nicht mit⁶¹. Größer waren indessen die Widerstände, die aus der lokalen Gesellschaft erwuchsen. Parteisekretäre und Sowjetvorsitzende zeigten geringes Interesse an der Emanzipation der Frau, mehrheitlich verweigerten sie ihre Mithilfe bei der Umsetzung des staatlichen Programms. Es durfte deshalb nicht verwundern, daß sich unter diesen Umständen die Frauensektionen der Partei in Heiratsmärkte verwandelten⁶².

In öffentliche Ämter gehobene und solchermassen „befreite“ Frauen schieden aus dem traditionellen Dorfverband aus. Das hatten die Bol'seviki erreichen wollen. Doch außerhalb dieses Verbandes gab es für Frauen keinerlei Lebensperspektiven, die einem solchen Abschied vom Gewohnten Attraktivität verliehen hätten. Nur wenige Frauen griffen deshalb das Emanzipationsangebot der Partei auf. In Nachičevan blieb der Dorfmullah auch für die Mehrheit der Frauen die einzige Autorität, die Vertrauen erweckte⁶³. Mann und Frau erfüllten in der bäuerlichen Familie klar zugewiesene Funktionen, die das Überleben beider sicherte. Das Gegensatzpaar „Männlich-Weiblich“ ließ sich in keinen sozialen Gegensatz umkonstruieren. Die Sicherheit der Familie hatte in der Außenwelt, die die Bol'seviki repräsentierten, keine Entsprechung. Wo Frauen zwangsweise „befreit“ wurden, übten die Repräsentanten der lokalen Gesellschaft kollektive Vergeltung. Frauen, die den Tschador abgeworfen oder in eine zivile Scheidung eingewilligt hatten, wurden in der Öffentlichkeit als „Prostituierte“ diffamiert oder auf Beschluß der Dorfversammlung getötet. Morde an Frauen nahmen vor und während der Kollektivierung in Azerbajdžan ein bedrohliches Ausmaß an⁶⁴.

Das bolschewistische Emanzipationsprojekt zerbrach an den Widrigkeiten der Realität. Noch 1934 befanden sich unter den 4.486 Frauen des Ali-Bayramli-Clubs in Baku nur 609 muslimische Frauen, an den Arbeiterfakultäten (Rabfaky) Azerbajdžans waren im gleichen Jahr nur 966 Türcinnen eingeschrieben⁶⁵. Nur 3,9 Prozent der Frauen, die in den Industriebetrieben der Republik arbeiteten, bekannten sich zur azerbajdžanischen Nationalität. In technischen Intelligenzberufen fehlten türkische Frauen überhaupt gänzlich⁶⁶. Selbst in den Städten des Landes überdauerte das traditionelle Beziehungsgeflecht der Geschlechter. Noch zu Beginn der 30er Jahre war der Tschador aus dem Straßenbild Bakus nicht verschwunden. Man trug ihn als äußeres Zeichen des Protestes gegen die Zumutungen der kommunistischen Bedrängnis. Angesichts der Radikalität des Einbruchs

⁶¹ So die Delegierten auf einer Versammlung der Frauenabteilungen Transkaukasiens, die im Oktober 1921 in Tiflis stattfand. Vgl. RCChIDNI, Fond 64, opis' 1, delo 217, ll. 106–147.

⁶² Dies geschah z.B. im Kreisparteikomitee der Stadt Gandža im Jahre 1925. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 70, ll. 26–27.

⁶³ Vgl. GARE, Fond 3316, opis' 21, delo 680, ll. 68–67.

⁶⁴ Vgl. den Bericht der Leiterin der Frauenabteilung Iškova auf dem ZK-Plenum der AzKP vom 23.5.1926: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 1, ll. 132–139. Allgemein zu diesem Problem: A. Mitrofanov, K itogam partčistki v nacrespublikach i oblastjach, in: RiN, Nr. 1 (1930) 37 f. und *Nuchrat*, Usilit' klassovuju bditel'nost', 47.

⁶⁵ Vgl. I. Babincev, V. Tureckij, O raskrepoščenii ženščin v Azerbajdžane, in: RiN 3 (1936) 53.

⁶⁶ Vgl. Babincev, Tureckij, O raskrepoščenii ženščin, 51.

zogen sich Frauen aus der Öffentlichkeit zurück. So kam es zu dieser Zeit zu einem starken Rückgang des Frauenanteils unter den Mitgliedern der Dorfso-wjets⁶⁷. Nach einem Besuch der Autonomen Republik Nachičevan beklagte ein Mitglied des Nationalitätenso-wjets, die „tief in die Gebräuche eingedrungenen religiösen Vorurteile“ verhinderten allenthalben die Umsetzung des staatlichen Emanzipationsprogramms. „Im Dorf Nachičevans tragen alle Frauen, auch die Frauen der leitenden Parteileute, den Tschador“, so lautete das resignative Fazit dieses Beobachters⁶⁸.

Der Einbruch in die traditionale Gesellschaft gelang allenfalls partiell, vor allem dort, wo das Baumwollprogramm der Partei zur Anwendung gelangte. Azerbajdžan gehörte neben Uzbekistan und Turkmenistan zu den bedeutenden Baumwollanbaugebieten der Sowjetunion. Die Baumwolle veränderte Wirtschaften und Leben der Bauern. Aus Selbstversorgern, die ihr Auskommen im Anbau von Getreide und Obst fanden, wurden staatsabhängige Rohstofflieferanten ohne Zugang zum Markt. Mit der Selbstversorgung zerbrach auch die bäuerliche Wirtschaft und die an sie gebundenen überkommenen Abhängigkeitsverhältnisse. Die herrschaftsstrategische Bedeutung der Baumwollregionen stand im Zentrum wie an der Peripherie außer jedem Zweifel. Der Krieg um und gegen die Kompaktkollektivierung erstreckte sich deshalb vornehmlich auf solche Gebiete, die zur Aussaat der Baumwolle als geeignet erschienen⁶⁹. Es war kein Zufall, daß das Regime die Frauenemanzipation mit dem Baumwollanbau verband. Vorwiegend Frauen kamen bei der Ernte dieses pflanzlichen Rohstoffes zum Einsatz. Den Frauen boten die Baumwollkolchosen ein gewisses Maß an Selbständigkeit und eine Überlebensperspektive außerhalb der Familie. Es galt demnach, den materiellen Status der Baumwollpflückerinnen zu verbessern. Die Parteiorgane wurden angewiesen, Kinderhorte in unmittelbarer Nähe der Felder einzurichten, arbeitserleichternde Werkzeuge auszugeben, vergleichsweise hohe Löhne auszuzahlen und Baumwollpflückerinnen in gehobene Stellungen zu befördern. Als Stoßarbeiter erlangten zahlreiche Frauen einen bescheidenen Wohlstand. Das Regime prämierte die Leistungen weiblicher Stachanov-Arbeiter auf den Baumwollfeldern und stilisierte sie zu Vorkämpfern der Emanzipation. Diese Frauen waren zweifellos das Rückgrat der Stalinisierung des Orients⁷⁰. Es mag hier der Hinweis genügen, daß man ihnen in der lokalen Gesellschaft mit Mißtrauen und Ablehnung begegnete. Baumwollpflückerinnen eilte der Ruf voraus, Verräterinnen und Denun-

⁶⁷ Vgl. *Nuchrat*, *Usilit' klassovuju bditel'nost'*, 48 und *E. Popova*, *Zadači raboty sredi ženščin nacional'nych respublik i oblastej*, in: *RiN* 3 (1933) 3, 60f.

⁶⁸ GARF, Fond 3316, opis' 26, delo 657, l. 15.

⁶⁹ Vgl. *Gotfrid*, *Bor'ba za chlopok*, 11–13. Zum 1.9.1933 waren 70,5 Prozent der Höfe in den Baumwollregionen Azerbajdžans kollektiviert. Die Kollektivierungsrate in der gesamten Landwirtschaft betrug zu diesem Zeitpunkt jedoch nur 51,6 Prozent. Vgl. *Babincev*, *Socialističeskoe stroitel'stvo*, 49.

⁷⁰ Vgl. *RCChIDNI*, Fond 112, opis' 28, delo 6, ll. 244, 169–163, 95–90; *Nuchrat*, *Usilit' klassovuju bditel'nost'*, 53–58; *G. Mulakov*, *Opyt raboty politotdelov MTS v nacional'nych rajonach*, in: *RiN* 8, 9 (1933) 25–31.

ziantinnen zu sein, man durfte sie deshalb im Namen der althergebrachten Ordnung ungestraft zur Rechenschaft ziehen⁷¹.

Die Interventionsinstrumente, vermittels derer die Parteiführung Kampagnen steuern und Defekte zu beheben beabsichtigte, erwiesen sich letztlich als stumpfe Schwerter. Die Mängel der Peripherie konnten nur mit den Mitteln der Peripherie behoben werden. Dazu gab es keine Alternative, wenngleich die Unzulänglichkeit der lokalen Institutionen hinlänglich bekannt war. Im vergeblichen Unterfangen, diesen Widerspruch aufzulösen, lag eine Ursache für die Terrorisierung der inneren Verhältnisse in der Sowjetunion.

Es mag paradox anmuten: Wenngleich den sowjetischen Rechtsnikhilen das Recht nichts galt, wollten sie es an der islamischen Peripherie in den Dienst der Revolution stellen. Das gesetzte Recht widersprach den Lebensregeln, die sich aus der Gewohnheit und der Scharia ergaben. Es zerstörte, und darin lag seine herrschaftsstrategische Bedeutung. A. Vyšinskijs spätes Plädoyer für das Recht warb mit der revolutionären Potenz, die ihm scheinbar innewohnte. Demnach war die „sozialistische Gesetzlichkeit ... die größte kulturelle Kraft, der größte kulturell-politische Hebel“, der dem Regime zur Verfügung stand⁷².

„Die Gesetze haben eine gewaltige erzieherische Bedeutung, sie werden zu mächtigen Waffen der Nationalitätenpolitik in den Händen des Proletariats im Kampf gegen Aberglauben, Starrheit, die Relikte der Stammessitten, im Kampf für die Umerziehung der rückständigen Massen der werktätigen Nationalen, für ihre Umwandlung in bewußte Erbauer des Sozialismus ...“⁷³.

So sah es das Zentrum. 1927 hob ein Dekret des Zentralen Exekutivkomitees die Geltung des Gewohnheitsrechts (Adat) und der Scharia in Zivil- und Strafverfahren offiziell auf und entkleidete die islamische Geistlichkeit aller rechtsprechenden Funktionen. Im April 1928 kam es zu weitreichenden Änderungen im Strafgesetzbuch: Die Blutrache, die Vielehe, die Verheiratung Minderjähriger, die Entführung von Frauen, die Entrichtung des Brautgeldes (Kalym) und die Ausübung religiöser Handlungen wurden unter strengere Strafen gestellt⁷⁴. Staatsanwälte schlüpften in die Rolle von Aufsichtsbeamten: Sie sollten nicht allein Vergehen gegen die neu erlassenen gesetzlichen Regelungen unnachsichtig verfolgen. Ihnen fiel darüber hinaus die Aufgabe zu, den Schutz der Baumwollfelder, die Ablieferung des Getreides an staatliche Aufkaufinstitutionen und die Realisierung des Emanzipationsprogramms zu überwachen. Von den Volksgerichten erwartete

⁷¹ Fälle von Ermordungen und Mißhandlungen weiblicher Stoßarbeiter häuften sich im Zuge der Kollektivierung. Vgl. den Bericht der politischen Abteilung des MTS Nachičevans aus dem Jahre 1934: RCChIDNI, Fond 112, opis' 23, delo 6, ll. 74–73.

⁷² A. Vyšinskij, Sojuznaja prokuratura – moščee orudie bor'by za socialističeskuju zakonnost', in: RiN 10 (1933) 4.

⁷³ M. Galiev, Revoljucionnaja zakonnost' i ochrana obščestvennoj (socialističeskoj) sobstvennosti, in: RiN 10/11 (1932) 40.

⁷⁴ Vgl. GARF, Fond 3316, opis' 21, delo 680, l. 73; Akopov, Bor'ba s bytovymi prestuplenijami, 58–69; Nuchrat, Usilit' klassovuju bditel'nost', 48; Massel, The Surrogate Proletariat, 196–212.

das Regime nicht nur Härte im Umgang mit den Feinden der neuen Ordnung. In den Worten Kalinins war das Gericht die „wichtigste Arena der Popularisierung des Kommunismus“⁷⁵. Die Rechtsprechung sollte im Lichte der Öffentlichkeit wirken und im Bewußtsein der Dorfbewohner einen „prophylaktischen und erzieherischen Effekt“ erzielen, wie man hoffte. Zu diesem Zweck begab sich das Gericht selbst an die Orte des Geschehens⁷⁶. Solche Ansprüche vermochte nicht einmal der Oberste Gerichtshof in Baku zu befriedigen. Im Kampf gegen die Zumutungen der Rückständigkeit versagte die Justiz. Staatsanwälte und Richter waren in Azerbaidžan nur ausnahmsweise Juristen. Sie orientierten Rechtsfindung und Rechtsprechung an überlieferten Traditionen. Unter den gegebenen Umständen gab es dazu wohl auch keine Alternative, wenngleich solche Einsichten das Zentrum nicht zufriedenstellten. Gleich allen übrigen Amtsträgern waren auch die „Juristen“ Azerbaidžans Mitglieder familiärer Netzwerke, die das Leben der lokalen Gesellschaft bestimmten. Amt und Würde standen im Dienst einflußreicher Clanführer. Wo immer das Recht die Interessen angestammter Autoritäten verletzte, blieben die Verheiratung Minderjähriger, die Vielehe und auch die Tötung von Frauen durch ihre Ehemänner ungesühnt. Untersuchungen des Justizkommissariats belegten, daß sich Staatsanwälte und Richter Zurückhaltung auferlegten, sobald Fälle von Selbstverbrennungen, Ermordung oder Entführung von Frauen zur Untersuchung anstanden⁷⁷. Die Strafwürdigkeit der sogenannten *bytovyje prestuplenija* stand in den islamischen Republiken ohnedies im Zweifel. 1935 nahm die Zahl der registrierten Verbrechen dieser Art sogar wieder zu⁷⁸. Das Regime antwortete auf die Untätigkeit der Justiz mit einer Verschärfung der gesetzlichen Bestimmungen. Ein Gesetz vom 16. Februar 1930 qualifizierte die Tötung von Frauen in den islamischen Regionen als konterrevolutionären Akt und verpflichtete die Gerichte, die Täter mit dem Tode zu bestrafen. Der Zentrale waren letztlich die Hände gebunden, weil die Justiz in die Kompetenz der Republiken fiel. Man wird die Einrichtung der Generalstaatsanwaltschaft der UdSSR im Jahre 1933 deshalb auch als Versuch verstehen müssen, die Eigenmächtigkeit des lokalen Justizstabes endgültig zu unterbinden⁷⁹. Das Zentrum beantwortete die Unbotmäßigkeit der Straforgane mit einem Vernichtungsfeldzug gegen die Justiz. In Azerbaidžan wurden 1937 nahezu 70 Prozent der Volksrichter als Konterrevolutionäre verhaftet. Auch die azerbaidžanische Volkskommissarin für Justiz

⁷⁵ Brief Kalinins an Molotov vom 11. August 1933. Vgl. *Stalinskoe politburo v 30-e gody. Sbornik dokumentov* (Moskva 1995) 132. Zur Funktion der Staatsanwälte in der Sowjetunion der 30er Jahre vgl. *P. Solomon, Criminal Justice and the Industrial Front*, in: *G. Rosenberg, L. H. Siegelbaum* (Hrsg.): *Social Dimensions of Soviet Industrialization* (Bloomington 1993) 223–247.

⁷⁶ *S. Akopov, Perestroj' rabotu sudebnych organov v nacional'nych republikach*, in: *RiN* 5 (1931) 25.

⁷⁷ Vgl. GARF, Fond 8131, opis' 12, delo 26, l. 119; GARF, Fond 8131, opis' 12, delo 26, ll. 200–202; RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, l. 263.

⁷⁸ Vgl. *Akopov, Bor'ba s bytovymi prestuplenijami*, 63 und *Babincev/Tureckij, O raskrepoščenii ženščin*, 54f.

⁷⁹ Vgl. *Vysinskij, Sojuznaja prokuratura*, 5.

Ajna Sultanova bezahlte ihr Unvermögen, den Justizapparat auf die Bedürfnisse des Generalstaatsanwaltes der UdSSR auszurichten, mit dem Tod⁸⁰.

Die Polizei- und Sicherheitsorgane der Republik erweckten Vertrauen weder in der Bevölkerung noch in der Parteiführung in Moskau. In Gandža, der zweitgrößten Stadt Azerbajdžans, wurden Polizeiaufgaben von Ordnungshütern aus vorrevolutionärer Zeit ausgeübt. Will man einem Bericht des lokalen Parteikomitees glauben, so beschäftigten sich die Milizionäre mit Warenschmuggel und Hehleri, unterhielten Kontakte zu den örtlichen Bandenführern und erhöhten ihre Einkünfte im Prostitutionsgeschäft⁸¹. Ende der 20er Jahre begann die Regierung, in den Bergen operierende Banden teilweise zu legalisieren. Dutzende ehemaliger Räuber traten in die Reihen der OGPU ein und setzten ihre Raubzüge in den Dörfern nunmehr im Auftrag des Staates fort. Das Vorgehen der OGPU gegen Nomaden und sesshafte Bauern unterschied sich kaum von traditionellen Methoden der Tributerhebung und Schutzgelderpressung⁸². Das sozialistische Aufbauprogramm nahm im Bewußtsein der Tschekisten eine nur untergeordnete Rolle ein. Politbüro und Zentralkomitee in Baku wußten um diese Mängel, sie behoben sie aber nicht.

Die Parteisäuberungen von 1929 und 1933 sowie die Überprüfung und der Austausch der Parteidokumente in den Jahren 1935 und 1936 nahmen in Azerbajdžan geradezu groteske Züge an. Durch eigenes Verschulden stets neu geschaffene Blockaden im System wurden nun sichtbarer, die Bereitschaft, diese Blockaden gewaltsam aufzulösen, größer⁸³. In den späten zwanziger und frühen dreißiger Jahren waren muslimische Arbeiter und Bauern zu Tausenden in Partei- und Sowjetorganisationen aufgenommen worden, um die Institutionen zu indigenisieren, zu proletarisieren, auch, um sie zu enttraditionalisieren. Zur Erreichung der beiden letztgenannten Ziele erwies sich die Rekrutierung Einheimischer als ein wenig taugliches Mittel. Die Zentrale Kontrollkommission der VKP bezog aus den Säuberungen die Einsicht, die Massenaufnahme neuer Mitglieder habe erklärten Feinden des sozialistischen Gesellschaftsentwurfes die Teilhabe an der politischen Macht eröffnet. Die Partei ist sozial „verunreinigt“, der „Klassenfeind bewaffnet sich mit dem Parteibillet“⁸⁴, – so lautete das Ergebnis im sprachlichen

⁸⁰ Vgl. GARF, Fond 9492, opis' 1, delo 11, l.80.

⁸¹ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 70, ll. 35–36.

⁸² Vgl. den Bericht Gikalos über die „Befriedungsmaßnahmen“ der OGPU im Sommer und Herbst 1929: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, ll. 185–186.

⁸³ In der Interpretation folge ich G. Gills Untersuchung über die Ursprünge des Stalinistischen Herrschaftssystems. Diese erklärte den Großen Terror als Reaktion auf die Unterentwicklung der Institutionen und das Unvermögen der Zentrale, diese wirksamer Kontrolle zu unterwerfen. Vgl. G. Gill, *The Origins of the Stalinist Political System* (Cambridge 1990) 259–306. Am Beispiel der Westprovinzen kam Getty zu ähnlichen Schlüssen: vgl. J.A. Getty, *Origins of the Great Purges. The Soviet Communist Party Reconsidered, 1933–1938* (Cambridge 1991) 194 f.

⁸⁴ G. Mulakov, *Izgnat' kulakov i baev iz kolchosov (k vesennemu sevu)*, in: RiN 2 (1933) 40 sowie M. Ammosov, *Problema nacional'nych kadrov v period socialističeskoj rekonstrukcii*, in: RiN 1 (1930) 20–28.

Duktus der Bol'seviki. Die Aufnahme von Parteimitgliedern hatte sich mechanisch und ohne jegliches Auswahlverfahren vollzogen. Bauern traten oftmals zwangsweise, auf Anweisung des Parteisekretärs der lokalen Organisation bei. In Baku nahmen die Betriebszellen Frauen in Abwesenheit in die Partei auf, auf den Ölfeldern vollzog sich der Beitritt en bloc, ohne Ansehen der Person⁸⁵. Verantwortliche Sekretäre forderten Mitglieder auf, ihre Familienangehörigen zum Eintritt in die Partei zu bewegen. Allenthalben blühte der Handel mit Parteiausweisen. Man konnte sie auf dem Bazar erstehen, sie wurden gegen Gebühr verliehen oder gefälscht⁸⁶.

In den späten 20er Jahren stieg der Anteil der Analphabeten unter den Kommunisten stetig an. Eine Untersuchungskommission der ZK-Abteilung für Agitation und Propaganda, die 1937 die Parteiorganisationen in Baku besuchte, beklagte haarsträubende Zustände. Mehrheitlich sahen sich besonders die türkischen Kommunisten außerstande, die politischen Führer der Sowjetunion beim Namen zu nennen. Die Parteigeschichte blieb eine terra incognita, nur wenige nahmen überhaupt wahr, daß zwischen Moskau und Baku ein Zusammenhang bestand. Die vom ZK der AzKP zur Schulung abgestellten Propagandisten lasen silbenweise aus den Lehrbüchern vor, die das Zentralkomitee zur Unterrichtung der Kommunisten freigegeben hatte. Ihr Inhalt blieb Lehrern und Schülern gleichermaßen unverständlich⁸⁷.

A. Akopov, zweiter Sekretär der AzKP, berichtete dem Plenum des Zentralkomitees im Dezember 1936 über die Resultate der vorausgegangenen Säuberungen. Die politische Führung der Republik erhielt auf diese Weise einen ungeschminkten Einblick in das Innere des Parteilebens. Es kam im Anschluß an die Dezember-Tagung des Zentralkomitees deshalb zu dem folgenreichen Entschluß, die Dämme der Tradition gewaltsam einzureißen⁸⁸. Das schien im Verständnis des Bakuer Politbüros auch dringend geboten. Die Säuberungskommissionen verwiesen auf Parteisekretäre, die am Freitagsgebet in der Moschee teilnahmen oder sich die religiösen Funktionen der geächteten Mullahs in den Dörfern angeeignet hatten. Schwerer wogen die Beschuldigungen des Amtsmissbrauchs, die gegen die Kommunisten erhoben wurden. Parteisekretäre setzten Bauern als Zwangsarbeiter ein, erhoben Sondersteuern zur Befriedigung eigennütziger Interessen und handelten mit Kolchosgetreide auf den lokalen Bazaren⁸⁹.

Die lokalen Säuberungskommissionen waren zweifellos überfordert. Als 1936 die Anordnung des Moskauer Politbüros erging, einen Austausch der Parteidokumente vorzunehmen, nahm die Zentrale Kontrollkommission der Autonomen

⁸⁵ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 93, ll. 40–45.

⁸⁶ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 93, ll. 8–22, 37–38.

⁸⁷ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 120, delo 236, ll. 28–37; RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 93, ll. 64–67.

⁸⁸ Vgl. das stenographische Protokoll in: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 95.

⁸⁹ Für das Jahr 1934 Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 84, l. 51; RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 85, l. 101. Für 1937 vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 111, ll. 79–80. Vgl. auch A. Mitrofanov, K itogam partěistki v narespublikach, in: RiN 1 (1930) 32.

Republik Nachičevan dieses Ansinnen wörtlich und sandte allen Parteimitgliedern ohne Überprüfung neue Ausweise zu⁹⁰.

Sowjetwahlen und Säuberungsaktionen belebten das Fehdewesen und die Blutrache. Bei den Wahlen zu den Dorfsowjets in Nachičevan im Jahre 1933 brachen „erbitterte Kämpfe zwischen einzelnen Stämmen des azerbajdžanischen Dorfes“ aus, in die, wie ein Beobachter feststellte, „Kommunisten verwickelt sind und die sie sogar manchmal anführen“⁹¹. Der aus dem Konflikt siegreich hervorgehende Clan behielt „seine“ Kulaken und postierte „seine“ Kommunisten in den Schaltstellen der politischen Lokalgewalt⁹². Das Eintreffen der Säuberungskommissionen in den Dörfern löste ähnliche Reaktionen aus. Von den Kommissionen einberufene Versammlungen, die über den Ausschluß von Parteimitgliedern befinden sollten, verwandelten sich in Anklagetricunale. Anwesende Bauern denunzierten durch Zuruf, wen sie für entbehrlich hielten. In einem Dorf in Nachičevan verlangten Bauern von der Kommission, man möge Kommunisten nunmehr aus der Partei ausschließen⁹³. Die Säuberungen belebten den Zwist miteinander verfeindeter Familienverbände. Die Versammlungen nahmen oftmals ein schreckliches Ende: Die Kommissionsmitglieder wurden mit dem Tod bedroht, es kam zu Massenschlägereien, die sich zu Blutrachefehden ausweiteten. Anhänger verfeindeter Clans schlossen sich gegenseitig aus der Partei aus. Bisweilen kam es auch zu einvernehmlichen Lösungen: Die Konfliktparteien handelten den Frieden im Teehaus aus und schickten die Säuberungskommission nach Baku zurück⁹⁴.

In Baku verschärften die Säuberungen ethnische Spannungen. Türkische Arbeiter standen auf der untersten Stufe der lokalen Sozialpyramide. Der offizielle Diskurs verwies sie in das Reich der Rückständigkeit und Barbarei. Religion und Kultur der Muslime waren Synonyme für die Konterrevolution. Zugleich verwurzelte die offizielle Indigenisierungspolitik in ihnen die Überzeugung, sie seien die eigentlichen Herren der Stadt. Es war demnach ungerecht, daß die Fremden, Russen und Armenier, sie ökonomisch übervorteilten und kulturell bevormundeten. Die Säuberung gab türkischen Arbeitern die Möglichkeit, dem Nationalismus der Inferiorität freien Lauf zu lassen. Russische Arbeiter und Ingenieure wurden als Großmachtchauvinisten und Bürokraten denunziert, vielfach entledigten sich die Unzufriedenen der rhetorischen Verhüllungen und benannten offen ihre eigentlichen Motive⁹⁵. Der Vorsitzende der Zentralen Kontrollkommission der AzKP Gorčaeu berichtete dem Plenum des ZK am 21. Dezember 1929 über die Säuberung in der Bakuener Lenin-Fabrik: „... die Türken treten gegen die Russen auf, die

⁹⁰ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 94, l. 31.

⁹¹ Babincev, *Sovety Zakavkaz'ja*, 91.

⁹² Vgl. *Dimanštejn*, *Bol'sevistskij otpor*, 4. Die benannten Probleme stellten die Kommissionen auch in den zentralasiatischen Republiken fest. Vgl. *Mitrofanov*, *K itogam partčistki*, Nr. 1, 29–36, Nr. 2, 35–49.

⁹³ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, ll. 10–11.

⁹⁴ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, ll. 10–12.

⁹⁵ Zu den Auseinandersetzungen zwischen muslimischen und christlichen Arbeitern vgl. den Bericht des ZK über die Arbeit der AzKP im Jahre 1927: RCChIDNI, Fond 17, opis' 67, delo 310, ll. 13–34, 138–148, 207–227.

Russen gegen die Türken, und darüberhinaus teilten sich die Türken in zwei Gruppen: in azerbaidžanische und persische Türken. Sie traten gegeneinander auf, überschütteten sich mit Schmutz und bedienten sich aller Methoden. Zu guter Letzt mußte man zweimal eine Überprüfungscommission austauschen und eine dritte schicken.“⁹⁶

Der bolschewistische Begriff der Arbeiterklasse hatte in den Industriestädten des Kaukasus keine Entsprechung. Arbeiterbewußtsein war in Baku vor allem ein ethnisches Zugehörigkeitsbewußtsein, weil die Erfahrungen der Arbeiter keine gemeinsame soziale Identität konstituierten. Russische und armenische standen gegen türkische Arbeiter: Das betraf die soziale Stellung ebenso wie die unterschiedliche kulturelle Bewältigung des Alltags⁹⁷. Während der Säuberungen kamen die vom Zentrum selbst inszenierten Spannungen zur Entladung. Daß Teile der nationalen Parteiführungen sich in sie verwickelten, verlieh diesem Konflikt eine unionsweite Bedeutung.

4. Der Große Terror

Die kumulative Radikalisierung der inneren Verhältnisse in den dreißiger Jahren erreichte ihren Höhepunkt in der physischen Vernichtung der kommunistischen Führungskräfte in den nationalen Republiken. Sie trugen im Verständnis des Zentrums die letzte Verantwortung für die Fehlschläge des sozialistischen Experiments an der Peripherie. Dabei traf der Terror die islamischen Regionen zweifellos unerbittlicher als die übrigen Territorien des Reiches.

Terror als Mittel der Politik wirkte in Azerbaidžan seit Anbeginn der Sowjetisierung. Es gab also bereits eine Tradition des Mordens, bevor der Große Terror über die Republik hereinbrach. Die Kommandohöhen der azerbaidžanischen Politik ereilte der Arm des Terrors indessen erst spät. Das unterschied die Kaukasusrepublik von Tatarstan, der Krim und den mittelasiatischen Sowjetrepubliken, deren politische Führungen bereits zwischen 1928 und 1930 physisch vernichtet wurden. Man wird diese „Rücksichtnahme“ der strategischen und wirtschaftlichen Bedeutung Azerbaidžans zuschreiben müssen.

Das Zentrum versuchte, über Zwischeninstanzen und Vertrauenspersonen Einfluß auf den Kurs der azerbaidžanischen Partei- und Staatsführung zu nehmen. Diesem Zweck dienten das „Kaukasische Büro“ (Kavbjuro) und nach seiner Auf-

⁹⁶ RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 32, ll. 10–11.

⁹⁷ Zwar nutzen Arbeiter im offiziellen Diskurs die ihnen vom Regime verordnete Klassensprache. Für Muslime hatte der Begriff des Proletariats aber eine kulturimperialistische Konnotation, er bezeichnete das Fremde, die Identität der Anderen. Davon ist allerdings in der historischen Forschung nirgendwo die Rede. Sowjetische Arbeiter sind offenkundig immer nur als russische Arbeiter vorstellbar. In zwei Sammelbänden neueren Datums über Arbeiter in Rußland und der Sowjetunion wird der ethnische Faktor völlig ausgeblendet. Vgl. *Rosenberg, Siegelbaum, Social Dimensions*, sowie *Siegelbaum, Suny* (Hrsg.), *Making Workers Soviet. Power, Class, and Identity* (Ithaca, London 1994).

lösung 1922 das Transkaukasische Gebietskomitee der Unionspartei (Zak-krajkom). G.K. Ordžonikidze war für lange Zeit die beherrschende Figur des Zentrums in diesen Gremien. In der AzKP bekleideten von Moskau entsandte Emmissäre stets herausgehobene Stellungen. So übte S.M. Kirov bis 1925 die Funktionen des 1. Sekretärs des Zentralkomitees aus. Diese Vorsichtsmaßnahmen boten indessen kaum die Gewähr für die Exekution der zentralen Vorgaben. In der Ukraine, in Weißrußland und in Sibirien setzten Stalins Emmissäre Postyšev, Kaganovič und Eiche den Willen des Politbüros gegen Widerstände rücksichtslos durch⁹⁸. Die dem russischen Kernland verwandten Kulturmilieus erleichterten solche Säuberungsoperationen. In Transkaukasien zerschellten alle Versuche, in den Gang der Geschehnisse einzugreifen, an der undurchdringlichen Mauer der Sprach- und Verständnislosigkeit und der fehlenden Einsicht in die Funktionsmechanismen der Clangesellschaft. Außenseitern blieb der Zutritt zum Herrschaftsraum verschlossen, selbst wenn sie das Amt des Ersten Parteisekretärs bekleideten. Politbüro, Zentralkomitee und Baku-Komitee der AzKP wurden von einflußreichen Gruppen und Clans beherrscht, die gegeneinander intrigierten. In den höheren Parteigremien übernahmen die vom Zentrum berufenen Sekretäre allenfalls die Rolle hilfloser Schiedsrichter. Zu den Eigenheiten der *Atamanščina* gehörte es, daß die türkischen Politbüromitglieder die mit unüberwindbaren Hindernissen verbundenen Aufgaben in die Hände der von Moskau entsandten Sekretäre legten. Sie scheiterten erwartungsgemäß. Man konnte sie als Versager denunzieren und ihre Abberufung erwirken⁹⁹. Im August 1930 befaßte sich das Politbüro in Moskau mit dem Zustand der azerbajdžanischen Parteiorganisation. Es beschloß, gegen den „prinzipienlosen Gruppenkampf“ nunmehr energisch einzuschreiten¹⁰⁰. Auf Weisung Stalins wurden zwischen 1929 und 1933 drei erste Sekretäre abgelöst: Mirzojan, Gikalo und Polonskij. In den Jahren 1937 und 1938 fielen sie dem Terror zum Opfer.

Der Auswechselung der Parteisekretäre folgte ein beispielloser Amoklauf, dem Tausende von Kommunisten zum Opfer fielen. Im Verständnis Stalins und seiner Clique mußten diese Opfer erbracht werden, um die Hindernisse, die sozialistischen Verkehrsformen noch im Wege standen, aus dem Weg zu räumen. Es ist jedoch stets übersehen worden, daß auch die Terrorisierung der inneren Verhältnisse in die Hände Einheimischer gelegt wurde. Stalin setzte 1933 im Politbüro die Ernennung Mir Džafar Bagirovs zum Ersten Sekretär des ZK der AzKP durch. Als Leiter der azerbajdžanischen OGPU hatte er sich durch Grausamkeit und Skrupellosigkeit für das neue Amt ausgewiesen. „Jetzt ist er die einzige Person, die

⁹⁸ Zur Rolle dieser Personen vgl. O. V. Chlevnjuk, Politbjuro. Mechanizm političeskoj vlasti v 1930-e gody (Moskva 1996) 134, 216–229.

⁹⁹ Vgl. dazu den Bericht über die Diskreditierung des Ersten Sekretärs der AzKP Polonskij durch azerbajdžanische Politbüromitglieder im Jahre 1930: RCChIDNI, Fond 17, opis' 120, delo 29, l. 31.

¹⁰⁰ RCChIDNI, Fond 17, opis' 3, delo 791, l. 23. Stalin hatte zuvor Molotov gegenüber erklärt, den Gruppenzwist in der azerbajdžanischen Parteispitze nicht länger dulden zu wollen. Vgl. Pis'ma V.I. Stalina V.I. Molotovu 1925–1936 gg. (Moskva 1995) 197.

es versteht, mit den Musavatisten und Ittihadisten fertig zu werden, die ihren Kopf im azerbajdžanischen Dorf erhoben haben“, so begründete Stalin seine Entscheidung in einem Brief an Molotov¹⁰¹. Dies durfte als Hinweis darauf verstanden werden, die erfolglos erprobten Mechanismen des Eingriffs einzustellen und ein prominentes Mitglied der lokalen Gesellschaft mit der Säuberung des Apparates zu betrauen. Bagirov enttäuschte diese Erwartung nicht. Der gesamte Führungskern der Azerbajdžanischen KP fiel dem Terror zum Opfer. Kein einziges Mitglied der nationalkommunistischen Himmät überlebte das Jahr 1938. Bagirov legte sich keinerlei Zurückhaltung auf. Er mordete in vorauseilendem Gehorsam, grausam und despotisch¹⁰².

Man beschuldigte die Verhafteten nur ausnahmsweise des Trotzismus, des Bucharinismus, der Spionage und des Nationalismus. Sofern es sich um die Beseitigung prominenter Nationalkommunisten handelte, wurden diese Begriffe als Chiffren für die Bezeichnung interner Rivalitäten eingesetzt¹⁰³. Ali Hajdar Karacv, Hasanfar Musabekov, Muzafar Narimanov, Sultan Medžid Efendiev, Hamid Sultanov, Mustafa Kuliev und Ruhulla Achundov, um nur die wichtigsten Exponenten des nationalkommunistischen Flügels zu nennen, fielen, weil das Zentrum sie aus einsichtigen Gründen nicht retten mochte. Auch warf man ihnen nationalistische Abweichungen vor. Sie verantworteten aber zugleich die Nichterfüllung des Baumwollplanes, Privatisierungen von Kolchosen, Mißerfolge bei der Alphabetisierung und der Einführung der Schulpflicht und das Versagen der Justizorgane. So stellte es zuletzt der 13. Parteitag der AzKP im Juni 1937 ausdrücklich fest¹⁰⁴. Das Bakuer Politbüro befaßte sich 1937 nahezu ausschließlich mit dem Ausschluß und der Verhaftung kommunistischer Amtsträger. Der Vorwurf des Nationalismus wurde gegen die Ausgeschlossenen kaum je erhoben. Man schob ihnen die Verantwortung für das Scheitern des sozialistischen Experiments in Azerbajdžan zu¹⁰⁵. Denunziert wurden sie freiwillig: von Aufsteigern, rivalisierenden Gruppenführern und einem unzufriedenen Parteivolk, das den Nationalkommunisten die Exzesse der Kollektivierungsära anlastete. Das Regime wußte die Unzufriedenheit politisch zu nutzen: Im August und Oktober 1937 ordnete das Politbüro in Baku an, in den Dörfern und Städten der Rayons Nachičevan, Geokčaj, Kirovabad und Nucha Schauprozesse gegen leitende Mitarbeiter des

¹⁰¹ Pis'ma Stalina Molotovu, 145 f.

¹⁰² Im knappen Überblick: *Altstadt*, The Azerbaijani Turks, 141–150 und *Swietochowski*, Russia and Azerbaijan, 124–128.

¹⁰³ Damit wird nicht behauptet, der Vorwurf des Nationalismus sei überall in der Sowjetunion von zweitrangiger Bedeutung gewesen. Insbesondere in den nationalen Minderheitengebieten des russischen Kernlandes war der Assimilationsdruck groß, die Verfolgung vermeintlicher Nationalisten weit verbreitet. Vgl. dazu exemplarisch: *K. Sanukov*, Stalinist Terror in the Mari Republic: the Attack on 'Finno-Ugrian Bourgeois Nationalism', in: Slavonic and East European Review 74 (1996) 658–682.

¹⁰⁴ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 111, ll. 61–66.

¹⁰⁵ Zu den Beschlüssen des Politbüros der AzKP in dieser Frage vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, dela 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122.

Volkskommissariats für Landwirtschaft zu organisieren¹⁰⁶. Im Schauprozess gegen Hamid Sultanov in der Stadt Šemacha im Sommer 1937 lautete die Anklage, die Beschuldigten hätten sich bereichert, die Kolchoswirtschaft zerrüttet und Bauern Repressalien ausgesetzt. Nicht zufällig teilten Kolchosvorsitzende und Veterinäre die Anklagebank mit dem prominenten Volkskommissar¹⁰⁷.

Der Große Terror gehorchte in Azerbajdžan eigenen Gesetzen, zumal außerhalb Bakus. Auf die mobilisierende Wirkung, die frühere Säuberungen auf die Clan- und Stammesgesellschaft ausübten, wurde schon verwiesen. Die Verhaftungswelle entfaltete eine bemerkenswerte Eigendynamik, die den vagen politischen Vorgaben der Zentrale kaum je entsprach. Am Beispiel des Rayon Kirovabad (Gandža) mag das deutlich werden. Hier verloren zu Beginn des Jahres 1937 bereits mehr als 40 Prozent aller Funktionäre der Rayonparteikomitees ihre Parteimitgliedschaft. Parteiausschluß und Verhaftung folgten stets dem gleichen Muster. Man warf den Beschuldigten Amtsmißbrauch, Unterschlagung von Staatseigentum, Handel mit Kolchosinventar, Trunksucht, Familienwirtschaft und die Unterdrückung der Bevölkerung vor¹⁰⁸. Bereits 1936 wurden fast alle Richter und Staatsanwälte des Rayon Kirovabad verhaftet, weil, wie der Erste Sekretär der Parteiorganisation Mustafaev erklärte, das Gericht und die Prokuratur „bis jetzt nicht entschieden genug gegen die kriminellen Elemente in den Kolchosen gekämpft“ hätten. Die Justiz bezeichnete Mustafaev als Institution „zur Freisprechung von Verbrechern“¹⁰⁹. Das Stadtkomitee der Partei entledigte sich jeden Monat Dutzender von Mitgliedern: Vorsitzende von Kolchosen und Sowjets, Fabrikdirektoren, Manager und Ingenieure, insbesondere aber Milizionäre und Justizbeamte. Anlässlich der IV. Konferenz der Parteiorganisation der Stadt Kirovabad im Mai 1937 nahm die Verhaftungswelle einen hysterischen Charakter an. Konferenzteilnehmer aus dem Arbeiterstand gefielen sich in hemmungsloser Denunziation. Ein Staatsanwalt wurde bezichtigt, einen Arbeiter wegen des privaten Erwerbs eines Schafschwanzes zu fünf Jahren Haft verurteilt zu haben. Andere Delegierte äußerten ihren Unmut über die lokale Milizstation: Dort hätten Polizisten einem Betrunkenen mit der Axt den Schädel gespalten, ohne dafür zur Rechenschaft gezogen worden zu sein. Selbst die Straßenbahnschaffner und vagabundierenden Waisenkinder am Bahnhof der Stadt wurden im Verlauf der Konferenz in den Kreis der Volksfeinde aufgenommen¹¹⁰. Jetzt kam zur Sprache, daß bestellte und ausgeführte Mordanschläge ungesühnt geblieben waren, weil die Mörder zur Verwandtschaft eines Rayonpartei sekretärs gehörten¹¹¹. Auf diese

¹⁰⁶ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 113, l. 192; RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 122, l. 261.

¹⁰⁷ D. Hadjibeyli, Some Echoes of the 1937 Purge in Azerbaidžan, in: *Caucasian Review* 1 (1955) 36–46.

¹⁰⁸ Vgl. die Beratungen des Bakuer Politbüros über die Wiederaufnahme aus der Partei ausgeschlossener Mitglieder im Januar 1937: RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 117, ll. 7–50, 55–151.

¹⁰⁹ RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 278, ll. 46–48.

¹¹⁰ RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 278, ll. 65–66, 241.

¹¹¹ RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 278, ll. 161–164.

Weise dezimierte sich die Partei selbst. Sie bedurfte zu diesem Zweck keines Auftrages.

Die nationale Geschichtsschreibung in den ehemaligen Republiken der Sowjetunion begreift den Terror der dreißiger Jahre als einen vom Zentrum bewußt inszenierten Anschlag auf die nationale Selbstbestimmung der nichtrussischen Völker. Die Begriffe Russifizierung und Terror verwendet sie synonym. In der westlichen Historiographie wurde dieser Sachverhalt ohnehin nie anders gesehen¹¹². Im Lichte neu gehobener Dokumente wird man eine solche Interpretation kaum aufrechterhalten können. Terroristische Methoden der Krisenbewältigung betrafen Funktionsträger, gleich welcher Nationalität, die im Verständnis der Zentrale Verantwortung für fortbestehende Mißstände trugen. Die Einheimischen terrorisierten sich selbst. Daß dabei keines der vom Zentrum erwünschten Ziele erreicht wurde, ergab sich daraus zwingend.

Die Ausschaltung der muslimischen Nationalkommunisten und das Bekenntnis zur Indigenisierung der lokalen Apparate standen nicht im Widerspruch zueinander. Im Gegenteil: Auf dem Höhepunkt der kulturevolutionären Kampagnen in den Randzonen des Reiches zu Beginn der dreißiger Jahre erreichte der Kampf gegen den sogenannten „Großmachtchauvinismus“ seinen Zenit¹¹³. Auf dem 16. Parteitag im Jahre 1930 hatte Stalin bekräftigt, Ziel der sowjetischen Nationalitätenpolitik sei die „Trennung der Völker für ihre Vereinigung“¹¹⁴. Auch dem Terror folgte keine Aufhebung des Indigenisierungskonzeptes. Wahr ist, daß es aus der öffentlichen Diskussion verschwand. Das ist freilich kein Beweis für seine Aufhebung. Die Nation als Organisationsprinzip der Sowjetunion wurde auch in den 30er Jahren nicht in Frage gestellt. Nicht zuletzt die internen Pässe, die die Nationalität der Sowjetbürger auswiesen, belegten die Fortdauer der ethnozentrischen Sicht¹¹⁵. Nicht die Nation, sondern der wurzellose Kosmopolitismus galt den Sowjetführern als Feind der neuen Ordnung.

Man wird auch die in den Jahren 1938 und 1939 verordnete Kyrillisierung der Alphabete kaum als einen Akt der Russifizierung verstehen können¹¹⁶. Nirgendwo ersetzte das Russische einheimische Sprachen. Die Publikation von Büchern und Zeitungen in nichtrussischen Sprachen nahm nach der Kyrillisierung an Umfang zu, der muttersprachliche Unterricht an Schulen und Universitäten

¹¹² Vgl. *R. Conquest*, *Soviet Nationalities Policy in Practice* (London 1967) 92–108; *Simon*, *Nationalismus*, 184; *Nahaylo*, *Svoboda*, *Soviet Disunion*, 60–80 und *R. Tucker*, *Stalin in Power. The Revolution from Above 1928–1941* (New York 1990) 486–491. Exemplarisch für Azerbaidžan vgl. *Altstadt*, *The Azerbaijani Turks*, 141–150.

¹¹³ Vgl. *Slezkine*, *The USSR as a Communal Apartment*, 438–440.

¹¹⁴ Zitiert in: *S. Dimanštejn*, *Pis'mo tovarišča Stalina i bor'ba s Ljuksenburgianstvom v nacional'nom voprose*, in: *RiN* 1 (1932) 3.

¹¹⁵ Vgl. *Slezkine*, *The USSR as a Communal Apartment*, 441–443. Zur Fortdauer der ethnozentrischen Sicht in der UdSSR vgl. exemplarisch *M.A. Morozov*, *Nacija v socialističeskom obščestve* (Moskva 1979) 25, 45.

¹¹⁶ Der Beschluß, die Kyrillisierung des Alphabets in Azerbaidžan einzuführen, faßte das Politbüro der Unionspartei am 13. Juni 1939. Vorausgegangen war ein Antrag des ZK der AzKP, die Lateinschrift abzuschaffen. Vgl. *RCChIDNI*, Fond 17, opis' 3, delo 1011, l. 1.

erfuhr eine quantitative und qualitative Aufwertung. Die Latinisierung scheiterte an ihrer technischen Undurchführbarkeit: Schreibmaschinen und Druckerpressen mit lateinischen Buchstaben und Sonderzeichen vermochte die Industrie in ausreichender Zahl nicht herzustellen. Es fehlte deshalb an den Voraussetzungen, Latinisierung und Alphabetisierung voranzutreiben. So war es auch in Azerbajdžan¹¹⁷.

Dem Großen Terror folgte in Azerbajdžan eine schleichende Turkisierung der Partei- und Staatsorgane. Nach der großen Vernichtungswelle im Sommer 1937 benannte das Bakuer Politbüro nahezu ausschließlich türkische Kommunisten als Sekretäre der lokalen Parteikomitees¹¹⁸. Den Ausgeschlossenen und Ermordeten folgten bäuerliche Aufsteiger aus der eingeborenen Nationalität nach. Es kam zu einer Islamisierung und Traditionalisierung der Parteiorganisationen¹¹⁹. Zur begrenzten Assimilation bereite Bevölkerungsgruppen hatte der Terror vernichtet, die bäuerlichen Aufsteiger verweigerten sich der Akkulturation. Gleichwohl brachte die türkische Aufsteigerelite dem Zentrum ein größeres Maß an Loyalität entgegen als die nationalkommunistische Intelligenz. Denn es galt, Verhältnisse zu erhalten, die Fortkommen und Prestigegewinn ermöglichten¹²⁰. Das Zentrum aber zahlte für diese Stabilität einen hohen Preis: Es verzichtete auf Verbreitung sozialistischer Umerziehungsprogramme und beschied sich mit der Konservierung traditioneller Machtverhältnisse. Die Autorität von Clanführern, das Klientelwesen und die private Schattenwirtschaft wurden letztlich als unausweichlich verstanden. Allerdings verlor auf diese Weise auch die kommunistische Zukunftsvision an Attraktivität. Die Legitimierung politischer Herrschaft im Verweis auf nationale Symbolik war eine Folge dieses schrittweisen Utopieverlustes. Es wird deshalb kaum verwundern, daß die muslimischen Republiken auch nach dem Zerfall der Sowjetunion an den überkommenen Herrschaftsstrukturen unbeirrt festhielten.

Die Sowjetunion prägte das Nebeneinander zahlreicher Völker und Kulturen. Es stellte sich deshalb die Frage, ob Stalinismus auch als imperiales Phänomen verstanden werden könne. Ich möchte dafür plädieren, die Wurzeln jener Elemente, die stalinistische Herrschaft konstituierten, nicht allein im russischen Kernland zu suchen. Die Einbeziehung der Peripherie in die Erklärung des Phänomens Stali-

¹¹⁷ Vgl. GARF, Fond 3316, opis' 30, delo 778, ll. 83, 98, 125. Auf die technischen Schwierigkeiten verwies erstmals S. Crisp, Soviet Language Planning 1917–1953, in: M. Kirkwood (Hrsg.), Language Planning in the Soviet Union (Basingstoke 1989) 23–45. Zur Latinisierung in den 20er Jahren vgl. I. Baldauf, Schriftreform und Schriftwechsel bei den muslimischen Rußland- und Sowjettürken (1850–1937): Ein Symptom ideengeschichtlicher und kulturpolitischer Entwicklungen (Budapest 1993).

¹¹⁸ Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 17, delo 122, ll. 76–78, 133–137.

¹¹⁹ Einzig in Baku blieb das Übergewicht von Nichttürken in der Partei erhalten. Zum 2. und 3. Sekretär des Stadtkomitees wurden russische Kommunisten ernannt. Der Nationalität nach verteilten sich die Parteimitglieder in Baku zum 1. November 1937 wie folgt: 4509 Armenier, 7428 Russen und 4458 Türken. Mehr als 2000 Parteimitglieder gehörten anderen Nationalitäten an. Vgl. RCChIDNI, Fond 17, opis' 7, delo 472, l. 7.

¹²⁰ Vgl. allgemein Bennigsen, Wimbush, Muslim National Communism, 97–110.

nismus erhellt den Blick auf das Gesamtgefüge. Mir scheint, daß der Umgang mit den Widrigkeiten an der Peripherie dazu beitrug, den bolschewistischen Gewaltkult zu legitimieren und die Voraussetzungen dafür schuf, daß exzessiver Terror zur ultima ratio politischer Herrschaft geriet.

Register

Bearbeitet von Guido Pauling

Sachregister

- Abessinien 292
Adel 2 f., 10, 50, 57, 266
Akademie der Wissenschaften (s. a. Wissenschaft) 12, 44, 57, 59 f., 64 f., 68, 71, 74, 159, 300
Albanien 292
Amerika 27, 52, 88, 142, 248, 266 f.
„Anti-Partei-Gruppe“ 39
Arbeiter 5, 10 f., 22, 28, 40, 56, 58, 61–63, 70, 79–118, 120 f., 124, 126, 134–140, 143 f., 155, 169, 181, 204, 208, 211–213, 217, 220, 226, 230, 245–248, 252, 262 f., 265, 267, 279, 282, 299, 301, 308, 311, 313, 318–320, 322–324, 326–329, 332
Armee
– Rote 10, 40, 48, 58, 96, 128, 134, 148–150, 158, 208, 237, 255 f., 292
– Weiße 86, 304
– zarische 3 f.
Armenien 4, 40, 189, 292, 310, 312 f., 317, 319, 328 f.
Aserbaidschan 4, 189, 303, 307–335
Atombombe 76
Autokratie/Zarismus 2–10, 12, 14, 57 f., 79, 186 f., 190, 233

Baltische Staaten 4 f., 15
Baschkirien 102
Bauern 2–5, 7, 10 f., 55 f., 61–63, 65, 70, 86, 88, 92, 94, 101, 103 f., 107, 111 f., 119–167, 174, 180, 182, 190, 195 f., 211–213, 219, 225–229, 246, 261–264, 273, 277, 279 f., 299, 301, 303, 305, 308, 312–314, 316–318, 323, 326–328, 332
– Bauernaufstand 174
– Bauernbefreiung von 1861 10
Belgien 84
Bessarabien 15, 95
Bildungswesen 4, 7, 40, 56, 58, 60–64, 70, 74, 114, 140, 210, 213, 219, 225, 229, 234, 253, 259, 268, 270, 277, 279 f., 287, 292, 302–304, 311–313, 321, 333
Bolschewiki: s. KPdSU
Bourgeoisie 56, 63, 266, 289, 291
„Bund der kämpferischen Gottlosen“ (SVB) 212 f., 215, 219, 225, 244 f., 247 f., 252, 319
Bürgerkrieg 5, 8, 18, 24, 40, 44, 57–59, 73, 80 f., 83, 89–91, 117, 157 f., 174 f., 187 f., 190, 198, 233 f., 251, 295, 309
Bürokratie 2 f., 5–7, 11 f., 26, 37–40, 57, 68, 72, 75, 86, 171 f., 174, 196, 262, 289, 315, 328
Bukowina 95, 293
Bulgarien 15, 81

China 48, 59, 144

Deutschland 13–16, 20, 59, 68, 81, 84, 86, 91, 93, 95–97, 140, 157–159, 184, 248, 252, 255, 266, 273, 275, 292 f., 295
deutscher Angriff: s. Weltkrieg, zweiter
„Diktatur des Proletariats“ 5, 55, 175 f., 179
Dissidenten 39, 180, 182, 275

Emigration 1, 5, 48, 51, 56, 179, 187 f., 218
England: s. Großbritannien
Entstalinisierung 207
Europäisierung 2, 12–15, 267, 292, 314 f., 320
Exekutivkomitee 5, 216 f., 221, 240, 245 f., 295, 304, 324
Exil: s. Emigration

Finnland 4 f., 15, 158
Frankreich 14, 20, 73 f., 199, 266, 269
Fünfjahresplan
– allgemein 99, 107, 202, 269, 272

- erster 10, 63, 100, 136 f., 180, 184, 265
- zweiter 137, 247
- „gottloser“ 244 f., 247
- Geheimpolizei: s. NKVD
- Generalsekretär 9, 11, 170, 233, 297, 302
- Georgien 4 f., 8, 43, 175, 188 f., 292, 303
- Gesundheitswesen 37, 53, 102 f., 107, 114 f., 260 f., 278
- GOËLRO 57
- Gosizdat: s. Verlagswesen
- Griechenland 81, 86, 95
- Großbritannien/England 3, 14, 20, 76, 84, 88, 266, 269
- Großer Vaterländischer Krieg: s. Weltkrieg, zweiter
- GULag: s. Lager
- Hungersnot 5, 57, 86, 90–94, 120, 122, 128 f., 130, 133 f., 144, 149–151, 156 f., 159, 162, 165, 174, 180, 185, 193, 225, 236–238, 279, 303 f.
- Ideologie 9, 14, 21, 24, 27, 30, 33, 53, 58 f., 62, 69, 75 f., 106, 119, 124, 130, 184, 193 f., 198, 208, 253, 266, 275 f., 278, 281 f., 289 f., 292 f., 307, 311
- Industrie 2, 5, 7, 9–11, 13, 22, 38, 65, 80, 85, 87, 89 f., 91, 100, 119, 122 f., 131–137, 140 f., 143 f., 153, 183 f., 186, 193, 202, 217, 260–262, 279, 313, 322, 329, 334
- Industrialisierung 10, 12, 21, 28, 65, 86 f., 89, 94, 112, 119, 121, 129, 131–137, 163, 180, 213, 216 f., 264, 281
- Institut der Roten Professur 61, 74
- Intelligenz 6, 8, 26, 28, 35–77, 93, 135, 225, 231, 234, 279, 299 f., 303 f., 311–314, 322, 334
- Iran 15, 311, 314, 316 f., 319
- Italien 15, 292
- Izvestija (s. a. Presse) 43, 50
- Japan 15
- Juden 4, 8, 72, 83, 89, 96, 127, 173, 211, 230
- Kalter Krieg 69, 76
- Kasachstan 45 f., 48, 303 f.
- Kirche (s. a. Religion, Orthodoxie) 3, 80, 128, 160 f., 188, 209–253, 300
- Kirgisien 189
- Kolchose (s. a. Landwirtschaft) 10, 22, 101 f., 119–145, 147 f., 150–159, 162–166, 202, 227 f., 245 f., 259, 264, 316, 318 f., 323, 327, 331 f.
- Kollektivierung (s. a. Landwirtschaft) 10, 18, 21, 33, 65, 72, 86 f., 94, 115, 119–167, 174 f., 180, 183, 186 f., 195, 202, 213, 215, 220 f., 223, 225, 244, 246, 262, 264, 303, 316–318, 320–323, 331
- Komintern 60
- Komsomol 40, 102, 105–111, 115–118, 159, 213, 216, 221 f., 228, 270, 278, 283, 319
- Konstitutionelle Demokraten/Kadetten 57 f.
- Kosaken 81, 83, 85 f.
- KPDsU/VKP(b)/RSDRP(b)/Bolschewiki 57–59, 71 f., 75–77, 106, 128 f., 131, 143, 156–158, 160, 165 f., 193, 198 f., 205, 233 f., 240, 244, 246–248, 250, 252, 292, 297 f., 301, 303–305, 308–312, 315 f., 320–322, 326 f.
- Parteitage, allgemein 178, 284
- 11. 7
- 12. 296–299
- 13. 240, 331
- 16. 304, 333
- 17. 11, 298, 305
- 18. 14
- Kriegskommunismus 174
- Kulaken 72, 86 f., 94, 103–105, 108, 110, 114 f., 124, 128, 139, 165, 174, 187 f., 195 f., 202, 204 f., 207 f., 211–219, 223, 244 f., 278–281, 289, 303, 318 f., 328
- Kultur (s. a. Proletkult) 4, 7, 12 f., 19, 29, 31 f., 38–40, 44–47, 52, 57, 59 f., 62–64, 66 f., 69, 71–73, 86, 91, 94, 147–167, 190, 195–197, 200 f., 207 f., 213, 217, 220, 222, 224, 228 f., 233, 252 f., 255–274, 276, 279–281, 285, 288, 290–293, 296, 300–303, 307–309, 311, 315 f., 318, 320, 324, 328–330, 333 f.
- Lager 10, 55, 68–70, 134, 141, 188 f., 193, 207
- Landwirtschaft (s. a. Bauern, Kolchose, Kollektivierung) 119–167, 174, 213, 240, 245, 267 f., 270, 295, 316 f., 332
- Leninismus 1 f., 9–12, 62, 74, 76, 176, 178, 180, 184, 193, 196, 291, 303
- Lettland 73
- „linguistic turn“ 31
- Litauen 10, 81
- Marxismus 6–13, 62, 76, 193, 233, 282, 285 f., 302, 321

- Menschewiki 65, 69, 75, 84 f., 188, 297
 Ministerrat: s. Sovnarkom
 Militär: s. Armee
- Narkompros 38–40, 60, 292, 304
 Nationalsozialismus 19 f., 23, 27 f., 143, 197, 275, 292 f.
- NEP 7, 10, 24, 40, 43, 85 f., 118, 157, 164, 196, 209, 216, 231, 235, 244
- NKVD/GPU/OGPU/KGB/Geheimpolizei 3 f., 23, 37, 39 f., 42 f., 46, 49, 51, 60, 64–66, 72 f., 85 f., 89, 91–96, 147–149, 152 f., 158–160, 163, 165, 169, 171, 174, 176, 184 f., 199, 202, 205 f., 208, 212 f., 222, 225–232, 238, 240–242, 245, 247 f., 250, 258, 270, 277, 297–301, 305, 316 f., 320, 326, 330
- Nomenklatura 11, 169, 172 f., 175, 178–183, 262
- Opposition 39, 57, 85, 91, 150, 165, 174, 176–184, 186, 188, 190, 200, 209, 213, 215, 221, 224, 227, 235, 242, 253, 257, 277, 281
- Orthodoxie (s. a. Kirche) 3 f., 9, 215, 217, 219, 224 f., 230, 233, 235 f., 238–244, 247–249, 251–253, 263, 300
- Österreich 95, 295
- Parteien (s. a. Konstit. Demokraten, Menschewiki, Sozialrevolutionäre) 3, 5, 83, 85, 170, 174, 188
- Russische Nationalpartei 66
- Werktätige Bauernpartei 65
- Paß-System 3 f., 10, 101, 103, 133, 153, 247
- Perestrojka 18, 84
- Personenkult 12, 50
- Polen 2, 4 f., 10, 15, 81, 86, 89, 95, 231
- Politbüro 8, 11, 14, 25, 38, 47, 49, 52, 85, 120, 169, 172–176, 178, 181, 187 f., 190, 194, 213 f., 235 f., 238, 247, 272, 292, 298, 317, 319, 326 f., 330 f., 334
- Pravda (s. a. Presse) 42, 109, 223, 246, 282, 284 f.
- Presse (s. a. Pravda, Izvestija) 5, 60 f., 66, 79, 94, 108, 110, 112, 130, 174 f., 240, 252, 255, 271, 281, 285, 303, 312, 333
- „Probleme des Leninismus“ 9
- „Proletkult“ (s. a. Kultur) 40, 59
- Provinz 3, 6, 13, 26, 48, 79, 150, 157, 159, 161 f., 164, 166, 178, 180, 188, 200, 219, 255, 273, 294–297, 307–335
- Provisorische Regierung 4 f., 58, 198
- Rat der Volkskommissare: s. Sovnarkom
- Reform 1, 3, 7, 64, 130, 234–236, 238
- Religion (s. a. Kirche, Orthodoxie) 9, 55, 59, 76, 81, 100, 104, 160 f., 209–253, 262 f., 308, 319 f., 323 f., 327 f.
- Revisionismus 17–33
- Revolution, allgemein 3 f., 6–9, 11–14, 26 f., 40, 55–59, 63 f., 66, 76 f., 79, 85, 88, 92, 124, 156, 160, 162 f., 175, 179 f., 194, 198–201, 203, 205, 207, 215, 229, 248, 258, 262, 264–267, 272, 277, 283 f., 311, 316, 324, 326
- „braune“ 27
- Februar 4, 24, 80 f., 198, 277
- „Kirchenrevolution“ 238
- „Konterrevolution“ 13, 89, 92 f., 95, 115, 143, 151, 153 f., 163, 176 f., 184, 187, 189, 199, 215, 218 f., 222 f., 227–229, 234, 236, 245, 248, 282, 292, 298 f., 325, 328
- Kulturrevolution 7, 63, 66, 69, 73, 94, 195, 270, 316, 320, 333
- Oktober 4 f., 13, 24, 57, 71 f., 80 f., 83, 85–88, 117, 198, 206, 210, 233–235, 266 f., 277, 291, 320
- „von oben“/„Stalinsche“/„zweite“ 2, 10–12, 24, 80, 194, 200 f., 207, 231, 307
- Weltrevolution 13 f., 248
- 1905 3, 57, 83, 165
- Rückständigkeit 10, 13, 22, 103, 105, 109, 111, 117–119, 121, 132, 140–145, 200 f., 206, 279–281, 293, 307 f., 324 f., 328
- Säuberungen (s. a. Terror) 11, 20, 25, 37, 41, 50, 60 f., 64, 127, 169, 217, 225, 283, 285 f., 326–332
- Samizdat 39
- Schauprozesse (s. a. Terror) 25, 65, 67, 72, 80, 90, 93, 150, 160, 200, 205, 283, 301, 320, 331 f.
- Schriftstellerkongreß 1934 66 f.
- Schweden 2, 10
- Serbien 81
- Sibirien 187, 230, 305, 330
- „Smena vech“ 6 f., 59, 235 f.
- Sovnarkom 39, 41, 44, 49, 233 f., 239, 244 f., 247, 250, 292, 294 f., 297, 303 f.
- Sowjets
- Dorfsowjets 139, 158, 162, 222, 246, 313 f., 323, 328
- lokale 5, 88, 211, 220, 222 f., 318
- Rajonsowjets 220, 224, 304
- Stadtsowjets 215 f., 220 f.
- „Sozialismus in einem Land“ 8

- Sozialistischer Realismus 66 f., 72, 74
 Sozialrevolutionäre/SR 165, 301
 Spanien 292
 „Staat und Revolution“ 7 f.
 Stalinismus (sofern definiert) 1–33, 119 f.,
 127, 130, 145, 166, 193 f., 196, 200–202,
 207, 258, 288, 307–309, 334

 Terror (s. a. Säuberungen, Schauprozesse)
 5, 10–12, 18, 22 f., 25 f., 31, 55, 67, 70 f., 77,
 80, 90–97, 116, 120 f., 124, 127–131, 149,
 169–191, 194–196, 202, 205–208, 225, 230,
 232, 248–250, 307 f., 320, 324, 329–335
 Totalitarismus 19–21, 25, 27–30, 32 f., 70,
 79, 94, 169–171, 191, 194, 231, 242, 253,
 270, 275 f., 83 f., 286, 288
 Trotzismus 19, 61, 63, 71, 105, 248, 292,
 331
 Türkei 15, 308, 311–314, 317, 319, 321 f.,
 327–330, 334
 Turkestan 297, 323

 Ukraine 4, 66, 79–81, 85–90, 95, 102, 130,
 152, 163, 208, 211, 219, 222, 224, 230 f.,
 252, 277, 281, 292–305, 330
 Universitäten: s. Bildungswesen
 Usbekistan 303, 323

 Verfassung von 1936 164 f., 187, 228 f., 232

 Verlagswesen 59 f., 63, 75, 175
 Vierjahresplan 20

 Wahlen 3, 37, 50, 164 f., 174, 187, 211, 213,
 230, 321, 328
 Weißrußland 81, 189, 303, 330
 Weltkrieg
 – erster 3, 14, 57, 83, 198, 256
 – zweiter 22, 31, 68 f., 71, 76 f., 81, 119,
 121, 125 f., 129, 131, 134–137, 144, 197,
 203, 233, 248, 251 f., 273
 Wissenschaft (s. a. Akademie d. Wissen-
 schaften) 12, 38 f., 41 f., 44, 52, 57–59,
 61–64, 66, 68–71, 73–76, 141, 190, 292,
 304, 313
 Wohnungswesen 31, 37, 41, 51–53, 88 f., 91,
 101–104, 109–112, 124, 142, 259 f., 273

 Zarismus: s. Autokratie
 „Zeit der Wirren“ 2, 4–6
 Zemstvo 3
 Zensur 5, 46, 59–62, 64, 67, 174 f., 277,
 289 f.
 Zentralkomitee 6, 8 f., 11, 45, 51, 61, 67,
 74, 85, 88, 106, 155, 169 f., 171–173,
 177–179, 181–187, 190, 214, 223,
 235–237, 239 f., 244, 246 f., 250, 260,
 292, 294–298, 302, 304, 313, 319 f.,
 326–328, 330

Orts- und Personenregister

- Achundov, R. A. 311, 331
 Afinogenov, A. N. 285–287, 289 f.
 Agdam 316
 Agranov, Ja. 39, 42, 49
 Ajchenval'd 177
 Akopov, A. 327
 Akukov, A. I. 178
 Aleksandr II. 3
 Aleksandrov, D. A. 38
 Alferov, N. G. 230
 Alma-Ata 48, 73
 Andreev, E. M. 91
 Antonenko-Davydovyč, B. 87
 Arendt, H. 32, 195
 Artemovskij 212, 221
 Atanov 87
 Atatürk, K. 311
 Averbach, L. L. 42 f., 67

 Babel', I. E. 43 f., 67, 208
 Bachrušin, S. V. 64
 Bagirov, M. D. 330 f.
 Bagrickij, E. G. 44
 Baku 269, 310 f., 313 f., 316 f., 319, 321 f.,
 325–332, 334
 Bauman, K. Ja. 45
 Beethoven, L. v. 176
 Berdičev 211 f.
 Berija, L. P. 44, 76, 175, 308
 Berlin 14 f.
 Blok, A. A. 56
 Bondarenko, E. M. 92
 Borkov, G. A. 48
 Bourdieu, P. 56
 Brežnev, L. I. 26, 39, 121
 Brjusov, V. Ja. 59
 Bucharin, N. I. 25, 35, 37, 39, 47, 49, 74,
 165, 175, 177–181, 185 f., 200 f., 234, 236,
 240, 248, 292, 331
 Bulgakov, M. A. 39, 46, 83

 Čagin, P. 9
 Chamberlain, A. N. 271
 Chanbugadov, E. Š. 313
 Chandžan 185
 Charkov 86, 89, 212, 273
 Chruščev, N. S. 18, 38 f., 48, 105, 120 f., 130,
 140, 294
 Chvylevyj, N. G. 302
 Čiževskij, A. L. 41

 Clark, K. 40
 Colton, T. 262
 Conquest, R. 170
 Čudov, M. S. 44
 Čukovskij, K. 39 f., 61

 Deborin, A. M. 41
 Deržavin, N. S. 41
 Dmitrij 269
 Doneck 93, 95

 Efendi, H. 317
 Efendiev, S. M. 311, 331
 Ėjche, R. I. 330
 Elagin, Ju. 48 f.
 Enakievo 90
 Engels, F. 12, 14, 69, 176
 Enukidze, A. 44, 49–51, 205
 Ėrdman, N. 51
 Ermanskij, O. A. 42
 Ežov, N. I. 35, 39, 43 f., 51, 177, 208, 249,
 308

 Fadeev, A. A. 44, 71
 Fainsod, M. 20
 Fedor Ivanovič 2
 Fedotov, G. P. 12, 191, 193, 291
 Fitzpatrick, S. 195, 197
 Fok, V. A. 44, 70
 Frunze, M. V. 308
 Furer 185
 Furmanov, D. A. 71

 Gandža 313, 318, 320 f., 326, 332
 Geokčaj 331
 Gerasimov, A. 42, 48
 Gerasimov, S. 42
 Gernet, M. N. 73
 Getty, J. A. 25, 127
 Gikalo 330
 Godunov, V. 279
 Goldman, E. 198
 Gorbachev, M. S. 18
 Gorbunov, N. 45
 Gorčaeu 328
 Gorčakov, A. 91
 Gor'kij (Nižnij Novgorod) 224 f.
 Gor'kij, M. 40, 43–46, 49 f., 64, 72, 198, 272
 Gorlov, K. M. 89
 Got'e, Ju. V. 64

- Grabar', I. 42
 Grekov, R. B. 73
 Gronskij, I. 43, 50, 52
 Guljakov 90

 Habermas, J. 257
 Hegel, G. W. F. 201
 Hildermeier, M. 96
 Hirschman, A. 81
 Hitler, A. 14 f., 33, 158 f., 162, 173, 230
 Hoffmann, D. 99
 Hollywood 52
 Hruševs'kyj, M. S. 66
 Husejnov, M. D. 311

 Iosif Petrovych 242 f.
 Ipat'ev, V. N. 58
 Ivan III. 2
 Ivan IV. („der Schreckliche“) 2, 73, 293
 Ivanov, V. 91
 Ivanovo-Voznesensk 223 f.

 Jagoda, G. G. 39, 43 f., 49
 Jakovlev, A. N. 249 f.
 Jaroslavskij, E. M. 62, 214 f., 248
 Joganson, B. V. 43
 Judin, P. F. 42, 293
 Juon, K. 42
 Jurkevič-Rybalka, L. 294
 Juzovka (Iuzivka) 84, 95

 Kadievka 89
 Kaganovič, L. M. 39, 115, 186, 302, 308, 330
 Kalinin, M. I. 38, 47, 49, 179, 236, 239 f., 325
 Kalnin, P. E. 89
 Kaluga 102
 Kamenev, L. B. 8, 39, 85, 176, 182, 184, 186, 236, 294
 Kapica, P. L. 42, 44 f., 70, 75 f.
 Kapustin 85
 Karabach 316 f.
 Karaev, A. H. 311, 331
 Karpinskij, A. P. 74
 Kasum, M. 317
 Katharina II. („die Große“) 14, 35, 81
 Kazach 314–317, 320
 Kejs, O. 90
 Keržencev, P. M. 42
 Kiev (Kyiv) 83 f., 86, 95, 228, 273, 301
 Kiev-Pečerskaja Lavra 219
 Kirov, S. M. 9, 11 f., 38 f., 92, 94 f., 159 f., 186, 196, 247 f., 289, 308, 330

 Kirovabad 331 f.
 Kokoškin, F. F. 199
 Kolomensk 248
 Kopelev, L. Z. 22
 Koržev, M. P. 265
 Köstring, E. 255 f.
 Kostylev 293
 Kotkin, S. 99, 196
 Kozyrev, N. A. 44
 Krasnodar 184
 Krasnodon 95
 Krivoščecov 205, 207
 Kronstadt 174
 Krupskaja, N. K. 38
 Kuba (Provinz) 320
 Kujbyšev, V. V. 47, 297
 Kuliev, M. 311, 331
 Kuliš, P. A. 92
 Kurnakov, N. S. 66
 Kuvaldin, V. M. 89
 Kuznecov 104

 Landau, L. D. 44
 Lebedev-Poljanskij, P. I. 60
 Ledeneva, A. V. 52
 Lenin, V. I. 1, 5–14, 38, 40, 57 f., 72, 75, 84, 91, 157, 163, 170, 174, 176, 179, 182, 199, 236 f., 246, 292, 294, 296, 305
 Leningrad (St. Petersburg, Petrograd) 3, 9, 11, 38–40, 44, 67, 70, 74, 134, 224, 238, 242, 245–248, 273
 Lenkoran 314
 Levitin, A. 249
 Lichačev, N. P. 74
 Ljaščenko, P. S. 73
 Ljubavskij, M. K. 74
 Ljubčenko, A. 301
 Lominadze 185
 London 267
 Lugansk 92 f., 96
 Lunačarskij, A. V. 39, 57, 60, 62 f.
 Lunc, L. B. 269
 Luškova, O. 226
 Lysenko, T. D. 42, 71, 75

 Machno, N. I. 83
 Machtin, S. 269
 Magadan 269
 Magnitogorsk 101, 104, 118
 Makarenko, A. 40
 Maksimov, A. A. 42
 Malenkov, G. M. 39, 250
 Malinskij 222

- Mandel'stam, N. Ja. 36, 47, 49
 Mandel'stam, O. Ė. 35, 37
 Mansurova, C. 42
 Manuil'skij, D. Z. 297, 300
 Marr, N. Ja. 67
 Marx, K. 7, 12, 176, 190
 Medvedev, R. 249
 Mehnert, K. 271
 Mejendorf, I. 241
 Mejerchol'd, V. E. 43 f.
 Mel'nikov, I. I. 95
 Merleau-Ponty, M. 199
 Mežlauk, V. I. 42, 44 f.
 Mikojan, A. I. 39, 43, 308
 Miljukov, P. N. 4
 Miłosz, C. 76
 Mine, I. I. 41 f.
 Minsk 273
 Mirzojan 330
 Mitin, B. 42
 Mokaleviči 222
 Molotov, V. M. 15, 37, 39, 41 f., 44–47, 49 f.,
 88, 93, 179, 183, 236, 303, 331
 Morozov, P. 281
 Moskau 2, 6, 11–14, 36, 42, 45, 48 f., 53, 74,
 80, 84, 86 f., 90, 92 f., 95, 99–118, 149, 153,
 169, 175, 184, 187, 205, 215–217, 221 f.,
 224, 228, 234, 241, 248 f., 251, 253, 255–
 274, 277–280, 284, 293, 295 f., 301–303,
 310 f., 319, 326 f., 330
 Mozart, W. A. 176
 Mumford, L. 257
 Musabekov, H. 311, 331
 Mustafaev 332

 Nachičevan 314 f., 322 f., 328, 331
 Napoleon Bonaparte 74
 Narimanov, M. 331
 Narimanov, N. 311
 Nechotjaev 92
 Negljuevič, K. M. 246
 Nekrasov, I. I. 89
 Nesmačnyj 92
 Nesvetaj 89
 New York 266 f.
 Nikolaj I. 3
 Nikolaj II. 3
 Nikolo-Besednyj 245
 Nikuličin 140
 Noenko 227
 Novočerkask 85
 Novorossijsk 273
 Nucha 317, 331

 Odessa 96
 Oleščuk, F. 248
 Olmstedt, F. L. 266
 Ordžonikidze, G. S. 38 f., 42 f., 46, 50, 92,
 183, 308, 330
 Orechovo-Zuevo 212
 Orlovsky, D. T. 38
 Owen, R. 7

 Pankratova, A. M. 74
 Paris 267
 Pasternak, B. L. 36
 Paton, E. O. 48
 Paustovskij, K. 84
 Pavlov, I. P. 75
 Pereslavl-Zalesskij 216
 Peretc, V. V. 66
 Peškov, Z. 43
 Peter I. („der Große“) 2 f., 10, 12, 22, 57
 Petr Poljanskij 241
 Pethybridge, R. 197
 Petr von Krutick 241
 Pilnjak, B. 35, 43, 61
 Pius XI. 246
 Pjatakov, G. I. 182 f.
 Pjatigorsk 245
 Platonov, S. F. 64, 74
 Podlubnyj, F. E. 280 f.
 Podlubnyj, S. F. 197, 277–285, 287–290
 Pogrebinskij, M. 40
 Pokrovskij, M. N. 62, 64, 73
 Polonskij, V. P. 62, 330
 Popov, A. D. 48 f.
 Pospelovskij, D. 249
 Postyšev, P. P. 177, 304, 330
 Prag 6, 59
 Prochorova, M. I. 265
 Pskov 245
 Pulkovo 44

 Radck, K. 74, 175 f.
 Rajch, Z. 43
 Rakovskij, Ch. G. 297
 Ransel, D. 35
 Ratušnjak 204 f., 207 f.
 Ribbentrop, J. v. 15, 255
 Rittersporn, G. 25, 172, 196, 203
 Rjutin, M. N. 91, 175–183
 Rodin 280
 Romanov, B. A. 73
 Romanov, M. A. 3 f.
 Rozental', M. 293
 Rudzutak, Ja. Ė. 178

- Ruslanov, L. P. 48 f.
 Rykov, A. I. 43, 165, 177, 179, 184, 236, 239
 Rykovo 222

 Sac, N. 36, 45 f., 48
 Šachty 65, 80, 85, 89 f.
 Šafran, M. 43
 Šajachmetov, Ž. 48
 Saljany 315
 Samara 184
 Saratov 48, 224
 Šarc 269
 Šaširin 107
 Ščadr, I. 269
 Ščerbakov, A. S. 45 f.
 Schröder, H.-H. 99
 Ščusev, A. 268
 Šemacha 320, 332
 Sennett, R. 257
 Sergij Stragorodskij 241 f., 245 f., 248, 251
 Sidorenko, N. 41
 Simmel, G. 257
 Simonov, K. M. 293
 Singarev 199
 Sitte, C. 272
 Škirjatov, M. F. 177 f., 186
 Skrypnik, N. A. 185, 295, 297 f.
 Skvorcov-Stepanov, I. 43
 Šlipčica 220
 Šljapnikov, A. S. 175
 Smidovič, P. 246
 Smirnov, A. P. 181, 183
 Sobinka 211
 Sofia 6, 13
 Sokol'nikov, G. Ja. 182
 Šolochov, M. A. 72
 Solovki 320
 Sorokin, P. A. 77
 Sosnovskij 177
 Šostakovič, D. D. 42, 47, 51, 502
 Stachanov, A. G. 95
 Stalin, I. V. 1, 5–15, 22–27, 33, 35, 39 f., 42, 44–46, 49 f., 52 f., 55, 59, 63–65, 67, 70–74, 77, 79 f., 90–97, 100, 106, 115, 119–121, 124–128, 132–136, 141 f., 144 f., 149, 157, 159 f., 162, 165 f., 169 f., 172–180, 182, 185, 188, 195, 200, 203, 205 f., 209, 222, 228, 231, 233, 244 f., 248, 250, 253, 255, 262, 265, 272, 277, 282, 285–287, 289, 291–305, 308, 310, 330 f., 333
 Stalingrad 273
 Stalino 89 f., 95
 Steckij 175

 Štejnberg, I. 198, 207
 Straus, K. 99
 Struve, P. B. 6
 Šul'gin, V. V. 6, 9, 305
 Sulimov, D. 49
 Sultan-Galiev, M. Ch. 296 f., 311
 Sultanov, H. 331 f.
 Sultanova, A. 326
 Šumskij, A. Ja. 302
 Svarog, V. 272

 Talysch 314
 Tarle, E. V. 64, 73 f.
 Taškent 269
 Taylor, C. 287
 Teljatnikov, A. 269
 Thompson, E. P. 32
 Thurston, R. 196
 Tichon 236, 238–240, 243
 Tolstoj, A. N. 46, 71, 73
 Tomsij, M. P. 177, 179, 184 f.
 Treitschke, H. v. 73
 Trockij, L. D. 1, 8, 39, 43, 63, 79 f., 84, 96, 150, 172, 179, 181 f., 235–237
 Tuchačevskij, M. N. 42, 47, 50 f., 183
 Tucker, R. C. 172, 196, 200
 Tučkov, E. 213
 Tvorozkovsk 245

 Ustrjalov, N. 6–8

 Vavilov, N. I. 69, 75
 Vavilov, S. I. 37, 44
 Veniamin Kazanskij 238
 Vernadskij, V. I. 58, 66, 69, 71
 Verovka 222
 Vertinskij, A. 48, 52
 Vinogradov, V. V. 66
 Vipper, P. U. 73
 Vladimir 219
 Vlasov, A. V. 269
 Volobuev, M. S. 302
 Voronež 140
 Voronskij, A. K. 43, 62
 Vorošilov, K. E. 39 f., 43, 48–50, 179, 185 f.
 Vyšinckij, A. Ja. 39, 43, 48, 52, 324

 Wagner, R. 176
 Weber, M. 26, 257

 Zakataly 316 f., 320
 Žarov, A. 42
 Zatonskij, V. P. 295

Zavadovskij, B. M. 41

Ždanov, A. A. 43, 68

Zinov'ev, G. E. 8 f., 176, 179, 182, 236

Žitomir 211, 216, 219-222, 225-231

Žol'tovskij, I. V. 268

Žukov, I. P. 182

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 1 *Heinrich Lutz* (Hrsg.): Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V., 1982, XII, 288 S. ISBN 3-486-51371-0
- 2 *Otto Pflanze* (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, 1983, XII, 304 S. ISBN 3-486-51481-4 vergriffen
- 3 *Hans Conrad Peyer* (Hrsg.): Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter, 1983, XIV, 275 S. ISBN 3-486-51661-2 vergriffen
- 4 *Eberhard Weis* (Hrsg.): Reformen im rheinbündischen Deutschland, 1984, XVI, 310 S. ISBN 3-486-51671-X
- 5 *Heinz Angermeier* (Hrsg.): Säkulare Aspekte der Reformationszeit, 1983, XII, 278 S. ISBN 3-486-51841-0
- 6 *Gerald D. Feldman* (Hrsg.): Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, 1985, XII, 407 S. ISBN 3-486-52221-3 vergriffen
- 7 *Jürgen Kocka* (Hrsg.): Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, 1986, XVI, 342 S. ISBN 3-486-52871-8 vergriffen
- 8 *Konrad Repgen* (Hrsg.): Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, 1988, XII, 454 S. ISBN 3-486-53761-X vergriffen
- 9 *Antoni Mączak* (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, X, 386 S. ISBN 3-486-54021-1
- 10 *Eberhard Kolb* (Hrsg.): Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegsausbruch, 1987, XII, 214 S. ISBN 3-486-54121-8
- 11 *Helmut Georg Koenigsberger* (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, XII, 323 S. ISBN 3-486-54341-5
- 12 *Winfried Schulze* (Hrsg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, 1988, X, 416 S. ISBN 3-486-54351-2
- 13 *Johanne Autenrieth* (Hrsg.): Renaissance- und Humanistenhandschriften, 1988, XII, 214 S. mit Abbildungen ISBN 3-486-54511-6
- 14 *Ernst Schulin* (Hrsg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), 1989, XI, 303 S. ISBN 3-486-54831-X
- 15 *Wilfried Barner* (Hrsg.): Tradition, Norm, Innovation. Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit der deutschen Aufklärung, 1989, XXV, 370 S. ISBN 3-486-54771-2
- 16 *Hartmut Boockmann* (Hrsg.): Die Anfänge der ständischen Vertretungen in Preußen und seinen Nachbarländern, 1992, X, 264 S. ISBN 3-486-55840-4
- 17 *John C. G. Röhl* (Hrsg.): Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, 1991, XIII, 366 S. ISBN 3-486-55841-2 vergriffen

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 18 *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, 1990, XXI, 461 S. ISBN 3-486-55641-X
- 19 *Roger Dufraisse* (Hrsg.): Revolution und Gegenrevolution 1789–1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland, 1991, XVIII, 274 S. ISBN 3-486-55844-7
- 20 *Klaus Schreiner* (Hrsg.): Laienfrömmigkeit im späten Mittelalter. Formen, Funktionen, politisch-soziale Zusammenhänge, 1992, XII, 411 S. ISBN 3-486-55902-8
- 21 *Jürgen Miethke* (Hrsg.): Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, 1992, IX, 301 S. ISBN 3-486-55898-6
- 22 *Dieter Simon* (Hrsg.): Eherecht und Familiengut in Antike und Mittelalter, 1992, IX, 168 S. ISBN 3-486-55885-4
- 23 *Volker Press* (Hrsg.): Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? 1995, XII, 254 S. ISBN 3-486-56035-2
- 24 *Kurt Raaflaub* (Hrsg.): Anfänge politischen Denkens in der Antike. Griechenland und die nahöstlichen Kulturen, 1993, XXIV, 454 S. ISBN 3-486-55993-1
- 25 *Shulamit Volkov* (Hrsg.): Deutsche Juden und die Moderne, 1994, XXIV, 170 S. ISBN 3-486-56029-8
- 26 *Heinrich A. Winkler* (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, 1992, XIII, 296 S. ISBN 3-486-55943-5
- 27 *Johannes Fried* (Hrsg.): Dialektik und Rhetorik im früheren und hohen Mittelalter. Rezeption, Überlieferung und gesellschaftliche Wirkung antiker Gelehrsamkeit vornehmlich im 9. und 12. Jahrhundert (mit Beiträgen von J. Van Engen, J. Fried, W. Hartmann, F. Kerff, L. Kuchenbuch, C. Leonardi, D. E. Luscombe, J. Marenbon, P. von Moos, G. Otte, G. Schrimpf) 1997, XXI, 304 S. ISBN 3-486-56028-X
- 28 *Paolo Prodi* (Hrsg.): Glaube und Eid. Treueformeln, Glaubensbekenntnisse und Sozialdisziplinierung zwischen Mittelalter und Neuzeit, 1993, XXX, 246 S. ISBN 3-486-55994-X
- 29 *Ludwig Schmugge* (Hrsg.): Illegitimität im Spätmittelalter, 1994, X, 314 S. ISBN 3-486-56069-7
- 30 *Bernhard Kölver* (Hrsg.): Recht, Staat und Verwaltung im klassischen Indien (mit Beiträgen von H. Bechert, G. Berkemer, B. Chattopadhyaya, Ch. Gupta, B. Kölver, H. Kulke, R. W. Lariviere, M. Njammasch, D. R. Pant, M. R. Pant, E. Rischl, M. Schetelich, B. Stein, M. Witzel) 1997, XVIII, 257 S. ISBN 3-486-56193-6
- 31 *Elisabeth Fehrenbach* (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, 1994, XVI, 251 S. ISBN 3-486-56027-1
- 32 *Robert E. Lerner* (Hrsg.): Neue Richtungen in der hoch- und spätmittelalterlichen Biblexegese (mit Beiträgen von R. Berndt, D. Burr, G. Dahan, J. Van Engen, R. E. Lerner, D. Luscombe, Chr. Meier, A. J. Minnis, G. L. Potestà, S. Schmolinsky, L. Smith) 1996, XI, 191 S. ISBN 3-486-56083-2

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 33 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945), 1995, X, 232 S. ISBN 3-486-56084-0
- 34 *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, 1995, X, 282 S.
ISBN 3-486-56085-9
- 35 *Peter Krüger* (Hrsg.): Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit (mit Beiträgen von J. Bérenger, W. von Bredow, A. Doering-Manteuffel, H. Duchhardt, H. Th. Gräf, W. D. Gruner, H. H. Hahn, L. Herbst, P. Krüger, J. Kunisch, H. Lemberg, K. Malettke, E. Nolte, H.-J. Rupieper, P. Schroeder, K. Zernack) 1996, XV, 272 S.
ISBN 3-486-56171-5
- 36 *Peter Blickle* (Hrsg.): Theorien kommunaler Ordnung in Europa (mit Beiträgen von A. Black, P. Blickle, L. Gall, H. Maier, H. Nader, W. Nippel, O. G. Oexle, H. R. Schmidt, K. Schreiner, J. Tracy, M. Walther, J. Weitzel) 1996, IX, 268 S.
ISBN 3-486-56192-8
- 37 *Hans Eberhard Mayer* (Hrsg.): Die Kreuzfahrerstaaten als multikulturelle Gesellschaft. Einwanderer und Minderheiten im 12. und 13. Jahrhundert (mit Beiträgen von G. Dédéyan, P. W. Edbury, M.-L. Favreau-Lilie, B. Hamilton, R. Hiestand, D. Jacoby, B. Z. Kedar, N. Kanaan-Kedar, H. E. Mayer, J. Richard, J. Riley-Smith) 1997, XI, 187 S. ISBN 3-486-56257-6
- 38 *Manlio Bellomo* (Hrsg.): Die Kunst der Disputation. Probleme der Rechtsauslegung und Rechtsanwendung im 13. und 14. Jahrhundert (mit Beiträgen von M. Bellomo, M. Bertram, A. Giuliani, P. Landau, F. Martino, E. Montanos Ferrín, K. Pennington, A. Pérez Martín, P. Peruzzi, L. Sorrenti) 1997, 248 S.
ISBN 3-486-56258-4
- 39 *František Šmahel* (Hrsg.): Häresie und vorzeitige Reformation im Spätmittelalter (mit Beiträgen von H. Boockmann, St. Bylina, W. Eberhard, K. Elm, V. Herold, I. Hlaváček, A. Hudson, H. Kaminsky, M. D. Lambert, J. Miethke, A. Patschovsky, F. Seibt, F. Šmahel, B. Töpfer, K. Walsh) 1998, XV, 304 S. ISBN 3-486-56259-2
- 40 *Alfred Haverkamp* (Hrsg.): Information, Kommunikation und Selbstdarstellung in mittelalterlichen Gemeinden (mit Beiträgen von G. Bönnen, R. Bordone, G. Fouquet, Chr. Hannick, A. Heinz, A. Linder, W. Meyer, M. Schwarz, R. van Uytven, J. Weitzel) 1998, XXII, 288 S. ISBN 3-486-56260-6
- 41 *Knut Schulz* (Hrsg.): Verflechtungen des europäischen Handwerks vom Spätmittelalter bis zur Frühen Neuzeit (mit Beiträgen von W. Blockmans, R. S. Elkar, A. Esch, S. Faroqi, R. Holbach, F. Irsigler, M. Kintzinger, D. Kurze, P. Lourens, J. Lucassen, W. Reininghaus, J. Röhrkasten, L. Schmutge, Chr. Schuchard, K. Schulz) (in Vorbereitung)

Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 42 *Werner Eck* (Hrsg.): Lokale Autonomie und römische Ordnungsmacht in den kaiserzeitlichen Provinzen vom 1. bis 3. Jahrhundert (mit Beiträgen von H. M. Cotton, H. Galsterer, J. Gascoun, R. Haensch, H. Horstkotte, A. Jördens, E. Lo Cascio, S. Mitchell, A. Nörr, J. Nollé, M. Sharp, J. D. Thomas, H. Wolff) (in Vorbereitung)
- 43 *Manfred Hildermeier* (Hrsg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung / Stalinism before the Second World War. New Avenues of Research (mit Beiträgen von J. Baberowski, D. Beyrau, S. Fitzpatrick, G. L. Freeze, J. A. Getty, J. Hellbeck, M. Hildermeier, H. Kuromiya, S. Merl, D. Neutatz, S. Plaggenborg, G. T. Rittersporn, J. Šapoval, K. Schlögel, M. V. Škarovskij, R. C. Tucker) 1998, ca. 345 S. ISBN 3-486-56350-5
- 44 *Aharon Oppenheimer* (Hrsg.): The Study of Jewish History in the First and Second Centuries CE. From Schürer to the Revised Schürer – A Century of Scholarship (mit Beiträgen von H. M. Cotton, W. Eck, I. M. Gafni, D. M. Goodblatt, M. Goodman, M. Hengel, B. H. Isaac, H. Lichtenberger, M. Niehoff, A. Oppenheimer, P. Schäfer, L. H. Schiffman, M. Schlüter, D. R. Schwartz, G. Stemberger, G. Vermes) (in Vorbereitung)
- 45 *Dietmar Willoweit* (Hrsg.): Die Begründung des Rechts als historisches Problem (mit Beiträgen von O. Behrends, R. Brandt, S. Breuer, G. Dilcher, H. Hofmann, W. Kersting, P. Landau, J. Miethke, K. Seelmann, J. Weitzel, D. Willoweit) (in Vorbereitung)
- 46 *Stephen A. Schuker* (Hrsg.): Die westeuropäische Sicherheit und die deutsch-französischen Beziehungen, 1914–1963 (mit Beiträgen von M. Alexander, J. Bariéty, C. Buffet, G. D. Feldman, R. Frank, J. Gillingham, E. Glaser, D. Hüser, L. Kettenacker, M. Kipping, F. Knipping, P. Krüger, H.-J. Rupieper, G. Schmidt, K. Schwabe, A. Sharp, D. Stevenson, M. Trachtenberg, C. Wurm) (in Vorbereitung)

Sonderveröffentlichung

Horst Fuhrmann (Hrsg.): Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung, 1989, XII, 232 S. ISBN 3-486-55611-8

Oldenbourg

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 1 *Heinrich Lutz*: Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S. vergriffen
- 2 *Otto Pflanze*: Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S. vergriffen
- 3 *Hans Conrad Peyer*: Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S. vergriffen
- 4 *Eberhard Weis*: Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S. vergriffen
- 5 *Heinz Angermeier*: Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S. vergriffen
- 6 *Gerald D. Feldman*: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S. vergriffen
- 7 *Erich Angermann*: Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S. vergriffen
- 8 *Jürgen Kocka*: Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S.
- 9 *Konrad Repgen*: Kriegslegitimationen in Alteuropa. Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S. vergriffen
- 10 *Antoni Mączak*: Der Staat als Unternehmen. Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.
- 11 *Eberhard Kolb*: Der schwierige Weg zum Frieden. Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S. vergriffen
- 12 *Helmut Georg Koenigsberger*: Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S. vergriffen
- 13 *Winfried Schulze*: Vom Gemeinnutz zum Eigennutz. Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S. vergriffen
- 14 *Johanne Autenrieth*: „Litterae Virgilianae“. Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S.
- 15 *Tilemann Grimm*: Blickpunkte auf Südostasien. Historische und kulturanthropologische Fragen zur Politik, 1988, 37 S.
- 16 *Ernst Schulin*: Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umriss einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S.
- 17 *Hartmut Boockmann*: Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten Mittelalter, 1988, 33 S. vergriffen
- 18 *Wilfried Barner*: Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft? 1990, 42 S.

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 19 *John C. G. Röhl*: Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S. vergriffen
- 20 *Klaus Schreiner*: Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters. Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbstbehauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S.
- 21 *Roger Dufraisse*: Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert, 1991, 43 S.
- 22 *Gerhard A. Ritter*: Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S.
- 23 *Jürgen Miethke*: Die mittelalterlichen Universitäten und das gesprochene Wort, 1990, 48 S.
- 24 *Dieter Simon*: Lob des Eunuchen, 1994, 27 S.
- 25 *Thomas Vogtherr*: Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S.
- 26 *Johannes Schilling*: Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S. vergriffen
- 27 *Kurt Raaflaub*: Politisches Denken und Krise der Polis. Athen im Verfassungskonflikt des späten 5. Jahrhunderts v. Chr., 1992, 63 S.
- 28 *Volker Press*: Altes Reich und Deutscher Bund. Kontinuität in der Diskontinuität, 1995, 31 S.
- 29 *Shulamit Volkov*: Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland, 1992, 30 S.
- 30 *Franz Bauer*: Gehalt und Gestalt in der Monumentalsymbolik. Zur Ikonologie des Nationalstaats in Deutschland und Italien 1860–1914, 1992, 39 S.
- 31 *Heinrich A. Winkler*: Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1991, 32 S.
- 32 *Johannes Fried*: Kunst und Kommerz. Über das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft im Mittelalter vornehmlich am Beispiel der Kaufleute und Handelsmessen, 1992, 40 S.
- 33 *Paolo Prodi*: Der Eid in der europäischen Verfassungsgeschichte, 1992, 35 S.
- 34 *Jean-Marie Moeglin*: Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung. Zum Selbstverständnis der Wittelsbacher, Habsburger und Hohenzollern im Spätmittelalter, 1993, 47 S.
- 35 *Bernhard Kölver*: Ritual und historischer Raum. Zum indischen Geschichtsverständnis, 1993, 65 S.
- 36 *Elisabeth Fehrenbach*: Adel und Bürgertum im deutschen Vormärz, 1994, 31 S.

Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 37 *Ludwig Schmugge*: Schleichwege zu Pfründe und Altar. Päpstliche Dispense vom Geburtsmakel 1449–1533, 1994, 35 S.
- 38 *Hans-Werner Hahn*: Zwischen Fortschritt und Krisen. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung, 1995, 47 S.
- 39 *Robert E. Lerner*: Himmelsvision oder Sinnendelirium? Franziskaner und Professoren als Traumdeuter im Paris des 13. Jahrhunderts, 1995, 35 S.
- 40 *Andreas Schulz*: Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, 1995, 38 S.
- 41 *Wolfgang J. Mommsen*: Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde. Zum Verhältnis von Kultur und Politik im Wilhelminischen Deutschland, 1994, 30 S.
- 42 *Klaus Hildebrand*: Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, 1995, 25 S.
- 43 *Hans Eberhard Mayer*: Herrschaft und Verwaltung im Kreuzfahrerkönigreich Jerusalem, 1996, 38 S.
- 44 *Peter Blickle*: Reformation und kommunaler Geist. Die Antwort der Theologen auf den Wandel der Verfassung im Spätmittelalter, 1996, 42 S.
- 45 *Peter Krüger*: Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert, 1995, 39 S.
- 46 *Werner Greiling*: „Intelligenzblätter“ und gesellschaftlicher Wandel in Thüringen. Anzeigenwesen, Nachrichtenvermittlung, Raisonement und Sozialdisziplinierung, 1995, 38 S.

Schriften des Historischen Kollegs: Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten,
Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI, 70 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Horst Fuhrmann, Das Interesse am
Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen – Lothar Gall,
Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 65 S. *vergriffen*
- 3 Leopold von Ranke: Vorträge anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der
Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und
der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft
am 12. Mai 1986, 1987, 44 S. *vergriffen*
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten,
Schriften des Historischen Kollegs, 1987, 98 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Thomas Nipperdey, Religion und Gesell-
schaft: Deutschland um 1900, 1988, 29 S. *vergriffen*
- 6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Christian Meier, Die Rolle des Krieges
im klassischen Athen, 1991, 55 S.
- 7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten,
Schriften des Historischen Kollegs, 1991, 122 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 8 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Historisches Kolleg 1980–1990. Vorträge anlässlich des zehnjährigen Bestehens
und zum Gedenken an Alfred Herrhausen, 1991, 63 S.
- 9 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Karl Leyser. Am Vorabend der ersten
europäischen Revolution. Das 11. Jahrhundert als Umbruchzeit, 1994, 32 S.
- 10 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Vierte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten,
Schriften des Historischen Kollegs, 1993, 98 S., mit Abbildungen
- 11 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Rudolf Smend, Mose als geschichtliche
Gestalt, 1995, 23 S.
- 12 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft:
Über die Offenheit der Geschichte. Kolloquium der Mitglieder des Historischen
Kollegs. 20. und 21. November 1992, 1996, 84 S.

Vorträge und Dokumentationen ohne ISBN erscheinen nicht im Buchhandel:
sie können über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15,
80539 München) bezogen werden.

Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1995:

Arnold Esch

Rom in der Renaissance. Seine Quellenlage als methodisches Problem

Manlio Bellomo

Geschichte eines Mannes: Bartolus von Sassoferrato und die moderne europäische Jurisprudenz

František Šmahel

Das verlorene Ideal der Stadt in der böhmischen Reformation

Alfred Haverkamp

„... an die große Glocke hängen“. Über Öffentlichkeit im Mittelalter

Hans-Christof Kraus

Montesquieu, Blackstone, De Lolme und die englische Verfassung des 18. Jahrhunderts

1996, VIII, 180 S. ISBN 3-486-56176-6

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1996:

Johannes Fried

Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte

Manfred Hildermeier

Revolution und Kultur: Der „Neue Mensch“ in der frühen Sowjetunion

Knut Schulz

Handwerk im spätmittelalterlichen Europa. Zur Wanderung und Ausbildung von Lehrlingen in der Fremde

Werner Eck

Mord im Kaiserhaus? Ein politischer Prozeß im Rom des Jahres 20 n. Chr.

Wolfram Pyta

Konzert der Mächte und kollektives Sicherheitssystem: Neue Wege zwischenstaatlicher Friedenswahrung in Europa nach dem Wiener Kongreß 1815

1997, VI, 202 S. ISBN 3-486-56300-9

Oldenbourg

Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1997:

Eberhard Weis

Hardenberg und Montgelas. Versuch eines Vergleichs ihrer Persönlichkeiten und ihrer Politik

Dietmar Willoweit

Vom alten guten Recht. Normensuche zwischen Erfahrungswissen und Ursprungslegenden

Aharon Oppenheimer

Messianismus in römischer Zeit. Zur Pluralität eines Begriffes bei Juden und Christen

Stephen A. Schuker

Bayern und der rheinische Separatismus 1923–1924

Gerhard Schuck

Zwischen Ständeordnung und Arbeitsgesellschaft. Der Arbeitsbegriff in der frühneuzeitlichen Policey am Beispiel Bayerns

1998, XXII, 169 S. ISBN 3-486-56375-0

Oldenbourg